DER SPIEGEL

Nr. 47 / 14.11.2020
Deutschland € 5,50

4 190700 705506 47

Printed in Germany
Ungarn Ft 2750,– Tschechien Kc 200,–
Spanien/Kanaren € 7,20 Spanien € 7,–
Slowenien € 6,70 Slowakei € 7,–
Portugal (cont) € 6,90 Schweiz sfr 8,10
Norwegen NOK 89,– Österreich € 6,20
Griechenland € 7,30 Italien € 7,50
Finnland € 8,50 Frankreich € 7,–
BeNeLux € 6,60 Dänemark dkr 59,95

EXKLUSIVER VORABDRUCK

»Trump war völlig hemmungslos«

Barack Obamas Memoiren

Zurück in die Zukunft

Wie viel Obama wagen Biden und Harris?

Beilage
Finanzen und Liebe

Das Geheimnis der Immunabwehr
Was gegen Corona und Co. helfen kann

Die neue S-Klasse

by Mercedes-Benz

1 Solange die GigaKombi mit einem DSL/Kabel-Tarif (z. B. Red Internet & Phone Cable für monatlich 19,99 € in den ersten sechs Monaten und anschließend 39,99 €) besteht, bekommst Du einen monatlichen Rabatt auf Deine Mobilfunk-Rechnung, im Tarif Red M erhältst Du 10 € pro Monat. Endet Dein Festnetz- oder Mobilfunk-Vertrag oder wechselst Du in nicht berechtigte Tarife, entfallen alle GigaKombi-Vorteile und -Gutschriften automatisch. **2** Aktion bis 30.11.2020: Wenn Du die GigaKombi in Verbindung mit einem Tarif Red M oder Red L ab dem 03.11.2020 und einem berechtigten Internet & Phone-Tarif neu buchst, bekommst Du jeden Monat unlimitiertes Datenvolumen fürs Surfen mit dem Smartphone, solange beide Verträge laufen. Mit Deinem aktuellen Red M- oder Red L-Tarif in der GigaKombi kannst Du im EU-Ausland sorgenfrei in Deinem Red M-Tarif mit 23 GB, in Deinem Red L-Tarif mit 43 GB surfen.

Anbieter ist in NRW die Vodafone NRW GmbH, in Hessen die Vodafone Hessen GmbH & Co. KG, in BW die Vodafone BW GmbH, alle Aachener Str. 746 – 750, 50933 Köln und in allen übrigen Bundesländern die Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Betastr. 6 – 8, 85774 Unterföhring (in den Fußnoten jeweils „Vodafone" genannt).

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung
Betr.: Obama-Memoiren, Lübcke-Prozess, Beirut, SPIEGEL GELD

Privat
Pfister

Mit Joe Biden, dem Sieger der amerikanischen Präsidentschaftswahl, zieht das Vermächtnis eines Mannes ins Weiße Haus ein, der Geschichte geschrieben hat: Barack Obama. In der kommenden Woche erscheinen Obamas Memoiren, der SPIEGEL druckt exklusiv einen Auszug in dieser Ausgabe. Der erste schwarze US-Präsident rechnet darin auch mit Donald Trump ab, der viele Lügen über ihn verbreitete und alles daransetzte, Obamas politische Erbe auszulöschen. Kann nun Biden, Obamas ehemaliger Vizepräsident, dieses Erbe retten? SPIEGEL-Redakteur René Pfister recherchierte dazu etwa in der Demokratischen Partei. »Die Wahl Bidens ist ein Hoffnungsschimmer für Amerika und die Welt«, sagt Pfister. »Aber Biden hat es ungleich schwerer als Obama. Er hat eine Republikanische Partei im Senat gegen sich, die sich nichts mehr wünscht als sein Scheitern.« **Seiten 12, 20**

O. SCHMITT/SPIEGEL ONLINE
Jüttner

Seit dem ersten Verhandlungstag im Juni begleitet SPIEGEL-Reporterin Julia Jüttner den Prozess um das Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Es war wohl der erste rechtsterroristisch motivierte Mord an einem Politiker in der Geschichte der Bundesrepublik. Ebenfalls oft im Saal 165 C des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main: die Witwe des Opfers, die beiden Söhne. Der Prozess belaste die Familie sehr, beobachtet Jüttner. Die Aussagen des Haupttäters seien widersprüchlich, der Mitangeklagte wurde aus der Haft entlassen, und Versäumnisse des hessischen Verfassungsschutzes würden im Gerichtssaal nicht thematisiert. »Trotzdem hoffen die Angehörigen auf Aufklärung«, sagt Jüttner, »sie wollen wissen, wem Lübcke in den letzten Sekunden seines Lebens in die Augen sah.« **Seite 52**

Der Spiegel
Reuter in Beirut

Ein heruntergekommener Hafenschuppen, in dem 2750 Tonnen hochexplosives Ammoniumnitrat lagerten, dazu Feuerwerkskörper, Zündschnüre, Kerosin und Autoreifen – diese perfekte Superbombe verwüstete am 4. August weite Teile Beiruts, sie tötete 200 Menschen und machte Zehntausende obdachlos. Der Libanon gilt schon lange als dysfunktionaler Staat. Aber wie die tödliche Mischung aus Gier und Korruption genau funktioniert, hat SPIEGEL-Reporter Christoph Reuter zusammen mit seinem Kollegen Uwe Buse und den SPIEGEL-Mitarbeitern Thore Schröder und Hani Alagbar über Wochen in Beirut recherchiert. »Die Explosion war das Tschernobyl des Libanon«, so Reuter. »Aber während der Reaktorunfall in Tschernobyl die Sowjetunion nachhaltig erschütterte, dürfte das korrupte System des Libanon die Hafenkatastrophe schadlos überstehen.« **Seite 60**

Wie planen Paare sinnvoll ihre Finanzen? Was ist beim gemeinsamen Immobilienkauf zu beachten, was bei Familiengründung oder Scheidung? Diese und andere Vermögensfragen beantwortet das Finanzmagazin SPIEGEL GELD, das der Inlandsauflage dieses Heftes beiliegt. Außerdem klärt SPIEGEL GELD, wie grün nachhaltige ETFs wirklich sind, vergleicht die Vor- und Nachteile von Neukauf, Auto-Leasing und Carsharing – und verrät, wie man am Black Friday echte Schnäppchen macht.

Buchtipps zum Fest

Die **„Bücher-Weihnacht“** finden Sie in den kommenden Tagen sowohl in Ihrer Tageszeitung als auch in vielen Buchhandlungen vor Ort!

Hintergründe: © piksuperstar; Elemente: © BiZkettE1 / Freepik

buch aktuell
KUNDENMAGAZINE
www.buchaktuell.de

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 47 | 14. November 2020

Titel

US-Regierung Joe Biden und Kamala Harris wollen Barack Obamas Erbe verteidigen – aber sie haben noch viel schwierigere Aufgaben vor sich **12**

USA Exklusiver Vorabdruck aus den Memoiren Obamas über die Jahre seiner Präsidentschaft **20**

Deutschland

Leitartikel Impfstoff und Bidens Sieg – neue Hoffnung für die Welt **10**

Scheuer-Dienstflüge nach Bayern / Ausfall von Sprachtests blockiert Ehegattennachzug / Universitäten beschäftigen viele Mitarbeiter nur befristet / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Team Ich **26**

Krisenpolitik Bund und Länder haben es versäumt, sich im Sommer gut auf die zweite Welle der Pandemie vorzubereiten **32**

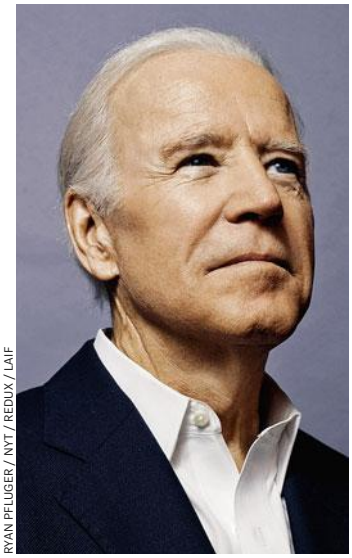
Karrieren Justizministerin Christine Lambrecht erklärt im SPIEGEL-Gespräch, warum sie nicht mehr für den Bundestag kandidiert **38**

CDU Generalsekretär Paul Ziemiak hat sich zum Krisenmanager entwickelt **42**

Europa EU-Parlamentarier Peter Liese kämpft auch als Arzt gegen die Pandemie ... **44**

Extremismus Der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß sieht bei den Corona-Protesten Anzeichen einer extremistischen Bewegung **45**

Infrastruktur Die Autobahnen sind in miserablem Zustand – ab Neujahr soll vieles besser werden **46**

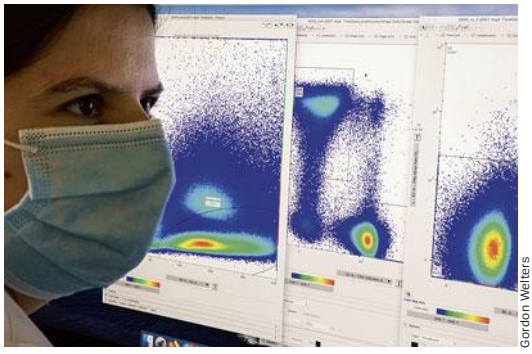


RYAN PFLUGER / NYT / REDUX / LAIF

Bebeto Matthews / AP

Wie viel Obama vertragen die USA?

Die Wahlsieger Joe Biden und Kamala Harris stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Sie müssen ein gespaltenes Land einen – und wollen zugleich Barack Obamas Politik fortführen. Dazu ein exklusiver Vorabdruck von Obamas Autobiografie. **Seiten 12, 20**



Gordon Welters

Zu sorglos im Sommer

In den warmen Monaten hat die Politik die Corona-Bekämpfung schleifen lassen – das rächt sich nun: Testlabors sind überlastet, Schulen unvorbereitet, Gesundheitsämter können eine dringend benötigte Software nicht nutzen. **Seite 32**

Strafjustiz Hat der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke seine rechte Gesinnung wirklich überwunden? **52**

Migration Warum ein Syrer mitten in Berlin einen Mann mit Macron-Maske fesselte und schlug **55**

Hasskommentare Wie eine junge Jägerin sich der Hetze im Internet widersetzte **56**

Reporter

Familienalbum / Helfen Ferienunterkünfte, die Wohnungsnot zu lindern? ... **58**

Eine Meldung und ihre Geschichte Darf man einen Löwen töten, weil er unfruchtbar ist? **59**

Versagen Wie ein Land an sich selbst scheitert – Rekonstruktion der Explosionskatastrophe von Beirut **60**

Kolumne Neuwelt **66**

Wirtschaft

Finanzminister Scholz muss mehr Schulden machen / Sind Wohnmobile der Erwin Hymer Group zu schwer? ... **68**

Innovationen Schafft das Mainzer Start-up Biontech den Sprung an die Weltspitze? **70**

Tourismus Warum der TUI-Chef Friedrich Joussen eine schnelle Rückkehr des Reisegeschäfts für möglich hält **74**

Justiz Um das Erbe des verstorbenen Medienmagnaten Leo Kirch ist ein schmutziger Streit entbrannt **76**

Skandale Ex-Wirecard-Manager Jan Marsalek pflegte enge Beziehungen zum früheren Chef des libyschen Geheimdienstes … **82**

Ausland

Militärische Eskalation in Äthiopien / Inhaftierte Frauenrechtlerin in Saudi-Arabien **84**

Österreich Kanzler Sebastian Kurz ist Europas Unruhestifter – was treibt ihn an? … **86**

Syrien Wie sich der grausame Assad-Clan seit 50 Jahren an der Macht hält **90**

Analyse Russland und die Türkei nutzen den Konflikt um Bergkarabach für ihre Zwecke **93**

Frankreich SPIEGEL-Gespräch mit Historiker Julian Jackson über Charles de Gaulle, den Prototyp eines Präsidenten **94**

Sport

Welche Vereine die meisten Topspieler ausbilden / Wann endet die russische Dopingaffäre? **99**

Missbrauch Staatsanwälte ermitteln gegen mehrere Boxtrainer wegen des Verdachts sexualisierter Gewalt **100**

Psychologie Der Psychiater Tobias Freyer über den Corona-Frust der Sportler **102**

Fußball Droht Joachim Löws Nachwuchsprojekt zu scheitern? **104**

Wissen

Ausgebremste E-Bikes / Lösungen für den Schul-Lockdown / Analyse: Warum die Verteufelung grüner Gentechnik der Umwelt schadet **106**

1976

Heinz Gebhardt / MUENCHENFOTO.DE

Fehde um den Letzten Willen

Leo Kirch galt als mächtigster Medientycoon der Republik. Trotz der Pleite seiner Firma rettete die Familie ein gigantisches Vermögen. Um das Erbe tobt seit Jahren ein Streit, der nun den Bayerischen Verfassungsgerichtshof erreicht hat. **Seite 76**

Sanierungsfall Autobahn

Baustellen, Staus, gesperrte Brücken: Deutschlands Autobahnen sind ein Sanierungsfall. Der Bund nimmt deshalb den Ländern jetzt das Management ab. Doch wird es die neue Organisation wirklich besser können? **Seite 46**

Felix Schmitt / Agentur Focus

Impfstoffe für Milliarden

Die deutsche Biotech-Branche war bisher chronisch unterfinanziert. Gelingt Uğur Şahin und Özlem Türeci vom Mainzer Unternehmen Biontech nach dem Durchbruch beim Corona-Impfstoff der Weg an die Weltspitze? **Seite 70**

Immunologie Der erste Corona-Impfstoff steht kurz vor der Zulassung – mit der Technologie lassen sich wohl auch Mittel gegen Krebs entwickeln … **108**

Gesundheit So stärkt man sich auch gegen das Coronavirus **110**

Tiere Dank neuer Technik kommen Forscher den gefürchteten Weißen Haien vor der US-Ostküste nah wie nie … **118**

Archäologie Forscher streiten um die rätselhafte Himmelsscheibe von Nebra **120**

Kultur

Anselm Kiefer würdigt Weltkriegsopfer / Architekturatlas zeigt deutsche Spitzenbauten **124**

Zeitgeist Was ist schiefgegangen in den USA? Eine Bilanz **126**

Essay Sex und Macht – die US-Schriftstellerin Rachel Kushner über Donald Trump Jr und seine Freundin Kimberly Guilfoyle **130**

Schauspieler SPIEGEL-Gespräch mit Lars Eidinger über Leiden und Leidenschaft und die Fernsehfassung von »Gott« **132**

Serien Diana, Camilla und Margaret Thatcher in »The Crown« **136**

Fernsehkritik Das ZDF hat den Bestseller »Altes Land« verfilmt **139**

SPIEGEL-TV-Programm **135**
Bestseller **137**
Impressum, Leserservice ... **140**
Nachrufe **141**
Personalien **142**
Briefe **144**
Hohlspiegel / Rückspiegel ... **146**

Titelfoto [M]: Chandan Khanna / AFP; Tony Cenicola / The New York Times / Redux / laif; Mark Peterson / Redux / laif

Jede Menge Platz **für mehr Komfort**

Der neue Arteon Shooting Brake

Großzügige Beinfreiheit, ein geräumiger Gepäckraum und stilvolle Akzente im Interieur: Erleben Sie im neuen Arteon Shooting Brake Komfort bis ins kleinste Detail – oder für große Momente. So wird sich jede Fahrt nach mehr anfühlen. Mehr als beeindruckend.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert zwischen 4,2 und 4,1; CO_2-Emission in g/km: kombiniert zwischen 109 und 107; Effizienzklasse: A+. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

volkswagen.de

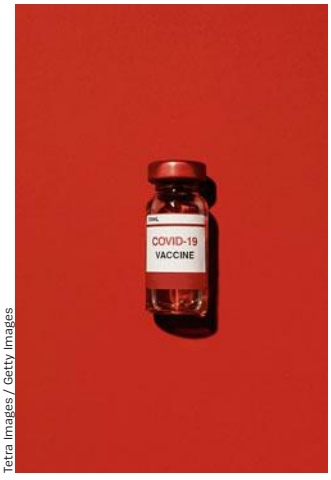
DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Der doppelte Lichtblick

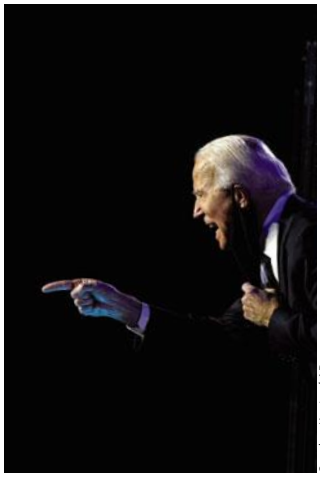
Leitartikel Bidens Wahlsieg und der Impfstoff zeigen: Die Menschheit ist weder Demagogen noch Pandemien ausgeliefert. Sie hat ihr Schicksal selbst in der Hand.

Als Krisenjahr wird 2020 sowieso in die Weltgeschichte eingehen, der November aber begann besonders schrecklich: Die Infiziertenzahlen stiegen weltweit, neue Shutdowns begannen. In Wien setzte sich die neue Welle des islamistischen Terrors in Europa fort, und dann sah es auch noch danach aus, als könnte Donald Trump die US-Wahl gewinnen. Aus Sicht vieler Amerikafans in den Partnerländern eine fürchterliche Nachricht, sie hatten auf den Vorsprung von Trumps Herausforderer Joe Biden in den Umfragen gehofft.

Unzählige Deutsche verfolgten die US-Wahl, als hinge vom Ausgang ihr Leben ab, und so ist es ja auch: Was in den USA, in China, in Nahost passiert, wirkt sich unmittelbar in Europa aus. Auch die Pandemie hat das gezeigt.



Tetra Images / Getty Images


Carolyn Kaster / AP

Doch dann kamen, im Abstand von zwei Tagen, gute Nachrichten. Die erste: Biden wurde zum Sieger erklärt, an seiner Seite Kamala Harris als erste Frau auf dem Posten der Vizepräsidentin, die erste Person of Color. Das war der Samstag. Auf den Bildschirmen waren US-Amerikaner zu sehen, die »I can breathe« riefen, auf Deutsch: Ich kann atmen, ich atme auf. Das Gegenteil, »I can't breathe«, hatte im Mai der sterbende George Floyd gefleht, als ein Polizist auf seinem Hals kniete.

Am Montag traf die zweite gute Nachricht ein: Nach Monaten, in denen die Menschheit der Pandemie wenig entgegenzusetzen hatte, verkündete die deutsche Firma Biontech gemeinsam mit dem US-Pharmakonzern Pfizer einen Durchbruch in der Impfstoffentwicklung.

Was folgt politisch aus diesen Glücksmomenten?

Erst einmal: Bidens Sieg und der Erfolg beim Impfstoff zeigen, dass wir dieser Welt nicht ausgeliefert sind. Wir können Wendungen herbeiführen, können die Welt gestalten. Die menschengemachte Klimakatastrophe zum Beispiel könnte abgemildert werden, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ähnlich entschlossen an dieses Thema herangingen.

Sobald die Dinge einmal in die falsche Richtung gelaufen sind, ist es mühsam, sie zu wenden, in manchen Regionen der USA haben Wähler Hindernisse überwinden müssen, um ihre Stimme abzugeben. Und dass ein wirksamer Impfstoff sich leicht finden lässt, würde niemand behaupten.

Es bleibt ja auch kompliziert. Trump erkennt den Sieg seines Kontrahenten nicht an, ein gewisser Teil des amerikanischen Volkes wird weiterhin glauben, die Wahl sei gestohlen worden, mit verheerenden Folgen für Demokratie und Zusammenhalt in den Vereinigten Staaten. Und selbst wenn wir jetzt einen Impfstoff bekommen sollten, wird die Pandemie uns noch monatelang begleiten, es wird Verteilungskämpfe geben. Keine Entwarnung also, nur Hoffnungsschimmer.

In den vergangenen Monaten hatte sich wieder eine Sehnsucht nach den Zeiten vor der Globalisierung geregt, als sich noch nicht so stark auf dem einen Kontinent auswirkte, was auf dem anderen passierte. Doch die Wendungen der vergangenen Tage wären ohne die Globalisierung nicht zu haben gewesen. Eine Erlösung von der Komplexität gibt es nicht, denn gerade in der Komplexität liegen Lösungsansätze.

Das Identifikationspotenzial zum Beispiel, das von einem alten, weißen Mann und seiner jüngeren, weiblichen Vize mit jamaikanischen und indischen Wurzeln ausging, war groß genug, um Trump abzuwählen. Die Erforschung eines Impfstoffs gelang durch internationale Vernetzung. Ein deutschtürkisches Ehepaar hat Biontech gegründet, ein US-Pharmakonzern stellt sicher, dass Hunderte Millionen Dosen verfügbar sind. Das zeigt, wie nützlich Diversität ist.

Die Auswüchse der Globalisierung, die Arroganz ihrer Gewinner, der Eliten, müssen hingegen ein Ende haben. Elitedenken hat den Trumpismus hervorgebracht, der auch seine berechtigten Argumente hat, zum Beispiel dieses: dass die Gegenseite sich zwar gern für Diversität einsetze, aber schön unter sich bleibe, in den Milieus der Großstädte, der international Vernetzten.

Diversität gilt für alle. Wenn wir davon ausgehen, dass die Fragen, die sich aus der Komplexität der Welt ergeben, nur komplex beantwortet werden können, dann braucht es das Wissen aller, das der Arbeiter und, ja, auch das der alten, weißen Männer.

Lichtblicke muss sich die Menschheit erarbeiten, oft geben wir alles, und die Erfolge stellen sich trotzdem nicht ein. Aber wie viel leichter ist das Weitermachen, wenn es sie dann doch gibt. Und gleich zweimal. Susanne Beyer

TISSOT
#ThisIsYourTime
TISSOT
1853
SWISS MADE
TISSOT GENTLEMAN.
SWISS MADE. PERFEKT IN JEDEM MOMENT.
TISSOTWATCHES.COM

Heilung und Aufbruch

US-Regierung Joe Biden und Kamala Harris wollen an das Vermächtnis anknüpfen, das Barack Obama in seiner achtjährigen Amtszeit hinterlassen hat. Doch der neue Präsident und seine Vizin können, anders als ihr Vorgänger, keine Revolution starten – ihre Gegner sind zu stark.

Es war ein schöner Herbsttag, als Barack Obama versuchte, seinem Land ein letztes Mal Hoffnung zu geben. Der Präsident sah müde aus, er hatte in der Nacht zuvor nur ein paar Stunden geschlafen, was auch daran lag, dass er gegen halb vier Uhr morgens noch telefonieren musste: Die Etikette gebot es, dass er seinem Nachfolger Donald Trump noch in der Wahlnacht gratulierte.

Nun stand Obama in der Washingtoner Novembersonne und vermied es, harsche Worte über den Mann zu verlieren, der ihn im Wahlkampf noch als »Gründer« der Terrormiliz IS bezeichnet hatte. Natürlich sei man als unterlegene Partei immer traurig, sagte der demokratische Präsident diplomatisch. »Aber in Wahrheit sind wir alle in einem Team.« Er habe seine Mitarbeiter angewiesen, alles zu tun, um Trump und seinen Leuten zu helfen. »Eine friedliche Machtübergabe ist einer der Wesenskerne unserer Demokratie, und wir werden in den nächsten Wochen der Welt zeigen, dass wir dazu in der Lage sind.«

Wie besorgt Obama in Wirklichkeit war, ließ sich allenfalls zwischen den Zeilen lesen. Geschichte verlaufe nicht in Linien, sagte er, es gebe immer Ausschläge nach oben und nach unten. Aber an jenem Nachmittag ließ er die Möglichkeit offen, dass Vernunft und die Liebe zum Land noch über Hass und Zwietracht siegen könnten. »Wir sind nicht zuerst Republikaner oder Demokraten, sondern Amerikaner«, sagte Obama, »wir sind alle Patrioten und wollen das Beste für unser Land.« Das Telefonat mit dem künftigen Präsidenten habe ihn in diesem Glauben bestärkt.

Doch der sollte bald erschüttert werden.

Donald Trump war von einer Gegenbewegung ins Amt gespült worden, getragen von dem Ressentiment gegen den schwarzen Präsidenten, dessen Legitimität viele Republikaner nie akzeptiert haben – und über den Trump die Lüge verbreitet hatte, er sei gar nicht in den USA geboren. Diese Infamie bildete das Fundament von Trumps Präsidentschaft, und als er am 20. Januar 2017 vereidigt wurde, versuchte er sich schnell daran, das Vermächtnis seines Vorgängers auszulöschen: seine Einwanderungspolitik, das Bekenntnis zum Klimaschutz, das Nuklearabkommen mit Iran, die Gesundheitsreform.

Kevin Lamarque / REUTERS

Wahlkämpfer Biden, Harris
Eine enorm einflussreiche Vizepräsidentin

Findet jetzt die Geschichte doch noch eine gute Wendung? War die Präsidentschaft Trumps nur eine Episode, eine kurze »Verirrung«? So sieht es Joe Biden, das hat er im Wahlkampf immer wieder deutlich gemacht. So sehen es auch viele von Obamas Gefährten.

»Wenn man auf die amerikanische Geschichte blickt, dann waren da immer wieder Präsidenten, die dem Land eine neue Richtung gegeben haben und deswegen herausragen«, sagt Ben Rhodes, einer der engsten Vertrauten Obamas. »Ich glaube, Obama wird einer dieser Präsidenten sein, weil er für ein neues, offenes Amerika steht.« Es war Rhodes, der seinem Chef in jener dunklen Wahlnacht des Jahres 2016 den Satz aufgeschrieben hatte, wonach Geschichte keine gerade Linie sei.

Als Obama ein paar Stunden später in die Kameras sprach, stand schweigend jener Mann neben ihm, der nun alles in der Hand hat und auf dessen Schultern eine ungeheure Last liegt. Joe Biden steht eine Aufgabe bevor, die wahrscheinlich nur zu vergleichen ist mit der von Abraham Lincoln zum Ende des Bürgerkriegs oder Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise von 1929.

Der 77-jährige ehemalige Vizepräsident muss das Land aus einer Jahrhundertpandemie führen und aus einer Wirtschaftskrise, die fast neun Millionen Menschen den Job gekostet hat. Er muss das Vertrauen der Welt in eine Supermacht wiederherstellen, die in den vergangenen vier Jahren Potentaten wie Wladimir Putin und Kim Jong Un schmeichelte – und gleichzeitig europäische Alliierte als Gegner behandelte und internationalen Organisationen den Rücken kehrte, die die USA selbst nach dem Zweiten Weltkrieg mitgegründet hatten.

Und Biden muss ein Land einen, in dem mehr als 70 Millionen Menschen einen Präsidenten gewählt haben, der nach seiner Niederlage twitterte: »Ich habe einen großen Sieg eingefahren!« Einen Präsidenten, der ohne jede Faktenbasis behauptet, es habe Wahlbetrug im großen Stil stattgefunden. Seine Anwälte haben mindestens 17 Klagen eingereicht, aber sie beziehen sich größtenteils auf kleinere Formalitäten und machen nicht einmal den

Erin Schaff / The New York Times / laif

Ex-Präsident Obama
»Wir sind alle Patrioten und wollen das Beste für unser Land«

Delil Souleiman / AFP

Außenpolitik Biden will das Vertrauen der Partner in die USA wiederherstellen, das in der Ära Trump schweren Schaden genommen hat. Der Demokrat hat schon angekündigt, sich wieder dem Pariser Klimaschutzabkommen anzuschließen und den Atomdeal mit Iran wiederzubeleben.

Versuch, die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Wahl infrage zu stellen – wofür es auch nach Aussage der zuständigen Wahlbehörden im ganzen Land nicht den geringsten Hinweis gibt.

Dennoch erhalten Trumps Vertraute die Fiktion des Präsidenten am Leben. Als US-Außenminister Mike Pompeo am Dienstag gefragt wurde, ob sein Ministerium Bidens Team helfen werde, sagte er: »Es wird eine reibungslose Machtübergabe geben – an eine zweite Trump-Regierung.« Es war wahrscheinlich der schändlichste Satz, der jemals einem US-Außenminister über die Lippen gekommen ist. Potentaten in aller Welt werden an ihn erinnern, wenn sie in Zukunft von den USA dazu ermahnt werden, sich an die Ergebnisse demokratischer Wahlen zu halten.

Das zeigt die Größe von Bidens Aufgabe. In seiner Siegesrede vergangenen Samstag in seiner Heimatstadt Wilmington versprach er, ein Präsident für ganz Amerika zu sein. »Allen, die Präsident Trump gewählt haben, sage ich: Ich verstehe eure Enttäuschung. Ich habe selbst ein paarmal verloren. Aber lasst uns nun einander eine Chance geben.«

Nur, wird Biden die auch bekommen? Ist es überhaupt noch möglich, ein Präsident aller Amerikaner zu sein?

Seine Startvoraussetzungen sind ungleich schwerer als die Obamas. Der erste schwarze US-Präsident wurde im Herbst 2008 von einer Woge der Begeisterung getragen.

Barack Obama konnte damals mit einer neuartigen Koalition aus Arbeitern und Minderheiten eine »transformatorische Präsidentschaft« anstreben, deren Herzstück der Ausbau der Krankenversicherung war. Obama wollte ein Revolutionär sein – wie nach ihm Trump. Joe Bidens Präsidentschaft haftet dagegen von Anfang an etwas Restauratives an: Es geht darum, das gute Amerika wiederherzustellen, die Errungenschaften Obamas zu retten. Dabei kann eine Biden-Präsidentschaft nicht einfach nur eine dritte Amtszeit Obamas sein, dazu hat sich das Land unter Trump zu sehr verändert – er muss heilen und dem Land und seiner Partei zugleich eine neue Richtung geben.

»Die Republikaner sind eine extremistische Partei – das amerikanische Äquivalent zur AfD.«

Sein Problem: Dafür fehlt ihm das politische Kapital. Obama gewann nicht nur das Weiße Haus, die Demokraten bauten im Senat und im Repräsentantenhaus auch ihre Machtstellung aus. Biden dagegen wird aller Voraussicht nach einen republikanischen Senat gegen sich haben, dessen oberstes Ziel es sein wird, ihn zu einem machtlosen Präsidenten zu stempeln – um im Jahr 2024 wieder das Oval Office zurückerobern zu können.

Die Republikaner blockierten schon unter Obama alles, was sie konnten. Sie seien längst keine normale konservative Bewegung mehr, sagt Obamas Berater Ben Rhodes. »Sie sind eine extremistische Partei, die in keiner Weise mit der CDU oder der CSU in Deutschland zu vergleichen ist. Sie sind das amerikanische Äquivalent zur AfD. Sie glauben nicht an die Wissenschaft, und sie verbreiten wilde Verschwörungstheorien.«

Was die Partei so stark macht, ist ihre ungeheure und unheimliche Geschlossenheit. Während die Republikaner selbst in der Niederlage zusammenstehen und den Putschversuch ihres Präsidenten decken, der nach wie vor die alles dominierende Figur der Partei ist, brechen bei den Demokraten direkt nach der Wahl schon die Flügelkämpfe aus. Der Friede während des Wahlkampfs war allein dem gemeinsamen Willen geschuldet, Trump zu schlagen.

Kaum war Biden zum Sieger ausgerufen, holte Alexandria Ocasio-Cortez, die Heldin des linken Lagers, zu einem Rundumschlag gegen die eigene Truppe aus. Bei den Demokraten gebe es eine »antiaktivistische Stimmung« beklagte die 31-jährige Kongressabgeordnete aus New York – und warnte Biden davor, gemäßigte Republikaner wie John Kasich, den ehemaligen Gouverneur von Ohio, in sein Kabinett zu holen. »Ich kann gar nicht in Worte fassen, wie gefährlich das wäre«, sagte Ocasio-Cortez.

Bidens große Stärke während seiner gesamten politischen Karriere war die Fähigkeit, Kompromisse zu finden. Obama hatte ihn im Jahr 2009 auch deshalb als Vizepräsidenten ins Weiße Haus geholt, weil er in seinen über 30 Jahren im Senat unzählige Deals mit den Republikanern geschlossen hatte. Es gab Zeiten, da schwärmte Biden von seinem guten Verhältnis zu Mitch McConnell, dem Mehrheitsführer im Senat. Im Sommer 2003 hielt Biden die Trauerrede für den republikanischen Senator Strom Thurmond, der über Jahrzehnte die Rassentrennung im Süden der USA verteidigt hatte. Bei den Demokraten trug das Biden scharfe Kritik ein – aber es festigte seinen Ruf als Politiker, der über ideologische Grenzen hinweg Kompromisse schließen kann.

Aber was nutzt dies, wenn Biden eine Partei hinter sich hat, die keine Kompromisse sehen will, sondern eine straffe Reformagenda verlangt? Biden sicherte sich die Nominierung mit dem Versprechen, in die Fußstapfen von Franklin D. Roosevelt zu treten, der nach der Großen Depression Amerika grundlegend reformiert und mit dem »New Deal« erstmals so etwas wie einen Sozialstaat aufgebaut hatte. An dieser Latte wird er gemessen.

»Bevor wir anfangen, mit uns selbst zu verhandeln, sollten wir lieber eine echte Reformagenda erarbeiten«, sagt ein demokratischer Stratege im US-Kongress. »Wir müssen zeigen, dass wir das Leben der Menschen verbessern wollen – und dass es die Republikaner sind, die das torpedieren.«

In den nächsten Wochen wird Biden sein Team formen, und bereits daran wird sich ablesen lassen, in welche Richtung seine Präsidentschaft geht. Die wichtigste Entscheidung hat er schon getroffen. Erstmals in der über 240-jährigen Geschichte der USA wird eine Frau als Vizepräsidentin ins Weiße Haus einziehen. Als Kamala Harris, Tochter einer Forscherin aus Indien und eines Wirtschaftswissenschaftlers aus Jamaika, am Samstag in Wilmington zusammen mit Biden auf die Bühne trat, trug sie einen strahlend weißen Hosenanzug. Das war kein Zufall.

Weiß ist die Farbe der Suffragetten, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa und den USA das Frauenwahlrecht erstritten hatten. In ihrer Rede sagte Harris, sie danke allen, die den Weg für sie bereitet hätten: »Frauen, die so viel geopfert haben im Kampf für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.«

Es war ein historischer Moment, ähnlich wie der im November 2008, als Obama nach seinem Wahlsieg vor ein Mikrofon trat und sagte: »Wenn es da draußen noch irgendjemanden geben sollte, der Zweifel daran hat, dass Amerika ein Ort ist, wo alles möglich ist, und der sich immer noch fragt, ob die Träume unserer Gründer lebendig sind – hier ist die Antwort.«

Harris, so viel ist klar, wird eine enorm einflussreiche Vizepräsidentin sein, allein schon wegen Bidens Alter. Der 77-Jährige hat durchblicken lassen, dass er womöglich nur ein Übergangspräsident sein wird, der nach einer Amtsperiode Platz für einen Nachfolger machen könnte. Harris hat dafür nun den besten Startplatz.

Die ehemalige Generalstaatsanwältin von Kalifornien erhielt von Biden den Zuschlag, weil sie nach der Tötung George Floyds durch einen weißen Polizisten und Protesten der »Black Lives Matter«-Bewegung in vielen amerikanischen Städten wie die ideale Kandidatin erschien. Harris gehört zwar wie Biden zum zentristischen Lager der Demokraten, sie hatte sich im US-Senat aber vehement für die Stärkung von Bürgerrechten eingesetzt und gegen die restriktive Einwanderungspolitik Trumps gekämpft. Außerdem nahm sie in einer Senatsanhörung den konservativen Juristen Brett Kavanaugh in die Mangel, den Trump für den Supreme Court vorgeschlagen hatte, obwohl der Vorwurf im Raum stand, Kavanaugh habe in den Achtzigerjahren auf einer Party eine Schülerin sexuell genötigt.

Im Wahlkampf war die Arbeitsteilung zwischen Biden und Harris klar: Während er versuchte, vor allem moderate Republikaner und die weißen Arbeiter im Mittleren Westen für sich zu gewinnen, sollte sie Latinos, Afroamerikaner und Frauen ködern, die sich angewidert vom Macho im Weißen Haus abwendeten.

Es war ein Kalkül, das nur zum Teil aufging. Die Demokraten haben auch deshalb die Wahl gewonnen, weil sie jene moderaten Wähler in den Vorstädten von sich überzeugen konnten, die vor vier Jahren noch für Trump gestimmt hatten. Insbesondere weiße Männer aus der Mittelschicht kehrten dem Twitter-Präsidenten den Rücken zu.

Für die Demokraten ist das – trotz des Sieges – keine gute Nachricht. Am Wahltag zerschellte die Hoffnung, dass ein neues, multiethnisches Amerika der Partei automatisch die Macht in die Hände spielen wird. Wenn in Staaten wie Florida oder Texas die Afroamerikaner und Latinos erst einmal in der Mehrzahl sein werden, so lautete bisher die Theorie, dann werde den Republikanern der Weg zum Weißen Haus dauerhaft versperrt bleiben. Durch diese Brille betrachtet, erschien die Präsidentschaft Donald Trumps wie das letzte Aufbäumen des weißen, ressentimentgeladenen Amerikas.

Nun zeigt sich, dass Trump vor allem bei jenen Wählern hinzugewonnen hat, die die Demokraten sicher auf ihrer Seite wähnten: 26 Prozent der nicht weißen Wähler stimmten für einen Präsidenten, zu dessen Programm es gehörte, eine Mauer zu Mexiko hochzuziehen. Laut Nachwahlbefragungen konnte Trump sein Ergebnis insbesondere bei Latinos steigern: 32 Prozent gaben ihm die Stimme, 4 Prozentpunkte mehr als noch 2016. Nicht nur bei den Exilkubanern in Florida legte er zu, sondern auch bei den mexikanischstämmigen, unterprivilegierten Wählern an der Südgrenze von Texas. Sogar unter schwarzen Wählern stieg sein Anteil, wenn auch nur geringfügig.

Es hat sich gezeigt, dass Trumps Anziehungskraft nicht auf die weiße »working class« beschränkt ist, sondern offensichtlich auch bei ärmeren, weniger gebildeten Minderheiten funktioniert. Das liegt auch daran, dass viele dieser Wähler ihn mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen vier Jahre verbanden – und tatsächlich profitierten die unteren Einkommensklassen unter Trump überproportional.

Für die Republikaner sind das ermutigende Nachrichten. Der Partei gelingt, was auf den ersten Blick unmöglich erscheint: Sie schürt Stimmung gegen Einwanderer, sichert sich dadurch die Zustimmung weiter Teile der weißen Arbeiterschaft – und feiert gleichzeitig Erfolge bei den Latinos in Texas und Florida. Im Grunde hat Trump den Republikanern eine in Teilen völlig neue Wählerbasis erschaffen, was der Partei für die Zukunft ganz andere Möglichkeiten bietet.

Bei den Demokraten werden nun die ersten Stimmen laut, ganz grundsätzlich

Joyce N. Boghosian / Zuma Press / imago images

Gesundheitssystem In den USA leben Millionen Menschen ohne den Schutz einer Krankenversicherung. Das Problem wurde durch die Pandemie noch verschärft. Biden will deshalb eine »public option«, die es Geringverdienern ermöglicht, sich günstig für den Krankheitsfall abzusichern.

die Strategie der Partei infrage zu stellen. »Die Linke in Amerika hat sich in den vergangenen Jahren auf eine multikulturelle Reformagenda konzentriert. Sie hat sich um strukturellen Rassismus gekümmert und um mehr Rechte für Schwule und Lesben«, sagt ein Berater des linken Parteiflügels. »All diese Dinge sind großartig. Aber der Preis dafür war, dass wir die weißen Arbeiter verloren haben.«

Deshalb wird der Druck auf Biden größer, noch entschlossener die enorme Ungleichheit in den USA zu bekämpfen. Der Kandidat hat versprochen, dass er den Mindestlohn auf 15 Dollar die Stunde anheben will. Außerdem will er dafür sorgen, dass sich Geringverdiener günstig krankenversichern können und Arbeitnehmer das Recht auf bezahlte Krankentage bekommen. Familien, die weniger als 125 000 Dollar im Jahr verdienen, sollen ihre Kinder kostenfrei auf öffentliche Universitäten schicken dürfen. Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern, will Biden Arbeitnehmern, die wegen Corona ihren Job verloren haben, wöchentlich bis zu 1400 Dollar zahlen.

Aber dem linken Parteiflügel reicht das nicht. Er will auch seine Köpfe im Kabinett Biden vertreten sehen: Bernie Sanders würde gern neuer Arbeitsminister werden, daran lassen seine Leute keinen Zweifel. Der Senator aus Vermont fordert, das System der privaten Krankenversicherung komplett abzuschaffen und alle Amerikaner in eine gesetzliche Kasse zu zwingen.

Elizabeth Warren, Senatorin aus Massachusetts, macht sich Hoffnungen auf das Finanzressort. Die ehemalige Harvard-Professorin kämpft seit Jahrzehnten für einen besseren Schutz von Verbrauchern vor Überschuldung und für höhere Steuern für Reiche, was sie nicht eben zur Lieblingskandidatin einflussreicher demokratischer Geldgeber macht.

Für Warren und Sanders steht fest: Amerika ist politisch gespalten, weil es in dem Land so ungerecht zugeht. Und tatsächlich hat sich in keiner anderen Industrienation die Kluft zwischen Arm und Reich so verbreitert wie in den USA – während die Wirtschaftsleistung von einem Rekord zum nächsten eilte.

Ähnlich wie Großbritannien vor 250 Jahren die Industrialisierung vorantrieb, beherrschen die Vereinigten Staaten heute weite Teile der Digitalwirtschaft. Nahezu alle dominierenden Internet- und Computerkonzerne sind an der amerikanischen Westküste zu Hause: von Amazon über Google und Facebook bis Microsoft. US-Firmen kontrollieren die Chipfertigung, Onlinegiganten wie Uber halten eine Art Monopol im Zukunftsfeld der sogenannten Plattform-Ökonomie.

Die Globalisierung hat in den USA mehr Gewinner produziert als anderswo – aber auch mehr Verlierer. Während der Technologiesektor seit der Jahrtausendwende rasant gewachsen ist, sind die alten Industrien drastisch geschrumpft. Autoproduzenten haben im großen Stil Fabriken nach Mexiko verlagert, in Kohlestaaten wie Kentucky oder Ohio machen Zechen und Kraftwerke reihenweise dicht. Mit der Industrie verschwinden auch Hunderttausende gut bezahlte Jobs, vor allem für jene Amerikaner, die keinen Hochschulabschluss vorweisen können.

Die Folge ist eine polarisierte Gesellschaft, in der die Mittelschicht verdampft und die Einkommensunterschiede wachsen. Während die knapp zwei Millionen Spitzenverdiener inzwischen 20 Prozent des nationalen Gesamteinkommens nach Hause tragen, bringen es die 90 Millionen US-Bürger auf den unteren und mittleren Gehaltsstufen nur noch auf einen Anteil von gut 12 Prozent. In den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts war es genau umgekehrt.

Dafür stemmen sie einen wachsenden Anteil an der Abgabenlast, wie der Berkeley-Ökonom Gabriel Zucman herausgefunden hat. Weil republikanische Präsidenten wie George W. Bush oder Donald Trump die Steuern für Reiche und Unternehmen drastisch senkten, müssen Spitzenverdiener heute einen deutlich kleineren Teil ihrer Einkünfte an den Fiskus abführen als noch vor 30 Jahren.

Zwar ist Zucmans Analyse, wonach eine Sekretärin heute in der Regel höhere Steuersätze hat als ein Millionär, unter Experten umstritten. Doch nicht einmal konservative Ökonomen bestreiten, dass die Abgabenlast in den USA so ungerecht verteilt ist wie nirgendwo sonst in der entwickelten Welt. Es herrsche, so Zucman, »eine aggressive Form der Plutokratie«.

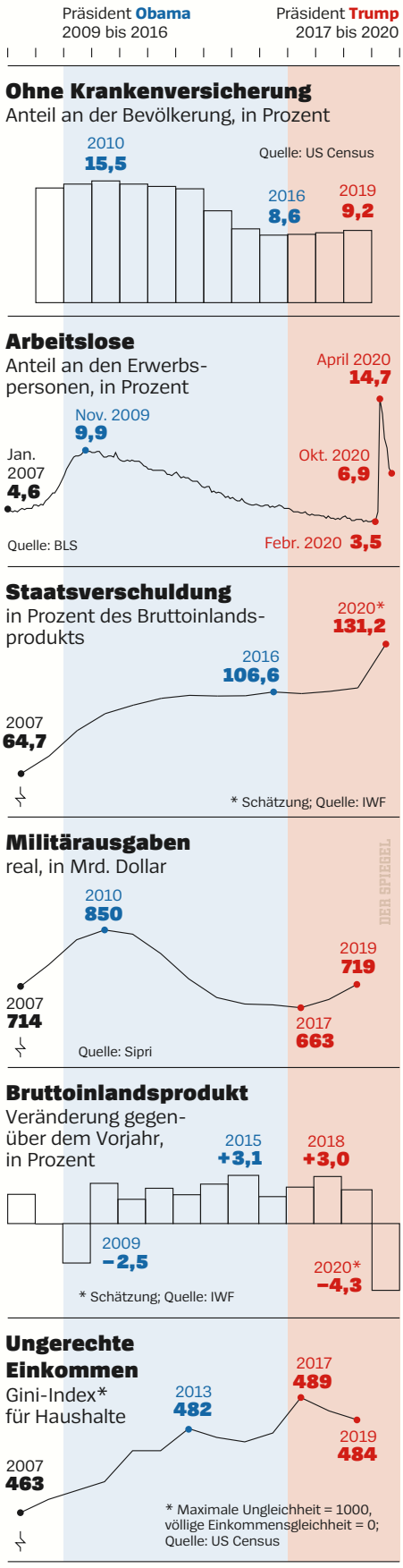
Zudem sind die Lebenshaltungskosten in den Ballungszentren an der Ost- und Westküste sehr hoch, was sich vor allem bei Gering- und Durchschnittsverdienern bemerkbar macht. Außerdem müssen die Amerikaner überdurchschnittlich viel für ihre Gesundheitsversorgung ausgeben. Deshalb haben zehn Prozent der US-Bevölkerung keine Krankenversicherung.

So kommt es, dass sich in zahlreichen ehemaligen Industrierevieren der Vereinigten Staaten die sozialen Probleme ballen. In vielen Gegenden Wisconsins, Ohios oder Pennsylvanias haben ehemalige Mittelschichtsamerikaner nicht nur ihren Job, sondern auch den sozialen Halt verloren. Ehen sind zerbrochen, viele sind alkohol- oder drogenabhängig, und manche »haben den Sinn für Gemeinschaft verloren«, wie Angus Deaton sagt, Ökonom an der Universität von Princeton.

Um die extreme Ungleichheit zu bekämpfen, hat Biden im Wahlkampf ein

Ungleiche Bilanz

Die USA während der Amtszeiten von Barack Obama und Donald Trump



Wort in den Mund genommen, das über viele Jahre tabu war: Steuererhöhungen. Wer mehr als 400 000 Dollar im Jahr verdient, soll mehr an den Fiskus abführen. Die Kapitalertragsteuer soll für jene Amerikaner auf knapp 40 Prozent steigen, deren Einkommen über einer Million Dollar pro Jahr liegt. Er will Steuerschlupflöcher schließen, die in Amerika vor allem Reichen offenstehen. Kurz vor der Präsidentschaftswahl hatte die »New York Times« enthüllt, dass Trump im ersten Jahr seiner Präsidentschaft auf Bundesebene nur 750 Dollar Einkommensteuer bezahlt hatte.

Die große Frage ist, ob Bidens Programm überhaupt eine Chance hat, wenn der Senat weiter von den Republikanern dominiert wird. Sollte dort Mitch McConnell Mehrheitsführer bleiben, hätte er nicht nur die Möglichkeit, jedes ambitionierte Gesetzesprojekt zu versenken. Der Republikaner aus Kentucky könnte sogar Bidens Kabinettsberufungen blockieren. Daher gilt im Moment nicht Warren als wahrscheinlichste Anwärterin für die Spitze des Finanzressorts, sondern Lael Brainard, die ihre Karriere bei der Unternehmensberatung McKinsey begann und zuletzt bei ihrem Topjob in der amerikanischen Zentralbank großes diplomatisches Geschick zeigte. Brainard wäre eine Verneigung vor den Republikanern, ebenso wie die mögliche Berufung von John Kasich ins Kabinett, dem ehemaligen republikanischen Gouverneur von Ohio. Viele Demokraten bezweifeln indes, ob die Republikaner eine solche Geste honorieren würden. »Obama hat acht Jahre lang guten Willen gezeigt und Kompromisse angeboten«, sagt ein demokratischer Stratege. »Er hat dafür rein gar nichts bekommen.«

Am klarsten erkennbar ist derzeit Bidens außenpolitisches Team. Nach Lage der Dinge wird der neue Präsident seinen engsten außenpolitischen Berater Antony Blinken zum nationalen Sicherheitsberater befördern. Der 58-jährige Harvard-Absolvent ist auch als Außenminister im Gespräch, aber in Washington heißt es, Biden wolle den langjährigen Vertrauten in seiner Nähe behalten: »Joe braucht ihn im Weißen Haus.«

Michèle Flournoy, die eine lange Karriere im Pentagon hinter sich hat, könnte die erste Frau an der Spitze des US-Verteidigungsministeriums werden. Susan Rice, die Obama als Sicherheitsberaterin diente, wird als neue Chefin des State Department gehandelt. »Susan wäre eine fantastische Wahl«, sagt Obama-Berater Rhodes, der zuletzt an den Memoiren des Präsidenten mitgearbeitet hat (siehe Vorabdruck Seite 20) und auch in die Regierung einrücken könnte. Unter Obama war Rhodes Redenschreiber im Weißen Haus und stellvertretender Sicherheitsberater.

Michael Ciaglo / Getty Images

Rassismus Biden hat erklärt, dass seine Regierung 70 Milliarden Dollar in Universitäten und Colleges investieren will, die traditionell von schwarzen Studentinnen und Studenten besucht werden. Außerdem will er afroamerikanischen Kleinunternehmern den Zugang zu Krediten erleichtern.

Mit der Präsidentschaft Bidens kehrt für Europa und Deutschland wieder so etwas wie transatlantische Normalität zurück. Es wird die Drohung verschwinden, deutsche Autos mit Strafzöllen zu belegen. Ohne dieses »Damoklesschwert« über dem Kopf lebe es sich bedeutend unbeschwerter, sagt ein deutscher Automanager. Noch geht die Freude nicht so weit, dass sich die Autobosse dazu durchringen könnten, dem Demokraten zu gratulieren.

Der Demokrat Biden will mit der »America First«-Politik Donald Trumps brechen.

Biden hat schon im Frühjahr in einem Beitrag für »Foreign Affairs« deutlich gemacht, dass er mit Trumps »America First«-Politik brechen wird. Die USA sollen wieder ein verlässlicher Partner sein, in der Nato ebenso wie für die EU. Und die Tatsache, wie schnell Berlin, Paris und London dem Demokraten die herzlichsten Glückwünsche ausrichteten, zeigt, wie groß das Aufatmen bei den Verbündeten ist.

Biden hat angekündigt, dass sich die USA wieder dem Pariser Klimaschutzabkommen anschließen werden. Die Übereinkunft gilt als eine der größten Errungenschaften der Ära Obama. Außerdem wird Biden wieder der Weltgesundheitsorganisation beitreten und das personell ausgeblutete State Department aufstocken. »Diese Dinge kann er gleich am Anfang tun«, sagt Stephen Walt, Professor für Internationale Beziehungen an der Harvard University. »Den Kongress braucht er dafür nicht.«

Zumindest an der Oberfläche wird sich Amerika also wieder anfühlen, wie man es von früher kannte. Es wird trotzdem nicht dasselbe Amerika sein. Schon eine Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran könnte kompliziert werden. Trump stieg im Frühjahr 2018 aus dem Deal aus und führte danach Sanktionen ein, die das wirtschaftliche Leben in dem Land beinahe zum Erliegen brachten. Biden hat sich – zur freudigen Überraschung der Partner in Europa – klipp und klar dazu bekannt, das Abkommen wieder in Kraft zu setzen. Allerdings will Biden die Sanktionen erst aufheben, wenn Iran seinerseits bereit ist, sich an die Vereinbarungen des Atomdeals zu halten. Und das wird schwer: Hardliner in Teheran führen das Verhalten Trumps als Beweis dafür an, dass auf den Todfeind USA kein Verlass sei.

Dazu kommt, dass Trump in diesem Jahr den Aufbau diplomatischer Beziehungen zwischen Israel einerseits und den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain andererseits vermittelt hat. Faktisch steht

Etienne Laurent / epa-EFE / Shutterstock

Wirtschaft Um die extreme soziale Ungleichheit in den USA zu bekämpfen, will Joe Biden all jenen Amerikanern die Steuern erhöhen, die mehr als 400 000 Dollar im Jahr verdienen. Außerdem will der Demokrat den Mindestlohn erhöhen und Arbeitnehmern bezahlte Krankentage zusichern.

nun eine sunnitische Allianz mit Israel gegen den schiitischen Iran, was das Bedrohungsgefühl in Teheran verstärkt und dort wenig Neigung erzeugt, auf die Entwicklung der Bombe zu verzichten.

Für Iran sei die »latente Fähigkeit«, Atomwaffen herzustellen, nicht verhandelbar, sagt der Harvard-Experte Walt. Das Regime wolle nicht notwendigerweise eine eigene Bombe bauen. »Es möchte aber die Fähigkeit dazu haben, wenn es aus seiner Sicht irgendwann nötig werden sollte.«

Das wohl schwierigste und zugleich wichtigste Feld der Außenpolitik für Biden wird China. Als Vizepräsident hat er sich acht Jahre lang um das Land gekümmert, in dieser Zeit besuchte er mehrmals den heutigen Staatspräsidenten Xi Jinping in Peking. Als Xi im Februar 2012 zu Gast in Washington war, lobte Biden den kommenden Mann an der Spitze der Volksrepublik noch als aufstrebenden Reformer, der den »friedlichen Aufstieg« Chinas fördere.

Heute spricht Biden ganz anders über den starken Mann in Peking. Im Frühjahr nannte er Xi einen »thug«, was man am besten mit dem Wort »Gangster« übersetzt. Die Wortwahl war zweifellos dem Wahlkampf geschuldet, in dem Trump China die Schuld für die Pandemie zuschob und in dem Republikaner Biden als einen Gehilfen Pekings karikierten, dessen Familie auf der Lohnliste chinesischer Staatsfirmen stehe.

Aber selbst wenn sich der Pulverdampf der Wahlschlacht verzogen hat, wird Biden mit anderen Augen auf das Reich der Mitte blicken. »Biden wird China gegenüber härter sein als Obama«, sagt der Harvard-Experte Walt. Intern räumten seine Berater schon ein, dass es ihr Chef unterschätzt hatte, wie radikal sich Präsident Xi das Land und die Kommunistische Partei unterworfen hat – und wie brutal er jeden Widerspruch unterdrückt.

Joe Biden wird nicht entgangen sein, wie sehr sich Merkel und Obama schätzen.

Biden hat erklärt, dass er die Achtung von Demokratie und Menschenrechten wieder zum zentralen Thema seiner Außenpolitik machen wird. Was das konkret heißt, muss sich noch erweisen, etwa in Hongkong, dessen Demokratiebewegung Peking ohne Nachsicht knebelt. Sosehr Biden dies missbilligen mag, der neue Präsident braucht den Machthaber in Peking – nicht zuletzt, um Druck auf den nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un auszuüben, dessen Nuklearprogramm viele Sicherheitsexperten in Washington für eine der größten Bedrohungen der USA halten.

Für Angela Merkel, so viel ist sicher, ist der neue Präsident ein Geschenk. Das Verhältnis zum Weißen Haus war zuletzt so schlecht, dass der jüngste Besuch der Bundeskanzlerin schon mehr als zweieinhalb Jahre zurückliegt. Im Mai 2019 sprach die Kanzlerin nur bei der Graduationsfeier der Harvard University. Ihr Loblied auf die multilaterale Weltordnung geriet zu einer so offenkundigen Kampfansage an Trump, dass sich die Diplomaten an der deutschen Botschaft in Washington danach fragten, wie sie noch mit dem Weißen Haus zusammenarbeiten sollen. Die Rache kam dann mit über einem Jahr Verspätung. Als Trump im Sommer mit seinem Sicherheitsberater Robert O'Brien den Abzug von US-Soldaten aus Deutschland beschloss und die Gerüchte schnell durchsickerten, ließ das Weiße Haus die Anrufe der deutschen Botschafterin Emily Haber erst einmal ins Leere laufen.

Auch das Verhältnis von Merkel zu Biden war nicht immer spannungsfrei. In seinen Memoiren über seine Zeit im Weißen Haus berichtet er davon, wie sehr es ihn verärgert habe, dass Merkel – gegen seinen Willen – bei Obama dafür warb, auf Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung zu verzichten. Biden wollte der Regierung in Kiew die Mittel an die Hand geben, um sich gegen die russische Aggression im Osten des Landes wehren zu können.

Obamas Berater Rhodes glaubt indes nicht, dass dies Biden nachhaltig verstimmt hat – schon deshalb, weil der Präsident selbst nicht von den Waffenexporten überzeugt gewesen sei.

Und Biden wird auch nicht entgangen sein, wie sehr sich der Präsident und die deutsche Kanzlerin im Laufe der Jahre schätzen gelernt haben. Merkel hielt Obama zuerst für einen hoffnungslos überbewerteten Selbstdarsteller. Und sie wertete es als Zeichen seiner Hybris, dass er schon als Präsidentschaftskandidat den Wunsch äußerte, am Brandenburger Tor zu sprechen – eine Bitte, die Merkel bekanntermaßen abschlägig beschied.

Später stieg der junge Präsident in ihrer Anerkennung, als er gegen alle Widerstände seine Gesundheitsreform durchsetzte. Und Obama verzieh Merkel, dass sie ihn anfangs für einen eitlen Schönredner gehalten hatte. Er habe ihr das nicht übel genommen, schreibt er in seinen Memoiren, »denn ich dachte mir, bei einer deutschen Regierungschefin war eine Abneigung gegen mögliche Demagogie vermutlich eine gesunde Einstellung«.

Simon Hage, René Pfister,
Alexander Sarovic, Michael Sauga

► **Lesen Sie auch auf Seite 126**
Das persönliche USA-Fazit von Philipp Oehmke nach fünf Jahren New York

WIR FERTIGEN ARMBÄNDER AUS ALTEN FISCHERNETZEN. DATEV DIGITALISIERT UNSERE KAUFMÄNNISCHEN PROZESSE.

Bracenet befreit die Weltmeere von Geisternetzen und fertigt daraus nachhaltige Produkte. Dank der digitalen Lösungen von DATEV und der Unterstützung ihrer Steuerberatung halten sie ihr Unternehmen immer auf Kurs.

Madeleine und Benjamin,
Gründer von BRACENET

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE

DATEV

Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Mir fiel es schwer, ihn ernst zu nehmen

USA Ein exklusiver Auszug aus dem Buch »Ein verheißenes Land« von Barack Obama: Der Ex-Präsident denkt darin über seine Familie nach, den Luftangriff auf Muammar al-Gaddafi, die destruktive Haltung der Republikaner – und über die Lügen seines Nachfolgers.

Präsident Obama 2012 am Resolute Desk im Oval Office bei einem Telefongespräch mit dem britischen Premier Cameron
Die emotionale, beinahe instinktive Reaktion auf meine Präsidentschaft hatte nichts mit politischen Gegensätzen zu tun

Fotos: Pete Souza / The White House

Im ersten Band seiner Erinnerungen an die Präsidentschaft beschreibt Barack Obama seinen Werdegang, seinen Wahlkampf und seine erste Amtszeit im Weißen Haus. Das Buch erscheint am 17. November. In dem hier in Auszügen vorab veröffentlichten Kapitel beschreibt Obama einen Staatsbesuch in Brasilien 2011, auf den er seine Familie mitgenommen hatte – und wie er von dort aus den amerikanischen Streitkräften befahl, den Libyenfeldzug gegen Muammar al-Gaddafi zu starten. Im zweiten Teil des Kapitels beschreibt Obama sein schwieriges Verhältnis zu den Republikanern – und erinnert sich daran, wie Donald Trump seine politische Karriere startete: mit Lügen über Obamas Geburtsort.

In den folgenden zwei Tagen setzten wir den Staatsbesuch weitgehend wie geplant fort, sogar als amerikanische und britische Kriegsschiffe begannen, Tomahawk-Marschflugkörper abzufeuern und libysche Luftabwehrstellungen zu zerstören. Ich traf mich mit einer Gruppe amerikanischer und brasilianischer Firmenchefs, um mit ihnen über Möglichkeiten zur Intensivierung der Handelsbeziehungen zu sprechen. Ich nahm an einem Cocktailempfang mit Regierungsvertretern teil und ließ mich mit amerikanischen Botschaftsmitarbeitern und ihren Familien fotografieren.

In Rio de Janeiro hielt ich vor zweitausend prominenten Brasilianern aus Politik, Zivilgesellschaft und Geschäftswelt eine Rede über die Herausforderungen und Chancen, denen sich unsere Länder als die zwei größten Demokratien Amerikas gegenübersahen. Aber nebenher erkundigte ich mich immer wieder bei Tom *(dem Nationalen Sicherheitsberater Thomas Donilon* –Red.) nach den neuesten Berichten aus Libyen und stellte mir die Szenen vor, die sich fast neuntausend Kilometer entfernt abspielten: das Rauschen von durch die Luft sausenden Raketen, die Kaskade von Explosionen, Trümmer und Rauch, die Gesichter von Gaddafis Gefolgsleuten, die den Himmel nach Gefahren absuchten und ihre Überlebenschancen einschätzten.

Ich war abgelenkt, aber mir war klar, dass meine Anwesenheit in Brasilien wichtig war. Besondere Bedeutung hatte sie für die Afrobrasilianer, die etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes stellten und so wie die Schwarzen in den Vereinigten Staaten unter tief verwurzeltem – und oft geleugnetem – Rassismus litten und überwiegend in Armut lebten.

Gemeinsam mit Michelle und den Mädchen besuchte ich eine weitläufige Favela im Westen von Rio, wo wir uns in einem Jugendzentrum den Auftritt einer Capoeira-Truppe ansahen. Danach spielte ich mit einer Handvoll Jugendlichen ein wenig Fußball. Als wir die Einrichtung verließen, waren draußen Hunderte Menschen zusammengeströmt.

Die Leute vom Secret Service ließen nicht zu, dass ich einen Spaziergang durch das Viertel unternahm, aber ich überredete sie, mich durch das Tor hinausgehen zu lassen, damit ich die Menschen begrüßen konnte. Ich stand in einer engen Gasse und winkte den schwarzen, braunen und kupferfarbenen Gesichtern zu. Die Menge drückte gegen die Polizeiabsperrung, auf Dächern und kleinen Balkonen drängten sich Menschen, darunter viele Kinder.

Als ich ins Gebäude zurückkehrte, sagte Valerie *(Jarrett, eine enge Beraterin und Freundin* –Red.), die uns auf dieser Reise begleitete, lächelnd zu mir: »Ich wette, dass dieses Winken das Leben einiger dieser Kinder für immer verändert hat.« Ich fragte mich, ob es wirklich so war. Dasselbe hatte ich am Anfang meiner politischen Reise gedacht, und nicht zuletzt mit diesem Wunsch hatte ich Michelle gegenüber meine Kandidatur für das Präsidentenamt gerechtfertigt: Der Wahlsieg und die Präsidentschaft eines Schwarzen würden die Art und Weise verändern, wie schwarze Kinder und Jugendliche sich selbst und ihre Welt betrachteten.

Und doch war mir bewusst, dass jegliche Wirkung, die meine flüchtige Gegenwart auf diese Kinder in den Favelas haben mochte, selbst wenn sie einige von ihnen veranlasste, selbstbewusster zu sein und größere Träume zu wagen, die zermürbende Armut nicht beheben konnte, die ihr Leben beherrschte – die schlechten Schulen, die ungesunde Luft, das schmutzige Wasser und das Chaos, in dem viele von ihnen ums Überleben kämpfen mussten.

Soweit ich es beurteilen konnte, hatte ich das Leben von Kindern und Familien, die in Armut lebten, bisher praktisch nicht verbessert, nicht einmal in meinem eigenen Land. Ich war schon allein davon in Anspruch genommen, dagegen anzugehen, dass sich die Lebensumstände der Armen in den Vereinigten Staaten und weltweit weiter verschlechterten: Sorge zu tragen, dass eine globale Rezession nicht noch mehr Menschen in die Armut abrutschen ließ oder dass sie deren ohnehin schwache Position auf dem Arbeitsmarkt zerstörte; einen Klimawandel zu verhindern, der womöglich tödliche Flut- und Sturmkatastrophen zur Folge hätte; und im Fall Libyens die Armee eines Verrückten daran zu hindern, die Menschen in den Straßen niederzumähen. Meine Bemühungen waren in meinen Augen nicht wertlos gewesen, aber ich durfte mich nicht der Illusion hingeben, dass ich auch nur annähernd genug getan hatte.

Auf dem kurzen Rückflug zum Hotel im Marine-One-Helikopter schwebten wir an den wunderschönen bewaldeten Bergen entlang, die die Küste säumen. Unvermittelt kamen der kegelförmige Gipfel des Corcovado und das Wahrzeichen Rios in Sicht, die dreißig Meter hohe Statue des Cristo Redentor. Wir hatten für denselben Abend einen Besuch dort oben geplant. Ich lehnte mich zu Sasha und Malia hinüber und zeigte auf die weltberühmte Statue: eine in eine Tunika gehüllte Figur mit weit ausgebreiteten Armen, die sich weiß vom blauen Himmel abhob.

»Schaut … da fahren wir heute Abend hin.« (…)

Als wir später im Garten unseres Hotels beim Abendessen saßen, teilte man uns mit, dass der Corcovado in dichten Nebel gehüllt sei, weshalb der Ausflug zum Cristo Redentor möglicherweise ausfallen werde. Malia und Sasha wirkten nicht allzu enttäuscht. Ich hörte ihnen zu, wie sie sich beim Kellner nach den Desserts erkundigten, und war ein wenig gekränkt durch ihre mangelnde Begeisterung.

> Ich hatte das Leben von Kindern und Familien, die in Armut lebten, bisher praktisch nicht verbessert.

Da ich die Entwicklung in Libyen verfolgen musste, bekam ich meine Familie bei dieser Reise noch weniger zu Gesicht als daheim in Washington, und diese Situation verstärkte ein Gefühl, das mich in letzter Zeit allzu oft beschlich: Meine Töchter wurden schneller erwachsen, als ich erwartet hatte. Malia war drauf und dran, sich in einen Teenager zu verwandeln: In ihrem Mund schimmerte eine Zahnspange, das Haar hatte sie zu einem Zopf geflochten, ihr Körper wirkte in die Länge gezogen, als wäre er in ein unsichtbares Gestell gespannt worden, sodass sie über Nacht lang und dünn und fast so groß wie ihre Mutter geworden war.

Wenigstens Sasha, mittlerweile neun Jahre alt, sah mit ihrem süßen Lächeln und ihren Grübchen in den Wangen noch wie ein Kind aus, aber in ihrem Verhalten mir gegenüber hatte ich eine Veränderung bemerkt: Sie hatte weniger Vergnügen daran, von mir gekitzelt zu werden, und wirkte oft ungehalten und ein bisschen peinlich berührt, wenn ich in der Öffentlichkeit versuchte, sie an die Hand zu nehmen.

Ich wunderte mich immer wieder darüber, wie stabil die beiden waren, wie gut sie sich an die sonderbaren und außergewöhnlichen Umstände angepasst hatten, unter denen sie aufwuchsen, wie natürlich sie blieben, egal, ob sie an einer Audienz beim Papst teilnahmen oder eine Tour durch die Shoppingmall machten. Vor allem hatten sie eine Abneigung gegen jede besondere Behandlung oder übertriebene Aufmerksamkeit; sie wollten einfach wie die anderen Kinder in der Schule sein. (Als einer von

Sashas Klassenkameraden am ersten Tag des vierten Schuljahrs versucht hatte, sie zu fotografieren, hatte sie ihm eigenhändig die Kamera entrissen und ihn gewarnt, er solle das ja nicht noch mal versuchen.)

Mit ihren Freunden trafen sich beide Mädchen lieber in deren Häusern, was sicher zum Teil daran lag, dass in diesen Haushalten weniger strenge Regeln dafür galten, welche Süßigkeiten man essen und wie viel Zeit man vor dem Fernseher verbringen durfte, hauptsächlich aber daran, dass sie an diesen Orten eher das Gefühl hatten, normale Kinder sein zu können, selbst wenn vor der Tür ein Wagen des Secret Service wartete. Ihr Verhalten war nachvollziehbar, doch leider war ihr Leben gerade dann, wenn sie mit mir zusammen waren, besonders unnormal. Ich fürchtete, dass ich die kostbare Zeit mit ihnen verpasste, bevor sie das Nest verließen …

Marvin *(Nicholson, der Verantwortliche für alle Reisen des Präsidenten* –Red.) trat an den Tisch. »Alles klar«, sagte er. »Der Nebel hat sich aufgelockert.« Wir stiegen in den SUV und fuhren kurze Zeit später im Dunkeln eine gewundene dreispurige Straße hinauf, bis unser Konvoi plötzlich an einem großen, mit Scheinwerfern ausgeleuchteten Vorplatz zum Stehen kam. Eine massive, schimmernde Gestalt schien uns durch den Dunst zu sich zu winken. Wir gingen die Stufen hinauf und legten die Köpfe in den Nacken, um sie ganz zu sehen. Sasha griff nach meiner Hand, und Malia legte einen Arm um meine Taille.

»Sollen wir beten oder so was?«, fragte Sasha.

»Warum nicht?«, antwortete ich. Wir standen Arm in Arm schweigend mit gebeugten Köpfen da, und ich wusste, dass zumindest eines meiner Gebete an diesem Abend schon erhört worden war.

Ob unsere kurze Pilgerfahrt auf diesen Berggipfel in Rio de Janeiro dabei half, dass mein anderes Gebet erhört wurde, kann ich nicht mit Gewissheit sagen. Ich weiß jedoch, dass die ersten Tage des Militäreinsatzes in Libyen so gut wie nur möglich verliefen. Gaddafis Luftabwehr wurde rasch zerschlagen. Die Europäer hatten die versprochenen Kampfflugzeuge entsandt (Sarkozy sorgte dafür, dass ein französisches Flugzeug als erstes in den libyschen Luftraum eindrang), die eine Reihe von Angriffen gegen die auf Bengasi vorrückenden Truppen flogen. Nach wenigen Tagen zogen sich Gaddafis Truppen zurück; in großen Teilen Ostlibyens hatten wir de facto eine Flugverbotszone durchgesetzt, und auch Truppenbewegungen am Boden waren kaum noch möglich. (…)

An einem ruhigen Sonntag im April war ich allein im Wohnbereich *(des Weißen Hauses* –Red.) – die Mädchen waren mit Spielkameraden unterwegs, und Michelle hatte sich mit Freunden zum Mittagessen verabredet –, und so beschloss ich, nach unten zu gehen, um etwas zu arbeiten. Es war ein kühler Tag, die Temperatur lag bei etwa achtzehn Grad, und der Himmel war leicht bewölkt. Auf meinem Weg durch den Säulengang nahm ich mir ein wenig Zeit, um im Rosengarten den Anblick der üppigen Tulpenbeete zu genießen, die die Gärtner gepflanzt hatten und die in Gelb, Rot und Rosa leuchteten.

An Wochenenden arbeitete ich selten am Resolute Desk, da an diesen beiden Tagen Touristengruppen durch den West Wing geführt wurden und die Besucher hinter einem Seil aus rotem Samt nur dann einen Blick in das Oval Office werfen konnten, wenn ich nicht dort war.

Stattdessen hielt ich mich normalerweise im Speisezimmer und im Arbeitszimmer auf, die an das Oval Office angrenzten. Es war ein angenehmer, privater Bereich, den ich im Lauf der Jahre mit Erinnerungsstücken gefüllt hatte: ein von John Lewis signiertes, gerahmtes Life-Cover über den Bürgerrechtsmarsch in Selma, ein Ziegelstein aus Abraham Lincolns Anwaltsbüro in Springfield, ein Paar Boxhandschuhe von Muhammad Ali, Ted Kennedys Gemälde von der Küste bei Cape Cod, das er mir nach meinem Besuch in seinem Büro und meinen bewundernden Worten als Geschenk geschickt hatte.

Aber als die Wolken aufbrachen und Sonnenlicht über die Fenster huschte, zog ich auf die stufige Terrasse vor dem Speisezimmer um. Es war ein malerischer, abgeschiedener Ort, der auf einer Seite von Hecken und Blumen und auf der anderen von einem kleinen Brunnen begrenzt wurde.

Ich wollte ein paar Berichte lesen, aber meine Gedanken schweiften immer wieder ab. Ich hatte gerade bekannt gegeben, dass ich für die Wiederwahl kandidieren würde. Eigentlich war das lediglich eine Formalität, ich hatte die Dokumente ausgefüllt und eine kurze Erklärung auf Video aufgenommen – etwas vollkommen anderes als mein Auftritt vor Tausenden überschwänglichen Menschen an dem eisigen Tag in Springfield, als ich meine Kandidatur verkündet und dem Land Hoffnung und Wandel versprochen hatte.

Jener Tag vor vier Jahren schien eine Ewigkeit zurückzuliegen; es war eine Zeit der Zuversicht, der jugendlichen Energie und zweifellos der Unschuld gewesen. Mein Wahlkampf für eine zweite Amtszeit würde ein ganz anderes Unterfangen werden. Da sie von meiner Verwundbarkeit wussten, standen die Republikaner bereits Schlange, um die Chance zu nutzen, gegen mich anzutreten. Ich hatte bemerkt, dass meine politischen Berater in Erwartung einer kostspieligen und unerbittlichen Auseinandersetzung begonnen hatten, eine Reihe früher Fundraising-Veranstaltungen in meinem Terminkalender unterzubringen.

Ein Teil von mir sträubte sich dagegen, so früh mit dem Wahlkampf zu beginnen, denn obwohl meine erste Kandidatur bereits wie eine ferne Erinnerung wirkte, hatte ich das Gefühl, dass meine eigentliche Arbeit als Präsident gerade erst begonnen hatte. Aber es hatte keinen Sinn, darüber zu streiten: Ich konnte die Umfrageergebnisse selber deuten.

Die Ironie war, dass unsere Anstrengungen der vergangenen zwei Jahre endlich Früchte zu tragen begannen. Wenn ich nicht mit außenpolitischen Fragen beschäftigt war, hatte ich das Land bereist, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tatsache zu lenken, dass angeschlagene Autowerke den Betrieb wieder aufgenommen hatten, dass Kleinunternehmen gerettet worden waren, dass Windparks und energieeffiziente Fahrzeuge den Weg in eine Zukunft mit sauberer Energie wiesen.

Eine Reihe von Infrastrukturprojekten, die durch den Recovery Act finanziert wurden – Straßen, Gemeindezentren, Stadtbahnlinien –, waren bereits fertiggestellt. Sehr viele Bestimmungen des Affordable Care Act waren schon in Kraft getreten.

Wir hatten die Bundesregierung in vielerlei Hinsicht besser, effizienter und zugänglicher gemacht. Aber solange es mit der Wirtschaft nicht wirklich wieder aufwärtsging, würden wir von alldem politisch nicht profitieren. Bisher war es uns gelungen, die zweite Talsohle einer Double-Dip-Rezession zu vermeiden, was im Wesentlichen den milliardenschweren Konjunkturmaßnahmen zu verdanken war, die wir an die Verlängerung der Bush-Steuersenkungen in der Lame-Duck-Zeit nach den Midterm-Wahlen geknüpft hatten. Aber es war knapp gewesen. Und allem Anschein nach war die neue republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus entschlossen, bei der Wirtschaft wieder den Rückwärtsgang einzulegen.

Es war, als hätte meine Gegenwart im Weißen Haus eine tief verwurzelte Angst geweckt.

Seit er im Januar zum Sprecher des Repräsentantenhauses gewählt worden war, ließ *(der Republikaner* –Red.) John Boehner keinen Zweifel daran, dass die Republikaner entschlossen waren, ihr Wahlkampfversprechen einzulösen und meinem »Arbeitsplätze vernichtenden Ausgabenrausch der letzten zwei Jahre«, wie er es nannte, ein Ende zu setzen. (…)

Ich fragte mich, ob sich meine Präsidentschaft künftig auf diese Art von Auseinandersetzungen

Politiker Obama, Ehefrau Michelle im Weißen Haus 2010, bei G-8-Gipfel in Camp David 2012, bei Telefonat mit Soldaten 2014*
Musste ich von nun an Rückzugsgefechte führen, um die Republikaner daran zu hindern, die amerikanische Wirtschaft zu sabotieren?

reduzierte: Musste ich von nun an Rückzugsgefechte führen, um die Republikaner daran zu hindern, die amerikanische Wirtschaft zu sabotieren und alles zu zerstören, was ich erreicht hatte? Konnte ich wirklich hoffen, einen gemeinsamen Nenner mit einer Partei zu finden, die den Kampf gegen meine Person zunehmend als einigendes Prinzip zu betrachten schien, als das große Ziel, das Vorrang vor allen anderen haben musste? (...)

Tatsächlich stellte ich immer öfter fest, dass die Stimmung, die wir erstmals in der Schlussphase des Wahlkampfs von Sarah Palin und bis in den Tea-Party-Sommer hinein beobachtet hatten, vom Rand der Republikanischen Partei auf ihren Kern übergegriffen hatte. Diese emotionale, beinahe instinktive Reaktion auf meine Präsidentschaft hatte nichts mit politischen oder ideologischen Gegensätzen zu tun. Es war, als hätte meine Gegenwart im Weißen Haus eine tief verwurzelte Angst geweckt, als glaubten meine Gegner, die natürliche Ordnung der Dinge löse sich auf.

Das war es auch, was Donald Trump genau begriffen hatte, als er die Behauptung verbreitete, ich sei nicht in den Vereinigten Staaten zur Welt gekommen und daher kein rechtmäßiger Präsident. Er versprach Millionen Amerikanern, die wegen eines schwarzen Mannes im Weißen Haus verschreckt waren, ein Elixier zur Behandlung ihrer ethnischen Ängste.

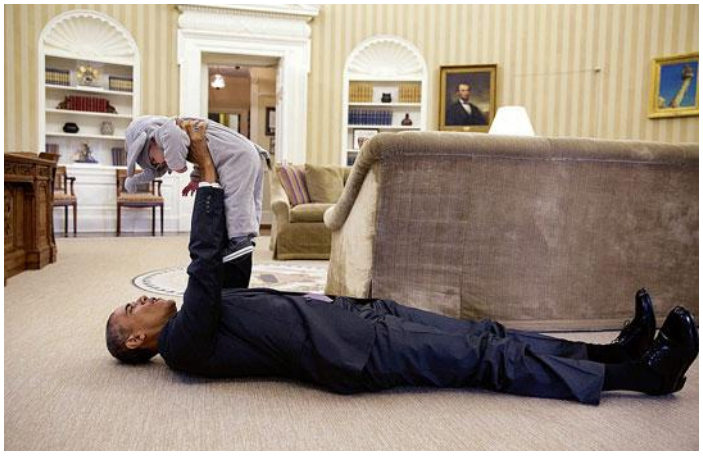
Die Behauptung, ich sei nicht auf amerikanischem Boden geboren, war nicht neu. Mindestens ein konservativer Spinner hatte diese Theorie schon während meiner Kandidatur für den Senat von Illinois aufgestellt.

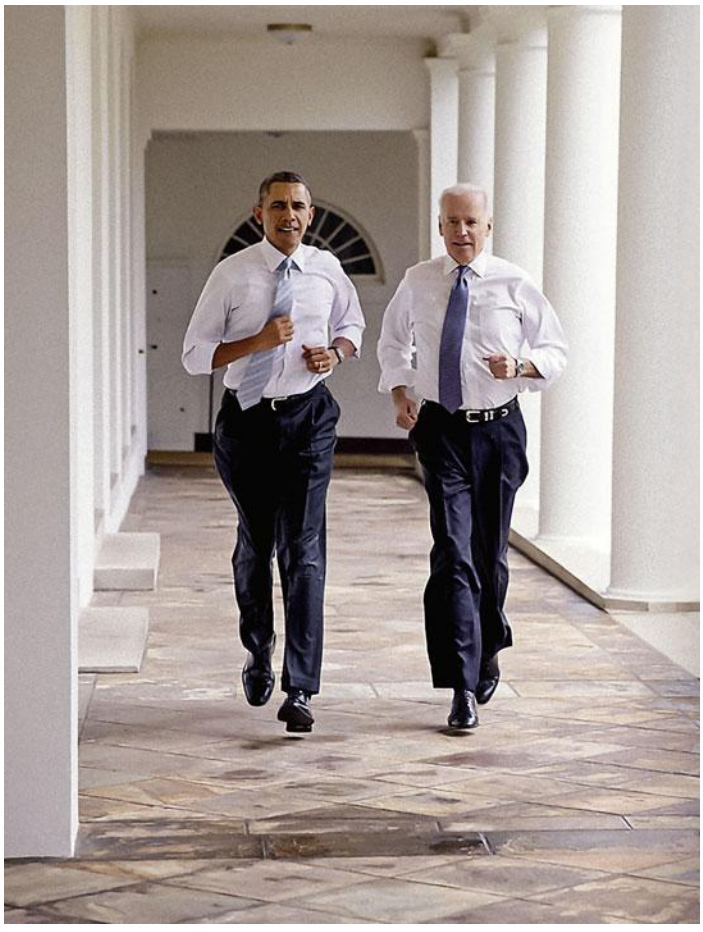
Während des demokratischen Vorwahlkampfs hatten einige enttäuschte Anhänger von Hillary Clinton das Gerücht erneut in Umlauf gebracht, und während ihre Wahlkampforganisation diese Spekulationen entschieden verurteilte, griffen konservative Blogger und Talk-Radio-Leute die Behauptung auf und brachten fiebrige Ketten-E-Mails unter rechten Aktivisten in Umlauf.

Als die Tea Party die Behauptung während meines ersten Jahres im Weißen Haus erneut hervorkramte, hatte sich die Geschichte in eine komplexe Verschwörungstheorie verwandelt: Ich sei nicht nur in Kenia zur Welt gekommen, hieß es nun, sondern ich sei auch ein geheimer muslimischer Sozialist und ein »Manchurian Candidate«, gehirngewaschen und ferngesteuert, der mit gefälschten Dokumenten in die Vereinigten Staaten eingeschmuggelt und von Kindheit an darauf vorbereitet worden sei, die höchsten Ebenen der amerikanischen Politik zu infiltrieren.

Es dauerte jedoch bis zum 10. Februar 2011, dem Tag vor dem Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak, bis diese absurde Theorie wirklich populär wurde. An diesem Tag deutete Donald Trump in einer Rede vor der Conservative Political Action Conference in Washington an, dass er vielleicht für das Präsidentenamt kandidieren werde. Er erklärte: »Unser gegenwärtiger Präsident kam aus dem Nichts. (...) Die Personen, die angeblich mit ihm zur Schule gingen, haben ihn dort nie gesehen, sie wissen nicht, wer er ist. Das ist verrückt.«

* Oben: mit dem britischen Premierminister David Cameron, Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem französischen Staatspräsidenten François Hollande beim Schauen des Champions-League-Finales; unten: anlässlich der traditionellen Gespräche zu Thanksgiving.





Staatschef Obama in der »Air Force One« 2013, mit dem Kind eines Beraters im Weißen Haus 2015*, mit Vizepräsident Biden 2014
Trump versprach Millionen Amerikanern, die wegen eines schwarzen Mannes im Weißen Haus verschreckt waren, ein Elixier

Anfangs beachtete ich diesen Unfug nicht. Meine Biografie war sorgfältig dokumentiert. Meine Geburtsurkunde lag in Hawaii im Geburtsregister, und wir hatten sie im Jahr 2008 auf meiner Website veröffentlicht, um der ersten Welle des »Birtherism« zu begegnen. Meine Großeltern hatten einen Ausschnitt mit meiner Geburtsanzeige aus der Ausgabe des Honolulu Advertiser vom 13. August 1961 aufbewahrt. Als Kind war ich jeden Tag auf dem Schulweg am Kapi'olani Medical Center vorbeigelaufen, wo meine Mutter mich zur Welt gebracht hatte.

Was Trump angeht, so war ich dem Mann nie begegnet, obwohl ich im Lauf der Jahre am Rande Notiz von ihm genommen hatte – zuerst von dem nach Aufmerksamkeit lechzenden Baulöwen, später und Unheil verheißender von dem Mann, der sich in den Fall der »Central Park Five« eingemischt hatte. Er hatte auf die Geschichte von fünf schwarzen und Latino-Teenagern, die für eine brutale Vergewaltigung einer weißen Joggerin inhaftiert worden waren (sie wurden sehr viel später entlastet), mit ganzseitigen Anzeigen in vier großen Tageszeitungen reagiert, in denen er die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte. Schließlich hatte ich von der Fernsehpersönlichkeit gehört, die sich und ihre Marke als Inbegriff des kapitalistischen Erfolgs und des protzigen Konsums verkaufte.

Während des größten Teils meiner ersten beiden Jahre im Amt betrachtete Trump meine Präsidentschaft offenbar mit Wohlgefallen. So sagte er auf Bloomberg TV: »Alles in allem glaube ich, dass er einen sehr guten Job gemacht hat.« Doch vielleicht lag es daran, dass ich nicht viel fernsah, jedenfalls fiel es mir schwer, ihn allzu ernst zu nehmen.

Die New Yorker Bauunternehmer und Wirtschaftsführer, die ich kannte, beschrieben ihn einhellig als substanzlos, als jemanden, dessen Weg mit Konkursen, Vertragsbrüchen, betrogenen Mitarbeitern und dubiosen Finanzdeals gepflastert war und dessen Geschäft mittlerweile im Wesentlichen darin bestand, seinen Namen für Immobilien herzugeben, die er weder besaß noch verwaltete. Den engsten Kontakt mit Trump hatte ich im Sommer 2010 während der Deepwater-Horizon-Krise gehabt, als er aus heiterem Himmel Axe *(Obamas Berater David Axelrod* –Red.) anrief, um vorzuschlagen, wir sollten die Versiegelung der Bohrung ihm überlassen.

Als er erfuhr, dass das Bohrloch beinahe verschlossen war, wechselte Trump das Thema und kam darauf zu sprechen, dass wir doch kürzlich ein offizielles Dinner in einem Festzelt auf dem Südrasen des Weißen Hauses veranstaltet hätten. Er sei, so eröffnete er Axe, bereit, auf dem Grundstück des Weißen Hauses »einen wunderschönen Festsaal« zu errichten. Wir lehnten das Angebot höflich ab.

Was ich nicht vorausgesehen hatte, war, dass die Medien Trumps plötzliche Bekehrung zum »Birtherism« ernst nahmen. Die Trennlinie zwischen Information und Unterhaltung war mittlerweile derart verschwommen und der Wettbewerb um die Einschaltquoten so erbittert, dass die Sender gerne bereit waren, Trump ein Forum für eine haltlose Behauptung zu bieten.

Vorangetrieben wurde sie natürlich von Fox News, einem Sender, dessen Macht und Profite seit Langem darauf beruhten, dieselben ethnischen Ängste und Ressentiments zu schüren, die Trump jetzt für sich zu nutzen suchte. Abend für Abend boten ihm die Fox-Moderatoren in ihren populärsten Sendungen

* Mit Ella Rhodes, der Tochter seines Beraters Ben Rhodes.

Fotos: Pete Souza / The White House

eine Bühne. In The O'Reilly Factor verkündete Trump: »Wer Präsident der Vereinigten Staaten werden will, muss in diesem Land geboren sein. Und es gibt Zweifel, ob er hier geboren wurde oder nicht ... Er hat keine Geburtsurkunde.« In der Morgensendung Fox & Friends behauptete er, meine Geburtsanzeige sei möglicherweise gefälscht.

Tatsächlich war Trump so oft bei Fox zu Gast, dass er sich bald genötigt sah, die Brühe durch neue Zutaten schmackhafter zu machen: Er erklärte, an meiner Zulassung zum Studium in Harvard könne was nicht stimmen, da meine Noten »mies« gewesen seien. Im Gespräch mit Laura Ingraham erzählte er, er sei sicher, dass in Wahrheit Bill Ayers, mein Nachbar in Chicago und ehemaliger radikaler Aktivist, der Autor von »Ein amerikanischer Traum« sei, denn das Buch sei zu gut, als dass es jemand von meinem intellektuellen Kaliber hätte schreiben können.

Aber es war nicht nur Fox. Am 23. März, kurz nach Beginn der Militärintervention in Libyen, tauchte Trump in der ABC-Sendung The View auf, wo er erklärte: »Ich will, dass er uns seine Geburtsurkunde zeigt. In dieser Geburtsurkunde steht etwas, was ihm nicht gefällt.«

Bei NBC, demselben Network, das zur besten Sendezeit Trumps Realityshow The Celebrity Apprentice ausstrahlte und offenkundig nichts gegen die zusätzliche Publicity einzuwenden hatte, eröffnete Trump einem Moderator der Sendung Today, er habe Detektive nach Hawaii geschickt, damit sie sich meine Geburtsurkunde genauer ansähen. »Ich habe Leute, die sie untersucht haben, und sie können nicht glauben, was sie da entdeckt haben.« Später sagte er zu Anderson Cooper von CNN: »Anderson, gerade erst habe ich erfahren, dass die Geburtsurkunde verschwunden ist. Mir wurde gesagt, dass sie nicht dort ist und nicht existiert.«

Außerhalb des Fox-Universums hat meiner Meinung nach kein Mainstream-Journalist diesen bizarren Anschuldigungen ausdrücklich Glauben geschenkt. Sie alle machten es sich zum Prinzip, höfliche Verwunderung zu äußern, und fragten Trump zum Beispiel, warum George Bush und Bill Clinton seiner Meinung nach nie aufgefordert worden seien, ihre Geburtsurkunden vorzulegen. (Normalerweise gab er darauf eine Antwort wie: »Nun ja, wir wissen ja, dass sie in diesem Land geboren wurden.«)

Doch keiner von ihnen wies Trump unmittelbar zurecht, weil er log, und sie wiesen auch nicht darauf hin, dass die von ihm verbreitete Verschwörungstheorie rassistisch war. Auf jeden Fall bemühten sie sich kaum oder gar nicht, diese Theorien als völlig abwegig einzustufen, obwohl sie nicht weniger verrückt waren als die Behauptungen über Entführungen durch Außerirdische oder die Verschwörungstheorien in dem antisemitischen Pamphlet Protokolle der Weisen von Zion. Und je mehr Raum die Medien den Gerüchten gaben, desto eher schienen diese Behauptungen geeignet, als Nachrichten behandelt zu werden.

Wir hielten es nicht für nötig, eine offizielle Antwort aus dem Weißen Haus auf solche Sachen zu geben, wir hatten wichtigere Dinge zu tun und kein Interesse, Trump noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Im West Wing wurde der »Birtherism« als schlechter Witz betrachtet, und meine jüngeren Mitarbeiter wurden dadurch bestärkt, dass sich die Gastgeber der Late-Night-Shows häufig über »den Donald« lustig machten.

Aber mir entging nicht, dass die Medien Trump nicht nur zu Interviews einluden: Sie berichteten auch atemlos über seine Vorstöße in die Politik samt Pressekonferenzen und Reisen nach New Hampshire, das zu den ersten Bundesstaaten gehörte, in denen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur stattfanden. Die Umfragen zeigten, dass rund vierzig Prozent der Republikaner mittlerweile überzeugt waren, ich sei nicht in den Vereinigten Staaten geboren, und Axe hatte mir kürzlich erzählt, dass Trump nach Einschätzung eines ihm bekannten Meinungsforschers der Republikaner bereits der aussichtsreichste republikanische Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur sei, obwohl er seine Bewerbung noch nicht offiziell angekündigt hatte.

> Michelle hatte mir zu verstehen gegeben, dass Trump ihr wegen der Sicherheit unserer Familie Sorgen machte.

Ich beschloss, diese Neuigkeiten nicht mit Michelle zu teilen. Allein der Gedanke an Trump und seine symbiotische Beziehung zu den Medien regte sie auf. Sie durchschaute den ganzen Zirkus und sah darin lediglich eine Variation der Besessenheit, mit der die Medien sich im Wahlkampf mit Flaggenansteckern und Fist Bumps beschäftigt hatten, dieselbe Bereitschaft sowohl unserer politischen Gegner als auch der Journalisten, die Vorstellung zu legitimieren, ihr Ehemann sei eine verdächtige Figur, ein verabscheuungswürdiger »Anderer«.

Sie hatte mir zu verstehen gegeben, dass Trump und der »Birtherism« ihr nicht wegen meiner politischen Zukunftsaussichten, sondern wegen der Sicherheit unserer Familie Sorgen machten. »Die Leute glauben, es sei alles nur ein Spiel«, sagte sie. »Sie denken nicht darüber nach, dass da draußen Tausende bewaffnete Männer herumlaufen, die jedes Wort glauben, das ihnen erzählt wird.«

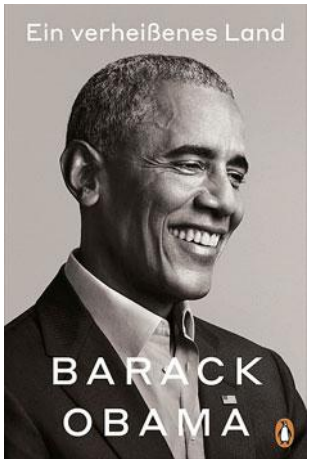
Ich konnte ihr nicht widersprechen. Es war klar, dass Trump keinen Gedanken daran verschwendete, welche Konsequenzen es hatte, Verschwörungstheorien zu verbreiten, von denen er ziemlich sicher wusste, dass sie falsch waren, solange er nur seine Ziele erreichte. Und er hatte durchschaut, dass sämtliche Regeln für das, was in der politischen Auseinandersetzung akzeptabel war, vor langer Zeit ihre Gültigkeit verloren hatten.

In dieser Hinsicht unterschied sich Trump kaum von Boehner oder McConnell. Auch den beiden republikanischen Fraktionschefs war der Wahrheitsgehalt dessen, was sie sagten, vollkommen gleichgültig. Sie mussten nicht wirklich glauben, dass ich das Land in den Bankrott triebe oder dass Obamacare die Euthanasie fördere. Trumps politischer Stil unterschied sich nur dadurch von ihrem, dass Trump völlig hemmungslos war. Er verstand instinktiv, was die konservative Wählerbasis bewegte, und er bot es in unverfälschter Form dar.

Ich bezweifelte, dass er bereit war, seine Geschäfte aufzugeben oder sich der für eine Präsidentschaftskandidatur erforderlichen Prüfung zu unterziehen, aber mir war klar, dass ich vermutlich bis zum Ende meiner Präsidentschaft mit den Leidenschaften, die er anfachte, und mit dem dunklen alternativen Weltbild, das er verbreitete und legitimierte, würde kämpfen müssen.

Ich würde später noch genug Zeit haben, mir über die Republikaner Gedanken zu machen, sagte ich mir. Das Gleiche galt für Budgetfragen, Wahlkampfstrategien und den Zustand der amerikanischen Demokratie. Tatsächlich wusste ich, dass von all den Dingen, die mir an jenem Tag auf der Terrasse Anlass zu Grübeleien gaben, ganz besonders eines in den kommenden Wochen meine Aufmerksamkeit beanspruchen würde.

Ich musste entscheiden, ob ich ein Kommandounternehmen genehmigen sollte, in dessen Verlauf wir tief in Pakistan eine Zielperson angreifen würden, bei der es sich vermutlich um Osama bin Laden handelte – und was auch immer sonst geschehen würde, wenn ich mich falsch entschied, würde ich höchstwahrscheinlich als ein Präsident mit nur einer Amtszeit enden. ■



Barack Obama
»Ein verheißenes Land«
Penguin; 1024 Seiten; 42 Euro.
Erscheint am 17. November.

Deutschland

Björn Kietzmann / action press

Vorposten im Gemüsefeld sicherten am Dienstag in Hessen den Beginn des Großeinsatzes der Polizei im Dannenröder Forst. 27 Hektar des alten Mischwaldes sollen der umstrittenen Asphalttrasse der A 49 weichen. Mit Baumhäusern und Barrikaden blockieren Aktivisten seit Monaten die Rodungsarbeiten. Die Polizei prüft derweil, ob sie den Verantwortlichen für die Proteste die Kosten für die Räumung in Rechnung stellen kann.

Mit dem Flugzeug zum Spatenstich

Verkehrsminister Andreas Scheuer landet auffallend oft in seiner bayerischen Heimat.

● Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nutzt das Flugzeug für Dienstreisen besonders oft, um Termine in Bayern wahrzunehmen. Wie eine Aufstellung seiner 27 Dienstflüge aus den vergangenen zwölf Monaten zeigt, flog er 16-mal die Strecke Berlin–München oder retour. Nur sechs Flüge starteten und landeten außerhalb Bayerns. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat die Daten bei der Bundesregierung erfragt. Demnach trat Scheuer 16 Flugreisen für die Reise zum Dienstsitz oder zu Arbeitstreffen mit anderen Politikern an. Scheuer nutzte das Flugzeug aber auch elfmal für Termine wie Spatenstiche, nicht näher definierte Pressetermine oder etwa die Eröffnung einer Wasserstofftankstelle. Neun dieser PR-Termine fanden in Bayern statt, Scheuers Heimat. »Der Bundesverkehrsminister lässt sich regelmäßig zu Fototerminen im Wahlkreis und in Bayern einfliegen. Es stellt sich die Frage, ob Andreas Scheuer denkt, er sei bayerischer Wirtschaftsminister«, kritisiert Stefan Gelbhaar, Sprecher der Grünenfraktion für Verkehrspolitik. Außerdem fliege Scheuer zwischen Berlin und München besonders viel, obwohl es hier eine der schnellsten Zugverbindungen gebe. »Umweltbewusstsein geht anders«, sagt Gelbhaar. Eine Sprecherin des Verkehrsministeriums teilte auf die Frage nach dem Grund für die vielen Bayernbesuche mit: »Der Minister nimmt bundesweit eine Vielzahl von Terminen wahr. So auch im genannten Zeitraum. Die Wahl des Verkehrsmittels hängt von der Entfernung, dem Zeitplan und der Erreichbarkeit ab.« GT, JOS

SPD

Chef der Kripogewerkschaft will in den Bundestag

● Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Sebastian Fiedler, strebt einen Wechsel in die Politik an. Der 47-Jährige sagte dem SPIEGEL, er wolle bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr für die SPD im Wahlkreis Mülheim/Essen I antreten. »Die Entscheidung ist in mir in den letzten Wochen gereift«, sagte Fiedler. Die beiden Unterbezirksvorsitzenden würden sein Vorhaben unterstützen. Ende Januar werde er sich zunächst parteiintern zur Wahl stellen. Fiedler ist nach eigenen Angaben seit 2012 Mitglied der Partei. »Ich will, dass die SPD mit dem Bereich Innere Sicherheit wieder Wahlen gewinnen kann«, sagte er. »Es geht mir um eine Kriminalpolitik, die sozial gerecht und vorausschauend ist und die gesamte Gesellschaft im Blick hat.« Der Staat müsse auch da durchgreifen, wo dies schwierig sei, wie etwa in den Bereichen Organisierte Kriminalität oder Geldwäsche. Fiedler sagte, er werde sein BDK-Amt aufgeben, wenn ihm der Einzug in den Bundestag gelinge. SMS

Justiz

Laptoplose Richter

● Die Coronakrise sorgt für einen Digitalisierungsschub bei den Gerichten. Laut Deutschem Richterbund können Gerichte häufiger als bisher auf Videokonferenzen und Onlineverhandlungen ausweichen. Dennoch seien digitale Gerichtstermine nach wie vor eher die Ausnahme. Es scheitere auch daran, dass Geräte oder Netzkapazitäten fehlten. Nach Umfragen des Deutschen Richterbundes verfügen längst nicht alle Richter und Staatsanwälte über Laptops und direkten Zugriff auf die Gerichtsnetzwerke, die sie für die Arbeit im Homeoffice brauchen. Nur in etwa der Hälfte der Bundesländer seien alle Beschäftigten mit mobilen Dienstgeräten ausgestattet. Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn: »Angesichts des deutlichen Aufholpotenzials bei der IT-Infrastruktur, bei der elektronischen Akte und bei Onlineverfahren sollten Bund und Länder den digitalen Umbruch in der Justiz ab 2021 mit einem Digitalpakt gemeinsam beschleunigen.« Der Modernisierungsstau in den Gerichten sei ähnlich groß wie der in den Schulen. LYR

Nachgezählt
Ehemalige DDR-Marken

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt; Stand September 2020

Markus Feldenkirchen Der gesunde Menschenverstand

Sächsische Parallelwelt

Wir müssen über Parallelgesellschaften in Deutschland reden. Über Milieus, die sich vom Rest abgekoppelt haben, in denen eigene Regeln gelten und der Extremismus sich ungestört entfalten kann. Lange wurde die Existenz solcher Parallelwelten bewusst totgeschwiegen, aus falsch verstandener Rücksichtnahme. Jetzt aber ist es Zeit, über Sachsen zu reden. Nicht über die vielen anständigen, wenn auch zum Teil etwas arg besorgten Bürger des Freistaats. Es geht um die sächsische Regierung und die ihnen unterstellten Behörden, vor allem die Polizei. Es geht um ein Milieu, in dem die Durchsetzung von Recht und Gesetz eher Glückssache ist.

Am Wochenende durften in Leipzig mehr als 20 000 selbst ernannte »Querdenker« gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren – wobei »Denker« hier ein großes Wort ist. Sei's drum. Ich bin ein großer Freund des Demonstrationsrechts. Selbst in Zeiten des Shutdowns sollten Bürger auf die Straße gehen dürfen, von mir aus auch gegen den Verkauf von Marzipankartoffeln. Wobei sich schon die Frage stellt: Haben Bürger, die am 9. November demonstrieren, am Jahrestag des Endes der DDR-Diktatur, und wegen etwas Stoff vor Mund und Nase »Diktatur« krakeelen, noch alle Latten am Zaun? Oder hat das tückische Virus ihr historisches Bewusstsein zerstört? Oder hatten sie nie eins?

Um auf dem rechten Auge sehen zu können, wäre es hilfreich, überhaupt eins zu haben.

Es war wohlgemerkt kein sächsischer Aufmarsch, die Busse kamen aus der ganzen Republik, viele aus Schwaben. Aber er fand in Sachsen statt – und das unter optimalen Bedingungen. Obwohl keine einzige Hygienevorschrift eingehalten wurde, dauerte es ewig, bis die Versammlung aufgelöst wurde. Und als die Demonstranten später durch die Innenstadt marschierten, begleitet von Nazis, den guten Kumpels der Bewegung, schritt die Polizei bewusst nicht ein.

Von so viel Nachsicht können andere Demonstranten in Sachsen nur träumen – wenn ihre Veranstaltung überhaupt genehmigt wird. Ein öffentliches Gedenken an die Reichspogromnacht, in der vor 82 Jahren jüdische Geschäfte, Bethäuser und Synagogen zerstört und Hunderte Juden zum Opfer wurden, durfte wegen Corona nicht stattfinden.

Um auf dem rechten Auge sehen zu können, wäre es hilfreich, überhaupt eins zu haben. Das linke hingegen ist in Sachsen extrem scharfsichtig. Linke Demonstranten wurden noch am selben Abend entschieden mit Räumpanzern von der Straße geschoben. Und am Mittwoch reagierte Parlamentspräsident Matthias Rößler (CDU) höchst entschlossen auf ein Graffito (»Nie wieder Sachsen«) am Landtag: »Linksextremisten« wollten »unseren demokratischen Staat abschaffen«, warnte er. »Ihre Schmierereien am Landtag werden schnell beseitigt, die Extremisten entschlossen bekämpft«, so der Bewahrer der landtäglichen Hausordnung.

Vielleicht geht es in Sachsen gar nicht darum, ob Auflagen und Gesetze gebrochen werden. Sondern darum, wer sie bricht. Und vielleicht ist das der Trick: Um in Sachsen auch künftig ungestört demonstrieren zu dürfen, sollte man einfach ein paar Neonazis mitbringen – und die Maske daheim lassen.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Netzkompetenz

Peinlicher Patzer

● Das Bundesinnenministerium räumt auf Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Manuel Höferlin einen Patzer mit dem Cookie-Banner auf seiner Website ein. Mit dem Tool fragen Website-Betreiber Besucher, ob sie Daten auf der Festplatte des Nutzers speichern dürfen, um etwa personalisierte Werbung anbieten zu können. Auf der Seite des BMI gibt es dazu ein voreingestelltes Kästchen, das mit einem zustimmenden Häkchen versehen ist. Nutzer müssen das Häkchen eigens entfernen, wenn sie der Speicherung widersprechen wollen. Dies entspricht jedoch nicht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, wie auch das BMI in seiner Antwort an den Digitalpolitiker zugibt. Man habe für das Cookie-Banner einen »Nachbesserungsbedarf« festgestellt und werde den lnternetauftritt entsprechend »überarbeiten«. Auch sei die Löschung erfasster Daten veranlasst worden. Höferlin spricht von einem »peinlichen Lapsus«. Er zeige, »wie wenig Gespür das Innenministerium für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung« habe. SEV

Petition

»Landshut« soll nach Tempelhof

● Das Wrack der 1977 von palästinensischen Terroristen entführten Lufthansa-Maschine »Landshut« soll auf dem ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof zum »zentralen Exponat« eines »Museums des Deutschen Herbstes« werden. Das fordern Überlebende des Geiseldramas in einer Petition an den Deutschen Bundestag: Die Geiselnahme habe die »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und das Fortbestehen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stark geprägt«. Der Standort Tempelhof wird derzeit auch von der Behörde von Kulturstaatsministerin Monika Grütters geprüft, die federführend in der Standortsuche ist. Seit 2017 lagert das Wrack in einem Hangar am Bodensee. Erhält die Petition innerhalb von vier Wochen 50 000 Unterschriften, wird der Petitionsausschuss des Bundestags sie in öffentlicher Sitzung beraten. Der Ausschussvorsitzende Marian Wendt (CDU) unterstützt das Begehren und will in Gesprächen mit Kanzleramt und Auswärtigem Amt den Druck auf die Regierung erhöhen. CSC

Michael Kappeler / dpa

Plenarsaal im Bundestag mit Corona-Abstandshinweisen

Wahlrechtsreform

Unverzüglich nichts getan

● Die Opposition wirft der Großen Koalition vor, die Einsetzung einer neuen Wahlrechtskommission zu verschleppen. Eine »Unverschämtheit sondergleichen« nennt das Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion. Anfang Oktober hatten sich Union und SPD auf ein Übergangswahlrecht für die Wahl 2021 geeinigt, mit dem Ziel, die Zahl künftiger Bundestagsabgeordneter zu reduzieren. Wegen immer mehr Überhang- und Ausgleichsmandaten war der Bundestag zuletzt auf 709 Abgeordnete angewachsen und könnte bei der kommenden Wahl sogar die Zahl von 800 Parlamentariern überschreiten. Ob die jetzt verabschiedete Reform das verhindern kann, ist zweifelhaft. Die Regeln für die Wahl 2025 und folgende sollte laut Gesetz eine Kommission diskutieren, die »unverzüglich« eingesetzt werden sollte. Bisher ist das nicht passiert. Das Gremium sollte weitere Reformen beraten, etwa die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. »Die Kommission war von Anfang an nur ein rhetorisches Ablenkungsmanöver«, sagt Marco Buschmann, Kortes Amtskollege bei der FDP-Fraktion. Britta Haßelmann von der Grünenfraktion kritisiert, es sei »absurd«, die Einrichtung einer Kommission in ein Gesetz zu schreiben. »Wenn sie aber schon im Gesetz steht, muss sie auch eingesetzt werden«, sagt Haßelmann. »Wir erwarten spätestens in der nächsten Sitzungswoche eine Einladung«, sagt der Linke Korte. JOS

Chappattes Welt

Hochschulen

Wissenschaft auf Abruf

● Die Beschäftigten an Deutschlands Hochschulen sind im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern überdurchschnittlich oft befristet beschäftigt. Das zeigt der aktuelle Hochschulreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der dem SPIEGEL vorliegt. Demnach gaben 78 Prozent der befragten Wissenschaftler und 16 Prozent der Mitarbeiter in Technik und Verwaltung an, sie hätten befristete Stellen. Im Durchschnitt lag der Anteil bei 67,9 Prozent. Frauen waren mit 74,5 Prozent deutlich häufiger betroffen als Männer mit 63,6 Prozent. Zum Vergleich: Bei allen abhängig Beschäftigten in Deutschland (ohne Auszubildende) lag der Anteil befristet Beschäftigter bei 8,3 Prozent, wie das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt. Fast die Hälfte der Wissenschaftler hatten zudem eine Teilzeitstelle. Mehr als drei Viertel arbeiteten regelmäßig länger als vertraglich vereinbart. Wissenschaftler mit befristetem Vertrag machten im Schnitt noch mehr Überstunden als ihre unbefristet beschäftigten Kollegen: 10,6 zu 6,6 Stunden pro Woche. Die Daten des DGB-Hochschulreports beziehen sich auf das Jahr 2018. Zwei Jahre zuvor hatte es eine Gesetzesnovelle gegeben, die den Anteil befristeter Stellen an Universitäten eindämmen sollte. Der Rückgang seither laut DGB: ganze 0,4 Prozentpunkte. Für seinen Report hatte der DGB im Herbst 2019 in acht Bundesländern 10 549 Beschäftigte an Hochschulen zu ihren Arbeitsbedingungen befragt sowie Daten des Statistischen Bundesamts ausgewertet. FOK

Nordrhein-Westfalen

Ärger um Tests bei Fußballspielern

Markus Endberg / imago images

Regionalligaspiel in Essen

● Die nordrhein-westfälische Landesregierung kritisiert den Westdeutschen Fußballverband (WDFV) für dessen Umgang mit Corona-Schutzmaßnahmen. Der Ärger betrifft die Herren-Regionalliga West, deren Spieler in den vergangenen Wochen nicht getestet wurden. In Absprache mit dem WDFV hatte die Staatskanzlei die vierte Liga als Spielklasse mit professionellen Strukturen eingestuft und so die Grundlage dafür geschaffen, dass während des Shutdowns im November Spiele ausgetragen werden dürfen. Eine verbindliche Absprache zu Testungen gab es aber offenbar nicht, lediglich Ankündigungen des Verbands. »Ich bin davon ausgegangen, dass sich die Vereine im Hinblick auf die Tests auch wie Profivereine verhalten, nachdem sie als solche eingestuft wurden«, sagt Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport. Sie habe den Verband nun aufgefordert, »schnellstmöglich entsprechende Testungen der Spieler« vorzunehmen. Laut Verband sollen demnächst 48 Stunden vor Spielen Schnelltests eingesetzt werden: »Spätestens ab nächster Woche«, sagt WDFV-Präsidiumsmitglied Manfred Schnieders, »wir mussten das erst organisieren, schneller ging das nicht.« Das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium äußert sich auf Anfrage nicht. Aus Kreisen des Ministeriums heißt es aber, man sei von der Fortführung des Spielbetriebs überrascht und in die Entscheidung nicht eingebunden gewesen. AMP, LE

Mohssen Assanimoghaddama / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»200 Kilometer zum Arzt«

Ralph Meyer, 59, Leiter der Grundschule Galgenmoor in Cloppenburg, kämpft gegen Eltern, die mit zwielichtigen Attesten eine Maskenpflicht für ihre Kinder unterlaufen wollen.

● »Neulich rief mich die Kripo an. Ein Elternpaar hatte mich wegen Nötigung angezeigt, weil ich das Attest eines Schülers auf Befreiung vom Maskentragen nicht akzeptiert hatte. Ich habe der Polizei geschildert, wie wir an der Schule mit Masken umgehen, genau nach den Vorgaben. Im Klassenraum müssen unsere Schüler keine tragen. Nur auf dem Weg zur Schule und auf dem Flur, wo sich die Abstandsregeln nicht einhalten lassen. Die Kinder haben damit kein Problem, und die meisten Eltern auch nicht. Nur drei Familien machen uns den Job zurzeit ein bisschen schwer. Zuerst habe ich mich gewundert, dass mehrere Atteste vom selben Arzt kommen. Und dass die Eltern angeblich 200 Kilometer weit zu einem Kinderarzt nach Uelzen fahren. Dann fehlte eine genaue Begründung, warum das Kind eigentlich keine Maske tragen darf. Wir leiten solche Schriftstücke weiter an das Gesundheitsamt und an die Landesschulbehörde. Und die teilen den Eltern mit, dass sie solche Atteste nicht anerkennen.

Jeden Tag kommen diese Väter und Mütter mit neuen Ideen, warum es gesundheitsschädlich sei, eine Maske zu tragen. Mal bekommen wir kurze Mails, mal 15-seitige Briefe. Die Kinder bekämen keine Luft. Mehrere seien schon erstickt. Mittlerweile antworte ich nicht mehr. Ich habe den Eltern am Telefon gesagt: ›Entweder kommen die Kinder mit Maske, oder sie werden nicht reingelassen.‹ Die Schüler kamen dann gar nicht mehr.

Danach lag alles schon fertig auf meinem Tisch: Eine Anzeige gegen die Eltern wegen Verletzung der Schulpflicht und eine wegen der fehlenden Mund-Nasen-Bedeckung. Dann gab ich der Lokalzeitung ein Interview, seitdem kommen, erstaunlicherweise, die drei Kinder wieder in die Schule – mit Masken. Ich weiß nicht, was dahintersteckt. Am Samstag gab es hier eine »Querdenker«-Demo. 180 Leute kamen, auch die Maskengegner von meiner Schule. Hinterher hörte ich, dass dort gesagt wurde, ich hätte die Kinder acht Stunden lang nicht zur Toilette gehen lassen, weil sie keine Maske dabeihatten. Das stimmt natürlich nicht. Diese Leute verhalten sich schon sehr merkwürdig.«

Aufgezeichnet von Simon Langemann

So gesehen

Team Ich

Jürgen Todenhöfer schenkt sich und dem Land eine neue Partei.

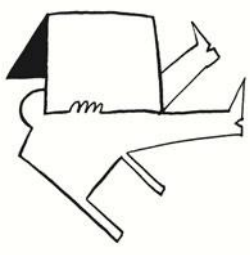
● Trump ist Geschichte, Corona war gestern, Deutschland kennt nur noch ein Thema: die neue Partei des frisch aus der CDU ausgetretenen Publizisten Jürgen Todenhöfer. Bis zum 80. Geburtstag des sympathischen Influencers am Donnerstag schien der Ausgang der kommenden Bundestagswahl vorhersehbar: An der Macht würde danach wieder mal eine öde westlich orientierte Regierung sitzen, die sich den USA bedingungslos unterwirft.

Das ist jetzt nicht mehr sicher, denn zu seinem Ehrentag schenkte der selbstlose Jubilar dem Land Hoffnung auf Veränderung – eine brandneue politische Kraft. Das »Team Todenhöfer wird die Parteienlandschaft durcheinanderwirbeln, es tritt an »gegen Doppelmoral und Heuchelei« und »für eine neue, ehrlichere Politik«. Denn »die Probleme unseres Landes wären zu lösen, wenn unsere Politiker ehrlicher, mutiger, unabhängiger und kompetenter« wären. Leider gab es da bisher niemanden, zum Glück gibt es jetzt Todenhöfer.

Leider gab es da bisher niemanden, zum Glück gibt es jetzt Todenhöfer.

Er sagt »Nein zur Berliner Vetternwirtschaft«, er sucht den Dialog mit Russland ebenso wie mit islamistischen Terroristen, er wird dafür sorgen, dass wir keinen Tag länger »Marionetten« der USA sind, er hat auch schon mit dem attraktiven Philosophen Richard David Precht geredet. Denn: »So wie bisher kann es nicht weitergehen.« Schon bei der Wahl in Baden-Württemberg will er mitmischen, danach ist es nur ein kleiner Schritt ins Kanzleramt.

Nur eine Hürde noch: Das Team Todenhöfer will »die jugendlichste und weiblichste Partei« sein. Hoffentlich stellt ihn seine Partei dann überhaupt für Wahlen auf. Stefan Kuzmany



Christian Ditsch / epd-bild

Geflüchtete bei Demonstration in Berlin

Migration

Sprachprüfungen fallen aus

● In 81 Ländern haben Ehefrauen und Ehemänner derzeit keine Chance, zum Partner nach Deutschland zu ziehen, weil sie die erforderliche Deutschprüfung nicht ablegen können. Wie das Auswärtige Amt auf eine schriftliche Frage der Linkenabgeordneten Gökay Akbulut mitteilte, bieten 18 Länder wegen der Corona-Pandemie derzeit keine deutschen Sprachtests an, darunter Ägypten, Albanien, Libanon und Mexiko. In den übrigen Staaten gibt es generell keine Prüfungsmöglichkeiten, etwa in Syrien. Ohne den Nachweis von Deutschkenntnissen jedoch bleibt dem Ehegatten aus einem Nicht-EU-Land der Umzug zum Partner nach Deutschland grundsätzlich verwehrt. Zwar arbeitet das Goethe-Institut auf Bitten der Bundesregierung daran, Online-Sprachprüfungen zu ermöglichen. Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt (SPD), wies im Bundestag darauf hin, dass noch an Fälschungssicherheit und Datenschutz gearbeitet werde. Die Abgeordnete Akbulut kritisiert: »Das Menschenrecht auf Familienleben muss auch in Pandemie-Zeiten uneingeschränkt gelten.« Es sei unzumutbar, von Eheleuten einen Sprachnachweis zu verlangen, den sie gar nicht vorlegen könnten. »Wie soll man einen Test ablegen, den es gar nicht gibt?« LYR

Internet

Staatsgeld für Schüsseln

● In der Debatte um eine bessere Versorgung des Landes mit schnellem Internet fordern Politiker und Verbandsvertreter, die Satellitentechnik in die geplante staatliche Förderung einzubeziehen. Weil etwa eine halbe Million Haushalte in abgelegenen Gebieten auf absehbare Zeit keinen Megabit-Anschluss ans Glasfaser- oder digitale Mobilfunknetz erhalten werden, solle der Staat auch die Onlineversorgung per Satellit und Parabolantenne fördern. Einen entsprechenden Vorschlag wollen der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) sowie das SPD-Wirtschaftsforum beim Digital-Gipfel der Bundesregierung Ende des Monats einbringen. Danach sollen Haushalte eine staatliche Förderung von 500 bis 1000 Euro erhalten, wenn sie sich eine schnelle Satellitenverbindung per Schüssel zulegen, die rund 1500 Euro kostet. Für den Einzelanschluss ans Glasfasernetz muss der Staat dagegen bis zu 20 000 Euro aufwenden, heißt es in einem VATM-Papier. Zudem würden in vielen Gebieten auch bis Mitte der Zwanzigerjahre noch keine Breitbandleitungen liegen. Deshalb wäre es nur »fair«, wenn die Regierung helfen würde, »auch unterversorgte Haushalte und Unternehmen aus der digitalen Wüste herauszuführen«, sagt Verbandsgeschäftsführer Jürgen Grützner. MSA

DAMIT DER WINTER SIE NICHT KALT ERWISCHT

CROSSCLIMATE+ ALPIN 6 PILOT ALPIN 5

HERSTELLER DES JAHRES
Auto Bild
WINTER 2020
BEWERTET NACH DEN PLATZIERUNGEN DER AKTUELLEN WINTERREIFENTESTS (AUTO BILD, AUTO BILD SPORTSCARS, AUTO BILD ALLRAD)
1. PLATZ
MICHELIN
24 HERSTELLER IM VERGLEICH
AUSGABE 41/2020

SICHERE FAHRT – AUCH IN DER KALTEN JAHRESZEIT: *GANZJAHRES- UND WINTERREIFEN MIT LANGER LAUFLEISTUNG VON MICHELIN*

NUR BIS 30. NOVEMBER 2020: SICHERN SIE SICH BEIM KAUF VON MICHELIN REIFEN BIS ZU 8-FACHE PRÄMIENMEILEN

Alle Informationen finden Sie unter: **www.michelin.de/auto/angebot-michelin**

Partner von
Miles & More

MICHELIN

Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA · Michelinstraße 4 · 76185 Karlsruhe · Deutschland · © Michelin · 10/2020 MICHELIN und die grafische Darstellung des Michelin Mannes sind Eigentum der Compagnie Générale des Etablissements Michelin.

Filip Singer / ddp images

Kanzlerin Merkel: Den Sommer über erstaunlich leise

Entspannt ins Chaos

Krisenpolitik Deutschland hat die erste Corona-Phase zwar gut überstanden, die zweite Welle aber droht schlimmer zu werden. Denn die Politik hat es versäumt, das Land gut auf den Herbst vorzubereiten. Nun rächen sich all die Nachlässigkeiten der vergangenen Monate.

Das Problem ist zwischen vier und siebeneinhalb Zentimeter lang, nimmt bis zu 1000 Mikroliter auf und kostet schon mal 18 Cent pro Stück. Es ist eine Pipettenspitze, gebraucht wird sie in Labors, und das Problem ist nicht die Spitze selbst, sondern dass es zurzeit nicht genug davon gibt.

Mit Pipettenspitzen saugen Labormitarbeiter Flüssigkeiten an, die möglicherweise Sars-CoV-2-Viren enthalten. Je mehr auf Corona getestet wird, desto höher ist der Bedarf. Und in diesem Winter wird der Bedarf noch einmal deutlich steigen.

Die Frage, wie Deutschland durch die nächsten Wochen und Monate kommt, durch den Herbst und den Winter der Pandemie, hängt also auch an der Pipettenspitze.

Der Mangel war absehbar und vermeidbar, wie so vieles von dem, woran es bei der Bekämpfung des Virus gerade hakt. Man hätte nur im Sommer schon handeln müssen. Doch da passierte zu wenig.

Diese Woche stand im Zeichen einer positiven Nachricht und unerwarteter Hoffnung: dass tatsächlich schon bald ein Impfstoff gegen das Virus verfügbar sein könnte. Die Unternehmen Biontech und Pfizer hatten einen Erfolg bei der gemeinsamen Entwicklung des ersehnten Präparats verkündet (siehe Seite 108).

Was in der Freude fast unterging: dass die Zeit bis zur massenhaften Impfung der Bevölkerung noch sehr lang und hart wird. Die Neuinfektionen müssen weiter mit den bislang verfügbaren Mitteln eingedämmt werden.

Aus der ersten Corona-Welle ging Deutschland als international bewundertes Vorbild hervor. Es war gelungen, die Zahl der Toten niedriger zu halten als in anderen Ländern, zugleich die wirtschaft-

lichen Schäden mit milliardenschweren Hilfsprogrammen abzufedern. Nun, in der zweiten Welle, droht manches, wovon man im Frühjahr gerade noch verschont geblieben ist, und es könnten dort, wo zwischen März und Mai noch Disziplin und Vorsicht herrschten, Entwicklungen aus dem Ruder laufen.

Die Regierungen von Bund und Ländern wirken in diesen Tagen seltsam schlecht vorbereitet – dabei hatte man das alles eigentlich schon mal hinter sich, hätte also seine Lehren ziehen können.

Die Gründe für die Nachlässigkeit liegen im Sommer, der für die meisten Bürger so viel normaler verlief als befürchtet. Die Zahl der Neuinfektionen ging zurück, die Deutschen fuhren in den Urlaub, und die Politik versäumte es, sie auf die Zeit danach einzustimmen.

Es war auch zu verführerisch, endlich mal keine Hiobsbotschaften oder Beschränkungen verkünden zu müssen, selbst Kanzlerin Angela Merkel, sonst eine tief besorgte Mahnerin in der Pandemie, war den Sommer über erstaunlich leise.

Die fatale Folge aber war, dass das Land auch dann in diesem Modus der Lockerheit blieb, als die Zahlen schon wieder nach oben gingen. Die Politik hätte früher umschalten müssen, statt später flehentlich an die Vernunft zu appellieren, doch die Regierenden hatten offenbar wenig Lust, die entspannte Stimmung zu zerstören.

Dies war das eine große, psychologische, kommunikative Versäumnis. Die anderen Versäumnisse waren praktischer Natur. Die Politik hätte den Sommer besser nutzen müssen, um nachzuarbeiten, wo die erste Welle Schwächen offengelegt hatte. Einiges wurde erfolgreich umgesetzt, aber es blieben auch Dinge liegen, wurden verschleppt, vergessen. Es war ein Sommer der Sorglosigkeit. Nun holt er uns ein.

Tests

Und damit noch mal zur Pipettenspitze, die Roger Hillert dieser Tage in Atem hält. Hillert ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie im Medizinischen Labor Ostsachsen in Görlitz, und derzeit jagt er im Fachhandel nach Einwegartikeln für den Laboralltag; neben Pipettenspitzen sind das etwa Tupfer oder auch Probenständer. Es fehlt an beinahe allem – und die Anforderungen an Labors, die sogenannte PCR-Tests durchführen, steigen. »Unsere Kapazität liegt eigentlich bei 3000 Tests in der Woche, aktuell machen wir 6000«, sagt Hillert.

Derzeit seien »Bestellungen von mehreren Hunderttausend« Tupfern offen, sagt er. »Gestern kamen 10 000 aus Holland, das rettet uns erst mal bis in die nächste Woche.« Doch normale Bestellungen seien nicht mehr möglich, die Lieferanten teilten den einzelnen Labors schon

Kontingente zu. »Wir bestellen zehn Kisten und bekommen eine.« Auch die Preise stiegen. Die Kosten für einen guten Abstrichtupfer seien von 50 Cent auf 1 Euro geklettert.

Das nächste Problem sind die Probenständer, mit denen jeweils 96 Patientenproben in den Analyseautomaten bugsiert werden – offenbar hapert es mit der Lieferung von Kunststoff, wie so oft aus China. Auch wenn das Gesundheitsministerium nun mitteilt, es habe »Materialkontingente für die Labors« gesichert, bleibt Hillert besorgt: »Wir wissen manchmal nicht, ob wir morgen noch arbeiten können.« Es herrsche eine brutale Mangelwirtschaft, »das ist teils schlimmer als zu DDR-Zeiten«.

Ausgerechnet Tests – sie sind eines der zentralen Instrumente zur Eindämmung der Pandemie. Das Robert Koch-Institut (RKI) schätzt, dass in der kalten Jahreszeit bis zu 3 Millionen Tests pro Woche notwendig sein könnten – machbar seien derzeit maximal 1,96 Millionen.

Das brisante Thema wurde vergangene Woche im Corona-Kabinett beraten. Dabei ging es auch um die Antigentests, die nach der neuen Teststrategie von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) für mehr Sicherheit in Kliniken und Altenheimen sorgen sollen. Dafür hat sich das Ministerium bis Jahresende 26,5 Millionen solcher Tests vertraglich gesichert. Doch schon jetzt ist klar, dass diese nicht reichen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) warnte, dass die Kapazitätsgrenze bei den Schnelltests bald erreicht sei. Ein 200-Millionen-Euro-Programm soll die Produktion im Inland nun ankurbeln.

»Das Testen ist grundsätzlich weiter entscheidend, um Infektionen zu identifizieren. Deswegen müssen wir die Kapazitäten erhöhen. Leider ist das bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen«, kritisiert Innenminister Horst Seehofer (CSU).

Spahn musste sich im Frühjahr schon einmal ähnliche Kritik anhören. Damals waren Masken Mangelware – ein Grund dafür, dass die Regierungen von Bund und Ländern lange zögerten, eine Maskenpflicht auszusprechen. Auf die Knappheit bei den PCR-Tests reagierte das ihm unterstellte RKI nun, indem es seine Empfehlungen an die Ärzte anpasste.

Nun gilt, dass nicht mehr jeder Schnupfenpatient getestet wird. Ärzte sollen sich auf Risikogruppen und besonders Betroffene konzentrieren: Kranke mit eindeutigen Covid-19-Symptomen wie Fieber, schwerem Husten, Atemnot, Geschmacksverlust. Alle anderen müssen sich für mindestens fünf Tage isolieren.

Wer getestet wird, muss allerdings oft mehrere Tage auf das Ergebnis warten – was den eigentlichen Sinn der Tests konterkariert, die ja gerade auf schnelle Klarheit zielen und darauf, weitere Ansteckun-

Julian Stratenschulte / picture alliance / dpa

Soldaten im Gesundheitsamt: Achillesferse im Kampf gegen die Pandemie

gen zu verhindern. In der ersten Novemberwoche meldeten 66 Labors dem RKI einen Rückstau von 60 113 Proben. Die Überlastung trifft auch Patienten, die nicht auf Corona getestet wurden, sondern andere Krankheiten haben. Sie müssen ebenfalls länger ausharren, bis sie ihre Ergebnisse erhalten.

Was also wurde hier den Sommer über versäumt? Dazu hat Roger Hillert, der Arzt aus Görlitz, seine eigene These. »Dass wir im Oktober symptomfreie Urlauber getestet haben, bevor sie in Ferienhäuser nach Mecklenburg-Vorpommern durften, war genauso unsinnig wie die bayerische Gratistestung von Hunderttausenden ohne Symptome oder die Massentests von Lehrern bei uns in Sachsen«, sagt Hillert. Damit seien ohne Not Testkapazitäten verschenkt worden.

Das ist, streng genommen, kein Versäumnis, sondern das Gegenteil davon: Aktionismus. Doch auch der hat Folgen.

Schulen

Federico versteht das alles nicht mehr. Er ist 13 Jahre alt und besucht in Braunschweig ein Gymnasium. Für ihn passt vieles nicht zusammen.

»Auf dem Schulweg und in den Gängen unserer Schule herrscht krasses Gedränge«, sagt er – auf dem Schulhof dagegen müssen die Jugendlichen Abstand halten.

»In der Klasse sitzen wir am Tag mit knapp 30 Leuten sieben Stunden lang zusammen in einem Raum. Aber meine beiden besten Freunde aus der Klasse darf ich nachmittags im Garten und mit Abstand nicht treffen, weil dann Personen aus mehr als zwei Haushalten zusammenkämen – das ist doch absurd«, sagt er.

Es ist ein kleines Beispiel für die großen Probleme, die es an den Schulen gibt. Wie in fast allen gesellschaftlichen Bereichen hat die Pandemie auch im Bildungssektor die Schwachstellen offengelegt: die Trägheit, die politische Zersplitterung, da Bildung nun mal Ländersache ist.

Im März wurden Schulen und Kitas einfach dichtgemacht, das soll diesmal vermieden werden. Seit dem Frühjahr wäre Zeit gewesen, eine einheitliche Strategie zu entwickeln und die Schulen besser auszustatten. Stattdessen herrscht das für die Bildung typische Durcheinander.

Beispiel Maskenpflicht im Unterricht: Nordrhein-Westfalen führte sie im August an den weiterführenden Schulen ein und hob sie nach zwei Wochen wieder auf. Bayern führte sie ein paar Tage später zum dortigen Schulbeginn ein, dann zogen Schleswig-Holstein und weitere Bundesländer nach, mittlerweile gilt sie auch in NRW wieder. Begründet wird das mit dem unterschiedlichen Infektionsgeschehen, doch bei Eltern, Lehrkräften und Schülern bleibt hängen: Die Kultusminister handeln weitgehend unkoordiniert.

Ein ähnliches Wirrwarr herrscht beim Thema Luftreiniger. Bayern etwa will diese Geräte für Klassenzimmer fördern und hat dafür ein 37-Millionen-Euro-Programm aufgelegt. Das Nachbarland Baden-Württemberg lehnt den flächendeckenden Einsatz ab. Einziger gemeinsamer Nenner in der Kultusministerkonferenz: Man ließ sich vom Umweltbundesamt eine vierseitige Anleitung zum richtigen Lüften in Klassenzimmern schreiben.

In Solingen wollten sie es Anfang November anders machen, vorangehen, entschlossen handeln. Die Zahl der Neuinfizierten in der Stadt war gestiegen. Bis Ende November, so die Idee, sollten alle weiterführenden Klassen in der Stadt im Schichtsystem unterrichtet werden: die eine Hälfte der Jugendlichen in der Schule, die andere Hälfte zu Hause. »Solinger Weg« tauften Lokalpolitiker ihren Plan.

Durchkreuzt wurde er von der Landesregierung, die das Ganze kurz vor dem Start untersagte. Der geteilte Unterricht sei eine Gefahr für die Bildungsgerechtigkeit. »Der Bildungsauftrag für alle Kinder und Jugendlichen kann auf diese Weise nicht vollumfänglich erfüllt werden.«

Bildungspolitik klingt 2020 eben nicht anders als in jedem anderen Jahr zuvor.

App

Die nackten Zahlen sehen gar nicht schlecht aus. Rund 22 Millionen Menschen haben sich die Corona-Warn-App auf ihr Smartphone geladen, damit liegt sie international in der Spitzengruppe. Schaut man näher hin, relativiert sich der Erfolg.

Tatsächlich liegt die Zahl der aktiven Nutzer eher einige Millionen darunter, und Praktiker aus den Gesundheitsämtern halten die App für wenig hilfreich. Das Ziel, durch schnelle Kontaktverfolgung und Warnung die Pandemie in den Griff zu bekommen, habe sie nicht erreicht.

Auch hier wurde die Zeit im Sommer kaum genutzt. Zwar gab es diverse Nachbesserungen, doch nach wie vor ist die Anwendung für viele Nutzer verwirrend – wie die Kommentare und schlechten Bewertungen etwa im Google Play Store zeigen.

Ein bislang ungelöstes Problem ist die zu geringe Warnbereitschaft. Zwar melden derzeit rund 2200 Anwender täglich ihre Infektion in der App, tatsächlich sind das aber nur etwa 60 Prozent aller App-Nutzer, die sich mit dem Virus infiziert haben. Die Macher wollen alle anderen künftig über die App daran erinnern, ihre Infektion zu melden.

Kritiker wie der SPD-Gesundheitsmann Karl Lauterbach und der IT-Experte Linus Neumann vom Chaos Computer Club bemängeln außerdem, dass die App noch immer auf dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand vom Frühjahr beruhe. Neue Erkenntnisse, etwa die Bedeutung von Clustern beim Infektionsgeschehen, würden nicht berücksichtigt. Die Macher von Telekom und SAP versprechen, dass es weitere Verbesserungen geben wird. Manche aber erst im neuen Jahr.

Gesundheitsämter

In Frankfurt am Main sehen sie kein Land mehr. Der wöchentliche Inzidenzwert bewegt sich Richtung 300 Neuinfektionen pro 100 000 Menschen, im Gesundheitsamt versuchen sie, der Lage Herr zu werden. Die Betonung liegt auf: versuchen.

Rund 270 Rechercheure seien an sieben Tagen in der Woche damit beschäftigt, Kontakte nachzuverfolgen, sagt René Gottschalk, Chef des Frankfurter Gesundheitsamts. Unter ihnen seien 60 Bundes-

Eine Initiative für den Handel. Und für uns alle.

“Ohne online zu sein, hätten wir die Corona-Zeit nicht überstanden.”

Elena Thayenthal,
Tante Emma Unverpackt,
Neuruppin

Lokale Geschäfte sind das Herz einer jeden Stadt. Sie bilden das Fundament unserer Innenstädte, schaffen Arbeitsplätze, sorgen für Ausbildungsmöglichkeiten und leisten so einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft. Um den Einzelhandel in herausfordernden Zeiten zu unterstützen, haben der HDE und Google die Initiative ZukunftHandel ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative können Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzer zum Beispiel an kostenlosen Onlinekursen teilnehmen oder über Google My Business ein Profil in der Google Suche erstellen und ihr Geschäft lokal sichtbarer machen. Mehr über die Initiative ZukunftHandel erfahren Sie auf: **g.co/zukunfthandel**

Eine Initiative für den lokalen Handel

HDE Handelsverband Deutschland

Google

Gregor Fischer / dpa

Schülerinnen in Kiel: »Sieben Stunden lang in einem Raum«

wehrsoldaten, für die das Amt seinen Konferenzraum leer geräumt hat.

Trotzdem haben die Frankfurter die Illusion aufgegeben, alle Kontakte erfassen zu können. »Das wäre auch mit mehr Personal nicht mehr zu schaffen«, sagt Gottschalk. Man müsse sich auf die riskanten Fälle konzentrieren. Bei einem Infizierten, der mit älteren, womöglich vorerkrankten Menschen in einem Haushalt lebe, müsse die Nachverfolgung intensiver betrieben werden als bei einem jungen Single.

Die Gesundheitsämter bleiben auch in der zweite Welle die Achillesferse im Kampf gegen die Pandemie. Schon in der ersten Welle kamen sie an ihre Grenzen, doch vor den sprunghaft steigenden Zahlen des Herbstes müssen sie an vielen Orten kapitulieren – was auch daran liegt, dass sich seit dem Frühjahr kaum etwas an ihrer Lage verbessert hat.

Das gilt zum einen für das Personal. Ende September kündigten die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten an, bis Ende 2022 mindestens 5000 neue Stellen einzurichten – viel zu spät.

Der andere Schwachpunkt bleibt die Ausstattung. »Die Testergebnisse werden uns nach wie vor gefaxt«, sagt der Frankfurter Amtsleiter Gottschalk. Computersysteme, die Labors, Kliniken und Arztpraxen mit den Gesundheitsämtern und dem RKI vernetzen können, würden die Arbeitsbelastung um weit über die Hälfte reduzieren. Es gibt sie längst, doch sie werden nur punktuell genutzt.

Das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig hat schon früh sein Sormas-System ins Gespräch gebracht, das zur Bekämpfung der Ebolaseuche in Afrika entwickelt worden war. In Frankreich oder der Schweiz ist dieses System etabliert. In Deutschland dagegen hätten sich bisher nur etwa 50 Kommunen dazu entschlossen, Sormas einzuführen, heißt es im Zentrum. Ein Problem: Bisher gebe es noch keine Schnittstelle zum Meldesystem des RKI. »Irgendjemand müsste endlich entscheiden, dass wir ein einheitliches System in Deutschland bekommen«, sagt Ute Teichert, Vorsitzende des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Es wird also erst einmal weitergehen wie gehabt: schwerfällig, umständlich, langsam. Zu langsam für das Virus.

Soloselbstständige

Die gesundheitlichen Folgen der Pandemie sind das eine. Gravierend sind auch die Existenzängste, die viele seit März durchstehen müssen. Keine Gruppe ist davon so betroffen wie die Soloselbstständigen.

Gemeint sind Künstler, Veranstaltungstechniker, Messebauer, Fitnesstrainer oder Tätowierer, insgesamt geht es um rund 2,2 Millionen Einzelunternehmer. Auch ein Dreivierteljahr nach Beginn der Krise fehlt es an wirksamen Hilfen.

Die Zeit nach der ersten Welle nutzte die Bundesregierung, um das Kurzarbeitergeld für abhängig Beschäftigte zu verlängern – für die Einzelunternehmer dagegen unternahm sie kaum etwas. Dabei hatte schon der Shutdown im Frühjahr sie übermäßig hart getroffen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erlitten damals 59 Prozent der Selbstständigen Einkommensverluste, bei den Arbeitnehmern waren es nur rund 15 Prozent. Bereits im Mai reichten die Geldreserven bei der Hälfte der Betroffenen nur noch für höchstens drei Monate.

Dabei mangelte es anfangs weder an Problembewusstsein noch an Tempo. Schon Ende März hatte die Regierung einen Plan: Für laufende Betriebskosten sollten Soloselbstständige Finanzspritzen vom Staat erhalten, ihre private Lebenshaltung sollten sie über Hartz IV absichern.

Bald wurde klar, dass der Plan nicht funktioniert. Viele Einzelunternehmer haben keine Betriebskosten, auch die Grundsicherung half nur wenigen – obwohl der Zugang erleichtert wurde. Manche scheuten den Gang zum Jobcenter, bei anderen verdiente der Partner zu viel, wieder andere lagen aufgrund ihrer Altersvorsorge über den Vermögensgrenzen. Bis Oktober erhielten Corona-bedingt nur etwa 75 000 Selbstständige Grundsicherung.

Wegen der derzeitigen Beschränkungen wurden betroffenen Soloselbstständigen zusätzliche Zuschüsse zugesagt – für November. Wie es aber dauerhaft funktionieren kann, machte Großbritannien vor. Dort erfand die Regierung im Mai eine Art Kurzarbeitergeld für Selbstständige, bei dem das Finanzamt automatisch 80 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdiensts überweist, sofern das Jahreseinkommen nicht zu hoch war.

Impfstoff

Und doch ist da der Lichtblick, die Hoffnung: der Impfstoff. Zumindest hier hat die Regierung in ihren Bemühungen nie nachgelassen, auch über den Sommer nicht. Gerade Gesundheitsminister Spahn hat früh gehandelt.

Schon im Frühjahr hatte er gemahnt, Europa müsse sich auch selbst um die Beschaffung von Impfstoffen kümmern. Im Juni brachte er mit seinen Amtskollegen aus Frankreich, Italien und den Niederlanden eine Impfstoffallianz auf den Weg.

Die vier Länder schlossen einen Vertrag mit dem Unternehmen AstraZeneca, Deutschland werden mehr als 50 Millionen Impfdosen allein dieses Herstellers zustehen. Die deutsche Firma Biontech wird mit ihrem US-Partner Pfizer bis zu 300 Millionen Impfdosen an die EU liefern.

Zugleich dämpfen Politiker die Erwartungen. Peter Tschentscher, Arzt und Erster Bürgermeister von Hamburg, sagt: »Konkretere Pläne, wer wann geimpft wird, können wir erst machen, wenn zuverlässige Angaben über den Impfstoff und seine Verfügbarkeit vorliegen.« Biontech habe selbst angegeben, man müsse in den klinischen Studien noch weitere Daten erheben und auswerten.

Jens Spahn sagt, es gelte weiter durchzuhalten. Der nächste Herbst und der nächste Winter könnten dann allerdings deutlich besser werden. Immerhin das.

Matthias Bartsch, Florian Diekmann, Jan Friedmann, Christoph Hickmann, Armin Himmelrath, Martin Knobbe, Vivian Micks, Marcel Rosenbach, Lydia Rosenfelder, Cornelia Schmergal, Jonas Schulze Pals

Gemeinsam unterstützen wir den deutschen Einzelhandel.

“Kunden finden uns auf Google Maps und lassen sich damit direkt den Weg zu uns zeigen.”

Bircan Er,
Blumen Dilek,
Berlin

Gerade in herausfordernden Zeiten hilft es lokalen Geschäften, auch online präsent zu sein. Aus diesem Grund haben der HDE und Google die Initiative ZukunftHandel gestartet, in der wir Händlerinnen und Händler Schritt für Schritt dabei begleiten, ihr Unternehmen online sichtbarer zu machen und zukunftsfähig aufzustellen. Das Angebot der Initiative beinhaltet unter anderem kostenlose Trainings oder ein Unternehmensprofil bei Google My Business, einem kostenlosen Weg für Unternehmen, einfacher online gefunden zu werden. Mehr über die Initiative ZukunftHandel erfahren Sie auf: **g.co/zukunfthandel**

Eine Initiative für den lokalen Handel

HDE Handelsverband Deutschland

Google

»Es gibt genug Männer, die nach jeder Wurst schnappen«

SPIEGEL-Gespräch Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, 55 (SPD), über ihren Abschied aus dem Bundestag im nächsten Jahr, Wickeln auf dem Schreibtisch und die Frage, warum immer noch so wenige Frauen im Parlament sitzen wie zu Anfang ihrer Karriere

SPIEGEL: Frau Ministerin, Sie sind seit 22 Jahren für die SPD im Bundestag und führen seit 2019 das Justizministerium. Nun haben Sie angekündigt, nicht mehr für das Parlament kandidieren zu wollen. Was ist passiert, dass Sie auf dem Höhepunkt Ihrer Karriere aufhören?

Lambrecht: Das ist eine Entscheidung, die ich nach langem Überlegen aus persönlichen Gründen getroffen habe. 22 Jahre Bundestag bedeuten 22 Jahre zweiter Wohnsitz, 22 Jahre aus dem Koffer leben. Ich habe in dieser Zeit ein Kind bekommen. Mein Sohn ist mittlerweile erwachsen, 20 Jahre alt. Allein das zeigt, was für eine lange Zeit das ist.

SPIEGEL: Trauen Sie Ihrer Partei nicht zu, der nächsten Regierung anzugehören?

Lambrecht: Das spielte bei meinen Überlegungen überhaupt keine Rolle. Wie gesagt, meine Entscheidung hat allein persönliche Gründe. Ich bin in einem Alter, wo man noch etwas Neues beginnen kann.

SPIEGEL: Haben Sie schon etwas Neues?

Lambrecht: Nein. Aber ich kann mir gut vorstellen, wieder in meinem Traumberuf zu arbeiten. Ich bin Anwältin aus Überzeugung. Ich habe es mir hart erkämpft. Ein Jurastudium ist ja nicht einfach, und alles, was mit dem Fach zusammenhängt, macht mir viel Spaß. Ich habe in diesen 22 Jahren im Bundestag fast immer Rechtspolitik gemacht und alle Gesetzgebungsverfahren begleitet. Deshalb sage ich immer scherzhaft, dass es wohl keine Anwältin in Deutschland gibt, die so viele Fortbildungen hinter sich hat wie ich.

SPIEGEL: Haben Sie Ihre Robe noch?

Lambrecht: Ja, meine Eltern haben sie mir geschenkt, als ich Anwältin wurde. So etwas gibt man nicht weg.

SPIEGEL: Nur wenige Männer in der Politik, hören auf dem Höhepunkt ihrer Karriere auf. Ist es dann ein gutes Zeichen, wenn eine der wenigen Frauen an der Spitze das tut?

Lambrecht: Meine Sicht ist eine andere. Ich nehme meine Aufgabe als Ministerin mit hundertprozentigem Einsatz bis zum letzten Tag meiner Amtszeit wahr. Vielleicht können Männer manchmal schlicht nicht loslassen?

SPIEGEL: Frauen brauchen weibliche Vorbilder, um den Weg in die Politik einzuschlagen. Ist ein Rückzug aus privaten Gründen da nicht das falsche Signal?

Lambrecht: In meinem Wahlkreis bewerben sich viele junge Leute um meine Nachfolge, darunter zwei ganz tolle junge Frauen. Da ist richtig Schwung drin. Mein Abschied aus dem Bundestag heißt auch nicht, dass ich von der Bildfläche verschwinden werde. Ich bin seit meinem 16. Lebensjahr politisch aktiv und kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass ich das mal nicht mehr sein werde.

SPIEGEL: Trotzdem herrscht Frauenmangel in der Politik. Der Vorstoß, Paritätsgesetze für die abwechselnde Besetzung von Listen durchzubringen, ist in Thüringen und Brandenburg gescheitert, nachdem AfD und NPD Klage eingereicht hatten.

Lambrecht: In der SPD leben wir die Parität. Es ist für uns selbstverständlich, in allen Landesverbänden Wahllisten mit dem Reißverschlussverfahren aufzustellen. Deswegen haben wir in der SPD-Fraktion im Bundestag auch einen so hohen Frauenanteil. Da würde ich mir in anderen Parteien ein Umdenken wünschen. Aber etwas fehlt mir noch unter Frauen im Bundestag: dass wir uns für gemeinsame Interessen fraktionsübergreifend einsetzen. Da könnten wir stärker werden.

SPIEGEL: Wie schauen Sie als Juristin auf die Entscheidungen gegen das Paritätsgesetz?

Lambrecht: Ich werde hier keine Gerichtsurteile kritisieren, das steht mir nicht zu. Aber ich sehe natürlich als Bundesjustizministerin auch eine Verpflichtung zur Gleichstellung aus Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes. Der sagt, dass der Staat die Gleichberechtigung von Frau und Mann durchsetzen und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirken muss. Diese Verpflichtung nehme ich ernst.

> »Frauen als Belastung, das muss man sich einmal vorstellen. Da fehlen mir die Worte.«

SPIEGEL: Die Gleichstellung ist immer ein Thema der SPD gewesen, ohne Sozialdemokratinnen wäre vor gut hundert Jahren das Frauenwahlrecht nicht durchgesetzt worden. Aber es ist die CDU, die mit der Kanzlerin und der EU-Kommissionschefin die einflussreichsten Frauen stellt. Das muss Sie frustrieren.

Lambrecht: Viele sozialdemokratische Frauen haben sich lange Zeit auf die inhaltliche Arbeit für mehr Gleichstellung konzentriert, und das fand ich auch sinnvoll. Denn allein die Tatsache, dass die CDU eine Kanzlerin stellt, heißt noch lange nicht, dass dort die Frauenpolitik nach vorn gebracht wird. Ich höre Angela Merkel im Plenum sagen, wie wichtig es sei, Frauen in Führungspositionen zu haben. Ja, wenn das so ist, kann sie ihren Worten auch Taten folgen lassen.

SPIEGEL: Die Kanzlerin tut zu wenig für die Förderung von Frauen?

Lambrecht: Aktuell heißt es aus der CDU, es sei jetzt nicht die richtige Zeit für eine Ausweitung der Frauenquote für Unternehmen, denn die Wirtschaft sei momentan schon genug belastet. Frauen als Belastung, das muss man sich einmal vorstellen. Da fehlen mir wirklich die Worte. Ich habe den Eindruck, dass Frau Merkel da in den eigenen Reihen deutlich mehr Überzeugungsarbeit leisten müsste, wenn sie es ernst meint.

SPIEGEL: Nun hat sich sogar Markus Söder für die Frauenquote in Dax-Vorständen ausgesprochen. Überrascht Sie das?

Lambrecht: Vor allem freue ich mich, dass jetzt auch Herr Söder zu dieser Einsicht gekommen ist. Es darf hier aber nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Handeln ist gefragt. Franziska Giffey und ich haben ein Gesetz vorgelegt, das genau diesen Punkt aufgreift und eine Mindestbeteiligung von Frauen in den Vorständen großer

Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Sozialdemokratin Lambrecht: »Den Kleinen beim Saaldiener stehen lassen«

Unternehmen vorsieht. Wenn Söder und Merkel es ernst meinen, darf die Union hier nicht länger auf der Bremse stehen und unser Gesetz blockieren.

SPIEGEL: Mit Andrea Nahles hatte die SPD das erste Mal in ihrer Geschichte eine Frau als Vorsitzende. Dann gab Nahles auf, weil sie aus den eigenen Reihen ständig angegriffen wurde. Die heutige Co-Vorsitzende Saskia Esken beklagt Ähnliches. Was ist da los?

Lambrecht: Ich glaube, es ist der Berufpolitik immanent, dass mit harten Bandagen gekämpft wird und man mit Angriffen umgehen können muss. Das gilt für Frauen und Männer. Gegenüber Frauen ist die Kritik allerdings oftmals persönlicher.

SPIEGEL: Wie haben Sie gelernt, sich zu schützen?

Lambrecht: Es muss einem klar sein, dass man in der Politik immer hart kritisiert wird, egal was man tut und wie man es tut. Aber gleichzeitig muss man offen bleiben für Kritik und sich mit einem Team umgeben, das einem ehrlich sagt, wenn man etwas besser machen könnte. Sonst verliert man das Gespür für das eigene Handeln.

SPIEGEL: Die Professorin Jelena von Achenbach stritt für das Paritätsgesetz in Brandenburg. Sie sagt, der Politikstil sei von der männlichen Überzahl geprägt. Sehen Sie das auch so?

Lambrecht: Ich glaube, da hat sich bereits sehr viel verändert. Früher hieß es: Eine Sitzung ist erst dann gut, wenn sie bis in die Nachtstunden dauert. Das ist vorbei. Und auch das alte Prinzip »Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem« ist heutzutage zum Glück nicht mehr mehrheitsfähig.

SPIEGEL: Die Zahlen sprechen nicht dafür, dass sich so viel zum Besseren verändert hat. Frauen sind heute so schlecht im Bundestag vertreten wie zuletzt 1998.

Lambrecht: Das liegt auch daran, dass wir aktuell Parteien im Bundestag haben, die sehr wenige Frauen aufstellen. Die FDP ist die eine, die AfD die andere.

SPIEGEL: Die Union hat in ihren Reihen prozentual noch weniger Frauen als die FDP. Wenn Frauen in den herrschenden Machtstrukturen ihren Platz nicht finden, muss man dann die Strukturen ändern?

Lambrecht: Ja, Politik muss mit der eigenen Lebenssituation vereinbar sein, das gilt für Frauen wie für Männer. Die Frage »Wie schaffst du das mit der Familie?« darf bitte schön auch Männern gestellt werden. Es sind manchmal nur kleine Veränderungen, die viel bewirken. Wir haben in der SPD-Fraktion zum Beispiel keine Rednerliste mehr, sondern eine Redeliste. Sie ist quotiert, damit nicht erst sieben Männer sprechen, bis eine Frau zu Wort kommt.

SPIEGEL: Studien sagen, dass Frauen sich durchaus in der Politik engagierten, sie klebten Plakate, stellten sich beim Wahlkampf an die Stände, aber sie kandidierten ungern bei Wahlen. Warum?

Lambrecht: Eine Funktion, in die man gewählt wird, bedeutet eine kontinuierliche Belastung. Frauen sind eher reflektiert in Bezug auf die Entscheidung, was sie sich zumuten und zutrauen. Das finde ich positiv. Es gibt genug Männer, die nach jeder Wurst schnappen und die Dinge dann nicht zu Ende bringen.

SPIEGEL: Welche Bedingungen haben Sie vor 20 Jahren als junge Mutter im Bundestag vorgefunden?

Lambrecht: Völlig andere als die heutigen. Es gab im ganzen Bundestag keinen einzigen Wickeltisch. Ich habe meinen Sohn auf dem Schreibtisch gewickelt: Auflage raus, Fenster auf, und alles wieder weggeräumt und weitergearbeitet. Es hat sich vieles verbessert. Bei namentlichen Abstimmungen dürfen Kinder in den Plenarsaal mitgenommen werden. Das ging früher nicht. Mein Mann war ja auch Abgeordneter, und ich war froh, wenn wir den Kleinen mal kurz im Tragesitz beim Saaldiener stehen lassen konnten – wir sind dann schnell rein zum Abstimmen und wieder raus. Aber die Bedingungen sind auch heute noch lange nicht so, dass man sie mit anderen Berufen vergleichen

kann. Zum Beispiel gibt es weiter Plenarsitzungen bis in den späten Abend.

SPIEGEL: Ist es dann nicht zynisch, den Frauen zu sagen, der politische Beruf lasse sich mit Familie vereinbaren? Dann denken doch die Frauen, sie seien selbst schuld, wenn sie scheitern.

Lambrecht: Ich würde eher an anderer Stelle ansetzen. Ich habe den Eindruck, dass in den vergangenen Jahren wieder so ein Übermutter-Bild entstanden ist – das ist etwas, woran man nur scheitern kann. Als im vergangenen Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert wurde, gab es bei mir im Wahlkreis eine große Veranstaltung. Im Publikum saßen bestimmt 200 bis 300 Frauen. Eine junge Journalistin hat das moderiert und mich gefragt, ob ich nicht wegen meines Kindes ein schlechtes Gewissen gehabt hätte, so engagiert in der Politik zu sein. Ich sagte: »Ich hatte kein schlechtes Gewissen.« Und dann hat sie es ein zweites Mal versucht. Ich habe geantwortet: »Ich hatte keine Minute ein schlechtes Gewissen, ich habe mich immer um meinen Sohn gekümmert. Ich wusste ganz genau, wo Grenzen sind, auch im Beruflichen. Ich lasse mir von Ihnen nichts anderes einreden.« Der Saal hat getobt. Ich habe wohl vielen Frauen aus der Seele gesprochen.

SPIEGEL: Noch heute berichten weibliche Abgeordnete davon, wie ihre männlichen Kollegen sich einfach unterhalten, wenn sie in einem Gremium das Wort ergreifen. Wie sind Sie damit umgegangen?

Lambrecht: Mir hat geholfen, dass ich schon lange kommunalpolitische Erfahrung hatte, bevor ich in den Bundestag kam. Ich bin mit 19 Jahren in den Finanzausschuss meiner Heimatstadt Viernheim gekommen, später war ich Stadtverordnetenvorsteherin. Ich hatte also eine Vorstellung davon, wie man eine Sitzung leitet, wie man sich zu Wort meldet. Das erste Mal im Bundestag zu reden hat mich dann aber schon tief beeindruckt.

SPIEGEL: Oft behelfen Frauen sich damit, Männer nachzumachen. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat Unterricht genommen, um tiefer zu sprechen.

Lambrecht: Frauen leiden darunter, wenn man sich über ihre Stimme lustig macht, weil sie zu hell sei und sich vielleicht überschlägt. So versucht man, Frauen zu verunsichern. Das finde ich übel. Ich habe Glück, weil ich eine relativ tiefe Stimme habe. Aber ich glaube, Frauen sollten aufhören, sich darüber Sorgen zu machen, und solcher Kritik keinen Raum geben. In dem Moment, in dem Sie in der Öffentlichkeit stehen, werden Sie wegen allem Möglichen kritisiert und infrage gestellt. Ich weiß nicht, wie viele Leute mir schon geschrieben haben: »Es ist alles gut, was Sie machen, aber Ihre Fingernägel müssen Sie abschneiden.« Nein, das mache ich nicht, weil ich die schön finde.

SPIEGEL: Sie haben kürzlich einen Gesetzentwurf zum Insolvenzrecht mit nur weiblichen Personenbezeichnungen verfasst: Schuldnerin, Gläubigerin, Richterin. Das Kabinett wollte das nicht, nun ist auch dieser Text im generischen Maskulinum verfasst. Ist das Experiment gescheitert?

Lambrecht: Nein. Was ich damit erreicht habe, war doch großartig! Endlich wurde darüber diskutiert. Ich habe im Jurastudium erlebt, welche Stilblüten die juristische Sprache hervorbringt: Das Zeugnisverweigerungsrecht wird bis heute dem »Verlobten des Beschuldigten« gewährt, womit auch Frauen gemeint sind.

SPIEGEL: Sprache und Politik spalten die Gesellschaft, einige beklagen übertriebene Political Correctness. Haben Sie nicht Sorge, dass Sie mit derartigen Initiativen Leute verlieren, die jenseits gewisser Großstadtmilieus leben, denen das alles zu empfindsam und kleinkariert ist?

Lambrecht: Mein Wahlkreis ist eher ländlich geprägt, aber auch dort ist Sensibilität dafür vorhanden, was man mit Sprache erreichen und anrichten kann. In manchen Köpfen muss erst ankommen: Es ist kein Angriff, wenn man hinterfragt, wieso die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin mit der Minderheit mitgemeint sein soll. Denn es gibt in Deutschland rund zwei Millionen mehr wahlberechtigte Frauen als Männer.

SPIEGEL: In der Corona-Politik sind Frauen als Politikerinnen und als Wissenschaftlerinnen weniger sichtbar. Woran liegt das?

Lambrecht: Bei den Wissenschaftlern frage ich mich schon, warum nicht mehr Frauen an entscheidender Stelle sitzen. In der Politik erlebe ich dagegen zwei starke Ministerpräsidentinnen: Malu Dreyer und Manuela Schwesig. Im Kabinett ist Franziska Giffey präsent, weil sie den Blick auf die Familien und deren besondere Schwierigkeiten lenkt. Frauen sind vielleicht nicht immer in der ersten Reihe. Aber die Themen, die viele Frauen betreffen, werden von uns vorangetrieben. Hubertus Heil hat mit dem Recht auf Homeoffice ein Thema gesetzt, das viele Frauen betrifft.

SPIEGEL: Sie haben sich in der Corona-Politik oft zurückhaltend geäußert.

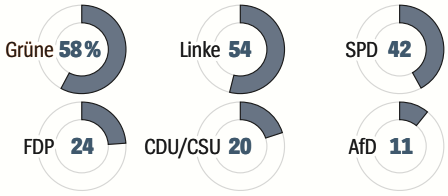
Lambrecht: Ich habe mich zu vielen Themen klar positioniert, vor allem wenn es um die Grundrechte ging. Nicht alles geschieht auf der großen Bühne. Es geht nicht um Selbstprofilierung, sondern darum, gemeinsame Lösungen zu finden. Vielleicht ist das aber auch eine Frauensicht. Zu Beginn der Coronakrise wollte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine Funkzellenabfrage einführen, um nachvollziehen zu können, wer mit wem Kontakt hatte. Da habe ich deutlich interveniert, weil das weder sinnvoll noch verhältnismäßig gewesen wäre. Auch bei der Ausgestaltung der Corona-Warn-App habe ich mich dafür eingesetzt, dass der Datenschutz und die Anonymität gewahrt bleiben. Das ist für die Akzeptanz wichtig.

SPIEGEL: Thomas Oppermann hatte wie Sie vor einigen Wochen bekannt gegeben, dass er nicht mehr für den Bundestag antreten wolle, wo er zuletzt Vizepräsident war. Er wollte ein neues Leben nach dem politischen anfangen. Das war ihm nicht vergönnt, er starb vor Kurzem. Was bedeutet ein solcher Anlass für Sie?

Lambrecht: Thomas' Tod war ein großer Schock für uns alle. Ich kannte ihn sehr gut, wir haben eng an der Fraktionsspitze zusammengearbeitet. Ich weiß, wie sehr er auf seine Gesundheit und einen ausgewogenen Lebensstil geachtet hat. Ich hätte es ihm sehr gewünscht, sich neuen Projekten nach der Politik widmen zu können. Das war ihm wichtig, souverän darüber entscheiden zu können. Genau das ist der Punkt: Auch ich möchte selbstbestimmt entscheiden, was ich tue. Ich möchte mein Leben selbst gestalten.

SPIEGEL: Frau Ministerin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Frauenanteil in den Fraktionen des Bundestags



zu Beginn der aktuellen Wahlperiode; Quelle: Deutscher Bundestag

Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Lambrecht, SPIEGEL-Redakteurinnen*
»Man versucht, Frauen zu verunsichern«

* Lydia Rosenfelder und Susanne Beyer auf dem Dach des Bundesjustizministeriums in Berlin.

iPhone 12 Pro mit 5G im größten 5G-Netz[1]

Einzigartig zusammen

iPhone 12 Pro

T 5G

0,97 €[2] ANSTATT 341,13 €

iPhone 12 Pro. Sag hallo zu 5G.
Jetzt ab 0,97 €[2] im Tarif MagentaMobil M mit Premium-Smartphone sichern – bei Abgabe eines gebrauchten Smartphones.

Jetzt in Ihrem **Telekom Shop**, unter **telekom.de** oder **0800 33 03000**

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

TM und © 2020 Apple Inc. Alle Rechte vorbehalten.
1) 5G ist deutschlandweit bereits an vielen Standorten verfügbar. Infos unter www.telekom.de/start/netzausbau **2)** Bei Abschluss eines Mobilfunk-Vertrags oder bei Vertragsverlängerung im Tarif MagentaMobil M mit Premium-Smartphone und nur bei gleichzeitigem Verkauf eines teilnahmeberechtigten Altgeräts an die Teqcycle Solutions GmbH erhalten Kunden das Apple iPhone 12 Pro mit 128 GB ab 0,97 €. Mindestalter 18 Jahre. Der Ankaufswert variiert je nach Zustand, Alter und Konfiguration des Altgeräts. Der Preis von 0,97 € für das iPhone 12 Pro gilt z. B. bei Abgabe eines iPhone XS mit 256 GB (Zustand: funktionsfähig, d. h. insbesondere: Gerät lässt sich einschalten, kein Wasserschaden, kein Displaybruch und „Find my iPhone“ ist deaktiviert). Der Ankaufswert des Altgeräts wird in Form eines im Telekom Shop einlösbaren Gutscheins oder per Banküberweisung ausgezahlt. Bei Verkauf des Altgeräts über www.telekom.de wird der Ankaufswert nach erfolgreicher Prüfung durch die Teqcycle Solutions GmbH per Banküberweisung ausgezahlt. Die Aktion ist befristet bis zum 25.11.2020. Monatlicher Grundpreis im Tarif MagentaMobil M mit Premium-Smartphone 77,94 €. Bereitstellungspreis 38,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Im monatlichen Grundpreis sind eine Telefonie- und eine SMS-Flatrate in alle dt. Netze enthalten. Ab einem Datenvolumen von 12 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Die Preise beinhalten die Mehrwertsteuer in Höhe von 16 %.
Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Christdemokrat Ziemiak: »Ich hing irgendwie in der Luft«

Neue Mitte

CDU Paul Ziemiak galt lange als Fehlbesetzung im Amt des Generalsekretärs. Im Führungschaos seiner Partei aber ist er zum unverzichtbaren Krisenmanager geworden.

Berlin-Tiergarten, ein sehr sonniger Morgen im November. Paul Ziemiak spaziert am Landwehrkanal entlang. Er kommt am Zoo vorbei, bleibt auf Höhe des Flamingohauses stehen und betrachtet über den Zaun die rosafarbenen Vögel.

Schön, sagt er.

Die Pause tut ihm gut. Keine Anrufe, kein Meeting. Stattdessen frische Luft und Flamingos. Solche Minuten genießt er.

Es ist viel los in diesen Tagen, für die CDU, für ihn. Seine Partei macht einen planlosen Eindruck. Die Suche nach einem neuen Chef hat sich zu einem großen Schlamassel entwickelt. Die drei Bewerber – Friedrich Merz, Armin Laschet und Norbert Röttgen – bekriegen sich. Und keiner weiß, wann und wie genau der neue Chef angesichts der Pandemie gewählt wird. Ein Jahr vor der Bundestagswahl, die erstmals seit 16 Jahren ohne Angela Merkel als Kanzlerkandidatin stattfindet, herrscht in Deutschlands vermeintlich stabilster Volkspartei große Unordnung.

Und mittendrin: Ziemiak, 35, Christdemokrat aus Iserlohn, Generalsekretär. Eigentlich der undankbarste Job von allen.

Ziemiak muss die Landesverbände bei Laune halten und die Wahl planen, ohne zu wissen, auf wen er die Kampagne zuschneiden soll. Er muss die Parteizentrale motivieren und den Draht zu den Kandidaten halten, ohne zu wissen, ob er selbst unter dem nächsten Chef eine Zukunft hat. Aber Ziemiak beschwert sich nicht. Und – noch bemerkenswerter – niemand beschwert sich über Ziemiak. Im Gegenteil.

Ziemiak kann jetzt fast schalten und walten, wie er will. Annegret Kramp-Karrenbauer, die scheidende Chefin, hat kaum noch Autorität, Merkel hält sich raus. Ziemiaks Büro ganz oben im Konrad-Adenauer-Haus ist so etwas wie der Steuerstand der CDU-Zentrale. Die Kandidaten gehen ein und aus, Parteifreunde, Agenturchefs. Der Mann, über den es anfangs hieß, er sei völlig überfordert, wirkt nach zwei Jahren im Amt auf einmal unverzichtbar.

Wie konnte das passieren?

Die ersten Monate im Amt 2019 liefen nicht gut. »Da hatte ich das Gefühl, gar keine richtige Aufgabe zu haben«, sagt er. »Ich hing irgendwie in der Luft.« Bei Auftritten wirkte er unsicher, gehemmt. Ein »Scheißjahr«, soll er intern gesagt haben.

Kramp-Karrenbauer wollte sich damals profilieren, schielte auf die Merkel-Nachfolge. Und Ziemiak? Was macht der so? Das fragten sich seinerzeit selbst Freunde. Die Attacke des YouTubers Rezo (»Die Zerstörung der CDU«) und die hilflose Antwort der Partei darauf, die verkorkste Europawahl, nichts lief in dieser Zeit für die CDU – und der Generalsekretär bekam vieles ab. Ein Studienabbrecher, ein Karrierist, so begannen die Leute über den vormaligen Chef der Jungen Union (JU) zu lästern. Ziemiak galt als Fehlbesetzung.

»Hat sich die CDU mit Ziemiak verlaufen?«, fragte die »Bild«-Zeitung im Oktober 2019. Der Artikel beschrieb eine Wanderung des CDU-Politikers mit seinen Parteifreunden Carsten Linnemann und Jens Spahn. Ziemiak sei für die Routenplanung zuständig gewesen, hatte zuvor die »FAZ« berichtet – prompt habe man sich verirrt. Nicht mal Karten lesen kann er, so der Subtext.

Ziemiak kämpfte sich durch. Bei den Landtagswahlen im Osten musste die CDU befürchten, hinter der AfD zu landen, schon dachte mancher Christdemokrat öffentlich über Bündnisse mit der Rechtsaußenpartei nach. Zum ersten Mal traute sich Ziemiak etwas, nannte Rufe nach Gesprächen mit der AfD »irre«. Die Haltung der CDU sei unverrückbar, so Ziemiak: kein Pakt mit den Rechten. »Punkt aus. Ende der Durchsage!«

Die Klarheit hat womöglich auch persönliche Gründe. Paul Ziemiak wurde 1985 im polnischen Stettin als Paweł Ziemiak geboren, drei Jahre später flüchteten seine Eltern, beide Ärzte, mit ihm und dem älteren Bruder nach Deutschland. Flüchtlingsunterkunft, eine Einzimmerwohnung mit Dusche im Keller. Das prägt.

Herbst 2019. Er ist spätabends mit seinem Fahrer unterwegs, A 24 Richtung Berlin, die beiden haben Hunger, halten in einem menschenleeren Schnellrestaurant in Brandenburg. Ziemiak sitzt mit dem Rücken zum Eingang, als plötzlich die Tür aufgeht. Ein bulliger Mann, Ende zwanzig, nähert sich, bedroht ihn: »Sie vertreten nicht das deutsche Volk, Herr Ziemiak.« Mitarbeiter des Restaurants ziehen den Kerl weg.

Eine üble Szene, Ziemiak erzählt sie beim Spaziergang im Tiergarten. Aber ihm wird damals auch bewusst: Man nimmt ihn jetzt wahr. Was er sagt, wofür er steht.

Die Unsicherheit verfliegt. Ziemiak beginnt, frei im Bundestag zu sprechen, er vernetzt sich, kümmert sich um Themen. Seine Auftritte sind noch immer keine Weltsensation, aber sie sind besser geworden, selbstbewusster. Mittlerweile landet er auch mal einen Treffer. »Berlin wird zum Gesundheitsrisiko für die ganze Republik«, schimpfte er kürzlich über das Corona-Management des Senats. Oder er macht auf Außenpolitik: Im August traf er sich mit der belarussischen Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja – bei einem Geheimbesuch in Litauen.

Dass die drei Bewerber für den Vorsitz noch miteinander reden, liegt auch an Ziemiak. Er ist einer der wenigen, denen alle drei halbwegs vertrauen. Bei Merz ist das überraschend, weil sich dieser nach seiner Niederlage gegen Kramp-Karrenbauer auf

dem Parteitag 2018 vom damaligen JU-Chef Ziemiak verraten fühlte. Ziemiak, so raunten manche, habe der neuen Chefin in der Stichwahl die nötigen Stimmen verschafft und sei dafür belohnt worden. Merz glaubte das auch.

Als die Kandidaten kürzlich wegen der Parteitagsverschiebung aneinandergerieten, war es der Generalsekretär, der einen Kompromiss aushandelte und diesen dann öffentlich machte. Im Januar soll nun wohl gewählt werden, wie auch immer. Ziemiak, das Scharnier, der Mann in der Mitte.

Nun muss er in den kommenden Wochen so gute Arbeit machen, dass der neue Vorsitzende nicht an ihm vorbeikommt.

Das Problem: Mindestens zwei der drei Bewerber, Merz und Röttgen, wollen ihn eigentlich durch eine Frau ersetzen. Aber die Terminfragen haben die Planungen gehörig gestört. Noch haben sie keine Kandidatinnen präsentiert, beiden scheint zu dämmern, dass sie auf Ziemiak angewiesen sein könnten. Ein Tausch dieser Schlüsselposition zu Beginn eines Jahres, in dem mehrere Landtags- und Kommunalwahlen sowie die Bundestagswahl anstehen, wäre ein gewaltiges Risiko. Mal angenommen, der nächste Parteichef würde auch Kanzlerkandidat – wer außer Ziemiak wäre in der Lage, in der Kürze der Zeit eine Kampagne auf die Beine zu stellen?

Der mache seine Arbeit sehr gut, heißt es aus dem Lager von Merz. Ziemiak sei ein Brückenbauer, heißt es bei Röttgens und Laschets Leuten. Redet man so über einen, den man loswerden will?

Ob und wie das mit dem Parteitag im Januar klappt, ist weiter offen. Die Idee, digital zu tagen und die Wahlen am Ende durch eine Schlussabstimmung schriftlich abzusichern, steht. Aber das Modell ist kompliziert, rechtliche Fragen sind offen.

Parallel konzentriert sich Ziemiak auf die Bundestagswahl. Je mehr er organisiert, desto schwieriger wird es, ihn abzuräumen. Ein Netzwerk von Agenturen hat er bereits an der Hand, die Hauptagentur soll der künftige Chef auswählen. Auch eine neue Unterstützerkampagne mit der JU ist für den Wahlkampf in Vorbereitung, »Connect« soll sie wie das Vorgängermodell 2017 heißen. Er wisse, dass »ohne die Junge Union kein guter Wahlkampf zu machen ist«, sagt Ziemiak.

Trotzdem kann er sich nicht sicher sein, dass es weitergeht. Er kommt aus Nordrhein-Westfalen – ein Problem in der Proporzpartei CDU. Zu viele sind aus NRW. Merz, Laschet, Röttgen. Dazu Ralph Brinkhaus, der Fraktionschef. Und Jens Spahn, der Gesundheitsminister.

Aber über Probleme hat Ziemiak lange genug nachgedacht. Im Moment, das weiß er immerhin, geht ohne ihn fast nichts.

Florian Gathmann, Veit Medick

Bleiben Sie in Kontakt mit Ihren Liebsten. Und mit der Straße.

Sicherheit entwickelt in Deutschland. Damit Sie sich auf das konzentrieren können, was wirklich zählt.

continental-reifen.de

Doktor Corona

Europa Der EU-Parlamentarier Peter Liese ist Arzt – und will die Mitgliedsländer zu einer gemeinsamen Pandemiepolitik bringen.

Peter Liese steht an einem sonnigen Mittwoch im November vor einer Rettungsleitstelle in Meschede im Sauerland und erinnert an eine Figur aus einem Katastrophenfilm: Mund und Nase sind hinter einer Atemschutzmaske versteckt, vor dem Gesicht hängt ein Plastikvisier. Liese, Arzt und Europaabgeordneter, trägt einen Schutzanzug, der wie ein im Wind flatternder Müllbeutel aussieht.

Die Corona-Neuinfektionszahlen steigen in diesen Tagen in Europa. Schon im März hatte sich Liese erstmals seit Jahren wieder den Kittel übergestreift und in einer Praxis in Meschede mitgearbeitet. Jetzt hilft er in einem Drive-in-Testzentrum seiner Heimatstadt aus.

Peter Liese, 55, ist so etwas wie der Karl Lauterbach Brüssels. Wie der SPD-Gesundheitsexperte im Bundestag ist auch Christdemokrat Liese im Europaparlament dank seiner medizinischen Fachkenntnis zum gefragten Gesprächspartner avanciert. Vor Corona war er in Deutschland vor allem als Vorkämpfer für die Abschaffung der Zeitumstellung bekannt.

Nun aber gibt Liese fast täglich seine Kommentare ab. Am Montag etwa zum Durchbruch der Pharmafirmen Biontech und Pfizer bei der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs: »Ein Riesenerfolg für die europäische Forschungspolitik«, sagte Liese. Die EU habe die Entwicklung ja aus mehreren Töpfen mitfinanziert.

Die Meldungen der vergangenen Tage beschreiben nicht nur den Erfolg europäischer Gesundheitspolitik, sondern auch ihr Problem. Die EU-Kommission kann nur dann etwas ausrichten, wenn es ums Geld geht. Sie hat mit einem halben Dutzend Pharmaunternehmen Verhandlungen über den Ankauf von Hunderten Millionen Impfdosen geführt, nicht genutzte Fördergelder für Investitionen mobilisiert und ein milliardenschweres Programm zur Stabilisierung der Arbeitsmärkte in der Coronakrise aufgelegt.

Geht es aber um die reale Bekämpfung des Virus, um Grenzkontrollen, Testverfahren, Shutdowns oder die Ausstattung der Gesundheitssysteme, hat Brüssel wenig zu melden. Hier haben die Regierungen der Mitgliedsländer das Sagen. Europaweite Standards für Quarantäne und Corona-Tests gibt es bis heute nicht. Ein Ampelsystem, das die Reisefreiheit ermöglichen soll, bot schon kurz nach Einführung keine Orientierung mehr.

Lars Berg / DER SPIEGEL

EU-Abgeordneter Liese
»Ein bisschen wie ein Pitbull«

Eigentlich gäbe es eine Behörde, die sich um solche Fragen kümmern könnte: Das EU-Seuchenbekämpfungszentrum ECDC wurde nach der Sars-Epidemie von 2002/03 gegründet. Es sollte Daten sammeln, Gutachten erstellen, Maßnahmen der Mitgliedsländer koordinieren. Doch es darf den nationalen Behörden keine Anweisungen erteilen. Und sein Budget von knapp 60 Millionen Euro im Jahr ist nur gut halb so groß wie das des Robert Koch-Instituts. Beim RKI arbeiten 1200 Menschen, beim ECDC 290.

Geht es nach Liese, dann muss sich daran vieles ändern. Im März in der Praxis hat er selbst erlebt, was es heißt, wenn die nötige Ausrüstung fehlt. »Ich musste hustenden und fiebernden Menschen ohne Maske in den Hals schauen«, sagt Liese. »In Italien haben Ärzte das mit dem Leben bezahlt.« Deshalb unterstützt er die Initiative der EU-Kommission für eine »Europäische Gesundheitsunion«.

Kommissionschefin Ursula von der Leyen will erreichen, dass die Staaten künftig Pandemiepläne entwickeln und von der Kommission prüfen lassen. Diese soll einen Gesundheitsnotstand erklären dürfen, der die Entwicklung, den Kauf und die Lagerung medizinischer Güter ermöglicht.

Dass Lieses Engagement mittlerweile weit über das Politische hinausgeht, erklärt er mit seiner Profession und seinem Glauben. Als Arzt könne er nun mal nicht tatenlos zusehen, wenn Not am Mann sei. Er ist seit 1996 Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und hat während seines Medizinstudiums öfter in einem Krankenhaus in Guatemala mitgearbeitet. Seit 1987 ist er in der CDU.

Einst machte er für Friedrich Merz Wahlkampf – mit Erfolg, Merz zog 1989 ins Europaparlament ein. Auch den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet lernte Liese früh kennen: Sechs Jahre lang saß er neben Laschet im Europaparlament. Laschet bewirbt sich wie Merz um den CDU-Vorsitz.

Dank seiner Kontakte mit den potenziellen Parteichefs macht in der Union bereits das Gerücht die Runde, Liese könne der nächste Gesundheitsminister werden. Er winkt ab: »Ich will nicht nach Berlin.«

Für manche in seiner Fraktion gilt Liese als Außenseiter, weil er gern mal mit der Konkurrenz Kompromisse schmiedet. Seine Vorschläge zu Emissionshandel und Klimaschutz wären nach Meinung mancher Wirtschaftspolitiker seiner Partei besser bei den Grünen aufgehoben.

Deshalb gibt es aber auch viele anerkennende Worte über Liese. Er sei ein Überzeugungstäter, leidenschaftlich, ehrlich. »Er ist ein bisschen wie ein Pitbull«, sagt der niederländische Grüne Bas Eickhout. »Wenn er sich erst mal in ein Thema verbissen hat, lässt er nicht mehr los.«

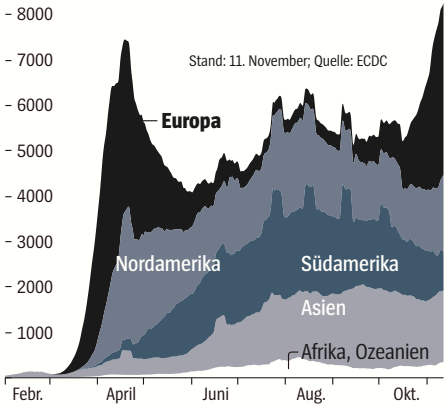
Liese ahnt das auch selbst. »Ich finde es menschlich, dass viele sagen, der Liese geht uns auf den Geist«, sagt er. »Aber wenn ich etwas bereue, dann, dass ich den Leuten nicht noch mehr auf den Geist gefallen bin.« Hätte die EU früher auf die Pandemie reagiert, dann wäre die zweite Welle vielleicht ein bisschen kleiner ausgefallen, sagt Liese.

Jetzt ist die Welle da, und Liese versucht, sie nicht nur in Brüssel zu bekämpfen. In Meschede kommen an jenem sonnigen Novembermittwoch immer mehr Autos zum Testzentrum, am Ende fahren sie dreispurig vor. Liese, das Wattestäbchen für den nächsten Rachenabstrich in der Hand, ist zufrieden. »Ich habe mich schon nach drei Minuten nützlich gefühlt.«

Markus Becker

Europa im Corona-Würgegriff

Gemeldete Covid-19-Tote im 7-Tages-Schnitt



»Klar antisemitisch«

Extremismus Hamburgs Verfassungsschutzchef Torsten Voß, 55, warnt vor einer Radikalisierung der Corona-Demonstrationen – und Sorgen macht ihm die QAnon-Bewegung.

dpa

Amtsleiter Voß

SPIEGEL: Herr Voß, erst Berlin, jetzt Leipzig – die Proteste gegen die Maßnahmen zur Corona-Eindämmung werden aggressiver. Formiert sich hier eine verfassungsfeindliche Widerstandsbewegung?

Voß: Wer aus Wut darüber, dass seine wirtschaftliche Existenz bedroht ist, auf die Straße geht, ist sicher kein Fall für den Verfassungsschutz. Auch Impfgegner zu sein und Corona zu leugnen ist eine Meinung, die man haben kann, so irrational sie auch ist. Schwierig wird es aber, wenn vermeintliche Querdenker der Regierung unterstellen, sie habe das Virus nur erfunden, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Immer mehr Protestler stellen mit ihren Verschwörungserzählungen den Staat als solchen infrage. Da ist ein Verfassungsschützer natürlich alarmiert.

SPIEGEL: Das heißt, Sie beobachten die »Querdenker« nun?

Voß: Wir schauen uns sehr genau an, ob hier eine eigene extremistische Bewegung entsteht, die nicht in die klassischen Schubladen passt. Dafür spricht einiges.

SPIEGEL: Bei den Corona-Demonstrationen mischen auch zahlreiche Rechtsextremisten und Reichsbürger mit, in Leipzig trug ein Neonazi einen Mund-Nasen-Schutz mit dem Konterfei Adolf Hitlers. Was brauchen Sie noch, um die Gefahr zu erkennen?

Voß: Wir sehen durchaus, dass Rechtsextremisten diese Demonstrationen zu kapern versuchen. Sie konnten auch symbolische Erfolge erzielen, wie die Besetzung der Treppe am Reichstagsgebäude. Aber bisher ist es ihnen nicht gelungen, die Corona-Proteste zu dominieren. In Berlin waren von 40 000 Demonstranten mindestens 2500 Rechtsextremisten und Reichsbürger. Das ist viel. Aber das bedeutet auch, dass die große Mehrheit der Demonstranten aus anderen Milieus kommt.

SPIEGEL: Nach der Besetzung der Bundestagstreppe haben mehrere Länder das Schwenken von Reichsflaggen untersagt. Sind Verbote der richtige Weg?

Voß: Solche Verbote helfen manchem Demonstranten zu erkennen, mit wem er hier unterwegs ist: dass die Menschen unter solchen Flaggen sehr wahrscheinlich Reichsbürger oder Rechtsextremisten sind, die das Thema Corona für sich nutzen wollen.

SPIEGEL: Auch Anhänger der QAnon-Bewegung tummeln sich auf den Demos. Sie verbreiten Verschwörungstheorien, wonach Politiker Kinder entführen und aus ihrem Blut ein Verjüngungselixier herstellen. Warum glauben Menschen so einen Irrsinn?

Voß: Da müssen Sie einen Psychologen fragen. Ich gehe davon aus, dass QAnon ein Fall für den Verfassungsschutz wird. Deren Verschwörungserzählungen sind klar antisemitisch geprägt. Ein »deep state«, der die Menschen unterdrückt, globale Eliten, die Finsteres im Schilde führen – hier ist es von der Ablehnung des Staates zu seiner Bekämpfung nicht mehr weit. Unsere Sorge ist auch, dass solche Verschwörungserzählungen als Brücke zum klassischen Rechtsextremismus dienen können, als eine Art Einstiegsdroge.

SPIEGEL: Droht aus der Protestszene Gewalt und Terror?

Voß: Es gab bereits zwei Anschläge, auf ein Gebäude des Robert Koch-Instituts und vor der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin. Hier wurde die Schwelle zur Gewalt schon überschritten. Für Terrorismus fehlen bisher noch die Strukturen.

SPIEGEL: Steckt unter jedem Aluhut ein Verfassungsfeind?

Voß: Die Meinungen Einzelner sind nicht per se verfassungsfeindlich. Die Frage für uns ist immer, ob es zu einem Zusammenschluss von Menschen kommt, die die Demokratie grundsätzlich infrage stellen. Wir prüfen nun, inwiefern die »Querdenken«-Proteste unser Staatswesen in Zweifel ziehen. Dann hätten wir es eindeutig mit Extremisten zu tun.

SPIEGEL: Ist das nicht sehr umständlich?

Voß: So sind unsere gesetzlichen Vorgaben. Ich warne auch ausdrücklich davor, alle Demonstranten in die extremistische Ecke zu stellen. Das ist nicht nur falsch, sondern führt womöglich zum Schulterschluss zwischen Corona-Leugnern und Extremisten.

SPIEGEL: In Berlin und in Leipzig agierte die Polizei unglücklich, inkonsequent, ängstlich. Haben Sie eine Erklärung?

Voß: Ich möchte aus der Ferne keine Polizeieinsätze in anderen Ländern kommentieren. Grundsätzlich muss die Polizei die Versammlungsfreiheit gewährleisten. Dass sie zudem noch den Infektionsschutz durchsetzen soll, als Hilfsorgan der Gesundheits- und Ordnungsämter, steht dazu manchmal im Widerspruch. Dann muss sie abwägen, wie sie vorgeht. Wenn sie robust agiert und die Demonstranten dadurch noch weiter zusammendrängt, erhöht das nicht eben den Infektionsschutz.

SPIEGEL: Wie empfänglich sind Verfassungsschützer oder Polizisten für Verschwörungstheorien?

Voß: Ich bin davon überzeugt, dass Polizisten und Verfassungsschützer lange nicht so anfällig für Verschwörungserzählungen oder extremistische Ideologien sind wie der Rest der Gesellschaft, sonst müssten wir rein statistisch viel mehr Fälle in den eigenen Reihen haben. Wer zu Sicherheitsbehörden geht, möchte sich für die Menschen und unsere Demokratie einsetzen.

Interview: Jörg Diehl, Wolf Wiedmann-Schmidt

FLORIAN BOILLOT

Besetzung der Treppe am Reichstagsgebäude im August: »Eine Art Einstiegsdroge«

Stefan Sauer / dpa-Zentralbild / dpa

A 20 bei Tribsees in Mecklenburg-Vorpommern 2018: Viele machten die schnelle Mark

Betonpfähle im Honigtopf

Infrastruktur Jeder sechste Kilometer Autobahn ist in schlechtem Zustand, Tausende Brücken müssen erneuert werden. Am 1. Januar übernimmt der Bund das Kommando von den Ländern und muss sanieren – für viele Milliarden.

Bauen ist Wettersache, schon klar, aber Jan Felgendreher plant nun bereits seit drei Wochen gegen den Regen an. Auch an diesem Oktobernachmittag zückt er immer wieder sein Smartphone und tippt sich durch diverse Apps. Sonne, leichter Wind und bloß keine Feuchtigkeit: Das wäre die optimale Witterung.

Felgendreher, 52, ausgestattet mit Sicherheitsschuhen, Helm und signalfarbenem Anorak, steht auf einer 30 Meter hohen Talbrücke, die als Beispiel deutscher Ingenieurskunst bestaunt werden dürfte – wenn sie im nächsten Jahr in Betrieb genommen wird. Im Hintergrund flackern die Lichtkegel der Autoscheinwerfer.

Noch gilt die Lennetalbrücke als lästige Baustelle, weil der Verkehr auf der A 45 von Dortmund Richtung Süden hier, bei Hagen, seit drei Jahren nur auf einer Fahrbahn verläuft. Die zweite Bahn, ein verwirrendes Bild, ruht parallel in etwa 20 Meter Entfernung und noch nicht ganz fertig auf zahlreichen Stahlbetonpfeilern.

»Wir werden beide Teile demnächst zusammenführen«, erklärt der Bauingenieur. Auf ihrer gesamten Länge von fast einem Kilometer soll die neue Fahrbahn der Brücke verschoben werden, mittels 15 computergesteuerter Hydraulikpressen, zahlreicher Stahlseile und teflonbeschichteter Schlitten – über einem Tal mit Zugstrecke, Industriebetrieben und einem Fluss. »Zumindest in Deutschland gibt es bislang kein vergleichbares Projekt.«

Doch vor dem Manöver benötigt die frisch erbaute Fahrbahn eine zweite Schicht Gussasphalt. Zehn Stunden lang dürfe kein Niederschlag fallen, so viel Zeit benötigten die Arbeiter dafür, sagt Felgendreher. »Wenn es dabei regnet, schließen wir die Feuchtigkeit ein und der Belag wirft spätestens im Sommer Blasen.«

Der Ingenieur schaut noch mal in die App. Sie meldet trockenes Wetter. »Für morgen sieht es endlich gut aus.«

Die A 45, gebaut in den Sechzigern, wurde als »Königin der Autobahnen« bezeichnet, weil die Steigungen und Senken des Sauerlands auf nordrhein-westfälischem Grund mit 38 Talbrücken austariert wurden. »Jetzt sind die Bauwerke durch die enorm hohen Verkehrslasten, vor allem durch den dichten Lkw-Verkehr, am Ende ihrer Lebenszeit«, sagt Felgendreher. Und

so wie auf der Sauerlandlinie ist es überall auf deutschen Schnellstraßen. Nahezu im Gleichschritt haben viele Bauwerke die Altersgrenze erreicht. Tausende Brücken müssen erneuert werden, bei 100 ist bereits die Standsicherheit gefährdet oder die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet.

Nicht minder prekär ist die Situation bei den Fahrbahnen. Alle vier Jahre prüft die Bundesanstalt für Straßenwesen den Zustand sämtlicher Fahrstreifen, rund 59 000 Kilometer, letztmalig 2018. Laut internen Berechnungen ist jeder sechste Kilometer »schlecht« oder »sehr schlecht«. Das heißt: Mehr als 10 000 Kilometer sind reparaturbedürftig (siehe Grafik Seite 48).

Für alle Vielfahrer, die sich schon heute über die Zahl der Baustellen echauffieren, ist das keine gute Nachricht: Das deutsche Fernstraßennetz ist in die Jahre gekommen, zu lange wurde auf Verschleiß gefahren, zu wenig in den Erhalt investiert. Nun steht die Autonation vor einem viele Milliarden Euro teuren Sanierungsstau.

Bewältigen soll diese Aufgabe ab 1. Januar eine neue Organisation – die Autobahn GmbH des Bundes. Was seit Jahrzehnten von den 16 Ländern im Auftrag des Bundes abgewickelt wurde – Planung, Bau und Unterhalt aller Schnellstraßen –, wird künftig zentral aus Berlin gesteuert. Doch es vergeht derzeit kaum eine Woche ohne Hiobsbotschaften über die neue Autobahngesellschaft. Im steten Wechsel ploppen juristische, personelle und finanzielle Probleme auf, die befürchten lassen, dass der Stau eher wachsen wird.

Die große Reform – die größte seit der Umwandlung der Deutschen Bahn in eine AG – fällt in eine Zeit, in der für weite Teile der Gesellschaft die Autobahnen kein Symbol für Freiheit und Mobilität mehr sind. Wer Geld für Fernstraßen ausgibt, investiert in Raser und Klimakiller, in die Versiegelung von Flächen und die Zerstörung von Natur. Selbst Ergänzungen des Streckennetzes, wie aktuell in Hessen die Verlängerung der A 49, mobilisieren den Widerstand der Bürger. Die Proteste sind enorm – wegen 30 Kilometern, die vor acht Jahren genehmigt wurden, als Alternative zu überlasteten Bundesstraßen.

So schaukeln sich die Emotionen hoch zwischen den vom täglichen Rushhour-Kollaps Genervten und jenen, die gegen die Fixierung eines Landes auf das Auto kämpfen. Die Nöte rund um die Autobahn zeigen, wie verfehlt die Verkehrspolitik in den vergangenen Jahrzehnten war.

Pkw verstopfen zwar die Autobahnen und schaden der Umwelt, aber für die Abnutzung von Straßen und Brücken spielen sie praktisch keine Rolle. Das Problem sind die Lkw – und die sind im Laufe der Jahrzehnte immer zahlreicher geworden. Der

Ralf Baumgarten / DER SPIEGEL

Bauingenieur Felgendreher auf der A 45
»Kein vergleichbares Projekt«

Kolonnenverkehr auf den rechten Spuren spiegelt die arbeitsteilige Wirtschaft wider, die Just-in-time-Produktion, den EU-Binnenmarkt, den Onlinehandel. Auf etlichen Strecken, etwa auf der A 5 bei Karlsruhe oder der A 3 bei Leverkusen, sind pro Tag 22 000 Lkw unterwegs – rechnerisch alle vier Sekunden einer. Zugenommen hat auch das Gewicht der Gütertransporte. Jedes Kilo zählt, der Stuttgarter Hochschulprofessor Wolfram Ressel rechnet es vor: »Eine Lkw-Achse mit 11,5 Tonnen stresst den Asphalt so wie 10 000 einzelne Pkw-Achsen.« Verschärfend wirke, dass die zulässigen Achslasten häufig überschritten würden, weil es »kaum Kontrollen gibt«.

Kein Bauwerk der Welt wird so stark gefoltert wie eine Autobahn. Und keine Brücke aus den Sechziger- oder Siebzigerjahren ist auf das heutige Verkehrsaufkommen ausgelegt. Sattelzüge mit einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen sind physikalisch nichts anderes als eine mit 80 km/h fahrende Rüttelplatte.

Die größte Beanspruchung erleidet eine Fahrbahn vier bis acht Zentimeter unter der Oberfläche. Deshalb wird unter der vier Zentimeter dicken Asphaltdecke die sogenannte Binderschicht verlegt. Sie hält die enormen Kräfte beim Bremsen, Beschleunigen und Lenken eines Lkw aus.

Die Belastung einer Autobahn kann man sich wie ein Gummiband vorstellen, das immer wieder auseinandergezogen wird. Eine Zeit lang macht das Band die Dehnung mit und geht wieder in die Ausgangslage zurück. Aber irgendwann wird es spröde – und reißt.

Eine Deckschicht hält, je nach Verkehr und Wartung, 10 bis 15 Jahre lang, der Untergrund inklusive Tragschicht sollte 30 Jahre überstehen, mit etwas Glück und guter Pflege auch deutlich mehr. Das akute Problem der deutschen Fernstraßen ist nur: Auf ihren Erhalt wurde über Jahrzehnte

Für Ingenieurbüros, Baufirmen, Berater entpuppte sich die Wiedervereinigung als Eldorado.

wenig Wert gelegt. Vielmehr neigten manche Länder dazu, das Geld für Sanierungen in Neubauprojekte umzuleiten.

Für Lokalpolitiker ist es ja auch schöner, ein paar Kilometer Autobahn zu eröffnen. Neubauten kann man feiern, Reparaturen ziehen nur Sperrungen, Staus und den Frust der Bürger nach sich.

Die Vernachlässigung des Bestands setzte sich in den Neunzigerjahren fort – obwohl viele Bauten aus der Zeit des bundesdeutschen Wirtschaftswunders schon mächtig abgenutzt waren. Das Geld wurde für die Straßen der ehemaligen DDR gebraucht.

Es galt, die alten Transitstrecken auf Westniveau zu bringen und neue Fernstraßen anzulegen. Die Aufgabe war so groß, dass der Bund und die Länder eigens ein Unternehmen gründeten: die »Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH«, kurz Deges.

Die Firmenkonstruktion verstieß zwar gegen die im Grundgesetz verankerte Aufgabentrennung von Bund und Ländern. Aber der Aufbau Ost war wichtiger als juristische Vorbehalte. Und die Arbeitsteilung erfolgte nach bewährtem Muster. Der Bund bestellte und bezahlte, die Länder setzten – jetzt mit Deges-Hilfe – um und sorgten für den Betrieb der Autobahnen.

Für Ingenieurbüros, Bauunternehmer und Berater entpuppte sich die Wiedervereinigung als Eldorado. Es sollte flott gehen, es durfte nicht zu viel kosten, Hauptsache, die Ankündigung der blühenden Landschaften bekam seine asphaltgraue Entsprechung.

Viele machten eine schnelle Mark und hinterließen Pfusch. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Autobahnabfahrten oder Parkplätze, bei denen statt drei Schichten Asphalt nur eine einzige verlegt wurde – direkt auf den Kies. Vielerorts fehlt es an einer ordentlichen Dokumentation, an Plänen oder Prüfberichten.

Bei der Erhebung der Bundesanstalt für Straßenwesen, wo die Autobahnen besonders marode sind, rangiert Mecklenburg-Vorpommern weit oben. 32,6 Prozent der Fahrstreifen sind in »schlechtem« oder »sehr schlechtem« Zustand. Nicht mal 25 Jahre alt sind die meisten Abschnitte, und dennoch, sagt Ronald Normann von der Autobahn GmbH, »schieben wir einen Sanierungsstau vor uns her, weil das Land nie ausreichend Personal bereitgestellt hat«.

Was in den Neunzigern vermurkst wurde, ist in seinem Beritt mit bloßem Auge zu sehen. Man braucht nur auf der A 20 lange genug Richtung Osten zu fahren. Bei Tribsees wird der Verkehr auf eine schmale, provisorische Brücke umgeleitet, eine Spur in jede Richtung. Die eigentliche A 20 ist vor drei Jahren im Moor versunken, erst sackte die Fahrbahn in Richtung Westen ab, Wochen später jene in Rich-

tung Osten. Es waren Bilder, wie man sie vielleicht aus Indonesien oder Nigeria kennt. Aber es ist eine German Autobahn.

Das Problem: Die Strecke durchschneidet eine 17 500 Hektar große Fluss- und Moorlandschaft. Was aus der Luft wie eine Wiese aussieht, ist im Untergrund eine bis zu 17 Meter tiefe, langsam fließende Torfschicht. Erst darunter findet sich tragfähige Erde. Die Aufgabe, die sich der Deges 1992 stellte, war, eine Fernstraße auf zähem Honig zu bauen. Und schnell fertig zu sein.

Die Ingenieure entschieden sich für ein neues Verfahren. Sie bohrten auf dem knapp einen Kilometer langen Abschnitt 80 000 Säulen in den Torf, jede rund 20 Zentimeter dick und 13 Meter lang. Auf diesen Pfählen lag dann die Straße wie auf einem Nagelbrett. Und zwischen den Säulen konnte das Moor weitgehend ungestört fließen. 2005, bei der Eröffnung mit der Kanzlerin, feierte die Deges das »am schnellsten realisierte Autobahnprojekt der Bundesrepublik« und ihre bahnbrechende Innovation. Sie hielt zwölf Jahre.

Was genau die A 20 zum Einsturz brachte, müssen Gutachter noch ermitteln. Ronald Normann, der nun den Wiederaufbau leitet, hält den Zeitdruck für einen Faktor: »In einem halben Jahr waren die hier fertig, für dieselbe Strecke übers Moor brauchen wir jetzt zwei Jahre.« Was nun gebaut wird, ist nicht innovativ, sondern bewährtes Handwerk. 30 Brückenpfeiler, jeder von zehn massiven, 20 Meter langen Stahlbetonpfählen getragen, die in festen Grund eingebracht werden. Eine Trasse für die Ewigkeit.

Auf vielen Strecken in den östlichen Bundesländern müssen sich die Verkehrsteilnehmer demnächst auf weitere Baustellen einstellen. Allein Sachsen hat 73 Kilometer Fahrbahn aus der Nachwendezeit zu sanieren. Damals wurden viele Strecken aus Beton gefertigt – an sich eine gute Alternative zum Asphalt. Beton ist zwar teurer, hält aber mindestens 30 Jahre lang. Im Osten stellte man allerdings fest, dass mitunter schnödes Wasser ausreicht, um eine solide Betondecke in eine Piste voller Schlaglöcher zu verwandeln.

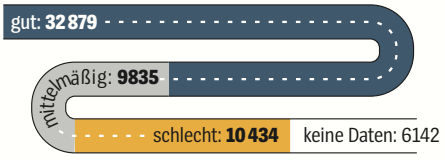
Der Grund heißt Alkali-Kieselsäure-Reaktion, auch Betonkrebs genannt. Dahinter steckt ein chemischer Prozess, bei dem dreierlei zusammentrifft: Alkalien aus Zement oder Streusalz, Kieselsäure aus beigemischten Steinen, Feuchtigkeit. Dabei entsteht ein Gel, das zunächst die Poren im Beton füllt und ihn dann quasi aufsprengt. In die Risse dringen noch mehr Wasser und Alkalien ein – ein Teufelskreis.

Auf Verschleiß gefahren

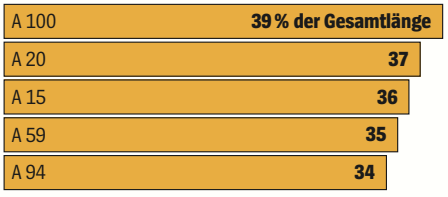
Verfallene Fahrstreifen

Das deutsche Autobahnnetz hat eine Länge von 13 200 km. Die meisten Autobahnen sind mehrspurig, so ergibt sich eine Gesamtlänge von rund 59 000 km Fahrstreifen.

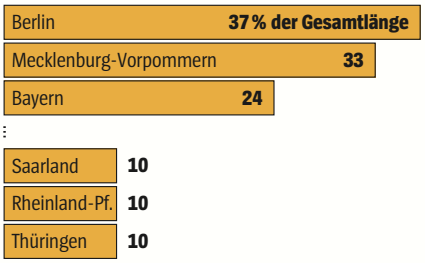
Zustand der Fahrstreifen
in Kilometer



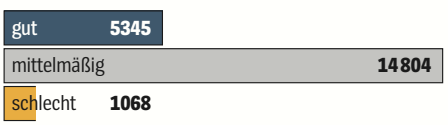
Nach Autobahn*
Anteil der Fahrstreifen in schlechtem Zustand, in Prozent



In den Bundesländern
Anteil der Fahrstreifen in schlechtem Zustand, in Prozent



Zustand der Autobahnbrücken



Abgenutzte Abschnitte

Die Einstufung eines Autobahnabschnitts ergibt sich aus dem durchschnittlichen Zustand aller Fahrstreifen in diesem Abschnitt.

* ohne kurze Zubringerstrecken; Zustandserfassung aller deutschen Autobahnen von 2017/2018, mittlerweile können einzelne Fahrstreifen in einem anderen Zustand sein; Zustand der Autobahnbrücken vom September 2020; Quellen: Bundesanstalt für Straßenwesen, eigene Berechnungen

Verursacher ist der Kies oder Splitt, der dem Beton beigemischt wird. Und einmal in einer Betonschicht verbaut, sind die Folgen frühestens nach fünf Jahren erkennbar.

Mängel beim Bau gab es zu allen Zeiten, doch je mehr Geld der Bund in den vergangenen Jahren in das Fernstraßennetz pumpte, desto offensichtlicher wurden die Schwächen des Systems. Viele Länder sind mit dem Management überfordert. »Früher gab es etliche baureife Projekte, aber kein Geld«, beklagt der FDP-Verkehrspolitiker Torsten Herbst, »heute gibt es viel Geld, aber keine baureifen Projekte.«

Seit Jahren moniert der Bundesrechnungshof, dass manche Länder die Erhaltungsmaßnahmen nicht im erforderlichen Umfang durchführen. Die Gründe sehen Experten in der schlechten personellen Ausstattung der Landesbehörden. Die Stäbe seien weder quantitativ noch qualitativ gut besetzt. Eine Ursache ist die Bezahlung: Bei Gehältern unter 4000 Euro plus einem kleinen Dienstwagen können die Landesbetriebe mit der privaten Wirtschaft nicht mithalten. »Bei uns«, erklärt der Prokurist einer Straßenbaufirma, »verdienen Bauleiter 5000 bis 6000 Euro und fahren Passat aufwärts.«

Gute Leute wandern also schnell ab und lassen eine Organisation zurück, die es mit Tugenden wie Effizienz und Kreativität nicht so hat. Und die, wie in Schleswig-Holstein, schon mal 20 Jahre lang an einem Projekt wie der Autobahnquerverbindung zwischen Lübeck und dem Hamburger Westen erfolglos rumdoktert. Solche Behörden scheuen auch die Innovation. Statt neue, smartere Wege zu wagen, sagt Straßenbauprofessor Ressel, »schreiben sie lieber streng nach Vorschrift aus«.

In der Branche ist es ein offenes Geheimnis, dass etliche Landesbetriebe gar kein Interesse daran haben, ein Projekt kostengünstig abzuwickeln. »Denen ist es lieber, eine Baumaßnahme verbraucht eine Million Euro statt 800 000 Euro«, sagt der Geschäftsführer eines Tiefbauunternehmens. »Dann müssen sie für die übrigen 200 000 Euro kein neues Projekt planen und ausschreiben.« Also würden die Landesbeamten das Schönste, Hochwertigste, Teuerste verlangen, etwa für eine Brücke. »Sie verstecken sich hinter dem Anspruch, die beste Qualität haben zu wollen«, sagt der Insider. Dagegen könne man nicht argumentieren.

Ein Beispiel für Verschwendung ist die niedrige Recyclingquote im Autobahnbau. Wenn ein alter Asphalt abgefräst wird, könnten große Mengen davon wiederverwendet werden, für untere Tragschichten. Aber das will mancher Bauherr nicht – und gibt in der Ausschreibung »nur natürliche Gesteinskörnung« vor. Damit ist frischer Splitt aus dem Steinbruch gemeint.

Bernd Thissen / dpa

Sprengung der Eisern-Talbrücke bei Siegen: Auf die Belastung von heute nicht ausgelegt

Der Asphalt, der 15 Jahre lang eine Autobahn war, muss dann auf einer Deponie teuer entsorgt werden. Millionen werden jährlich auf diese Weise verschleudert.

Auch das deutsche Vergabeverfahren wirkt zuweilen wie ein Hemmschuh. Jan Felgendrehers Arbeitgeber, der Baukonzern Hochtief, erhielt den Auftrag für die Lennetalbrücke, weil er im Wettbewerb das niedrigste Angebot abgegeben hatte. Vorschläge, die den Ablauf der Bauzeit womöglich verkürzt oder verbessert hätten, waren in der Ausschreibung nicht vorgesehen.

Doch manche Behördenpläne ließen sich technisch nicht umsetzen. »Dann müssen neue Lösungen her, für die man andere Arten von Verträgen aufsetzen muss«, sagt Felgendreher. Der Ingenieur, der früher in Großbritannien den Bau von Tunneln und Müllverbrennungsanlagen verantwortet hat, wäre lieber schon in der Planungsphase beteiligt gewesen. Dann hätte er zum Beispiel dafür gekämpft, die Behelfspfeiler der Brücke parallel zu den endgültigen Pfeilern anzuordnen. »Jetzt sind sie leicht versetzt gebaut, deshalb müssen physikalische Kräfte berücksichtigt werden, die sowohl längs als auch quer wirken, was das Zusammenführen der beiden Fahrbahnen unnötig erschwert.«

Der Bundesrechnungshof hat sich über Jahrzehnte am Autobahnbau abgearbeitet. Verschwendung, Verzögerung, Inkompetenz – irgendwo fanden die Kontrolleure immer eine Peinlichkeit. So wuchsen auch

Manche Landesregierungen sind bockig, andere fordern Transparenz und Mitsprache.

im Finanzministerium die Zweifel, ob das Konstrukt mit den Ländern die beste Lösung ist. Minister Wolfgang Schäuble gab 2015 den neuen Kurs vor: Künftig solle der Bund nicht nur bezahlen, sondern auch bestimmen und besorgen. Und weil Schäuble für die Sanierung des Fernstraßennetzes auch private Investoren gewinnen wollte, ließ er die neue Superbehörde als privatwirtschaftliche GmbH anlegen.

Gute Gründe, das erhebliche Betriebsvermögen eines 13 200 Kilometer umfassenden Autobahnnetzes nicht länger von den 16 Ländern managen zu lassen, gibt es reichlich. Da ist etwa die unterschiedliche Leistung der Landesbetriebe. Manche bekamen es hin, auch wenn Tierschützer eine Haselmauspopulation in der Nähe einer Baumaßnahme gefunden hatten. Für andere geriet so eine Hürde zum Projektkiller. Manche verstanden es, Anrainer an den Planungen rechtzeitig zu beteiligen. Andere handelten sich Bürgerproteste ein.

Berüchtigt sind in der Bauwirtschaft auch die Eigenheiten und Eitelkeiten der Länder. Etwa wenn es darum geht, wie das Innenleben einer hessischen Asphaltdecke oder einer niedersächsischen Spannbetonbrücke beschaffen sein muss. 16 Länder bedeutet bis heute 16 verschiedene Verordnungen und auch 16 Muster, wie geplant, bestellt und geprüft wird. Und manche Landesbetriebe geben sich nicht mit gängigen Maßstäben wie der Deutschen Industrienorm zufrieden. »Die wollen besser sein als DIN«, klagt ein Bauingenieur.

Synergieeffekte könnten sich auch einstellen, wenn die 189 Autobahnmeistereien ihr Material zentral einkaufen und einen einheitlichen Fuhrpark nutzen würden.

Und wenn die Berliner Zentrale die Führung übernimmt, soll es auch nicht mehr geschehen, dass beispielsweise ein Land eine Baustelle just dann einrichtet, bevor im Nachbarland die Schulferien en-

den. Kommunikation unter den Niederlassungen hätte für den Autofahrer auch den Vorteil, dass Staumeldungen nicht länger an der Landesgrenze enden.

Schöne neue Welt. Das war der Plan des Bundesfinanzministeriums. Die Euro-Milliarden sollten endlich schnell und effizient verbaut, die Kosten gesenkt werden.

Sieben Wochen vor dem offiziellen Start der Autobahn GmbH am 1. Januar ist die neue Welt, zurückhaltend ausgedrückt, noch etwas unfertig. Als Erstes geriet Schäubles Idee privater Investoren unter die Räder. An deutschen Autobahnen solle sich niemand bereichern, befanden Grüne, Linke und die SPD.

Weil dennoch an der GmbH-Rechtsform festgehalten wurde, musste neben der Autobahngesellschaft eine weitere Behörde gegründet werden: das Fernstraßen-Bundesamt. Ihm wurden die hoheitlichen Aufgaben der Länder zur Prüfung und Genehmigung von Neu- und Ausbauplänen übertragen. Außerdem ist das Bundesamt künftig Dienstherr von rund tausend Landesbeamten, die zwar bereit sind, zur Autobahn GmbH zu wechseln, ihren Status als Staatsdiener aber nicht aufgeben wollen.

Was bei den Beamten der Länder mit einigem Aufwand gelang, scheiterte bei den Angestellten der Deges. Der Versuch von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), die gemeinsame Firma von Bund und Ländern geräuschlos in die Autobahn GmbH zu integrieren, mündete in einem Desaster. Anfang Oktober teilte das Ministerium mit, dass die Verschmelzung mit der Deges »derzeit nicht umsetzbar« sei. Der Rechnungshof hatte das Konstrukt unter die Lupe genommen und sah einen schweren Verstoß gegen das Vergaberecht: Würde die Deges Teil der privatwirtschaftlichen Autobahn GmbH, müsste alles, was sie von den Ländern noch in den Auftragsbüchern habe, neu ausgeschrieben werden.

Mühsam war auch die Aufgabe, die Landesregierungen von der Reform zu überzeugen. Manche sind bis heute bockig, andere fordern Transparenz und Mitsprache.

Am wenigsten hat wohl Bayern zu gewinnen. Virtuos verstand man es dort, zum Jahresende baufertige Projekte in der Schublade vorzuhalten. Wenn der Bundesverkehrsminister – seit 2009 stets ein CSU-Mann – dann noch Geld übrig hatte, war der Freistaat schnell zur Stelle. »Andere haben es nicht ganz so hingebracht wie wir«, sagt die bayerische Verkehrsministerin Kerstin Schreyer mit Stolz.

Sie habe da »zwei Seelen in der Brust«, sagt die Christsoziale über die Verschiebung der Macht nach Berlin. Es sei schon sinnvoll, Themen wie Straßensicherheit oder Verkehrsleitsysteme länderübergreifend zu lösen. Zugleich sei es schade, an Einfluss zu verlieren: »Wir hätten diese Reform in Bayern nicht gebraucht.« Aus Schreyers Urteil spricht das Selbstbewusstsein, dass der Freistaat den Straßenbau bisher besser organisiert hat als der Rest der Republik: »Wir werden die Reform intensiv begleiten und sicherstellen, dass wir unser Know-how einbringen können.«

Das klingt wie eine Drohung, drückt aber nur einen Zweifel aus, der in Bayern verbreitet ist. »Durch die Größe allein ergeben sich keine Vorteile«, warnt etwa Karl Wiebel, ehemals Präsident der Autobahndirektion Nordbayern. »Liefe es überall so wie in Bayern, brauchte man keine neue Struktur.« Wenn die Dinge »zentralistisch in Berlin« entschieden werden, könne vieles länger dauern. Entscheidend sei, so Wiebel, »dass Kompetenzen vor Ort verbleiben«.

Genau das hat Stephan Krenz, Chef der Autobahn GmbH, jüngst bei einem Führungskräftetreffen versprochen: Die zehn aufs Bundesgebiet verteilten Niederlassungen sollen weitgehend autonom handeln.

Krenz hat mächtig getrommelt bei den Landesbediensteten. Als er im Frühjahr 2019 seine Tournee durch deutsche Amtsstuben und Autobahndirektionen machte, rechnete er damit, jeden Zweiten für die GmbH begeistern zu können. Ein großzügiger, aber auch kostspieliger Tarifvertrag mit Wechselprämien half dabei, dass nun knapp 90 Prozent der 10 500 infrage kommenden Mitarbeiter rübermachen.

In der Hauptstadt bleiben solche Pleiten nicht unentdeckt und nicht ungenutzt.

Dennoch geht es Krenz wie einem Trucker auf der A 7 von Würzburg ins Allgäu: eine Baustelle nach der anderen.

- Die Haushälter des Bundestags wollen wissen, warum er 2021 für Planung, Betrieb und Verwaltung der Autobahnen statt der veranschlagten 1,4 Milliarden Euro nun 2 Milliarden benötige. Ein Grund: Als 2017 der damalige Verkehrsminister Alexander Dobrindt dem Parlament die Reform schmackhaft machen wollte, setzte der nur 630 Millionen Euro an.
- Der Aufsichtsrat der Autobahn GmbH erteilte Krenz und zwei Co-Geschäftsführern eine Rüge und verweigerte die Entlastung für 2019. Neu eingestellte Leitungskräfte hatten ihre gut dotierten Arbeitsverträge ohne Kenntnis und Genehmigung der Kontrolleure erhalten.
- Der Versuch, die IT-Strukturen der Länder zusammenzuführen, ist erst einmal gescheitert. Die GmbH hat deshalb mit den Ländern vereinbart, bis auf Weiteres deren Netzwerke nutzen zu dürfen.

In der Hauptstadt bleiben solche Pleiten nicht unentdeckt und nicht ungenutzt. »In zentralen Bereichen wird es ein jahrelanges Durchwurschteln geben«, urteilt der grüne Haushaltspolitiker Sven-Christian Kindler, »die erhofften Effizienzen und Synergien rücken damit in weite Ferne.« Wahr ist aber auch, dass der Autobahn GmbH mit nur zwei Jahren Vorbereitung ein übermäßiger Zeitdruck auferlegt wurde. Im Prinzip, sagt eine Führungskraft, sei das »eine Überforderung für uns alle«.

Der ADAC schaut daher verhalten auf die Reform. Natürlich müssten Betriebs- und Winterdienst sowie Bauplanung und Finanzierung von Anfang an gewährleistet sein. »Ein bundesweit optimiertes Bau- und Verkehrsmanagement«, so ADAC-Verkehrsexperte Stefan Gerwens, »kann realistisch erst in drei bis fünf Jahren vollständig verwirklicht werden.«

Krenz würde wohl am liebsten die ersten Jahre überspringen, gleich dort landen, wo er die GmbH in Zukunft sieht – als Dienstleister, der Verkehrsströme digital lenkt, Mobilität mittels einer App steuert: »Denn jeder vermiedene Stau bringt volkswirtschaftlichen Nutzen.«

Bis dahin wird gebangt und gehofft. Bei der GmbH, dass am 1. Januar alle wissen, was zu tun ist, falls es schneit. Bei der Bauwirtschaft, dass unter dem neuen Regime ohne Verzug geplant, ausgeschrieben und gebaut wird. Bei den Landesbetrieben, dass sie trotz der personellen Verluste noch in der Lage sind, kommunale und landeseigene Straßen zu bauen.

Gespannt blickt man in der schicken Berliner Zentrale der Autobahn GmbH auch auf den Herbst 2021 – wenn Deutschland wählt. Sollte es zu einer schwarz-grünen Koalition kommen, wird es wohl vorbei sein mit dem Abonnement der CSU auf das Verkehrsministerium.

Die Grünen haben erst jüngst all die Neu- und Ausbauten, die in den Planungen der nächsten Jahre stehen, infrage gestellt. Mobilitätswende heißt für sie: Lasten runter von der Straße, rauf auf die Schiene. Experten rechnen indes vor, dass Güterverkehr auf der Schiene meist nicht wirtschaftlich ist. Nicht für die Bahn und nicht für die Spediteure.

Die Spitze der Autobahn GmbH will für den Wahlherbst vorbereitet sein. Im Büro von Stephan Krenz hängt eine Pinnwand mit Themen für die nächsten beiden Jahre. Etwa Ideen, mit denen man den Grünen »entgegendenken« will: Recycling, Renaturierung, energieautarke Parkplätze. Krenz: »Unser Ziel heißt Nachhaltigkeit.«

Jan Friedmann, Marcel Pauly, Philipp Seibt, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Alfred Weinzierl, Steffen Winter

»ZUKUNFT BRAUCHT ENERGIEEFFIZIENZ!«

Aktiver Klimaschutz beginnt zu Hause – machen Sie mit!

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

machts-effizient.de

Ein Mord, drei Versionen

Strafjustiz Im Prozess um das Lübcke-Attentat steht das Urteil bevor. Der Hauptangeklagte will sich von der rechten Szene abgewandt haben. Doch ein Gutachten nährt Zweifel.

Als Stephan Ernst zum letzten Mal an einer Demonstration teilnahm, einer Kundgebung gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund in Dortmund am 1. Mai 2009, warf er einen Stein auf einen Polizisten. Er durchbrach mit anderen Rechtsextremisten eine Absperrung und prügelte auf Ausländer und Antifa-Anhänger ein.

Im Bus auf der Rückfahrt, erschöpft vom Kampf gegen den politischen Feind und das System, soll ein Kamerad gesagt haben, Ernst habe zu Hause einen »Krüppel« sitzen. Gemeint war Ernsts Frau, die an Skoliose erkrankt ist. Das sei ein Schlüsselmoment für ihn gewesen, sagt der Neonazi. Zu diesem Zeitpunkt habe er sich von der Szene abgewandt.

Glaubt man Stephan Ernst, war es nicht der einzige Schlüsselmoment in seinem Leben. Vielmehr gab es aus seiner Sicht etliche Augenblicke, die in ihm folgenschwere Reaktionen auslösten. So soll es auch dazu gekommen sein, dass Walter Lübcke sterben musste.

Der Kasseler Regierungspräsident wurde in der Nacht zum 2. Juni 2019 getötet, auf seiner Terrasse, per Kopfschuss, mit einem Rossi-Revolver Kaliber .38 Special. Seit Juni müht sich der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main um die strafrechtliche Aufarbeitung, im Dezember will er das Urteil verkünden. Ernst ist angeklagt wegen Mord an Lübcke; das ist der Fall, der so viel Aufsehen erregte, dass darüber der zweite Anklagepunkt schnell in Vergessenheit geraten kann. Ernst soll im Jahr 2016 versucht haben, den Iraker Ahmed I. zu ermorden, wobei die Beweislage deutlich schwächer ist. Auf der Anklagebank sitzt außerdem Markus H., er soll Beihilfe im Fall Lübcke geleistet haben.

Stephan Ernst, 47, ist ein Mann, der lange nach Worten sucht, bevor er spricht, und dann doch oft nicht die Wahrheit sagt. Mit drei unterschiedlichen Geständnissen hat er seine Glaubwürdigkeit erschüttert. Version 1: Er hat Lübcke allein getötet. Version 2: Er war Komplize von Markus H., der den Politiker aus Versehen erschossen hat, Ernst war dabei. Version 3: Beide waren am Tatort, Ernst hat geschossen. An dieser dritten Version hält er seit dem achten Verhandlungstag fest.

Das Attentat auf den Regierungspräsidenten war wohl der erste rechtsterroristisch motivierte Mord an einem Politiker in der Bundesrepublik. Ernst will sich, nach einer Art Rückfall, inzwischen erneut von der rechten Szene abgewandt haben, diesmal endgültig. Doch auch der Gutachter, den der Generalbundesanwalt beauftragt hat und der seine Einschätzung in den nächsten Tagen vortragen soll, hat offenbar erhebliche Zweifel daran.

Auf der Anklagebank sitzt Stephan Ernst mit schwarzem Anzug und weißem Hemd. Seinen regungslosen Ausdruck trägt er wie eine Maske, er wirkt wie ein Beobachter seiner selbst. Dass er gefasst wurde, liegt an seinem langen Strafregister. Kriminaltechniker sicherten 300 Spuren allein an Lübckes Hemd, darunter eine Hautschuppe. Beim Abgleich mit der DNA-Analysedatei gab es einen Treffer.

Es ist ein erdrückendes Beweismittel gegen Ernst, aber es sagt nichts zum Motiv. Warum suchte er Lübcke in jener Nacht auf, wieso starb der Regierungspräsident?

Wenn ihm solche Fragen gestellt werden, spricht Stephan Ernst vor Gericht gern von den Schlüsselmomenten, die angeblich sein Handeln geprägt haben. Die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht 2015. Der Anschlag in Nizza und der Mord an der Studentin Maria L. in Freiburg 2016. Die Hinrichtung zweier Rucksacktouristinnen in Marokko 2018 durch Islamisten. Immer wieder habe er sich die Videos der Exekution der beiden Frauen angesehen, sagt er. Warum er das tat, sagt er nicht.

Heiko Meyer / laif

Uwe Zucchi / dpa

Tatort in Wolfhagen-Istha, Regierungspräsident Lübcke 2012
»Es war vereinbart zu schießen«

Irgendwann war für ihn offenbar klar: Der »Volksschädling«, wie er Walter Lübcke ernsthaft nennt, sollte sterben.

Der CDU-Politiker hatte sich für eine flüchtlingsfreundliche Politik eingesetzt. Am 14. Oktober 2015 informierte er in einem Bürgerhaus nahe Kassel über eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete. Im Publikum hatten sich Rechtsextreme verteilt, in den hinteren Reihen Stephan Ernst und Markus H. »Wir haben unseren Wohlstand auf Kosten anderer Länder aufgebaut und haben daher eine Verpflichtung zu helfen«, sagte Lübcke. »Und da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.«

Markus H. hielt sein Handy hoch und filmte, Stephan Ernst buhte und rief »verschwinde«. So ist es auf dem Video zu hören, das der Senat am 16. Verhandlungstag abspielen lässt. Markus H. hatte das Video noch am Abend der Veranstaltung ins Internet gestellt und den Politiker damit zum Hassobjekt der rechten Szene gemacht.

Fast vier Jahre vergingen, dann wurde Walter Lübcke erschossen. Warum man die Tat »nicht früher ausgeführt« habe, will der Vorsitzende Thomas Sagebiel wissen. Die Antwort von Ernst: »Das hat sich im Laufe der Zeit verdichtet.« – »Hatten Dr. Lübckes Worte 2019 für Sie noch die gleiche Bedeutung wie 2015, oder hatte sich die verändert?« – »Verändert. Also noch mehr radikalisiert.«

Ernst erinnert an die Anschläge in Paris 2015 und auf dem Berliner Weihnachtsmarkt 2016. Wieder Schlüsselmomente, die ihn zu der Tat getrieben haben sollen. Richter Sagebiel fällt ihm ins Wort: »In dem Stil: Das haben wir Leuten wie Lübcke zu verdanken?« – »Ja.«

Das Leben des Stephan Ernst wird vom Gericht ausführlich beleuchtet, er selbst spricht über den alkoholkranken Vater, der die Mutter geschlagen und ihn als Kind dermaßen geängstigt habe, dass er sich

Boris Roessler / dpa

Verteidiger Kaplan, mutmaßlicher Mörder Ernst: »Schwere seelische Abartigkeit«

abends mit einem Messer ins Bett gelegt habe. Der Vater soll ihm verboten haben, mit ausländischen Kindern zu spielen; eines davon sei sein Freund gewesen.

Er habe sich von den Eltern zurückgesetzt gefühlt: gegenüber dem älteren Bruder, der Abitur machte, und sogar gegenüber den Hunden, in die seine Eltern »vernarrt« gewesen seien. Er habe auf Anerkennung seines Vaters gehofft, nur so sei der Fremdenhass in ihm entstanden.

Als er 15 Jahre alt war, zündete er ein Mehrfamilienhaus an, in dem Türken wohnten. Das Jugendschöffengericht verwarnte ihn, er musste einige Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten. Eine Maurerlehre brach er ab, eine Holzmechanikerlehre ebenso. Wieder freundete er sich mit einem Jungen an, der türkische Wurzeln hatte. Gemeinsam begingen sie unter anderem mehrere schwere Diebstähle.

1992, im Alter von 19 Jahren, rammte er einem türkischen Imam auf einer Bahnhofstoilette ein Messer in den Rücken. Bei einer psychiatrischen Begutachtung damals sagte er, er verspüre einen unbändigen Hass in sich. Das Wort »Hass« ätzte er sich auf den linken Handballen.

Einen Tag vor Heiligabend 1993 baute Ernst eine Rohrbombe und deponierte sie nahe Containern, in denen Asylbewerber wohnten. Er habe sich geärgert, dass die Unterkünfte mit Satellitenantennen ausgerüstet gewesen seien, weil das doch zeige, dass es Asylbewerbern besser gehe als Deutschen. Im Prozess bescheinigte ihm ein Gutachter damals eine »schwere seelische Abartigkeit«. Im Gefängnis fühlte er sich von ausländischen Mitgefangenen bedroht. Einen schlug er mit einem abgebrochenen Metallstuhlbein krankenhausreif.

Gegen Ende einer sechsjährigen Haftstrafe lernte er während eines Freigangs seine spätere Frau kennen, eine Pharmazeutisch-Technische Assistentin. Stephan Ernst weint im Gericht, wenn er von ihr und den beiden gemeinsamen Kindern spricht.

Am 14. Verhandlungstag erscheint sie vor Gericht. Wenn es stimmt, was sie und ihr Mann in Vernehmungen gesagt haben, wusste sie bis zu seiner Festnahme wenig über seine Vorstrafen und seine rechtsextremistischen Umtriebe.

Dass er mit seinem Sohn, 18, eine WhatsApp-Gruppe mit dem Titel »Ehrenbande« hatte, in der der Holocaust verharmlost wurde, sagt er nicht. Profilbild: ein Eisernes Kreuz mit der Aufschrift »Vaterland, Ehre und Stärke«. Kein Wort dazu, dass sie gemeinsam AfD-Veranstaltungen besuchten und Flyer verteilten.

Seine Frau will bei ihm bleiben. Vor Gericht macht sie partiell von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch: Das Familienleben, sein Werdegang, seine politische Einstellung sind tabu. Sie sagt nur das, was die Version ihres Mannes stützen könnte: dass sie in jener Nacht, in der Lübcke getötet wurde, vor dem Haus zwei Autos hörte, zwei Autotüren knallten. Die Botschaft: Ihr Mann sei nicht allein gewesen.

Stephan Ernst beteuert vor Gericht, dass er nach der Heimfahrt aus Dortmund 2009 der Szene den Rücken gekehrt habe. Das Gerede über seine Frau, die »nicht rasserein« sei, weil sie in Russland geboren ist, habe er sattgehabt. Warum er dann wieder in diese Szene gerutscht sei?

Ernst sagt, das habe alles mit einem Mann zu tun, den er schon lange kenne. Der habe seine Ängste vor »Überfremdung« und »Ausländerkriminalität« neu geschürt, ihn aufgehetzt und angestachelt. Sein Name: Markus H.

Der Generalbundesanwalt hat H. wegen Beihilfe zum Mord angeklagt. Er sieht H. als ideologischen Scharfmacher, der Waffen für Stephan Ernst besorgte, ihm das Schießen beibrachte, ihn in seinem Tatentschluss bestärkte. Dass er am Tatort war, dafür gibt es keine Hinweise.

Seit 25 Jahren mischt H. in der rechten Szene Hessens mit. Unter Pseudonymen hetzte er im Internet und besuchte 2006

auffallend häufig eine Fahndungsseite des Bundeskriminalamts zur damals noch ungeklärten Mordserie des NSU.

Verurteilt wurde er nie. Zuletzt stuften ihn die Behörden gar als »abgekühlten« Extremisten ein. Dabei entdeckten Ermittler bei der Durchsuchung seiner Wohnung neben NS-Devotionalien auch Pistolen, Gewehre, Zielfernrohre und mehr als 5200 scharfe Patronen. Fast alles besaß er legal. Gefunden wurde auch ein Buch des Verschwörungsmystikers Akif Pirinçci, darin war ein Name mit Textmarker hervorgehoben: Walter Lübcke.

Ernst und H. tauschten sich über den Messengerdienst Threema aus. Zwei Tage nach dem Attentat löschte Ernst 250 Datensätze. Auch auf H.s Handy waren die Chats nicht wiederherzustellen. Anfang Oktober hob der Senat den Haftbefehl gegen Markus H. auf. Nach 15 Monaten wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Richter begründeten die Entscheidung mit Ernsts »schwankendem Einlassungsverhalten« und seinen unterschiedlichen Tatversionen. Ein Freispruch von der Beihilfe zum Mord gilt nun als wahrscheinlich. Markus H.s Verteidiger Björn Clemens, einst Funktionär der Republikaner, sagt, »zu verfrühter Euphorie« bestehe in einem Strafprozess nie Anlass. Dennoch seien er und seine Co-Verteidigerin Nicole Schneiders »vorsichtig optimistisch«.

Lübckes Familie hingegen ist entsetzt. Die Witwe und die beiden Söhne, Nebenkläger im Verfahren, sind überzeugt, dass H. gemeinsam mit Ernst den Mord geplant und ausgeführt habe. Ihr Anwalt, Holger Matt, spricht von einem »Moment der Arglosigkeit«, in dem H. den Politiker abgelenkt und Ernst geschossen haben müsse.

Wenige Stunden nach der Entscheidung des Gerichts erhielt der Sprecher der Familie eine Mail des Verteidigers, den Ernst während des Prozesses gefeuert hatte. Darin bezeichnet dieser die Haftentlassung als »Fehlentscheidung des Oberlandesgerichts«. »Das müssen wir so verstehen, als habe er durch die Gespräche mit Ernst die Überzeugung und vielleicht sogar Belege dafür, dass Markus H. an dem Mord beteiligt und insbesondere auch in der Tatnacht vor Ort in Wolfhagen-Istha war«, so Dirk Metz, der Sprecher der Familie. Versuche, mit dem Verteidiger in Kontakt zu treten, seien gescheitert. »Uns geht es um die Wahrheit«, sagt Matt. Nur durch die vollständigen Angaben von Ernst im Gericht sei ohne Spekulationen zu klären und zu erklären, wie Ernsts DNA an Walter Lübckes Hemd gekommen sei.

Markus H. schweigt, während des Ermittlungsverfahrens ebenso wie im Gericht. So spricht in Saal 165 C nur Stephan Ernst über den Verlauf jener Nacht, als die beiden ins hessische Wolfhagen-Istha aufgebrochen sein wollen, wo Walter Lübcke mit seiner Frau, seinem jüngeren Sohn und der damals schwangeren Schwiegertochter in einem Zweifamilienhaus lebte. Manchmal steht Ernst dabei am Projektor vor dem Richterpult und zeigt anhand von Luftbildaufnahmen, welchen Weg er mit H. über die Pferdekoppel zum Anwesen des Politikers genommen haben will.

»War ein gezielter Schuss abgesprochen?«, will die Richterin Miriam Adlhoch wissen. »Das war so nicht verabredet«, antwortet Ernst. Pause. Er berät sich mit seinem Verteidiger. Dann die Kehrtwende: »Es war vereinbart, auf jeden Fall auf Herrn Lübcke zu schießen.«

Zur Agitation von H. hakt der Vorsitzende Richter nach: »Warum haben Sie nicht gesagt: ›Mach doch selbst‹? Warum haben Sie sich von ihm anleiten lassen?« – »Hat sich so ergeben.« – »Warum haben Sie nicht gesagt: ›Nimm du doch die Waffe‹?« – »Hab ich auch gesagt. Mich dann aber dazu bereit erklärt. Die Situation war so aufgeladen.« Richterin Adlhoch schaltet sich ein: »Was bedeutet ›aufgeladen‹?« – »Was im Laufe der Jahre so passiert ist in diesem Land, dass wir meinten, dagegen vorgehen zu müssen.« – »Das erklärt nicht die Aufteilung.« – »Er hatte eher die Idee dazu. Er war der Denker.«

Thomas Lohnes / picture alliance / Getty Images

Angeklagter H.
Ideologischer Scharfmacher

Wie selbstständig war Stephan Ernst in seinem Hass? Der Generalbundesanwalt hat den Psychiater Norbert Leygraf mit einem Gutachten beauftragt. Er soll auch zu der Frage Stellung nehmen, ob weitere Taten zu erwarten sind.

Neun Stunden lang hat Leygraf mit Ernst gesprochen, zudem hat er ihn im Gerichtssaal beobachtet. Am Donnerstag soll er seine Einschätzung im Gericht abgeben. Sein vorläufiges Gutachten liegt den Prozessbeteiligten vor, der SPIEGEL konnte es einsehen. Eine verminderte Schuldfähigkeit kann Leygraf demnach nicht erkennen, die Voraussetzungen für eine Sicherungsverwahrung hingegen schon. Ernst habe einen Hang dazu, schwere Straftaten zu begehen.

Der Mord an Lübcke hänge nicht mit psychosozialen Faktoren von außen oder Konflikten zusammen, sondern nur mit Ernsts persönlicher Einstellung und Überzeugung. Der Psychiater bezweifelt auch, dass sich Ernst über mehrere Jahre von seiner ausländerfeindlichen Einstellung gelöst habe. Ein derartiges Wertesystem entwickle sich oft zu einem festen Bestandteil der Persönlichkeit. Für wahrscheinlicher hält Leygraf, dass sich Ernst nur zurückhielt, um seine zwischenzeitlich aufgebaute bürgerliche Existenz nicht zu gefährden.

Anfang November musste Ernst in der Verhandlung einräumen, dass er durchaus mit rechten Kameraden Kontakt hielt. Am 27. Verhandlungstag prangte ein Foto an der holzgetäfelten Gerichtswand, das Ernst auf einer Sonnenwendfeier zeigt, die Thorsten Heise organisiert hatte, ein militanter Rechtsextremist und Mitglied des NPD-Bundesvorstands. Ernst hält eine Bierflasche in der Hand, neben ihm sind Rechtsextreme zu sehen. Nach Erkenntnissen des Hessischen Verfassungsschutzes fand das Treffen 2011 statt. Ernst gibt auch zu, bei Heise für eine »Hausverteidigung« gegen politische Gegner die Stellung gehalten zu haben. Für H.s Verteidigung ein klares Indiz dafür, »dass Herr Ernst auch 2011 noch sehr viel enger in die rechte Szene eingebunden war, als er bislang zugab«. Ernst dementiert.

Sein Verteidiger Mustafa Kaplan betont: Sein Mandant habe Reue gezeigt, sich bei den Hinterbliebenen von Lübcke entschuldigt, Fragen zu seiner rechtsextremistischen Vergangenheit und zu Szenestrukturen beantwortet. »Wann hat es jemals etwas Vergleichbares in solchen Verfahren gegeben?«, fragt Kaplan. Zudem habe Ernst »mit dieser Ideologie ein für alle Mal gebrochen«. Inzwischen nehme sein Mandant an einem Aussteigerprogramm teil.

Aber stimmt das? Hat sich Stephan Ernst wirklich gewandelt? Gutachter Leygraf scheint das anders zu sehen. Es gebe keinen grundlegenden Wandel der Einstellung. Leygraf erkennt vielmehr einen Verlust empathischer, zwischenmenschlicher Kontakte und eine Neigung zum Einzelgängertum. Beides führe dazu, dass sich Stephan Ernst in seinem Denken und in seinem Handeln nicht stark beeinflussen lasse. Weder von den Gedanken anderer noch von deren Emotionen. Gut möglich also, dass Ernst nach Ende einer Freiheitsstrafe noch lange nicht freikommt.

Julia Jüttner
Mail: julia.juettner@spiegel.de

Hinter der Maske

Migration Ein syrischer Flüchtling sorgt mit einem vermeintlich islamistischen Auftritt in Berlin für internationale Schlagzeilen. Doch wer ist der Mann wirklich?

Hermann Bredehorst / DER SPIEGEL

YouTuber Kanfash: Fast eine Million Fans

Ein Seil, ein Gürtel und ein paar Papiermasken. Mehr brauchte Fayez Kanfash nicht, um in der Hauptstadt für einigen Aufruhr zu sorgen. Ende Oktober machte sich der Flüchtling aus Syrien auf nach Berlin-Neukölln, ein Bezirk mit hohem Migrantenanteil.

Gekleidet in ein traditionelles arabisches Gewand, zog Kanfash einen gefesselten Mann auf der Straße hinter sich her. Der Mann war ein Freund, er trug eine Maske mit dem Gesicht des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und eine blonde Perücke. Kanfash führte ihn an einer Leine durchs Viertel, ein Bekannter filmte ihn dabei. »Warum hast du den Islam beleidigt, du Hund?«, brüllt Kanfash in dem Clip, den er später auf seinem YouTube-Kanal hochlud. Ab und zu gibt er dem falschen Macron einen gespielten Hieb mit dem Gürtel.

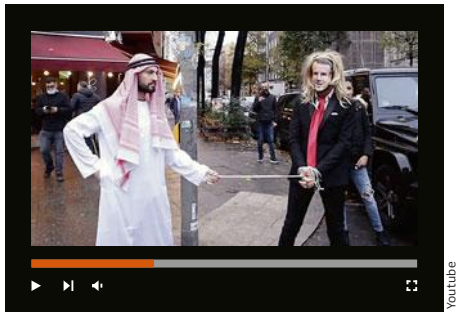
Kanfash scherzt und lacht. Das ändert nichts daran, dass die Szenen gespenstisch wirken. Auf den ersten Blick erinnern sie, mitten in Berlin, an öffentliche Bestrafungsaktionen in islamistischen Diktaturen. Macron hatte gesagt, man müsse in Frankreich Karikaturen des Propheten Mohammed zeigen dürfen – und damit hatte er die Wut vieler Muslime auf sich gezogen. Während seiner Tour durch Neukölln zieht Kanfash immer wieder eine Macron-Maske hervor, schließlich verbrennt er sie. Dutzende Jugendliche zücken ihr Handy. Auf Kanfashs Kommando brüllen sie »Allahu akbar«.

Der öffentliche Aufschrei ließ nicht lange auf sich warten. Eine »rote Linie« sei weit überschritten worden, twitterte Bettina Jarasch, Spitzenkandidatin der Berliner Grünen für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin. Der Vorfall machte international Schlagzeilen, selbst die ägyptische Presse berichtete. Wer aber ist der Mann? Ein gefährlicher Islamist oder nur ein Spinner?

»Ich bin komplett gegen Gewalt«, sagt Fayez Kanfash in seiner Zweizimmerwohnung in Luckenwalde, 70 Kilometer südlich von Berlin. 2016 kam er aus Damaskus nach Deutschland. Der 24-Jährige spricht gut Deutsch, er trägt einen schwarzen Anzug mit Fliege, die Frisur ist akkurat gegelt, seine Zähne sind strahlend weiß. Für 10 000 Euro habe ihm ein Berliner Zahnarzt kürzlich ein neues Lächeln geschenkt, sagt er.

Der Elektriker sieht aus wie ein arabischer Popstar. Seit fast drei Jahren ist Kanfash auf der Videoplattform YouTube unterwegs, sein Kanal hat fast eine Million Fans. In bizarren Filmchen spielt er mit Freunden kleine Seifenopern. Mal mimt er theatralisch einen jungen Mann, der gerade vom Tod seines geliebten Bruders erfährt. Mal tut er so, als schnitte er sich gleich mit einem Messer in den Arm, zerkleinert aber dann doch lieber eine Gurke.

Am liebsten spielt Kanfash allerdings fremden Menschen in Berlin vor der Kamera kleine Streiche. Es ist eine Art »Verstehen Sie Spaß?« auf Arabisch. »Sozialexperimente« nennt Kanfash diese Videos. In einer Sequenz zeigt er sich gegenüber einem arabischen Passanten auf dem Hermannplatz scheinbar bereit, auf eine palästinensische Flagge zu urinieren. Der Passant dreht durch, greift ihn fast tätlich an. In letzter Sekunde wird ihm erklärt, dass es sich um einen Scherz handelt. Alle lachen, Kanfash ist zufrieden. Das Video aus dem August hat mehr als 730 000 Aufrufe.



Youtube

Szene aus Kanfash-Video
An einer Leine durchs Viertel

Provokation ist sein Geschäftsmodell. Pro Monat verdiene er zwischen 500 und 1000 Euro mit seinen Videos, sagt Kanfash. Dass es trotz der hohen Klickzahlen nicht mehr sind, erklärt er mit der geografischen Verteilung seines Publikums. Er zeigt eine Statistik auf seinem Handy. Die meisten seiner Zuschauer kommen aus dem Nahen Osten. Klicks aus dem Irak zum Beispiel würden von YouTube aber kaum bezahlt, sagt Kanfash. Hätte er mehr Fans in Europa, wäre er längst Großverdiener.

Dass er es mit der Macron-Aktion in aufgeheizten Zeiten etwas weit getrieben hat, ahnt er inzwischen selbst. Kanfash zeigt eine Nachricht. »So was wie dich müsste man sofort töten«, schreibt eine Frau aus Hamburg. Dabei liebe er Deutschland, sagt der YouTuber. »Macron hat Muslime beleidigt, also habe ich ihn auch beleidigt«, sagt Kanfash. Er sei für Meinungsfreiheit, und sein Streich sei doch davon auch gedeckt. Noch einmal würde er die Nummer aber nicht bringen.

Am Ende bleibt das Bild eines Mannes, der nicht den Islamismus nach Berlin tragen, sondern schlicht Aufmerksamkeit um jeden Preis wollte. Die hat er bekommen, doch die Folgen könnten ihn hart treffen. Die Behörden verstehen keinen Spaß – oder das, was Kanfash an jenem Oktobernachmittag dafür hielt. Der Staatsschutz hat Ermittlungen eingeleitet und prüft, ob er eine Straftat begangen hat. Ob etwa das französische Staatsoberhaupt beleidigt worden ist, müsse jetzt die Staatsanwaltschaft klären, so die Polizei.

Fayez Kanfash hofft, noch einmal davonzukommen. Eine Verurteilung wäre schlecht für die Karriere, glaubt er. Er wolle doch so gern Schauspieler oder Model werden.

Munzer Al-Awad, Roman Lehberger

Im Netz gejagt

Hasskommentare Eine junge Frau postet ein Bild von einem Fuchs, den sie erschossen hat. Sie wird mit Drohungen überschüttet und wehrt sich. Mit Erfolg.

Der Hass war nicht nur virtuell, davon ist Sinah Marie B. überzeugt. Vor ihrem Haus im Kreis Ostholstein seien mehrmals fremde Männer aufgetaucht, erzählt die 28-Jährige. Sie habe sich bedroht gefühlt und danach Überwachungskameras auf dem Grundstück installieren lassen. Bis jetzt könne sie einen Gedanken nicht abschütteln, wenn sie morgens ins Auto steige, um zur Arbeit nach Kiel zu fahren: »Hat heute jemand meine Bremsen durchgeschnitten?«

Der Ursprung ihrer Sorgen: Vor mehr als zweieinhalb Jahren veröffentlichte Sinah Marie B. ein Foto bei Instagram und Facebook. Es zeigt sie in grüner Jägermontur, eine Flinte vor der Brust, dazu ihren Foxterrier Iron und den erschossenen Fuchs im Schnee. Darunter hatte sie geschrieben: »Der alte Lümmel dachte wohl, er könne sich meine Pfauen holen. Falsch gedacht.« Sinah Marie B. ist begeisterte Jägerin und hält Pfauen in ihrem Garten als Haustiere. Ihr Benutzername in den sozialen Netzwerken lautet Waidfräulein.

Sie hatte dort schon öfter Bilder getöteter Tiere veröffentlicht. Diesmal sammelten sich Beleidigungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen. Nutzer schrieben im Netz: »Die machen wir fertig.« Innerhalb von Stunden seien es so viele geworden, dass sie mit Löschen und Sperren nicht mehr hinterhergekommen sei.

Sinah Marie B. sagt, sie habe das nicht hinnehmen wollen, und sie bekam Hilfe. Sie ist Mitglied in einem Landesverband des Deutschen Jagdverbands. Der empfahl ihr einen Anwalt und übernahm einen Teil der Kosten. Ihr Fall zeigt, wie viel Zeit, Geld und Ressourcen notwendig sind, um sich gegen Hasspostings wehren zu können. Aber auch, was man erreichen kann.

Dass Jäger bedroht würden, sei »Tagesgeschäft«, sagt B.s Anwalt Heiko Granzin aus Hamburg. So massiv wie in diesem Fall sei es aber selten. Eine Kollegin aus seiner Kanzlei habe zwei Wochen gebraucht, um alle Kommentare zu sichten, um zu bewerten, was strafbar ist, und einen Überblick über die Schreiber zu gewinnen.

Alle, deren Identität die Juristen feststellen konnten, seien aufgefordert worden, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Falls jemand nicht unterzeichnete oder nicht zu ermitteln war, stellte der Anwalt Strafanzeige.

Sinah Marie B. sagt, sie wisse nicht mehr, wie oft sie im Gerichtssaal gesessen habe um auszusagen, so häufig sei es gewesen. Es habe ihr geholfen, ihre Furcht in den Griff zu bekommen. »Ich habe gesehen, dass das ganz normale Menschen sind, vor denen ich keine Angst haben muss«, sagt sie. Gleichzeitig habe es sie auch erschreckt, dass diese »normalen Menschen« zu derartigen Drohungen in der Lage seien.

Eine Nutzerin namens Angela H. hatte die Jägerin als »Schlampe« beschimpft, die man »fesseln, knebeln und den Wildschweinen überlassen« solle. Sie hoffe, »die Dame stolpert mal über ihre Mordwaffe und jagt sich eine Ladung Schrot ins Hinterteil«. H. musste laut Jagdverband mehr als 2000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten sowie Schmerzensgeld zahlen.

Bislang habe die Jägerin in 54 Fällen Erfolg gehabt, sagt ihr Anwalt. Neben Unterlassungserklärungen habe es »über ein Dutzend straf- und zivilrechtliche Verurteilungen« gegeben, so der Jagdverband, Hasskommentatoren zahlten danach insgesamt mehrere 10 000 Euro an Strafen und Verfahrenskosten.

Elisa Hoven ist Professorin für Strafrecht an der Universität Leipzig und forscht auch zu digitalem Hass. Jeder, der sich zu umstrittenen Themen öffentlich äußere, könne zur Zielscheibe werden, sagt sie. »Noch werden viele Staatsanwältinnen und Staatsanwälte denken: ›Das ist nur eine kleine Beleidigung, dafür kann ich nicht denselben Aufwand betreiben wie für eine größere Straftat‹«, sagt Hoven. Das größte Problem sei aber nicht jeder einzelne Fall, sondern dass gesellschaftlicher Diskurs unterbunden werde. »Menschen werden durch Hasskommentare dazu gebracht, sich nicht mehr öffentlich zu äußern.« Ein strikteres Vorgehen gegen digitalen Hass schütze deshalb die Meinungsfreiheit, sagt die Juraprofessorin.

Ab wann wird zulässige Kritik zu Hate Speech? Eine Jägerin als Mörderin zu bezeichnen, könne man noch als von der Meinungsfreiheit gedeckt ansehen, sagt Hoven. Anwalt Granzin hält da die Schwelle zur Beleidigung für bereits überschritten.

Bislang ist wenig darüber bekannt, wer solche Hasskommentare schreibt. Im Fall von Sinah Marie B. sei alles dabei gewesen, sagt Granzin, von »Antifa-Anhängern über eine lokale SPD-Politikerin bis zu Neonazis«. Das könnte am Thema liegen.

Tatsächlich stehen etliche Bürger der Jagd ablehnend gegenüber, auch der Deutsche Tierschutzbund äußert Kritik. Wer etwas verändern wolle, solle aber lieber die Diskussion mit Jägern direkt suchen oder sich für Gesetzesänderungen einsetzen, sagt der zuständige Referent James Brückner. Er habe Zweifel, dass eine konstruktive Auseinandersetzung in sozialen Medien möglich sei.

Sinah Marie B. sagt, sie habe kein Problem mit negativen Rückmeldungen. »Kritik wird nicht gelöscht, Kritik wird nicht blockiert, Kritik ist in Ordnung.« Unter einem Bild aus dem Juli 2018, das mehrere tote Rehböcke zeigt, sind noch Kommentare zu lesen wie: »Das ist echt abartig. Habt Ihr keinen Respekt vor Lebewesen?«

B. argumentiert, die Jagd sei Naturschutz, um einen gesunden Bestand zu haben, und eine öffentliche Aufgabe. Es sei auch eine »ehrliche Weise, Fleisch zu essen«, anders als bei Supermarktfleisch aus Massentierhaltung. Mit ihrer Leidenschaft für die Jagd sei sie im Reinen. Kritiker, die sachlich argumentierten, rufe sie manchmal an, um sich mit ihnen auszutauschen. Das wolle sie auch in Zukunft tun. Birte Bredow

Privat

Instagram-Post von Jägerin B.: »Ladung Schrot ins Hinterteil«

Flexibel bleiben.
Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus. Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause
Rund 4 % sparen. Für nur € 5,30 pro Ausgabe statt € 5,50 im Einzelkauf
Ohne Risiko. Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich
Vergünstigte Tickets. Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

---

Einfach jetzt anfordern:

abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700
(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine Mindest-laufzeit

Reporter

Philipp von Ditfurth / picture alliance / dpa

Familienalbum

Für immer, 2017

Reinhard Lüschow, 60, aus Hannover:
Auf dem Foto stehe ich mit meinem Mann vor dem Standesamt in Hannover, kurz nachdem wir uns zum zweiten Mal das Jawort gegeben haben. Ich bin der mit der Fahne. 16 Jahre zuvor hatten wir uns schon einmal dort trauen lassen, am 1. August 2001: als erstes Paar in Deutschland, das eine Lebenspartnerschaft eintragen ließ. Seit Anfang der Neunzigerjahre hatten wir dafür gekämpft, heiraten zu dürfen. Kennengelernt haben wir uns in einer Kneipe in Hannover. Heinz-Friedrich war ein toller Mensch, einer, der gut mit Leuten ins Gespräch kam. Ein Gentleman war er und manchmal auch ein Armleuchter. Wir zogen zusammen. Und wollten der Welt zeigen: Wir gehören zueinander. Aber heiraten ging nicht. Wir fühlten uns wie Menschen zweiter Klasse. Ich hätte damals eine wildfremde Frau ehelichen dürfen, aber nicht die Person, die ich liebte. Also demonstrierten wir, klagten. 2001, unter Rot-Grün, war es dann so weit: Das Lebenspartnerschaftsgesetz kam. Durch Zufall waren wir die Ersten, die das Aufgebot bestellten. Der Oberbürgermeister war dabei, Presseleute, Kameras. Es war ein ganz großer Schritt für uns, aber eine Ehe war es vor dem Gesetz eben noch immer nicht, und so kämpften wir weiter.

Als 2017 schließlich die »Ehe für alle« kam, war mein Mann bereits schwer krank. Ich dachte, er schafft es nicht mehr zum Standesamt, aber er wollte es unbedingt. Er saß im Rollstuhl, wir mussten durch den Seiteneingang. Auf der Heiratsurkunde wurde der Punkt »Name der Frau« durchgestrichen und handschriftlich durch »Name des Mannes« ersetzt, es gab noch keine passenden Vordrucke. Abends, zu Hause, als die Gäste gegangen waren, hielt ich ihn im Arm. Okay, sagten wir uns, jetzt haben wir es geschafft. Das war unser Moment. Ich bin immer noch ein Stück weit wütend auf diesen Staat, dass er uns unser Recht so lange verwehrt hat. Wir machten noch eine Hochzeitsreise nach Norderney. An einem Samstag kamen wir nach Hause. Am Sonntag starb mein Mann, kurz vor unserem 30. Jahrestag. Unser Eheglück dauerte keinen Monat.

Aufgezeichnet von Dialika Neufeld

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:
familienalbum@spiegel.de

Pandemie

Krieg den Airbnb-Palästen, Senhor Medina?

SPIEGEL: Senhor Medina, Sie haben gerade eine zweite portugiesische Revolution gestartet.
Medina: Wir mussten etwas tun. Lissabon hat 22 000 Apartments, die übers Internet an Touristen vermietet werden und jetzt oft leer stehen, weil weniger Touristen kommen. Zugleich fehlt es an erschwinglichem Wohnraum für junge Familien oder Alleinerziehende.
SPIEGEL: Wieso baut die Stadt Lissabon diese Wohnungen nicht selbst? Nach der Revolution 1974 hat das doch auch funktioniert.
Medina: Wir bauen ja Sozialwohnungen. Aber das dauert, und die Lage ist ernst. Durch die vielen ausländischen Investoren sind die Immobilienpreise durch die Decke geschossen. Wir haben uns den Kopf zerbrochen: Wo bekommen wir jetzt schnell Wohnungen her?
SPIEGEL: Und?
Medina: Dann kam die Pandemie. Die Touristen bleiben aus. Da sind die leeren Airbnbs als Übergangslösung ideal. Und sie liegen meist mitten in der Stadt. Das Pendeln fällt weg.
SPIEGEL: Sie quartieren Familien in zwangsrekrutierte Unterkünfte ein?
Medina: Alles ist freiwillig. Wir garantieren den Vermietern eine etwas niedrigere Miete. Das ist besser als Leerstand. Die Familien zahlen dann maximal ein Drittel ihres Nettoeinkommens. Etwas mehr, wenn die Möbel drinbleiben sollen. Die Begünstigten werden ausgelost.
SPIEGEL: Das klingt ebenso einleuchtend wie teuer.
Medina: Natürlich kostet es die Stadt etwas, zumal wir auch auf Grundsteuer verzichten. Vier Millionen Euro haben wir für die erste Phase eingeplant und rechnen mit tausend so gewonnenen Wohnungen.
SPIEGEL: Und wie läuft es?
Medina: Die ersten 200 Verträge sind abgeschlossen. Die zweite Phase ist gerade angelaufen. Aber viele Vermieter hoffen immer noch, dass die Pandemie bald vorbei sein wird. Ich glaube das nicht. ASM

Der Sozialist Fernando Medina, 47, ist seit 2015 Bürgermeister von Lissabon. Sein Vorgänger war Portugals Premierminister António Costa.

Eine Meldung und ihre Geschichte

Der Problemlöwe

Warum das Schicksal einer Großkatze die Menschen in Bayern bewegt

Ruhig liegt der Löwe da, gleichmäßig hebt und senkt sich die Flanke. Er schläft nicht, sein Blick richtet sich zur Glasscheibe hin, die ihn von den Menschen und ihrer Welt trennt: Subali, Asiatischer Löwe, einer der letzten, die es noch gibt. Auch persönlich ist er gefährdet. Die Menschen reden darüber, ob man ihn töten darf.

Freundlich empfängt der Mann, der das Reden darüber in Gang gesetzt hat. Dag Encke ist der Direktor des Tiergartens Nürnberg, eines derzeit fast menschenleeren Tiergartens, aber Encke sitzt in seinem Direktorenzimmer und hat zu tun. Fast immer geht es um Subali: Der soll sich fortpflanzen und hat es bisher nicht getan.

Encke wusste, dass ein Aufschrei kommen würde. Es kamen viele Aufschreie, und seinem Eindruck nach »bemerkenswert viele von Männern«: Wie, der kann nicht? Und deshalb soll er sterben?

Einen Löwen töten. Den König der Tiere töten. Encke sagt es selbst: Der Gedanke klinge »vermessen«.

Dag Encke, 55, kommt aus Krefeld, hatte früh mit Tieren zu tun, wünschte sich als Zehnjähriger einen Waschbären. Ein erfüllbarer Wunsch, da sein Vater Direktor des Krefelder Zoos war. Allerdings hatte der Vater eine Bedingung: »Die Küken, mit denen du ihn fütterst, tötest du selbst.«

Encke junior wurde Biologe, ging zunächst in die Grundlagenforschung. Wurde dann doch erst Kurator am Allwetterzoo Münster und dann Zoodirektor in Nürnberg, auch mit dem Blick des Wissenschaftlers, der nicht nur einzelne Tiere sieht, sondern »Biodiversität«. Um sie zu schützen, betreibt er, mit anderen Tiergärten zusammen, »Populationsmanagement«, es wird international koordiniert. Was es bedeutet, erlebt möglicherweise Subali.

Subali, 14, wurde in Edinburgh geboren, anschließend lebte er im polnischen Łódź, dann im spanischen Jerez de la Frontera. 2018 kam er nach Nürnberg, er sollte dort Vater werden. Endlich Vater werden. Aarany, deutlich jünger, ist seine dritte Partnerin, aber auch sie wurde bisher nicht trächtig. Das ist Subalis Problem.

Und es ist Enckes Frage. Hat der Mensch das Recht, aus diesem Grund zu beschließen: Dieser Löwe muss sterben?

Wer in Deutschland ein Tier tötet, braucht dafür, laut Gesetz, einen »vernünftigen Grund«. Encke hat darüber im vergangenen Jahr mit einem Tierethiker zusammen einen Aufsatz geschrieben, in der »Zeitschrift für Evangelische Ethik«. Er wollte zeigen, dass es diesen Grund hier geben kann.

Jörg Beckmann / Tiergarten Nürnberg / dpa

Löwe Subali

Empörung über mögliche Löwen-Tötung im Tiergarten

Von der Website Nordbayern.de

Subali ist ein sogenannter Asiatischer Löwe, die gibt es heute in freier Natur nur noch im indischen Bundesstaat Gujarat, eine Population von rund 650 Tieren. Sie leben im Gir-Nationalpark und dessen Umgebung.

Wenn aber der Population in Indien etwas zustoßen sollte, durch ein Virus beispielsweise, wäre es die Aufgabe der Zoos, für Ersatz zu sorgen. Also auch Enckes Aufgabe. Also auch Subalis Aufgabe. Wenn Subali daran scheiterte, könnte es sein, dass er durch ein anderes Tier ersetzt werden müsste. Und getötet, falls sich kein Platz für ihn fände. Encke nennt das »biologische Indikation«.

Dass im Zoo überzählige Tiere getötet und verfüttert werden, sei normal, und solange es Huftiere, Vögel, Nager und andere Kleinsäuger sind, sagt Encke, sei das »für viele kein Problem«.

Aber bei Großkatzen schon. Bei Elefanten. Bei Menschenaffen. Bei Tieren, die der Mensch mit besonderer Verbundenheit oder mit besonderem Respekt betrachtet, ist es anders. Auch Giraffen gehören offenbar dazu, die Aufregung in Deutschland war groß, als 2014 in Dänemark das Giraffenjunge Marius öffentlich verfüttert wurde.

Dag Encke ist nicht dafür bekannt, Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, wenn er sie für wichtig hält. Er schrieb mehrfach über das Thema, schließlich mit dem Ethiker zusammen diesen Aufsatz. Er sprach in einem Podcast namens »Horch amol«, Thema: »Tiere töten im Nürnberger Tiergarten«. Auch der Löwe kam vor.

Encke lächelt. Eigentlich lief es dann doch noch ganz gut. Er wusste, es würde Ärger geben, und er wollte ihn jetzt. Warum?

»Weil es jetzt keinen Anlass gibt.«

Encke lächelt wieder. Subali ist sicher, eine ganze Weile noch. Die Paarungsversuche laufen weiter. Subali und seine Partnerin müssen weiter medizinisch untersucht werden. Und wenn über einen tatsächlich unfruchtbaren Subali dann das Urteil gefällt werden sollte, dann würde vorher eine Tierschutzkommission lange damit beschäftigt sein, Antworten auf alle Fragen zu finden. Könnte sein, dass Subali in der Zwischenzeit an Altersschwäche stirbt.

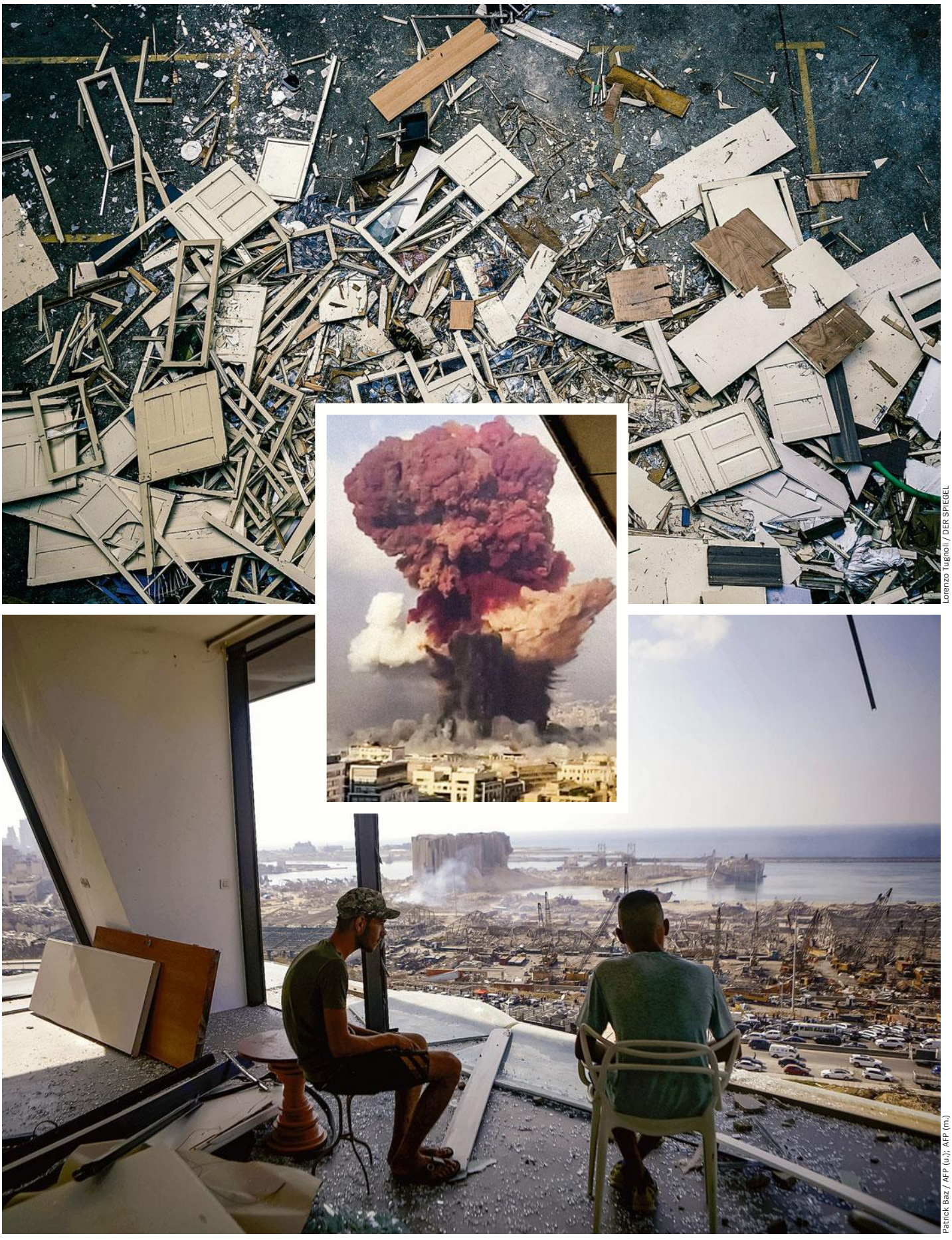
Es sind seltsame Tage. Der Tiergarten ist ohne Besucher, Corona-halber. Draußen an der Straße will ein Kamerateam Menschen befragen, die nicht kommen, was sie von einer Löwentötung halten, die wohl nicht stattfindet, jedenfalls noch lange nicht.

Der Park der Tiere leuchtet im Herbstlicht, bei den Seelöwen ist Stress, Platzkämpfe werden ausgetragen mit Heulen, Brüllen, Rülpsen. Eine Antilope will in den Stall. Bei den Pavianen trägt man Nachwuchs durch die Gegend.

Im Raubtiergebäude, da liegt er. Subali.

Seine Partnerin Aarany ist im eigenen Gehege und zeigt sich nicht. Er ruht auf der rechten Seite, atmet gleichmäßig und denkt vielleicht irgendetwas.

Als die Besucher sich zum Gehen wenden, setzt Subali sich auf, hebt den Mähnenkopf und schaut den Menschen nach. Barbara Supp



Lorenzo Tugnoli / DER SPIEGEL

Patrick Baz / AFP (u.); AFP (m.)

Trümmer im Zentrum von Beirut, Rauchwolke am 4. August: »Das wird hier explodieren, geh in Deckung«

Die perfekte Bombe

Versagen Fast sieben Jahre lang lag das explosive Ammoniumnitrat, das Anfang August Beirut verwüstete, im Hafen der libanesischen Hauptstadt. Wie es dazu kommen konnte, sagt viel über die Tragödie eines gescheiterten Landes. *Von Uwe Buse, Christoph Reuter und Thore Schröder*

Am 4. August dieses Jahres registrierten Sensoren auf den Bermudas eine gewaltige Explosion. Die Werte lagen weit über denen, die zivile Sprengungen normalerweise erreichen. Die Infraschallwellen wurden auch in Tunesien, in Kasachstan und auf den Kapverdischen Inseln gemessen. Auch in Deutschland zeichneten die Messinstrumente eine Veränderung des Luftdrucks auf.

Das Zentrum der Erschütterung lag in der libanesischen Hauptstadt Beirut, in einer heruntergekommenen Lagerhalle des Hafens, der Halle 12.

Hier explodierten an diesem Augusttag abends kurz nach 18 Uhr bis zu 2750 Tonnen Ammoniumnitrat, nachdem ein Feuer die Temperaturen in der Halle über den Detonationspunkt getrieben hatte. Die erste Explosion sprengte das Dach der Halle. Die zweite Explosion pulverisierte, was von Halle 12 noch übrig war.

Die Druckwelle verwüstete halb Beirut. Mindestens 6500 Menschen wurden verletzt, mehr als 200 verloren ihr Leben.

Minerva Chartouni eilt nach der ersten Explosion ans Fenster. Seit etwa 30 Jahren lebt sie in einem Apartment im fünften Stock, gleich hinter der mehrspurigen Stadtautobahn. Zwischen ihrer Wohnung und dem Hafen liegen nur ein paar Hundert Meter. Von ihrem Balkon aus kann sie Halle 12 sehen.

Chartouni ist 69 Jahre alt, sie hat eine Tochter, Sandra, und einen Sohn, Joseph, der Architekt ist. Chartouni hat viele Jahre bei Middle East Airlines gearbeitet, jetzt ist sie Rentnerin. Ihre Kinder beschreiben sie als resolut; sie habe sich nicht einschüchtern lassen, von niemandem. An diesem Abend ist sie allein. Ihre Tochter, mit der sie zusammenlebt, ist mit der Enkelin ins Ferienhaus in die Berge gefahren.

Minerva Chartouni starrt auf die Rauchwolke, die vor ihr in den Himmel wächst, so erzählt sie es später ihren Kindern. Sie versucht, ihre Tochter anzurufen, erreicht sie aber nicht. Sie schickt ihr eine Nachricht. Sandra solle nicht nach Beirut zurückkehren, sondern in den Bergen bleiben, in Sicherheit.

Dann ruft sie ihren Sohn Joseph an. Er hört seine Mutter sagen: »Das wird hier explodieren. Geh in Deckung.« Dann bricht der Anruf ab.

Etwa eine Stunde später erreicht Joseph Chartouni das Apartment seiner Mutter. Die Wohnungstür ist aus den Angeln gesprengt worden, im Flur, zwischen Schutt und Steinen, liegt Minerva Chartouni. Ihre Beine sind mehrfach gebrochen, sie hat Schnitt- und Platzwunden, aber sie ist bei Bewusstsein.

Joseph Chartouni macht mit seinem Smartphone ein Foto von seiner Mutter und schickt es per WhatsApp ans Rote Kreuz; er hofft auf Instruktionen, wie er die Schwerverletzte transportieren soll.

Als keine Antwort kommt, trägt Chartouni seine Mutter die fünf Stockwerke nach unten, ein Freund hilft ihm. Vorsichtig setzen die beiden sie ins Auto, ihr Ziel: ein Hospital nördlich von Beirut, fast 40 Kilometer entfernt. Das Krankenhaus in Dschubail, haben sie gehört, soll unbeschädigt sein und noch Patienten aufnehmen.

Minerva Chartouni wird mehrmals operiert. Ärzte richten ihre gebrochenen Beine und versorgen die Wunden. Nach sechs Tagen holt ihre Tochter sie ab. Sandra Chartouni erinnert sich daran, dass der Arzt sie damals auf eine Blutung im Kopf ihrer Mutter hingewiesen hat. Die Mutter, hatte er gesagt, solle sich schonen.

In ihrem Ferienhaus oben in den Bergen kümmert sich Sandra Chartouni um ihre Mutter. Am 12. August, acht Tage nach der Explosion, zeigt Minerva Chartouni auf eine Stelle am Kopf und sagt: »Wenn ich hier anfasse, tut es weh.«

Diego Ibarra Sánchez / Der Spiegel

»Wenn ich hier anfasse, tut es weh«, sagt die Mutter zu ihrer Tochter, bevor sie stirbt.

Sandra Chartouni, Hinterbliebene

»Soll ich einen Krankenwagen rufen?«, fragt ihre Tochter. Sie bekommt keine Antwort mehr.

Minerva Chartouni ist eines von etwa 200 Todesopfern dieser Katastrophe – einer Katastrophe, die sich über sieben Jahre hinweg angekündigt hat.

2013. Ein Schiff läuft ein – voll mit explosivem Ammoniumnitrat

Ihr Balkon war ein Lieblingsplatz von Minerva Chartouni, von hier aus konnte sie über Lagerhallen, Schuppen und Kräne hinweg die lange Mole sehen, die wie ein Finger ins Mittelmeer hinausgreift.

Möglich, dass sie hier, auf ihrem Balkon, beinahe sieben Jahre vor der Katastrophe ein kleines Schiff bemerkte, das am 21. November 2013 in den Hafen von Beirut einlief.

Die »Rhosus« war nach Mosambik unterwegs, im Südosten Afrikas. Sie hatte 2750 Tonnen Ammoniumnitrat geladen, bestimmt für eine Firma, die Sprengstoffe produziert.

Weil nicht genug Geld an Bord war, um die Passage durch den Suezkanal zu bezahlen, wollte die »Rhosus« in Beirut zusätzliche Ladung aufnehmen.

Die »Rhosus« war kaum seetüchtig: ein altes Schiff, 1986 gebaut, ein kleiner Frachter, der in seinem langen Schiffsleben viele Besitzer und viele Namen gehabt hatte. Wiederholt waren bei Kontrollen schwere Mängel festgestellt worden.

Ein marodes Schiff, eine gefährliche Ladung, ein maroder Staat – mit einem Hafen, der unter Libanesen als Inbegriff der Korruption gilt.

Die Zuständigkeiten im Hafen sind gewollt unübersichtlich. Da ist der Zoll mit einem Zollchef. Darüber der Zollrat, der alle Parteien versammelt und der den Zoll beaufsichtigen soll, theoretisch. Außerdem die Hafenbehörde, die den Überblick hält über Schiffe und Frachten, Verwaltung und Firmen. Und verschiedene Sicherheitsbehörden, alle in Konkurrenz zueinander.

Jeder im Land weiß, wie korrupt es im Hafen zugeht. Doch wo viele von der Korruption profitieren, hat kaum jemand Interesse daran, sie abzustellen.

Riad Kobaissi hat im Kampf gegen diese Korruption sein Lebensthema gefunden. Der 39-Jährige ist einer der bekanntesten

Enthüllungsreporter des Landes und Chef des Investigativteams beim Privatsender Al Jadeed TV, der einem Geschäftsmann gehört. Ihn treibe die Wut über die allgegenwärtige Kriminalität und die allgemeine Gleichgültigkeit, sagt er.

Es hat immer wieder Drohungen und Angriffe auf den Sender und seinen Besitzer gegeben. Mal wurde geklagt, mal wurde eine Handgranate vors Studio geworfen. Ein andermal wartete eine wütende Menge vor der Villa des Eigentümers und drohte, das Haus anzuzünden.

Am 26. November 2013, die »Rhosus« ist bereits vertäut, ist Reporter Kobaissi mit Shafiq Merhi verabredet, dem Zollchef. Merhi ist einer der mächtigsten Männer in Hafen, Kobaissi will mit ihm über die Korruption sprechen. Als Merhi den vereinbarten Termin kurzfristig absagt, klettert Kobaissi, so erzählt er es, mit einem Megafon auf das Dach seines Wagens und fordert das zugesagte Interview ein. Merhi lässt daraufhin den Wachdienst ausrücken und Kobaissi und seinen Kameramann verprügeln.

Wenn Riad Kobaissi über die Vorgänge im Hafen spricht, redet er leidenschaftlich, empört. Immer wieder lacht er laut auf: über die Schamlosigkeit, den Irrsinn. Er spricht sehr schnell, mit einer für seine massige Statur überraschend hohen Stimme, weniger ein Journalist als ein Ermittler.

Eine Erkenntnis, die sich aus seiner Arbeit gewinnen lässt: Die verschlungene Geschichte des Hafens begünstigte die Korruption. Von 1960 an war er in der Hand eines Betreiberkonsortiums gewesen, gebildet von reichen Geschäftsleuten. Als deren Konzession 1990 auslief, übernahmen die politischen Parteien, groß geworden als Milizen im gerade zu Ende gegangenen Bürgerkrieg, die Kontrolle im Hafen. Keine von ihnen war mächtig genug, um das Geschäft allein zu beherrschen, keine war bereit, auf ihren Einfluss zu verzichten. Deshalb wurde 1993 die Transitional Commission gegründet, ein Provisorium, das den Hafen bis zur endgültigen Klärung des Status verwalten sollte.

Aber der Status wurde nie geklärt, bis heute nicht.

In beidem, dem Provisorischen ebenso wie der Machtaufteilung, ist der Hafen von Beirut eine Miniatur des Staates.

Seit der Libanon vor 100 Jahren gegründet wurde, ist er nie ein Staat mit einer vereinenden Identität geworden. Der Libanon blieb ein Experiment – ein kleines Land, hervorgegangen aus den Trümmern des Osmanischen Reiches. Die Insignien eines Staates sind zwar da. Es gibt eine Flagge, eine Hymne, Institutionen. Doch hinter dieser Fassade zerfällt der Libanon in konfessionelle Machtblöcke, deren Herrscher einander belauern, gelegentlich auch bekämpfen und die nur eines eint: die Überzeugung, dass der Staat Beutegut sei, nicht mehr.

18 religiöse Clans beherrschen den Libanon oder Teile des Landes, zu den mächtigen gehören die maronitischen Christen, die Griechisch-Orthodoxen, die Drusen, die schiitischen und sunnitischen Muslime. Posten und Pfründen werden nach Proporz vergeben, nicht nach Eignung und Kompetenz. Präsident muss immer ein Maronit sein, Premier ein Sunnit, Parlamentschef ein Schiit. Auch die politischen Mandate werden nach Proporz vergeben. Die Mächtigen sind kaum zu entmachten, was die Korruption begünstigt.

Alles, was vornehmlich der Allgemeinheit und nicht einem Einzelnen nützt, ist so im Laufe der Jahrzehnte heruntergewirtschaftet worden: Eisenbahnnetz, öffentliche Busse und Straßenbahnen, Kanalisation, Müllentsorgung und Stromversorgung sind teils in erbärmlichem Zustand, teils ganz verschwunden.

Dass die »Rhosus« den Hafen von Beirut nicht mehr verlassen wird, dass das Ammoniumnitrat fast sieben Jahre lang im Hafen lagert, bis zur Katastrophe – all das hat damit zu tun, dass der Libanon wenig mehr ist als ein Zusammenschluss von Geschäftsleuten: eine Kaufmannsrepublik mit beschränkter Haftung.

Und ausgerechnet hier suchte die »Rhosus« Hilfe. Die Zuladung, die zusätzliche Einnahmen bringen soll, besteht aus schweren Lkw. Der einzige Platz, an dem sie verstaut werden können, ist auf den Lukendeckeln. Doch die verziehen sich. Der Kapitän bricht die Beladung ab.

Er will ohne zusätzliche Ladung ablegen. Allerdings fordert die Hafenverwaltung Liegegebühren. Inspekteure kommen an Bord. Sie befinden, dass die »Rhosus« nicht seetüchtig sei und verbieten das Auslaufen. Die »Rhosus« sitzt fest, beladen mit 2750 Tonnen hochexplosivem Ammoniumnitrat.

Quelle: Facebook

Ein Amt ist im Libanon vor allem eine Gelegenheit, treue Anhänger zu belohnen.

Badri Daher (M.), Zollchef

2014. Die »Rhosus« wird entladen

Nachdem die Beladung gescheitert ist, wird die »Rhosus« zunächst an einen anderen Liegeplatz geschleppt. Wasser dringt in den Rumpf, das Schiff ist vom Rost zerfressen, irgendwann gibt der Eigner Schiff und Ladung auf. Auch der örtliche Agent erklärt sich für nicht mehr zuständig.

Aber was soll mit der Ladung geschehen? Warnungen gibt es von Anfang an. Die Fracht sei »extrem gefährlich und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit«, das schreibt schon im Februar 2014 ein Oberst an die Sicherheitsbehörden.

Was dann folgt, stützt sich auf Aussagen von Zollmitarbeitern, Kobaissis Nachforschungen und eigene Recherchen.

Zollchef Shafiq Merhi will die Ladung offenbar nicht entsorgen. Im Gegenteil: Beim Eilgericht beantragt er, das Schiff beschlagnahmen und versteigern zu dürfen. Das Schiff, argumentiert er, könne jederzeit sinken, es stelle eine Gefahr für den Hafen dar.

Da das Eilgericht nur für Notfälle zuständig ist, ordnet der Richter am 27. Juni 2014 lediglich an, die Ladung »an einen sicheren Ort zu bringen« und das Schiff anschließend aus dem Hafenbecken zu ziehen.

Davon, das Ammoniumnitrat im Hafen zu lagern, wenige Hundert Meter vom Stadtzentrum entfernt, ist bis dahin nie die Rede gewesen. Es wäre auch illegal: Das Zollgesetz verbietet die Lagerung im Hafen.

Doch genau das geschieht: Ende Oktober 2014 werden die 2750 Säcke ausgeladen und in die Halle 12 gefahren, eine Art Resterampe für Gefahrgüter aller Art. Zuständig für diese Art von gefährlichen Gütern: Shafiq Merhi, der Zollchef, und Badri Daher, beim Zoll verantwortlich für die Ladungskontrolle.

Dass die beiden nicht wussten, dass das Eilgericht für Eigentumsfragen gar nicht zuständig war, ist unwahrscheinlich. Vermutlich wollten sie nur dokumentieren, wie sie ihrer Verantwortung gerecht wurden – ohne dass sich etwas änderte. Noch drei Jahre lang werden sie denselben Antrag immer wieder an dasselbe Gericht stellen und immer dieselbe Antwort erhalten: dass dieses Gericht die Eigentumsverhältnisse der Ladung nicht klären und folglich auch keinen Verkauf genehmigen könne.

Halle 12 ist ein mysteriöser Ort. Kaum einer der später befragten Hafenarbeiter, Zöllner und Spediteure kann sich daran erinnern, dass von dem dort Gelagerten je etwas verladen wurde.

Eigentlich ist Platz knapp in jedem Hafen der Erde, die Lagermieten sind deshalb hoch; was immer in einem Hafen lagert, sollte schnell umgeschlagen werden. Aber in Halle 12 häuft sich im Laufe der Jahre immer mehr an. Ab Ende 2009 wurden

zwischen 15 und 25 Tonnen Feuerwerkskörper verstaut. Später kam offenbar eine Ladung entzündliche Nitroverdünnung hinzu, ebenso Kerosin. Außerdem fünf große Rollen mit Zündschnüren. Dazu rund tausend Autoreifen, die jahrelang vor der Halle lagerten, bis sie schließlich ins Innere gebracht wurden.

Und nun das Ammoniumnitrat der »Rhosus«. Als letzte Zutat zu dem, was der Zoll über Jahre in Halle 12 zusammengetragen hat: eine perfekte Superbombe.

Für einen Kinderbaukasten mag die Regel, Ähnliches zu Ähnlichem zu sortieren, einleuchtend klingen: blaue Kegel zu blauen Würfeln, grüne Quader zu ihresgleichen. Für eine Lagerhalle ohne Klimaanlage, Rauchmelder und Sprinkler, mit kaputten Fenstern, Löchern im Dach, sommers über 30 Grad und bei hoher Luftfeuchtigkeit ist das anders. Sollten die Stoffe je miteinander reagieren, würde eine gigantische Sprengkraft frei.

Unklar ist, ob das jemandem auffiel. Oder ob sich einfach niemand zuständig fühlte. Oder mächtig genug war, dem Zoll zu verbieten, alles, was er an gefährlichen Stoffen beschlagnahmte, in Halle 12 zu verfrachten. Und es dann dort einfach liegen zu lassen.

2013 etwa strandete ein einzelner Schiffscontainer in Halle 12, dessen Inhalt zwar nicht explodieren konnte, aber am klarsten das Motiv dieses Hortens erhellt: eine Drogenküche zur Herstellung von Captagon, einer synthetischen Droge. Auch dieser Container blieb jahrelang liegen.

Die anderen Dinge, Feuerwerk, Zündschnüre, Ammoniumnitrat sind nicht per se illegal, sie sind nur ohne gültige Einfuhrpapiere ins Land gekommen. Ein Drogenlabor aber ließe sich nie legal einführen. Es gibt keinen Grund, es aufzubewahren. Außer eben dem einen, es irgendwann herausschmuggeln und verkaufen zu wollen, sollte sich je eine Gelegenheit bieten.

2015. Wohin mit dem Ammoniumnitrat?

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit die »Rhosus« mit ihrer Fracht im Hafen von Beirut festgemacht hat, und noch immer ist die entscheidende Frage nicht beantwortet: Wohin mit dem Ammoniumnitrat?

Ein einziges Mal, im Januar 2015, hatte sich der Zwischenhändler des Ammoniumnitrats nach »Qualität und Quantität« der Ladung erkundigt. Die Savaro Ltd. beauftragte sogar einen Anwalt. Ein Gericht entsandte eine Chemikerin, die sich die Ladung der »Rhosus« in Halle 12 ansah. Sie versuchte es zumindest. »Ich sollte die Menge bestimmen, aber es war unmöglich zu zählen«, sagt sie später dem SPIEGEL. »Viele der Säcke waren umgekippt, einige gerissen, standen chaotisch übereinandergestapelt.«

In ihrem dreiseitigen Bericht zitierte sie die Angabe des Hafenprotokolls, dass schon beim Entladen 1950 der 2750 Säcke »gerissen« seien.

AFP

Zerstörtes Getreidesilo am Hafen: Eine Kaufmannsrepublik mit beschränkter Haftung

Gemäß libanesischen Umweltbestimmungen, schrieb sie, hätten die Säcke entfernt werden müssen.

Der Zwischenhändler meldete sich daraufhin nie wieder, wollte mit der Ladung nichts mehr zu tun haben.

Die zwischenzeitlich angefragte libanesische Armee teilte mit, sie habe keinen Bedarf an 2750 Tonnen Ammoniumnitrat. Stattdessen schlug sie vor, die Säcke an einen Sprengstoffhändler zu verkaufen. Der lehnte ebenfalls ab: Er sei nicht interessiert an Ammoniumnitrat unklarer Herkunft und Qualität.

Niemand will das Zeug kaufen, niemand will es übernehmen.

Nur die einfachste Variante taucht nie in den verschiedenen Anträgen der Zollchefs ans Eilgericht auf: das Ammoniumnitrat zu entschärfen und zu entsorgen. Denn das würde Geld kosten.

Frühjahr 2016. Neben Halle 12 wird gearbeitet

Joe Akiki ist 19 Jahre alt, ein begabter Student der Ingenieurswissenschaften an der privaten Notre-Dame-Universität nahe Beirut. Mit seinen Noten hätte er eigentlich ein Stipendium bekommen, das die Hälfte der Studiengebühren von mehr als 10 000 Dollar pro Jahr abdeckt. Doch dann erschütterte ein Korruptionsskandal die Universität, und alle Stipendien wurden gestrichen.

Also sucht Akiki einen Job. Und fängt im Getreidesilo neben Halle 12 an, zuständig für die Überwachung und Instandhaltung der Elektronik.

»Nach einer Woche wollte er da schon wieder weg«, erinnert sich seine Mutter Nohad, »da gebe es kaum Licht, alles sei voller Ratten, nichts funktioniere.«

Der Silochef überredet ihn zum Bleiben. Dass schon Akikis Vater Elektriker war, kommt ihm zugute, wenn er wieder einmal verzweifelt vor den antiquierten Kupfersensoren für die Füllstände und anderen Installationen steht, die seit den Sechzigerjahren geflickt, aber nie modernisiert wurden.

2017. Der Hafen bekommt einen neuen Zollchef

Riad Kobaissi, der Fernsehreporter, ist mittlerweile Chef des Investigativteams beim Privatsender Al Jadeed. Lange hat er selbst mit versteckter Kamera gearbeitet. Weil sein Gesicht inzwischen überall im Land bekannt ist, lässt er immer häufiger andere für sich drehen.

Seine Kameraleute dokumentieren, wie Zöllner Schmiergelder kassieren. Kobaissi deckt auch auf, wie die Söhne des Parlamentschefs und anderer Politiker ihre Ferraris steuerfrei importieren.

An der Korruption ändern Kobaissis Enthüllungen nichts, selbst dann nicht, als Ende 2016 Michel Aoun Präsident des Libanon wird und verspricht, das Land zu reformieren. Auch Aoun versucht, Parteigänger auf Schlüsselpositionen zu hieven, auch im Hafen.

Es ist das Funktionsprinzip des Libanon: Ein Amt ist vor allem eine Gelegenheit, treue Anhänger zu belohnen.

Ein Anhänger von Präsident Aoun ist Badri Daher, der smarte, ehrgeizige Leiter der Ladungskontrolle. Daher, 48 Jahre alt, ist ein Virtuose der Macht und, wie Aoun, ein maronitischer Christ. Menschen, die Daher kennen, beschreiben ihn als glatt und gerissen – und strategisch begabt.

Daher wird neuer Zollchef.

Und so gut beschützt, dass alle Skandale an ihm abperlen. Es schadet ihm nicht einmal, dass er den korruptesten seiner Un-

Internet

Ammoniumnitratsäcke in Halle 12: Umgekippt, gerissen, chaotisch übereinandergestapelt

tergebenen zum Chef des Antikorruptionskomitees macht, so erzählen es Riad Kobaissi und ein Zollmitarbeiter.

2018. Die »Rhosus« sinkt

Nachdem sie ein Jahr zuvor bereits vor der Hafeneinfahrt auf Grund gelaufen war, sinkt die »Rhosus« Mitte Februar in einem Sturm. Und bleibt auf dem Meeresgrund liegen, »obwohl wir etliche Male ihre Bergung beantragt haben«, sagt ein Kapitän der Schlepperfirma, die sie einst aus dem Hafen gezogen hat. Das Wrack im flachen Wasser sei eine Gefahr, sagt er, aber auch dafür fühle sich niemand zuständig. »Ein bisschen ist es wie bei einem toten Menschen, der auf der Straße liegt und den niemand aufheben möchte, weil jeder Angst hat, dass er dann für den Tod verantwortlich gemacht wird.«

Sieben Monate nachdem die »Rhosus« gesunken ist, beantragt das Justizministerium, den Verkauf des Schiffs vorzubereiten, »oder was davon noch übrig ist«. Mitte Oktober genehmigt ein Vollstreckungsgericht den Verkauf der »Rhosus«. Voraussetzung für ihren Verkauf ist, dass das Wrack zuvor von Experten begutachtet wird. Das allerdings würde umgerechnet rund 500 Dollar kosten.

Die will kein Ministerium und keine Behörde zahlen. Ein halbes Jahr lang gehen Schreiben hin und her. Im November 2018 mahnt das Transportministerium noch einmal zur Eile, es gelte, Verzögerungen zu vermeiden. Fünf weitere Monate vergehen. Dann, im April 2019, teilt das Justizministerium bedauernd mit, die erbetene Summe nicht zahlen zu können.

Die Sache schläft wieder ein.

September 2019. Das Prinzip Libanon

Die »Rhosus« liegt inzwischen seit anderthalb Jahren auf dem Grund des Hafens, das Ammoniumnitrat lagert seit fünf Jahren in Halle 12, Zollchef Badri Daher ist seit zwei Jahren im Amt. Und Riad Kobaissi recherchiert weiter.

Daher hat ein großes Grundstück in einem der teuersten Vororte von Beirut gekauft. Er besitzt außerdem mehrere Wohnungen, von denen mindestens eine das Geschenk eines Geschäftsmanns sein soll, dessen Strafbefehl Daher verschwinden ließ. Kobaissi hat das recherchiert und den Bericht gesendet, Daher hat es nie abgestritten.

Im Frühjahr 2019 war offenbar auch Präsident Aoun detailliert vor den fragwürdigen Geschäften von Zollchef Badri Daher gewarnt worden.

Aber Daher ist ein Parteifreund. Es geschieht: nichts. Alle Vorwürfe versanden. Das System der Macht zeigt eine elastische Zähigkeit, die Kritik ins Leere laufen lässt.

Dezember 2019. In einer Wand von Halle 12 wird ein Loch entdeckt

Es ist nicht so, dass der Hafen von Beirut unbewacht wäre. Die Behörde »Allgemeine Sicherheit« ist dort mit 140 Kräften präsent, der Militärgeheimdienst hat, unter dem Befehl eines Brigadegenerals, sogar 200 Mann abgestellt. Hinzu kommen die Wachmannschaften des Zolls. Ende 2019 trifft noch ein Kontingent der Staatssicherheit ein. Deren Hauptmann Joseph Naddaf fällt beim Rundgang durch den Hafen auf, dass in der Südwand von Halle 12 ein Loch klafft: augenscheinlich hineingestemmt und groß genug, um ins Innere zu gelangen. Auch eine der großen Schiebetüren ist demoliert worden, sie schließt nicht mehr.

Die Staatssicherheit ermittelt. Sie filmt durch das Loch in die Halle, zu sehen sind auch die Ammoniumnitratsäcke. Kobaissi zeigt diese Aufnahmen in seiner Sendung.

Naddaf verfasst einen Bericht über seine Entdeckung. Ende Mai 2020 erreicht der Bericht den Generalstaatsanwalt. Naddaf warnt vor Diebstahl und rät dringend, das Loch zu schließen und das Tor zu reparieren.

Was auch die Staatssicherheit unterlässt: die Säcke zu zählen. Oder sich eine Inventarliste zu besorgen, um einen Überblick zu bekommen, was sonst noch alles in Halle 12 liegt. Immerhin: An einer Stelle des Berichts ist von einer »immensen Gefahr« und von einer potenziellen »Katastrophe« für den Hafen die Rede, sollte das Ammoniumnitrat explodieren.

Wenn Naddaf von Gefahr spricht, denkt er allerdings zuerst an Diebstahl. Eine Empfehlung, das Ammoniumnitrat aus dem Hafen herauszubringen, steht nicht in seinem Bericht.

Sechs Jahre sind mittlerweile vergangen. Niemand hat während dieser Zeit kontrolliert, wie viel von der ursprünglichen Ladung noch da ist.

Juli 2020. In Halle 12 geschieht endlich etwas

Joe Akiki, der im Getreidesilo neben Halle 12 als Elektriker jobbt, feiert in seinem Heimatort Kfardebian in den Bergen ein rauschendes Geburtstagsfest mit Livemusik und Dutzenden Gästen. Es ist der Abend des 10. Juli. Seit dem vergangenen Oktober rutscht das Land in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Die libanesische Währung ist abgestürzt, überall im Land haben Demonstranten Reformen und eine neue Regierung gefordert. Freunde von Akiki hatten Bedenken geäußert: Ob er es nicht ein wenig kleiner halten wolle angesichts der Umstände?

»Er sah es umgekehrt«, sagt einer von Akikis Freunden: »Lasst uns feiern, solange wir das noch können! Wer weiß, was nächstes Jahr ist.«

In Halle 12 tut sich in diesem Sommer endlich etwas. Der Generalstaatsanwalt schaltet sich ein. Anfang Juni hatte er bereits die Order gegeben, das Loch zu schließen und die Tür instand zu setzen.

Auch die Staatssicherheit drängelt. Es handle sich immerhin um hochexplosives Ammoniumnitrat, da sollte sichergestellt werden, dass niemand etwas klauen kann.

Als am 20. Juli noch immer nichts passiert ist, schickt die Staatssicherheit ihren Bericht auch ans Büro von Präsident Aoun und an den Premierminister.

Aoun wird später mitteilen lassen, er habe den Bericht weitergeleitet, an den Hohen Verteidigungsrat.

Dort kommt der Bericht auch an. Er wird allerdings nicht genau gelesen, sondern am 24. Juli weitergeleitet ans Transportministerium, versehen mit einem Anschreiben, dass im Hafen ein Schiff voll

mit Ammoniumnitrat liege. Ein Schiff, das tatsächlich zweieinhalb Jahre zuvor schon gesunken ist – und dessen Ladung seit sechs Jahren in einer Halle voller explosiver Stoffe vor sich hin rottet.

Und wenn jemand den Bericht genau gelesen hätte? Vermutlich wäre er auch dann weitergeleitet worden: ans Finanzministerium und irgendwann an Badri Daher, den Zollchef.

Der Brief mit dem Bericht geht mit der regulären Post ab, die wie viele andere Institutionen nur mangelhaft funktioniert. Er wird erst nach anderthalb Wochen im Transportministerium ankommen.

Am 31. Juli, während der Brief noch unterwegs ist, beginnen drei syrische Arbeiter mit Schweißarbeiten an Halle 12. Ihr Auftrag: das Loch zu schließen und das Tor zu reparieren. Sie arbeiten unbeaufsichtigt. Was in der Halle liegt, wissen sie vermutlich nicht.

4. August 2020. Die Katastrophe

Während die drei Schweißer ihre Arbeit gegen 16 Uhr einstellen, zusammenpacken und gehen, ruft Joe Akiki, der Student, seine Mutter an, um ihr zu sagen, dass er seine 24-Stunden-Schicht im Silo angetreten habe, neben Halle 12. Ein Getreidefrachter löscht gerade seine Ladung, bis Mitternacht wird er zu tun haben. Am nächsten Tag will er mit Freunden in die Berge, zum Zelten.

Es wird möglicherweise nicht abschließend geklärt werden, was die Ursache für die Katastrophe ist, die an diesem Dienstagabend über Beirut hereinbricht. Wahrscheinlich sind es Funken der Schweißarbeiten, die im Inneren der Halle einen Schwelbrand auslösen.

Das Silo, in dem Joe Akiki arbeitet, liegt knapp 40 Meter von Halle 12 entfernt. Etwa anderthalb Stunden nach seinem Schichtbeginn bemerkt er als einer der Ersten das Feuer. Von einem Vordach aus filmt er die Flammen und den Rauch, der aus den Fenstern der Halle quillt.

Um 18.04 Uhr stellt er ein letztes, dreisekündiges Video bei einer WhatsApp-Gruppe ein. Dann ruft er noch einmal seine Mutter an und verlässt offenbar das Vordach.

Unter ihm laufen Feuerwehrleute um die brennende Halle herum, sie versuchen, eines der Tore aufzubrechen.

Die Feuerwehrleute waren erst wenige Minuten zuvor alarmiert worden, man hatte ihnen mitgeteilt, Halle 12 sei in Brand geraten.

Gegen 18.07 Uhr melden sich die beiden Feuerwehrmänner Elie Khouzami und Charbel Karam bei der Leitstelle, sie bitten um Verstärkung, es sei dringend: Sie hätten nur drei Tonnen Wasser dabei, viel zu wenig, das Feuer sei weit größer als vermutet.

Im Hafen und in den angrenzenden Vierteln ist ein Dröhnen zu hören. Das Feuer saugt Luft durch die Fenster an, Gas und Flammen schießen heraus, Halle 12 röhrt wie eine riesige Turbine – so laut, dass viele Menschen irrtümlich an einen israelischen Luftangriff denken.

Nach der ersten Explosion muss Joe Akiki zum Fahrstuhlschacht tief im Inneren des gigantischen Getreidesilos gerannt sein.

Minerva Chartouni, die 69-jährige Mutter von Sandra und Joseph, den beiden erwachsenen Kindern, steht wie Tausende andere am Fenster, neugierig, besorgt; es liegt etwas Bedrohliches über ihrer Stadt. Es ist der Moment, in dem sie versucht, ihre Tochter zu erreichen.

Unmittelbar danach, um 18.08 Uhr und 18 Sekunden, verschluckt ein gigantischer Feuerball Halle 12 und das Getreidesilo, in dem sich Joe Akiki befindet.

Eine schwarzrote Rauchwolke drängt nach oben, gefolgt von einer Explosionswolke aus Wasserdampf.

Viele Beiruter filmen mit ihren Smartphones die zweite Explosion und die Druckwelle. Auf den Videos kann man sehen, dass die Druckwelle sich deutlich schneller ausbreitet als der Schall.

Anfangs rast sie mit einer Geschwindigkeit von bis zu 2500 Metern pro Sekunde auf die Stadt zu. Wirft Schiffe an Land, der massive Stahlbetonbau des Getreidesilos wird zur Hälfte weggerissen. Wo Halle 12 stand, bleibt nur ein Dutzend Meter breiter Krater, den rasch das Meer füllt.

Die Schockwelle sprengt Fenster, drückt Wohnungstüren ein und dringt in Hausflure; sie läuft weiter, über viele Kilometer, und lässt noch Scheiben in weit entfernten Stadtvierteln bersten.

Minerva Chartouni wird von der Wucht der Explosion quer durch ihr Wohnzimmer geschleudert, durch eine Öffnung in der Mauer gegen die Wand im Flur.

Lorenzo Tugnoli / Der Spiegel

Ihn treibt die Wut über die Kriminalität und die allgemeine Gleichgültigkeit.

Riad Kobaissi (M.), Reporter

In Joe Akikis Heimatort Kfardebian, hoch in den Bergen, hört seine Mutter den Knall. Sie macht sich Sorgen, als sie Joe am Telefon nicht mehr erreicht.

Irgendwann im Verlauf dieses 4. August kommt dann auch der Brief des Hohen Verteidigungsrats im Transportministerium an: Im Hafen liege ein Schiff, voll mit Ammoniumnitrat.

Nach der Explosion

Drei Tage nach der Explosion, während die Suche nach Überlebenden und Opfern noch in vollem Gange ist, stellt Präsident Michel Aoun klar: »Ich bin nicht verantwortlich!« Von der Gefahr des Ammoniumnitrats habe er nichts gewusst, im Übrigen sei er für den Hafen nicht verantwortlich.

Wie überhaupt niemand Verantwortung übernimmt. Zollchef Badri Daher weist heute jede Zuständigkeit von sich: Die Lagerhallen unterstünden nicht dem Zoll, sondern der Hafenbehörde.

Daher wird zunächst noch in den Krisenstab berufen, dann allerdings unter Hausarrest gestellt. Am 17. August wird er verhaftet, so wie der Hafendirektor, so wie die drei syrischen Arbeiter – so wie Joseph Naddaf, der Hauptmann der Staatssicherheit, der acht Monate zuvor Alarm geschlagen hatte, weil er ein Loch in der Wand von Halle 12 entdeckt hatte.

Der Innenminister des Libanon lehnt eine internationale Untersuchung ab. »Wir sind qualifiziert, das selbst zu untersuchen«, sagt er. Ein weitgehend unbekannter Militärrichter namens Fadi Sawan wird bestellt, die Ermittlungen zu führen. Interviews, Pressekonferenzen gab Sawan bisher keine.

Es sind die Sendungen von Riad Kobaissi, dem Enthüllungsjournalisten, durch die die Libanesen die Hintergründe der Katastrophe erfahren. Woche für Woche präsentiert er Dokumente, Videos und Bilder, die Badri Daher der Lüge überführen.

Anfangs gibt es Hoffnungen, dass eine Katastrophe mit 200 Toten dazu führen könnte, die Korruption zu stoppen.

Doch schon bald läuft alles weiter wie bisher. Riad Kobaissi wendet sich frustriert anderen Themen zu. Michel Aoun, der Präsident, bleibt im Amt. Fadi Sawan, der Militärrichter, ermittelt weiter. Sein Bericht, heißt es, werde erscheinen, wenn er fertig sei.

Nohad, die Mutter von Joe Akiki, trauert. Am dritten Tag der Suche war ihr Sohn vor einem Aufzugschacht im Getreidesilo gefunden worden, identifiziert durch das goldene Kruzifix, das er um den Hals trug.

Badri Daher sitzt, wie 24 andere, im Gefängnis. Entlassen worden als Zollchef ist er bis heute nicht. Die Unterschrift des Präsidenten fehlt. Mitarbeit: Hani Alagbar

Krisenkinder

Neuwelt Wie die »Generation Corona« durch die Pandemiemonate kommt

Neulich musste ich an diesen berühmten Film mit Jack Nicholson denken, »Shining«. Ein Horrorfilm. Nicholson spielt darin einen Schriftsteller, der mit seiner Familie in einem eingeschneiten Hotel festsitzt. Er will dort ein Theaterstück schreiben, auf seiner Schreibmaschine. Irgendwann, in der Einsamkeit des Hauses, verliert er den Verstand. Als seine Frau nachsehen will, was er so schreibt, findet sie in der Maschine ein voll getipptes Blatt, darauf steht immer wieder ein einziger Satz: »All work and no play makes Jack a dull boy.«

Mein Sohn ist sieben Jahre alt und besitzt auch eine Schreibmaschine, ein japanisches Modell aus den Sechzigerjahren in Babyblau. Er saß im Frühjahr auch länger fest. In seinem eigenen Zuhause. Er durfte nicht auf den Spielplatz, nicht zu seinen Freunden, nicht mal seine Oma besuchen durfte er. Jetzt, wo wir den zweiten Lockdown erleben, dachte ich, ich schaue mal, was er so tippt auf seiner Schreibmaschine.

Meist geht es auf den Blättern um Detektivsachen oder Getränkekarten für das Café, das er im Kinderzimmer betreibt. Doch in den letzten Wochen, mit voranschreitendem Infektionsgeschehen, werden die Zettel, die ich aus der Maschine ziehe, tatsächlich merkwürdiger. Neulich schrieb er:

»das corona system wiert sllimer. die zalen steigen«.

Ein paar Tage später: »Wir müsen unz foer corona schözen«.

Nicht falsch verstehen: Dem Jungen geht es prima, es ist alles in Ordnung mit seinem Verstand. Doch ein Drittel seines ersten Schuljahres war er mit uns eingesperrt, und ich fürchte, so eine Corona-Zeit hinterlässt bei Kindern Spuren.

Vor ein paar Jahren fuhren wir, während unserer Elternzeitreise, eine US-amerikanische Serpentinenstraße hoch, am Mount Hood in Oregon. Dort kann man das Hotel besuchen, das für »Shining« als Kulisse diente. Es war keine Fanreise, eher Zufall, ich habe es ohnehin nie geschafft, den Film bis zum Abspann zu sehen, der Teppich, die Zwillinge – zu gruselig. Das Hotel lag düster und beeindruckend am Berg, der Nebel war so dicht, dass man die umliegenden Skipisten kaum erkennen konnte. Wir fuhren dann lieber schnell weiter, nach Kalifornien, in die Sonne. Das Kind war gerade eins damals; vor ihm, so hofften wir, lägen nur unbeschwerte Jahre.

Heute, 2020, schreibt es Pandemieberichte und kennt sich mit Aerosolen aus. Es gehört jetzt, zusammen mit elf Millionen anderen Kindern in Deutschland, zur Generation Coronakrise. Das hatten wir so nicht geplant.

Als ich selbst klein war, war Kohl Kanzler, und ich lebte meine westdeutsche Achtzigerjahrekindheit weitestgehend unberührt vom sonstigen Weltgeschehen. Ich erinnere mich blass, das Wort »Tschernobyl« öfter gehört zu haben, und daran, dass sich meine Mutter eine Zeit lang um verstrahlte Pilze sorgte. Aber sonst? Keine prägenden Ereignisse. Wir wuschen uns vermutlich nur selten die Hände, teilten Lollis mit unseren Freunden. Auch Sorgen um das Klima machten wir uns nicht.

Das Virus sitzt zwischen Pixibüchern und Pokémon.

Illustration: Cynthia Kittler

Letztens auf dem Spielplatz beobachtete ich eine Gruppe Mädchen, die statt Ticken »Anstecken« spielten. Wenig später stellte ich fest, dass selbst mein Zweijähriger inzwischen Pandemiebegleiterscheinungen zeigt: Er läuft durch die Gegend und singt »Händewaschen muss ein jedes Kind«. Manchmal zieht er sich den Pulli über die Nase und spielt Mundschutz, was lustig aussieht, aber irgendwie auch traurig ist.

»Als ich jung war, war Corona«, so was werden diese Kinder wohl später sagen. Das Virus hat sich zwischen ihren Pixibüchern, Pokémon und Klettergerüsten eingenistet und sitzt dort wie ein unsichtbarer Bösewicht. Wir als Eltern können das nur wenig beeinflussen. Und fragen uns: Macht es was mit den Kindern, dass Menschen nicht tun dürfen, was sie so menschlich macht, sozial zu sein, sich nahe zu kommen? Oder dass Schule auf einmal potenziell gefährlich ist?

Im Sommer konnte man in ersten Studien darüber lesen. Es war von psychischen Folgen die Rede. Ärzte berichteten, dass bei Kindern Ängste und Verunsicherungen zugenommen hätten. Ich las auch, wie sehr die Eltern ihre eigene Anspannung auf die Kinder übertragen.

Blitzumfrage im Spielzimmer, Ende Oktober.

Hast du Angst vor Corona?

Kind: »Schon. Ich denke oft darüber nach, dass das jetzt wiederkommt. Vor allem habe ich Angst, wenn mal so eine Phase kommt, in der ganz viele Alte Corona bekommen. Ich will nicht, dass meine Oma stirbt.«

Was wäre gerade das Schwierigste für dich?

Kind: »Wenn die Schule wieder zumacht und ich meine Freunde nicht mehr sehen kann. Und alles alleine lernen muss. Das war so anstrengend. Das will ich nicht.«

Mein Sohn ist auf einer Schule, in der es bis zur dritten Klasse keine Hausaufgaben gibt. Im Frühjahr musste er plötzlich jeden Tag zu Hause am Tisch sitzen und im Druckschriftlehrgang Buchstaben nachziehen, während seine Eltern versuchten – seinen kleinen Bruder im Schwitzkasten –, Videokonferenzen zu überstehen. Der Tiefpunkt für ihn war vermutlich, als seine Geburtstagsfeier ausfiel. Ansonsten aber beschwerte er sich kaum. Wir bauten eine Seilbahn zur Nachbarstochter. Die beiden standen wochenlang eisern, auch bei Kälte, am geöffneten Fenster und schickten sich ihr Kinderzimmerinventar hin und her.

Insgesamt haben die Corona-Krisenkinder, die ich kenne, die erste Phase der Isolation noch mit einer beeindruckenden Lässigkeit hinter sich gebracht, was sicher auch damit zusammenhängt, dass sie ansonsten in einer gut behüteten Blase aufwachsen. Trotzdem gehören sie für mich zu den Helden der Krise. Man sollte sie feiern. Vor allem sollte man sie schützen. Davor, ein zweites Mal so lange eingesperrt zu sein.

Hilft nur: »Alle sollen mitmachen, also richtig«, sagt das Kind. Was es wohl meint: Haltet euch an die Regeln, verdammt.

Einen Plan für die nächste Schulschließung hat mein Sohn trotzdem schon gemacht, er geht auf Nummer sicher. Die Seilbahn zur Nachbarstochter hängt noch. Wenn es so weit ist, will er sie erweitern. Um ein Dosentelefon. Dialika Neufeld

An dieser Stelle schreiben Jochen-Martin Gutsch, Dialika Neufeld und Alexander Osang im Wechsel.

CUPRA LEON SPORTSTOURER E-HYBRID

SPORTLICHE GRÖSSE.
ELEKTRISIERT.

Sie zeigt sich als Kampfgeist. Leistung. Oder als Fairplay. Der Plug-in-Motor stellt zwei Antriebe zur Wahl: klassisch rennsportlich inspiriert. Elektrisch, emissionsfrei auf Kurzstrecken bis zu 67 km*. Und entfaltet eine Systemleistung von bis zu 245 PS. Sportliche Freiheit. Im Zeitgeist.

CUPRA Leon Sportstourer e-HYBRID 1.4 TSI, 180 kW (245 PS): Kraftstoffverbrauch Benzin: kombiniert 1,6 l/100 km; Stromverbrauch: kombiniert 11,9 kWh/100 km; CO_2-Emissionen: kombiniert 35 g/km. CO_2-Effizienzklasse: A+.

* Wert im WLTP-Testzyklus ermittelt, umgerechnet in NEFZ-Wert. Tatsächliche Reichweite abhängig von individuellen Faktoren deiner Fahrt.

CUPRAOFFICIAL.DE

CUPRA

Wirtschaft

Laika-Wohnmobil

Stefan Beetz / AUTO BILD

Schwere Nobelkarossen

Caravaning Waren Wohnmobile einer Tochter der Erwin Hymer Group nach deutschen Regeln zu schwer?

● Eine Untersuchung des saarländischen TÜV bringt einen der größten europäischen Hersteller von Wohnmobilen, die Erwin Hymer Group (EHG), in Erklärungsnot. Danach könnte das Unternehmen bei seiner italienischen Nobelmarke Laika in den Jahren 2011 bis 2017 erhebliche Gewichts- und Sicherheitsprobleme gehabt haben: Von 304 überprüften Wagen sollen 76,8 Prozent das zulässige Gesamtgewicht oder die Achslast teilweise erheblich überschritten haben, heißt es in der Analyse. Bei über 70 Prozent habe es Sicherheitsbedenken in Bezug auf Bremssystem, Lenk- und Fahrverhalten gegeben. Konkret handelte es sich um bis zu 150 000 Euro teure Modelle vom Typ Kreos mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 Tonnen. Weil diese noch mit normalem Pkw-Führerschein gefahren werden dürfen, ist der Markt stark umkämpft.

Hersteller stehen seit Längerem im Verdacht, es mit der Sicherheit nicht sonderlich genau zu nehmen. Im konkreten Fall hatte ein italienischer Kunde Anzeige erstattet, da sein Laika-Wohnmobil schwerer war als in den Fahrzeugpapieren ausgewiesen. Die italienischen Ermittlungsbehörden hatten daraufhin Vorermittlungen eingeleitet. Die EHG bemühte sich mit Gutachtern, Anwälten und Experten ebenfalls um Aufklärung. Obwohl zeitweise der Verdacht im Raum stand, dass bis zu 7000 Fahrzeuge keine ordnungsgemäße Typgenehmigung besitzen und Sicherheitsmängel aufweisen könnten, gab das Unternehmen schließlich Entwarnung. Es handle sich im Kern um die unterschiedliche Interpretation einer EU-Zulassungsrichtlinie in Deutschland und Italien, erklärte das Unternehmen gegenüber dem SPIEGEL. Während Deutschland schweres Sonderzubehör wie Sonnenmarkisen, Satelliten- und Solaranlagen beim zulässigen Höchstgewicht für die Typenzulassung der Wohnmobile mitrechnete, sahen die Italiener dazu jahrelang offenbar keinen Anlass. Für sie lag die Einhaltung der Gewichtsgrenzen in der Verantwortung des Käufers, was laut EHG auch die italienische Zulassungsbehörde so sieht.

Obwohl sich die Firma keiner Schuld bewusst ist, zog das TÜV-Gutachten mittlerweile eine »Serviceaktion« nach sich: Bei rund hundert der überprüften Fahrzeuge wurde das Gewicht verringert oder Besitzern der Erwerb eines Alternativmodells ermöglicht. Die Eigentümer der übrigen als zu schwer ausgewiesenen Fahrzeuge wurden nicht informiert. Laika sagt, dies sei nicht nötig gewesen, da es zu keiner Zeit Sicherheitsbedenken gegeben habe. Die Toleranzgrenzen bei den festgestellten Gewichten seien nicht überschritten worden, das belege ein weiteres Gutachten. FDO, MSC

Dieselaffäre

20 Milliarden Euro Kosten für die Gesellschaft

● Der Dieselbetrug hat in Deutschland einen gesellschaftlichen Schaden von rund 20 Milliarden Euro verursacht. Das ergab eine Studie der RWTH Aachen. Die Wirtschaftswissenschaftler Frank Baumgärtner und Peter Letmathe analysierten die Daten von 49 Fahrzeugmodellen und berechneten die volkswirtschaftlichen Kosten der überhöhten Abgaswerte, die sich etwa aus der verstärkten Luftverschmutzung ergeben. Den Preis für die schädlichen NO_x-Emissionen ermittelten die Forscher mithilfe der sogenannten NEEDS-Datenbank der EU. Demnach erzeugten die Abgastricks gesellschaftliche Kosten von jährlich 2,5 Milliarden Euro. Durch eine teils sechsfache Überschreitung der Grenzwerte sei der Diesel zum umweltschädlichsten Antrieb geworden. Der manipulierte VW-Motor EA189 wurde zwischen 2008 und 2015 eingebaut, ab Anfang 2016 versah der Konzern betroffene Autos mit einem Update. Der Vergleich mit neueren Fahrzeugen zeigt laut Studie aber auch, »dass es durchaus möglich ist, saubere Dieselmotoren zu konstruieren«. SH

Bundeshaushalt 2021

Noch mehr Schulden

● Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) muss im nächsten Jahr weit mehr Schulden machen als bisher geplant. Fachleute seines Ministeriums und Haushaltsexperten der Regierungsfraktionen rechnen damit, dass der Bund 2021 bis zu 125 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen wird. Endgültig entscheidet sich die Höhe der Neuverschuldung bei der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Bundestags am Donnerstag übernächster Woche. Finanzminister Scholz hatte im Entwurf der Bundesregierung für den Etat 2021 bislang lediglich 96,2 Milliarden Euro an frischen Krediten vorgesehen. Grund für den erhöhten Geldbedarf sind die Folgen der Coronakrise. So wird die Verlängerung der Überbrückungshilfen für angeschlagene Unternehmen, die für das nächste Jahr vorgesehen ist, etliche Milliarden Euro kosten. Scholz geht zudem davon aus, dass Unterstützungszahlungen für Unternehmen, die im November coronabedingt vorübergehend schließen müssen, zum Teil erst nächstes Jahr ausgezahlt werden. Schließlich muss er noch Vorsorge für weitere Kosten der Pandemie treffen, etwa für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Impfstoffen. REI

Jan Huebner / imago images

Geschlossenes Café

Verbraucherschutz

Handel mauert bei Infos zur Fleischherkunft

Victor Moriyama

Rinder in Brasilien

● Konsumenten, die wegen der oft fragwürdigen Umweltbedingungen auf Fleischprodukte aus Südamerika verzichten wollen, wird es im Lebensmittelhandel unnötig schwer gemacht. Mehr als die Hälfte der von der Hamburger Verbraucherzentrale befragten Restaurantketten und Supermärkte (darunter Aldi, McDonald's, Edeka) verweigerte Angaben zur Herkunft von Fleisch aus den sogenannten Mercosur-Staaten Brasilien, Paraguay, Argentinien und Uruguay. Zur Erzeugung von Fleisch und Tierfutter wird dort oft Regenwald gerodet. Während britische Supermarktketten wie Tesco oder Sainsbury's bereits den Boykott brasilianischer Waren erwägen, hält sich der Einzelhandel hierzulande zurück. Lidl schloss immerhin den Verkauf von Frischfleisch aus Brasilien aus, Kaufland untersagt in seinen Qualitätsregeln Rohstoffe aus brasilianischen Regenwaldgebieten. Für verarbeitete Produkte gibt es bislang ohnehin keine verbindlichen Herkunftskennzeichnungen. Diese sind auch in einem geplanten Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten nicht vorgesehen. Das allerdings widerspreche den Herkunftsanforderungen im erst kürzlich beschlossenen Green Deal der EU, auf den sich Verbraucher deshalb nicht verlassen könnten, kritisiert Verbraucherschützerin Silke Schwartau. Mit Mercosur werde hinter den Kulissen ein Abkommen vorbereitet, das kaum in der Lage sei, Praktiken wie den Antibiotikaeinsatz als Wachstumsförderer oder die Brandrodung auszuschließen. NKL

Dieser Artikel wurde nachträglich bearbeitet.

Supermärkte

Weitere Käufer für Real-Filialen

● Kurz vor der Kartellamtsentscheidung über den Verkauf der Supermarktkette Real gibt es offenbar Bewegung beim Verkäufer. Die russische SCP-Gruppe, die alle 279 Real-Märkte Anfang des Jahres von Metro übernommen hatte und größtenteils an Edeka und Kaufland weiterreichen will, bestätigte auf Anfrage weitere Verkaufsgespräche: »Wir befinden uns derzeit auch mit Interessenten aus dem Mittelstand in sehr fortgeschrittenen und konkreten Verhandlungen«, sagte eine SCP-Sprecherin. Ziel sei es, für alle Filialen die bestmögliche Lösung zu finden, es würden alle Angebote, unabhängig von der Größe des Bieters, berücksichtigt. Vor allem mittelständische Supermarktketten wie die saarländische Globus-Gruppe, die gern 16 Märkte übernehmen würde, hatten sich anfangs beschwert, beim Weiterverkauf nicht zum Zuge zu kommen. Dabei hatte Metro ursprünglich laut Insidern angeboten, Real in eine Gemeinschaftsfirma mit den kleineren Supermarktketten einzubringen. Diese Pläne waren jedoch gescheitert, auch weil die Mittelständler sich mit einem solchen Projekt überfordert sahen. Nach mehreren Verzögerungen will das Bundeskartellamt nun zunächst bis Monatsende die Übernahme von 101 der 279 Real-Standorte durch Kaufland prüfen, weitere 72 Märkte sollen an Edeka gehen. Rechnerisch blieben 106 Filialen für Wettbewerber. SBO, KIG

Mainz bleibt meins

Innovationen Die Firma Biontech sorgt für einen Durchbruch beim Covid-19-Impfstoff – und befeuert eine alte Frage: Sind die Deutschen überhaupt noch in der Lage, einen neuen Konzern von Weltrang aufzubauen – oder machen am Ende wieder andere das Rennen?

Ein Dutzend Fahrradständer stehen vor dem Eingang von Biontech, doch es parkt darin nur ein einsames altes Mountainbike. Es gehört Uğur Şahin, dem Gründer und Chef des Mainzer Unternehmens – Mitentwickler des wohl ersten Corona-Impfstoffs der westlichen Welt und neuerdings Milliardär. Er kommt mit dem Rad ins Büro. Ein Auto besitzt er nicht.

Ob Şahin noch lange einfach so durch die Mainzer Innenstadt radeln kann, ist fraglich: Selten zuvor wurde ein Unternehmen so schnell auf die Weltbühne katapultiert. Ein Marketingexperte hätte sich das Timing nicht besser ausdenken können. Die Euphorie über den Wahlsieg von Joe Biden war kaum abgeebbt, da wartete die kleine deutsche Firma Biontech mit der nächsten weltbewegenden Nachricht auf: Ihr Covid-19-Impfstoff sei in der klinischen Prüfung zu mehr als 90 Prozent wirksam; eine Zulassung nur noch eine Frage der Zeit; ein Ende der schlimmsten Phase der Pandemie in greifbarer Nähe. Das Jahr 2020 klingt auch dank Biontech mit neuer Hoffnung aus.

Die Börsenkurse schossen nach Bekanntgabe der Forschungsergebnisse weltweit in die Höhe. Virologen zeigten sich begeistert. Deutschland, der alte industrielastige Standort, der kaum noch für global relevante Innovationen zu stehen schien, hatte es der Welt gezeigt: Es geht doch noch was in good old Germany. Selbst Trump twitterte über den Durchbruch des Mainzer Unternehmens.

Doch wie war dieser Erfolg möglich? Und bleibt Biontech eine deutsche Siegergeschichte, oder machen am Ende, wieder einmal, andere das ganz große Geld?

Die ruhmreichen Namen der deutschen Wirtschaft sind allesamt Unternehmen, die vor Jahrzehnten gegründet wurden. Der einzige jüngere Dax-Konzern von Weltrang ist SAP. Der Softwarekonzern entstand 1972. Deutschland mag noch immer zur Weltspitze in der Forschung gehören, aber daraus ein globales Geschäft zu machen, gelingt viel zu selten.

In kaum einem Bereich wird das deutlicher als in der Biotechnologie. Nirgendwo sonst war der Fortschritt in den vergangenen Jahrzehnten so immens. Und doch wird kaum eine Branche von deutschen Banken und Geldgebern so verschmäht – die Risiken sind ihnen schlicht zu hoch.

Ist Biontech nun Beweis und Blaupause zugleich, um zu zeigen, wie man in Deutschland aus einer großen Idee ein großes Unternehmen formt?

Die Antwort hängt nicht allein am Erfolg der Corona-Vakzine. Die Mainzer Forscher sind keine reinen Impfstoffentwickler, nicht einmal klassische Pharmaforscher. Sie arbeiten an einer neuen technologischen Plattform. Funktioniert sie, würde das die Medizin revolutionieren. Die erste Riege der Unternehmen, die daraus Therapien entwickelt, könnte zu globalen Konzernen aufsteigen.

Es wäre für die Medizinbranche das, was Google, Amazon und Facebook für Kommunikation und Handel waren: eine Disruption. Ein völliger Wandel der Geschäftsgrundlage.

»Wir sehen uns als Immuningenieure, wir möchten das Immunsystem dazu anleiten, uns vor bestimmten Krankheiten zu schützen«, sagte Şahin vor wenigen Wochen bei einem SPIEGEL-Interview, kurz bevor die ersten Ergebnisse zur Wirksamkeit des Impfstoffs bekannt wurden. Er spricht ruhig und unaufgeregt, ein Mann, so scheint es, ohne Allüren. Sein Büro ist groß, aber schlicht. Es gibt kein Vorzimmer, kein Sekretariat, keine teuren Vorstandsmöbel. Şahin sieht sich noch immer vor allem als Wissenschaftler. Die Unternehmerrolle ist eher notwendiges Übel: Weil die akademische Forschung auf Dauer zu langsam ist, zu schlecht finanziert, zu begrenzt.

In Fachkreisen war Biontech schon länger bekannt. Die Mainzer Forscher arbeiten seit rund zehn Jahren an mRNA-Wirkstoffen: Das Molekül ist ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Biologie. Es

Biontech-Gründer Şahin

Felix Schmitt / Agentur Focus

Es wäre für die Medizinbranche das, was Google, Amazon und Facebook für Kommunikation und Handel waren.

dient als Bote, der Bauanleitungen zwischen dem Erbgut der Zellen und deren Proteinfabriken transportiert. Wer mRNA synthetisieren und in die Zellen leiten kann, hat direkten Einfluss auf das, was im Körper passiert. Die Anwendungsmöglichkeiten wären enorm: Wenn man einmal herausgefunden hat, wie diese Zellboten zu programmieren sind, lassen sich damit theoretisch alle möglichen Anweisungen erteilen: sei es, das Immunsystem gegen Viren in Marsch zu setzen oder T-Zellen zu befehlen, einen bestimmten Tumor anzugreifen.

Biontech hat deshalb nicht bloß zwei oder drei Medikamente in der Entwicklung, wie bei biotechnologischen Start-ups üblich, sondern rund 20. Die Chance, dass der Corona-Impfstoff nicht der einzige Hit des Unternehmens bleibt, ist deshalb groß. Und funktioniert die Technologie grundsätzlich, wäre die Zahl der Anwendungsgebiete nach oben offen. Biontech könnte ein Plattformkonzern werden, ein deutsches Biotech-Google.

Die Chance, dass der Corona-Impfstoff nicht der einzige Hit des Unternehmens bleibt, ist groß.

Einen Namen hat sich das Unternehmen bisher vor allem in der Krebsforschung gemacht. Es ist das eigentliche Spezialfeld von Uğur Şahin und Özlem Türeci, der Chefwissenschaftlerin des Unternehmens. Şahin und Türeci, seit 18 Jahren verheiratet, sind weltweit anerkannte Onkologen, gemeinsam entwickelten sie erfolgreiche experimentelle Therapien. Ihre erste Biotechnologiefirma wurde an einen japanischen Pharmakonzern verkauft, es flossen 422 Millionen Euro mit der Option auf mehr.

Mit Biontech sorgten Şahin und Türeci 2017 erstmals für Aufsehen in der wissenschaftlichen Community. Sie entwickelten einen personalisierten Krebsimpfstoff, der bereits an 13 an einem Melanom erkrankten Hochrisikopatienten getestet wurde. Nach knapp zwei Jahren war die Mehrheit von ihnen noch immer tumorfrei.

Der Haken: Neue Biotechnologie ist teuer und aufwendig. Es braucht zweistellige Millionensummen, um einen Forschungsansatz zu erproben. Und mehrere Hundert Millionen Euro, um daraus ein Produkt, ein Medikament zu machen. So viel Geld gibt es nur von privaten Investoren oder Wagniskapitalgebern. Genau jene, die in Deutschland meist einen Bogen um die Biotechnologie machen.

Das Feld gilt als Königsklasse für Investments. Inhaltlich extrem anspruchsvoll, schwer zu durchdringen, kapitalintensiv und mit höchsten Risiken versehen. Die Rate an Totalausfällen ist hoch.

In den USA und zunehmend auch in China explodieren die Biotech-Investments trotzdem. Zahllose Fonds, Banken und spezialisierte Venture-Kapitalgeber pumpen immer neue Milliarden in die Szene, getrieben von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Fortschrittssprüngen. Neue Technologien wie das Gen-Editierungs-Tool Crispr brachten zahllose Firmen hervor, nicht wenige davon sind inzwischen Milliarden wert.

In Deutschland sind es dagegen private Mäzene, die die deutsche Biotech-Branche am Leben halten. Genau genommen sind es vor allem drei: der SAP-Mitgründer Dietmar Hopp, der unter anderem das Tübinger Unternehmen Curevac finanziert, derzeit zweiter deutscher Hoffnungsträger für einen Corona-Impfstoff. Die Familie Oetker: Roland Oetker pumpte schon 2003 mehrere Millionen Euro in das Enzym-Start-up Evotec. Und die Zwillinge Thomas und Andreas Strüngmann, Gründer von Hexal – und die ersten Geldgeber von Şahin und Türeci. 2008 steckten sie 150 Millionen Euro in Biontech.

Noch immer sind die Brüder über ihr Family Office größte Aktionäre des Mainzer Unternehmens; ihr Anteil dürfte beim aktuellen Börsenkurs an die zehn Milliarden Euro wert sein.

Das Vermögen der beiden wird derzeit auf 17,3 Milliarden Euro taxiert. Thomas Strüngmann bittet schon mal darum, den Begriff Milliardär durch die Berufsbezeichnung Unternehmer zu ersetzen. Er mag großes Aufsehen nicht.

Seinen Stolz über den Impfstofferfolg kann er dennoch kaum verbergen. »Die meisten können noch gar nicht verstehen, was das bedeutet.« Er gehe davon aus, dass BNT162b2 jetzt schnell komme. »Ich rechne damit, dass der Corona-Impfstoff noch Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres zur Verfügung steht.« Dann zitiert er einen Satz, den er der ehemaligen US-

Biontech-Chefwissenschaftlerin Türeci

Felix Schmitt / Agentur Focus

Krisengewinner

Biontech-Aktienkurs seit Jahresanfang, in Euro

Quelle: Refinitiv Datastream

Außenministerin Madeleine Albright zuschreibt: »Ich glaube das, was ich hoffe.«

Das frühe Engagement für Biontech erklärt Strüngmann eher mit einem Wunsch als mit knallharter Investmentlogik: »Mein Bruder Andreas und ich hatten vor 13 Jahren ein Bauchgefühl, dass wir den Traum von einer Krebstherapie verwirklichen wollten«, sagt er.

Das Geschäft der Brüder verwaltet Helmut Jeggle. Der Betriebswirt arbeitete früher bei Hexal, ist heute Aufsichtsratschef von Biontech. Mit gerade mal einem Dutzend Mitarbeiter managt er das strüngmannsche Milliardenvermögen. Das Risiko, das die Zwillinge 2008 mit Biontech eingingen, beschreibt Jeggle so: »Wir hatten damals fünf oder sechs Beteiligungen in derartigen Investitionsgrößen. Biontech schaffte es bis zum Ziel. Bei anderen Unternehmungen waren wir nicht so erfolgreich.«

Es ist nicht nur ein persönlicher Erfolg der Brüder, sondern auch ein Signal an andere Investoren: Seht her, es klappt. Man muss in Deutschland nicht immer nur in Maschinenbau investieren.

Doch die Erfolgsmeldung dieser Woche übertüncht, wie schlecht Deutschland strukturell gerüstet ist, um aus wissenschaftlichen Konzepten globale Produkte zu machen. Auch der neue Star Biontech hätte es ohne Partner nicht so weit gebracht, trotz finanzieller Hilfe der Strüngmanns und eines Börsengangs in den USA im vergangenen Oktober. So gut die Mainzer forschen, es fehlt ihnen die Erfahrung, im großen Stil zu testen, zu produzieren, zu vermarkten, zu vertreiben. Hierzulande fand das Unternehmen dafür keinen Partner.

Biontech schloss sich deshalb bereits im Frühjahr mit dem amerikanischen Pharmariesen Pfizer zusammen. Die Mainzer lieferten Forschung und Impfstoff – mit Beginn der klinischen Studie übernahmen die Amerikaner. Der US-Konzern kümmert sich nun um die Zulassung bei den US-Behörden, er hat auch die Abnahmeverträge etwa mit der EU-Kommission ausgehandelt.

Pfizer trägt zunächst die Hälfte der Entwicklungskosten von BNT162b2 und wird Biontech im Erfolgsfall 748 Millionen Dollar überweisen. Analysten erwarten, dass sich beide Unternehmen die Einnahmen aus dem Verkauf des Impfstoffs teilen, für 2021 sind das geschätzte 10 bis 15 Milliarden Dollar.

So läuft es oft in der Branche: Die Innovationen stammen von kleinen Forschungsunternehmen. Pharmamultis wie Roche, Novartis oder Pfizer stoßen dann als Partner dazu – oder kaufen die kleineren Biotechs irgendwann auf. Unter den zehn größten Pharmakonzernen der Welt ist kein einziger aus Deutschland.

Biontech-Gründer Şahin hat durchaus den Anspruch, das zu ändern. Er will »ein großes europäisches Pharmaunternehmen aufbauen«, das sei von Anfang an sein Ziel gewesen, sagte er in einem Interview mit den Zeitungen der VRM-Gruppe. Doch dazu braucht er viel Geld, Risikokapital.

Klaus Hommels, prominenter deutscher Investor mit Sitz in der Schweiz, sieht darin den Kern der heimischen Misere: »Der Erfolg von Biontech zeigt: Es fehlt in Deutschland nicht am Fachwissen und an den Unternehmern, es fehlt an Kapitalmarktkultur«, sagt er. »Es gibt kaum Risikofinanzierer. Firmen wie Biontech sind gezwungen, in den USA an die Börse zu gehen.«

Deutschland müsse sich aus dieser Selbstverzwergung befreien, glaubt Hommels, und er sieht durchaus die Möglichkeit dazu. »Die Bundesregierung sollte den Biontech-Erfolg zum Anlass nehmen, zwischen Heidelberg und Mainz ein Biotech-Cluster zu etablieren. Das lief im Silicon Valley genauso, weil die US-Regierung Anschubfinanzierung geleistet hat.«

Immerhin scheint es, als habe die Große Koalition die Biotechnologie durch Corona schätzen gelernt. Der Staat übernahm im Juni für 300 Millionen Euro knapp 23 Prozent an dem Tübinger Forschungsunternehmen Curevac, das ebenfalls an mRNA arbeitet. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sprach von einer »hohen industriepolitischen Bedeutung« der Beteiligung.

Auf Dauer hat die staatliche Förderung allerdings vor allem Symbolwert. Der milliardenschwere Finanzierungsbedarf von Hoffnungsträgern wie Biontech und Curevac kann nur von privaten Investoren oder Industriepartnern gedeckt werden.

Mit BNT162b2 hat Biontech noch vergleichsweise einfaches Spiel: Der Impfstoff wird dringend benötigt, Länder tun vieles dafür, das knappe Gut kaufen zu können.

Die große Wette steht dagegen noch aus. Halten Firmen wie Biontech und Curevac im Verdrängungswettbewerb mit Big Pharma durch?

Es ist ein wenig wie bei einem Computerspiel. Das erste Level ist geschafft, das zweite beginnt sofort. Und in diesem geht es aller Voraussicht nach um einen Multi-Milliarden-Markt, um das größte pharmazeutische Geschäft der nächsten Jahrzehnte: neue Medikamente gegen Krebs.

Biontech-Produkte müssten, um überhaupt eine Chance zu haben, Alleinstellungsmerkmale aufweisen, die sie in der Therapie einer bestimmten Krebsart zum Mittel der ersten Wahl machen. Allein mit wohlmeinenden Mäzenen und Impfstoffeinnahmen wird es das Unternehmen kaum schaffen. Vor allem wenn die Konkurrenz finanziell besser ausgestattet ist – und keineswegs schläft.

Da ist zum Beispiel das US-Unternehmen Moderna. Es wird wohl schon in diesen Tagen ein erstes Zwischenergebnis zur Wirksamkeit seines Corona-Impfstoffs vorstellen, der ebenfalls auf mRNA-Technologie basiert.

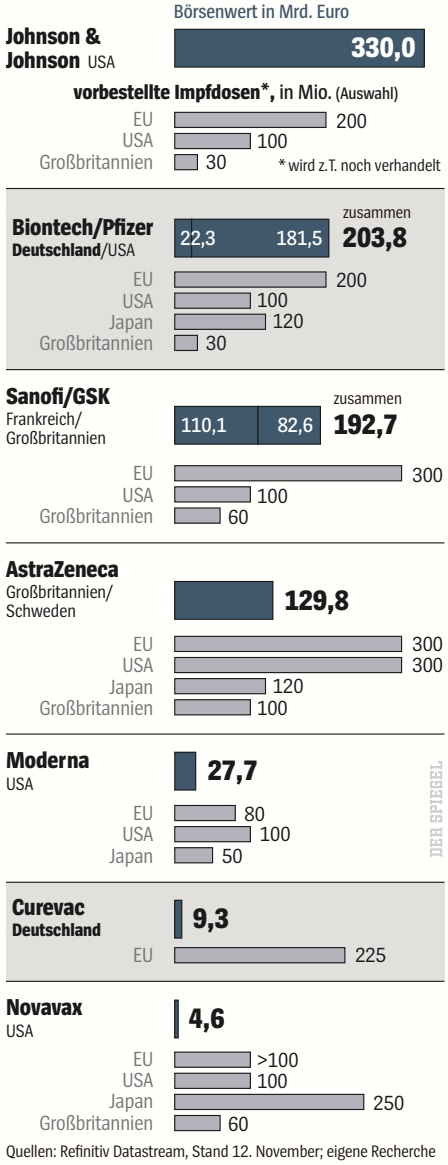
Der Ansatz ist ganz ähnlich wie bei Biontech. Auch Moderna will ein Plattformkonzern werden. Allerdings werden die Amerikaner seit ihrer Unternehmensgründung mit Geld von US-Investoren geradezu überschüttet. Sie sammelten vor der Pandemie zehnmal mehr Kapital ein als die deutschen Biontech-Forscher.

Tim Bartz, Markus Brauck, Martin U. Müller, Thomas Schulz, Klaus Wiendl

► **Lesen Sie auch auf Seite 108**
Wie die Biontech-Vakzine die Impfstoffentwicklung revolutioniert

David gegen Goliath

Wettlauf der Covid-19-Impfstoff-Entwickler (Auswahl)



Quellen: Refinitiv Datastream, Stand 12. November; eigene Recherche

DIRK ROSSMANN

LESEN SIE JETZT DEN KLIMA-THRILLER
DES SPIEGEL-BESTSELLER-NR.1-AUTORS

AB 16.11.
erhältlich in allen
ROSSMANN-Filialen
und im
Buchhandel

ROSSMANN
Mein Drogeriemarkt

»Kredite ersetzen keinen Umsatz«

Tourismus Die TUI wurde mit Milliardendarlehen vom Staat gerettet. Konzernchef Friedrich Joussen, 57, schließt nicht aus, dass er erneut frisches Geld braucht, wenn das Geschäft nicht bald anzieht.

SPIEGEL: Herr Joussen, was war Ihre erste Reaktion, als am Montag die Meldung kam, dass es nach der erfolgreichen Studie der Mainzer Pharmafirma Biontech Hoffnung auf einen Corona-Impfstoff gibt?
Joussen: Erleichterung! Wenn die Impfung wirklich erfolgreich sein sollte und ausreichend Dosen zur Verfügung stehen, wird vieles wieder zur Normalität zurückkehren: Kultur, Sport und auch das Reisen. Aber die Impfungen werden dauern. Deshalb ist es wichtig, dass bald Schnelltests in ausreichend großer Zahl zur Verfügung stehen. Wir bieten solche Tests ab nächstem Wochenende für Reisen auf die Kanaren an. Die Kunden können sie zu Hause machen und sich dabei von medizinischem Personal online beraten lassen. Das könnte eine Zwischenlösung sein.
SPIEGEL: Wie schnell wird sich das Reisen normalisieren, wenn erst einmal ausreichend Impfstoff verfügbar ist?
Joussen: Schnell, die Nachfrage nach Reisen ist ja da. Es muss auch nicht jeder geimpft sein, damit das Land aus der Krise rauskommt. Wenn zum Beispiel Risikogruppen wirksam geschützt werden können, ist eine Normalisierung des Alltags vorher schon denkbar.
SPIEGEL: Wann werden Sie das Vorkrisenniveau wieder erreichen?
Joussen: 2021 wird noch ein Übergangsjahr, wobei die Sommerbuchungen bis jetzt sehr stark sind. Für 2022 gehen wir von einer Nachfrage auf Vorkrisenniveau aus. Wir hatten vor Ausbruch der Pandemie ein Umsatzwachstum von fast 20 Prozent und steuerten auf das beste Jahr unserer Geschichte zu. Der Wunsch zu reisen ist in der Bevölkerung nach wie vor groß.
SPIEGEL: Sie wurden im Frühjahr und Sommer von der Bundesregierung mit Krediten über drei Milliarden Euro gerettet. Müssen Sie in Berlin jetzt öfter mal zum Rapport antreten?
Joussen: Nein, aber natürlich halten wir den Bund wie auch unsere Banken über die Entwicklung auf dem Laufenden, die Kredite sind ja an Bedingungen geknüpft. Monat für Monat wird überprüft: Was wurde geplant? Wie entwickelt sich die Lage, und wie sind die Aussichten?
SPIEGEL: Warum haben Sie sich nicht am Kapitalmarkt frisches Geld geliehen?
Joussen: Das war nicht möglich. Vor Corona war die TUI hochprofitabel, wir hatten die Kraft, jedes Jahr eine Milliarde zu investieren. Dann brach über Nacht der Umsatz auf null ein. Wir haben innerhalb von 48 Stunden dargelegt, dass wir alle für die staatliche Unterstützung notwendigen Bedingungen erfüllen. Die Bundesregierung hat unseren Kreditantrag sehr sorgfältig geprüft und zügig entschieden. Der Staat wird nach der Krise die Kreditsumme plus Zinsen zurückbekommen.
SPIEGEL: Das Reisegeschäft ist nach einer kurzen Erholung im Sommer wieder eingebrochen. Es heißt, dass Sie mit der Bundesregierung bereits über weitere Staatshilfen verhandeln.
Joussen: Im Moment können und dürfen wir keine Option ausschließen, auch nicht, dass wir zusätzliche Kredite benötigen. Genauso wenig können wir ausschließen, dass wir zu einem geeigneten Zeitpunkt neues Eigenkapital aufnehmen oder Teile des Unternehmens veräußern. Wir wissen nicht, wie die Situation in vier Wochen in Deutschland aussieht oder in Großbritannien, ein wichtiger Markt für uns. Dort gibt es schon wieder einen harten Lockdown. Als Vorstand haben wir Verantwortung für das Unternehmen und die Mitarbeiter und wollen uns nicht vorwerfen lassen, etwas versäumt zu haben, was wir dringend hätten tun müssen.
SPIEGEL: Wovon könnten Sie sich denn trennen? Die Bewertungen für alles, was mit Tourismus zu tun hat, sind zurzeit extrem niedrig.

Axel Griesch / Finanzen Verlag / laif

TUI-Vorstandsvorsitzender Joussen
»Es muss nicht jeder geimpft sein«

Joussen: Bei unserer Kreuzfahrttochter Hapag-Lloyd wurde im Sommer ein Verkauf an unser Joint Venture TUI Cruises abgeschlossen. Es gibt auch Vermögenswerte, an denen Investoren durchaus interessiert sind, Hotelanlagen und Grundstücke zum Beispiel. Wir könnten einen Teil davon in Immobilienfonds einbringen, so stille Reserven heben und als TUI trotzdem die Kontrolle über Produkt, Marke und Vertrieb behalten. Im Moment herrscht ja enormer Anlagedruck. Eines ist allerdings klar: Notverkäufe, die wir kurze Zeit später bereuen, machen wir nicht.
SPIEGEL: Sie zahlen für die Kredite der Bundesregierung stolze neun Prozent Zinsen. Wie wollen Sie diese Darlehen tilgen, sollte das Geschäft noch eine Weile schleppend laufen?
Joussen: Als die Bedingungen ausgehandelt wurden, haben alle noch erwartet, wir müssten vielleicht drei Monate überbrücken, und dann geht es wieder los. Dass die Krise so lange dauert, hätten die meisten nicht für möglich gehalten. Kredite ersetzen aber keinen Umsatz. Wir machen unsere Hausaufgaben, bauen die Firma massiv um, senken die Kosten, erhöhen das Tempo bei der Digitalisierung. Und natürlich würde es enorm helfen, wenn geeignete Impfstoffe zügig zur Verfügung stehen würden.
SPIEGEL: Sie waren einer der ersten Anbieter, der Schnelltests eingeführt hat, um Minikreuzfahrten oder Griechenlandrundfahrten wieder zu ermöglichen. Nun müssen Sie Ihre Schiffe fürs Erste erneut stilllegen. Hat Sie die Entscheidung der Behörden in Deutschland und Griechenland überrascht?
Joussen: Seit Ende Juli hatten wir rund 40 000 Kreuzfahrtgäste und keinen Covid-Fall. Wir testen alle Gäste vor der Reise, nach Griechenland gab es Sonderflüge nur für sie, Ausflüge nur in ganz kleinen Gruppen. Aktuell fahren wir von den Kanaren, mit halber Gästezahl, um die AHA-Regeln einzuhalten. Wir haben enorm viel in zusätzliche Hygienestandards investiert. Aber ich muss in einer Jahrhundertpandemie akzeptieren, dass Regierungen Rahmenbedingungen vorübergehend anders setzen.
SPIEGEL: Sie müssen die Kosten stark reduzieren. Wie geht das?
Joussen: Wir investieren weniger in Hotelimmobilien und Schiffe als geplant. Wir haben die Chance genutzt, um unsere Flug-

zeugflotte zu verkleinern und bestellte Boeing-Maschinen vom Typ 737 Max teilweise zwei Jahre später abzunehmen. Außerdem werden wir dauerhaft 30 Prozent der Kosten einsparen, sodass wir nach der Krise erheblich profitabler sind.

SPIEGEL: Gegen einen geplanten Personalabbau gibt es heftige Proteste der Gewerkschaften.

Joussen: Alle Airlines in Deutschland und in Europa reduzieren ihre Flotte deutlich. Insbesondere im deutschen Markt gibt es massive Überkapazitäten. Hier sieht das deutsche Management Handlungsbedarf. Die Gespräche mit den Arbeitnehmern laufen seit vier Monaten. Ich glaube, dass die vorgestellten Schritte notwendig sind.

SPIEGEL: Gut möglich, dass es in den nächsten Monaten in Europa immer wieder zu Lockdowns kommt, die das Reisen einschränken. Wie planen Sie damit?

Joussen: Das größte Problem ist dabei unser Flugbetrieb. Ein ständiges Rein und Raus ist eine massive Herausforderung und erzeugt hohe Kosten. Ein Winterschlaf kommt für uns aber trotzdem nicht infrage. Wir müssen die Mitarbeiter an Bord und motiviert halten, wenn wir die Kosten kontrollieren und den Betrieb nach der Krise wieder hochfahren wollen.

SPIEGEL: Im Sommer haben viele Deutsche Urlaub im eigenen Land gemacht. Was tun Sie, wenn dieser Trend Corona überdauert? TUI lebt vom Pauschalurlaub im Süden.

Joussen: Wir waren zu Beginn der Krise der größte Anbieter in Deutschland, mit mehr als 2500 Hotels unter Vertrag. Als die ersten Häuser auf Sylt nach dem Lockdown wieder aufmachten, kostete die Nacht in einer Drei-Sterne-Pension mit Frühstück oft 300 Euro. Dafür gab es früher eine Woche auf Mallorca, inklusive Flug. Ferien in Deutschland waren schon immer teuer, weil der Sommer hier zu kurz ist und es viel zu wenige Zimmer in den Schulferien gibt. Wenn ein Urlaub für alle Familien bezahlbar bleiben soll, geht es nicht ohne die Mittelmeerländer.

SPIEGEL: Ihr Plädoyer für günstigen Urlaub im Süden lässt nicht viel Platz für Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Joussen: Nachhaltigkeit spielt bei uns eine große Rolle, weil sie unseren Kunden wichtig ist. Wir haben eine sehr junge Flugzeug- und Kreuzfahrtflotte, die verhältnismäßig wenig Sprit verbraucht und bei Vergleichstests regelmäßig auf den vorderen Plätzen landet. Die meisten unserer Hotels sind umweltzertifiziert. Verzicht allein ist nicht die Lösung. Die Leute wollen reisen und haben Lust auf fremde Kulturen. Der globale CO_2-Fußabdruck lässt sich nur durch Innovationen und alternative Energieträger wie zum Beispiel Wasserstoff verringern. Wir müssen Wohlstandswachstum und CO_2-Anstieg entkoppeln. Die Kosten der Wasserstoffherstellung müssen signifikant sinken, dann glaube ich auch für uns an einen Durchbruch.

JFK / EXPA / APA / picture alliance

»Mein Schiff 6« der TUI-Flotte: »Notverkäufe machen wir nicht«

SPIEGEL: Bis die ersten Kreuzfahrtschiffe mit Wasserstoff fahren, wird viel Zeit vergehen. Wie wollen Sie die überbrücken?

Joussen: Wir selbst, aber auch andere Anbieter verschrotten zurzeit ältere Kreuzfahrtschiffe. Läuft das Geschäft wieder an, werden weniger und umweltfreundlichere Schiffe auf dem Meer sein. Das verknappt das Angebot, wird zu höheren Preisen führen und die Rentabilität steigern. Das Geld brauchen die Reedereien auch dringend, um die in der Krise aufgenommenen Kredite zurückzuführen.

SPIEGEL: Normalerweise würde in diesen Tagen das Weihnachtsgeschäft anlaufen. Wo können die Leute noch hinfahren?

Joussen: Was gut funktioniert, ist Urlaub in geschützten Inselresorts und in weitläufigen Anlagen wie bei Robinson. Die Kanaren etwa sind stark gebucht. Von dort aus sind auch Kreuzfahrten weiter möglich.

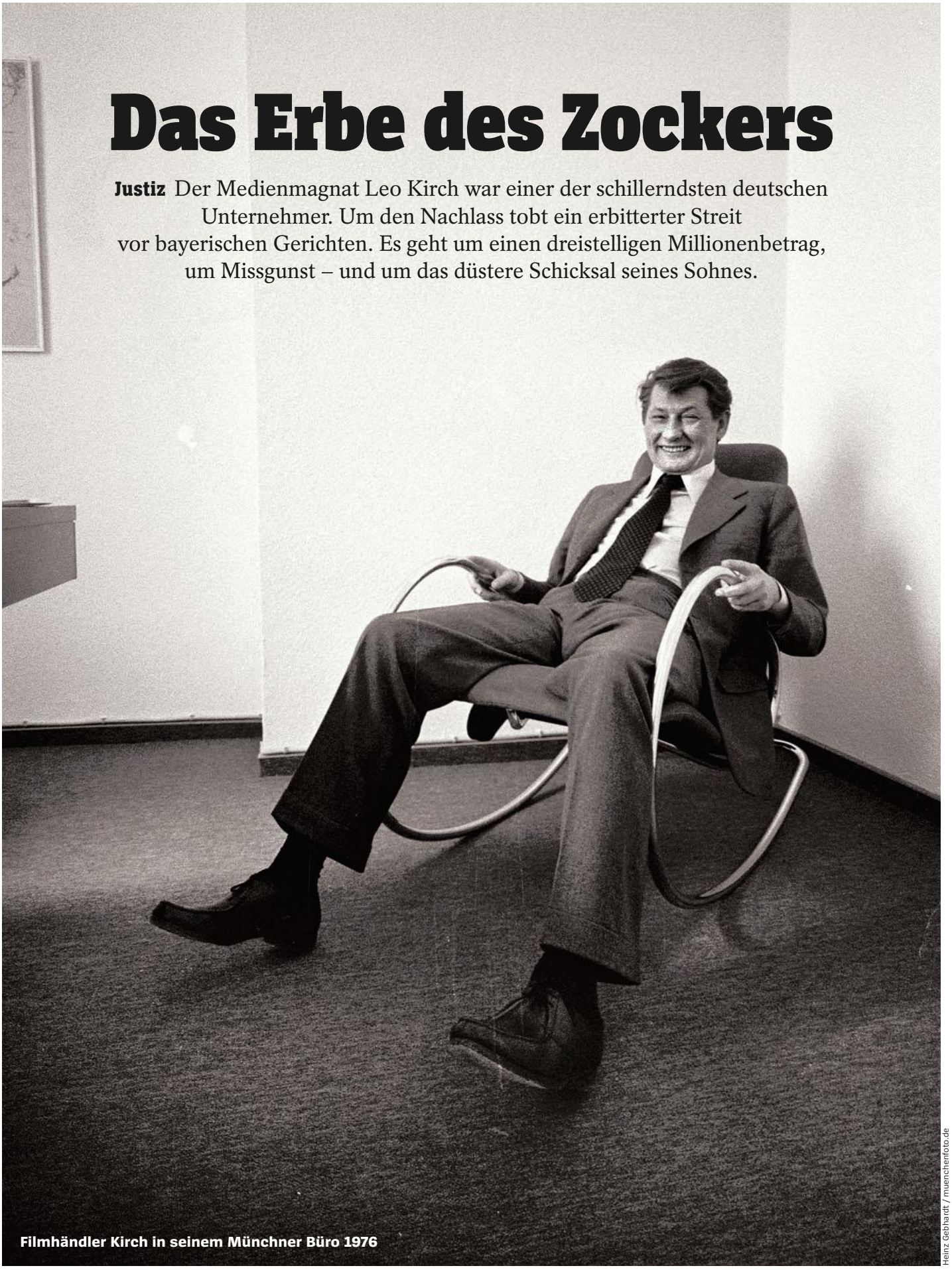
SPIEGEL: Wo werden Sie selbst dieses Jahr die Weihnachtsferien verbringen?

Joussen: Normalerweise wäre ich mit meiner Familie verreist. Doch diesmal haben wir noch nichts geplant. Das Unternehmen braucht im Moment meine volle Aufmerksamkeit.

Interview: Dinah Deckstein, Martin U. Müller

Das Erbe des Zockers

Justiz Der Medienmagnat Leo Kirch war einer der schillerndsten deutschen Unternehmer. Um den Nachlass tobt ein erbitterter Streit vor bayerischen Gerichten. Es geht um einen dreistelligen Millionenbetrag, um Missgunst – und um das düstere Schicksal seines Sohnes.



Filmhändler Kirch in seinem Münchner Büro 1976

Heinz Gebhardt / muenchenfoto.de

Als Leo Kirch im Juli 2011 im Alter von 84 Jahren starb, war nicht abzusehen, dass es sich einmal lohnen würde, um sein Erbe zu streiten. Seine Geschichte schien vorbei, sein Reich untergegangen, sein Geld verloren.

Kirch, für Dekaden einer der mächtigsten und vermögendsten Männer des Landes, hatte neun Jahre zuvor die größte Pleite der deutschen Geschichte hingelegt. Sein gigantisches Kartenhaus aus Krediten von über neun Milliarden Euro war zusammengebrochen, sein Imperium aus Fernsehsendern und Medienbeteiligungen implodiert. Alles schien weg. »Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen«, kommentierte er damals lakonisch in einem Interview mit dem SPIEGEL.

Doch so ganz stimmte das nie.

An derselben Adresse, von der aus Kirch die Überreste seiner Firma lenkte, in der Kardinal-Faulhaber-Straße 15 in der Münchner Innenstadt, hat heute eine Organisation ihren Sitz, die nach seinem Sohn benannt ist, die Thomas Kirch Stiftung. Sie soll Gutes tun: Ein großer Teil der Erträge soll schwer erkrankten Krebspatienten, Spezialkliniken, Palliativstationen und der Forschung zugutekommen.

Geld ist genug vorhanden. Offenbar mehrere Hundert Millionen Euro. Sie stammen aus Aktiendepots, Anderkonten, hochwertigen Immobilien und Goldreserven – zudem ist da ein Kunstschatz von Meisterwerken unterschiedlicher Epochen, der manches Museum neidisch machen dürfte, darunter Werke von Chagall, Kokoschka, Schiele, Gauguin, Nolde und Klee.

Es ist ein Schatz, der vor allem die zahlreichen Kirch-Gläubiger erstaunen dürfte. Sie erhielten vor zwei Jahren die letzte Tranche ihrer Ansprüche – insgesamt 40 Prozent dessen, was sie geltend gemacht hatten.

Und es ist ein Schatz, um den ein erbitterter Streit tobt. Eine Fehde zwischen Angehörigen der Kirch-Dynastie, Ex-Managern des untergegangenen Konzerns, Nachlassverwaltern, Anwälten. Man bezichtigt sich gegenseitig finsterer Absichten und Umtriebe, überzieht einander mit Klagen und Beschwerden, bis hin zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Es geht um viel Geld, verletzte Ehre, um Missgunst – und am Ende auch um eine Familie, die der Kampf um das Erbe zu zermürben droht.

Die »Bild«-Zeitung hatte bereits im Sommer 2017 erstmals über die Anfänge der Fehde berichtet. Nun liegen dem SPIEGEL Tausende Seiten Gerichtsunterlagen vor: amtliche Dokumente, anwaltliche Schriftsätze, Briefe der Familie, ein Nachlassverzeichnis. Die Papiere ermöglichen tiefe Einblicke in den Streit um die Hinterlassenschaft des zu seiner Zeit schillerndsten Unternehmers Deutschlands.

Streitsache

Der Nachlass von Medienmogul Leo Kirch

Februar 2002
Kirchs Medienkonzern steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer stellt die Kreditwürdigkeit der Kirch-Gruppe in einem Fernsehinterview öffentlich infrage.

April 2002
Insolvenz der Kirch-Gruppe. Leo Kirch macht Breuer und die Deutsche Bank wegen des Interviews für die Pleite verantwortlich.

Oktober 2010
Ruth Kirch setzt in ihrem Testament Sohn Thomas als alleinigen Erben ein.

Juli 2011
Leo Kirch stirbt im Alter von 84 Jahren.

Dezember 2012
Das Oberlandesgericht München verurteilt die Deutsche Bank zu Schadensersatz für Verluste infolge der Pleite des Kirch-Imperiums.

Anfang 2014
Thomas Kirch erleidet einen Schlaganfall.

Februar 2014
Vergleich der Deutschen Bank mit den Kirch-Erben: 925 Millionen Euro werden gezahlt.

September 2014
Ruth Kirch ändert ihr Testament zugunsten der Thomas Kirch Stiftung.

April 2016
Ruth Kirch stirbt im Alter von 89 Jahren.

Oktober 2016
Das Amtsgericht München ernennt Hans Erl und Johann Kärtner zu Testamentsvollstreckern über den Nachlass von Ruth Kirch.

November 2017
Absetzung Kärtners als Testamentsvollstrecker durch das Amtsgericht München

1. Juli 2020
Das Oberlandesgericht München bestätigt die Absetzung Kärtners.

14. August 2020
Beschwerde Kärtners gegen seine Absetzung beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof

GJON MILI / Getty Images

Art	Blumenstrauss	4.000/5.000
Beckman	Composition	8.000/10.000
Braque	Stilleben mit Zitrone und Obstkorb	150.000/200.000
Chagall	Blumenkorb	2.000.000/3.000.000
Corot	Paturage	70.000/100.000
Doesburg	Contre Composition	8.000/10.000
Feininger	Stilleben mit Zitronen	600.000/800.000
Gauguin	Bretonne	1.500.000/2.500.000
Janssen	Selbstbildnis	25.000/30.000
Janssen	Figürlich	30.000/40.000

Künstler Braque 1949, Liste der Kirch-Gemälde (Ausriss)

Die Schlacht ist eine juristische, und sie wird angeführt von zwei Nachlassverwaltern, die einander bekriegen wie Feinde. Auf der einen Seite Hans Erl. Hinter ihm steht eine Garde alter Gefolgsleute, die Leo Kirch und seiner Frau Ruth schon zu deren Lebzeiten dienten. Ein eigentümlicher Korpsgeist, miteinander alle Höhen und Tiefen durchschritten zu haben, schweißt sie zusammen. Erl selbst spricht von Kirchs »Streithelfern«.

Sein Gegenspieler ist Johann Kärtner. Seiner Seite neigen Angehörige des Kirch-Clans zu, die sich als Bollwerk gegen die vermeintliche Gier alter Kirch-Getreuer und als Wahrer der Familientradition verstehen. Dazu zählen Leo Kirchs Nichte Doris und sein Neffe Matthias sowie sein außerehelicher Sohn Michael, von dem die Öffentlichkeit erst vor wenigen Jahren erfuhr.

Beide Advokaten waren jahrzehntelang geschäftlich mit der Familie verbandelt. Kärtner hatte vor allem Immobiliengeschäfte für Kirch abgewickelt. Erl hingegen agierte schon damals als Consigliere mit weitreichenden Befugnissen.

Zwischen beiden Fronten steht die Schlüsselfigur dieses Erbstreits, nach der die Stiftung benannt ist: Thomas Kirch, der einzige Sohn von Leo und Ruth Kirch, heute ein schwerkranker, hilfsbedürftiger Mann.

Die Angehörigen werfen Erl, der auch als juristisch Bevollmächtigter von Thomas Kirch fungiert, vor, die Familie von ihm fernzuhalten. In Briefen an die Münchner Justiz schildern mehrere Angehörige in drastischen Worten, ein »frei entfaltetes Familienleben« in München sei »nicht möglich«, weil bei Gesprächen mit Thomas Kirch stets Aufpasser anwesend seien. Verbesserungsvorschläge zu seiner medizinischen Versorgung seien »rüde zurückgewiesen« worden.

Die Familie wähnt den Sohn von Leo und Ruth Kirch offenbar in einer Art Gefangennahme durch seinen Bevollmächtigten. Damit Erl ohne Kontrolle »schalten und walten« könne, werde der Kirch-Filius seiner persönlichen Freiheit beraubt und um sein Erbe gebracht, so der Vorwurf.

Der Medienunternehmer Leo Kirch war zeitlebens ein Spieler. Er besaß zahlreiche Fernsehsender, darunter ProSieben und Sat.1, und wagte mit dem Abo-Sender Premiere (heute: Sky) als Erster, den Deutschen das Bezahlfernsehen zuzumuten. Er kaufte sich verdeckt beim Springer-Verlag (»Bild«, »Welt«) ein, bis er rund 40 Prozent kontrollierte. Für Milliarden erwarb er die Übertragungsrechte an Fußball-Weltmeisterschaften und an der Formel 1. Das Geld für seine wilden Bieterschlachten hatten ihm Geldhäuser wie die Bayerische Landesbank gepumpt. Ein großer

Zocker blieb Kirch selbst als Pleitier noch. Nach seiner Insolvenz verklagte er die Deutsche Bank auf Schadensersatz in Milliardenhöhe. Er behauptete, der damalige Vorstandsvorsitzende Rolf Breuer habe durch ein Fernsehinterview die Zahlungsunfähigkeit heraufbeschworen. Der Mammutprozess endete erst drei Jahre nach Leo Kirchs Tod mit einem Desaster für die Deutsche Bank – das Kreditinstitut sah sich gezwungen, einem Vergleich über rund 925 Millionen Euro zuzustimmen. Ein gewichtiger Anteil dieser Entschädigungssumme gehört zum Erbe.

Als sein Imperium ins Wanken geriet, hatte Kirch für die Seinen längst vorgesorgt. Seine Ehefrau Ruth, eine Ärztin, mit der er seit den Fünfzigerjahren verheiratet war, verfügte über ein dreistelliges Millionenvermögen. Die beiden lebten in Gütertrennung.

In ihrem ersten Testament, das Ruth im Oktober 2010 aufsetzte, bestimmte sie ihren Sohn zum Alleinerben. Thomas Kirch, heute 62, hatte bis zur Pleite des Medienkonzerns verschiedene leitende Positionen inne. Seinem fordernden Vater konnte er es indes selten recht machen. Leo Kirch setzte lieber auf Männer wie den Rechte-Einkäufer Dieter Hahn, einen promovierten Juristen. Er war, anders als Thomas, robuster, zupackender, skrupelloser.

Kirch junior hingegen verbrachte viel Zeit an der US-Ostküste, wo er Informatik studiert hatte und ein Haus besaß. Sein Leben schien abgesichert mit dem ersten Testament seiner Mutter, das ihn als Alleinerben vorsah. Doch Anfang 2014 erlitt Thomas Kirch einen Schlaganfall, von dem er sich nie vollständig erholt hat.

Diese Tragödie ist der Auslöser für den erbitterten Erbstreit. Denn im September 2014, wenige Monate nach dem Schicksalsschlag, änderte Ruth Kirch ihr Vermächtnis. Nicht mehr Thomas, sondern »eventuelle leibliche Abkömmlinge« ihres Sohnes sollten nun die alleinigen Erben sein, »mangels solcher« eine Stiftung, die den Namen von Thomas Kirch tragen und sich dem Kampf gegen Krebs verschreiben sollte.

Ihrem pflegebedürftigen Sohn vermachte Ruth einen Betrag von zehn Millionen Euro. Außerdem sollte ihm ein Drittel der Stiftungserträge zustehen. Als Nachlassverwalter bestimmte Ruth Hans Erl und Johann Kärtner – jene beiden Juristen, die heute in verfeindeten Lagern stehen.

Im April 2002, als der Konzern in die Insolvenz schlitterte, hatten Leo und Ruth Kirch Erl eine Generalvollmacht »im Innenverhältnis jeweils nach dem anderen Ehegatten« übertragen. Von ihrem Sohn Thomas, der mehr als sechs Prozent der einstürzenden Kirch-Gruppe besaß, erhielt der Anwalt in dieser Stunde größter Not eine Generalvollmacht sowie eine Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung.

Erls Einfluss nahm stetig zu. 2004 wurde er alleiniger Generalbevollmächtigter Leo Kirchs, vier Jahre später auch der von Ruth. Zudem war Erl Geschäftsführer einer Firma namens KGL Pool GmbH, die

Als sein Imperium ins Wanken geriet, hatte Leo Kirch für die Seinen längst vorgesorgt.

im Auftrag von Ruth den Prozess ihres Mannes gegen die Deutsche Bank finanzierte – und bei der schließlich die erstrittenen 925 Millionen Euro eingingen.

Als die Witwe Ende April 2016 starb, hatte sie keine Enkelkinder, die ihr Vermögen hätten erben können. Thomas Kirch hatte Ende der Neunzigerjahre die Tochter eines Astrologen geheiratet, die Ehe war bereits drei Jahre später geschieden worden und kinderlos geblieben.

Nun lag es an den beiden Testamentsvollstreckern, gemeinsam den Nachlass zu sichten und zu ordnen. Allein aus dem Vergleich mit der Deutschen Bank stand Ruth Kirch offenbar ein Viertel der Entschädigungssumme zu: mehr als 200 Millionen Euro. Doch schon nach kurzer Zeit überwarfen sich die beiden Kirch-Vertrauten, wie aus den Gerichtsunterlagen hervorgeht. Sie schafften es nicht einmal, gemeinsam festzustellen, wie viel Vermögen eigentlich vorhanden war – und in die Stiftung einfließen sollte.

Kärtner bezichtigte Erl, ihm präzise Informationen über die Höhe des Nachlasses zu verweigern. Nur wenige Monate nach dem Tod der Kirch-Witwe reichte er deshalb beim Landgericht München eine Auskunftsklage gegen Erl ein. Demnach beanspruche Erl 44 Millionen Euro für sich, die die Verstorbene auf einem Anderkonto bei der Bank Unicredit hinterlassen hatte. Zugleich stellte er kritische Nachfragen nach dem Verbleib und der Bewertung der zahlreichen Gemälde und Kunstgegenstände aus der kirchschen Sammlung.

Erls Anwalt widerspricht gegenüber dem SPIEGEL sämtlichen Vorwürfen. Sie seien »gerichtlich offensichtlich als unwahr und/oder unerheblich bewertete Tatsachenbehauptungen«, die »auf eine in keiner Hinsicht zuverlässige Quelle« zurückgingen.

Erl seinerseits wirft Kärtner vor, seine Pflichten als Mit-Testamentsvollstrecker verletzt zu haben. Als Beleg führt er ein Honorar von rund 1,3 Millionen Euro an, das dieser der Thomas Kirch Stiftung für seine Arbeit 2017 in Rechnung gestellt habe. Dem Nachlass abträglich gewesen seien auch zwei geplante Immobilienkäufe in München über insgesamt 120 Millionen Euro, die Kärtner im Namen der Stiftung eigenmächtig verhandelt habe. Allein für die Vertragsentwürfe habe er der Stiftung als Notar mehr als 100 000 Euro in Rechnung gestellt.

Zudem, so Erl, habe Kärtner die Genehmigung der Thomas Kirch Stiftung blockiert, was zu einer Steuervorauszahlung von über einer Million Euro geführt habe. Kärtner äußert sich auf Anfrage dazu nicht.

Die Anschuldigungen und Vorhaltungen, mit denen sich die beiden Verwalter vor Münchner Gerichten überziehen, füllen Dutzende Aktenordner. Es gab sogar Strafanzeigen, sowohl gegen Erl als auch gegen Kärtner. Beide Verfahren stellte die Münchner Staatsanwaltschaft zwischenzeitlich ein. In dem Erl konkret vorgeworfenen Fall sahen die Ermittler keine Anhaltspunkte für eine Untreue zulasten von Ruth Kirch.

Erl wird von der Kanzlei Peter Gauweilers vertreten, der wie viele konservative Politiker im Land einen engen Draht zu Kirch pflegte. Der Jurist gehört zur Riege von Kirchs engen Streithelfern. Gauweiler war es auch, der die zwölf Jahre währende Fehde gegen die Deutsche Bank orchestrierte.

Kärtners Anwalt Michael Flood hält Gauweiler in einem Gerichtsschreiben vor, dafür »rechtswidrige und weit überhöhte«

Wir glauben nicht, dass unsere Tante in ihrer sehr geschwächten gesundheitlichen Verfassung die Struktur der Testamente und der zu errichtenden Stiftung vollumfänglich erfassen konnte. Sie hat sich auf ihre Berater verlassen und war von deren Empfehlungen abhängig. Niemals hätte sie ihren Sohn enterbt,

Mit freundlichen Grüßen

Doris Kirch

Matthias Kirch

Ernst-Martin Rießner

Michael Kirch

Brandbrief von Kirch-Angehörigen an Münchner Justiz (Ausriss): »Auf ihre Berater verlassen«

M. Tinnefeld / API

Quelle Youtube

Jens Hartmann / People Picture

Mitglieder der Kirch-Familie*: »Mein Cousin ist ja quasi seiner Grundrechte beraubt«

Honorare im zweistelligen Millionenbereich kassiert zu haben. Ein Anwalt Gauweilers bezeichnete dies dem SPIEGEL gegenüber als »pathologisch erfunden und grotesk falsch«.

Im November 2017 setzte das Amtsgericht München Johann Kärtner als Testamentsvollstrecker ab. Die Begründung: »Gefährdung des Erblasserwillens«. Eine Richterin sah es als erwiesen an, dass Kärtner die Einrichtung der Thomas Kirch Stiftung behindere. Der Notar legte Beschwerde ein. Mehr als zweieinhalb Jahre vergingen, in denen eine Flut weiterer Schriftsätze beim Münchner Oberlandesgericht landete, der zweiten Instanz.

Anfang Juli erst verwarf das Oberlandesgericht Kärtners Beschwerde, der Beschluss ist rechtskräftig und nicht anfechtbar. Die Erl-Seite reagierte prompt. Unmittelbar nach der Entscheidung trug sie die Thomas Kirch Stiftung ein.

Kärtner zog die letzte Karte, eine Verfassungsbeschwerde. Mitte August reichte sein Anwalt einen Schriftsatz von mehr als 400 Seiten beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof ein, Aktenzeichen Vf. 71-VI-20. Die Gerichte, so heißt es darin, hätten es versäumt, Kärtner persönlich zu Erls Vorwürfen anzuhören. Das sei verfassungswidrig.

* Oben l.: Unternehmer Leo Kirch mit Nichte Doris 1997; unten l.: Leo Kirchs unehelicher Sohn Michael; r.: Leo-Kirch-Gattin Ruth mit Sohn Thomas 2011.

Sein Reichtum verführte Leo Kirch nicht zu sichtbaren Extravaganzen. Wenn er im Restaurant des Bayerischen Hofs speiste, das nur wenige Schritte von seinem Büro in der Kardinal-Faulhaber-Straße entfernt war, setzte er sich gern in ein Separee. Seine Kleidung war bieder. Am liebsten trug Kirch über dem Hemd eine Strickjacke. Die Familie wohnte in feinster Münchner Lage, jedoch in einem Mehrfamilienhaus aus weißem Klinker, das neben den Villen der Nachbarn eher bescheiden und unaufdringlich wirkt.

Kirch waren andere Dinge wichtig. Die klassische Musik etwa, aufwendig ließ er Opern filmen, um sie in bester Qualität zu konservieren. Auch die Kunst hatte es ihm angetan. In seinen Wohnungen hingen Bilder von Georges Braque, Marc Chagall, Paul Gauguin, Paul Klee, Oskar Kokoschka, Claude Monet, Amedeo Modigliani, Emil Nolde und Egon Schiele. Diese Schätze hatte er ebenfalls seiner Frau übertragen. Als Ruth Kirch starb, hinterließ sie mehr als drei Dutzend wertvoller Gemälde. Hinzu kamen exquisite Antiquitäten.

Testamentsvollstrecker Erl erstellte vier Monate nach Ruth Kirchs Tod ein »vorläufiges« Nachlassverzeichnis. Darin taxierte er den Wert der »Kunst« auf 50 Millionen Euro, den Gesamtwert des Erbes auf rund 200 Millionen Euro.

Die Zahlen erscheinen merkwürdig niedrig. Denn neben den mehr als 200 Millionen Euro aus dem Deutsche-Bank-Vergleich gehörten zu dem Nachlass unter anderem zwölf Immobilien sowie Fonds- und Aktiendepots im Wert von damals rund 50 Millionen Euro. Aus den Unterlagen geht hervor, dass eine Bank allein das Grundstück in der Kardinal-Faulhaber-Straße mit 61 Millionen sowie ein einzelnes Gemälde aus der Kirch-Sammlung mit 15 Millionen Euro als Sicherheiten für zwei Kredite in ihren Büchern hatte.

Und dann waren da noch »Forderungen« gegenüber Dritten. So stand etwa Leo Kirchs Gefolgsmann Hahn zum Zeitpunkt des Todes von Ruth Kirch bei ihr in der Kreide: mit elf Millionen Euro. Das Geld hatte sich Hahn im November 2008 gepumpt, davon hatte er sich eine Villa samt 3000 Quadratmeter großem Grundstück in Ambach am Starnberger See gegönnt.

Die elf Millionen habe Hahn »bereits seit Jahren mit Zinsen zurückgezahlt«, teilte ein Anwalt auf Anfrage mit. Die Mittel dazu hatte er. Von der Entschädigungssumme der Deutschen Bank kassierte Hahn, auch er einer der Streithelfer Kirchs, »knapp 200 Millionen Euro vor Steuern«, wie er bei einem Gerichtsverfahren offenlegen musste.

Zur kirchschen Gemäldesammlung fertigte ein Berliner Kunstsachverständiger im Juni 2018 ein Gutachten an. In Auftrag gegeben hatte es Doris Kirch, 55, die Tochter von Leo Kirchs jüngerem Bruder. Sie hegt Zweifel am Umgang des Testamentsvollstreckers Erl mit den Gemäl-

den. Grundlage des Gutachtens war ein Verzeichnis Erls, auf dem rund 40 Kunstwerke aufgeführt waren, außerdem Fracht- und Lagerverträge mit einer Spedition. Demnach hatten die Transporteure im Juli 2016 aus der Wohnung der Verstorbenen 30 Bilder abgeholt. 22 landeten in einem Depot bei München. Wohin die anderen acht Gemälde gebracht wurden und was mit den restlichen nicht abtransportierten Kunstwerken geschah, lässt sich den Papieren nicht entnehmen.

Das Fazit des Kunsthistorikers war vernichtend. Die ihm präsentierten Unterlagen würden »in keiner Weise der Anforderung eines ordentlichen Nachlassverzeichnisses genügen«, schrieb er, sie seien »nicht nur unvollständig, sondern zum Teil auch widersprüchlich«.

Erl hingegen beteuerte, die Kunstschätze seien sicher verwahrt. Ein Teil der Gemälde sei zur Lagerung oder Ausstellung »nach Wien beziehungsweise nach London« gebracht worden. Alle anderen Gemälde seien bei einer Spedition in der Nähe Münchens in einem Sicherheitsraum deponiert. In diesem Schreiben bezifferte Erl den Gesamtwert der Gemälde erneut auf lediglich »zirka 50 Millionen Euro«.

Doris Kirch begann mit 18 Jahren im Medienkonzern ihres Onkels, sie war dort fast zwei Jahrzehnte lang bis zur Insolvenz auch in leitenden Positionen tätig. Das Verhältnis zu seiner Familie sei »eng, sehr herzlich« gewesen, mit ihrem Cousin Thomas verbinde sie eine lebenslange Freundschaft. »Manche dachten zeitweise, wir seien Bruder und Schwester«, schrieb sie ans Gericht.

In dem Erbstreit ist Doris Kirch zur Wortführerin von Angehörigen geworden. Sie beteuert, keine eigenen Erbansprüche zu hegen. Ihr hilfsbedürftiger Cousin habe sie vielmehr »um die Wahrnehmung seiner Interessen gebeten«.

Auch im Namen von Familienmitgliedern schickte sie mehrere Brandbriefe an die Münchner Justiz – mit schweren Vorwürfen gegen Erl und Betreuer ihres Cousins. »Die Familie hat das Vertrauen in Hans Erl verloren, und wir sind der Ansicht, dass er nicht mehr für das Wohl von Thomas verantwortlich sein darf«, schrieb sie.

Erl behandle ihren Cousin wie eine »debile Person«, wolle ihn entmündigen und seine Geschäftsfähigkeit infrage stellen. Der Anwalt habe als Generalbevollmächtigter ihrer Tante Ruth schon wenige Wochen nach dem Schlaganfall Anfang 2014 darauf gedrängt, Thomas Kirch zu enterben. Zu diesem Zeitpunkt hätten noch »überhaupt keine zuverlässigen Einschätzungen über seine Genesung gemacht« werden können. Doris Kirch zweifelt an, dass ihre Tante die Tragweite ihrer Testamentsänderung erkannt habe: »Sie hat sich auf ihre Berater verlassen und war von deren Empfehlungen abhängig.« Auch zur medizinischen Betreuung ihres Cousins stellt sie kritische Fragen.

Erl unterstellt Doris und ihren Angehörigen in einer Erwiderung an das Münchner Oberlandesgericht, eigene Interessen zu verfolgen. Doris Kirch habe vergebens »gehofft«, ihren Onkel »in Form eines gehobenen Postens innerhalb der Kirch-Gruppe ›beerben‹ zu dürfen«. Leo Kirch habe später Kontakt zu seiner Nichte abgelehnt.

Während ihn selbst eine tiefe Freundschaft mit Ruth und Leo verbunden habe,

In dem Erbstreit ist Doris Kirch zur Wortführerin von Angehörigen geworden.

sei Doris Kirch erst nach dem Tod ihres Onkels zu Besuchen in dessen Haus aufgetaucht, »ein bis zwei Mal pro Jahr«. Zu ihrem Cousin habe sie vor dem Tod von Ruth Kirch »keinerlei Kontakt« gehabt.

Deutlich widerspricht Erl dem Vorwurf, Thomas Kirch würde medizinisch nicht angemessen betreut. Dies sei »nach ärztlicher Auskunft falsch«. Dass Ruth Kirch 2014 ihr Testament geändert habe, habe auch mit einer früheren Drogenabhängigkeit von Thomas Kirch zu tun. Die Mutter habe befürchtet, ihr Sohn könne nach seiner Genesung und angesichts der üppigen Gelder aus dem Vergleich mit der Deutschen Bank »wieder in seine alte Suchtkrankheit zurückfallen und von falschen Freunden finanziell ausgenutzt werden«.

Auf Nachfrage äußerte sich Erl nicht zu den massiven Anschuldigungen von Doris Kirch und Angehörigen der Familie

Aris

Kirch-Streithelfer Gauweiler, Hahn 2008
Eigentümlicher Korpsgeist

Kirch. Eine Bitte um Stellungnahme an Thomas Kirch, um deren Weiterleitung der SPIEGEL Erl als dessen Generalbevollmächtigten ersucht hatte, erwiderte ein Anwalt in Thomas Kirchs Namen. Sein Mandant beabsichtige nicht, auf die »angefragten Einzelheiten« einzugehen.

Auch nicht auf eine Episode, die die ganze Härte und das menschliche Drama des Streits um das kirchsche Erbe zeigt. Sie soll sich im November 2017, an Allerheiligen, ereignet haben. Das Geschehen wird in einem Schreiben der Kanzlei Gauweiler detailliert geschildert.

Doris Kirch sei an jenem Tag mit ihrem Cousin ans Grab der Mutter gefahren, begleitet von einem Pfleger und einem engen Freund von Thomas. In einem unbeobachteten Moment habe Doris ihrem Cousin zwei Schriftstücke vorgelegt. Das eine: ein vorbereiteter Widerruf der Generalvollmacht, die Thomas Kirch Erl 2002 erteilt hatte. Das zweite habe eine Übertragung eben jener Vollmacht auf Doris Kirch enthalten.

Thomas Kirch, im Rollstuhl sitzend, soll nicht mehr in der Lage gewesen sein, seinen eigenen Namen zu schreiben. Für die Erl-Seite ein Beleg, dass Doris ihren Cousin zu manipulieren versuche, um womöglich selbst an einen Teil des Erbes zu gelangen. Doris Kirch bestreitet das auf SPIEGEL-Anfrage entschieden. »Thomas hatte mich ausdrücklich um diese Hilfe gebeten, und ich bin seinem Wunsch nachgekommen.«

Zudem bekräftigt sie die Vorwürfe aus ihren früheren Briefen, diese »seien nach wie vor aktuell und inhaltlich korrekt«. Sie habe zu ihrem Onkel Leo bis kurz vor dessen Tod »regelmäßigen Kontakt« gehabt und die Familie in München »sehr häufig« besucht.

Ihr Cousin habe sie auch gebeten, bei der Trauerfeier für seine Mutter neben ihm zu sitzen, wie schon beim Requiem für seinen Vater. »Der einzige legitime Erbe des Ehepaars Ruth und Leo Kirch ist nach Auffassung der Familie ihr Sohn Thomas«, schreibt Doris Kirch. Der sei durchaus geschäftsfähig und könne eigene Entscheidungen treffen: »Dabei versuchen wir ihn zu unterstützen.« Dies sei auch dringend notwendig: »Mein Cousin ist ja quasi seiner Grundrechte beraubt.«

Es sei für die Familie »nach wie vor unklar, wo der Ruth Kirch zustehende Anteil aus dem Deutsche-Bank-Vergleich und andere Teile des Vermögens, unter anderem die Kunst, verblieben sind«, schreibt Doris Kirch: »Das Handeln von Erl in der Testamentsvollstreckung, unterstützt durch die Kanzlei Gauweiler, ist vor allem von Eigennutz geprägt.«

Rafael Buschmann, Marcel Rosenbach, Michael Wulzinger

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

GEMEINSAM KRAFT

Unter Leistungsfähigkeit verstehen wir, **gemeinsam mit unseren Kunden aus Herausforderungen Verbesserungen zu machen.**

Was zunächst wie ein Verlust erscheint, ist manchmal der Anfang von etwas Neuem. Das japanische Handwerk Kintsugi beweist das eindrucksvoll. Es verkörpert den Glauben, dass erst die kunstvolle Reparatur ein Objekt vollendet. Auch für uns von der DZ BANK bedeuten Umbrüche Chancen. Denn wenn wir Herausforderungen heute partnerschaftlich begegnen, gehen wir mit noch besseren Lösungen in die Zukunft. Erfahren Sie mehr über unsere Haltung unter: **dzbank.de/haltung**

DZ BANK
Die Initiativbank

Marsaleks Helfer

Skandale Der Ex-Wirecard-Vorstand spannte augenscheinlich Firmen und Freunde ein, um den Konzern zu plündern. Dazu gehörte ein Kumpel aus Libyen.

In der Welt der Dax-Konzerne sind Männer wie Rami El Obeidi eine unübliche Erscheinung: Der Mann war Chef des libyschen Auslandsgeheimdienstes und genau deshalb für Jan Marsalek, Ex-Vorstand des inzwischen insolventen Finanzdienstleisters Wirecard, von größter Bedeutung. El Obeidi engagierte 2019 Detektive, die mit fragwürdigen Methoden kritischen Investoren nachstellten. Militärfan Marsalek, mutmaßliches Mastermind des Jahrhundertschwindels, erwog seinerseits den Aufbau einer Söldnertruppe – in El Obeidis Heimat Libyen.

Seit dem Kollaps von Wirecard ist Marsalek spurlos verschwunden. Wie eng seine Beziehungen zu El Obeidi waren, wird dagegen immer offensichtlicher. Nach SPIEGEL-Informationen war der Libyer wichtigster Geldgeber der Investmentfirma IMS Capital Partners, die auf vielfältige Weise mit Marsalek und Wirecard verbandelt war. So hatte sich IMS in der noblen Münchner Prinzregentenstraße 61 eingemietet – die Prachtvilla diente Marsalek lange als Kommandozentrale, um sein Schattenreich aus Firmen und personellen Verflechtungen zu regieren. Dort empfing er Geheimdienstler und Politiker, ließ sich die lädierte Bandscheibe massieren und bunkerte Beatmungsgeräte für den Fall einer Corona-Infektion.

Geschäftsführer von IMS ist ein Mann namens V., den Marsalek vor rund 20 Jahren im Münchner Nachtklub »Pacha« kennengelernt hatte. Beteiligt war IMS unter anderem an dem Münchner Start-up Getnow, einer Digitalplattform für Lebensmittel. Inzwischen ist Getnow pleite, ebenso wie IMS selbst – und El Obeidi sauer.

Der Libyer ist Haupteigentümer zweier türkischer Firmen, die 20 Millionen Euro in IMS investiert hatten, laut El Obeidis Anwälten auf Vermittlung Marsaleks. Nun haben die Türken V. und seine Firma verklagt. 18 Millionen Euro sollen in Getnow und andere Start-ups, der Rest aber in V.s Taschen geflossen sein. Er sitzt in Untersuchungshaft, die Staatsanwaltschaft wirft ihm Untreue vor. Sein Anwalt will den Fall unter Verweis auf eine laufende Haftprüfung nicht kommentieren.

Das Interesse der Ermittler an V. geht allerdings weit über seine Rolle bei der IMS-Pleite hinaus. Er könnte zu einem wichtigen Belastungszeugen gegen Marsalek und andere am Wirecard-Skandal beteiligte Manager werden. Denn es wird immer klarer, wer zu Marsaleks Bande gehörte, von der die Staatsanwaltschaft annimmt, dass sie mehr als drei Milliarden Euro aus dem Wirecard-Konzern herausgeschleust haben könnte. Das Muster erinnert an konzentrische Kreise: Mittelpunkt ist die Prinzregentenstraße, die Ausläufer enden im Fernen Osten.

So firmierte V. in mehreren Firmen aus dem Wirecard-Umfeld als Geschäftsführer und war offenbar über Beraterverträge mit Wirecard – und damit Marsalek – verbunden. Seine IMS stellte dem Finanzkonzern für diverse Dienstleistungen 1,5 Millionen Euro in Rechnung; eine weitere ihm zugerechnende Firma soll für Kundenakquise und Geschäftsentwicklung 160 000 Euro kassiert haben. Was der Hintergrund der Geldflüsse war und ob Marsalek und Verbündete sich daran bereicherten, dürfte die Ermittler noch beschäftigen.

Leopold Fiala

Quelle Twitter

Christian Ditsch

Partner Marsalek, El Obeidi, Wirecard-Akte
Auf vielfältige Weise verbandelt

Hinzu kommt die Rolle von V. bei der Getnow Holding Ltd., neben IMS der zweite große Gesellschafter der Onlineplattform. Hinter dem Finanzvehikel mit Sitz auf der Isle of Man wird Marsalek vermutet. Bei einer Gesellschafterversammlung soll V. die Holding vertreten haben. Auch auf anderem Wege floss Geld von Wirecard an den Marsalek-Kumpel V. So lieh Wirecards Asientochter der IMS 1,4 Millionen Euro »für gemeinsame Geschäftsentwicklung« im Zahlungsverkehr. Genehmigt wurde der Kredit von Marsalek und einer Topmanagerin der Wirecard Asia Holding, die im Visier der Staatsanwaltschaft ist. Getnow erhielt von Wirecards Asientochter ebenfalls Kredite.

Die Banktochter des Finanzkonzerns, die Wirecard Bank, lieh wiederum dem Apartmentvermittler Acomodeo, eine weitere Beteiligung von V., 2,5 Millionen Euro. Als Acomodeo Ende 2018 überschuldet war, wurde die Firma durch ein Wandeldarlehen gerettet, das ihr Haupteigner, Kilimanjaro Private Capital, vergab.

Die Kilimanjaro-Verbindung führt in eines der Epizentren des Wirecard-Skandals, nach Singapur. Denn Kilimanjaro wird offenbar von einer weiteren Schlüsselfigur des Marsalek-Netzwerks beherrscht: von Shanmugaratnam Rajaratnam, genannt »Shan«. Dessen Firma Citadelle verwaltete bis Ende 2019 jene Treuhandkonten, auf denen die Wirecard-Milliarden angeblich liegen sollten. Von dem Geld fehlt jedoch, wie von Marsalek, jede Spur.

In Marsaleks verworrenem Firmenreich taucht Shan immer wieder auf. So war er Direktor der Firma Ocap, die als externer Partner Hunderte Millionen Euro Kredit von Wirecard erhielt. Die Staatsanwaltschaft Singapur, die gegen Shan Anklage erhoben hat, und die Ermittler in München glauben, dass das Geld veruntreut wurde. Die Anwälte von Shan und Marsalek äußerten sich nicht zu den Vorwürfen.

Wie in einem Spinnennetz sind Ocap, Getnow und Marsalek-Freund V. miteinander verknüpft. Eigentümer von Ocap ist eine Offshorefirma namens Delphinium. Sie sitzt auf der Isle of Man an derselben Adresse wie die Getnow Holding Ltd., also jene Firma, die Marsalek kontrolliert haben soll und die V. zeitweise vertrat.

Bleibt die Frage, was der damalige Wirecard-Chef Markus Braun von all dem wusste. Ende 2017 lieh seine MB Beteiligungsgesellschaft Marsalek privat 50 Millionen Euro, um in Start-ups zu investieren. Ob und wie Marsalek das Geld tatsächlich anlegte, weiß Braun seinem Anwalt zufolge nicht. Dass der Ex-Chef nicht zumindest nachfragte, wofür sein Kollege die Summe verwandte, ist schwer vorstellbar. Sein Anwalt erklärt, Braun kenne V. nur »oberflächlich«, die Villa in der Prinzregentenstraße habe er nie besucht.

Als Braun im Frühling 2020 einen privaten Kredit tilgen musste, soll Marsalek ihm rund 40 Millionen Euro zurückgezahlt haben. Marsaleks Ex-Vertrauter Rami El Obeidi dagegen muss sein Investment in IMS wohl abschreiben.

Tim Bartz, Martin Hesse

Transforming patients' lives through science™

Unsere Mission ist die Erforschung, Entwicklung und Bereitstellung von innovativen Medikamenten, die Patienten dabei helfen, schwere Erkrankungen zu überwinden.

Gemeinsam geben wir unser Bestes, um das Leben von Patienten durch Forschung und Wissenschaft zu verbessern – jeden Tag, weltweit, für mehr Patienten.

Bristol Myers Squibb™

Besuchen Sie uns auf **bms.com/de**

© 2020 Bristol-Myers Squibb Company. All rights reserved. NODE20SD01580-01

Ausland

Anthony Kwan / GETTY IMAGES

Die prodemokratischen Abgeordneten in Hongkong fassen sich an den Händen. Kurz darauf treten sie geschlossen zurück, nachdem Hongkongs Regierung vier von ihnen hinausgeworfen hat – auf Weisung Chinas. Im Legislativrat gibt es nun keine Opposition mehr. Hongkong verliert damit sein demokratisches Element, nachdem Peking erst kürzlich seinen Einfluss in der Metropole drastisch verstärkt hat. Das Experiment »ein Land, zwei Systeme« steht vor dem Aus.

Der Krieg des Nobelpreisträgers

Analyse Die zunehmende Instabilität Äthiopiens gefährdet die gesamte Region.

● Abiy Ahmed ist Ministerpräsident von Äthiopien und führt gerade Krieg. Das ist insofern erstaunlich, als Abiy erst vor einem Jahr den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um eine Lösung des Konflikts mit Eritrea erhalten hat. Die Bewältigung der inneren Spannungen in Äthiopien ist ihm dagegen weniger gut gelungen. Derzeit kämpft die Armee gegen Milizen von der Ethnie der Tigray. Sie leben im Norden des Landes und machen nur rund sechs Prozent der Bevölkerung aus. Aber sie haben jahrzehntelang den Ton in der Politik angegeben, bis Abiy 2018, getragen von Massendemonstrationen, an die Macht kam.

Abiy, vom Volk der Oromo, hat das autoritäre Herrschaftssystem der Tigray von innen her ausgehöhlt und ihnen viele Privilegien genommen – auch deshalb hat er die Tigray gegen sich aufgebracht. Er stützt sich heute auf ein breites Bündnis von ethnischen Gruppen und deren Parteien. Die Tigray rebellieren nun gegen ihren Bedeutungsverlust und werfen dem Regierungschef diktatorische Absichten vor.

Zwar gibt sich Abiy zuversichtlich und sagt, die Kämpfe seien bald vorbei. Doch mit einem militärischen Sieg über die Freischärler im Norden wäre der Frieden nicht gesichert. Abiy muss eine fragile Machtbalance zwischen den mehr als 80 Ethnien in Äthiopien austarieren. Wenn das Land entlang ethnischer Grenzen zerfiele, könnte dies die gesamte Region weiter destabilisieren, die ohnehin von Dürre, Hungersnot und Heuschrecken geplagt ist. Nebenan liegt das versehrte Somalia, wo äthiopische Friedenssoldaten die Dschihadisten notdürftig in Schach halten. Auf der anderen Seite, im Südsudan, ist gerade ein Bürgerkrieg zu Ende gegangen, weiter nördlich, im Sudan, ringen seit dem Volksaufstand vergangenes Jahr demokratische Kräfte mit den Überresten der Diktatur. Abiy muss sich, wie es aussieht, den Nobelpreis ein zweites Mal verdienen. Jan Puhl

Saudi-Arabien

»Deutschland ist direkt beteiligt«

Privat

Loujain Alhathloul, 31, ist eine der bekanntesten Frauenrechtsaktivistinnen Saudi-Arabiens, unter anderem protestierte sie gegen das Autofahrverbot. 2018 wurde sie aus Abu Dhabi zwangsweise nach Saudi-Arabien zurückgebracht und ist seitdem inhaftiert. Am 26. Oktober hat sie einen Hungerstreik begonnen. Hier erzählt ihre Schwester Lina (Foto), 25, was Alhathloul erlebt hat.

SPIEGEL: Frau Alhathloul, wie geht es Ihrer Schwester?
Alhathloul: Wir haben seit Wochen keine Neuigkeiten von ihr. Loujain hat den Hungerstreik angefangen, um zu erreichen, dass sie wieder regelmäßig Besuch bekommen kann. Seit März wurde ihr das kaum noch erlaubt, angeblich wegen Corona. Aber andere Gefangene dürfen Besuch bekommen.
SPIEGEL: Sie haben Saudi-Arabien vorgeworfen, Ihre Schwester gefoltert zu haben – Schläge, Elektroschocks. Geschieht das weiterhin?
Alhathloul: Sie hatte uns erzählt, dass sie nicht im Gefängnis gefoltert wurde, sondern zu Anfang in einem inoffiziellen Kerker. Jedes Mal wenn wir wochen- oder sogar monatelang nichts von ihr hören, haben wir schreckliche Angst.
SPIEGEL: Wann soll ihr Prozess stattfinden?
Alhathloul: Es gab schon Verhandlungen, allerdings keine Verurteilung. Die Anklagepunkte lesen sich wie ihr Lebenslauf: Teilnahme an internationalen Konferenzen über die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien, Engagement für Frauenrechte und Kontakte mit europäischen Diplomaten – damit sind auch deutsche gemeint.
SPIEGEL: Welche Rolle spielt Deutschland?
Alhathloul: Die EU und Deutschland sind direkt an diesem Fall beteiligt. Sie müssen Stellung beziehen und sagen, dass es kein Verbrechen ist, mit europäischen Diplomaten zu sprechen. Es ist völlig normal, dass diese sich auch mit der Zivilgesellschaft treffen. Wie kann Deutschland Saudi-Arabien als Verbündeten betrachten, wenn Riad den Kontakt mit deutschen Diplomaten kriminalisiert?
SPIEGEL: Bald ist der G-20-Gipfel in Saudi-Arabien. Was sollte Berlin tun?
Alhathloul: Deutschland sollte verlangen, dass meine Schwester und andere Aktivistinnen freigelassen werden. Und die Bundesregierung sollte bei allen Gesprächen mit saudi-arabischen Vertretern ihr Schicksal ansprechen.
SPIEGEL: New York, London, Paris und andere boykottieren ein Bürgermeistertreffen im Rahmen von G 20. Berlin nicht. Haben Sie bei der Stadt nachgefragt, ob man sich dem Boykott anschließen wolle?
Alhathloul: Ich habe mich an den Regierenden Bürgermeister gewandt, aber nie eine Antwort erhalten. RAS, SUK

Peru

Stresstest für die Demokratie

● Mit der Absetzung des beim Volk beliebten Präsidenten Martín Vizcarra hat das Parlament des Andenstaats die demokratischen Institutionen einem Stresstest ausgesetzt. Vizcarra wird vorgeworfen, in seiner Amtszeit als Gouverneur im Süden des Landes Bestechungsgelder von Baukonzernen angenommen zu haben. Er bestreitet die Vorwürfe. Die Beschuldigungen seien ein Vorwand, um sich eines unliebsamen Gegners zu entledigen, glauben regierungsunabhängige Kritiker und weite Teile der Bevölkerung, die seit Montagnacht auf den Straßen protestieren. Kongressabgeordnete feiern die Amtsenthebung des Präsidenten dagegen als Sieg im Kampf gegen die Korruption. Als Staatschef hatte der eigentlich wenig charismatische Zentrumspolitiker sich als Vorkämpfer gegen die Korruption profiliert. Er wollte die parlamentarische Immunität einschränken und die Amtszeiten von Parlamentariern limitieren. Damit hatte er trotz Wirtschaftskrise und Pandemie in Umfragen über 50 Prozent der Bevölkerung hinter sich. Fast 80 Prozent der Peruaner sind gegen das Impeachment, nur 24 Prozent vertrauen dem Kongress. Mit gutem Grund: Gegen 68 der 130 Kongressabgeordneten wird strafrechtlich ermittelt. Raffgierige Parteiführer hätten freie Bahn, wenn Vizcarras Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zurückgenommen würden, fürchten Experten. Die Legislative ist nun selbst an der Macht. Parlamentspräsident Manuel Merino, ein Rinderzüchter und Parteifunktionär aus dem Norden, ließ sich als Staatsoberhaupt vereidigen, weitere Parlamentarier rückten in Exekutivfunktionen nach. Oppositionelle fürchten, dass Merino versuchen wird, die für April geplante Präsidentschaftswahl zu verschieben. Populisten könnten versuchen, das Chaos auszunutzen, glaubt der Bürgerrechtler und Journalist Luis Davelouis. JGL

Rodrigo Abd / AP / dpa

Verletzter Demonstrant, Polizist in Lima

Kanarische Inseln

Gefährliche Überfahrt

● Sie sitzen an der Hafenmauer, ohne Obdach oder Schutz vor der stechenden Sonne: Auf den Kanarischen Inseln sind allein am vergangenen Wochenende 2188 Migranten angekommen, die meisten stammen aus dem Maghreb oder aus Westafrika. Die Behörden sind mit der Situation offensichtlich überfordert. Rund 2000 Menschen mussten am Kai im Hafen von Arguineguín auf Gran Canaria übernachten. Dort haben Behörden und Hilfsorganisationen ein provisorisches Camp aufgebaut, das aber für höchstens 500 Menschen gedacht war. Spanische Medien schreiben vom »Kai der Schande«. Innenminister Fernando Grande-Marlaska hat angekündigt, dass die Ankommenden nicht mehr an der Hafenmauer bleiben müssen. Eine Kaserne soll künftig als Erstaufnahmelager dienen. Die Route von Westafrika auf die Kanaren wird immer häufiger genutzt, vor allem weil marokkanische Behörden mit spanischer Hilfe den Weg über die Straße von Gibraltar versperren. Dabei ist die Überfahrt nach Europa über die Kanaren eine der längsten und tödlichsten: Mehr als 600 Menschen starben dabei in diesem Jahr bereits. SLÜ

Der Störenfried

Österreich Sebastian Kurz hat sein Land zu einem Faktor in der EU gemacht: Anhänger bewundern seine Chuzpe, Kritiker sehen die eigenwilligen Manöver des Kanzlers als Gefahr für den Zusammenhalt der EU. Eine Nahaufnahme. *Von Walter Mayr*

Regierungschef Kurz

Philipp Horak / Anzenberger

Bevor sich Sebastian Kurz zu Europa äußert, lässt er im Kanzleramt ordentlich auftischen: Kürbiscremesuppe mit Kernöl, Kalbsschnitzel, Backhendl. Erst als das Personal durch Flügeltüren entschwunden ist, erklärt er entspannt: »Die Behauptung, dass Österreich in Europa neuerdings über der eigenen Gewichtsklasse boxt, verstehe ich ausschließlich als Kompliment.«

Das Gespräch findet kurz vor dem Terroranschlag in Wien statt, bei dem im Namen des »Islamischen Staats« an Allerseelen vier Menschen getötet wurden. Seither hat Kurz innerhalb der EU viel Solidarität erfahren, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte nach einem Treffen mit ihm, die EU-Außengrenzen müssten »besser verteidigt« werden – es gehe nicht an, dass Flüchtlinge das Asylrecht missbrauchten.

Der Eindruck der Monate davor war ein ganz anderer: dass Österreichs Regierungschef im vereinten Europa vor allem Unfrieden stiftet. Daran hat sich – trotz eines demonstrativen Ellenbogenschlags am Dienstag mit Macron – auch mit dem Anschlag nichts geändert.

Durchs Fenster des Kreisky-Zimmers im Kanzleramt fällt der Blick auf den Wiener Ballhausplatz, einst Herzkammer eines Herrschaftsgebiets, das sich von der Adriaküste bis an die Grenze des zaristischen Russlands erstreckte. Kann es sein, dass Kurz, umrahmt vom Habsburger Prunk, zuletzt ein wenig abzuheben drohte? Haben jene recht, die ihm vorwerfen, er trete auf europäischer Bühne zunehmend unsolidarisch auf, ja: Er trage dazu bei, vorhandene Gräben innerhalb der Gemeinschaft zu vertiefen – mal an der Seite knausriger Nordeuropäer, mal an jener von Migrationsgegnern im Osten der EU?

»Für mich heißt der Missetäter Sebastian Kurz, er hat diese erbärmliche Situation als Allererster zu verantworten«, urteilt Luxemburgs streitbarer Außenminister Jean Asselborn mit Blick auf Österreichs Weigerung, Flüchtlinge von griechischen Inseln aufzunehmen. Andere feuern ihre Salven nur aus gesicherter Deckung. Kurz betreibe »EU-Politik aus innenpolitischem Kalkül«, beklagt ein Wortführer im Europaparlament. »Österreichs Regierungschef schmeichelt sich selbst als Anti-Merkel«, analysiert ein hochrangiger EU-Bürokrat.

Der 34 Jahre junge Kanzler, wie immer im Slim-Fit-Anzug, geht beim Treffen mit dem SPIEGEL nach einer Viertelstunde genüsslich vom Kalbsschnitzel zum Backhendl über – und nimmt die Vorhaltungen an seine Adresse amüsiert, teils auch verärgert, zur Kenntnis: »Wir sehen uns als klar proeuropäisch, werden aber neuerdings von manchen als Antieuropäer bezeichnet«, sagt er. »Das ist doch absurd.«

Seit dem 90-stündigen Brüsseler Gipfelmarathon im Juli steht Kurz unter verschärfter Beobachtung. Im Namen der F4 genannten »Sparsamen Vier«, zu denen außer Österreich die Niederlande, Dänemark und Schweden zählen, hatte er dort mit immer neuen Forderungen fast das von Berlin und Paris geschnürte Corona-Hilfspaket zum Platzen gebracht. Kurz' zäher Widerstand zerrte derart an den Nerven, dass Emmanuel Macron zwischenzeitlich die Beherrschung verlor: »Er hört den anderen nicht zu«, donnerte der Franzose Augenzeugen zufolge, »er kümmert sich um seine Presse und basta.«

Darauf angesprochen, lächelt Kurz wie ein Pokerspieler, der sich sicher ist, ein gutes Blatt auf der Hand zu haben. Sein erstes Ziel hat er erreicht: den Plan Macrons zu durchkreuzen, der die vor allem für Italien und Spanien bestimmten Corona-Milliarden als reine Zuschüsse vergeben wollte. Dass daraus nichts wurde, rechnet Kurz sich und seinen Mitstreitern zugute. Vor allem der Niederländer Mark Rutte – »der stärkste Regierungschef in der Gruppe«, so Kurz – habe im Namen der F4 hinhaltenden Widerstand geleistet: »Dass die Versuche, uns zu spalten, nicht funktionierten, hat mich positiv überrascht.«

»Kurz ist ein Proeuropäer, der sich auf Kosten Europas profiliert«, urteilt ein EU-Bürokrat.

Kühl beobachtet Kurz die wachsenden Fliehkräfte innerhalb der EU – wie einen kniffligen Laborversuch. Als wäre die über die Jahre gewaltig angewachsene EU nicht ohne seine Interventionen schon gespalten und zermürbt genug – durch endlose Brexitdiskussionen, durch Streit über Sinn und Unsinn von Sanktionen gegen Russland, Belarus, die Türkei. Und: durch Mitgliedstaaten wie Ungarn, Polen, Malta, die nicht einmal Grundwerte der Union wie die Rechtsstaatlichkeit achten.

Dass es an den Rändern der EU brennt, räumt auch der Kanzler ein. Aber deswegen auf Alleingänge in begründeten Fällen zu verzichten, fällt ihm nicht ein. Kurz macht weiter, was er für richtig hält, so wie 2016, als er ohne Abstimmung mit den EU-Spitzen ein Bollwerk gegen den Flüchtlingsansturm auf der Balkanroute organisieren half. Damals sei er noch als rechts oder rechtsradikal gescholten worden, sagt Kurz. Inzwischen sei sein Kurs in Migrationsfragen EU-intern mehrheitsfähig.

Er, ein »Herzlos-Kanzler«, wie selbst die ihm wohlgesinnte »Bild«-Zeitung schrieb? Kurz ist in seinem Kern schwer zu erschüttern, auch nicht durch gedruckte Kritik. In der achtsitzigen Cessna »Citation« XLS, die ihn an einem Oktobermorgen zum EU-Gipfel bringen soll, lässt der Österreicher die Presse links liegen und telefoniert, bis die Rollbahn erreicht ist.

Mit Polizeieskorte jagt der Kanzler dann durch Brüssel. Vorbei an Straßensperren, unter am Himmel kreisenden Hubschraubern, geht es hinein ins Kerngehäuse der EU, in jene Parallelwelt, wo abgeschirmt von störenden Alltagseinflüssen eine bessere europäische Zukunft ersonnen wird. Für Visionen und Pathos aber hat Kurz wenig übrig. Schon gar nicht, wenn es, wie bei diesem Treffen, um nicht weniger als »um den Platz Europas in der Welt und um unsere Fähigkeit, unser eigenes Schicksal zu gestalten« geht, wie es in der Einladung heißt – eine Zielstellung, für die nur 24 Stunden veranschlagt sind. Kurz konzentriert sich am liebsten auf konkrete Ziele, in diesem Fall: darauf, die Türkei stärker an die Kandare zu nehmen.

Erdoğan zündelt an den Rändern der EU, in Syrien, in Libyen, in Aserbaidschan und der Ägäis – wenn jetzt keine Sanktionen fällig seien gegen Ankara, trommelt Kurz, wann dann? Ob die EU sich am Ende »in die Knie zwingen« lassen wolle? Der Österreicher will »rote Linien« sehen, obwohl er weiß, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel keine Sanktionen mittragen wird – nicht zuletzt aus Angst, die Türkei, wo mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge leben, könnte erneut die Schleusen an der EU-Außengrenze öffnen.

Als Kurz nachts um ein Uhr zufrieden verkündet, man habe nun »erstmals klare Sanktionsdrohungen« gegen die Türkei beschlossen, redet er sich erstens das tatsächliche Ergebnis schön und fügt zweitens wieder einmal einen Nadelstich an: Die Beratungen seien deshalb so mühsam gewesen, weil Deutschland und andere Länder beim Nato-Partner Türkei »andere Standards gelten lassen«.

Da hat er recht. Doch wer in Brüssel zu oft und, vor allem: laut die Wahrheit sagt, der gilt, wenn nicht als Narr, so zumindest als Störenfried. Kurz stört, weil er mit analytischer Schärfe die Bruchlinien innerhalb der Gemeinschaft offenlegt, faule Kompromisse anspricht, Worthülsen knackt. Und weil er gleichzeitig versucht, maximalen Ertrag für sein Land herauszuholen.

Das ist eine so clevere wie perfide Strategie. Beim Juli-Gipfel, wo es um immerhin 750 Milliarden Euro an Corona-Hilfen ging, sprach Kurz von »kaputten« Systemen, in denen die Finanzhilfen zu versanden drohten, ohne Italien oder Spanien direkt beim Namen zu nennen. Am Ende strich er für Österreich einen satten Rabatt auf den Nettozahlerbeitrag ein und verbuchte den erhöhten Anteil an Krediten

statt Zuschüssen als Punktsieg. »Kurz ist ein entschiedener Proeuropäer, der sich auf Kosten Europas profiliert«, urteilt ein erfahrener EU-Bürokrat: »Denn er braucht Ruhe an der innenpolitischen Front, nach zwei Quasirevolutionen – erst die Koalition mit den Rechtspopulisten von der FPÖ, jetzt jene mit den Grünen. Ihm ist es gelungen, wie vorübergehend auch Macron, den Rechtspopulisten im Land das Wasser abzugraben.«

Für welche Werte kämpft Kurz? »Zuallererst für bürgerliche Grundwerte – für Freiheit, Eigenverantwortung, Leistung, christliche Solidarität«, sagt der Kanzler prompt. »In strukturellerer Form für ein Europa der Subsidiarität, das stärker ist in den großen Fragen, zurückhaltender in den anderen.« Das klingt nach den politischen Leitlinien von Wolfgang Schäuble, weniger nach denen von Merkel.

Was ist dran an der Theorie, die Kanzlerin habe es ihm nie verziehen, dass er sich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise unter anderem im Berliner Springer-Hochhaus als der bessere Kanzler feiern ließ? Nichts, sagt Kurz: »Wir telefonieren regelmäßig, schreiben uns SMS, reden im Rat miteinander.« In ganz vielen Fragen sei er mit Merkel ähnlicher Auffassung, »in der Migrationspolitik allerdings haben wir unterschiedliche Zugänge, wobei es auch da ein Aufeinander-zu-Bewegen gibt«.

Wer allerdings sah, wie die Kanzlerin bei einem Treffen am 3. Februar in Berlin den jungen Österreicher mit vielsagendem Mienenspiel und einem Maximum an Schmallippigkeit bedachte, darf davon ausgehen, dass es mit der Harmonie so weit nicht her ist. Merkel weiß vermutlich, dass Kurz recht hat, wenn er sagt, »als Proeuropäer« müsste man sich eigentlich wünschen, dass nicht ein oder zwei Nationalstaaten, sondern die EU-Institutionen in der Gemeinschaft das Sagen haben.

Die Wirklichkeit aber sieht so aus, wie sie Macron nonchalant beschrieb: »Es gibt keine Einigung zwischen den 27, wenn Deutschland und Frankreich sich nicht vorher geeinigt haben.« Das operative Geschäft erledigen die Merkel-Vertraute Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin und der mit Paris gut verdrahtete Ratspräsident Charles Michel. Die Achse Berlin–Paris, so schildert es einer aus dem Merkel-Apparat, sei in Wahrheit eher ein »Stoßdämpfer« – ein Mittel, um zwischen den oft diametral entgegengesetzten Positionen der Mitgliedsländer bereits im Vorfeld eine Annäherung zu erreichen.

Beim Juli-Gipfel habe Österreich im Rahmen der sparsamen F4 »ja Positionen vertreten, die bisher auch immer die Deutschen vertreten hatten«, sagt Kurz listig. Der Subtext: die die Deutschen vertraten, bevor sie ihre Meinung änderten und zur Überraschung selbst der Franzosen eine

Dursun Aydemir / Anadolu Agency / Getty Images

Kanzler Kurz (r.)*
»Wo kann ich Beute machen?«

halbe Billion Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen in Aussicht stellten. Aus verlässlichen Quellen verlautet, Teile der Regierung in Berlin seien Kurz durchaus dankbar – dafür, dass er wie schon während der Flüchtlingskrise die Rolle des Hardliners für die Deutschen mitspielte. Offiziell lässt man das dementieren.

»Sind Staaten, die mit beiden Händen in die Kassen greifen wollen, die guten Europäer – und die anderen sind Krämerseelen? Nicht jeder, der gegen einen Kommissionsvorschlag stimmt, ist ein schlechter Europäer«, sagt Außenminister Alexander Schallenberg: Vielleicht müsse man sich künftig »mehr als zuletzt damit beschäftigen, was

Kurz hat versprochen, Gräben zuzuschütten – doch davon kann keine Rede sein.

uns Österreicher bewegt«. Wer gute Kontakte nach Ost wie West pflege, sei deswegen kein unsicherer Kantonist: »Multilateralismus ist Teil der österreichischen DNA.«

Österreich mit seinen neun Millionen Einwohnern, ein Reich der Mitte en miniature? »Kurz hat den Instinkt, aus Rissen im EU-Gefüge politisches Handeln abzuleiten. Er fragt sich: Wo kann ich Beute machen?«, analysiert ein diplomatischer Vertreter der in Brüssel tonangebenden Nationen: »Dass er sich verantwortlich fühlt fürs Gesamtergebnis, bezweifle ich. Indem er sich mit anderen EU-Skeptikern zusammentut, versucht er, Kräfte zu bündeln, Gangs zu bilden; sein Verhalten hilft, die Fliehkräfte innerhalb der EU zu stärken.«

In Wahrheit verstärkt Österreichs Kanzler nur einen bestehenden Trend in der EU. Das Vakuum, das durch das Ausscheiden Großbritanniens entstanden ist, versuchen unter anderem acht eher wirtschaftsliberale, in der Hanseatischen Liga organisierte EU-Staaten zu füllen, darunter die baltischen Länder, Irland, Schweden und Dänemark. Der seit 2010 amtierende niederländische Premier Rutte spielt auch hier eine führende Rolle. Und dann sind da noch die vier Visegrád-Staaten aus Mittelosteuropa, zu denen Österreich traditionell enge Beziehungen unterhält.

Im Januar, bei von der Leyen in Brüssel und danach als Ehrengast in Prag, versprach Kanzler Kurz, er wolle »mithelfen, dass die Gräben, die entstanden sind in der EU, wieder zugeschüttet werden«. Doch davon kann bis heute keine Rede sein. Die Visegrád-Staaten Ungarn und Polen verhindern weiter mit einem erpresserischen Junktim, dass die Vergabe von EU-Zuschüssen an rechtsstaatlich einwandfreies Regieren gekoppelt wird.

Plant Österreichs Kanzler, seinen guten Draht nach Prag und Bratislava, Warschau und Budapest zu nutzen, um den dort Regierenden wenigstens das Migrationspaket der EU-Kommission schmackhaft zu machen? Eher nicht. Kurz spricht aus, was viele seiner Amtskollegen denken: Er hält das Paket für eine Mogelpackung. Glaubt wirklich jemand, fragt er, dass Länder wie Litauen, die keine Migranten aufnehmen wollen, im Rahmen einer »Patenschaft« sich um die Rücküberführung Gestrandeter etwa nach Marokko kümmern?

Kurz schlägt einen anderen Ansatz vor: Die EU möge doch den lieben Freunden in Marokko geschlossen folgende Rechnung unterbreiten: Jedes Jahr kommen Millionen Marokkaner nach Europa, die dafür ein Visum benötigen; umgekehrt bringen jährlich Millionen Touristen aus Europa gutes Geld nach Marokko; wenn dazu noch jährlich Milliarden Euro an Unterstützung gezahlt würden, solle das nordafrikanische Königreich sich verpflichten, seine illegal einreisenden Staatsbürger wieder in Empfang zu nehmen.

Österreich will sich künftig im Kreis der F4 auch bei anderen Themen abstimmen. Die gelungene Rebellion in Finanzfragen gegen die Achse Berlin–Paris hat Appetit auf mehr geweckt. Den Etappensieg der kleineren und mittelgroßen Mitgliedstaaten bezeichnet der Kanzler als »relevant für die Machtverhältnisse in der Europäischen Union« nach dem Brexit.

Schon am 10. Dezember, beim kommenden Gipfeltreffen zum Thema Türkei, will Kurz darauf dringen, dass die bisher zaudernde EU ein einstimmiges Stoppsignal in Richtung Ankara sendet. Bei völkerrechtswidrigem Vorgehen, und sei es seitens eines Nato-Partners wie der Türkei, stehe Europas Ruf auf dem Spiel.

Die Wirtschaftsmacht EU müsse endlich ihre Muskeln spielen lassen, fordert Kurz: »Wir sollten Erdoğan zeigen, dass wir geschlossen und entschlossen sind.«

* Mit dem slowenischen Regierungschef Janez Janša (l.) und Ratschef Charles Michel (M.) im Oktober in Brüssel.

SPIEGEL+

Ihr Plus: mit digitalem Magazin

Mit SPIEGEL+ lesen Sie die digitale Ausgabe des SPIEGEL schon freitags ab 13 Uhr und sind besser informiert. Sie genießen exklusive SPIEGEL+-Artikel, Beiträge aus den SPIEGEL-Magazinen und Videos auf spiegel.de. Das neue Design gibt Ihnen Klarheit und Orientierung. Dazu erhalten Sie den wöchentlichen SPIEGEL+-Newsletter der Redaktion.

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!

abo.spiegel.de/plus

Jetzt 1 Monat gratis

Assad forever

Syrien Seit einem halben Jahrhundert herrscht die brutale Dynastie der Assads über den Wüstenstaat. Wie konnte sie ihr Volk so lange unterjochen? *Von Christoph Reuter*

Es war im November 1989, jenem Monat, als die Welt sich drehte. In der DDR spazierten die Menschen plötzlich ungehindert in die Freiheit, in Rumänien regte sich Widerstand gegen das Diktatorenpaar, der zu einer blutigen Revolution eskalierte. Die Regime des Ostblocks implodierten, der Zerfall der Sowjetunion nahm seinen Lauf.

Doch nicht überall drehte sich die Welt. In Syrien, zumindest an der Oberfläche auch ein sozialistischer Bruderstaat, stand sie vollkommen still. Hier wurde am 16. November wie stets der offizielle Jahrestag der Machtergreifung mit routinierten Feierlichkeiten begangen. Und ich feierte als Student mit, ungefragt.

Fähnchen schwingende Schulklassen sangen Hymnen, andere freuten sich über einen freien Tag. Seit 1970 lag das Land unter eiserner Kontrolle des ehemaligen Luftwaffengenerals Hafiz al-Assad. Aber er inszenierte seine Macht nicht so martialisch wie Saddam Hussein im Irak oder Muammar Gaddafi, der seine Diktatur in Libyen als fortdauernde Revolution etikettierte. Nein, in Assads Syrien trug der Geburtstag seines Putsches einen derart harmlosen Namen, dass man an eine kleine verwaltungstechnische Maßnahme glauben mochte. Das Land feierte: die »Korrekturbewegung«.

Ich war damals zum Arabischstudium nach Damaskus gekommen, und auch unser Spracheninstitut machte an dem Tag einen Ausflug ins Grüne. Gebannt hatten wir ausländischen Kommilitonen Tage zuvor den Fall der Berliner Mauer am Schwarz-Weiß-Fernseher verfolgt, aber niemand hatte genug Geld, schnell mal nach Europa heimzufliegen. Also: Kaltverpflegung, Korrekturbewegung und ein Ausflug in die Hügel westlich der Stadt.

Nichts, absolut nichts von der Aufbruchsbewegung Osteuropas war spürbar im Syrien jener Tage. Keine Wut, aber auch die Angst blieb meist verborgen. Niemand sprach über die Massaker in Hama und anderen Städten im Norden des Landes, die erst sieben, acht Jahre zurücklagen. Assad selbst trat kaum je öffentlich auf, war aber allgegenwärtig auf Wandbildern, Briefmarken, selbst den Einbänden von Schulheften und den gerahmten Fotos in jedem Verwaltungsbüro, fast jedem Laden. Es herrschte das Gefühl einer resignierten Normalität, ebenso grau, wie die syrische Hauptstadt damals war. Als wäre Assad schon immer da gewesen und werde auf ewig bleiben.

Genau das war der unglaubliche Erfolg des Mannes mit dem ewigen Seitenscheitel. Geboren als neuntes von elf Kindern eines örtlichen Würdenträgers, kam er aus der Glaubensgemeinschaft der Alawiten. Die immer wieder als Ungläubige verfolgte Minderheit hatte sich in die Berge zurückgezogen. Ihre Angehörigen kamen höchstens als Dienstmädchen und Landarbeiter in die Städte und fruchtbaren Ebenen. Hafiz war der Erste aus seiner Familie, der eine reguläre Schulbildung erhalten hatte. Die einzige Chance zum weiteren Aufstieg bot die Armee. Der Bauernsohn wurde Pilot, Luftwaffengeneral, Putschist, Präsident.

An diesem 13. November nun jährt sich die »Korrektur« von 1970 zum 50. Mal. Seit einem halben Jahrhundert herrscht das Haus Assad über Syrien. Genauer: über das, was vom Land noch übrig ist nach einem verheerenden Krieg des Regimes gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung, die sich 2011 gegen die Diktatur erhoben haben.

Militärisch hat Baschar al-Assad, Sohn und Erbe des Dynastiegründers Hafiz, gewonnen. Allerdings ist er ein Potentat von Irans und Russlands Gnaden, dazu hält die türkische Armee den Nordwesten besetzt, und die Kurdenmiliz YPG und US-Truppen kontrollieren weite Teile des Nordostens. Schätzungsweise eine halbe Million Menschen sind umgekommen, etwa ein Drittel der Bevölkerung ist ins Ausland geflohen, und viele der Gebliebenen wissen nicht mehr, wovon sie leben, wie sie den kommenden Winter überstehen sollen.

Die Geschichte der Assads zerfällt auf den ersten Blick in zwei widersprüchliche Teile: Da sind die Jahrzehnte der Machtkonsolidierung, der Friedhofsruhe, der politischen Lagerwechsel und schließlich, nach dem Tod von Hafiz al-Assad, der Hoffnung auf eine Liberalisierung unter seinem Sohn. Und da ist das vergangene Jahrzehnt einer brutalen Selbstzerstörung.

Doch in Wirklichkeit ergibt sich das eine aus dem anderen. Hafiz al-Assad war so brillant darin, alle Seiten gegeneinander auszuspielen, dass nach Jahrzehnten gar nicht mehr auffiel, auf welch fragiler Grundlage seine Herrschaft letztlich ruhte: nämlich auf seiner nur ein Zehntel der Bevölkerung ausmachenden alawitischen Minderheit, die Schlüsselposten in Streitkräften und Geheimdiensten besetzte.

Nach außen hin waren alle Gruppen vertreten, wurden Sunniten, Christen, Drusen eingebunden, herrschte Assads Baath-Partei mit ihrer Ideologie von Panarabismus, Sozialismus und Kampf gegen Israel. In Wirklichkeit aber herrschte nur einer, kontrollbesessen, hochintelligent und mit einem unerbittlichen Gedächtnis.

Der Aufstieg und die Abwege dieser Dynastie sind eine Parabel auf den Größenwahn eines Mannes, der alle Widrigkeiten besiegte bis auf eine: seine Sterblichkeit.

Am Tag seiner »Korrekturbewegung« wird es noch ein langer Weg dorthin sein, auch wenn Hafiz al-Assads Karriere ihn bis dahin schon weiter gebracht hat als je einen Alawiten in Syriens jüngerer Geschichte. Schon als 16-Jähriger ist er der konspirativ operierenden Baath-Partei beigetreten, wird Gründungsmitglied ihres Militärkomitees und steigt schnell auf: Der erste Putsch der Baathisten bringt ihn 1963 auf den Stuhl des Luftwaffenkommandeurs, der nächste 1966 macht ihn zum Verteidigungsminister. Präsident wird Nureddin al-Atassi, doch die Macht teilen sich zwei Militärs: Salah Dschadid und Hafiz al-Assad.

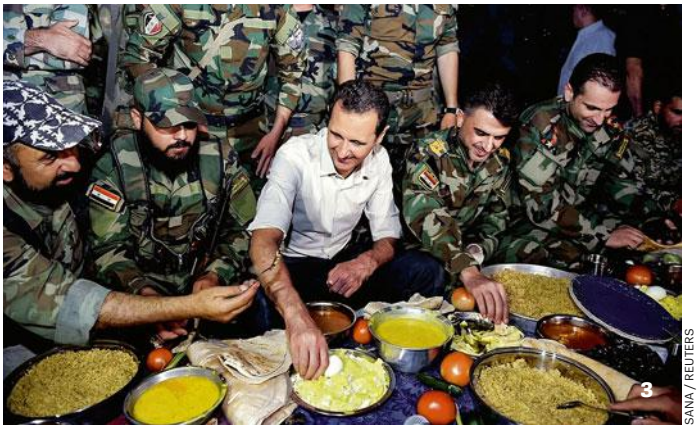
Auf dem Baath-Parteikongress im November 1970 erlassen Dschadids Apparatschiks Resolution um Resolution, um Assad und dessen Getreue aller Ämter zu entheben, während der seine Truppen in Stellung bringt und am nächsten Morgen seine Rivalen einsperren lässt. Putsch Nummer drei war die letzte Korrekturbewegung vor den kommenden Jahrzehnten der Alleinherrschaft. Dschadid blieb bis wenige Tage vor seinem Ableben 1993 im Gefängnis, auch Ex-Präsident Nureddin al-Atassi durfte erst kurz vor seinem Krebstod 1992 nach Frankreich ausreisen.

Wie schnell man in Syrien hinweggeputscht wird, weiß Assad ja. Sein Fundament wird die Gefolgschaft sein, die keine andere Wahl hat: die Alawiten. »Jeder von uns erinnerte sich doch an all die Massaker der Osmanensultane an uns Alawiten in Aleppo, Idlib, Hama«, erzählt ein Ehemaliger aus dem Führungszirkel in Damaskus, der in Ruhe weiterleben und seinen Namen nicht veröffentlicht sehen möchte: »Für uns sah Hafiz' Machtergreifung wie die Rettung aus.«

Alawiten waren die treuesten Loyalisten. Nur hatten die allermeisten nichts davon. Ihr

Alexandra de Borchgrave / Gamma / laif

Derzi / Camera Press / laif


SANA / REUTERS

Khalil Ashawi / REUTERS

1 | **Dynastiegründer Hafiz al-Assad mit Familie 1974 (Sohn Baschar r.)**
2 | **Demonstrierende mit Assad-Plakat 1971 in Damaskus**
3 | **Machthaber Baschar al-Assad mit Soldaten 2016**
4 | **Zerstörungen in Deir al-Sor 2013**

Lohn war die Angst, die ewige Furcht vor den anderen, die Assad weiter schürte. Die meisten Alawiten blieben arm, nur nun nicht mehr als Bauern, sondern als Schergen. In »Mezze 86«, einem Viertel schäbiger Wohnblocks im Westen von Damaskus, wohnen die Fußtruppen des Schreckens, Angehörige der diversen, untereinander konkurrierenden Sicherheits- und Geheimdienste.

»Nur selten gelang es einem Herrscher, seine eigene Religionsgemeinschaft derartig zu unterdrücken und zugleich dafür zu sorgen, dass sie es ihm auf Knien dankte«, schrieb 2013 ein Alawit aus einer führenden Familie unter dem Pseudonym Habib Abu Zarr: »Die Alawiten sind nicht die Profiteure des Regimes, sondern seine Geiseln.«

Was sie nicht davon abhielt, dem alten Hass neue Nahrung zu geben. Als im Juni 1980 ein Mordanschlag auf Hafiz al-Assad fehlschlug, massakrierten die »Verteidigungsbrigaden« unter Befehl von Assads Bruder Rifaat zur Vergeltung etwa tausend Gefangene im berüchtigten Wüstengefängnis von Tadmur. Als sich erst im Norden, dann in der Stadt Hama die Muslimbrüder gegen das Regime erhoben, machten die Verteidigungsbrigaden das Zentrum von Hama und bis zu 30 000 Einwohner nieder.

Es war die Zeit vor dem Internet, vor Mobiltelefonen mit Kamerafunktionen, sodass es Wochen dauerte, bis im Ausland vage bekannt wurde, was geschehen war. Ein paar unscharfe Fotos der verwüsteten Stadt belegen das Grauen – und die Berichte Überlebender. Erst nachdem wir uns schon 22 Jahre lang kannten, erzählte mir vor einigen Jahren ein Arzt aus Damaskus, dass er in jenen Wochen nachts heimlich Verletzte aus Hama behandelt hatte.

Unterwerfung oder Vernichtung, das waren Assads Angebote an die Syrer. Nach außen hin gab er den Staatsmann, der seine ausländischen Besucher mit stundenlangen Exkursen festhielt – nachdem immer wieder Tee und Wasser gereicht worden waren. »Blasen-Diplomatie« wurde die Hinhaltetaktik Assads später von US-Diplomaten genannt. Als das erste Treffen des früheren US-Außenministers Henry Kissinger mit Assad sechseinhalb Stunden gedauert hatte, sorgte sich seine Entourage, er sei entführt worden.

»Wir haben die Minister immer gewarnt«, erinnert sich Nikolaos van Dam, ehemaliger niederländischer Nahostdiplomat, »es wird Stunden dauern, trinkt nichts! Sonst macht man Konzessionen oder muss um eine Toilettenpause bitten. Hafiz erzählte den Anfang einer Geschichte, der Übersetzer ergänzte den Rest. Er kannte ja alle auswendig. An der Wand hing ein großformatiges Ölbild von Saladins Eroberung von Jerusalem. So sah Assad sich: als Patron der Palästinenser.«

In Damaskus lässt Assad sich in den Achtzigerjahren einen futuristischen Palast

Aaref Watad / AFP

Flüchtende in Idlib: »Wir brennen das Land nieder«

auf einen Hügel über der Stadt bauen, mit einem Rechteck von Betonwänden, aus dem nachts Licht scheint, als wäre es eine Landebasis für Raumschiffe. Nur wohnte er gar nicht dort, sondern bleibt in seiner unauffälligen Villa im Nobelviertel Malki. Ali al-Atassi, der heute im Exil lebende Sohn des inhaftierten Ex-Präsidenten, sah ihn als Teenager bei der Eröffnung der neuen »Al-Assad-Nationalbibliothek«: »Er ließ eine riesige Statue von sich enthüllen, und dann applaudierte er begeistert seinem eigenen Denkmal. Es war Größenwahn.«

Im Inneren hatte Assad nichts mehr zu fürchten. Im Nahen Osten war er der Sperrriegel, der alle Friedensinitiativen aus Washington stets abprallen ließ. Als die Sowjetunion als Sponsor ausfiel, wechselte Assad 1990 nach Saddam Husseins Kuwait-Invasion ins amerikanische Lager.

Er war Präsident einer Republik, 1971 das erste Mal mit den üblichen 99,2 Prozent der Stimmen bestätigt. Aber wie Gaddafi in Libyen und Saddam im Irak wollte er eine Dynastie begründen, sollte sein Erstgeborener Basil ihm nachfolgen. Doch der starb 1994 in der irrigen Annahme, als Sohn des unumschränkten Herrschers könne er auch die Abfahrt zum Flughafen mit weit über 100 Stundenkilometern nehmen.

So fiel die Wahl auf Baschar, den Zweitgeborenen, den ehemalige Mitschüler als schüchtern, ja gehemmt schildern, der in London Medizin studieren durfte. Das sicherste Indiz, nicht für Höheres vorgesehen zu sein. Denn an die Spitze führte nach Hafiz al-Assads Sicht nur ein Weg: über das Militär. Baschar musste die Lücke füllen. Im Sommer 2000 starb Hafiz.

Der Ehemalige aus dem Führungszirkel in Damaskus erinnert sich an den letzten Willen des Herrschers: »Noch während der Trauerfeierlichkeiten berief Verteidigungsminister Mustafa Tlass ein Treffen des Militärkomitees ein, verkündete die Botschaft: Baschar wird Präsident! Als Vizepräsident Abd al-Halim Chaddam sich weigerte, das Dekret zu unterschreiben, legte Tlass eine Pistole auf den Tisch, richtete den Lauf auf Chaddam und sagte: ›Unterschreib, du Tier!‹«

Der schüchterne Augenarzt Baschar al-Assad, der wohl nie Diktator werden wollte, wird es mit 34. Wofür erst die Verfassung geändert werden muss, denn eigentlich gilt ein Mindestalter von 40 Jahren.

Es beginnen Jahre der wirtschaftlichen Liberalisierung, wobei vor allem Baschars Cousins und Höflinge die ehemaligen Staatsindustrien und neue Felder wie Mobiltelefonlizenzen für sich privatisieren. Auch regt sich in Europa kurzfristig die Hoffnung, dass der Neue sein Land politisch öffnen werde, was sich rasch zerschlägt. Einige prominente Alawiten versuchen, einen zaghaften Dialog über die Massaker 1982 zu beginnen, eine nationale Versöhnung zu initiieren. Das wird abgeblockt. Die Angst, das Misstrauen sollen bleiben. Es gibt weiterhin willkürliche Verhaftungen, Folter, aber keine Massaker. Es regt sich ja auch kein Widerstand.

Bei meinen gelegentlichen Besuchen in Syrien bleiben die Klagen von Freunden stets Satzanfänge, die in einem Augenrollen, einem Schulterzucken enden. Die Angst gibt es jetzt mit Cappuccino für manche, mit bitterer Armut für die meisten.

Doch dann kommt 2011, kommt der Arabische Frühling, wird Tunesiens Diktator von seinem Armeechef ins Exil gedrängt, muss Hosni Mubarak in Ägypten zurücktreten. Auch in Damaskus demonstrieren auf einmal Menschen. Und sie reden! Wildfremde warnen mich in Homs vor Greiftrupps der Sicherheitsdienste, übergelaufene Offiziere hören gar nicht mehr auf, von den ewigen Lügen, der Korruption und der Paranoia ihrer alawitischen Generäle zu erzählen, die stets Verrat wittern.

In Deraa ganz im Süden lässt der örtliche Geheimdienstchef und Cousin Assads Teenager verhaften und foltern, die oppositionelle Parolen auf die Mauern ihrer Schule gesprüht haben. Einer Delegation von Ältesten, die um ihre Freilassung bittet, soll er geraten haben, die Kinder zu vergessen: »Schickt mir eure Frauen, wir machen euch neue.« In den Tagen danach brennt Deraa, werden Demonstranten erschossen. Im ganzen Land gehen Menschen auf die Straße.

Alle warten auf eine Reaktion Baschar al-Assads, eine Geste, ein Anerkennen des Unrechts. An die hundert Menschen sind mittlerweile umgekommen. Dann kommt Assads Rede, am 30. März 2011 tritt er im Parlament ans Mikrofon – und reißt Witze. Steht kichernd vor den huldigenden Abgeordneten, die gar nicht abwarten können zu applaudieren, und plaudert über Reformen zu gegebener Zeit, als gehe ihn der Ernst der Lage nichts an.

Noch ein Jahr später, mitten im Krieg, wird Abd al-Rasak Tlass, ein Neffe des ehemaligen Verteidigungsministers und mittlerweile Rebellenkommandeur, mir kopfschüttelnd sagen: »Ein Wort der Versöhnung, ein Appell zur Bewahrung der Stabilität des Landes hätten genügt, und alle wären wieder nach Hause gegangen.«

Es ist der Beginn des Absturzes. Die alte Garde der Generäle kennt Gewalt und mehr Gewalt, aber hat keinen Plan, wie sich deren Eskalation stoppen ließe. »Assad für immer, oder wir brennen das Land nieder«, finde ich in riesigen Lettern auf die Mauern zerschossener Dörfer 2012 im Norden geschrieben. Assads treue Truppen können nur noch durchrollen, schießen, einäschern, weiterfahren, es sind zu viele Orte, die sich gegen den Diktator stellen.

Auch die ultimative Drohung treibt die Menschen nicht mehr zurück in die Unterwerfung. Die Armee zerfällt, bald schicken die iranischen Verbündeten Milizionäre aus dem Libanon, Irak, Afghanistan, schließlich wendet ab Ende 2015 die russische Luftwaffe das Kräfteverhältnis.

Assad für immer. Und das Land ist niedergebrannt. Die jahrzehntelang geschürte Furcht vor dem Verlust der Macht, vor dem Hass der anderen auf die alawitische Minderheit, hat den Hass gemehrt und die Macht bewahrt, aber das Land abstürzen lassen. Nichts ist gewiss, auch nicht, ob oder wie Syrien als Staat je zusammenfinden kann. Nur eines ist gesichert: Hafiz al-Assad steht bereit, die dynastische Erbfolge zu übernehmen, Baschars erstgeborener Sohn.

Mein Hinterhof

Analyse Der Waffenstillstand in Bergkarabach lässt Russland weiterhin als Ordnungsmacht erscheinen. In Wahrheit hat sich Moskau mit dem neuen Einfluss der Türkei arrangiert.

Menschen sehen die Gegenwart durch die Brille der Vergangenheit. Was nicht mehr ist, beeinflusst weiter den Blick. Die Rede von Russland als »Imperium« und vom »postsowjetischen Raum« ist dafür ein Beispiel: Sie unterstellt, dass Moskau immer noch die Metropole sei, von der Russlands Nachbarn abhingen, als lebte das untergegangene russisch-sowjetische Weltreich im Verborgenen weiter.

Der Krieg um Bergkarabach, der diese Woche zu Ende ging, hat die Illusion zerstört. Er hat nicht nur menschliches Leid gebracht mit rund 150 toten Zivilisten, Tausenden Gefallenen, Zehntausenden Flüchtlingen; er hat nicht nur Armenien eine empfindliche Niederlage beigebracht, weil es nun Gebiete zurückgeben muss, die es seit bald drei Jahrzehnten auf Aserbaidschans Territorium kontrolliert hat. Der Krieg hat auch gezeigt: Russland lässt es zu, dass eine rivalisierende Macht im Südkaukasus, in unmittelbarer Nachbarschaft also, die Verhältnisse umstürzt. Denn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat diesen Krieg mit vorbereitet, den Angreifer ermuntert, den Sieg ermöglicht. Es ist, als hätte er seinem Kollegen Wladimir Putin zugerufen: Du magst den Südkaukasus als deinen Hinterhof betrachten; aber dein Hinterhof ist ab sofort auch meiner.

Vugar Ibadov / Baku Media Center / Anadolu Agency / Getty Images

Gefecht in Bergkarabach im September

Wie immer ist der Abschied von Illusionen schmerzhaft. Das gilt jedenfalls für die Armenier, die Verlierer des jüngsten Krieges. Das Land befindet sich im Schockzustand, so unvorbereitet war es auf die Niederlage. Die Armenier neigen ganz besonders dazu, die Gegenwart durch die Brille der Vergangenheit zu betrachten, ihre stolze, lange, leidvolle Geschichte legt das nahe.

Und so war der Triumph über den großen Nachbarn Aserbaidschan im Krieg um Bergkarabach 1994 fester Bestandteil des armenischen Selbstverständnisses. Jahrzehntelang hatten die Folgen des Sieges ja Bestand: Bergkarabach, eine mehrheitlich armenisch besiedelte Region Aserbaidschans, sowie eine große »Sicherheitszone« standen unter Armeniens Kontrolle. Nun stellt sich heraus, dass die Früchte des Sieges von 1994 in nur sechs Wochen verloren gehen konnten.

Aber die größere Illusion war eine andere: dass Armeniens Bündnispartner Moskau als Ordnungsmacht der Region eine aserbaidschanische Großoffensive stoppen würde, zumal wenn diese vom Nato-Land Türkei unter der Hand unterstützt würde. Natürlich wusste man in Armeniens Hauptstadt Eriwan, dass Moskau – wie der Rest der Welt – die armenische Kontrolle über Bergkarabach völkerrechtlich nicht anerkannte und dass es auch mit Aserbaidschan ein gutes Verhältnis pflegte. Aber die feste Erwartung war, dass es eine gewaltsame Veränderung des Status quo mit türkischer Hilfe unterbinden würde. Immerhin unterhält Moskau eine Truppenbasis in Armenien. So wie die eigene militärische Stärke, versinnbildlicht im Sieg von 1994, gehörte auch die russische Protektion fest ins armenische Weltbild. Nicht weil man sich für den Liebling Moskaus hielt, sondern weil man dachte, diese Protektion liege in Russlands Eigeninteresse.

Auch das war eine Illusion. Moskau hat äußerst nachsichtig auf Ankaras Aggressionen reagiert. Dabei überschritt die Türkei aus Moskaus Sicht durchaus rote Linien: Sie rekrutierte Kämpfer in Syrien und brachte sie nach Aserbaidschan, als Söldner im Kampf um Bergkarabach. Das war eine Umkehrung von Russlands Syrienpolitik: Moskau will dort Dschihadisten vernichten, bevor sie in Russlands Nähe kommen, so jedenfalls erklärte der Kreml dem eigenen Volk den Militäreinsatz. Wenn die Türkei nun ganze Busladungen voller Kämpfer aus Syrien näher an den russischen Nordkaukasus heranführt, macht sie diese Politik zunichte.

Aber das russisch-türkische Verhältnis, geprägt von Rivalität und Kooperation zugleich, ist überraschend stabil, es ist auch erprobt an vielen Orten. Moskau hat sich faktisch damit abgefunden, dass die Türkei nun auch im Südkaukasus als Konkurrent auftritt.

Der Waffenstillstand, den Russlands Präsident Putin nun mit Armenien und Aserbaidschan ausgehandelt hat, verdeckt diese neue Machtbalance. Er bekräftigt zwar nach außen hin Russlands Rolle als unverzichtbare Ordnungsmacht: Mit fast 2000 Friedensschützern wird es das Abkommen durchsetzen. Die Türkei dagegen hat nicht unterzeichnet und stellt keine Friedensmission. Der Name Türkei taucht im Dokument gar nicht auf. Moskaus Gesicht ist gewahrt.

Aber das täuscht nicht darüber hinweg, dass das Gewicht der Türkei gestiegen ist. Ihr Verbündeter, Aserbaidschan, hat über einen Verbündeten Russlands, Armenien, gesiegt. Nach Osten strahlt türkischer Einfluss nun auf neue Weise aus. Dafür wird auch eine Straße sorgen, die Aserbaidschan durch armenisches Territorium mit seiner Exklave Nachitschewan verbinden soll – und damit auch mit der Türkei. Der Verkehr soll nicht von armenischen, sondern von russischen Grenztruppen kontrolliert werden.

Es ist ein unvollkommenes, eilig verfasstes Abkommen – ausreichend, um das Blutvergießen zu beenden, aber zu knapp, um die Verliererseite dauerhaft zu schützen, vor allem die Zivilbevölkerung im umstrittenen Gebiet. Es brauchte tatkräftige Einmischung und Hilfe des Westens, um ihre Rechte zu sichern. Davon jedoch ist derzeit, durch welche Brille auch immer betrachtet, wenig zu sehen.

Christian Esch

»Man muss sich bewegen, um zu existieren«

SPIEGEL-Gespräch Kein Politiker wird in Frankreich bis heute so verehrt und von der Politik vereinnahmt wie der ehemalige Präsident Charles de Gaulle. Sein Biograf Julian Jackson erklärt, warum das so ist und welche Gemeinsamkeiten es zwischen Macron und de Gaulle gibt.

Der britische Historiker Jackson, 66, lehrt an der Queen-Mary-Universität in London. Sein 900-Seiten-Werk über de Gaulle wurde mit dem Duff Cooper Prize ausgezeichnet. Die »New York Review of Books« lobte es als eine als Biografie verkleidete Abhandlung über das heutige Frankreich.*

SPIEGEL: Herr Jackson, dieses Jahr ist ein De-Gaulle-Gedenkjahr in Frankreich: Vor 130 Jahren wurde er geboren, vor 80 Jahren hielt er seine berühmte Rede aus dem Londoner Exil, diese Woche jährte sich sein Todestag zum 50. Mal. Präsident Emmanuell Macron erklärte auf Twitter, de Gaulles Willenskraft und Resilienz verkörperten den französischen Geist schlechthin, und stellte ein pompöses Video dazu. Woher rührt die Faszination für einen Mann, der seit Jahrzehnten politisch keine Rolle mehr spielt?

Jackson: Ich würde es sogar eine Obsession nennen, die Franzosen sind wie besessen von de Gaulle. Über keinen Präsidenten wurden mehr Bücher veröffentlicht, nach keinem mehr Straßen benannt. Jeder Politiker, ob der Linke Jean-Luc Mélenchon oder die Rechtspopulistin Marine Le Pen, vereinnahmt ihn für sich. Und wussten Sie, dass Macron auf seinem offiziellen Präsidentenporträt, das in jedem Rathaus hängt, vor einer aufgeschlagenen Seite der Kriegsmemoiren de Gaulles steht?

SPIEGEL: Alle suchen seine Nähe – womöglich um ein wenig vom Glanz der alten Tage abzubekommen?

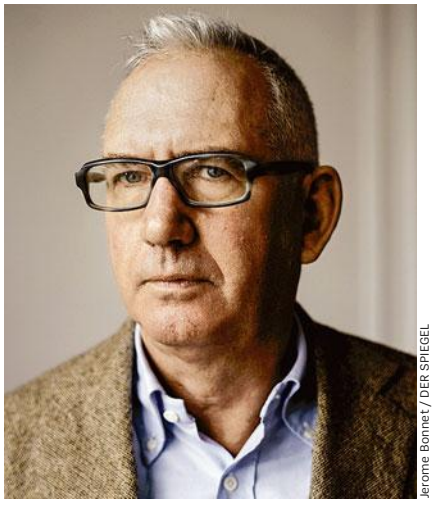
Jackson: Das Interessante ist ja: Zu Lebzeiten war de Gaulle nicht bei allen beliebt. Ich glaube, die Franzosen halten mit einer gewissen Verzweiflung an dieser Figur fest, weil sie für eine Epoche steht, in der Frankreich noch eine bedeutendere Rolle in der Welt zukam. Als de Gaulle in den Sechzigerjahren regierte, war Jean-Paul Sartre weltweit der bedeutendste Intellektuelle, Brigitte Bardot eine berühmte Schauspielerin, und Citroën produzierte nicht Autos, sondern Ikonen.

SPIEGEL: Das allein erklärt aber nicht die Heldenverehrung.

Jackson: Das stimmt, zum Helden wurde de Gaulle, als er 1940 ins Londoner Exil ging und erklärte, der Krieg sei für sein Land noch lange nicht verloren, was ein beispiellos kühner Akt war. Frankreich wäre irgendwann wohl auch ohne ihn befreit worden. Aber die Tatsache, dass das Land später eine Besatzungszone in Deutschland und einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat erhielt, das verbinden die Franzosen bis heute mit de Gaulles Verdiensten in diesen Kriegsjahren. Außerdem hilft er ihnen über das kollektive schlechte Gewissen hinweg.

SPIEGEL: Inwiefern?

Jackson: Niemand glaubt doch noch an den alten Mythos, dass fast alle Franzosen in der Résistance, im Widerstand, waren. Jacques Chirac war der Erste, der das zugegeben hat. Und Macron räumte kurz nach seiner Wahl die Schuld der Franzosen so klar ein, wie es noch nie zuvor ein Präsident getan hatte: Es sei unbestritten das Werk der französischen Polizei und Regierung, sagte Macron, dass 8000 Juden im Juli 1942 nach Auschwitz deportiert wurden. Die Franzosen haben keine Illusionen mehr über ihre Rolle damals. Aber es gibt diesen einen »good guy«, zu dem sie noch aufschauen können, der von Tag eins an jegliche Kooperation mit Philippe Pétain, dem Chef der mit den Nazis kooperierenden Vichy-Regierung, ablehnte.



Jerome Bonnet / DER SPIEGEL

Autor Jackson
»Dieser eine ›good guy‹«

SPIEGEL: De Gaulle gilt als der Mann, der die nationale Einheit Frankreichs möglich gemacht hat, nach der sich die Franzosen heute so sehr sehnen. Aber war das Land wirklich so viel einiger unter ihm?

Jackson: Die viel zitierte »unité nationale« war das, wonach de Gaulle strebte, aber tatsächlich war er die meiste Zeit seiner politischen Karriere eine sehr umstrittene Figur. Der größte Moment nationaler Einheit begann sicher am 26. August 1944, als er auf den Champs-Élysées mit den Parisern die Befreiung ihrer Stadt feierte. Aber dieses Gefühl hielt nicht lange an. Dann gab es noch einmal zum Ende des Algerienkriegs 1962 eine Phase, in der de Gaulles Politik in einem Referendum von einer großen Mehrheit der Franzosen mitgetragen wurde. Gleichzeitig war aber eine gewalttätige Minderheit dagegen und trachtete ihm sogar nach dem Leben.

SPIEGEL: Nach jeder Krise, wie zuletzt nach der grausamen Enthauptung des Lehrers Samuel Paty, wird die »unité nationale« wie ein Allheilmittel beschworen. Ist sie in einer Zeit, in der sich Frankreichs Gesellschaft zunehmend spaltet, noch realistisch?

Jackson: Das Gefühl nationaler Einheit kann immer nur von kurzer Dauer sein, es ist anders gar nicht möglich. Schon François Hollande musste das nach den fürchterlichen Terroranschlägen im Jahr 2015 feststellen. Einem kurzen Moment der Einheit folgte auch damals umgehend der Streit darüber, wie dem, was geschehen war, am besten zu begegnen sei.

SPIEGEL: War es schwierig, sich als Brite dem französischen Monument de Gaulle anzunähern?

Jackson: Ich habe versucht, mich ihm vorbehaltlos zuzuwenden, ihn nicht wie andere, französische Biografen vor mir für eine bestimmte politische Richtung zu vereinnahmen oder Dinge, die er in den Dreißigerjahren tat, mit dem Wissen um historische Ereignisse danach zu erklären.

* Julian Jackson: »A Certain Idea of France: The Life of Charles de Gaulle«.

Hulton Archive / Getty Images

Staatsoberhaupt de Gaulle (r.) bei Londonbesuch 1960: »Die Franzosen halten mit einer gewissen Verzweiflung an dieser Figur fest«

Meine Arbeit bestand darin, Schicht um Schicht von diesem Mythos freizulegen.

SPIEGEL: Und was für ein de Gaulle kam dabei heraus?

Jackson: Mein de Gaulle ist weder links noch rechts, er ist auch nicht von Anfang an überzeugt vom System der Republik, ganz im Gegenteil. Er war erstaunlich flexibel, ein Pragmatiker, der sich den politischen Verhältnissen anpasste, ohne seine Überzeugungen zu verraten. De Gaulle war kein Opportunist, wie Boris Johnson heute einer ist. Vielleicht liegt es auch daran, dass er seine Karriere als Soldat begann. Im Leben ging es für de Gaulle, der stark von dem Philosophen Henri Bergson geprägt war, um Bewegung, Fluss, Konflikt. Man muss sich bewegen, um zu existieren. Das hat er auch in der Politik so gesehen.

SPIEGEL: Das heißt, der konservative Katholik war ein Politiker, für den die klassischen Links-rechts-Muster keine große Bedeutung hatten?

Jackson: Ich würde sagen, er war ein konservativer Revolutionär. Er mochte zum Beispiel das Wort Gaullismus nicht, er selbst sah sich als jemand, der die klassischen Parteigrenzen von rechts und links überwindet. De Gaulle lässt sich nur schwer einordnen: In den Dreißigerjahren war er sicher eher konservativ. Wenn es um Frankreichs Institutionen ging, war er es auch. Bei der Frage der Unabhängigkeit Algeriens vertrat er am Schluss eher linke Positionen. Fidel Castro bewunderte ihn, weil er so antiamerikanisch war. Und da de Gaulle den Kontakt mit der Sowjetunion suchte, fiel es selbst den Kommunisten dort schwer, sich gegen ihn zu positionieren.

SPIEGEL: Der entscheidende Moment in de Gaulles Karriere war seine Flucht nach London im Juni 1940, kurz bevor die Regierung in Paris faktisch kapitulierte. De Gaulle stellte sich mit einer Klarheit gegen diese Entscheidung, die Sie als sehr weitsichtig und wagemutig beschreiben.

Jackson: Man muss bedenken, er war wirklich ganz allein, es gab niemanden, auf den er sich anfangs stützen konnte. Wahrscheinlich war er aber so entschieden, weil er zuvor eng mit Frankreichs neuem Staatschef Philippe Pétain zusammengearbeitet hatte. De Gaulle hatte großen Respekt vor dessen Leistungen während des Ersten Weltkriegs, aber nun sah er in ihm nur noch einen Gescheiterten, ein Opfer seiner Eitelkeit und seines Alters. Auf jeden Fall war de Gaulle 1940 die einzige Person in Frankreich, die sich keine Illusionen mehr über Pétain machte.

SPIEGEL: Winston Churchill unterstützte de Gaulle und ließ ihn in der BBC sprechen. War dem britischen Premier bewusst, welche Bedeutung er ihm damit gab?

Jackson: Churchill dachte damals, de Gaulle könne eine wertvolle Unterstützung für die Alliierten sein. Er überließ de Gaulle das Mikrofon der BBC, weil er zum einen großzügig war – und zum anderen ein wenig romantisch. Aber er schuf mit dieser Entscheidung ein Monster, das er später nicht mehr kontrollieren konnte. Das Radio war de Gaulles wichtigste Waffe. Und er war ein fabelhafter Radiomann. Diese Stimme, die er regelmäßig über den Kanal nach Frankreich schickte, wurde enorm wichtig für die Résistance.

SPIEGEL: Dabei hörten ihm gar nicht so viele zu. Sie schreiben, es seien vielleicht 7000 gewesen.

Jackson: Und trotzdem war es entscheidend. De Gaulle ist der erste Politiker, der über das Radio groß geworden ist. Seine Ansprachen waren rhetorische Meisterleistungen, eine Mischung aus rationalen Argumenten und viel Emotion. Seine berühmte Rede vom 18. Juni 1940 ist eine sehr intelligente Analyse der Lage, vorgetragen mit großem politischen Instinkt. In einer anderen Rede sagte de Gaulle: »Frankreich hat eine Schlacht verloren, aber wir haben nicht den Krieg verloren«, um anschließend die vier Grün-

Taschenbuch. € (D) 7,–
Verfügbar auch als E-Book

Testen Sie Ihr Wissen!

Mit dem neuen SPIEGEL-Wissenstest können Sie überprüfen, ob Ihr Wissen auf dem Stand der Zeit ist.
Wer in diesem Buch die 150 Fragen aus zehn Wissensgebieten beantwortet, wird erfahren, wie gut seine Allgemeinbildung ist.
Nur Mut!

Zusätzlich:
exklusive Interviews mit Caren Miosga und Ranga Yogeshwar

KiWi
www.kiwi-verlag.de

SPIEGEL Buchverlag

de aufzuzählen, warum das so ist. Er war brillant.

SPIEGEL: Man könnte es auch größenwahnsinnig nennen.

Jackson: De Gaulle war aus einem einzigen Grund in London: Er war überzeugt davon, dass er Frankreich und die übergeordneten Interessen des Landes vertrat. Es gibt einen Dialog mit seinem damaligen Berater, dem Diplomaten René Cassin, der de Gaulle fragt, in welcher Funktion sie denn gegenüber den Briten auftreten sollten, als es um ein Abkommen mit Großbritannien geht. De Gaulle antwortet ihm: »Wir sind Frankreich.«

SPIEGEL: Die Zeit in London muss trotz allem sehr einsam für ihn gewesen sein.

Jackson: Ich glaube, es gab Phasen, in denen er sich gefragt hat, wie lange er das durchhalten kann. Aber er begann, erstaunlich effektiv einen Staat im Exil aufzubauen. Sein Team bereitete alles für die Zeit danach vor. Die Tatsache, dass er als Erster da war, verlieh ihm eine ungeheure Macht. Viele Mitglieder der Résistance mochten de Gaulle nicht, aber sie kamen nicht an ihm vorbei. Das eigentlich Interessante aber ist, wie es ihm gelang, nur über seine Stimme im Radio eine so intensive Beziehung zu den Franzosen aufzubauen.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür?

Jackson: De Gaulle hat die Politik schon sehr früh als Bühne begriffen, und er hat sich viele Gedanken über die Wirkung seiner Auftritte gemacht, über die Rolle eines Staatsmannes. Er hat später in einem Gespräch mit seinem Mitarbeiter Jacques Foccart unumwunden zugegeben, dass ein Politiker auch immer ein Schauspieler ist: »In Wahrheit befinden wir uns auf einer Theaterbühne, auf der ich seit 1940 eine Illusion aufrechterhalte. Ich versuche, Frankreich den Anschein eines soliden, entschiedenen, selbstbewussten und expandierenden Landes zu geben, dabei ist es eigentlich eine abgenutzte, erschöpfte Nation«, sagte er da.

SPIEGEL: Im August 1944 kehrte de Gaulle in ein befreites Paris zurück und schritt unter dem Jubel der Bevölkerung die Champs-Élysées hinunter. In welchem Verhältnis stand er da zu den Mitgliedern des französischen Widerstands?

Jackson: Das Problem war, dass jeder andere Erwartungen an ihn hatte. Verschiedene Résistance-Vertreter wollten eine Art Revolution für Frankreich, de Gaulles Beziehung zu ihnen wurde immer schwieriger. Denn er hatte den Ehrgeiz, Armee und Staat so schnell wie möglich wiederaufzubauen, damit sein Land im Krieg noch eine Rolle spielen kann. Letztendlich waren es die sehr grundlegenden Auseinandersetzungen über eine neue Verfassung, die im Januar 1946 zu seinem Rücktritt als Präsident der provisorischen Regierung führten.

Jerome Bonnet / DER SPIEGEL

Jackson, SPIEGEL-Redakteurin*
»Die Opposition sucht sich eigene Wege«

SPIEGEL: Es sollte zwölf Jahre dauern, bis er 1958 wieder an die Macht kam und der Republik eine neue Verfassung gab. Ist dieser Verfassungstext, der dem Präsidenten bis heute sehr viel Macht einräumt, seine wichtigste Hinterlassenschaft?

Jackson: Die Verfassung der Fünften Republik ist neben einer ehrgeizigen Außenpolitik und dem Anspruch Frankreichs, ein besonderes, unabhängiges Land zu sein, das Konkreteste, was er hinterlassen hat. Sie prägt bis heute das politische System. Emmanuel Macron hat nach seiner Wahl viel vom »vertikalen Präsidenten« gesprochen. Der Präsident steht mit seiner ungeheuren Machtfülle ganz oben, und dann kommt erst einmal lange nichts, so hat de Gaulle es angelegt. Es gibt viel zu wenige direkte Verbindungen zwischen dem Präsidenten und seinem Volk. Das Parlament ist schwach und außerstande, eine Opposition zu sein. Das ist auch ein Grund, warum es immer wieder Proteste auf der Straße oder Bewegungen wie die Gelbwesten gibt.

SPIEGEL: Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Emmanuel Macron und de Gaulle?

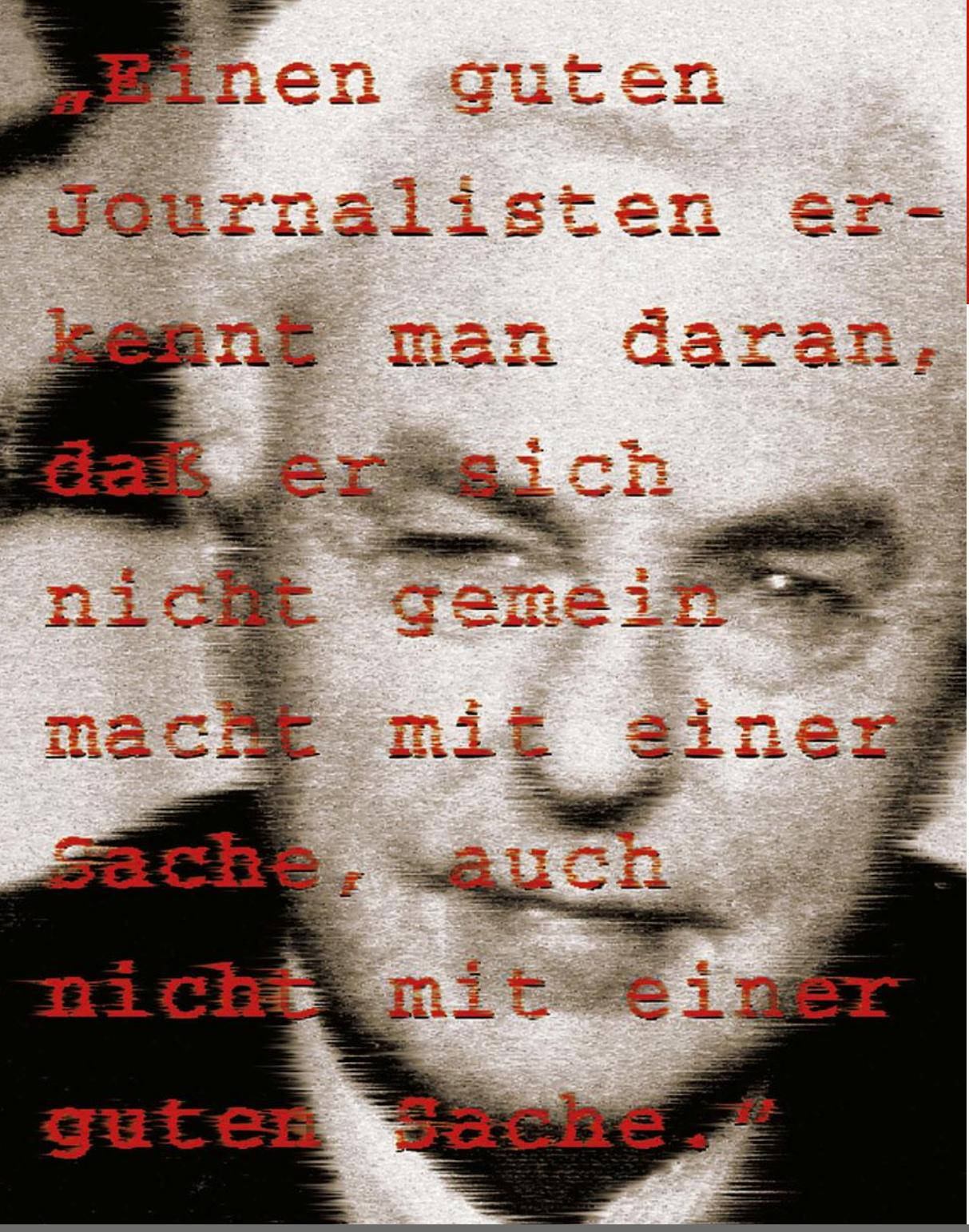
Jackson: Oh ja, beide sind sehr kopfgesteuerte Politiker. Macron ist ein Denker wie de Gaulle, der bis zum Zweiten Weltkrieg vier Bücher geschrieben hatte. Aber auch in der Art und Weise, wie sie an die Macht kamen, gibt es Parallelen: Charles de Gaulle hatte 1958 keine Partei im Hintergrund, die kam erst später hinzu. Das Wichtigste ist aber vielleicht, dass Macron kein Problem mit dem von de Gaulle geprägten Präsidialsystem hat. Wohl auch, weil er überzeugt ist, dass es mit den Institutionen der Fünften Republik nicht anders geht. Als Berater im Élysée hat er aus der Nähe beobachten können, wie sein Vorgänger François Hollande versuchte, ein »normaler Präsident« zu sein, und damit scheiterte. Ich glaube, Macron hat sich vorgenommen, die Fünfte Republik im Sinne de Gaulles anzunehmen. Er hat dem Logo des Élysée-Palasts ja sogar das Kreuz von Lothringen – Symbol des Widerstands gegen die Nationalsozialisten – hinzugefügt. Ich denke, das kann kein Zufall sein.

SPIEGEL: Herr Jackson, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Britta Sandberg in Paris.

Lesen Sie mich durch,
ich bin Arzt!

LESEN SIE SICH GESUND.



Hanns Joachim Friedrichs

Einen Film
über die diesjährigen
Preisträger strahlt
das NDR Fernsehen
am 20.November
um 24 Uhr aus.

Vorschläge für den
Preisträger des Jahres 2021
können die Zuschauer
schicken an:

info@hanns-joachim-friedrichs.de

hanns-joachim-friedrichs-preis.de

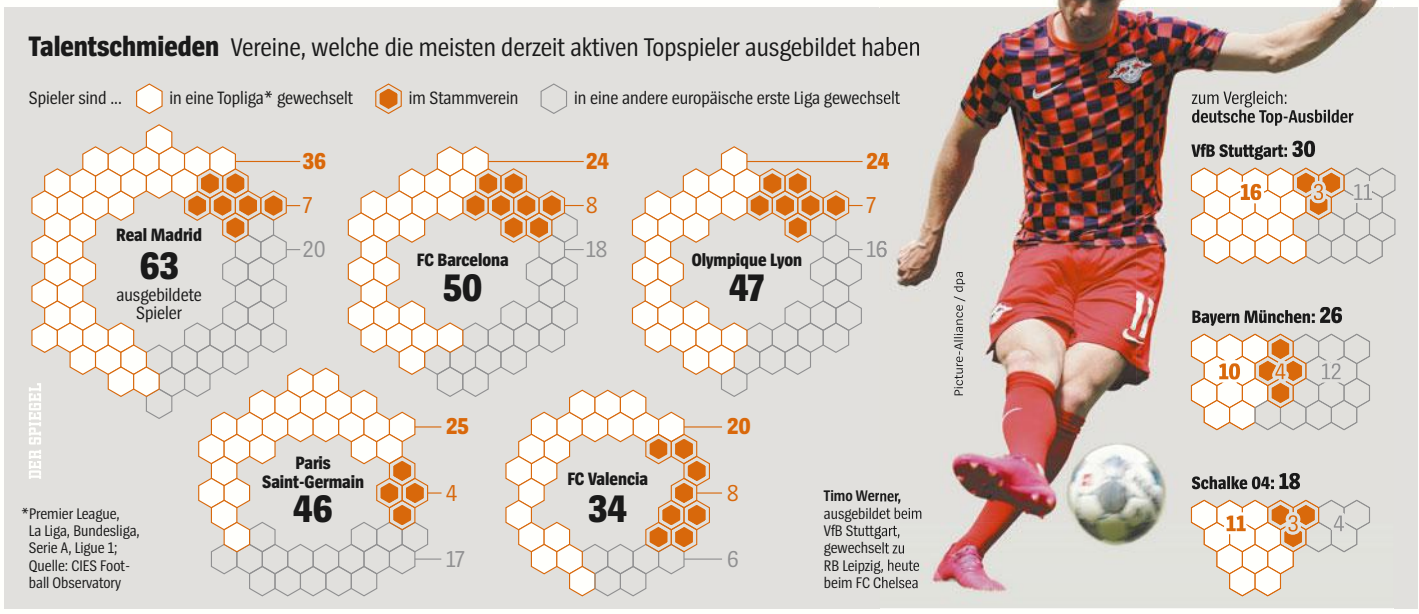
Der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus.

Der Preis wird alljährlich an Moderatoren, Reporter und Redakteure vergeben, die durch ihre Arbeit gezeigt haben, dass sie kreative, kritische und unabhängige Journalisten sind. Die Preisträger im 25.Jahr der Auszeichnung sind die BBC-Moderatorin Emily Maitlis und der ZDF-Korrespondent Ulf Röller. Der diesjährige Sonderpreis geht an die NDR-Reporter Nadia Kailouli und Jonas Schreijäg.

Die Initiatoren und Juroren: Golineh Atai, Gabi Bauer, Jurek Becker (†), Manfred Bissinger, Nikolaus Brender, Klaus Bresser, Annette Dittert, Jürgen Flimm, Eric Friedler, Christoph-Maria Fröhder, Petra Gerster, Johannes Hano, Tina Hassel, Maybrit Illner, Claus Kleber, Theo Koll, Gerhard Krug (†), Stephan Lamby, Jürgen Leinemann (†), Ilse Madaus-Friedrichs, Sandra Maischberger, Marcel Mettelsiefen, Eva Müller, Susanne Ottersbach-Flimm, Frank Plasberg, Fritz Pleitgen, Christina Pohl, Ariane Reimers, Claus Richter, Thomas Roth, Dirk Sager (†), Isabel Schayani, Cordt Schnibben, Hermann Schreiber (†), Birgit Schwarz, Hajo Seppel, Volker Skierka, Marietta Slomka, Katharina Trebitsch, Harry Valerien (†), Wiel Verlinden, Mathias Werth, Ulrich Wickert, Anne Will, Armin Wolf

SELBY & CO.

Sport



In der Schulung des Nachwuchses erreicht die Fußballbundesliga nicht einmal europäisches Mittelmaß. Das Internationale Zentrum für Sportstudien CIES aus der Schweiz hat ermittelt, welche Vereine die meisten Spieler ausgebildet haben, die in den Top-5-Ligen Europas aktiv sind. Ganz vorn stehen dabei Klubs aus Spanien und Frankreich. Erst auf Platz 13 kommt mit dem VfB Stuttgart der erste deutsche Verein.

Gut zu wissen

Wann endet die russische Dopingaffäre?

● Der internationalen Sportgerichtshof Cas in Lausanne hat in der vergangenen Woche über den mutmaßlichen russischen Dopingbetrug verhandelt – wieder einmal. Erneut wird darüber gestritten, ob und, falls ja, in welchem Ausmaß Russland den Weltsport hintergangen hat. Eine Frage, die seit mittlerweile sechs Jahren die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada beschäftigt. Aber wann wird die Aufarbeitung der russischen Dopingaffäre abgeschlossen sein?

Das aktuelle Verfahren verläuft entlang etablierter Konfliktlinien. Russland hat beim Cas Einspruch eingelegt gegen eine von der Wada verhängte Vierjahressperre. Danach sollen Olympische Spiele und Weltmeisterschaften in diesem Zeitraum nicht in Russland stattfinden, russische Sportler müssten zudem unter neutraler Flagge starten, wie 2018 bei Olympia in Pyeongchang.

Mit der Strafe reagiert die Wada auf einen mutmaßlichen Täuschungsversuch. Anfang 2019 hatten Wada-Ermittler einen elektronischen Datensatz im Moskauer Dopingkontrolllabor sichergestellt, der eigentlich dabei helfen sollte, potenzielle russische Dopingsünder zu identifizieren. Doch das Material erwies sich als unbrauchbar: Tausende Daten seien manipuliert oder gelöscht worden, bilanzierte die Wada, Russland wolle damit wohl Doping von mindestens 145 Sportlern verschleiern.

Die Russen hingegen beteuern ihre Unschuld. Grund für den Datensalat sei nicht Vorsatz, sondern ein technischer Defekt, der nicht in ihrer Verantwortung liege. Ähnlich hatten in der Vergangenheit bereits Athleten argumentiert, die wegen mutmaßlicher Verstrickung in das russische Dopingsystem von den Verbänden sanktioniert worden waren. Viele Strafen wurden allerdings später von Gerichten kassiert, da die Indizien in diesen Fällen zu schwach waren.

AFP / GETTY IMAGES

Russische Athleten in Pyeongchang 2018

Nun ist sich der Sport uneins, wie mit dem aktuellen Fall umgegangen werden soll. Alles andere als ein »klares und hartes Urteil« gegen Russland wäre eine »bittere Enttäuschung«, sagt Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes. René Fasel, Präsident des Eishockeyweltverbands IIHF, warnt hingegen vor »sehr ernsten« Problemen, sollte der Cas die Wada-Sanktionen nicht einkassieren. Die IIHF wäre unmittelbar betroffen: 2023 soll die WM in Russland stattfinden. Bis zu einer endgültigen Entscheidung darüber, ob das so bleibt, könnte es noch dauern. Der Cas will bis Ende des Jahres ein Urteil sprechen, danach könnte noch das Schweizer Bundesgericht angerufen werden. TNE

Massive Drohungen

Missbrauch Mehrere Boxtrainer sollen junge Athletinnen sexuell belästigt haben. Staatsanwälte in Baden-Württemberg ermitteln. Es wäre nicht der erste Skandal der Faustkämpfer.

Niemand fasst mir aus Versehen zwischen die Beine«, sagt die junge Frau, »das war Absicht. Ich weiß das, und mein Trainer weiß das auch.« In ruhigen Worten erzählt die 18-jährige Boxerin am Telefon, was ihr zunächst in einem Trainingslager und danach in der heimischen Sporthalle widerfahren sei. Wie sie die Übergriffe ihres Coachs, eines erfahrenen, renommierten Trainers, ertragen habe. Wie der Mann in der Trainingshalle Vergewaltigungswitze erzählt und sich dabei amüsiert habe. Und wie andere Athleten und Trainer mitgelacht oder weggeschaut hätten.

»Im Boxen gibt es ein System des sexuellen Missbrauchs, das zumindest geduldet wird«, sagt sie. Die jungen Nachwuchssportlerinnen allerdings würden meistens schweigen. Schließlich hänge ihre sportliche Karriere vom Wohlwollen der Trainer ab. »Jugendliche wissen auch nicht, wie sie sich wehren sollen und an wen sie sich wenden können.« Sie selbst, so erzählt sie es, sei nicht nur Opfer gewesen, sondern auch Zeugin, wie eine andere Sportlerin gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr gezwungen worden sei.

Vor einigen Woche allerdings entschieden die junge Frau, die anonym bleiben will, und weitere Athletinnen, nicht länger stillzuhalten: »Wir wollen, dass das endlich aufhört«, sagt sie. Deshalb zeigten sie zunächst zahlreiche Missbrauchsfälle bei der Präventionsbeauftragten ihres Boxsportverbands in Baden-Württemberg an. Und weil sie daraufhin angeblich massive Drohanrufe erhielten und das Gefühl hatten, ihre Anzeige könnte vertuscht werden, gingen sie schließlich noch zur Polizei und stellten Strafanzeige.

Sie lösten damit einen erneuten Skandal unter den deutschen Faustkämpfern aus. Erst vor drei Jahren riefen einige bekannte deutsche Boxerinnen nach mehreren mutmaßlichen Missbrauchsfällen die Kampagne »Coach, don't touch me« ins Leben. Das Ziel: sexualisierte Gewalt im Sport zu bekämpfen. Boxsportverbände in Bund und Land ernannten Sexualbeauftragte. Es gibt einen Ehrenkodex für Trainer und Betreuer, wer gegen die Regeln verstößt, kann seine Lizenz verlieren. Doch verhindert haben diese Maßnahmen weitere Fälle offenbar nicht.

Heinrich Holtgreve / OSTKREUZ

Inzwischen bestätigte der Landessportverband Baden-Württemberg, dass es zu »sexualisierter Gewalt gegenüber Sportlerinnen« gekommen sein soll. Der direkt betroffene Deutsche Boxsport-Verband (DBV) hingegen zieht es bisher vor, keine öffentliche Stellungnahme abzugeben. Dabei hat er Ende Oktober einen verdächtigen Trainer suspendiert.

Der baden-württembergische Boxverband stellte ebenfalls einen Trainer frei sowie seinen Sportdirektor Oliver V., einen in der Boxbranche sehr bekannten Coach, der sich früher als Bundestrainer um den Nachwuchsbereich des deutschen olympischen Boxens kümmerte und Deutschland bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro als Betreuer vertreten hat.

Die Staatsanwaltschaften in Stuttgart und in Heidelberg bestätigten auf Anfrage, dass Strafanzeigen eingegangen und Ermittlungen aufgenommen worden seien. Gegenüber dem SPIEGEL wollte sich Michael Müller, der Sportdirektor des DBV, zu den Anschuldigungen nicht äußern. Es werde so lange die Unschuldsvermutung gelten, bis man handfeste, überprüfbare Beweise habe, sagt er.

Der Präsident des baden-württembergischen Landesverbands BVBW, Uwe Hamann, will über all das nicht mit dem SPIEGEL sprechen. Er weist die Vorwürfe zurück, nennt sie eine »ganz schmutzige Kampagne«. Die betroffenen Funktionäre wollten sich ebenfalls nicht äußern oder waren nicht zu erreichen.

Dabei sind die Vorwürfe der Aktiven ebenso konkret wie massiv. So sollen die Betreuer etwa bei Trainingslagern junge Athletinnen einzeln zum Wiegen auf ihr Zimmer geholt haben. Dabei hätten sich die Sportlerinnen komplett ausziehen müssen. Zumindest ein Trainer sei dabei in Unterwäsche gewesen und habe einen erigierten Penis gehabt.

Entsprechende Fotos und weitere Nacktbilder seien zudem unaufgefordert an Minderjährige verschickt worden – versehen mit der Frage, ob das angeschriebene Mädchen »ficken« wolle, oder etwa mit dem Hinweis »Du hast so einen geilen Arsch, da habe ich mir gleich einen runtergeholt«. Auch zu nicht einvernehmlichem Geschlechtsverkehr zwischen Sportlerinnen und Trainern soll es bei Trainingslehrgängen gekommen sein, so berichten Boxerinnen.

Betroffen sollen mindestens fünf Athletinnen sein, die unter anderem am Olympiastützpunkt in Heidelberg trainierten. Teilweise sollen die Übergriffe schon länger zurückliegen. Nicht alle womöglich betroffenen Sportlerinnen hätten bislang ausgesagt, heißt es in der Szene der Athletinnen.

Unter den rund 80 000 Mitgliedern in den Boxvereinen, darunter nicht einmal ein Fünftel Frauen, herrscht oft ein rauer Ton. Chauvinistische Sprüche sind an der Tagesordnung. Bei den aktuellen Anschuldigungen geht es auch um Macht und Unterdrückung. Ein Insider, der die Beschuldigten seit mehreren Jahren kennt, berichtet über die Verhältnisse in der Boxbranche: »Die Systematik war stets gleich: Wenn du gefördert werden möchtest, dann musst du dich meinem Willen beugen. Wenn du es nicht machst, dann werde ich deine Karriere beenden.«

Um solche Situationen zu verhindern, hat auch der baden-württembergische Boxverband seit 2018 eine »Beauftragte zur Prävention sexualisierter Gewalt«. Präsident Hamann machte aber keinen Hehl daraus, dass mit deren Einsetzung vor allem eine Forderung des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) umgesetzt worden sei – wohl um weiter Fördergelder zu erhalten. Nach zahlreichen Missbrauchsfällen hatte das Bundesinnenministerium als einer der größten Geldgeber des Spitzensports gefordert, dass die Verbände mehr tun müssten.

»Ich kann jede Frau verstehen, die lieber den Mund hält und mit dem Boxen aufhört.«

Facebook

Unterstützerinnen der Kampagne »Coach, don't touch me«*

Der Boxverband ernannte Fotini Böhme, eine medizinische Fachangestellte, die sich mit DOSB-Kursen wie »Ethik und Moral im Leistungssport« zur Präventionsbeauftragten fortgebildet hatte. Den größten Vorteil in der Besetzung aber sah der Präsident wohl darin, dass Böhme eine Frau sei, »die eng mit dem BVBW verbunden« sei.

Tatsächlich wirkt der Verband wie eine große Familie: Böhme ist die Ehefrau des früheren Leistungssport-Ressortleiters Achim Böhme. Mit dem verdächtigten Sportdirektor Oliver V. und dessen Frau soll das Paar eng befreundet sein. V.s Frau ist beim Boxverband als Geschäftsführerin beschäftigt.

Allein wegen dieser Verflechtungen würden sich betroffene Sportlerinnen schwertun, sich Böhme zu offenbaren, heißt es unter den Aktiven. Zumal V. als Vorbild im Boxsportverband gilt. Im Schwarzwald hat er ein viel beachtetes Integrationsprojekt geschaffen, mit dem ausländische Jungen und Mädchen unterstützt werden. Er gilt als sozial engagiert, als Kumpeltyp.

Seit Jahren aber erzählen sich Boxerinnen, dass der Familienvater sexistische Nachrichten und Fotos an junge Frauen schicke. Vom SPIEGEL mit diesen Vorwürfen konfrontiert, antwortete sein Anwalt, seinem Mandanten sei von Ermittlungen gegen ihn nichts bekannt, man solle ihn nicht weiter kontaktieren.

Als sich zwei Athletinnen trotz aller Bedenken der Missbrauchsbeauftragten Böhme offenbarten, soll diese bereit gewesen sein, Anzeige zu erstatten. Jedoch sollen die Sportlerinnen alsbald anonyme Drohanrufe bekommen haben. »Ich solle nicht solche Geschichten erzählen, sonst könne ich bald gar nicht mehr reden, hieß es mit verzerrter Stimme«, berichtet die Boxerin am Telefon, »oder: Ist dir das Leben deiner Familie nicht wichtig?«

Unterstützung durch die Verbandsspitze habe es hingegen nicht gegeben. »Jetzt werde ich als Lügnerin und Verleumderin hingestellt«, sagt sie, »da kann ich jede Frau verstehen, die lieber den Mund hält und mit dem Boxen aufhört.«

In ihrer Not sind Aktive dann offenbar direkt zur Polizei gegangen. Die Anzeige sei in Baden-Baden aufgegeben worden – weit weg vom Schwarzwald, heißt es: Oliver V. war früher beim Zoll, und die jungen Boxerinnen fürchten wohl, er könnte Druck bei der Polizei vor Ort machen, die Vorwürfe nicht zu verfolgen.

Das Misstrauen ist durchaus nachzuvollziehen. Denn oft steht in solchen Verfahren Aussage gegen Aussage. So auch bei einem Verfahren, das vor drei Jahren zu der Kampagne »Coach, don't touch me« führte. Im Dezember 2016 hatte eine Boxerin aus Hamburg ihren Trainer des sexuellen Missbrauchs beschuldigt. Die Boxerin war 17 Jahre alt und erst kurz zuvor Mitglied des Nationalkaders geworden.

Doch die Staatsanwaltschaft Schwerin stellte das Verfahren ein, weil die Athletin nicht nachweisen konnte, dass der Geschlechtsverkehr zwischen ihr und ihrem Trainer nicht einvernehmlich war – wie so oft in solchen Fällen.

Unbestritten ist aber, dass der Mann während eines Trainingslagers in Polen ein gemeinsames Hotelzimmer mit der Minderjährigen bewohnte. Der Trainer ist bis heute als Sportdirektor im Boxsport tätig. Den Deutschen Boxsport-Verband stört dies offenbar nicht.

Michael Fröhlingsdorf, Markus Sutera

* Sophie Alisch, Sarah Scheurich und Ornella Wahner.

»Wie ein Brennglas«

Psychologie Der Wiesbadener Psychiater Tobias Freyer über die zunehmende Belastung von Profisportlern durch Virustests

Oberberg Parkklinik

Der Profisport leidet unter den hohen Infektionszahlen. In dieser Woche wurden drei Spiele der Handballbundesliga abgesagt, weil sich während der Länderspielreise der Nationalmannschaft zwei Spieler mit dem Coronavirus angesteckt hatten. Zudem musste die komplette Fußballmannschaft der TSG Hoffenheim in Quarantäne. Freyer, 44, betreut mehrere Spitzenathleten, denen die Pandemie schwer zu schaffen macht. Der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie ist Chefarzt der Oberberg Parkklinik Wiesbaden Schlangenbad.

SPIEGEL: Herr Freyer, beim FC Bayern München wurden Niklas Süle und Joshua Zirkzee positiv auf das Coronavirus getestet, ein zweiter Test fiel bei Süle negativ aus, bei Zirkzee angeblich auch. Trotzdem durften beide beim Spitzenspiel gegen Borussia Dortmund nicht mitmachen. Was bewirkt so ein Hin und Her im Kopf des Athleten?

Freyer: Für den Sportler ist das zehrend. Dabei muss man bedenken: Süle ist nach einem Kreuzbandriss gerade auf dem Weg zu alter Stärke, ein junges Talent wie Zirkzee versucht, sich im Profikader zu etablieren. Beide werden sich im Training ins Zeug gelegt haben. Da kann die Zuschauerrolle frustrierend sein – umso mehr, wenn man keine Symptome hat.

SPIEGEL: Besteht für infizierte Sportler das Risiko, innerhalb des Teams als verantwortungslos zu gelten?

Freyer: In jedem Fall rückt es den Spieler ins Scheinwerferlicht. Er muss sich Fragen gefallen lassen, die möglicherweise seine Professionalität anzweifeln. Wo bist du gewesen? Mit wem warst du unterwegs? Das setzt den Sportler unter Stress und kann für Misstrauen im Team sorgen.

SPIEGEL: Aber solche Fragen sind in der Pandemie doch legitim.

Freyer: Schon, aber was oft vergessen wird: Berufsfußballer sind meist junge Männer, die ihre Jugend genauso ausleben wollen wie andere Gleichaltrige. Der Klub aber verlangt von ihnen, sich auch in dieser Pandemiezeit wie Vollprofis zu verhalten. Dabei haben es viele Sportler alters- und persönlichkeitsbedingt besonders schwer, die Disziplin aufzubringen, um den Corona-Regeln gerecht zu werden.

SPIEGEL: Das heißt, jeder Spieler, der gegen diese Regeln verstößt oder sich infiziert, gilt als Gefährder des Erfolgs?

Freyer: Zumindest aus der Sicht des Betroffenen. Selbst wenn Trainer und Teamkameraden ihm versichern, dass er nichts dafür kann. Die Gefahr, sich als schwarzes Schaf zu fühlen, ist groß. Kämpft man etwa gerade um einen Stammplatz, kann das auch die eigene Position schwächen.

SPIEGEL: Sie arbeiten als Sportpsychiater mit Wehen Wiesbaden zusammen. Wie sehr beeinflusst die Pandemie den Umgang innerhalb der Mannschaft?

Freyer: Das Virus hat einen neuen mentalen Fokus geschaffen. Auf einmal gilt es, jedes nur denkbare Infektionsrisiko zu vermeiden. Spieler und Betreuer werden fortlaufend dafür sensibilisiert, auf der Hut zu sein und virusfrei zu bleiben. Negative Tests sind fast so wichtig wie die Leistung auf dem Platz.

SPIEGEL: Sehen Sie das kritisch?

Freyer: Nein, im Gegenteil. Aber es zeigt, wie viel Anspannung herrscht. Die Bedrohung durch das Virus erzeugt starken Druck, keinen positiven Fall ins Team zu schleppen. Jeder ist in einer ständigen Habachtstellung – aus Sorge, dass ein Spieler oder gleich die ganze Mannschaft in Quarantäne muss. Dass man Ligapartien verpasst und dadurch einen Wettbewerbsnachteil erleidet. So wie es im Sommer Dynamo Dresden erlebt hat.

SPIEGEL: Wie äußert sich das?

Freyer: Die meisten aus dem Profifußball, mit denen ich spreche, sind einfach genervt. Sie sehen weniger ein konkretes Risiko für sich oder ihr persönliches Umfeld. Trotzdem müssen sich die Klubs den Maßnahmen der Politik unterwerfen. Das sorgt für Frust und kostet zusätzliche Energie.

SPIEGEL: Können Sie diesen Frust nachvollziehen?

Freyer: Absolut, Fußballer sind in der Regel junge Menschen, für die bei einer Infektion ein geringes Risiko besteht. Die meisten wissen auch, dass es ein Privileg ist, überhaupt auf dem Platz stehen zu dürfen – anders als in Sportarten mit einer kleineren Lobby. Dennoch geraten viele Klubs ohne Zuschauer schon jetzt in finanzielle Nöte.

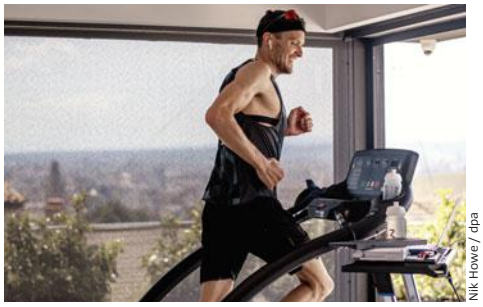
SPIEGEL: Wie wirken sich leere Stadien auf die Leistungsbereitschaft der Akteure auf dem Platz aus?

Freyer: Fangesänge und Applaus fehlen und mit ihnen die Atmosphäre, die die Spieler normalerweise motiviert, den einen Sprint mehr zu machen. Ohne Publikum kann sich eine Ligapartie anfühlen wie ein ambitionierter Trainingskick unter Wettkampfbedingungen.

SPIEGEL: Immerhin gibt es im Profifußball einen Spielbetrieb. Fernsehverträge und

Nik Howe / dpa

Plan A GmbH


Nik Howe / dpa

Weltklasseathlet Frodeno bei Heimtriathlon: »Er nimmt eine Ausnahmestellung ein«

Werbeeinnahmen decken die Kosten und Gehälter. Für Triathleten oder Leichtathleten ist die finanzielle Situation weitaus problematischer.

Freyer: Keine Frage. Einzelsportler sind viel stärker davon abhängig, Leistungsnachweise zu erbringen, um in einem Fördertopf zu bleiben oder Sponsoren zu behalten. Ohne diese Einnahmen entsteht bei Athleten eine große Unsicherheit.

SPIEGEL: Eine Untersuchung der Sporthochschule Köln zeigt: Die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen deutscher Athleten sind im Vergleich zum Vorjahr um 355 Euro pro Monat gesunken. Außerhalb des Fußballs ist das schon ordentliches Geld. Was bewirkt ein solcher Engpass?

Freyer: Finanzielle Sorgen können bei Athleten Existenzängste schüren. Viele fragen sich, ob der Sport sie auch in Zukunft ernähren kann.

SPIEGEL: Die Stanford University hat jetzt festgestellt, dass die seelische Gesundheit von Athleten derzeit massiv belastet ist. Wie lässt sich das erklären?

Freyer: Dem Berufsathleten gibt der Sport einen Sinn, er steigert seinen Selbstwert. Training und Wettkampfkalender strukturieren sein Leben, geben Takt und Ziel vor. Geraten diese Faktoren ins Wanken, kann das zu Niedergeschlagenheit und Antriebslosigkeit führen. Der Sportler fällt in ein mentales Loch. Ähnlich wie jemand, der seinen Job verliert.

SPIEGEL: Der Weltklassetriathlet Jan Frodeno hat wegen der Ausgangsbeschränkungen in seiner Wahlheimat Spanien einen Ironman in den eigenen vier Wänden absolviert. Auf dem Laufband, der Fahrradrolle und in einer Gegenstromanlage. Ist sein Pragmatismus eine Ausnahme?

Freyer: Frodeno ist ein Athlet, der in seiner Disziplin über Jahre eine Ausnahmestellung einnimmt. Möglicherweise kann er mit der aktuellen Situation deshalb besser umgehen als andere. Wie gut einem das gelingt, ist auch abhängig von der mentalen Stabilität und von psychischen Vorbelastungen. Das Coronavirus wirkt ja wie ein Brennglas.

SPIEGEL: Was heißt das?

Freyer: Wer sich schon vor der Pandemie schwertat, die eigenen Erwartungen zu erfüllen, oder nicht wusste, wie es mit der Laufbahn weitergehen soll, dem schlagen fehlende Trainingsmöglichkeiten und Wettkämpfe umso mehr aufs Gemüt.

SPIEGEL: Was raten Sie Patienten, denen das Virus psychisch zu schaffen macht?

Freyer: Das Wichtigste ist, das Thema Corona in den Medien nur dosiert zu konsumieren – und nicht jede Wasserstandsmeldung aufzunehmen. Man sollte seinen Rhythmus aus Training, Ernährung und Schlaf aufrechterhalten.

Interview: Matthias Fiedler

Weil kein Algorithmus Ihre Meinung programmieren sollte.

Die Frankfurter Allgemeine steht für die Freiheit im Denken. Sie steht für unabhängigen und freien Qualitätsjournalismus. Für eine Vielfalt an Positionen und Meinungen, auch für unbequeme. Und sie steht für die gewissenhafte Prüfung ihrer Inhalte. Für die freie Meinungsbildung aller daran interessierten Leser.

Mit einem Abonnement der F.A.Z. investieren Sie in die unabhängige Berichterstattung unserer Redaktion. Bilden Sie sich eine selbstbestimmte Meinung. Und leisten Sie einen Beitrag für die Meinungsvielfalt in Deutschland. —— **Freiheit beginnt im Kopf.**

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heikles Experiment

Fußball Joachim Löw verzockt sich mit der Verjüngung der Nationalelf. Die Neuen schwächeln, alte Helden stehen bereit. Knickt der Bundestrainer ein?

Einen Tag vor dem Länderspiel gegen Tschechien am vergangenen Mittwoch erzählte Joachim Löw, wie sehr ihm seine Arbeit Spaß mache. Bei einer Pressekonferenz in Leipzig schwärmte der Bundestrainer von den vielen jungen Spielern, die er in den Monaten zuvor zur Nationalmannschaft geholt habe: Florian Neuhaus, 23, Robin Koch, 24, Luca Waldschmidt, 24. Das seien tolle Jungs, er spüre eine »große Energie«.

Plötzlich aber schwebte ein Name durch den Raum, der irgendwie nicht passte: Mario Götze.

Ein Journalist, der an der Videoschalte mit dem Bundestrainer teilnahm, fragte, ob der 28-jährige Weltmeister von 2014, der vor drei Jahren sein letztes Länderspiel bestritten hat und nun beim niederländischen Erstligisten PSV Eindhoven kickt, bald wieder in der DFB-Auswahl auflaufen werde.

Götze? Für einen Moment wirkte Löw konsterniert. Dann antwortete er, dass der Siegtorschütze aus dem WM-Finale gegen Argentinien in seinen Planungen eher keine Rolle spiele.

Die Debatten um die Helden von einst – Löw wird sie einfach nicht los. Seit anderthalb Jahren treibt der Bundestrainer den Umbau der Nationalmannschaft voran. Löw will kommendes Jahr mit einem stark verjüngten Team den Titel bei der Europameisterschaft gewinnen.

Doch der Rückhalt für sein Zukunftsprojekt schwindet. Die neu formierte Mannschaft bringt kein kontrolliertes Spiel zustande. Die Abwehr wackelt. Vor den beiden letzten Länderspielen des Jahres diesen Samstag gegen die Ukraine und am Dienstag gegen Spanien gewann die deutsche Elf in der Nations League erst eine Partie.

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) vermarktet seine Auswahl mit dem Label »Die Mannschaft«, aber die Fans wenden sich von ihr ab. Die TV-Quoten bei Länderspielübertragungen sind so schlecht wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Den dünnen 1:0-Sieg gegen Tschechien auf RTL verfolgten am Mittwochabend im Schnitt nur 5,4 Millionen Zuschauer.

Löw fordert Geduld für seinen Neuaufbau. Experten und Kommentatoren aber kritisieren seine taktischen Erwägungen und die Personalauswahl.

Vor allem die Diskussion über die Rückkehr der im März vergangenen Jahres aussortierten Weltmeister Thomas Müller, 31, Jérôme Boateng, 32, und Mats Hummels, 31, nimmt mit jedem durchschnittlichen Länderspiel mehr Fahrt auf. »Wenn ich Bundestrainer wäre, wären Boateng und Müller in der Nationalmannschaft«, erklärte Löws ehemaliger Kapitän Bastian Schweinsteiger im »Kicker«. Auch andere ehemalige Nationalspieler und Klubchefs aus der Bundesliga sprachen sich für eine Reaktivierung des Trios aus.

Löw macht das Gerede wütend. Vielleicht kratzt an seinem Ego, dass ihm, dem ehemaligen Weltmeistercoach, Ratschläge erteilt werden.

Als Löw Müller, Boateng und Hummels aus der Nationalelf warf, wollte er damit ein Signal setzen. Er wollte der neuen Spielergeneration mehr Raum verschaffen und bei den Fans nach der enttäuschenden WM 2018 Aufbruchstimmung erzeugen.

Er hat sich verzockt. Manche der Akteure, auf die Löw jetzt setzt, entwickeln sich nicht so weiter, wie sich der Bundestrainer das ausgemalt hat. Im Gegenteil. Innenverteidiger Antonio Rüdiger vom FC Chelsea und Mittelfeldspieler Julian Brandt von Borussia Dortmund hatten zuletzt nicht einmal mehr bei ihrem Verein einen Stammplatz.

Müller und Boateng hingegen gewannen mit dem FC Bayern München die Champions League. Hummels ist der Abwehrchef von Borussia Dortmund und gewinnt fast jeden Zweikampf. So muss Löw sich nun fragen lassen, warum in der Nationalmannschaft eigentlich nicht die Besten der Besten spielen, sondern Kandidaten, die ihm in den Kram passen.

Knickt der Bundestrainer ein?

Oliver Bierhoff, DFB-Direktor der Nationalmannschaft, glaubt, eine Rückkehr von Müller und Co. würde den Umbau der Nationalmannschaft gefährden, den »Prozess«, wie es Löw nennt. Alle drei würden für sich einen Stammplatz reklamieren. Die schöne neue Hierarchie im Team, mit Anführern wie Joshua Kimmich, Leon Goretzka und Leroy Sané, würde zusammenbrechen.

Löw hält sich inzwischen lieber alle Möglichkeiten offen. In Leipzig sagte er, das Trio sei »im Moment« für ihn kein Thema. Heißt: Sollte die Abwehr kurz vor der EM immer noch nicht funktionieren, könnte er reagieren und Routinier Hummels als Stabilisator nominieren.

Die Zeit für Experimente mit weiteren neuen Spielern erklärte der Bundestrainer hingegen für beendet. In seiner 14-jährigen Amtszeit debütierten bislang 112 Spieler in der Nationalmannschaft. Gegen Tschechien waren es Ridle Baku, 22, vom VfL Wolfsburg und Philipp Max, 27, vom PSV Eindhoven.

Löw saß auf der Trainerbank, in einigen Szenen sahen die Fernsehzuschauer, wie er litt. Nach dem trostlosen Auftritt stellte er schnell klar, dass die Nationalmannschaft in dieser wilden Mischung »nicht mehr« auflaufen werde. Gerhard Pfeil

Markus Gilliar / GES-SPORTFOTO

Trainer Löw: »Ich spüre eine große Energie«

Warum wir sind, wie wir sind

Die ersten Jahre unseres Lebens prägen wie keine andere Zeit – positiv und negativ.
So schließen wir Frieden mit unserer Kindheit.

Jetzt im Handel

André́s M. Dominguez / naturepl.com

Rund vier Quadratmeter misst dieses von Tetranychus urticae zwischen Ginstersträuchern gesponnene Netz. Wohl Hunderttausende Exemplare der Gemeinen Spinnmilbe finden in dem hauchzarten Gebilde Schutz vor Regen, Wind und Fressfeinden. Die Milben selbst ernähren sich von Pflanzensaft – etwa von Gurken, Tomaten oder Äpfeln.

Keim des Widerstands

Analyse Grüne Gentechnik kann die Umwelt entlasten – wenn die Gesellschaft sie will.

● Braunrost, Gelbrost, Septoria, Fusarium: Viele fiese Pilze setzen Weizenpflanzen zu und führen zu Ernteausfällen. Landwirte bekämpfen die Schädlinge mit Fungiziden, doch die schaden der Umwelt und sollen seltener eingesetzt werden.

Wäre es da nicht elegant, wenn sich der Weizen aus eigener Kraft gegen den Pilzbefall wehren würde? Das Zeug dazu hat er, nur lässt die natürliche Abwehr mit der Zeit nach. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter will deshalb Weizen entwickeln, der Pilze dauerhaft in Schach hält. Dazu würde gezielt jenes Gen im Erbgut der Pflanze deaktiviert, das zum Abflauen der Abwehr führt. Für das dazu notwendige Werkzeug, die Genschere Crispr/Cas9, wurde zwei Wissenschaftlerinnen im Oktober der Nobelpreis für Chemie zuerkannt. In der Methode stecke »eine enorme Kraft«, die »uns alle betrifft«, hieß es in der Begründung des Nobelkomitees: »Sie hat nicht nur die Grundlagenforschung revolutioniert, sie führte auch zu innovativen Nutzpflanzen.«

Für deutsche Äcker jedoch wäre der widerständige Weizen zu innovativ. 2018 stufte der Europäische Gerichtshof Gewächse, die mit den neuen Methoden gezüchtet wurden, als gentechnisch veränderte Organismen ein – und die werden in Deutschland nicht angebaut. Das Weizenprojekt soll ganz bewusst die Debatte um diese Entscheidung befeuern.

Die Diskussion muss geführt werden. Die generelle Ablehnung gentechnischer Methoden, argumentieren viele Wissenschaftler, verhindere passgenaue Lösungen für Umweltschutz und Landwirtschaft. Das haben inzwischen auch Teile der Grünen erkannt, zuvor war die Verdammung der Gentechnik gleichsam im Erbgut der Ökopartei verankert. In neuen Methoden wie Crispr, heißt es jetzt etwa in einem Debattenbeitrag zum neuen Grundsatzprogramm, liege »eine große Chance für eine nachhaltige Landwirtschaft«.

Gentechnik birgt Risiken. Sie nicht zu nutzen, auch.

Julia Koch

Elektromobilität

Ausgebremst

● Das Vergnügen, mit wenig Muskelkraft und hoher Geschwindigkeit durch den Stadtverkehr zu brettern, könnte für niederländische E-Bike-Nutzer bald getrübt sein. Derzeit erreichen einige der motorisierten Zweiräder noch bis zu 45 Kilometer pro Stunde. Abhängig von Wetter, Tageszeit und Verkehrsaufkommen soll die Geschwindigkeit künftig deutlich reduziert werden können – und zwar von außen. Am Amsterdamer Flughafen Schiphol hat die Flughafengesellschaft für dieses Ziel gemeinsam unter anderen mit den IT-Unternehmen Microsoft und Orange-NXT eine Teststrecke eingerichtet, auf der die Räder mittels sogenannten Geofencings auf maximal 30 Kilometer pro Stunde gedrosselt werden können. Der Grund: In den Niederlanden kommen immer mehr E-Biker bei Unfällen ums Leben. Auch in Deutschland steigt die Zahl – 2019 um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr. Beim niederländischen Projekt kommunizieren E-Bike und Verkehrsinfrastruktur über eine Schnittstelle, die mit sämtlichen Pedelec-Modellen funktionieren kann. Die virtuellen Dreißigerzonen könnten zum Beispiel morgens und abends während der Rushhour scharf geschaltet werden oder bei plötzlichen Regengüssen. Bei günstigeren Verhältnissen hätten die Radler dagegen freie Fahrt. JKO

Fahrradhelm eines gestürzten E-Bikers

K. Schmitt / picture alliance / Fotostand

Fußnote

23

Prozent des natürlichen Lebensraums von Säugetier-, Vogel- und Amphibienarten könnten durchschnittlich bis zum Jahr 2100 verloren gegangen sein; 18 Prozent sind schon jetzt verschwunden. Gründe sind vor allem Klimawandel, Landwirtschaft und Urbanisierung. Das schließen Forscher der University of Cambridge aus Analysen der veränderten geografischen Verbreitung von 16 919 Arten zwischen dem Jahr 1700 und heute.

Digitalisierung

»Der Präsenzunterricht wird verherrlicht«

Michael Kerres, 60, leitet das »Learning Lab« an der Universität Duisburg-Essen. Der Mediendidaktiker fordert pragmatische Lösungen für den Schulunterricht in Corona-Zeiten.

SPIEGEL: Herr Kerres, steigende Infektionszahlen könnten in diesem Winter wieder zu Schulschließungen führen. Ein Glück, dass Kultusministerien und Schulen jetzt wissen, was kommt, und sich auf Fernunterricht vorbereiten konnten, oder?
Kerres: Ich fürchte, das ist eine Illusion. Selbst dort, wo inzwischen technische Voraussetzungen geschaffen wurden, haben sich keine Routinen in der Didaktik eingespielt. In den vergangenen Jahren ist so viel versäumt worden, das lässt sich nicht in ein paar Monaten aufholen.
SPIEGEL: Was wurde verpasst?
Kerres: Der Schulbetrieb ist vielfach noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen. Das ist auch kaum möglich, weil dessen Dynamik im Gegensatz zur Schulpolitik in Deutschland steht. Bei uns soll in jedem Bundesland für alle Schulen möglichst dasselbe gelten. Dazu kommt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber moderner Technik in der Bildung, die in keinem anderen Land so ausgeprägt ist. Wir Deutschen lieben Technik im Auto, in der Küche, im Rasenmäher – aber bitte nicht in der Schule. Wegen dieser Haltung sind deutsche Schulen international weit hinten, was Ausstattung und digitale Kompetenzen betrifft.
SPIEGEL: Warum ist das so?
Kerres: Bei uns ist die Vorstellung tief verwurzelt, dass Lernen etwas ist, das vorwiegend in der persönlichen Begegnung stattfindet und durch Technologien eher gestört wird. Der Präsenzunterricht wird verherrlicht, das Digitale oft grundsätzlich infrage gestellt. Das ist in Zeiten wie diesen natürlich keine gute Ausgangsposition.
SPIEGEL: Droht also noch einmal das gleiche Chaos wie im Frühjahr, wenn die persönliche Begegnung mit den Lehrerinnen und Lehrern wegfällt?
Kerres: Nicht unbedingt. Einzelne Einrichtungen können gute Lösungen finden, wenn sie Spielraum zum Ausprobieren haben. Viele tun das ja auch trotz der schwierigen Bedingungen.
SPIEGEL: Auf welche Werkzeuge sollten die Schulen setzen?
Kerres: Das Wichtigste ist, dass Lehrpersonen mit ihren Schülerinnen und Schülern in Kontakt bleiben, dass sie Material verteilen und Rückmeldungen geben können. Es ist nicht entscheidend, ob das per Videokonferenz passiert oder per E-Mail, Messenger oder über eine Lernplattform.
SPIEGEL: Erzwingt die Coronakrise jetzt lang versäumte Reformen?
Kerres: So einfach ist es leider nicht. Wir sind in einer Notsituation mit entsprechender Dynamik. Veränderungen aber brauchen Ruhe, Austausch, Vertrauen, Gespräche – das alles findet gegenwärtig unter erschwerten Bedingungen statt. Eine echte Strategie lässt sich so kaum entwickeln. Umso mehr sollten wir pragmatisch sein. Wenn eine kleinere Gruppe zum Beispiel montags in die Schule kommt und dann erst wieder am Mittwoch, wie können wir die auch am Dienstag betreuen? Solche Lösungen werden in den nächsten Monaten vielleicht gebraucht.
SPIEGEL: Aber nach der Krise werden dann sicher alle umso motivierter in die digitale Zukunft starten?
Kerres: Da bin ich mir auch gar nicht so sicher. Vielleicht sagen manche, das waren furchtbare Zeiten, jetzt gehen wir endlich zurück zum Altbewährten. Ich hoffe natürlich, dass sich Lehren und Lernen weiterentwickeln. Aber ich halte beides für möglich, Rückschritt und Aufbruch. JKO

Schüler bei digitalem Lernen

Giorgio Magini Westend61 / imago images

»Eine neue Ära«

Immunologie Der revolutionäre Impfstoff von den Unternehmen Biontech und Pfizer ist offenbar nur der Anfang: Mit derselben Technik lassen sich wohl auch maßgeschneiderte Vakzinen gegen Krebs herstellen.

Der Zeitpunkt hätte kaum besser sein können. Die Zahl der Infizierten war ebenso auf einen traurigen Stand geklettert wie die Zahl der Toten, als die Nachricht um die Welt ging: Eine neuartige Impfung sei zu mehr als 90 Prozent wirksam im Schutz gegen Covid-19-Erkrankungen.

»Diese Daten bringen uns einer möglichen Lösung für die aktuelle globale Pandemie einen Schritt näher«, sagte Uğur Şahin, Mediziner und Vorstandsvorsitzender des Unternehmens Biontech in Mainz. Gemeinsam mit dem Pharmakonzern Pfizer will Şahin bereits in den nächsten Tagen die Zulassung des Impfstoffs in den USA beantragen.

Der Durchbruch könnte nicht nur den Anfang vom Ende der Coronakrise markieren, sondern auch die gesamte Impfmedizin grundlegend verändern: Menschen erhalten nur noch ein verpacktes Molekül, das die Bauanleitung für die Impfung bereits enthält – eine »Messenger«- oder Boten-RNA, kurz mRNA. Diese wird von Körperzellen aufgenommen und veranlasst sie, ein bestimmtes Protein herzustellen. Doch dieses Protein ist für den Körper »fremd« und wird deshalb von Immunzellen erkannt und bekämpft – auf diese Weise entsteht die Immunität.

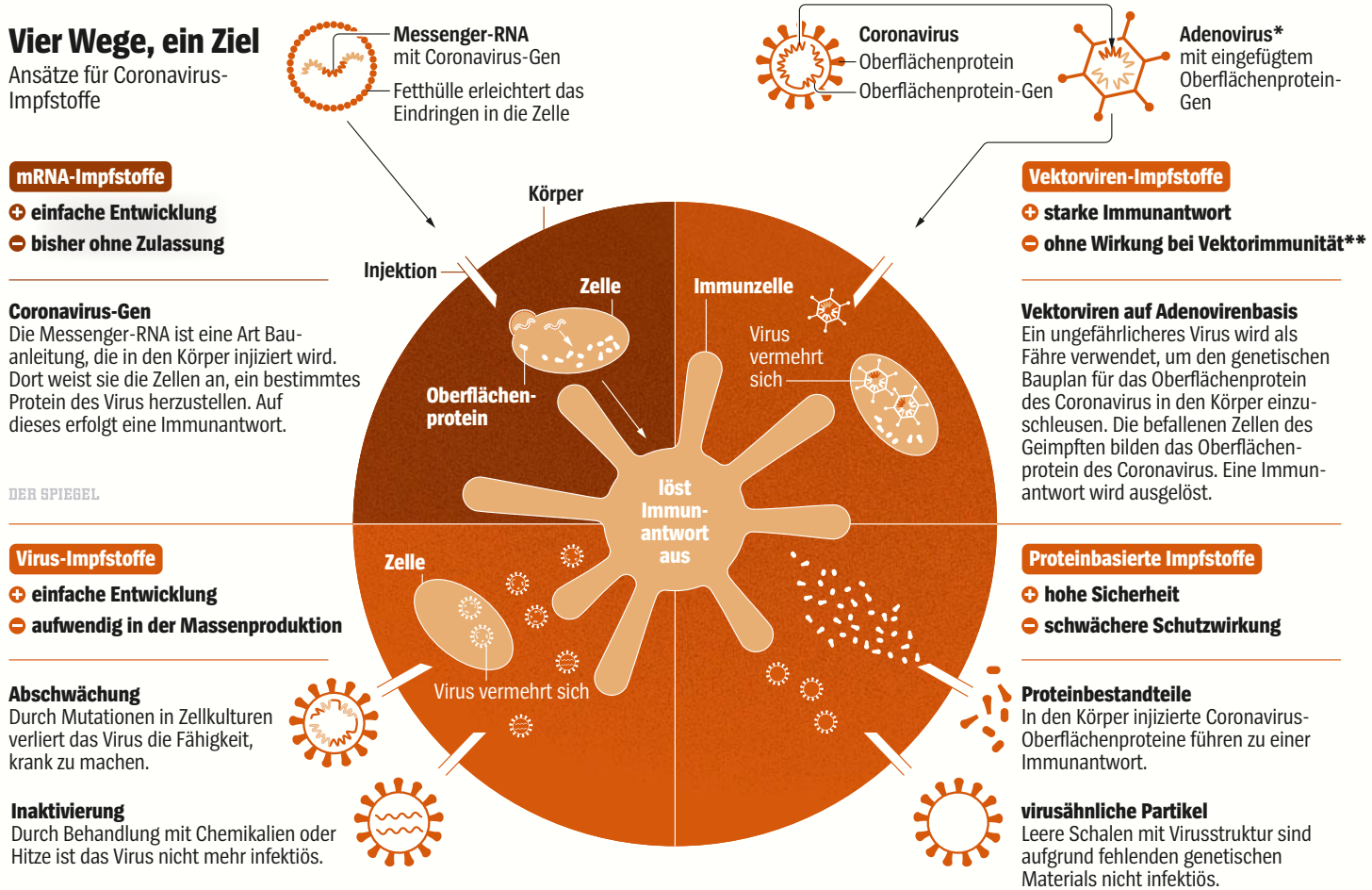
Diese Strategie wird seit Jahrzehnten erforscht, es gibt eigene Symposien dazu, denn sie könnte gegen viele erdenkliche Erreger und sogar gegen entartete Krebszellen helfen. Und jetzt haben Biontech und Pfizer – am Beispiel Sars-CoV-2 – offenbar gezeigt: Es klappt.

»Das ist ein historisches Ergebnis – der erste mRNA-Impfstoff, der einstweilen Wirksamkeit zeigt«, sagt der Immunologe Nicholas Jackson von der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations, einer internationalen Allianz zur Förderung der Impfstoffforschung. Falls es jetzt nicht noch zu Rückschlägen kommen sollte, so Jackson zum SPIEGEL, »könnte das positive Ergebnis eine neue Ära einläuten, die mRNA-Technik auf ansteckende Krankheiten anzuwenden«.

Ähnlich urteilt der Experte Norbert Pardi von der University of Pennsylvania in Philadelphia. Gegenüber dem SPIEGEL sagt er: »Es ist fantastisch, dass der mRNA-Impfstoff so gut ist.« Falls er sich bewähre, so prophezeit Pardi, werde es »in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich mehr

Vier Wege, ein Ziel

Ansätze für Coronavirus-Impfstoffe



* verbreiteter Auslöser akuter Atemwegsinfektionen; ** entwickelte Immunität gegen das Adenovirus; Quelle: »Nature«

und mehr zugelassene mRNA-Impfstoffe gegen Krebs und ansteckende Krankheiten geben«.

Auf die Idee zu mRNA-Impfstoffen kamen Forscher auch, weil klassische Vakzinen mühselig herzustellen sind. Diese bestehen aus abgeschwächten Viren oder Bruchstücken davon. Allein für Grippeimpfstoffe müssen jedes Jahr in ungefähr 500 Millionen Hühnereiern Influenzaviren vermehrt werden. Darüber hinaus war bestimmten Infektionskrankheiten, etwa der Immunschwäche Aids oder dem Denguefieber, mit diesem Ansatz bisher nicht beizukommen. Von einer Impfung für Krebspatienten ganz zu schweigen.

Umso überzeugender erschien es da, einfach Zellen des Körpers den Impfstoff herstellen zu lassen, indem man ihnen mRNA mit der jeweils gewünschten Bauanleitung unterjubelt (siehe Grafik). Schon vor mehr als drei Jahrzehnten experimentierten Forscher damit und injizierten eine fremde mRNA Versuchstieren – die daraufhin die Bauanleitung umsetzten und in ihren Muskelzellen den fremden Stoff herstellten.

Doch nach diesem ermutigenden Start kam das Feld lange Zeit kaum voran. Der Grund: Die mRNA erwies sich als äußerst instabil, oft ging sie gleich nach der Injektion in den Körper verloren oder kaputt. Nun galt es, die mRNA mit molekularen Tricks so zu verpacken, dass sie unversehrt den Weg in die Zelle findet. Erst in den vergangenen zehn Jahren, so Pardi, hätten technische Innovationen und Forschungsinvestitionen die mRNA zu einem »vielversprechenden therapeutischen Werkzeug« gemacht.

Es war eine Arbeit, an der sich auch die Medizinerin Özlem Türeci und ihr Mann Uğur Şahin beteiligt haben. Das Forscherpaar wollte eine bessere Behandlung für Tumorerkrankungen finden – und hatte schon früh die Vision einer Impfung gegen Krebs.

Der Hintergrund: Wenn Krebsgewebe heranwuchert, entstehen entartete Zellen, die für das Immunsystem »fremd« aussehen. Türeci und Şahin verglichen das gesunde und das entartete Gewebe eines bestimmten Krebspatienten und fanden so jene Zellen, die fremd aussahen. Dann stellten sie mRNA her, welche die Bauanleitung für genau diese fremden Strukturen enthielt. Parallel dazu verbesserten sie die mRNA, damit diese die Zielzellen im Körper auch erreichte.

In einer Studie ließen Türeci und Şahin 13 Patienten mit schwarzem Hautkrebs die jeweils passende mRNA verabreichen – bei jedem der Probanden kam es zu einer Antwort des Immunsystems. Acht von ihnen erlitten auch 12 bis 23 Monate danach keinen Rückfall. Der Heilversuch kann Krebs zwar nicht verhindern, aber ihn potenziell zurückdrängen und gegen Metastasen helfen.

Biontech / dpa

Biontech-Labor in Mainz: Über Nacht ins Rennen eingestiegen

Der Clou: Jeder Patient bekommt eine mRNA, die genau auf sein Erkrankungsmuster maßgeschneidert ist. Diese personalisierte Krebstherapie gilt nach wie vor als experimentell, aber die Ergebnisse damals waren so ermutigend, dass Türeci und Şahin sie gemeinsam mit Kollegen im Juli 2017 in »Nature«, einer führenden Wissenschaftszeitschrift, veröffentlichen durften. Fast zwei Jahre danach erhielt ein 52-jähriger Hautkrebspatient in den USA den experimentellen Biontech-Wirkstoff; der Mann erzählte einem »Nature«-Journalisten: »Ich konnte wirklich miterleben, wie die Krebszellen vor meinen Augen schrumpften.«

Das Unternehmen Curevac will noch in diesem Jahr die Studie für die Zulassung beginnen.

Solche Aussagen sind immer mit Vorsicht zu genießen, aber inzwischen tummeln sich Dutzende Firmen und Universitäten auf dem Forschungsgebiet. Klinische Studien mit mRNA-Impfstoffen unter anderem gegen Brust-, Lungen-, Prostata- oder Darmkrebs laufen bereits. Die vielen Ansätze, so urteilte der Experte Pardi bereits vor einiger Zeit, würden beweisen: mRNA-Impfstoffe haben das Zeug, »Krebs zu bekämpfen«.

Türeci und Şahin allerdings sind im Januar, als sie das Ausmaß der Pandemie erfassten, quasi über Nacht zusätzlich in das Rennen um den Corona-Impfstoff eingestiegen. In ihrem Unternehmen Biontech trommelten sie ein Team von zunächst 40 Leuten zusammen. Die Mitarbeiter entwickelten schnell 20 mögliche Impfstoffkandidaten und testeten sie an Versuchstieren. Und das Unternehmen aus Mainz bot dem riesigen Pharmakonzern Pfizer an, den Impfstoff gemeinsam in einer klinischen Studie voranzubringen.

Mehr als 43 500 Testpersonen haben bisher an der sogenannten Phase-3-Studie teilgenommen. Die einen erhielten im Abstand von drei Wochen zwei Injektionen ohne Wirksubstanz (Placebo), die anderen den Impfstoff. Weder die Testpersonen noch die Studienärzte wussten, wer was bekam. Als insgesamt 94 Testpersonen an Covid-19 erkrankt waren, wurden die Daten erstmals von unabhängigen Experten analysiert. Demnach führte die Impfung zu jenem Zwischenergebnis von »mehr als 90 Prozent« Schutzwirkung, wie es in der Pressemitteilung heißt.

Was macht da die direkte Konkurrenz? Der Vorstandsvorsitzende von Curevac in Tübingen, der Jurist Franz-Werner Haas, sagte gegenüber dem SPIEGEL, der eigene Impfstoffkandidat sei »in allen geprüften Dosisstärken allgemein gut verträglich«. Die entscheidende Studie für die Zulassung werde noch in diesem Jahr beginnen. Und das Unternehmen Moderna in Cambridge, Massachusetts, so der Experte Norbert Pardi, könnte schon bald »ähnliche Ergebnisse« wie Biontech vorweisen.

Doch bis dahin schauen alle auf Biontech, den Vorreiter der mRNA-Technik. Obwohl der Impfstoff bei minus 70 Grad Celsius gelagert und transportiert werden muss, obwohl er pro Einzeldosis knapp 20 Dollar (in den USA) kosten soll und obwohl sein Nutzen noch gar nicht abschließend bewiesen ist, sind die für 2021 projektierten bis zu 1,3 Milliarden Dosen praktisch ausverkauft. Jörg Blech

Mauritius Images

Jungen beim Spielen: »Wenn das Kind sauber ist, hat es am Tag nichts Interessantes erlebt«

Heilsamer Infekt

Gesundheit Forscher der Berliner Charité haben einen Faktor entdeckt, der gegen schwere Verläufe von Covid-19 helfen könnte: Offenbar schützen frühere Erkältungen. Und Mediziner empfehlen Methoden, die das Corona-Risiko reduzieren.

Die Mädchen und Jungen der Kindertagesstätte »Zum Hasenhügel« in Berlin spielen in einem Kinderparadies. Im 5000 Quadratmeter großen Garten locken Rutschen und Balancierbretter, Schaukeln und Klettergerüste. Jeden Tag geht es raus. Einige der Kleinen buddeln an einem künstlichen Bächlein im Matsch.

An einer dreckigen Schippe zu schmecken, das gehört dazu und regt auch von den Großen niemanden auf. Margitta Carell, die Leiterin der Kita, sagt: »Wenn das Kind sauber ist, hat es am Tag nicht gespielt und nichts Interessantes erlebt.«

Damit ist die Kita auch Umschlagplatz für Viren – und ein perfekter Ort, um die Entstehung von Immunität zu erforschen. An einem Morgen im August sind Medizinstudenten und Ärztinnen der Berliner Charité gekommen, um einigen Erzieherinnen Blut abzuzapfen. Zu den Freiwilligen gehört eine Frau mit dem Vornamen Heide. Die 58-Jährige mit den kurzen braunen Haaren betreut Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren. Sie putzt den Kleinen die Nase, wechselt die Windeln, nimmt sie tröstend in den Arm.

»Mich erwischt es jeden Winter. In den letzten Jahren war ich selber zwei-, dreimal stark erkältet«, erzählt Heide. Bisher empfand sie Schnupfen und Fieber als lästige Begleiterscheinungen ihres Berufs. Doch könnten sich die Infekte noch als Segen erweisen? Weil sie gegen Covid-19 schützen?

Dieser Frage gehen Charité-Forscher gerade nach. Sie sind Pioniere auf dem Gebiet. In einer ersten Untersuchung hatten sie entdeckt: Von 68 gesunden Menschen, die nachweislich noch nie mit dem neuartigen Coronavirus in Kontakt gekommen waren, hatte dennoch ungefähr jeder Dritte sogenannte T-Zellen im Blut, die Bestandteile des Coronavirus Sars-CoV-2 erkennen konnten. Und T-Zellen sind entscheidend dafür, dass ein immunologisches Gedächtnis entsteht.

Ihre Entdeckung verkündeten die Charité-Forscher in einem sogenannten Preprint für Experten. Die Fachwelt war elektrisiert, inzwischen haben Wissenschaftler aus den USA, den Niederlanden, Schweden, Singapur und Großbritannien das Ergebnis in eigenen Studien bestätigt. Das alles könnte bedeuten: Wer in den vergangenen Monaten oder Jahren eine harmlose Erkältung durchgemacht hat, verfügt nun über einen gewissen Schutz vor Covid-19. Ungefähr 15 Prozent aller Erkältungen werden durch harmlose Coronaviren ausgelöst, von denen es vier Varianten gibt.

Entsprechend weit verbreitet könnte diese sogenannte Kreuzreaktivität deshalb in der Bevölkerung sein, vermutet der Immunbiologe Andreas Thiel, 55, der die

Idee zu der Untersuchung hatte. Besucher empfängt er in Kapuzenjacke, sein Büro auf dem Campus der Charité in Berlin-Wedding ist zugestellt mit einem Holzschreibtisch aus dem Trödel und einem Klavier, von dem der weiße Lack abblättert. Inzwischen gebe es weitere Zahlen, verrät Thiel: »Womöglich haben 80 Prozent der Bevölkerung solche kreuzreaktiven Zellen – und vielleicht werden sie deshalb nicht schwer an Covid-19 erkranken.«

Vor einiger Zeit hat Thiel ausnahmsweise ein Jackett anzogen, wegen eines Termins bei Jens Spahn, dem Bundesgesundheitsminister von der CDU. Gemeinsam mit einem Professor der TU Berlin berichtete Thiel, was sie entdeckt haben. Spahn fand das offenbar spannend, sein Ministerium hat – nach gründlicher Prüfung – Fördergeld in Millionenhöhe bereitgestellt.

In der Charité-Corona-Cross-Studie, so der Name des Nachfolgeprojekts, wollen Thiel und seine Kolleginnen herausfinden, inwiefern die Kreuzreaktivität den Körper rüstet. Ist sie ein bisher übersehener Grund für milde Covid-19-Verläufe?

Eines steht fest: Der Schlüssel zum Verständnis der Pandemie liegt in der menschlichen Immunabwehr. Dieses einzigartige, noch nicht völlig verstandene System kann nicht nur Krankheitserreger abwehren, sondern auch entartete Zellen, Chemikalien, Umweltgifte und damit eine große Zahl bedrohlicher Dinge. Dabei helfen viele Signalstoffe und Proteine sowie drei verschiedene Typen weißer Blutzellen. Der Autor Bill Bryson hat sich in seinem jüngsten Buch »Eine kurze Geschichte des menschlichen Körpers« damit befasst: »Obwohl das Immunsystem auf der Ebene der Moleküle so kompliziert ist, tragen alle seine Teile zu einer einzigen Aufgabe bei: alles zu erkennen, was im Körper ist und dort nicht hingehört, um es dann erforderlichenfalls zu töten.«

Als fremd erkannte Mikroorganismen werden durch bestimmte Fresszellen, Zerstückelungsproteine oder Antikörper bekämpft, das Arsenal der Waffen ist groß. Und es reicht auch – das ist die gute Nachricht – grundsätzlich für den Kampf gegen das neuartige Coronavirus aus. Dieses wird rasch vom Immunsystem erkannt und in den meisten Fällen erfolgreich bekämpft.

Rätselhaft ist allerdings, warum das längst nicht in allen Fällen gelingt. Sogar bei Menschen gleichen Alters kann es völlig unterschiedliche Verläufe geben. Weshalb geht Covid-19 bei den einen nahezu ohne Symptome ab? Wieso löst es bei anderen eine überschießende Immunreaktion aus, den gefürchteten Zytokinsturm? Warum richtet es dann oft tödliche Schäden in der Lunge oder in anderen Organen an?

Die Forscher haben schon verschiedene Risikofaktoren ausgemacht, aber die Befunde aus Berlin offenbaren nun, wie wichtig der Zustand der Immunabwehr ist. Könnten frühere Auseinandersetzungen mit vergleichsweise harmlosen Viren einen womöglich entscheidenden Schutz gegen Sars-CoV-2 vermitteln? Weitaus wirksamer als durchgemachte Erkältungen wären natürlich maßgeschneiderte Impfstoffe, wie sie das Mainzer Unternehmen Biontech oder andere Firmen vielleicht schon bald liefern werden. Diese Mittel würden den Part des Sparringspartners übernehmen und eine umfassende Immunität hervorrufen können – das ist die große Hoffnung im Kampf gegen die Pandemie.

Doch bis ein Impfstoff für alle verfügbar ist, können die Menschen auch selbst tätig werden. Immer klarer schält die Forschung heraus: So vertrackt die Details der Immunantwort auch sind, jeder kann sie für den bevorstehenden Corona-Winter mit vermutlich weiter steigenden Infektionszahlen stärken.

»Man kann das Immunsystem durch körperliche Belastung hochfahren – damit wird man besser gewappnet sein«, sagt Sandra Amatriain-Fernández, 32, eine Sportwissenschaftlerin von der Medical School Hamburg. Mit dem Kollegen Henning Budde hat sie einen Aufsatz im Fachblatt »Frontiers in Medicine« veröffentlicht, der viele wertvolle Hinweise auflistet, wie man die Abwehrkraft stärken kann.

Regelmäßige Bewegung, aber auch gesunde Ernährung, Stressabbau, gesunder Schlaf – die Immunabwehr kann jede Unterstützung gebrauchen. Sonst drohen Husten, Schnupfen und Schlimmeres. Virale Infekte der Atemwege – und das galt schon vor Sars-CoV-2 – sind besonders häufig.

Influenzaviren beispielsweise, die Auslöser der saisonalen Grippe, bringen immer neue Stämme hervor, die Immunabwehr kommt in vielen Fällen nicht mehr nach. Bisher ist es auch noch nicht gelungen, einen Influenza-Impfstoff zu entwickeln, der auf einen Schlag gegen alle Virusvarianten hilft. Diese haben schon mehrere Pandemien ausgelöst und sind viel bedrohlicher, als manche meinen. Jedes Jahr sterben weltweit mehr als eine halbe Million Menschen daran.

Erkältungsviren sind zwar längst nicht so gefährlich wie Influenzaviren, jedoch nicht minder geschickt darin, sich ständig zu verändern. Allein von den häufigsten Auslösern des Schnupfens, den Rhinoviren, sind mehr als 100 verschiedene Typen bekannt. Und auch die vier harmlosen Coronaviren können mutieren.

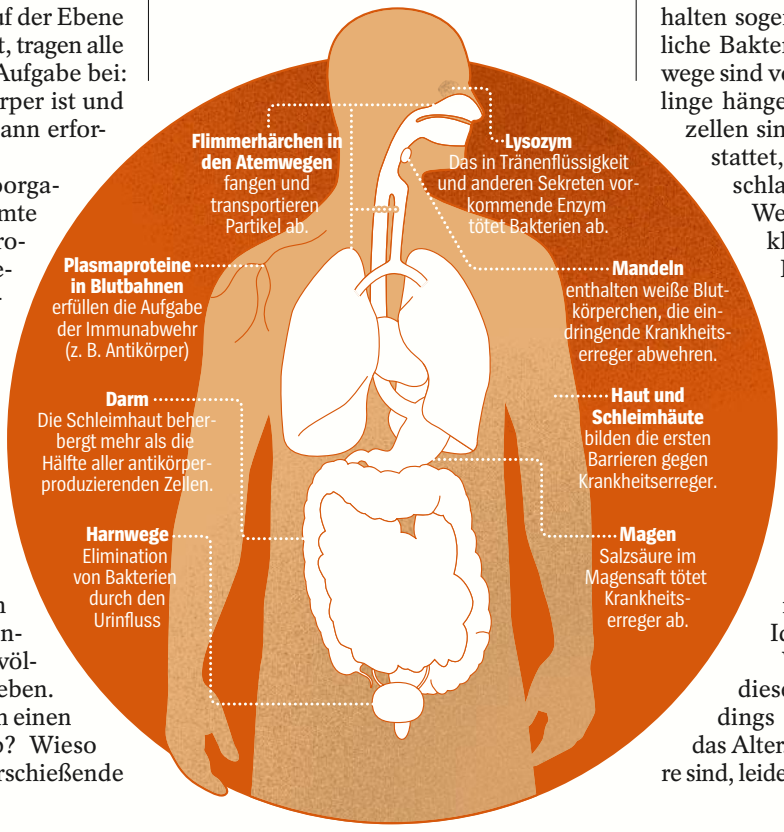
Allerdings hält der Mensch dagegen. Der Körper hat in der Evolution viele Barrieren errichtet, damit keine fremden Mikroorganismen in seine Zellen eindringen (siehe Grafik). Haut und Schleimhaut etwa grenzen den Körper von der verkeimten Außenwelt ab; Speichel und Tränen enthalten sogenanntes Lysozym, das gefährliche Bakterien abtöten kann. Die Atemwege sind voller Schleim, in dem Eindringlinge hängen bleiben. Und ihre Epithelzellen sind mit Flimmerhärchen ausgestattet, die unermüdlich hin und her schlagen. Sie befördern auf diese Weise den Schleim und die darin klebenden Erreger in Richtung Rachen, wo man sie herunterschluckt. Dann werden sie vom Magensaft zersetzt.

Wenn ein Bakterium oder ein Virus es dennoch schafft, die Barrieren zu überwinden, und im Körper auftaucht, werden sofort weitere Schutzmechanismen aktiviert. Bestimmte Proteine und Zellen attackieren den eingedrungenen Mikroorganismus und beseitigen ihn im Idealfall schnell.

Verschiedene Faktoren können diese Abwehrmechanismen allerdings schwächen. Zu ihnen gehört das Alter. Menschen, die älter als 65 Jahre sind, leiden viel häufiger unter Infektions-

Schutzschilde gegen Infektionen

Abwehrformen des Immunsystems



Annette Riedl / dpa

Jogger im Volkspark Berlin-Friedrichshain: Effektive Immunantwort

krankheiten als jüngere Erwachsene; insbesondere die von Influenzaviren ausgelöste Grippe ist für sie eine Gefahr. Das Immunsystem älterer Menschen kann Krankheitserreger der Atemwege nicht mehr so gut bekämpfen. Und anatomische Veränderungen und andere Erkrankungen erhöhen das Risiko einer Infektion.

In jedem Lebensalter hängt es aber auch von der Ernährung ab, wie leicht man sich einen Erreger einfängt. Mangelernährte Menschen, insbesondere wenn sie zu wenig Vitamine oder essenzielle Spurenelemente zu sich nehmen, bekommen überdurchschnittlich häufig Infekte. Sie haben oft eine verarmte Darmflora, das macht sie anfällig für Durchfallkeime.

Die allermeisten Menschen in Deutschland seien aber gut ernährt, urteilt Hans Hauner, Direktor des Else Kröner-Fresenius-Zentrums für Ernährungsmedizin an der TU München. Er arbeitet gerade an einem Fachartikel, wie man in Zeiten der Pandemie gesund essen soll.

Eine zentrale Erkenntnis lautet: Die bewährten Empfehlungen zu einer ausgewogenen Kost mit viel Obst und Gemüse, je nach persönlicher Vorliebe mit Fleisch oder ganz vegetarisch, sind so wichtig wie eh und je. Diese gesunden Ernährungsformen schützten nicht vor einer Ansteckung, so Hauner, aber »sie machen das Immunsystem fit und bringen den Körper in eine gute Verteidigungsposition«. Dazu gehört auch, über den Tag ausreichend Wasser zu trinken.

Von Nahrungsergänzungsmitteln dagegen rät Hauner ab. Es gebe keine Beweise, dass Vitamine, Antioxidantien oder vermeintliche Immunstimulanzien irgendeinen Nutzen hätten. Mit ihrem »Marketinggeschwafel geht es den Herstellern nicht um Wissenschaft, sondern darum, das Zeug teuer zu verkaufen«, sagt der Ernährungsmediziner.

Ohnehin sei es so, dass die meisten Deutschen eher mit Übergewicht zu kämpfen hätten. Eine Vorliebe für Wurst, Schnitzel und kalorienreiche Lebensmittel fördere Entzündungen etwa im Fettgewebe.

Auch negative Gedanken und Gefühle können anfällig für Infektionen machen. Gestresste Menschen stellen deutlich höhere Mengen an Kortisol her. Dieses Hormon ermöglicht zwar schnelle Reaktionen des Körpers, dämpft aber vorübergehend das Immunsystem – ein überlebenswichtiger Mechanismus, etwa wenn der Urmensch vor einem Raubtier fliehen musste. Wenn dieses Stresshormon jedoch dauerhaft in zu großen Mengen im Blut zirkuliert, kann es die Körperabwehr empfindlich schwächen.

Man kann sein Immunsystem aber auch auf andere Weise ruinieren. »Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum, intravenöse Drogeneinnahme, Schlafmangel, Mangelernährung und eine Infektion selbst sind Zustände, die einen Wirt schwächen«, so ein Lehrbuch der Mikrobiologie.

Es sind offenkundig Faktoren, die auch jetzt in der Pandemie das Risiko für schwere Verläufe erhöhen. Viele Menschen, die in Zusammenhang mit Covid-19 gestorben sind, waren bereits krank, als sie sich mit dem Virus ansteckten. Sie litten unter Bluthochdruck, sie hatten verkalkte Herzkranzgefäße, Übergewicht oder das Stoffwechselleiden Diabetes mellitus.

Gordon Welters / DER SPIEGEL

Immunbiologe Thiel
»Ich habe kreuzreaktive Zellen«

Je älter Menschen sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie eine oder mehrere dieser Vorerkrankungen haben. Auch das spiegelt sich in jenen Schätzungen, die bisher zu Covid-19 vorliegen. Einer Studie aus China zufolge sterben 0,16 Prozent der Infizierten in den Vierzigern – und 7,8 Prozent der Infizierten, die 80 Jahre oder älter sind.

In diesen Zahlen steckt allerdings auch eine positive Botschaft: Sogar von den hochbetagten Covid-19-Patienten überlebten mehr als 90 Prozent. Wie haben sie das geschafft? Die naheliegende Antwort könnte lauten: Sie hatten in ihrem Leben jene Risikofaktoren vermieden, die bei Corona zum Tragen kommen.

Das Rauchen von Zigaretten macht einen anfälliger für Covid-19, das sagt schon der gesunde Menschenverstand. Die Flimmerhärchen auf den Epithelzellen der Bronchialschleimhaut sollen zwar die eingeatmete Luft von Viren, Bakterien oder Schmutzpartikeln reinigen. Doch bei einem Lungenzug an der Zigarette gelangen mehr als 4000 verschiedene Chemikalien in die Atemwege. Die Flimmerhärchen werden gleichsam plattgeteert.

Darüber hinaus stimuliert der Rauch die Schleimproduktion in den Atemwegen, und das beeinträchtigt die Arbeit der Lungenbläschen. Diese können nicht mehr so gut Kohlendioxid aufnehmen und Sauerstoff ins Blut abgeben. Zigarettenrauch erhöht schließlich die Zahl ausgerechnet jener Andockstellen (der ACE2-Rezeptoren) auf den Epithelzellen, die dem Virus als Einlasspforte in das Zellinnere dienen. Wer Zigaretten raucht, macht es Sars-CoV-2 besonders leicht, in den Körper einzudringen.

Eine Auswertung von Studien mit mehr als 11 000 Patientengeschichten hat inzwischen offenbart: Raucher haben ein deutlich höheres Risiko für einen schweren Covid-19-Verlauf als Menschen, die niemals geraucht haben. Die Autoren einer Übersichtsarbeit fordern im Fachblatt »Nicotin & Tobacco Research«: Ärzte und andere Menschen mit einem Gesundheitsberuf sollten »die Raucherentwöhnung auf die Liste der Praktiken setzen, um die Covid-19-Pandemie abzuschwächen«.

In Deutschland rauchte vor der Coronakrise mehr als ein Viertel der Menschen in der Altersgruppe von 50 bis 60 Jahren – es wird spannend sein zu erfahren, ob es jetzt mehr Rauchern als bisher gelingen kann, ihre Nikotinsucht zu überwinden.

Übergewichtige wiederum sollten sich dringend bemühen abzuspecken. Vor Beginn der Pandemie war fast ein Viertel der Erwachsenen in Deutschland fettleibig (»adipös«, mit einem Body-Mass-Index über 30). Dadurch haben sie ohnehin schon ein erhöhtes Risiko für Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus Typ 2 sowie chronische Nieren- und Leberleiden – und nun ist noch Sars-CoV-2 hinzugekommen.

»Menschen mit Adipositas werden häufiger angesteckt und haben schwerere Covid-19-Verläufe«, warnt Ernährungsmediziner Hauner. Einer im Fachblatt »Obesity Reviews« erschienenen Übersicht zufolge ist das Risiko, ins Krankenhaus zu müssen, für fettleibige Covid-19-Patienten doppelt so groß wie für normalgewichtige (ein Plus von 113 Prozent); sie kamen eher auf Intensivstation (plus 74 Prozent) – und sie hatten ein höheres Risiko, mit der Erkrankung zu sterben (plus 48 Prozent).

Warum ist das so? »Wir verdächtigen eine Kombination aus chronischer Entzündung und metabolischer Störung der Immunzellen«, erklärt die an der Übersicht beteiligte US-Forscherin Melinda Beck. Adipöse Menschen besitzen oft Fettzellen, die zu prall geworden sind. In diese kann der Sauerstoff aus den Gefäßen nicht hineindiffundieren – die Fettzellen werden nicht mehr versorgt und können absterben.

In solchen Fällen eilen Fresszellen der Körperabwehr herbei, um das absterbende Zellmaterial zu vertilgen. Im Ergebnis schwelt eine Entzündung, die nicht abklingen wird, solange man zu dick ist. Der Betroffene ahnt davon nichts – aber die Vorgänge in seinem Speck schwächen das Immunsystem und machen ihn anfälliger für Infektionen in der Lunge. Darüber hinaus kann übermäßiges Bauchfett die Lungenflügel räumlich bedrängen und auf diese Weise deren Belüftung einschränken.

Übergewicht und Bewegungsmangel führen zudem oft zum Stoffwechselleiden Diabetes mellitus Typ 2, allein in Deutschland sind inzwischen etwa sieben Millionen Menschen daran erkrankt. Die Dunkelziffer liegt bei zwei Millionen. Die Bauchspeicheldrüse antwortet anfangs auf die Überernährung, indem sie immer größere Mengen an Insulin ausschüttet, jenem Hormon, das den Körperzellen das Signal gibt, Glukose aus dem Blut aufzunehmen. Doch so geht es nicht ewig – die Körperzellen werden resistent gegen Insulin und nehmen irgendwann nichts mehr auf. Der Zucker bleibt im Blut und schädigt die Gefäße von innen.

Früher nannte man das Alterszucker, doch inzwischen haben immer Jüngere unter Diabetes mellitus Typ 2 zu leiden. Die Krankheit belastet auch die Nieren, diese können nicht mehr ausreichend harnpflichtige Substanzen ausscheiden – einige Diabetiker sind deshalb auf die maschinelle Blutreinigung (Dialyse) angewiesen und warten auf ein Spenderorgan. 2000 Menschen in Deutschland erblinden zudem jedes Jahr, weil der Zucker die kleinen Gefäße angegriffen hat und so zu Defekten an der Netzhaut führt. Etwa 40 000 Deutschen werden aus diesem Grund Zehen, Füße oder Beine amputiert, pro Jahr.

Die meisten Diabetiker hierzulande sind zwar medikamentös gut eingestellt und haben sich mit ihrer Erkrankung arrangiert; doch jetzt werden sie durch das Virus bedroht. Vermutlich unterdrückt der hohe Blutzuckerspiegel das Immunsystem. Covid-19-Patienten mit akutem Lungenversagen haben häufig enorme Mengen an Glukose im Blut.

Wird das Schreckgespenst Corona den ein oder anderen Patienten dazu motivieren zu versuchen, seine Zuckerkrankheit zurückzudrängen? Das erfordert eine große Willenskraft, aber medizinisch ist es möglich, wenn der Patient noch nicht länger als fünf bis acht Jahre krank ist und seine Lebensweise nachhaltig ändert.

Die Betroffenen müssen sich mehr körperlich bewegen und dürfen kaum noch Haushaltszucker oder vergleichbare Kohlenhydrate zu sich nehmen. Aber es hilft: In einer Studie haben Probanden in zwölf Monaten mindestens 15 Kilogramm Gewicht abgenommen – bei 86 Prozent lag der Blutzuckerwert daraufhin wieder im normalen Bereich.

Für Patienten mit Herzproblemen ist die Pandemie ebenfalls ein erneuter Weckruf, das Leiden nicht weiter treiben zu lassen. Ältere Menschen »scheinen sich eher zu infizieren, besonders wenn sie Bluthochdruck, koronare Herzkrankheit oder Diabetes haben«, warnte der Bundesverband Niedergelassener Kardiologen.

Vor allem Menschen mit akutem Koronarsyndrom, bei denen die Herzkranzgefäße nicht mehr richtig durchblutet werden, »laufen bei einer Covid-19-Erkrankung Gefahr, eine Herzinsuffizienz zu entwickeln«. Das Organ kann nur noch schwach pumpen, womöglich lagert sich Wasser in der Lunge ein – und das Risiko steigt, an der Herzkrankheit zu sterben.

Dringend raten die Kardiologen dazu, auch während der Coronakrise körperlich aktiv zu sein. Durch Bewegung kann der Herzmuskel wieder besser arbeiten, der Blutdruck sinkt, das Blut fließt besser, die Atemfrequenz sinkt, und die Leistungsfähigkeit der Lungen nimmt zu.

An fünf Tagen der Woche sollten Erwachsene 30 Minuten lang Ausdauer und Kraft trainieren, empfehlen die Ärzte und haben Tipps, die auch für zu Hause taugen: Man kann die Muskeln beim Sitzen an-

Die
GANGSTER
von
NEBENAN

352 Seiten, gebunden · 20,00 €
Auch als E-Book erhältlich

Kriminelle arabisch-stämmige Clans kontrollieren inzwischen in deutschen Großstädten ganze Stadtteile. Polizei und Justiz sind oft machtlos gegen die um sich greifende Gewalt. Die SPIEGEL-TV-Reporter Thomas Heise und Claas Meyer-Heuer recherchieren seit vielen Jahren live vor Ort, bei Razzien, Gerichtsverhandlungen und Beerdigungen. Ihr Buch gibt exklusive Einblicke in die Machenschaften der Clans und zeigt, was passieren muss, damit der Staat die Kontrolle zurückerlangt.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL Buchverlag

Tatyana Tomsickova / Shutterstock

Mutter mit fiebrigem Sohn: 15 Prozent der Erkältungen entstehen durch Coronaviren

spannen oder beim Zähneputzen auf einem Bein stehen.

Körperliche Bewegung kann nicht nur Erkrankungen zurückdrängen, sondern auch das Immunsystem selbst verjüngen. Sobald man seine Muskulatur beansprucht, stellt sie Myokine her, das sind körpereigene Stoffe, die wie eine Arznei wirken. Auf einer Joggingrunde etwa werden Milliarden Lymphozyten mobil gemacht. Das hält gesund: Aktive Arbeitnehmer haben deutlich weniger Fehltage aufgrund von Atemwegsinfektionen als träge Kollegen.

Doch warum eigentlich tut es den Abwehrkräften gut, wenn man sich körperlich bewegt? Der Effekt könnte in der Evolution entstanden sein. Urmenschen waren vermutlich jeden Tag stundenlang unterwegs und sahen sich vielerlei Erregern ausgesetzt; ihr Immunsystem musste auf diesen Touren besonders schnell reagieren können. Außerdem kurbelt Sport die Durchblutung an, Immunzellen werden dadurch verstärkt mobilisiert.

Banale Alltagsaktivitäten und gezielte Übungen seien Mittel, die »das Immunsystem ohne unerwünschte Nebenwirkungen hochtreiben«, sagt die Sportwissenschaftlerin Sandra Amatriain-Fernández. »Sogar wenn jemand bisher inaktiv war, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, aktiv zu werden.«

Sport und gesunde Ernährung würden auch dann noch helfen, wenn die Covid-19-Impfstoffe sogar schon in den nächsten Wochen zur Verfügung stünden. Denn körperlich aktive Menschen zeigen im Durchschnitt eine viel effektivere Immunantwort auf Vakzinen als inaktive.

Eine Impfung braucht ein austariertes Abwehrsystem mit dem Vermögen, ein immunologisches Gedächtnis auszubilden. Im lymphatischen System und Blut kreisen B-Zellen. Sie können jeweils ein bestimmtes Teilstück eines Virus oder eines anderen Erregers als »fremd« erkennen.

Wenn nun eine bestimmte B-Zelle ein fremdes Teilstück erkennt, teilt sie sich und lässt dabei Tochterzellen entstehen, die das Virus genauso gut oder sogar noch besser erkennen. Die Tochterzellen produzieren Antikörper, die ins Blut gelangen und das Virus unschädlich machen.

Eine solche erworbene Immunität kann, je nach Erreger, viele Jahre lang bestehen. Nach einer durchgemachten Masernerkrankung entsteht sogar ein Schutz für den Rest des Lebens.

Bestimmte Antikörper gegen das Coronavirus dagegen könnten offenbar bereits nach wenigen Monaten wieder verschwunden sein, das ist aber noch umstritten. Es wäre aber kein Grund zur Panik: Die durch eine Impfung hervorgerufenen Antikörper haben vermutlich eine längere Lebensdauer.

Außerdem gibt es ja noch jene Immunität, die Thiel und sein Team von der Charité erforschen, die nicht durch Antikörper, sondern durch die T-Zellen sichergestellt wird. T-Zellen reifen unter dem Einfluss des Thymus heran (daher T-Zelle) und werden ebenfalls aktiviert, wenn sie das Teilstück eines Erregers erkennen. Eine aktivierte T-Zelle kann als T-Helferzelle für eine effektive Bekämpfung des Virus sorgen. Und als sogenannte T-Helfer-Gedächtnis-Zelle für die langfristige Immunität.

Sobald man die Muskulatur beansprucht, stellt sie Myokine her, die wie Arznei wirken.

Die Vorgänge sind verwickelt, Thiel versucht gemeinsam mit seinem Team schon seit Längerem herauszufinden, was T-Zellen alles können und wie sie sich im Alter verändern. Auf der Laborbank stehen dazu grün lackierte Kästen. Diese »Durchflusszytometer« können messen, inwiefern T-Zellen aktiviert sind oder nicht.

Als er die ersten Berichte aus China über Covid-19 las, so erzählt es Thiel in seinem Büro, habe er sich sofort gefragt: Warum verläuft die Erkrankung sogar bei Menschen mit ähnlichem Risikoprofil völlig unterschiedlich? Liegt das etwa an den T-Zellen?

Seine Mitarbeiter waren zunächst nicht überzeugt, aber Thiel bestand darauf, der Sache nachzugehen. Also nahmen die Forscher Dutzenden Menschen Blut ab, um an die darin enthaltenen T-Zellen zu gelangen. Die aufbereiteten Proben schickten sie durch ihre Durchflusszytometer.

Von den Testpersonen, die eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten, trugen 83 Prozent T-Zellen gegen Corona – das war zu erwarten. Aber bei jenen, die sich nachweislich niemals mit dem neuartigen Coronavirus angesteckt hatten, lag die Vergleichszahl bei 35 Prozent – das war der Hinweis auf die Kreuzreaktivität.

Für die Charité-Corona-Cross-Studie sucht Thiels Gruppe weiterhin Probanden, die bereits eine Covid-19-Erkrankung hinter sich haben, und Menschen, die in den vorigen Jahren mutmaßlich besonders häufig Kontakt zu Erkältungsviren hatten.

Die Kitas des Humanistischen Verbandes in Berlin waren früh dabei. Bei jenen Mitarbeitern, die kreuzreaktive T-Helferzellen haben, müsste Corona sehr milde verlaufen. Das werden die Forscher freilich erst eindeutig belegen können, wenn sie genügend Fälle ausgewertet haben.

Allerdings offenbart inzwischen ein weiterer Befund, dass die Berliner richtig liegen. Forscher der Boston University analysierten Daten von knapp 16 000 Testpersonen, die in den fünf Jahren vor Ausbruch der Pandemie erhoben worden waren. Und tatsächlich fanden sie ein auffälliges Muster: Frühere Infektionen mit harmlosen Coronaviren waren mit einer deutlichen Schutzwirkung vor ernsten Covid-19-Verläufen verknüpft.

Hat Thiel sein eigenes Blut bereits testen lassen?

»Na klar. Ich habe ein paar kreuzreaktive Zellen«, sagt er und lacht. Bloß, was ist mit jenen Menschen, bei denen das nicht der Fall ist? Ansteckungspartys mit harmlosen Erkältungsviren erscheinen ethisch fragwürdig – und sie wären mit den Abstandsregeln gegen Corona ohnehin nicht vereinbar. Jörg Blech

Endlich sein, wie ich bin

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Trauma, Stress, Wut – was man tun kann, um seine Familiengeschichte als Erwachsener hinter sich zu lassen und den eigenen Weg zu finden, erklärt die neue SPIEGEL-WISSEN-Ausgabe **Wie die Kindheit uns prägt.**

Ein Streit mit dem Partner, einer Kollegin, einem Freund. Man fühlt sich klein, wird defensiv oder sauer, schmollt, macht dicht, ist verletzt. Es geht im Grunde nur um Kleinigkeiten, aber Wut und Frust schwären lange vor sich hin. Und jeder Konflikt läuft ähnlich ab, seit vielen Jahren. Wenn solche Muster sich ständig wiederholen, dann streitet hier vielleicht noch jemand anderes mit, unbemerkt, aber wirkungsvoll: das innere Kind.

Das innere Kind? Damit gemeint ist der Teil unserer Psyche, der sich aus den Erinnerungen und Erfahrungen der frühen Jahre eines Menschen speist – und den dazugehörigen Gefühlen und Verhaltensmustern, im Positiven wie im Negativen. Dieser Teil beeinflusst uns auch heute noch, meist allerdings, ohne dass wir es bemerken. »Diese Kindheitsprägungen bestimmen neben unseren Erbanlagen sehr stark unser Wesen und unser Selbstwertgefühl«, sagt die Psychologin und Bestsellerautorin Stefanie Stahl.

An manche Ereignisse unserer Kindheit erinnern wir uns genau. Die meisten aber liegen im Unbewussten. Doch sie wirken weiter auf unser Leben und unser Erleben ein. Wenn Kinder »sicher gebunden aufwachsen, fühlen sie sich auch als Erwachsene auf Augenhöhe mit anderen«, so Stahl. Forscher gehen davon aus, dass etwa 60 Prozent aller Kinder in solch sicherer Bindung aufwachsen. Erfüllen die Eltern die Bedürfnisse des Kindes jedoch nicht gut, empfindet das Kind extremen Stress. Für den Erwachsenen bleibt davon etwa die unbewusste Überzeugung zurück, dass die eigenen Bedürfnisse nicht so wichtig sind wie die der anderen und dass man sich Zuwendung und Gehörtwerden erst verdienen muss.

Ist dieses seelische Leiden also Schicksal für immer? Nein. Niemand sei seinen frühen Erfahrungen ausgeliefert, sagt der Kinderarzt Herbert Renz-Polster im Gespräch mit SPIEGEL WISSEN: »Es gibt kaum Fehler, die man nicht ausbessern kann.«

Weitere Themen im Heft

- Narzisstische Eltern und die Sehnsucht nach Wärme
- Check: Wie bedeutsam ist Ihre Kindheit noch für Sie?
- Warum Bindung wichtiger ist als Vererbung
- Das innere Kind in der Paarbeziehung

SPIEGEL WISSEN beleuchtet in jeder Ausgabe ein aktuelles Thema unserer Lebenswelt – auf dem Stand der Forschung und mit praktischer Alltagshilfe. *Erhältlich im Zeitschriftenhandel und unter amazon.de/spiegel. 132 Seiten; 9,90 Euro.*

DER SPIEGEL

Ihre 6 Prämien der Woche

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24
Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 199,–.

iPad Wi-Fi 32 GB Spacegrau – 8. Generation
Mit 10,2"-Retina-Display, Face ID/Touch ID und bis 10 Stunden Batterielaufzeit. Zuzahlung: € 229,–.

€ 100,– Prämie
Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!

100 € Amazon.de Gutschein
Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr zur Auswahl.

TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.

Polar Fitness-Uhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

abo.spiegel.de/p20

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur € 5,30 statt € 5,50 je Ausgabe.

SP20-101

Phantom der Meere

Tiere An der US-Ostküste beobachten Forscher mit moderner Technik Weiße Haie – und entdecken, wie viele der Raubfische durch die Gewässer streifen.

Es ist nachmittags, als Julie Dimperio Holowach etwa 20 Meter vom Strand entfernt erst unter die Wasseroberfläche gezogen und kurz darauf durch die Luft geschleudert wird. Dabei stößt die Frau Schreie des Entsetzens aus. Ein Augenzeuge sagt später, er habe in der ersten Aufregung an einen Unfall mit einer Bootsschraube gedacht.

Kajakpaddler bringen die Schwerverletzte ans Ufer, wo sie wenig später stirbt. Den Schuldigen machen Mediziner aufgrund eines Zahnfragments am Leichnam aus: Es war ein Weißer Hai, der berüchtigte Räuber der Meere, der Holowach lebensgefährlich verletzt hatte. Als die Meldung in den Medien verbreitet wird, umweht ein Hauch von Steven Spielbergs Gruselschocker »Der weiße Hai« (1975) den Unglücksort Bailey Island, der zum US-Bundesstaat Maine gehört.

Zugetragen hat sich die Tragödie am 27. Juli dieses Jahres, also mitten in der Badesaison. Um zu verhindern, dass Touristen Reißaus nehmen, betonen Experten sofort die Einzigartigkeit der tödlichen Haiattacke. »So ein Ereignis hat es in Maine noch nie gegeben«, sagte ein Sprecher der Maine Marine Patrol.

Ahnten Schwimmer und Surfer allerdings, in welch großer Zahl Weiße Haie vor den Küsten Maines, Massachusetts' oder New Jerseys in erschreckender Nähe zum Ufer durch den Atlantik kreuzen, würden sie womöglich keinen Fuß mehr ins Wasser setzen.

»Wir wussten schon immer, dass sie da sind«, sagt Jon Dodd, Direktor des Atlantic Shark Institute. »Wir werden jetzt aber besser darin, das auch beweisen zu können.« Neue Technologie hilft den Wissenschaftlern dabei. Die Haiforscher verfolgen die Meeresräuber mit Drohnen, orten die Tiere mit neuartigen akustischen Unterwassersystemen und inspizieren sie gar auf speziell konstruierten Schiffen, die für diesen Zweck mit einer Hebebühne ausgestattet wurden.

In kaum einer anderen Region werden die großen Weißen derzeit so intensiv erforscht wie an der Ostküste der Vereinigten Staaten.

Erst vor wenigen Wochen hievte die Besatzung des Spezialschiffs »Ocearch« vor der kanadischen Halbinsel Nova Scotia einen gewaltigen Fisch aus der Tiefe: ein mehr als 5,20 Meter langes und 1600 Kilogramm schweres Weißhaiweibchen, das nach Einschätzung der Experten mit einem Alter von 50 Jahren schon recht betagt war. Die Besatzung taufte das Tier Nukumi; ein Begriff aus der Sprache der Micmac, der eine weise, alte Frau beschreibt.

Im Spielfilm wäre das Tier wohl flugs als potenzielle Mörderin von Holowach ausgemacht und getötet worden.

Auf dem Forschungsschiff drohen dem Hai jedoch vergleichsweise harmlose Prozeduren. Die Wissenschaftler vermessen ihn, entnehmen eine Blut- sowie eine Gewebeprobe und heften einen Ortungssender an seine Rückenflosse. Anschließend glitt Nukumi wieder friedlich zurück in die Fluten.

Rhode Island liegt rund 300 Kilometer südlich jener Gewässer, in denen Holowach auf tragische Weise verunglückte – keine Entfernung für einen Weißen Hai. Seit Jahrzehnten wird hier dokumentiert, wenn Carcharodon carcharias auftaucht; mal gab es im gesamten Jahr nur eine einzige Meldung, gelegentlich waren es auch zwei. Doch in diesem Jahr sind den Wissenschaftlern vor Ort bereits sieben Exemplare aufgefallen.

Es gibt aber keine wundersame Vermehrung der bedrohten Population, die neuen Zahlen sind Dodds Kollegen vom Atlantic Shark Institute zu verdanken. Sie haben allein im Meer vor Rhode Island zehn Bojen platziert, die mit akustischen Empfängern ausgerüstet sind. Nähert sich ein Weißer Hai, an dessen Rückenflosse ein akustischer Sender befestigt wurde, einer dieser Bojen auf etwa 500 bis 600 Meter, wird diese Begegnung aufgezeichnet.

Dodd vermutet, dass auf jeden registrierten Hai bis zu 10 oder gar 20 Artgenossen in dessen unmittelbarer Nähe kommen, die dem Blick der Forscher derzeit aber entgehen, weil sie keinen Ortungssender tragen.

Nach seiner Einschätzung wurde bislang nur eine kleine Zahl jener Tiere, die vor Rhode Island durch den Ozean kreisen, mit einem akustischen Ortungsgerät markiert. Die Forscher würden gern noch deutlich mehr Raubfische mit Sendern versehen, um deren Bewegungsmuster besser studieren zu können – doch das ist sehr schwierig. »Weiße Haie sind bekannt für ihr geziertes Verhalten. Man kann sie nur schwer ködern. Das ist bei Blau- oder Makohaien deutlich einfacher«, sagt Dodd.

Schon immer gelten Weiße Haie unter Meeresbiologen als schwer fassbare Phantome der Meere. Ihre Biologie ist bis heute vergleichsweise wenig erforscht. Erst in jüngster Zeit fanden Forscher etwa heraus, dass diese Tiere sexuelle Spätzünder sind. Die männlichen Weißhaie erreichen demnach ihre Geschlechtsreife im Durchschnitt erst mit 26 Jahren, die Weibchen werden sogar erst 7 Jahre später zeugungsfähig.

Dank der neuen Ausrüstung besteht nun die Möglichkeit, dass etliche Wissenslücken gefüllt werden könnten: Nach welchem Muster bewegen sich Weiße Haie im Ozean, wie viel fressen sie, und wie genau pflanzen sie sich fort?

Dodd weiß aber auch: »Für jede Frage, die wir über den Weißen Hai beantworten, tauchen zehn neue auf.« Frank Thadeusz

Chris Ross / Ocearch

Weißhaiweibchen Nukumi: In erschreckender Nähe zum Ufer

Bild dient lediglich Illustrationszwecken. Bei den abgebildeten Personen handelt es sich um Fotomodelle.

Ständiges Jucken und Kratzen können zu einer echten Belastung werden

Bevor der **Juckreiz unerträglich** wird

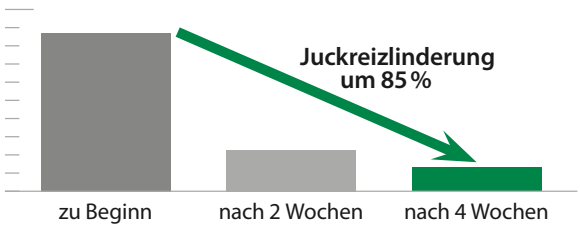
Wie die richtige Intensivpflege helfen kann

Zur Behandlung entzündlicher, juckender Kopfhauterkrankungen ist Kortison nach wie vor das Mittel der Wahl. Eine ergänzende Kopfhautpflege mit einem speziellen Pflanzenextrakt aus der Wurzel von Echinacea purpurea kann bei regelmäßiger Anwendung helfen, Juckreiz und Spannungsgefühle auf der Kopfhaut zu lindern. So kann der Einsatz kortisonhaltiger Präparate reduziert werden.

Wegen ihrer gesundheitsfördernden Eigenschaften genießen Echinacea-Extrakte seit vielen Jahren einen guten Ruf. Inzwischen hat sich auch eine einzigartige Kombination von Linolsäure und Echinacea in der medizinischen Hautpflege von Linola bewährt. Nun ist auch die Entwicklung einer entsprechenden Intensivpflege für die Kopfhaut gelungen. Linola PLUS Kopfhaut-Tonikum und Linola PLUS Shampoo lindern den Juckreiz und reduzieren Spannungsgefühle auf der Kopfhaut. Klinische Studien* belegen diese Erfolge.

Reduktion des Juckreizes

Die klinische Studie* zeigt, dass der Juckreiz auf der Kopfhaut durch die Behandlung mit Linola PLUS Kopfhaut-Tonikum nach 4 Wochen um 85 % abnimmt.



* Kilic et al. (2018) „Efficacy of hydrophilic or lipophilic emulsions containing Echinacea purpurea extract in treatment of different types of pruritus", Clinical, Cosmetic and Investigational Dermatology

Damit der Juckreiz auf der Kopfhaut nicht quälend wird: Linola PLUS

- Lindert Juckreiz auf der Kopfhaut
- Reduziert Spannungsgefühle und Trockenheit
- Leicht anti-entzündlich
- Bei Neigung zu Neurodermitis

Linola PLUS ist in der Apotheke erhältlich

Ihr Merkzettel: Linola PLUS

Kopfhaut-Tonikum PZN 14318697 (100 ml)
Shampoo PZN 14318823 (200 ml)

Der Verdacht

Archäologie Die Himmelsscheibe von Nebra gilt als Sensationsfund, genauso wichtig wie das Grab von Tutanchamun. Jetzt tobt ein Streit um die Frage, woher sie stammt. Eine Schlüsselrolle spielen zwei dubiose Schatzsucher.

Am Nachmittag des 4. Juli 1999 stromerten zwei Männer durch einen dichten Wald in Sachsen-Anhalt. Einer steckte in Armeekleidung, beide trugen Rucksäcke, in denen sich Spitzhacken und Bier befanden.

Wie Henry W. und Mario R. später berichteten, waren sie zuvor schon einige Male mit ihrem Trabi zum Ziegelrodaer Forst auf den sogenannten Mittelberg gefahren. Ihr Ziel sei es gewesen, Weltkriegs-Militaria und andere Gegenstände aus der Vergangenheit zu finden. Spektakuläres hätten sie dabei noch nicht entdeckt, aber das sollte sich an diesem Tag ändern.

Wie in Gerichtsakten zu lesen ist, schlug W.s Metallsonde nach einigen Stunden Suche stark an. Er hackte und grub, dann stieß er dicht unterhalb der Erdoberfläche auf einen verkrusteten, rundlichen Gegenstand, der hochkant im Erdreich steckte. Wertlos, dachte W. zunächst. Irgendein Eimerdeckel.

Wie sehr er sich doch täuschte.

Der vermeintliche Schrott entpuppte sich als ein Objekt, das als eine der größten Sensationen der deutschen Archäologiegeschichte gilt: die »Himmelsscheibe von Nebra«. Die Platte aus Bronze und Gold bekam ihren Namen nach dem benachbarten Städtchen und wurde 2013 zum Unesco-Weltdokumentenerbe ernannt.

Eine Ehre, die angemessen erscheint, denn wenn es stimmt, was viele Forscher vermuten, ist die Scheibe in wissenschaftlicher Hinsicht so relevant wie das Grab des Pharaos Tutanchamun in Ägypten. Sie wäre mit mindestens 3600 Jahren die weltweit älteste bekannte Darstellung des Kosmos und sollte vermutlich dabei helfen, das Sonnenjahr zu messen. Außerdem könnte sie womöglich auf die Existenz eines bis dato unbekannten bronzezeitlichen Reichs hindeuten.

Die Entdeckung der Himmelsscheibe war nicht nur ein Glücksfall für die Archäologie, sondern auch ein Segen für das Land Sachsen-Anhalt. Hunderttausende Menschen reisten bereits zum Fundort nach Nebra und zum Landesmuseum für Vorgeschichte nach Halle an der Saale, wo die Scheibe ausgestellt ist. Landesarchäologe Harald Meller heizte die Begeisterung durch seinen Bestseller »Die Himmelsscheibe von Nebra« an. Darin stellt er die Behauptung auf, dass das Artefakt einst Insignie eines mächtigen Herrschers war, in dessen Reich eine Art Sonnenkult nach ägyptischem oder babylonischem Vorbild praktiziert wurde.

Was Meller schreibt, basiert auf einer dichten Indizienkette. Trotzdem halten es einige Kollegen für allzu fantastisch. Unter anderem der Münchner Archäologe Rupert Gebhard und der Frankfurter Prähistoriker Rüdiger Krause, die die Welt der Himmelsscheibe Anfang September in Unruhe versetzten. In einem Aufsatz behaupten die beiden Professoren, dass in Halle keiner Sensation, sondern vermutlich archäologischer Durchschnittsware gehuldigt werde.

Die Himmelsscheibe stamme wohl nicht aus der Bronzezeit, sondern sei in Wahrheit gut 1000 Jahre jünger und gehöre möglicherweise in die Kategorie simpler Musikinstrumente, schreiben Krause und Gebhard. Es brauche weitere Dokumentationen – und keine »mythologisch anmutenden Veröffentlichungen, die von den Prinzipien einer seriösen wissenschaftlichen Darstellung weit entrückt sind«.

Ein Hehler zahlte 32 000 Mark und schrubbte die Scheibe in der Badewanne sauber.

Die Vorwürfe wurden von vielen Medien aufgenommen. Nicht nur in Europa, auch in der »New York Times« wurde berichtet. »Bild« schrieb sogar: »Himmelsscheibe stammt gar nicht aus Nebra«.

Das konnten Meller und seine Mitstreiter nicht unkommentiert stehen lassen. Es ging schließlich nicht nur um die wissenschaftliche Wahrheit, sondern auch um Besucherzahlen. Außerdem um den Ruf etlicher Chemiker, Altertumswissenschaftler und anderer Experten, die die Scheibe in den vergangenen Jahren erforschten und dafür zum Teil massiv gefördert wurden.

Als Reaktion auf die Vorwürfe stellte Meller vor einigen Wochen ein Team aus zwölf Männern und einer Frau zusammen, um noch einmal die Forschungsergebnisse zur Himmelsscheibe zu bündeln und die Vorwürfe Gebhards und Krauses zu widerlegen. Die Arbeit liegt dem SPIEGEL vor und wird in den kommenden Tagen auf der Website der angesehenen Fachzeitschrift »Archaeologia Austriaca« veröffentlicht. Der Aufsatz strotzt vor Fachwissen. Aber gelingt es ihm auch, alle Zweifel zu zerstreuen?

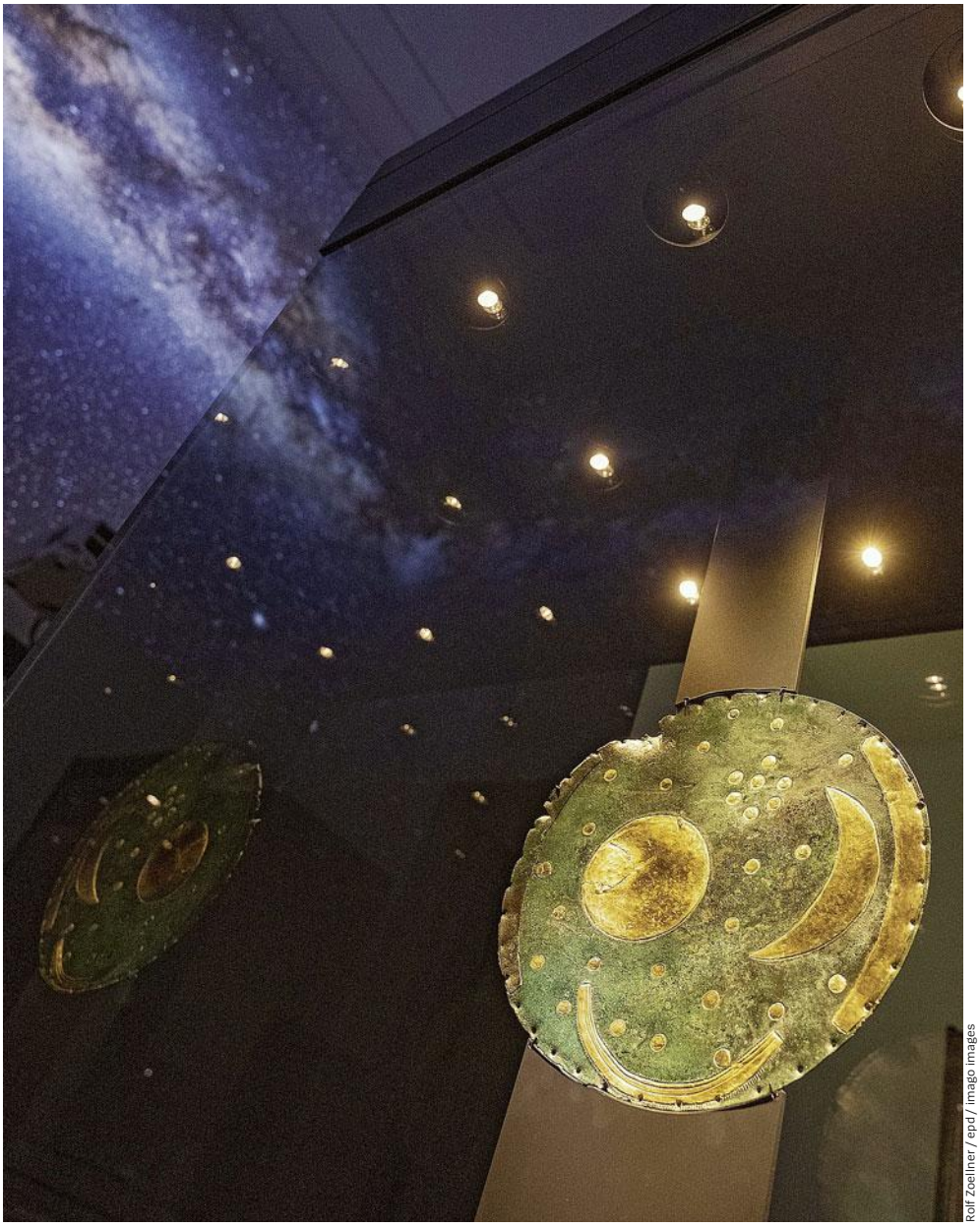
Das größte Problem der Himmelsscheibe ist ihre Fundgeschichte. In deren Mittelpunkt stehen die beiden trinkfesten Schatzsucher, die nicht unbedingt in die Kategorie »gute Zeugen« gehören.

Wie Mario R. in einem fast verstörend ehrlichen Interview mit der Zeitschrift »Relikte der Geschichte«, einem Magazin für Heimatforscher und Sondengänger, berichtete, haben die beiden in den sachsen-anhaltischen Wäldern meist ordentlich Bier und Magenbitter getrunken. Am Fundtag sei Henry W. zudem extrem verkatert gewesen, weil er am Vorabend mit Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr gepichelt hatte. Als er auf das Objekt im Boden stieß, habe er alkoholbedingt schon bald keine Kraft mehr zum Weitergraben gehabt und sich erst einmal hinsetzen müssen, um eine Flasche Selters gegen den lästigen Nachdurst zu trinken; ein Umstand, der bei späteren Untersuchungen am Fundort noch einmal wichtig wurde.

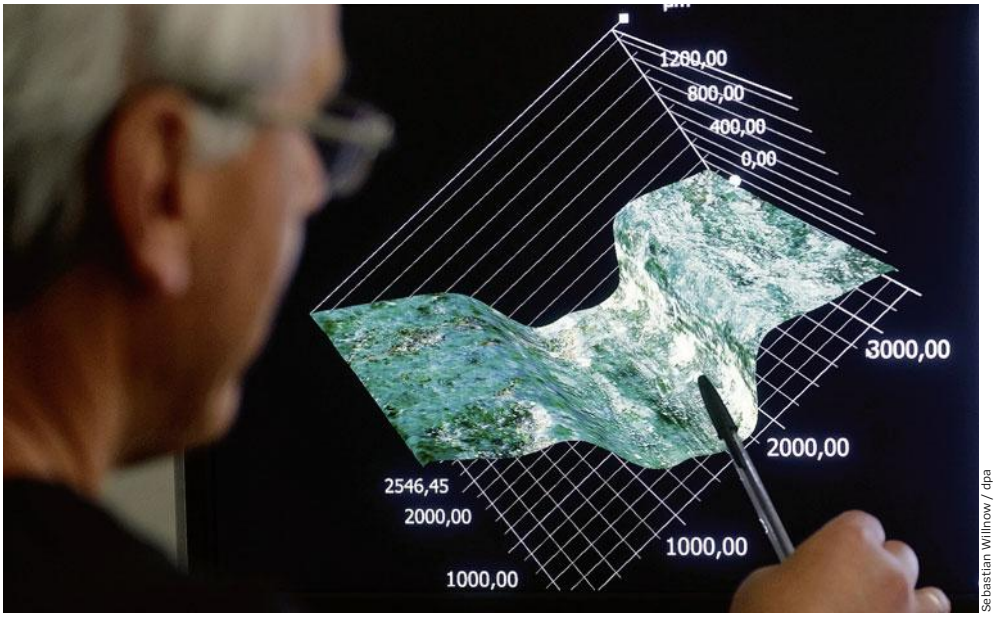
Als den Männern schwante, dass sie dem Boden womöglich etwas sehr Wertvolles entrissen hatten, hätten sie laut Denkmalschutzgesetz eigentlich die Behörden einschalten müssen. Stattdessen begingen sie eine Straftat und riefen einen Hehler an, den sie von einem Schatzsuchertreffen kannten. Der war sofort interessiert, zumal ihm die Raubgräber noch zwei Schwerter sowie Beile und Armreife anboten, die sie angeblich im selben Loch entdeckt haben wollten.

Der Mann zahlte 32 000 Mark und schrubbte die Scheibe in der heimischen Badewanne sauber, was die spätere Erforschung erschwerte. Einige Monate danach verkaufte er das Objekt für mehr als das Siebenfache an einen Sammler weiter, der dafür sogar seine Altersrücklage aufgebraucht haben soll.

Über Umwege bekam Landesarchäologe Meller Kenntnis von der Sache. Unter dem Vorwand, die Scheibe gegebenenfalls mit Landesmitteln in Höhe von etwa 700 000 Mark anzukaufen, vereinbarte er ein Treffen mit dem Sammler und dessen



Rolf Zoellner / epd / imago images



Sebastian Willnow / dpa

Ausstellungs-, Untersuchungsobjekt Himmelsscheibe*: »Keine Hinweise auf andere Herkunft«

Gehilfin. Es fand am 23. Februar 2002 in einem Hotel in Basel statt und wurde für Meller zum Triumph. Er kam nämlich nicht allein, sondern mit Polizisten. Die nahmen das Duo fest und stellten die Himmelsscheibe sicher. »Der wichtigste Moment meines Berufslebens«, sagte Meller später.

Nach der Festnahme flogen auch Henry W. und Mario R. auf. Sie mussten sich genau wie der Sammler und dessen Gehilfin juristisch verantworten. Während eines Ortstermins zeigte W. den Platz, an dem sie fündig geworden sein wollten. Anschließend machten die Raubgräber allerdings allerlei widersprüchliche Aussagen. Besonders Mario R. stiftete Verwirrung. Immer wieder behauptete er, der wahre Fundort sei ein anderer. Außerdem hätten Scheibe und Stichwaffen nicht in demselben Loch gelegen.

Das Durcheinander ging Henry W. irgendwann zu weit. Er warf seinem Kumpel vor, sich wichtig machen zu wollen. Während einer Gerichtsverhandlung 2005, bei der sich das in Basel festgenommene Duo verantworten musste, beantworte er »ohne Zögern« und »aus dem eigenen Gedächtnis« alle Fragen der Verfahrensbeteiligten. Seitdem gilt es sozusagen als amtlich, dass Himmelscheibe und die anderen Objekte aus einem Loch stammen.

Ein Umstand, der von entscheidender Bedeutung ist. Weil sich das Alter von Kupferlegierungen nicht im Labor ermitteln lässt, basiert die Datierung der Himmelsscheibe maßgeblich auf Birkenrinde, die in einem der Schwertgriffe konserviert war. Laut Kohlenstoffanalyse stammt sie aus der Zeit um 1600 vor Christus. Unterstellt man nun, dass die Scheibe zur gleichen Zeit vergraben wurde, muss das also vor etwa 3600 Jahren passiert sein.

Die beiden Kritiker Krause und Gebhard hegen große Zweifel, dass die von W. gemachte Zeugenaussage der Wahrheit entspricht. Sie unterstellen sogar, dass der Raubgräber »durch suggestiv wirkende Fragestellungen« Mellers beeinflusst worden sei.

Ein brisanter Vorwurf, doch die beiden Professoren haben noch andere Bedenken gegen den präsentierten Fundort. Dabei geht es unter anderem um die Angabe, dass die Scheibe nur wenige Zentimeter unter der Erdoberfläche gesteckt haben soll, die Schwerter und anderen Fundstücke aber deutlich tiefer. Das lasse den Schluss zu, dass die Scheibe viel später als die anderen Objekte vergraben wurde.

Eine Theorie, die die Wissenschaftler auch dadurch erhärtet sehen, dass die Objekte des vermeintlichen Hortfundes wie »zufällig zusammengestellt« wirkten; spe-

* Oben: bei Sonderausstellung im Berliner Gropius-Bau 2018; unten: Mikroskopaufnahme.

Steffen Schellhorn / imago images

Andreas Vitting / picture alliance / dpa

Landesarchäologe Meller, Besucherzentrum in Nebra: »Massiver Einfluss auf die Meinungsbildung«

ziell ein Meißel und die Armreife passten nicht zu den anderen Artefakten. Motivwelt und Symbolik der Scheibe kämen ihnen eher eisenzeitlich vor, schreiben Krause und Gebhard. Insofern sei es plausibel, dass die Raubgräber oder der Hehler Fundstücke aus unterschiedlichen Grabungen miteinander kombiniert hätten, um den möglichen Verkaufswert zu erhöhen.

Meller und sein Team sind sich hingegen sicher, dass W. vor Gericht die Wahrheit sagte, und sie haben sehr gute Argumente dafür. Als der Fundort das erste Mal untersucht wurde, entdeckten die Wissenschaftler nämlich deutlich erkennbare Spuren einer früheren »Störung« durch Beile und Spaten. Außerdem fand sich eine kaputte Flasche Selters, die zu der Schilderung von der Ruhepause passte.

Bei Untersuchungen des Untergrunds wurden zudem ungewöhnlich hohe Konzentrationen von Kupfer, aber auch Spuren von Gold nachgewiesen. Diese lassen sich dadurch erklären, dass zuvor ein Objekt wie die Himmelsscheibe über einen langen Zeitraum im Boden lag und sich durch Sickerwasser kleinste Teilchen lösten.

Ein Indiz, das in erster Linie auf die Arbeit von Ernst Pernicka zurückgeht, einem der Direktoren des Curt-Engelhorn-Zentrums Archäometrie in Mannheim. Der Chemiker war von Anfang an bei der Erforschung der Scheibe dabei und ist »hundertprozentig« von ihrer Echtheit überzeugt. Er fungiert auch als Erstautor der Erwiderung, mit der nun auf die Vorwürfe reagiert wird.

Gebhard und Krause stützen sich bei ihrer Kritik auch auf die Analyse der Erdanhaftungen, die trotz der Reinigung durch Finder und Hehler noch von der Himmelsscheibe gekratzt werden konnten. Tatsächlich stimmen sie nicht hundertprozentig bei allen Fundstücken überein. Das müsse aber nicht heißen, dass die Objekte an unterschiedlichen Orten ausgegraben wurden, stellte ein Chemiker fest. Die Unterschiede seien zu klein, um deutliche Schlüsse ziehen zu können. Insgesamt, so schrieb der Experte, gebe es aber »keine Hinweise auf eine mögliche andere Herkunft als vom Mittelberg bei Nebra in Sachsen-Anhalt«.

Meller, Pernicka und ihre Kollegen kommen in ihrem Aufsatz zu dem Schluss, dass alle Argumente und Vorwürfe Krauses und Gebhards »leicht widerlegt werden können«. Auch der Umstand, dass sich die Scheibe nur wenige Zentimeter unter der Erdoberfläche befand, sei zu erklären: durch Erosion nämlich.

Trotzdem bleiben Zweifel. Das ist allerdings immer der Fall, wenn Raubgräber involviert sind. Profis, die fündig werden, gehen viel behutsamer mit dem geborgenen Material um; sie dokumentieren alles genau und analysieren die Artefakte, bevor sie aufbereitet werden. Dennoch stimmt es wohl, was Landesarchäologe Meller sagt: dass weltweit keine neuzeitliche Raubgräber-Fundstelle so genau untersucht worden sei wie die in Nebra.

Geht es den Kritikern der Himmelsscheibe nur um die wissenschaftliche Wahrheit?

Die Forderung Krauses und Gebhards, »eine unabhängige Expertenkommission« einzusetzen, wird dadurch aber nicht unbedingt falsch. Allerdings bleibt ein Zweifel, dass es den beiden nur um die wissenschaftliche Wahrheit geht. Es drängt sich nämlich der Verdacht auf, dass ihre kritischen Anmerkungen auch mit einer Entdeckung zu tun haben könnten, die etwa 350 Kilometer südlich von Nebra nahe einer kleinen Ortschaft in Oberbayern gemacht wurde.

Gemeint ist der »Goldschatz von Bernstorf«, der angeblich gut 3300 Jahre alt ist und Ende der Neunzigerjahre von zwei Hobbyarchäologen ans Tageslicht geholt wurde. Weil der Fund zunächst als Sensation galt, reisten viele Experten zu weiteren Grabungen an, darunter auch Gebhard und Krause.

Im Laufe der Jahre entwickelten sich die beiden Männer zu den wissenschaftlichen Gralshütern des Goldschatzes. Gebhard ist Leitender Sammlungsdirektor der Archäologischen Staatssammlung München und wirkte mit seiner Arbeit auch darauf hin, dass im Freistaat Bayern weit über eine Million Euro in die Untersuchung und die Präsentation des Schatzes sowie den Neubau eines Museums investiert wurde. So war bereits sehr viel Steuergeld ausgegeben worden, als 2013 ein vernichtendes Gutachten von sich reden machte.

Das Gold aus Bernstorf sei reiner als Barrengold der Deutschen Bundesbank und könne deswegen unmöglich in der Bronzezeit verarbeitet worden sein. Der Schmuck müsse demzufolge eine Fälschung sein.

Das Schriftstück stammt von Ernst Pernicka, dem Kronzeugen der Himmelsscheibe. Ausgerechnet Pernicka, muss man sagen, denn der Chemiker war zur damaligen Zeit nahezu freundschaftlich mit Krause verbunden. Die beiden Männer fuhren mit ihren Familien sogar gemeinsam in den Skiurlaub.

Offiziell vorgestellt wurde die Analyse auf einer Tagung in Halle an der Saale, der Heimat der umjubelten Himmelsscheibe. Gastgeber: Harald Meller. Der Landesarchäologe beließ es aber nicht dabei, der Bernstorf-Kritik eine Bühne zu geben. Er baute auch noch einen Mailverteiler für die Teilnehmer der Tagung auf, um laut Gebhard und Krause »massiv Einfluss auf die Meinungsbildung« auszuüben. Meller sieht das etwas anders: »Es ist absolut üblich, dass man sich auch nach einer Tagung noch weiter über die

dort verhandelten Themen austauscht; das hat mit Meinungsmache nichts zu tun«, sagt er.

Entgegen der Einschätzung vieler Forscherkollegen sind Gebhardt und Krause weiter von der Echtheit des Bernstorfer Schatzes überzeugt. Sie verweisen auf die damalige Goldverarbeitung im Nahen Osten, die angeblich einen ähnlich hohen Reinheitsgrad möglich gemacht habe. Doch die Theorie, dass die Objekte aus Bernstorf in Wahrheit Fälschungen sind, bekommen sie nicht mehr weg.

Da die Vorwürfe maßgeblich auf Pernicka und Meller zurückgehen, können manche den Verdacht hegen, dass Gebhard und Krause mit ihrem Aufsatz zur Himmelsscheibe womöglich Vergeltung üben wollten. Eine Vermutung, die die beiden Professoren allerdings entschieden zurückweisen. »Es geht uns nur um einen Diskurs in der Sache«, sagen sie. Die Scheibe sei »ein sehr spannender Forschungsgegenstand«, der weiter erschlossen werden müsse.

Tatsächlich passiert das gerade. Denn die Himmelsscheibe, die für etwa hundert Millionen Euro versichert ist, wurde Anfang November aus ihrer Vitrine geholt und zur weiteren Erforschung in ein Labor gebracht, dessen Standort aus Sicherheitsgründen nicht verraten werden soll. Dort wird das Artefakt mithilfe eines neuartigen Hightechmikroskops Millimeter für Millimeter untersucht. »Vielleicht fällt uns noch irgendetwas bisher Unbekanntes auf, was uns bei ihrer weiteren Entschlüsselung helfen kann«, sagt Meller.

Danach wird die Scheibe erst für eine Schau im niederländischen Assen und dann für einige Zeit ans British Museum in London ausgeliehen. Anschließend soll sie im Mittelpunkt einer am 4. Juni 2021 beginnenden Sonderausstellung in Halle an der Saale stehen. Dort sollen die Forschungsergebnisse präsentiert werden, die in den vergangenen knapp 20 Jahren im Zusammenhang mit der Scheibe gesammelt wurden.

Bis dahin sind es noch einige Monate, genügend Zeit also für Raubgräber Mario R., der Wahrheit um die Scheibe weiter auf die Sprünge zu helfen. In der Archäologenszene kursieren Gerüchte, wonach R. den echten Fundort nun bald preisgeben wolle.

Eine Ankündigung, die nicht neu ist, aber bisher hat es R. immer nur bei kryptischen Andeutungen belassen. Vielleicht hat der Raubgräber auch nichts Neues und Belastbares zu bieten. Vielleicht stimmt es schlicht, was Meller und die anderen Apologeten über die Himmelsscheibe von Nebra behaupten. Vielleicht ist das Ding ganz einfach: eine echte Sensation.

Guido Kleinhubbert, Jörg Römer

POLITIKER
und ihre
HOBBYS

288 Seiten mit farbigen Abb., gebunden · 24,00 €
Auch als E-Book erhältlich

Ob beim Pralinenherstellen mit Anton Hofreiter, auf dem Tanzparkett mit Katrin Göring-Eckardt oder beim Crossfit-Training mit Lars Klingbeil – Marc Hujer entdeckt im Selbstversuch viele neue Seiten des vermeintlich bekannten Personals der deutschen Politik. Seine ebenso unterhaltsamen wie erhellenden Porträts zeigen, dass es neben Machtstreben und politischer Konkurrenz auch private Leidenschaften gibt, die viel darüber verraten, wie man in der Politik erfolgreich sein kann.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

Kultur

Urbach Turm im Remstal

Roland Halbe

Aahhh, Oh, Puh

Architekturführer Ein neues Handbuch präsentiert deutsche Bauten, die eine Reise wert sind.

● Warum von der Ferne träumen und nicht lieber Ausflüge »zu bemerkenswerten Bauten« in der Nähe planen? 99 davon stellt das Deutsche Architekturmuseum Frankfurt in der jüngsten Ausgabe des »Architekturführers Deutschland« vor. Den könnte man auch den Guide Michelin der hiesigen Baukunst nennen, es ist in vielen Gegenden und für jeden Geschmack etwas dabei. Neue Häuser zum Wohnen oder Arbeiten – und sogar, um Sport zu treiben: so eine Kegelbahn im sächsischen Wülknitz oder das Werk 12 in München. Dieser mehrstöckige Pavillon auf dem einstigen Fabrikgelände von Pfanni ist Fitness, Wellness und Gastronomie gewidmet, an der Fassade versprechen Seufzer (in weithin sichtbaren und nachts leuchtenden Großbuchstaben) Anstrengung und Genuss: »AAHHH«, »OH«, »PUH«, »WOW«, »HMPF«. Überraschungseffekte bieten auch zwei Bauten für Adidas in Herzogenaurach, ein Bürogebäude könnte als Stadion durchgehen, der andere Bau (mit Kantine) wirkt wegen seiner gezackten Ränder wie eine expressive Betonskulptur. Schön hölzern ist der 14 Meter hohe Urbach Turm im baden-württembergischen Remstal, der die Selbstformungskraft der Fichte veranschaulicht.

Sterne wie in der Restaurantszene verteilt der Architekturführer nicht, aber einige Projekte werden hervorgehoben; vier Gebäude sind zudem im Rennen um einen Preis, der 2021 verliehen wird, auch der »WOW« schreiende Münchner Pavillon. UK

Filmmusik

Kopfkino in Eigenregie

● Zu den unterschätzten Freuden des Musikhörens gehört es, Soundtracks von Filmen zu lauschen, die man gar nicht gesehen hat. Man lässt sich von der Musik davontragen und stellt sich Szenen vor, die sie untermalen könnte. Kopfkino in Eigenregie. Kaum jemand hat das so gut verstanden wie der britische Klangkünstler und Pop-Pionier Brian Eno, der die Ambient-Musik prägte und Alben für Künstler wie David Bowie, die Talking Heads oder U2 produzierte. 1978 veröffentlichte er mit »Music for Films« nämlich Musik für Filme, die es noch gar nicht gab. Die meisten Stücke wurden später tatsächlich in Filmen verwendet und Eno zum gefragten Komponisten für Filme, Dokumentationen und Serien. Nun bietet die Werkschau »Film Music 1976–2020« einen Überblick der Werke Enos, sie versammelt bekannte Kompositionen aus »Traffic« oder »Trainspotting« mit bisher unveröffentlichten Stücken. Und auch mit dieser Sammlung lassen sich Filmszenen erträumen. Enos sphärische Klänge sind der ideale Soundtrack, um einen Moment lang dem Corona-Alltag zu entfliehen und zur Ruhe zu kommen. LAG

Filme

Das System Weinstein

Ascot Elite

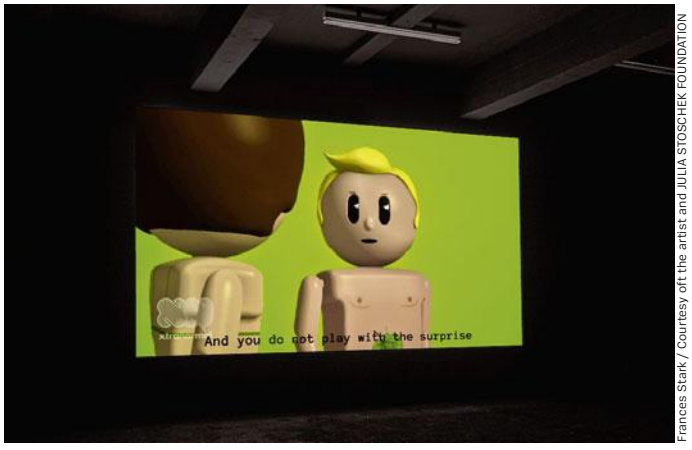
Garner

● Der erste Spielfilm über die Machenschaften Harvey Weinsteins tut gar nicht erst so, als wollte er ein Urteil über den gestürzten Filmmogul fällen. Das hat das New Yorker Strafgericht schließlich schon getan: Der Mann ist ein Vergewaltiger. Trotzdem funktioniert »The Assistant«, der gerade auf DVD erschienen ist, wie ein Gerichtsprozess. Stück für Stück werden Indizien zusammengetragen, bis sich ein Gesamteindruck herstellt – vom System Weinstein und davon, wie es sich so lange halten konnte. Shootingstar Julia Garner (Emmy für die Netflix-Serie »Ozark«) spielt Uniabsolventin Jane, die ihren ersten Job im New Yorker Büro einer Filmproduktionsfirma antritt. Die unmenschlichen Arbeitszeiten und die herablassenden Kommentare ihrer männlichen Kollegen nimmt Jane noch als Herausforderung an. Sie will beweisen, wie hart sie im Nehmen ist. Doch dann soll sie seltsame Flecken vom Sofa entfernen, auf dem der Chef eben ein Casting abhielt, und medizinische Spritzen entsorgen. Jane fragt sich zunehmend, bei was sie hier eigentlich mitspielt. Ohne ihn zu zeigen oder beim Namen zu nennen, erzählt »The Assistant« von Machtstrukturen, die so fein verästelt sind, dass sich jeder in Weinsteins Nähe in sie verstrickt hat. HPI

Ausstellungen

Sexchat mit Playmobil

● Kunstsammlerin Julia Stoschek nutzt den Shutdown, um ihre Sammlung aus den Ausstellungshäusern in Düsseldorf und Berlin online zu veröffentlichen. Anfang des Jahres hatte sie begonnen, alle Filme, Multimedia-Installationen und Virtual-Reality-Arbeiten ihrer Sammlung digital zugänglich zu machen (abrufbar unter www.jsc.art). 90 Werke mit 20 Stunden Laufzeit lassen sich bereits streamen – etwa, wie sich 1969 Joseph Beuys von Lutz Mommartz als »Soziale Plastik« filmen lässt. »Ich kann nie mehr als 15 Prozent meiner Kunst simultan in Ausstellungen zeigen. Das ist mir zu wenig. Kunst will gesehen werden«, sagt Stoschek. Sie kehrt damit die Digitalstrategie vieler Museen um, die zwar Ausstellungen als virtuelle Rundgänge zeigen, ständige Sammlungen aber bleiben in den Archiven versteckt. Digitalprojekte wie Google Arts and Culture zeigen Museumsrundgänge weltweit, daneben gibt es kleinere Anläufe wie die »Digitale Kunsthalle«. Private Sammler jedoch geizen oft mit ihrem Besitz. Dabei scheint Medienkunst wie gemacht dafür, sie am Computer zu betrachten, und so mag das Internet ein Trost in Shutdown-Zeiten sein. Einige der Videoarbeiten aus der Stoschek-Sammlung fordern Zeit, weil sie länger dauern als mancher Ausstellungsbesuch: In »My Best Thing« inszenierte etwa die US-Amerikanerin Frances Stark für die Venedig-Biennale 2011 einen Sexchat mit animierten Playmobil-Figuren – in Spielfilmlänge. CPA



Frances Stark / Courtesy oft the artist and JULIA STOSCHEK FOUNDATION

Ausschnitt aus Stark-Videoprojekt »My Best Thing«

DPA

Kiefer, Dusapin

Dem Grauen abgerungen

● Vor einem Jahr besuchte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron den bei Paris lebenden Künstler Anselm Kiefer in seinem Atelier. Er erteilte dem Deutschen den ersten Staatsauftrag für das Panthéon seit 1924. Kiefer sollte die Toten des Ersten Weltkriegs würdigen. Anlass war die von Macron gewünschte Überführung der sterblichen Überreste des Schriftstellers Maurice Genevoix in die Pariser Ruhmeshalle, in der schon Victor Hugo und Émile Zola ihre letzte Ruhestätte fanden. Genevoix hatte die Grauen des Ersten Weltkriegs ohne falsches Heldentum beschrieben und zugleich, so sagt es Kiefer heute, »dem Grauen auch immer wieder Schönes abgerungen«. Der Künstler schuf sechs Vitrinen und zwei monumentale, sieben mal zehn Meter große Bilder mit grau-schwarzen Kriegslandschaften.
Auf einem Bild sind Landkarten am Horizont zu sehen, mit den Schauplätzen großer Schlachten wie Verdun.
Das zweite Bild zeigt schlammverschmutzte Uniformen, die über einer düsteren Landschaft schweben – sie wurden von Soldaten ehemaliger Kolonien in Afrika getragen. Dieser »schwarzen Armee«, aber auch den Frauen, die den Krieg mittrugen und erduldeten, widmete Kiefer sein Werk. Der französische Komponist Pascal Dusapin, ebenfalls von Macron beauftragt, entwarf eine passende »Klangwolke«, die dauerhaft im Panthéon zu hören sein wird. Am 11. November, dem Jahrestag des Waffenstillstands von 1918, wurden die Werke in einer feierlichen Zeremonie im Panthéon erstmals gezeigt. BSA

Toxische Kombination

Zeitgeist Trotz der Niederlage Trumps scheinen die USA moralisch krank zu sein. Wann und wo ist diese große Nation derart falsch abgebogen? Ein persönliches Fazit nach fünf Jahren in New York. *Von Philipp Oehmke*

Ob sich noch jemand erinnern könne, wie das Leben vor Covid gewesen sei, fragte Dave Chappelle, als er am Samstagabend die Satiresendung »Saturday Night Live« eröffnete. Zwei Stunden zuvor hatte Joe Biden erstmals als Wahlgewinner zur Nation gesprochen. Auf den Straßen der Städte feierten die Menschen, und Biden wollte Zuversicht verbreiten.

Dann kam Chappelle.

Es sagt wahrscheinlich einiges über das Land, dass die wichtigsten politischen Kommentatoren inzwischen die Late-Night-Moderatoren und Stand-up-Comedians sind. In Deutschland besetzen Comedians eine Nische, in den USA gehören sie zu den wichtigsten gesellschaftlichen Stimmen, und Dave Chappelle ist seit einigen Jahren der größte, lauteste und schärfste von ihnen.

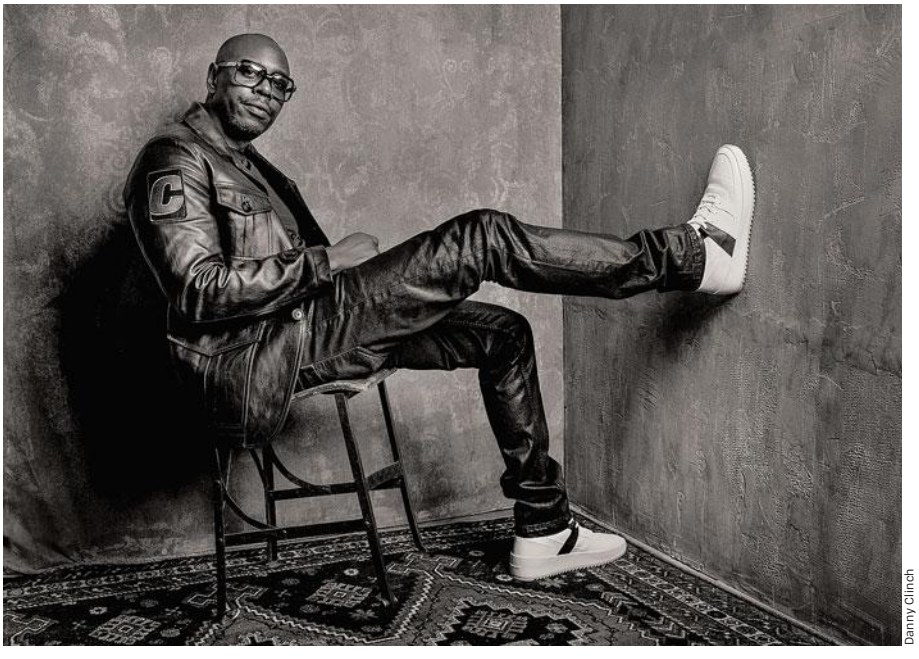
Er, sagte Chappelle in seinem Eröffnungsmonolog, erinnere sich schon noch, wie das vor Covid gewesen sei: Jede Woche habe es eine Massenschießerei gegeben. Eigentlich müsse man Gott danken für Covid. Irgendjemand habe schließlich dafür sorgen müssen, dass diese mörderischen Weißen mal zu Hause bleiben.

Amerika hat Trump nun erst mal überstanden. Amerika wird wohl auch die Pandemie überstehen. Spätestens dann wird sich das Land wieder mit den Problemen auseinandersetzen müssen, die die »American experience« seit einigen Jahren erheblich trüben.

Die Faktoren Trump und Covid-19 – und vor allem die toxische Kombination aus beiden – haben diese Probleme nur sichtbarer gemacht. Die aufmunternden Worte Bidens, das Beschwören der Gemeinschaft sind wichtig. Doch Worte werden die Nation nicht retten können.

Biden sagt, zu den vier Hauptproblemen, die er als Erstes angehen wolle, gehöre systemischer Rassismus. So etwas hat noch kein frisch gekürter Präsident gesagt. Die Wirtschaft, die Krankenversicherung, die Jobs, die Steuern – davon redet man im Moment des Sieges. Aber systemischer Rassismus?

Amerika weiß, dass es krank ist. Es zeigt alle Symptome. Die Legitimität von Wahlen wird angezweifelt, das Vertrauen in die politischen Institutionen ist zerrieben. Die Medien haben ihre Rolle als unparteiische Beobachter aufgegeben oder verloren. Eine vorwiegend weiße Ordnungsmacht leistet sich immer wieder gewaltsame Aussetzer gegenüber einer desillusionierten und gereizten schwarzen Bevölkerung. Bewaffnete Milizen auf den Straßen, keine Meinungsäußerung mehr ohne hasserfüllte Kommentare auf Social Media. Und am Ende ein Präsident, der eine Wahlniederlage nicht anerkennt, eine Gesellschaft, die hilflos einer Pandemie gegenübersteht, deren Eindämmung vor allem Solidarität erfordern würde.



Danny Clinch

Comedian Chappelle: Der größte, lauteste und schärfste von ihnen

All das wird bleiben, wenn Donald Trump weg ist – sogar Donald Trump selbst wird bleiben. Und der nächste autoritäre Anführer wird bestenfalls weniger tumb, weniger kindisch und weniger inkompetent sein als er.

David Brooks, ein eher konservativer Publizist, fragte sich neulich in einem Essay in »The Atlantic«, ob diese Krankheitssymptome tatsächlich das Ende einer historischen Spanne bedeuteten. Ob Amerika in den vergangenen sechs Jahren jene kritische Erschütterung erlebt habe, die eine Art Häutung auslöst, eine neue Moral hervorbringen wird.

Brooks beruft sich auf Samuel P. Huntington, einen der großen politischen Denker des späten 20. Jahrhunderts, der festgestellt hat, dass solche »moral convulsions«, Moralkrämpfe, in der amerikanischen Geschichte alle 60 Jahre auftreten.

Und dass sie von immer gleichen Symptomen begleitet werden: kein Vertrauen in Institutionen. Große moralische Entrüstung. Verachtung für Eliten. Eine moralistische junge Generation mit neuen Kommunikationsmitteln beherrscht bald die Debatte. Marginalisierte Gruppen, die bisher ausgeschlossen waren, übernehmen Kontrolle.

Huntington hat dies schon Ende des vorigen Jahrhunderts geschrieben, doch es liest sich wie eine Zustandsbeschreibung der heutigen USA.

Vielleicht sollte uns also der rätselhafte Niedergang jenes Kulturraums, der gerade für die Deutschen jahrzehntelang bedeutend war, gar nicht so fassungslos zurücklassen. Vielleicht hat er sich angekündigt. Doch die Auslöser waren schwer zu erkennen, denn sie waren nicht pragmatisch politischer Art. Es ging um eine innere Verfasstheit, die sich verändert hat, oder, wie David Brooks es beschreibt, um soziales Vertrauen.

Dies, schreibt Brooks, sei »ein Maß für die moralische Qualität einer Gesell-

Stephanie Keith / GETTY IMAGES

Straßenfeier in New York nach Verkündung des Biden-Sieges: Nur Worte werden die Nation nicht retten können

schaft – ob die Menschen und Institutionen in ihr vertrauenswürdig sind, ob sie ihre Versprechen halten und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Wenn Menschen in einer Kirche ihren Glauben oder ihr Vertrauen verlieren, fällt die Kirche in sich zusammen. Wenn Menschen in einer Gesellschaft den Glauben und das Vertrauen in ihre Institutionen und ineinander verlieren, fällt die Nation in sich zusammen«.

Evan Osnos, der gerade eine Joe-Biden-Biografie veröffentlicht hat, berichtet diese Woche im »New Yorker« vom Thinktank Fund For Peace, der in einer Studie den »inneren Zusammenhalt« verschiedener Nationen bewertet. Die Faktoren: das Niveau öffentlicher Unzufriedenheit, das Vertrauen in den Sicherheitsapparat, die Frage, wie sehr sich die politischen Gruppierungen verschanzen. Die USA verzeichneten den höchsten Rückgang aller untersuchten Nationen und landeten auf dem letzten Platz, hinter Ländern wie Bahrain, Mali oder sogar Libyen.

Doch wodurch wurde diese Vertrauenskrise ausgelöst? Wo sind Gesellschaft, Politik oder Kultur falsch abgebogen, sodass man schließlich mit Trump, 20 000 Lügen und Straßenschlachten in der Pandemie endete?

Als ich zum ersten Mal in die USA zog, war mit Bill Clinton ein Angehöriger der Babyboomergeneration Präsident. Die sichtbarsten Vertreter der Babyboomer waren männlich und weiß sowie politisch und kulturell von den Emanzipationsbewegungen der späten Sechzigerjahre geprägt. Ihre Lebenserfahrung war, dass es stets aufwärtsgeht, alles ist erreichbar, für Wohlstand ist gesorgt, den Kindern wird es automatisch besser gehen als den Eltern.

Sie brauchten keine Sicherheit, sie konnten es sich erlauben, nach Freiheit zu streben. Sie trugen Jeans im Büro, betrogen relativ nachlässig ihre Frauen und hören bis ins hohe Alter Rockmusik. Ihre Aufwärtsbewegung kulminierte in den späten Neunzigern, als ich in New York ankam. Die Boomer hatten mit ihrer Geburtenratenstärke die führenden Positionen der Gesellschaft übernommen, allen voran Bill Clinton.

Ihr Optimismus war grenzenlos, heute wirkt er naiv. »It's the economy, stupid«, war Clintons Motto 1992, wenn nur die Wirtschaft weiterwachse, werde es allen immer besser gehen. Die Märkte regulierten sich selbst, und es schien undenkbar, dass der Dow Jones oder der Nasdaq – ein Wort, das damals in aller Munde war wie heute Instagram – jemals sinken könnten.

Obwohl er anders als Bill Clinton einen untypischen Boomer darstellt, war dies natürlich auch das Klima, in dem Donald Trump zu Donald Trump wurde. Die Freiheit betraf nicht nur die Ökonomie, sondern auch die gesellschaftliche Moral. Die Idee dahinter: Die Summe aller sich selbst verwirklichenden Individuen ergibt eine glückliche Gesellschaft.

Die Generation jener Amerikaner, die heute jung sind, steht dieser Weltsicht ratlos bis verächtlich gegenüber. Sie seien in einer Welt groß geworden, in der »Institutionen versagen, Finanzsysteme kollabieren und Familien zerbrechen«, schreibt Brooks. »Nicht Befreiung, sondern Sicherheit; nicht Freiheit, sondern Gleichheit; nicht Individualismus, sondern der Schutz durch das Kollektiv; keine Geh-unter-oder-schwimm-Leistungsgesellschaft, sondern

Förderung auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit.«

Es war der Babyboomer Clinton, der einiges von dem verschärfte, was Biden meint, wenn er von systemischem Rassismus spricht. Um Ruhe vor den Republikanern zu haben, hatte Clinton – übrigens mit erheblicher Unterstützung eines Senators namens Joe Biden – schärfere Gesetze zur Verbrechensbekämpfung verabschiedet, die auch dazu führten, dass die amerikanischen Gefängnisse heute überfüllt sind, und das vor allem mit Schwarzen.

Als ich Clinton 2001, seine Amtszeit hatte gerade geendet, begleitete, als er in Harlem sein neues Büro einweihte, waren die Straßen trotzdem gesäumt von jubelnden afroamerikanischen Fans. »You will always be our president!«, riefen sie ihm zu. Die verheerende, zersetzende Wirkung von Clintons Gesetz, das da immerhin schon sieben Jahre alt war, war ihnen offensichtlich noch nicht bewusst.

Der erste massenwirksame Weckruf, den Zerfall der USA betreffend, kam ein Jahr später, 2002. Der ehemalige Polizeireporter David Simon hatte eine Fernsehserie über seine Heimat Baltimore gedreht, eine mittelgroße Hafenstadt, nicht weit von der Hauptstadt Washington. Simons Serie lief beim Bezahlsender HBO, also dort, wo damals jene Sendungen liefen, über die die kulturellen Eliten sprachen, »Die Sopranos« oder »Sex and the City«.

»The Wire« von David Simon zeigte über fünf Staffeln, dass und warum eine Stadt wie Baltimore Anfang der Nullerjahre bereits so kaputt war wie ein »failed state«: Da war der unkontrollierbare Drogenhandel, der sich bis in Wirtschaft und Politik zog, da gab es die Straßen mit zugenagelten Häusern, die von schwarzen Banden kontrolliert wurden, den Hafen, wo die weißen Arbeiter ihre Jobs verloren. Die Schulen in schlechten Vierteln waren so überlastet, dass selbst die Kinder, die lernen wollten, sich irgendwann lieber einer Drogengang anschlossen. Dazu desillusionierte Polizisten, korrupte, öffentlichkeitsgeile Politiker. Kurz: Hier war jenes Vertrauen, von dem Brooks jetzt schreibt, schon längst aufgebraucht.

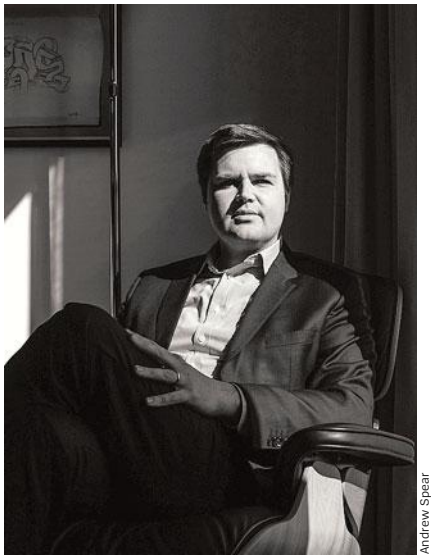
Als ich ein paar Jahre nach Erscheinen der Serie mit David Simon durch Baltimore lief, fragte ich ihn nach den Gründen für den Kollaps des öffentlichen Systems. Zu dem Zeitpunkt war die schockierende Wirklichkeit der Serie bereits im kollektiven Bewusstsein angekommen und wurde in den Feuilletons diskutiert. Simon sagte: »Die Menschen glauben nicht mehr, dass sie etwas ändern können.« Auch nur eine andere Formulierung für Vertrauensverlust.

Simons Serie beleuchtete vor knapp 20 Jahren vor allem eine abgekoppelte, zurückgelassene schwarze Unterschicht in den Großstädten. In den ländlichen Gebieten, in Bundesstaaten wie Ohio oder West Virginia, wuchs zu jener Zeit relativ unbemerkt ein weißes Prekariat heran, das sich emotional genauso ausgeschlossen fühlte wie Teile der schwarzen Bevölkerung, wenn auch aus anderen Gründen.

Dave Chappelle, der Comedian, empfahl in seinem Monolog auf »Saturday Night Live« der weißen Trump-Unterschicht, jetzt von der schwarzen Bevölkerung zu lernen (er sagte nicht schwarze Bevölkerung, sondern benutzte das sogenannte N-Word). »Ihr behindert uns«, rief er den Weißen zu, »mit euren Sozialhilfeschecks, eurem Heroin. Ihr braucht uns jetzt. Ihr braucht unsere Augen, um euch vor euch selbst zu schützen.« Chappelle spielte damit auf Attribute an – arbeitslos, oft drogensüchtig – die sonst den Schwarzen zugeordnet werden.

Drei Jahre bevor Trump als Politiker auf den Plan trat, hatte 2012 der Politologe Charles Murray erstmals einer breiteren Öffentlichkeit von diesem Milieu berichtet. Interessanterweise waren ihre herausstechenden Merkmale nicht ökonomischer, sondern psychologischer, moralischer und habitueller Natur. Prekären Gruppen der Vergangenheit, deren Problem vor allem ein zu geringer Wohlstand war, ließ sich noch relativ einfach helfen. Die Konten der Menschen kann der Staat füllen. Den Kopf nicht.

In seinem Buch »Coming Apart« erzählt Murray von einem fiktiven Ort, den er Fishtown nennt, einer postindustriellen Stadt, in der mit den Arbeitsplätzen auch die Moral verloren ging. Er baut sich Fishtown aus statistischen Daten zusammen und zeichnet so ein lebendiges Bild.



Andrew Spear

Autor Vance
Ein Trump in fast jeder Familie

Die Männer in Fishtown melden sich immer häufiger arbeitsunfähig, nur noch jedes dritte bis vierte Kind wächst bei beiden Eltern auf. Die Menschen hören auf, in die Kirche zu gehen, die vorher ein wichtiger Stabilisator der Gemeinschaft war.

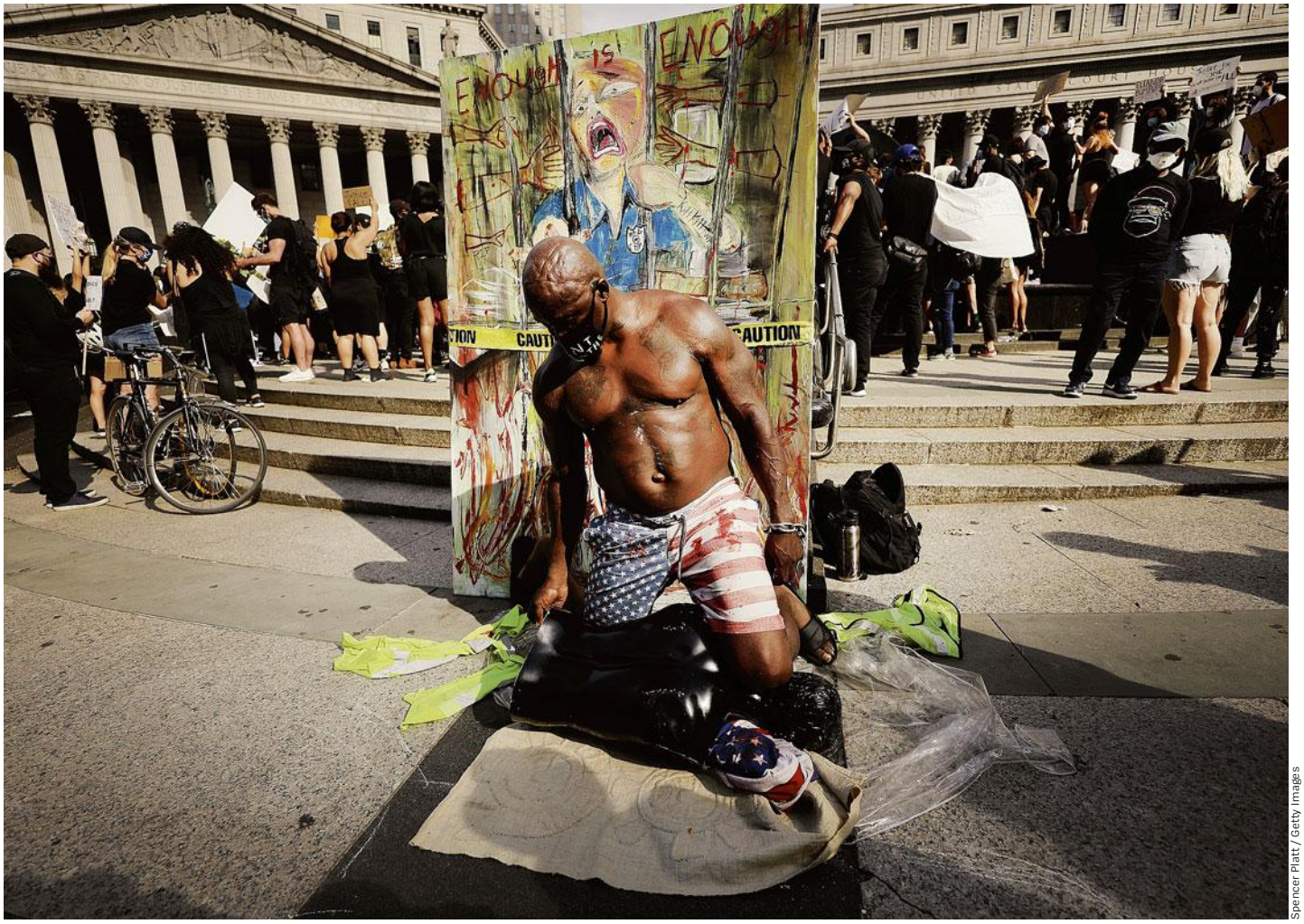
Der Autor J. D. Vance brauchte Murrays Statistiken nicht, um das zu wissen. Er ist in einem solchen Fishtown aufgewachsen, nur dass es echt war. Es heißt Middletown und liegt in Ohio. Vance' Vater war abgehauen, seine Mutter Junkie. Er wuchs bei seinen Großeltern auf und schaffte es über die Marines raus aus Middletown bis an die Ostküste, an die Yale University. Als ihn dort bei einem der ersten Dinner der Kellner fragte, ob er stilles oder sprudelndes Wasser wolle, lachte Vance hektisch. Er kannte kein Wasser mit Kohlensäure und hielt die Frage für einen Witz.

Ein paar Monate bevor die Amerikaner Donald Trump zu ihrem Präsidenten wählten, kam im Sommer 2016 »Hillbilly Elegy« in den USA heraus, Vance' Memoire über die Bedingungen und die Menschen, unter denen er aufgewachsen war.

In New York stürzten wir uns alle auf dieses Buch: Nachrichten aus dem Hinterland. Trump, so die These derer, die das Buch lasen, habe ja nur gewählt werden können, weil er Millionen von Wählern aufgetan habe, von denen man gar nicht wusste, dass es sie gibt. In den bald berühmten Rustbelt-Staaten lebt eine weiße Mittel- und Unterschicht, die in den vergangenen 20 Jahren nicht nur alles Vertrauen verloren hat, sondern nun auch wütend war.

Ich fuhr nach West Virginia, Ohio und Kentucky, um mir das anzusehen. Diese Gegenden sind, was man lange auch kaum wusste, seit den Nullerjahren von Opioiden zerstört worden, Schmerzmitteln in Tablettenform, die wie Heroin wirken, mit denen 15 Jahre zuvor der Pharmahersteller Purdue den Markt überschwemmt hatte. Hier in den Kleinstädten gab es Arztpraxen, deren Geschäftsmodell ausschließlich darin bestand, für 250 Dollar Rezepte für Oxycontin, so der Name des bekanntesten Opioids, an die Millionen neuen weißen Junkies zu verkaufen.

War Crack in den Neunzigern noch eine Droge der Großstädte und der Schwarzen, wurden die »Oxys« der Stoff des Landes und der Weißen. Die Opfer waren Familienväter oder Hausfrauen wie Vance' Mutter. Es gab Familien, in denen waren Großeltern, Eltern und Kinder opioidabhängig. Als die Behörden die Pillenkliniken, wie sie genannt wurden, schlossen und die Tabletten schwerer zugänglich und teurer wurden, stiegen die meisten auf billiges



Spencer Platt / Getty Images

Protestierender in New York: »Desillusionierte und gereizte schwarze Bevölkerung«

Heroin um. In Huntington, West Virginia, stand ich in einem Slum mit weißen Zombies, in Ashland, Kentucky, fuhr ich bei Notärzten mit, deren Arbeit fast nur darin bestand, zu Abhängigen auszurücken, die überdosiert hatten.

In Ohio traf ich J. D. Vance. Er erklärte mir, warum seine Familienmitglieder und seine Freunde kulturell und habituell nicht anschlussfähig seien. Wie sie über Jahrzehnte Verhaltensweisen, einen eigenen Blick auf die Welt, auf Wahrheit und Moral entwickelt hätten, der sie vom Rest des Landes abgekoppelt habe. Die Leute, über die Vance geschrieben hat, haben fast alle Donald Trump gewählt. In Trump und seinem aggressiven, lauernden, ewig auf den eigenen Vorteil bedachten Gebaren erkannten sie das wieder, was sie von zu Hause gewohnt waren. Einen solchen Typen, sagte Vance, habe jeder in seiner Familie gehabt.

Komischerweise hätten seine alten Freunde in Middletown immer behauptet, sie würden hart arbeiten, obwohl die meisten keinen Job hatten. Sie glaubten, die Welt sei gegen sie, dass irgendwer sie reinlegen wolle. Damit fühlten sie wie der Präsident, der behauptet, ihm werde die Wahl gestohlen.

Diese Spannungen waren in den vergangenen Jahren auch in New York zu spüren, immer dann, wenn Bevölkerungsschichten, die sich jahrzehntelang voneinander entfernt hatten, irgendwo aufeinandertrafen. An der Kasse des Biosupermarkts Whole Foods kam es zu absurden Psychokämpfen zwischen den wohlsituierten Kunden und den fast ausschließlich schwarzen, am Hals tätowierten Kassiererinnen. Je mehr sich die zumeist aufgeklärt-liberalen Kunden bemühten, die Verkäuferinnen übertrieben höflich zu behandeln, desto häufiger sahen diese das als Ansporn, den offenkundig Privilegierten noch verächtlicher gegenüberzutreten. Als ob ein bisschen gespielte Freundlichkeit Hunderte Jahre Unterdrückung gutmachen könnte.

Mit diesem Satz jedenfalls erklärte es mir Ta-Nehisi Coates, als wir uns im Frühjahr an der New York University trafen. Es war kurz vor der Pandemie und drei Monate bevor – ausgelöst von der Ermordung von George Floyd – im Land Rassenunruhen ausbrachen. Da hatte auch die ganze Freundlichkeit im Supermarkt nicht geholfen. Dass sie so freundlich waren, hatte auch mit Coates zu tun. Er hatte fünf Jahre zuvor in dem Buch »Zwischen mir und der Welt« den aufgeklärten weißen Eliten auf schockierende Weise erklärt, wie es sich anfühlt, in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts schwarz in Amerika zu sein. Nicht so gut, man müsse nämlich die ganze Zeit um seine körperliche Unversehrtheit fürchten. Man sei nicht so viel wert wie die anderen.

Neun Tage nach der Wahl, an diesem Mittwoch, hat der Präsident seine Niederlage nicht anerkannt. Ein Großteil der Republikanischen Partei, einer jahrhundertalten Institution aus der Mitte der amerikanischen Gesellschaft, unterstützt ihn dabei. Mehr als 71 Millionen Amerikaner haben für ihn gestimmt. Der Großteil glaubt vermutlich Trumps Fiktionen vom Wahlbetrug. Vertrauen? Dass das System funktioniert? Dass die anderen das Richtige tun, so wie David Brooks es fordert? Nope. Hoffnung gibt es, maximal.

Man verlässt dieses Land ratlos.

Oehmke war von 2015 bis 2020 SPIEGEL-*Korrespondent in New York.*

Rachel Kushner

Die zweite Staffel

Essay Der Trumpismus ist noch längst nicht erledigt: Donald Trump Jr und seine Freundin Kimberly Guilfoyle stehen für eine neue Generation – machtgierig, von Killerinstinkt getrieben und obszön. Eine literarisch-politische Fantasie.

Ein einsamer, sexsüchtiger Mann, gespielt von Michael Fassbender, holt sich in Steve McQueens Film »Shame« Frauen auf sein Zimmer im Standard Hotel, oberhalb der Highline in New York City – im fruchtlosen Streben nach spiritueller Transzendenz mittels anonymer sexueller Kontakte. Der Regisseur McQueen hat zu viel Stil, um eine Fortsetzung zu drehen, und doch fällt es mir auf einmal ganz leicht, mir »Shame II« vorzustellen: In den Hauptrollen wären Donald Trump Jr und seine Freundin Kimberly Guilfoyle, die sich in einem stickigen Hotelzimmer über dem glitzernden Hudson aus einer Pechsträhne vögeln.

Nachdem die erste Version von »Shame« mit dem lustfreiesten Sex endete, den ich je im Kino gesehen habe, würde die zweite damit beginnen, dass Kim und Don Jr ihren Fans Zugang zu jenen Vergnügungen gewähren, auf die sie während ihrer Wahlkampftour, als zwei Geschiedene mit machtgierigem Ego und hungriger Libido, angespielt haben. Kimberly, Leiterin von Trumps Fundraising-Team, wird nachgesagt, sie habe wichtige Spender durch permanentes obszönes Gerede über ihr Sexleben mit Don Jr befremdet. Sie soll dem größten Spender Lapdances und Whirlpoolpartys angeboten haben. Für Kim ist Sex ein Geschäft, macht aber Spaß, weil Geschäfte Spaß machen. Gewinnen macht Spaß. Für Don Jr ist Sex ein wichtiges Element der Selbstvermarktung, an der er hart gearbeitet hat, mit seinen Flanellhemden, seinem geheuchelten Yippie-yeah-Getue, seinen Gewehren mit den eingravierten »Make America Great Again«-Slogans (dem AR-15 zum Beispiel, dessen Magazin eine Darstellung von Hillary Clintons Gesicht hinter Gittern ziert). Keine seiner patriotischen Posen wirkt überzeugend.

Niklaus Stauss / AKG-IMAGES

Kushner, *Jahrgang 1968, lebt als Schriftstellerin in Los Angeles. Auf Deutsch ist von ihr zuletzt der Roman »Ich bin ein Schicksal« erschienen.*

Es stimmt, dass er schon als Junge auf die Jagd gegangen ist, allerdings mit seinen Verwandten in der damaligen Tschechoslowakei. Das ist nicht das Gleiche wie Appalachen-Eichhörnchen zu schießen, um daraus einen Hillbilly-Eintopf zu zaubern.

Andererseits aber ist Don Jr merkwürdig erfolgreich darin, sich als ganz normalen Amerikaner mit Gewehrständer und Wohnwagen in doppelter Breite auszugeben. Kürzlich hat er eine Illustration seines Vaters hinterm Steuer eines 1967er Mustang GT mit gewaltigem Kompressor auf der Haube gepostet, um Trumps »Make America Great Again«-Kampagne mit heißen Schlitten und jugendlichen Rachefantasien zu verknüpfen: Auf dem Bild richtet Präsident Trump mit dem rechten Arm eine Handfeuerwaffe durch ein Loch in der Windschutzscheibe, während er den linken im offenen Fenster abstützt, als wäre er ein Nascar-Promi.

Diese Art der schrillen, totalen Pose ist, ganz eindeutig, Teil der Beziehung von Don Jr mit Kim Guilfoyle, einer Halbirin, aufgewachsen in meinem Viertel in San Francisco, wo wir auf dieselbe Konfessionsschule gingen, die alle meine irischen Nachbarn besuchten: Mercy, die Schule mit der angeblich höchsten Teenagerschwangerschaftsrate in Kalifornien.

Kim ist wie etliche Mädchen, die ich als Heranwachsende kannte: dreist, aggressiv, gemein, brutal, opportunistisch und nuttig. Das sind nicht die schlimmsten Attribute. Ich halte ihr keines davon vor. Ich will nur sagen, dass ich Frauen wie sie kenne. Männer wie Don Jr kenne ich nicht. Er kommt aus einer reichen und mächtigen Familie, damit habe ich keinerlei persönliche Erfahrung. Aber was ich kenne – und zwar gut kenne –, ist der Typ Mann, die Art von Männlichkeit, die Don Jr imitiert und zu verkörpern behauptet: den »Make America Great Again«-Machismo. Er spricht Männer an, die das Gefühl haben, zunehmend bedeutungslos geworden zu sein in einer Gesellschaft, die keine gut bezahlten Jobs für ungelernte Arbeiter mehr zu bieten hat; in einer Gesellschaft, in deren Mainstreammedien und herrschender Kultur Männlichkeit nicht nur gering geschätzt wird, sondern sogar als »toxisch« gilt – und das, obwohl sie doch gerade deswegen »great« sind, gerade deswegen »great« sein sollten!

Viele der Leute, mit denen ich aufgewachsen bin, die Art von Jungs, mit denen Kim gefeiert haben dürfte, lieben Trump. Sie haben Waffen. Sie verachten Identitätspolitik und liberalen Snobismus. Sie glauben an etwas, das sie individuelle Verantwortung nennen, obwohl sie alle aus San Francisco verdrängt worden sind, aus gut bezahlten Jobs, und nicht die Einkünfte haben, denen Trumps Steuersenkungen zugutekommen würden. Manche von ihnen sind nicht mal weiß, und sie lieben Trump trotzdem und glauben, dass liberale Ansichten zu Rasse, Identität und Gerechtigkeit einseitig sind, beleidigend, ja sogar rassistisch. Mich fasziniert das. Ich bleibe auf Facebook, damit ich die politischen Äußerungen der Leute verfolgen kann, mit denen ich zur Schule gegangen bin. Trotz unserer politischen Differenzen sind sie immer noch meine Freunde. Ich glaube inzwischen, dass Trump für meine Kindheitsfreunde wie klassisches Rockradio ist: etwas, das man einschalten kann, um sich stark zu fühlen; das man laut aufdreht, damit die Kultur, in der man lebt, einem bedeutsam und blühend erscheint. Viele dieser Leute haben das Gefühl, dass der Shutdown der Wirtschaft nicht gerecht oder richtig war; sie haben ihre Jobs verloren und ihre Ersparnisse schwinden sehen. Sie sind zu der Überzeugung gelangt, dass eine Stimme für Biden eine Stimme für Covid ist. Wer würde für Covid stimmen? Eine Stimme für Trump scheint für die Trump-Wähler, die ich kenne, wie ein Nein zur Pandemie zu sein. Natürlich kann niemand für oder gegen Covid stimmen. Covid ist hier. Es durchdringt die Politik. Aber die Illusion, dass Trump die Pandemie mit Maulheldentum überwindet, dass er sie in seinem Mustang mit dem Riesenmotor auf der Hau-

GREGORY PACE / SHUTTERSTOCK

Paar Trump Jr, Guilfoyle

be über den Haufen fahren könnte, ist für manche Leute zutiefst attraktiv.

Ich verstehe diese Art von Chuzpe. Manchmal funktioniert sie. Es gibt dafür den Ausdruck »etwas herbeireden«. Man redet herbei, was man sich wünscht, was bitte passieren soll. Als das bei den Wahlen im Jahr 2016 für Trump funktionierte, waren diejenigen, die es nicht gewollt hatten, sprachlos und traumatisiert. Trump hatte es geschafft. Er hatte es herbeigeredet, und die Chuzpe, mit der er das getan hatte, war die Energie, von der sein Sohn Don Jr und dessen Freundin Kim später zehrten. Sie freuten, ja sie ergötzten sich daran, »es den Liberalen zu zeigen«. Jetzt gewinnen sie nicht mehr. Sie haben nicht nur die Präsidentschaftswahl verloren, sondern auch ihr Image als Gewinner. Sie sind Verlierer, und ihre Niederlage geht mit erbärmlichen Bildern einher, die niemand sich hätte ausmalen können.

Etwa als Trumps Wahlkampfteam für seine Pressekonferenz, auf der Wahlbetrug geltend gemacht werden sollte, bekanntermaßen nicht das Luxushotel Four Seasons in Philadelphia buchte, sondern ein Landschaftsgestaltungsunternehmen gleichen Namens – Four Seasons Total Landscaping – in einem zwielichtigen Gewerbegebiet am Rand der Stadt, gegenüber von einem Krematorium und neben einem Pornoladen. Ich hätte mir zuvor niemals vorstellen können, dass das Abschiedsbild der Trump-Regierung Rudy Giuliani am Rednerpult neben einem an die Wand montierten Gartenschlauch sein würde; eine Pressekonferenz, umrahmt von Unternehmen, in denen Dildos verkauft oder Leichen verbrannt werden.

Wenn die Beziehungsdynamik von Kimberly und Don Jr in »Shame II« ohnehin schon mit vielfältigen Spannungen aufgeladen war, wird der Four-Seasons-Vorfall ihre sexuelle Dynamik noch komplizierter machen. Es wird zu Wutanfällen kommen. Zu Missgunst. Zu Tränen. Zu mutwilligem und athletischem Leugnen der Niederlage. Zur Flucht in die Lust, die sie beide von individueller und kollektiver Demütigung befreit. Doch der triebhafte Versuch zu entkommen wird jedes Mal kurz sein, so wie Sex dazu tendiert, kurz zu sein. Sie werden der Erschöpfung erliegen und in ihren weißen Standard-Hotelfrotteebademänteln, oder einfach nackt, unruhig schlafen. Sie werden aufwachen und das Zimmerservicepersonal anbrüllen, das für ihre Bestellung viel zu lange braucht. Sie werden duschen und sich noch einmal ordentlich ins Zeug legen, um sich selbst und einander das Gefühl zu geben, Gewinner zu sein.

Ich sehe diesen Film vor mir, mit Steve McQueens herrlichem, nüchternem Kamerastil. Don Jr steht am Hotelzimmerfenster und blinzelt in die Wintersonne über dem Hudson. Kim beschimpft das Reinigungspersonal. Schwieriger vorzustellen wäre das Ende des Films. Gegen Ende von »Shame« ist Fassbenders grimmiges Gesicht zu sehen – während eines drogenbefeuerten Dreiers mit zwei beliebigen Fremden, in dem er auf ein hoffnungsloses Nirwana drängt, das er nie erreichen wird. Er ist Sisyphos, so die Schlussfolgerung, der sich auf endlose Mühen einlässt, auf einen nie endenden Krieg. Ich glaube nicht, dass Don Jr diese Art Stehvermögen hat. Aber Kim vielleicht. Und so könnte das Ende von »Shame II« eine Szene sein, in der sie sich leise anzieht, während Donny im Tiefschlaf aufs Hotelkissen sabbert. Sie schleicht sich aus dem Zimmer. Saust mit dem Hochgeschwindigkeitsfahrstuhl ins Erdgeschoss. Macht kurz halt an der Rezeption, um dafür zu sorgen, dass die unvorhergesehenen Ausgaben Don Jr in Rechnung gestellt werden, nicht ihr. Der Abspann läuft, während sie in den Meatpacking District hinausgeht, an den Prada- und Gucci-Boutiquen vorbei, und sich der von Menschen wimmelnde Bürgersteig auf dramatische Weise leert, denn alle haben Angst vor ihr.

Nicht weil sie die aggressive und unaufhaltsame Kimberly Guilfoyle ist, bereit, andere mit ihrem Ehrgeiz und Schneid und Killerinstinkt zu zerstören, sondern weil sie keine Maske trägt. Übersetzt von Bettina Abarbanell

Benjakon

Schauspieler Eidinger als Peer Gynt an der Berliner Schaubühne: »Ich habe zu temporären Schmerzen eine gesunde Einstellung«

»Der Wahnsinn regiert die Welt«

SPIEGEL-Gespräch Lars Eidinger über seine Rolle im Fernsehspektakel »Gott« von Ferdinand von Schirach, seine Arbeit im Theater und den Narzissmus unserer Zeit

SPIEGEL: Herr Eidinger, Sie sind berühmt und berüchtigt als Verausgabungsschauspieler, der sich oft tollkühn in seine Rollen stürzt. In »Babylon Berlin« sind Sie als irrlichternder Spross einer Industriellendynastie zu sehen, im Fernseh-»Polizeiruf« als transsexuelle Tänzerin, und als Peer Gynt toben Sie nackt durch den Theatersaal der Berliner Schaubühne. Nun verkörpern Sie schon zum zweiten Mal einen Anwalt in einem Debattierdrama von Ferdinand von Schirach – vor vier Jahren in »Terror« ging es um den Abschuss eines entführten Flugzeugs, in »Gott« nun um Sterbehilfe. Was reizt Sie daran?

Eidinger: Ich bin nicht die explosive Rampensau, als die ich von manchen Menschen beschrieben werde. Sie sehen doch, dass ich ganz ruhig hier sitze. Das Tolle an meinem Beruf ist die Vielseitigkeit. Je größer das Spektrum, desto reizvoller. An »Gott« gefällt mir, dass hier die Frage, ob der Mensch ein Recht auf Freitod hat, aus möglichst vielen Perspektiven diskutiert wird. Das gibt den Zuschauerinnen und Zuschauern die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zu bilden. Das finde ich reizvoll, auch wenn der geduldige Austausch von Argumenten vielleicht für manche eine Belastungsprobe ist.

SPIEGEL: Im Drama »Gott«, das fürs Theater geschrieben wurde, streiten Juristen, Ärzte und ein katholischer Bischof, ob ein im Raum anwesender, lebensmüder, gesunder 78-Jähriger mithilfe von Medizinern sterben darf. Im Theater ist das Publikum am Ende zur Abstimmung aufgerufen, nach der Ausstrahlung im Ersten sollen nun die Fernsehzuschauer im Netz und per Telefon ihr Urteil fällen. Ist das nicht ein altbackenes Verfahren?

Eidinger: Ich finde es gut. Vielleicht bin ich mit 44 Jahren an einem Punkt, an dem man schon ein bisschen rückwärtsgewandt ist, aber mir gefällt besonders der Livecharakter der Abstimmung. Als Fernsehzuschauer fand ich früher nichts aufregender als die Einblendung: »Die nachfolgenden Sendungen verschieben sich um eine Stunde.« Das war für mich ein irrer Moment. Es hatte was Anarchisches, dass man sagte, die Sendung dauert nun mal so lange, wie sie dauert.

SPIEGEL: Beim »Gott«-Spektakel, das von der ARD in einen Sterbehilfe-Themenabend eingebettet wird, dauert allein der Disput zwischen Ihnen als Anwalt des Todeswilligen und dem Bischof fast eine halbe Stunde. Der Jurist begrüßt es, dass Ärzte seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Februar 2020 Sterbewilligen beim Suizid helfen dürfen, der Kirchenmann ist strikt dagegen und sagt: »Leben heißt Leiden.«

Eidinger: »Gott« ist nicht nur die Abhandlung einer moralischen Problematik, sondern auch eine Abrechnung des Autors mit der katholischen Kirche. Da merkt man, dass sich Ferdinand von Schirach, der auf einem katholischen Internat war, an seiner eigenen Sozialisation abarbeitet. Für mich ist es immer ergreifend, wenn ich in einem Stück oder einem Film merke, dass sich da ein Mensch über Kunst mitteilt und zeigt.

SPIEGEL: Was teilen Sie, der im Kinofilm »Schwesterlein« gerade als todkranker Krebspatient zu sehen war und nun in »Gott« als Advokat des selbstbestimmten Abgangs auftritt, durch Ihre Rollenwahl mit?

Eidinger: Ich erinnere mich, wie ich förmlich zusammengefahren bin, als ich Schirachs Drehbuch gelesen habe. Ich war schockiert. Dass da jemand fordert, getötet zu werden! Für mich war es schon früh ein Thema, dass viele Menschen offenbar erst beim Sterben ein Bewusstsein dafür kriegen, wer man ist und dass man existiert. Philosophisch ist der Tod gar nicht denkbar, weil er dem Leben zutiefst widerspricht. Es ist nicht vorstellbar, was der Tod meint.

SPIEGEL: Haben Sie eine Vorstellung davon, wie Sie gerne sterben wollen?

Eidinger: Ich denke viel darüber nach. Ich habe am meisten Angst davor, dass ich einfach weg bin. Ich möchte diesen Übergang erleben, auch wenn er schmerzhaft ist. Chronische Schmerzen sind eine furchtbare Vorstellung. Aber zu temporären Schmerzen habe ich eine ziemlich gesunde Einstellung. Ich hatte ein prägendes Erlebnis, als ich, so mit 16, meine Großmutter aufgebahrt gesehen habe, bevor sie beerdigt wurde. Sie sah überhaupt nicht aus, als ob sie schliefe, so wie ich es mir vorgestellt hatte und wie man es aus der Literatur kennt. Sondern sie war jemand, der eindeutig tot war. Durch diese Abwesenheit des Lebens habe ich eine Ahnung davon bekommen, was das Leben ist. Es ist Bewegung. Wovor wir Angst haben und von dem ich auch glaube, dass es nach dem Tod kommt, das sind Stille und Stillstand.

SPIEGEL: Das könnte eine Rechtfertigung für Ihre Umtriebigkeit sein. Neben Ihrer Arbeit als Schauspieler legen Sie als DJ Platten auf und führen Theaterregie, Sie haben als Fotograf gerade einen prächtigen Bildband herausgebracht und unterhalten einen Instagram-Account mit mehr als 130 000 Abonnenten.

Eidinger: Ich glaube, das ist ein Missverständnis, dass man denkt, ich wäre jemand, der immer so herumtigern muss. Da bringen Sie zwei Sachen durcheinander. Mein privates, persönliches Temperament und das, was ich in den Rollen zeige. Ich sage nicht: Der Peer Gynt fällt mir leicht, weil er expressiv ist, und das liegt mir. Es ist schon ein Weg dorthin. Ich muss mich erst mal trauen und überwinden und ein Ventil finden, um mich überhaupt so auszudrücken. Dann ist es auch befreiend. Aber es ist nicht so, dass ich vom Typ her dauernd unter Strom stehe.

SPIEGEL: Ihr Peer Gynt sieht aber genau so aus. Da wirken Sie, als wären Sie total unter Strom und ziemlich nah am Schauspieler Lars Eidinger.

Eidinger: Ich versuche, mich selbst zur Disposition zu stellen. Das ist der Anspruch. Auch wenn ich »Peer Gynt« Co-inszeniere und mich selbst als Narziss darstelle. Ich thematisiere, dass wir in einer Gesellschaft von Narzissten, im Zeitalter des Narzissmus leben. Und ich nehme mich da selbst nicht raus. Ich habe immer Schwierigkeiten damit, wenn Künstler sagen: Ich klage etwas an, bin aber selbst nicht verwickelt. Ich habe schon als Kind den Spruch »fuck the system« nicht verstanden. Steckt darin die Vermutung, dass es wie bei »Momo« graue Männer gibt, die uns kontrollieren? Nein, ich muss doch den grauen Mann in mir aufspüren! Donald Trump ist der größte Narzisst, den die Welt je gesehen hat, warum war dieser Troll in den vergangenen vier Jahren der mächtigste Mann der Welt? Was erzählt das über uns?

SPIEGEL: Wie lautet Ihre Antwort?

Eidinger: Trump hat sich nicht an die Spitze geputscht, er ist demokratisch gewählt worden. Das belegt, dass wir uns in ihm

---

»Gott«, Regie: Lars Kraume, läuft am 23. November im Ersten. Im Anschluss folgt eine Ausgabe von »Hart aber fair« zum Thema Sterbehilfe, in der über das Publikumsvotum zum Film diskutiert wird.

Das Gespräch führten die Redakteure Lars-Olav Beier und Wolfgang Höbel.

wiedererkennen. Deshalb haben nicht bloß die Amerikaner ihn zu ihrem König gemacht. Trump ist auch unser König, mein König. Wir haben ihn aus reinem Narzissmus zum Trollkönig ernannt, weil er die Welt spiegelt.

SPIEGEL: Sind Sie nicht selbst ein Narziss, der vom Zeitalter des Narzissmus profitiert?

Eidinger: Ich verstehe Ihre Frage, aber darauf kommt es nicht an. Wenn ein Zuschauer, der mich als Peer Gynt sieht, sagt: »Aha, der thematisiert hier seine narzisstische Störung«, dann hoffe ich, dass der Zuschauer mindestens das Gleiche macht wie ich. Dass er sich selbst fragt, wie viel von diesem Peer Gynt in ihm steckt. Ich glaube nicht, dass der Narzissmus nur mein Problem ist. Ich glaube, er ist unser Problem. Ich wundere mich über das Selbstbild unserer Gesellschaft. Wir leben im absoluten Überfluss, ein großer Teil der Lebensmittel, die wir produzieren, werden weggeschmissen. Warum sehen wir nicht, dass wir mitten in der Apokalypse leben? Die Wälder brennen. Der Wahnsinn regiert die Welt. Wir haben eine Pandemie, die Menschen sind voller Angst, wegen einer Krankheit nicht mehr atmen zu können, und tragen Mund-Nasen-Schutz. Die Sexualität ist bedroht durch HIV. Was kann es Schlimmeres geben als den Zustand, in dem wir uns gerade befinden?

SPIEGEL: Mal abgesehen davon, dass trotz aller globalen Übel auch manche Fortschritte zu erkennen sind, weil zum Beispiel der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, in den vergangenen Jahrzehnten stark gesunken ist – was folgt für Sie aus Ihrem Befund?

Eidinger: Das ist erschreckend einfach. Es geht um Privilegien. Jeder muss ehrlich auf die Frage antworten, ob er oder sie bereit ist, seine Privilegien aufzugeben. Und schon haben Sie die Erklärung dafür, dass sich nichts verändert! In Bertolt Brechts »Die heilige Johanna der Schlachthöfe« gibt es dieses Bild einer Welt, in der wenige oben sind und viele unten, und die oben schreien zu denen unten: Kommt doch rauf, hier ist es so schön! Bei genauem Hinsehen ist das System aber ein Schaukelbrett, und die oben sind nur oben, weil die anderen unten sind. Dieses Bild beschreibt genau unser Problem. Ich bin oben und muss mich fragen: Bin ich bereit runterzugehen? Die Wippe hält nicht, wenn alle hochkommen. Manche Leute, die ich kenne, glauben ja ernsthaft, dass Marxismus heißt: Alle können im Loft wohnen. Das geht aber nicht. Für mich ist Greta Thunberg eine heilige Johanna der Schlachthöfe. Das Bild vom Schaukelbrett könnte sie genauso formulieren.

SPIEGEL: Sie selbst wurden in den sozialen Medien mit Hassattacken bedacht, weil Sie

bridgemanimages.com

ARD

Darsteller Eidinger in »Hamlet« 2008, im TV-Film »Gott«*

»Glücklich in meinem Beruf«

als privilegierter Mensch offenbar falsche Signale aussendeten. Sie ließen sich mit einer Ledertasche im Design einer Aldi-Tüte, die sie zusammen mit dem Designer Philip Bree entwarfen, vor einem Schlaflager von Berliner Obdachlosen fotografieren.

Eidinger: Es wurde mir unterstellt, dass ich Böses will. Wir haben eine Tasche aus Leder entworfen, weil Plastiktüten aus ökologischen Gründen vom Markt verschwinden und uns Leder nachhaltig erschien. Wer weiß schon, dass das Aldi-Tüten-Design von Günter Fruhtrunk, einem bedeutenden Nachkriegskünstler, stammt? Die Fotos sind spontan entstanden, auf dem Weg von meiner Wohnung zum Discounter, ohne irgendeine Inszenierung. Wir wollten nur den Weg dokumentieren.

SPIEGEL: Der Wert der von Bree und Ihnen entworfenen Tasche beträgt angeblich 550 Euro.

Eidinger: Hinter dem Entwurf stand die Überlegung, wie viele Plastiktüten dadurch eingespart werden. Und sie ist fair gehandelt im Gegensatz zur Wegwerfmode von Fast Fashion. Aber die Aldi-Tüten-Geschichte ist nur ein Beispiel. Mein Beruf ist, dass ich mich angreifbar mache. Ich will mich nicht schützen dadurch, dass ich sage: Ich habe was verstanden, ich bin auf der Seite des Rechts. Sondern ich sage: Ich bin fehlbar. Lenny von den »Simpsons« hat gesagt: »Jeder Mensch macht Fehler. Sonst wäre am Bleistift kein Radiergummi.« Ich glaube, es ist das Fatalste in der Kunst, wenn jemand glaubt, er wäre allwissend und könnte auf alles Antwort geben.

> »Ich bin nicht gläubig, und ich finde es verblüffend, wie viel Überwindung es mich kostet, das zu sagen.«

SPIEGEL: Trotzdem die Frage: Warum genau ist es künstlerisch wertvoll, sich Shitstorms auszusetzen?

Eidinger: Das Zeigen der eigenen Verletzlichkeit lädt zwar dazu ein, dass andere einen verletzen. Aber ich spüre in diesen Momenten das Leben am meisten und habe dann das Gefühl, etwas zu begreifen über mich, über mein Dasein. Das Leben ist für mich ein Abarbeiten an der Frage: Wer bin ich eigentlich?

SPIEGEL: Und es stört Sie nicht, wenn Sie bei Ihrer Forschungsarbeit auf Twitter oder Facebook ausgebuht werden, weil Sie zum Beispiel bei einer Pressekonferenz Tränen fließen lassen? Selbst als sie über Ihre Darstellung des bei Shakespeare buckligen König Richard III. sprachen, warf man Ihnen zornig vor, Sie rechtfertigten das »cripping up«, die Darstellung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen durch Nichtversehrte.

Eidinger: Die ablehnenden Reaktionen sind nachvollziehbar. Wenn ich bei einem Interview weine, weil mich etwas berührt, dann kann man natürlich sagen: Mi, mi, mi, der »white privileged guy« vergießt Tränen! Wenn ich über meinen umgeschnallten Buckel in »Richard III.« rede, dann sollen behinderte Menschen mir gerne vorwerfen: Oh, der privilegierte Mann fühlt sich in seinem künstlerischen Ausdruck beschränkt! Aber dann möchte ich gern in eine Diskussion einsteigen. Warum von vornherein der Hass, warum das Missverstehen? Hat das mit mir zu tun oder mit denen, die mich angreifen?

SPIEGEL: Sie wünschen sich auch in der Realität von Twitter einen sittsam geregelten Diskurs, wie er in den Stücken von Ferdinand von Schirach gepflegt wird.

Eidinger: Der Satz, der mir in »Gott« am meisten bedeutet, lautet: »Der Mensch ist ein ambivalentes Wesen.« Wieso können wir uns nicht eingestehen, dass zu einer Problematik zwei völlig unterschiedliche, diametral entgegengesetzte Haltungen gelten können? Warum hält man diese Widersprüchlichkeit nicht aus? Für mich gilt im »Hamlet« auf die Frage »Sein oder Nichtsein?« immer die Antwort: »Sein oder Nichtsein!« Die Verweigerung, Widersprüche auszuhalten, hat was mit Angst zu tun, mit Einschüchterung, mit Bestrafung, mit einer Form von Verurteilung. Da ähneln die Gesetze der sozialen Medien denen der Religion.

SPIEGEL: Inwiefern?

Eidinger: Ich bin nicht gläubig, und ich finde es immer wieder verblüffend oder faszinierend, wie viel Überwindung es mich

* Mit Schauspieler Matthias Habich (l.).

kostet, Ihnen das zu sagen. Weil ich so erzogen bin, als jemand, der evangelisch und also gemäßigt aufwuchs. Ich habe Angst davor zu sagen, dass ich nicht an Gott glaube. Das ist aber auch der Grund, warum ich ausgetreten bin. Ich wollte mich der Einschüchterung entziehen. Trotzdem interessiert mich die Symbolik des Christentums, die Diskussion zwischen dem Anwalt und dem Bischof in »Gott«. Wenn Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat, dann ist Gott in uns. Wenn wir was verändern wollen, dann müssen wir bei uns anfangen. Das meint die Metapher von Jesus Christus am Kreuz: Da ist jemand in der angreifbarsten Situation ans Kreuz genagelt, jemand, der sich öffnet, jemand, der verletzlich ist.

SPIEGEL: Das erinnert stark an das, was Sie vorhin über das Idealbild des Künstlers sagten. Sie haben öfter den Eindruck erweckt, Sie hielten sich für besonders begnadet. Berühmt ist Ihr Satz, Sie hielten sich für den größten Schauspieler der Welt.

Eidinger: Welcher Mensch mit mehr als drei Gehirnzellen würde diesen Satz ernst nehmen? Das Ganze kam so: Vor einigen Jahren war ich mit der Schaubühne bei einem Gastspiel in Australien, wir spielten in Sydney, und die Schauspielerin Cate Blanchett, die mit ihrem Mann das Theater leitet, sagte in einem Interview: »Da kommt der Hamlet aus Berlin. Lars Eidinger ist der größte Schauspieler der Welt.« Als mir dann ein Journalist die absurde Frage stellte, ob ich da zustimme, wollte ich nicht kokett einlenken und sagen, dass das nicht wahr sei. Also sagte ich aus einem Impuls heraus: Klar, das stimmt ja auch. Das ist die ganze Geschichte.

SPIEGEL: War es eine narzisstische Kränkung, dass nicht Sie den Iffland-Ring, der den bedeutendsten lebenden deutschsprachigen Schauspieler ehren soll, im Testament des Schauspielers Bruno Ganz zugesprochen bekamen, sondern Ihr Kollege Jens Harzer?

Eidinger: Was heißt narzisstische Kränkung? Natürlich wollte ich den Ring unbedingt haben. Jeder Schauspieler will den, oder? Eigentlich hatte Bruno Ganz den Ring in seinem Testament Gert Voss vermacht, der ihn auch verdient hätte. Doch dann ist Voss vor ihm gestorben, und Ganz musste sein Testament ändern. Ja, ich hätte den Ring gerne gehabt! Ich würde ihn auch heute hier bei unserem Interview tragen. Aber ich habe keine schlaflosen Nächte deswegen. Ich bin verwöhnt genug. Ich bin glücklich in meinem Beruf. Ich wundere mich immer, wenn Schauspieler sagen, ihr Beruf heiße lügen. Mein Beruf heißt aufrichtig sein, egal in welcher Gestalt. Dazu brauche ich keinen Ring.

SPIEGEL: Herr Eidinger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL TV Programm

Joshua Davenport/Pond5

Mount Everest

SPIEGEL TV WISSEN

SONNTAG, 15. 11., 22.45 – 23.30 UHR, SKY
und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Russisch für Anfänger

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich Russland kolossal verändert. Geblieben ist das Selbstverständnis der Menschen in dem Riesenreich. Dazu gehören Eigenheiten, die auf Fremde irritierend oder auch amüsant wirken können. Einblicke in die russische Seele.

ZDF-HISTORY

SONNTAG, 15. 11., 23.50 – 0.35 UHR, ZDF

Corona, Aids & Co. – Virus oder Verschwörung?

Gerät die Welt durch eine Pandemie ins Wanken, suchen viele Menschen nach einem Sündenbock. Das war schon in der Vergangenheit so. Die Dokumentation entschlüsselt die gängigsten Verschwörungstheorien rund um die Corona-Pandemie und zeigt, wie Menschen schon früher auf globale Bedrohungen reagierten und ihr Heil in vermeintlich einfachen Wahrheiten suchten.

SPIEGEL TV

Corona-Maßnahmen-Gegner

SPIEGEL GESCHICHTE

DIENSTAG, 17. 11., 22.45 – 23.35 UHR, SKY

Beben am Everest

Die spektakuläre Schönheit des Himalaja zieht jedes Jahr eine Dreiviertelmillion Menschen nach Nepal. Im April 2015 aber löste ein heftiges Erdbeben Erdrutsche und Lawinen aus. Vor Ort haben Besucher die Ereignisse dokumentiert. Ihre Storys erzählen von Bergsteigern und Trekkern, die in entlegenem Gelände eingeschlossen wurden – Leben oder Tod war eine Frage des Zufalls.

MITTWOCH, 18. 11., 22.15 – 23.10 UHR, ARTE

Leni Riefenstahl – Das Ende eines Mythos

SPIEGEL TV

Vertraute Hitler (M.), Riefenstahl 1934

Nach jahrzehntelangen Recherchen hat die Journalistin Nina Gladitz eine Biografie über die Regisseurin Leni Riefenstahl vollendet, die den Mythos von der genialen Künstlerin infrage stellt. Auf der Basis unveröffentlichter Dokumente deckt Gladitz auf, in welch erschreckendem Ausmaß Riefenstahl in die Naziverbrechen verstrickt war.

Bambi im Rampenlicht

Serien Kitsch oder Pflicht? Die neue Staffel der Netflix-Saga »The Crown« erzählt vom tragischen Liebesdreieck zwischen Prinzessin Diana, ihrem Charles und dessen Camilla.

Des Willie / NETFLIX

Schauspielerin Corrin als Diana: »Unschuldiges, gutmütiges Mädchen ohne Vergangenheit«

Die eine rollt traurig auf Rollerskates durch lange, leere Palastgänge. Die andere stapft mit Zausehaar und ihrem Spaniel resolut durch die Landschaft in Gloucestershire. Diana und Camilla, die ikonisch gewordenen Duellantinnen um Prinz Charles' Liebe, tragen die vierte Staffel der royalen Saga »The Crown«, die ab 15. November auf Netflix läuft.

Dabei passiert, unsentimental betrachtet, in den diesmal abgehandelten Jahren von 1979 bis 1990 durchaus anderweitig Gewichtiges: Falklandkrieg, IRA-Terror – und ein zweites, mit anderen Waffen geführtes Frauenduell: Mit der Premierministerin Margaret Thatcher (gespielt von Gillian Anderson mit Röchelstimme und fast komödiantisch ausladend onduliertem Haarhelm) und Queen Elizabeth (Olivia Colman) kollidieren in dieser Staffel auch zwei einsame Anführerinnen, die in einer rigide reglementierten, nicht immer einmütigen Arbeitsbeziehung gefangen sind.

Die wöchentlichen Sitzungen der beiden mit ihrem etikettenstarren Machtgerangel sind gelungene Kammerspielskizzen in Sozialschach – »The Crown«-Autor Peter Morgan hatte sich mit dieser Konstellation bereits in seinem Theaterstück »The Audience« beschäftigt, in dem er die Arbeitstreffen der Queen mit den wechselnden Premierministern ihrer Regentschaft imaginierte.

Es ist dennoch die emotionale Paarung von Diana und Camilla, die von dieser Staffel im Gedächtnis bleibt, obwohl es ein Kampf auf Distanz, ohne direkte Konfrontation ist, nur einmal kommt es zu einem unmittelbaren Treffen der beiden. Die Dynamik zwischen ihnen prägt die Staffel, weil sie rivalisierende Kräfte verkörpern, die Charles, den Prinzen von Wales, augenscheinlich unauflösbar beuteln: das Pflichtgefühl der Krone gegenüber, als künftige Königin ein »unschuldiges, gutmütiges Mädchen ohne Vergangenheit« zu wählen, wie es sein Großonkel Louis »Dickie« Mountbatten in der Serie formuliert – und die aufrichtige Liebe zur verheirateten Camilla Parker Bowles, die seine Interessen und Leidenschaften teilt, als Königsgefährtin aber bereits zu viel Leben hinter sich hat.

Dass man die Geschichte dieses tragischen Liebesdreiecks empathischer verfolgt als die ersten drei Staffeln, mag auch daran liegen, dass »The Crown« nun in jener Zeit angekommen ist, die viele Zuschauer nicht nur aus Geschichtsbüchern, sondern aus eigenem Miterleben kennen oder zumindest zu kennen glauben. Auch deshalb, weil mit Diana die Popkultur ins Königshaus einzog.

Man schaut zu, wie die Unglücksmaschine ins Rattern kommt, und niemand stoppt sie.

Wenn Emma Corrin die tragische Prinzessin nun mit dem Diana-typischen Schiefkopf und dem unter einem Dach von dichten Ponyfransen hervorlugenden Scheublick nachempfindet, ist sie den Zuschauern gleichermaßen vertraut wie fremd. Einerseits sind da die bekannten Elemente der Di-Folklore: ihr verrüschter Krägelchenstyle zu Beginn ihrer Bekanntschaft mit Charles, der Verlobungsring mit dem markanten Saphir (den Prinz William später Kate Middleton anstecken wird) und natürlich das souffléhaft aufgeplusterte Hochzeitskleid. Andererseits erscheinen einem die royalen Manierismen – schon zu damaliger Zeit befremdlich – aus heutiger Sicht vollends antiquiert. Allein das unbedingte Beharren auf einer möglichst unangetasteten Braut wirkt wie ein zutiefst frauenfeindliches Märchen.

Peter Morgan inszeniert Dianas erste Schritte in die Welt der Royals mit dick aufgetragener Metaphorik, die in alle Richtungen schwülstelt, weil Diana als Jägerin und als Gejagte zugleich dargestellt wird. Bei ihrem Antrittswochenende auf Schloss Balmoral, wo sie bei der Pirsch auf einen waidwunden Hirsch ihr Integrationspotenzial in die jagdversessene Königsfamilie beweisen soll, ist sie gleichzeitig das arglose Bambi mit dem Rehblick und die Pirscherin, die sich vorsichtig an die Trophäe heranrobbt.

Auch später, als Prinzessin, lässt Morgan sie zwischen diesen Polen trudeln: verlorenes Hascherl hier, trotzige Selbstinszenierin da. Und Charles, in Staffel drei noch der missverstandene, verlorene Prinz, strudelt derweil immer weiter in gekränktes Selbstmitleid, weil ihn seine huldvoll erwählte Braut entgegen seinen Erwartungen nicht hinreichend bewundert und ihm schließlich auch noch das Rampenlicht stiehlt – woraufhin er sich wie selbstverständlich in kaum verhohlene Verabredungen mit Camilla flüchtet, der für Diana ewig Unabschüttelbaren.

Auch wenn man natürlich um die reale Vorlage, die tatsächlich so oder zumindest so ähnlich geschehenen Ereignisse weiß, erscheinen einem Diana, Charles und Camilla aus heutiger Sicht wie erdachte Serienfiguren. Und ihre Leiden wie überzogene Drehbuchideen – etwa die fixe Abwicklung vom ersten Kennenlernen bis zur Verlobung, die allerdings nicht etwa der knapp bemessenen Spielzeit der zehn rund einstündigen Folgen geschuldet ist. Insgesamt 13-mal, erzählte die reale Diana

ihrem Sprechtrainer, der das mitgeschnittene Gespräch später veröffentlichte, habe sie Charles vor ihrer Hochzeit gesehen.

Auch das gesellige Treffen von Verlobter und nur vermeintlich Verflossener ist keine Erfindung, in der Realität hatte Camilla wohl deshalb nichts gegen die Ehe mit Diana einzuwenden, weil sie in der vermeintlich verhuschten Konkurrentin keine wirkliche Bedrohung sah.

So schaut man zu, wie die Unglücksmaschinerie ins Rattern kommt, und kann nicht mehr verstehen, warum sie niemand stoppte. Morgan zeichnet dabei nicht den Kanon entscheidender Ereignisse nach – von Charles' und Dianas Hochzeit sieht man nur besagtes Baiserkleid, die Söhne William und Harry sind irgendwann einfach da, geboren außerhalb der Handlung.

Stattdessen stellt »The Crown« die Ehe von Charles und Diana in Miniaturen des Missverständnisses aus. Offen, aber nicht schaulustig geht die Serie mit Dianas Bulimie um, diese Illusion von Kontrolle, in die sie sich schon früh in ihrer Beziehung zu Charles flüchtete, als alles um sie herum für sie unkontrollierbar wurde. In diesen Szenen schlägt »The Crown« – so entfernt einem vieles auch erscheinen mag – den Bogen in die Gegenwart und zu Harry und Meghan, Herzog und Herzogin von Sussex, die sich gegen ein Leben nach royalen Regeln entschieden haben.

»The Crown« zeigt Dianas Elend, aber auch ihre parallele Entwicklung zur Popprinzessin, zur augenscheinlich anfassbaren, bodennahen Beträumfigur, die 1983 bei der königlichen Repräsentationsreise durch Australien beginnt. Wie viel dabei strategisches Kalkül, wie viel arglose Trostsuche ist, lässt »The Crown« offen. Am Ende gewinnt Diana den Fernkampf gegen Camilla: Charles' Geliebte sieht im Fernsehen die Bilder von Dianas Soloreise nach New York, von ihrem Besuch in einem Harlemer Krankenhaus, bei dem sie ein Aids-krankes Kind in den Arm nimmt, und weiß in diesem Moment: Mit dieser Fantasie wird sie im Blick der Öffentlichkeit niemals konkurrieren können, weswegen sie Charles beschwört, seine Ehe als Liebesbeweis an sie weiterzuführen.

Womöglich taugen Diana und Camilla auch deshalb als tragende dramaturgische Säulen dieser Staffel, weil sie mehr verkörpern als nur zwei sehr verschiedene Frauen. Sie stehen auch für zwei konträre Sichtweisen auf das Königshaus und alle royalen Belange: hier romantisch verklärte Kitschvorstellungen, dort das abgeklärte Verständnis für Pflicht und Regeltreue. Will man lieber Diana oder Camilla sein, lieber tragisch träumen oder realistisch resignieren? Der Realitätsspoiler verrät leider, für wen es am Ende besser ausgeht.

Anja Rützel

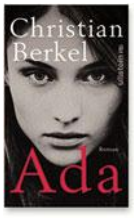
SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: **spiegel.de/bestseller**

Belletristik

1	(1)	**Sebastian Fitzek** **Der Heimweg**	Droemer; 22,99 Euro
2	(–)	**Volker Kutscher** **Olympia**	Piper; 24 Euro
3	(6)	**Charlotte Link** **Ohne Schuld**	Blanvalet; 24 Euro
4	(16)	**Sabine Ebert** **Schwert und Krone. Preis der Macht**	Knaur; 19,99 Euro
5	(3)	**Ken Follett** **Kingsbridge. Der Morgen einer neuen Zeit**	Lübbe; 36 Euro
6	(5)	**Elke Heidenreich** **Männer in Kamelhaarmänteln**	Hanser; 22 Euro
7	(2)	**Volker Klüpfel / Michael Kobr** **Funkenmord**	Ullstein; 22,99 Euro
8	(4)	**Anne Weber** **Annette, ein Heldinnenepos**	Matthes & Seitz; 22 Euro
9	(8)	**Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse**	Hanserblau; 22 Euro
10	(9)	**Jonas Jonasson** **Der Massai, der in Schweden noch eine Rechnung offen hatte**	C. Bertelsmann; 22 Euro
11	(20)	**Cornelia Funke** **Reckless. Auf silberner Fährte**	Dressler; 24 Euro
12	(–)	**Wolfgang Schorlau** **Kreuzberg Blues**	Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
13	(10)	**Joachim Meyerhoff** **Hamster im hinteren Stromgebiet**	Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
14	(7)	**Christian Berkel** **Ada** Ullstein; 24 Euro	

Der Schauspieler schreibt über eine Frau, die in den Sechzigerjahren gegen das elterliche Schweigen zur NS-Zeit ankämpft.



15	(11)	**Thomas Hettche** **Herzfaden**	Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
16	(–)	**Mark Benecke / Kat Menschik** **Illustrirtes Thierleben**	Galiani Berlin; 20 Euro
17	(13)	**Carmen Korn** **Und die Welt war jung**	Kindler; 22 Euro
18	(12)	**Marc-Uwe Kling** **QualityLand 2.0**	Ullstein; 19 Euro
19	(15)	**Robert Seethaler** **Der letzte Satz**	Hanser Berlin; 19 Euro
20	(14)	**Ferdinand von Schirach** **Gott**	Luchterhand; 18 Euro

Sachbuch

1	(–)	**Monika Gruber / Andreas Hock** **Und erlöse uns von den Blöden**	Piper; 20 Euro
2	(4)	**Manfred Lütz** **Neue Irre. Wir behandeln die Falschen**	Kösel; 20 Euro
3	(2)	**Campino** **Hope Street**	Piper; 22 Euro
4	(18)	**Heino Falcke** **Licht im Dunkeln** Klett-Cotta; 24 Euro	

Der Astronom erklärt, wie die erste Aufnahme der Umgebung eines schwarzen Lochs in der Galaxie Messier 87 entstanden ist.

5	(14)	**Hamed Abdel-Samad** **Aus Liebe zu Deutschland**	dtv; 20 Euro
6	(6)	**Mary L. Trump** **Zu viel und nie genug**	Heyne; 22 Euro
7	(3)	**Richard David Precht** **Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens**	Goldmann; 20 Euro
8	(–)	**Sönke Neitzel** **Deutsche Krieger**	Propyläen; 35 Euro
9	(–)	**AK Ausserkontrolle / Josip Radović** **Auf Staat sein Nacken**	Riva; 19,99 Euro
10	(7)	**Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge** **Trotzdem**	Luchterhand; 8 Euro
11	(1)	**Samu Haber** **Forever Yours**	Riva; 24,99 Euro
12	(–)	**Tina Turner** **Happiness**	Knaur; 18 Euro
13	(5)	**Thomas Heise / Claas Meyer-Heuer** **Die Macht der Clans**	DVA; 20 Euro
14	(15)	**Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken**	Ullstein; 17,99 Euro
15	(9)	**Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen**	Ullstein; 19,99 Euro
16	(–)	**Friedrich Merz** **Neue Zeit. Neue Verantwortung**	Econ; 22 Euro
17	(12)	**Bas Kast** **Der Ernährungskompass**	C. Bertelsmann; 20 Euro
18	(17)	**Michelle Obama** **Becoming**	Goldmann; 26 Euro
19	(10)	**Clemens G. Arvay** **Wir können es besser**	Quadriga; 20 Euro
20	(11)	**John Strelecky** **Was ich gelernt habe**	dtv; 18 Euro

Einfach mehr wissen

Das Nachrichten-Magazin für Kinder

Für alle Kinder, die mitreden wollen. Verständlich und spannend erklären SPIEGEL-Autoren aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik. Dazu kommen Büchertipps, Comics und kreative Ideen zum Mitmachen.

Dein SPIEGEL

Mehr erfahren:

www.deinspiegel.de

Schmalz ist mein Gemüse

Fernsehkritik Das ZDF hat mit Spitzenkräften den Erfolgsroman »Altes Land« verfilmt – Städter werden sich gruseln.

Man kann behaupten, dass die Weltgegend südlich von Hamburg als dramatischer Schauplatz eher wenig hergegeben hat in den vergangenen Jahrzehnten. In den Fünfzigerjahren entstanden unweit von Lüneburg populäre Heimatfilme wie »Grün ist die Heide«. In den Achtzigerjahren schilderte der Dramatiker Klaus Pohl in einem gefeierten Theaterstück namens »Das Alte Land« den Hass alteingesessener niedersächsischer Obstbauern in den Jahren nach 1945 auf die bei ihnen zwangseinquartierten Vertriebenen aus Ostpreußen. Und in den Nullerjahren porträtierte Heinz Strunk im Roman »Fleisch ist mein Gemüse« grandios die alkoholschwere Tristesse, der junge und ältere Menschen in den Landgemeinden zwischen Hamburg-Harburg und Buxtehude ausgesetzt sind.

Sherry Hormanns 180-Minuten-Film »Altes Land« knüpft an alle drei Traditionen an. »Altes Land« feiert so beflissen die Tröstungskraft der Natur, wie es zur Glanzzeit des deutschen Heimatkinos üblich war. Er prangert am Beispiel des Umgangs mit den Ostvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg an, wie schnell auch Deutsche bereit sind, sich untereinander als Fremde anzugiften. Und er zeigt, dass selbst unter schönen Reetdächern trübselige Menschen zu Hause sein können.

Der Film, der im ZDF an zwei Abenden zur Hauptsendezeit läuft, beginnt mit einem Verwandtschaftsbesuch bei einer bösen Tante mit knurrenden Hunden. »Das hier ist kein Ort für euch!«, blafft Bauernhofbesitzerin Vera (Iris Berben) ihre junge Nichte Anne (Svenja Liesau) an, die samt blond gelocktem Kind und Käfigkarnickel aus der Großstadt Hamburg angereist ist. Dann knallt die Alte die Tür zu. Die Abgewiesene zetert zurück: »Was bist denn du für ein Monster?«

Die Regisseurin Hormann hat einen Bestsellerroman von Dörte Hansen fürs Fernsehen adaptiert. Er spielt in einer Landschaft voller schroffer Leute. Hansen erzählt von drei Generationen vornehmlich weiblicher Hauptfiguren, von der deutschen Nachkriegsgeschichte und einem hübschen, aber vergammelnden Bauernhaus.

Das Buch berichtet von Kinderglück und Erwachsenengemeinheit, von mal aus Liebe, mal aus Zweckmäßigkeit geschlossenen Ehen, von Geschwisterstreit und Zivilisationsmüdigkeit – und deutet eine Versöhnung zwischen Alt und Jung immerhin an. Es beginnt kurz nach Kriegsende mit der Einquartierung der vertriebenen ostpreußischen Adligen Hildegard von Kamcke und ihrer Tochter Vera auf dem Hof einer verwitweten Obstbäuerin, auf dem die Fremden keinesfalls willkommen sind. Von der Beschimpfung der Neuankömmlinge als »Polacken« aus fabuliert die Erzählerin Hansen chronologisch voran bis fast in unsere Gegenwart, in der naturverrückte und ziemlich kopflose Großstädter durch die Apfelwiesen im Marschland stapfen.

Der Film ist als Puzzle aus vielen Zeitsprüngen angerichtet. Iris Berben spielt, etwas grob zur Greisin geschminkt, die über 80 Jahre alte Vera. Vera hütet mit ihren Hunden den Bauernhof mit löchrigem Reetdach, in dem sie einst als Flüchtlingskind unterkam. Bis vor ein paar Tagen saß sie mit ihrem Stiefvater (Milan Peschel) noch auf der weiß getünchten Bank vor dem Haus, nun hat sie ihn beerdigt. Ihr Nachbar (Peter Kurth) guckt freundlich, sagt kein Wort und harkt als netter deutscher Spießer ausgiebig den Kies seiner Gartenwege.

Was die Frau und die beiden Männer wirklich miteinander verbindet, erfahren die Zuschauerinnen und Zuschauer durch allerlei Schlaglichtexkursionen in die Vergangenheit. In der Gegenwart zeigt die schrullige Bauernhofherrin Vera immerhin ein bisschen Herz: Trotz des anfänglichen Krawalls an der Türschwelle lässt sie ihre Nichte, das Enkelkind und das Karnickel dann doch in ihrem prächtigen Lotterhaus wohnen.

Die fast durchweg grußpostkartentauglichen Bilder von »Altes Land« sind untermalt mit Vogelgezwitscher und Gänseschnattern, noblem Klaviergeklimper (Beethovens 5. Klavierkonzert) und hingehauchten Balladen. Ganz so, als hätte Regisseurin Hormann das Grauen vor der Wortkargheit ihrer Heldinnen und Helden gepackt.

Boris Laewen / ZDF

Darsteller Peschel, Maria Ehrich in »Altes Land«: Klischeesatte Sätze in sonniger Natur

Tatsächlich werden in »Altes Land« eine Menge Horrorgeschichten erzählt. In dem Haus, von dem es im Buch heißt, dass es in Sturmnächten stöhne »wie ein Schiff, das in schwerer See hin und her geworfen wird«, erhängt sich zum Beispiel eine Bewohnerin auf dem Dachboden, ein kleines Mädchen wird von seiner Mutter zurückgelassen.

Aber statt in die Abgründe aus Stolz, Vorurteil und jeweils zeittypischer Rücksichtslosigkeit zu blicken, die sich in dieser Familiengeschichte auftun, inszeniert Hormann lieber mit Schmalzmusik garnierte Landlustfeierlichkeiten in stets sonniger Natur. Spitzenkräfte des Schauspielgeschäfts dürfen viele klischeesatte Sätze sagen. Nina Kunzendorf zum Beispiel formuliert in der Rolle von Veras Halbschwester einmal, während ein Traktor durch den Obstgarten tuckert: »Die Mama hat mich sowieso mehr geliebt als dich!«

Unterm Strich ist dieser Film als Aufruf zur Landflucht und als Appell zur Stadtlust zu verstehen. Wolfgang Höbel

Sendetermine: 15. und 16. November jeweils um 20.15 Uhr, ZDF.

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, **Telefon** 040 3007-0 · **Fax** -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · **Mail** spiegel@spiegel.de

INTERNET www.spiegel.de
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Gesine Block (stellv.) *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Ahlemeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasniewski, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raecke, Janko Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschstein, Ole Reißmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL+ Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit *Leitung:* Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock. Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit). *Redaktion:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Teevs, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann
Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Marc Röhlig, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Ternieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwill, Miriam Olbrisch, Alexander Preker, Philipp Seibt, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean- Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe. *Berlin:* Andreas Wassermann

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzwelt), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Bidder, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauernig, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Kremp (Teamleitung Netzwelt), Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahnbaeck. *Reporterin:* Michaela Schießl. *Berlin:* Christian Reiermann (Teamleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger, Cornelia Schmergal, Anne Seith, Gerald Traufetter. *Autoren, Reporter:* David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojkov, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr, Lou Zucker. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter. *Berlin:* Aleksandar Sarovic

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Marco Evers, Susanne Götze, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Julia Merlot, Emil Nefzger, Jörg Römer, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). *Autoren, Reporter:* Rafaela von Bredow, Christoph Seidler. *Berlin:* Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt. *Autoren, Reporter:* Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar. *Berlin:* Lars-Olav Beier, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Andreas Borcholte, Elke Schmitter, Volker Weidermann

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). *Redaktion:* Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hujer, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp. *Berlin:* Max Polonyi

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbrecht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Danial Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann

INVESTIGATION Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Robin Wille, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger
Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Gorris, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus. *Redaktion:* Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Franziska Bulban, Markus Deggerich, Detlef Hacke, Maren Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Marianne Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Viktoria Bolmer, Helene Flachsenberg, Florian Gontek, Katharina Hölter, Maren Hoffmann, Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schirmer (Teamleitung Start), Verena Töpper

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klußmann, Dr. Danny Kringiel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waege

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Felix Gienger, Niklas Hausser, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Ressing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz

Mail: foto@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Alexandra Grünig, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung:* Johannes Unselt; Suze Barrett, Iris Kuhlmann

INFOGRAFIK *Teamleitung:* Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE *Teamleitung:* Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Grigat, Frank Kalinowski, Marco Kasang, Chris Kurt, Aida Marquez Gonzales, Michael Niestedt, Dawood Ohdah, Bernhard Riedmann

DESIGN/UX *Teamleitung:* Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUCING *Leitung:* Helke Grusdas; Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Sager, Stefan Schütt, Holger Uhlig, Valérie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Dennis Deuermeier, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Maier, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Hoai Phuong Tran Thi, Mara Veigel

SEO *Leitung:* Maximilian Rau. Alexandra Knape, Bastian Midasch, Tim Pommerenke, Heiko Stammel, Insa Winter, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Frauke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Denes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großekathöfer, Janita Hämäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Pouplier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Sümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yüksel. *Redaktion:* Lenne Kaffka, Sarah Klößer, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spallek, Carolina Torres

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus

BANGALORE Laura Höflinger

BRÜSSEL Markus Becker, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv.bruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa

LONDON Jörg Schindler

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Marc Pitzke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, Tel. +33 158 625120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

ROM Frank Hornig, DER SPIEGEL, c/o Stampa Estera, Via dell'Umiltà 83/C, 00187 Rom

SAN FRANCISCO Guido Mingels, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TAHITI/FRANZÖSISCH-POLYNESIEN Charlene Optensteinen

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

TIJUANA Sonja Peteranderl

WARSCHAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Jurek Skrobala

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Vertrieb: Christoph Hauschild

Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim

MIX Papier FSC FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966,
Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörende Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADd

Ombudsstelle
Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966.
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe
❑ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)

USA: DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 2221 Kenmore Avenue, Suite 106, Buffalo, NY 14207-1306. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205, Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo. NY 14205-0155, e-mail: service@roltek.com, toll free: +1-877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel +1 647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net

Nachrufe

WILLI SCHNEIDER / PEOPLE PICTURE

Anneliese Friedmann, 93

Sie war eine Heldin des deutschen Nachkriegsjournalismus, der ansonsten weitgehend ein Männergeschäft blieb. Als Kolumnistin unter anderem für den »Stern« engagierte sie sich klug, furchtlos und witzig für die Gleichberechtigung der Frau und gegen den Abtreibungsparagrafen 218. In ihrer Rolle als Herausgeberin der Münchner »Abendzeitung« und Mitverlegerin der »Süddeutschen Zeitung« wurde Friedmann über Jahrzehnte hin bewundert und auch ein wenig gefürchtet für ihren Geschäftssinn, ihren Charme und ihre Schlagfertigkeit. Friedmann wuchs in der Nähe von München auf und absolvierte als 20-Jährige einen Journalistenkurs. Bei der »Süddeutschen« lernte sie ihren Ehemann kennen: Chefredakteur und Co-Verleger Werner Friedmann, der 1948 die »Abendzeitung« gegründet hatte. Friedmann starb 1969, seine Witwe war fortan eine ebenso mächtige wie populäre Protagonistin der Münchner Gesellschaft. Den Journalistenberuf habe sie ergriffen, weil sie »mehr sehen und mehr wissen« wollte, berichtete sie einmal bei einer Preisverleihung. Als die »Süddeutsche« in den Nullerjahren ökonomisch schwierige Zeiten durchmachte, weigerte sie sich, anders als die damaligen Mitverleger, die Anteile ihrer Familie zu verkaufen. Sie seien nun mal »Zeitungsleute«. Anneliese Friedmann starb am 7. November in München. HÖB

Andre Sakarov / PA Media / dpa

Ken Hensley, 75

Der Londoner brachte sich als Teenager das Gitarrespielen bei. Auf dem Weg zum Rockstar, seinem einzigen Berufswunsch, besann er sich anders, nachdem er die Bühne mit dem späteren Rolling Stone Mick Taylor geteilt hatte, einem Meister dieses Instruments. Hensley wandte sich dem Keyboard zu – und sollte helfen, die Welt des harten Rock um Wärme und Magie von Hammondorgel und Moog-Synthesizer zu ergänzen. Als Songwriter von Uriah Heep war er zwischen 1970 und 1980 für einige ihrer größten Hits verantwortlich, darunter »Easy Livin'« und die Ballade »Lady in Black«. Danach veröffentlichte Hensley eine Reihe von Soloprojekten, mit denen er weder künstlerisch noch kommerziell an seine Glanzphase anknüpfen konnte. Der Rockrentner musste aber auch nichts mehr beweisen. Ken Hensley starb am 4. November in Agost bei Alicante. FRA

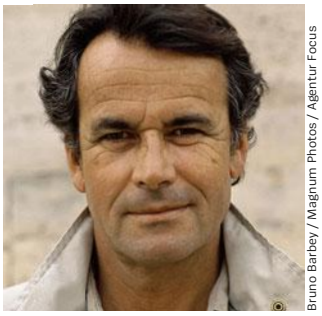
Saeb Erekat, 65

Die Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnete er als »Zugeständnis«, dennoch kämpfte Saeb Erekat jahrzehntelang entschlossen und überzeugt dafür. Mit ihm verlieren die Palästinenser einen großen Diplomaten. Erekat hatte die Oslo-Verträge in den Neunzigerjahren maßgeblich mit ausgehandelt. Sie hätten den Konflikt lösen und den Palästinensern ihren eigenen Staat verschaffen sollen. Erekat wurde 1955 im Osten von Jerusalem geboren. Weil er mit Graffiti, Flugblättern und Steinwürfen gegen die israelische Besatzung protestiert hatte, wurde er als 13-Jähriger zum ersten Mal inhaftiert. Erekat studierte Internationale Beziehungen in den USA und promovierte später in Großbritannien. In den vergangenen 30 Jahren war er einer der zentralen palästinensischen Ansprechpartner für israelische, amerikanische und europäische Diplomaten. Erekat hatte sich 2017 in den USA einer Lungentransplantation unterzogen. Die vergangenen Monate isolierte er sich zum Schutz vor der Pandemie in dem Haus in Jericho, in dem er aufgewachsen war. Er wollte nicht abtreten, bevor sein Lebenswerk vollendet ist, die Gründung eines palästinensischen Staates. Dabei schien eine Zweistaatenlösung bereits zu seinen Lebzeiten immer unwahrscheinlicher. Im Oktober infizierte sich der Politiker mit Corona. Saeb Erekat starb am 10. November in Jerusalem. RAS

Mohamad Torokman / REUTERS

Bruno Barbey, 79

Seine Kindheit und Jugend verlebte er in Marokko, einem Land voll Sonnenlicht und kräftiger Farben, als Erwachsener war er einer der ersten journalistischen Fotografen, die mit Farbfotos arbeiteten. Bruno Barbey gilt als Pionier der farbigen Reportagefotografie, die in den Sechzigerjahren von Zeitschriften noch nicht zufriedenstellend abgebildet werden konnte: Das Rot der Flaggen Moskaus, die verwaschenen Töne polnischer Landschaften im Schnee und das Bunte seiner Heimat Marokko hielt er auf Film fest. Berühmt wurde Barbey 1968, als er die Studentenunruhen in Paris dokumentierte, diesmal klassisch in Schwarz-Weiß. Mit seinem Kollegen Henri Cartier-Bresson kaufte er sich einen Helm, um sich vor möglichen Steinwürfen zu schützen. Doch die beiden mussten feststellen, dass man mit einem Helm keine Leica vors Auge halten kann. Barbey, der seit 1968 Vollmitglied der Agentur Magnum war und von 1992 bis 1995 auch deren Präsident, reiste als Fotograf an unzählige Krisenschauplätze dieser Welt; doch er sah sich nicht als Kriegsfotograf, ihn interessierte, wie sich Gewalt und politische Veränderungen auf die Menschen auswirken. Seine Aufnahmen, die oft eine luftige Anmutung haben und stark mit Licht und Schatten arbeiten, zeigen häufig Frauen, Kinder und ältere Menschen. Bruno Barbey starb am 9. November. CLV



Bruno Barbey / Magnum Photos / Agentur Focus

Personalien

Tantenhaft

Magda Photography

● Die kalifornische Unternehmerin **Meena Harris,** 36, setzt auf eine berühmte Verwandte. Ihre Modefirma Phenomenal wirbt für einen Kapuzenpullover mit dem Konterfei der Politikerin Kamala Harris und der Zeile: »Tante Vizepräsidentin«. Diese Tante trat während des Wahlkampfs in einem Fernsehduell gegen Donald Trumps Vize Mike Pence an; als der sie unterbrach, stoppte sie ihn mit den Worten: »I'm speaking«, ich spreche – die Nichte ließ diese Worte auf Sweatshirts drucken. Meena Harris, in Harvard ausgebildete Juristin, zeitweise Beraterin von Kamala Harris und ein paar Jahre Managerin beim Taxidienst Uber, hat im Juni zudem ein Kinderbuch über ihre Mutter und ihre Tante veröffentlicht, das zum Bestseller wurde, bald bringt sie ein zweites heraus. Shirts verkaufte Harris zur Unterstützung von Frauen und für einen guten Zweck bereits im Jahr 2017, weitere Aktionen folgten. Eine Produktlinie hieß »Ich werde gewinnen«, im Internet generierten die Angebote mehrere Hundert Millionen Aufrufe. Laut ihrer Website unterstützt Harris gemeinnützige Einrichtungen, etwa solche, die schwarze Frauen fördern. Zum Dank lassen sich Stars wie Serena Williams mit ihren Shirts fotografieren. So wird Meena Harris selbst zum Idol, vor allem für eine Generation, für die Aktivismus, Mode und Kommerz keinen Widerspruch darstellen. UK

Taylor Jewell / INVISION / AP

Türöffner

● Die »Times« charakterisiert ihn als einen Mann, der auf die Frage »Warum?« gern mit »Warum nicht?« antwortet. So erklären sich vielleicht die vielfältigen Aktivitäten des britischen Schauspielers **Idris Elba,** 48. Elba ist nicht nur ein preisgekrönter darstellender Künstler mit großer Bandbreite, von Nelson Mandela bis zum Warlord in »Beasts of No Nation«. Er tritt immer wieder als DJ auf, zuletzt prominent bei der Hochzeit von Harry und Meghan, und betreibt ein Plattenlabel. Er engagiert sich politisch und humanitär, setzt sich für Klimaschutz und Entwicklungshilfe ein. Und jetzt steigt er auch noch in das Champagnergeschäft ein. Porte Noire heißt seine Marke, die nach ihrem Champagnerdebüt auch noch einen Roséwein in den Handel gebracht hat. Elba sagte der »Times«, er habe bisher nicht besonders viel Zeit gehabt, in Weinbergen herumzuspazieren. Mit anderen Worten: Bis vor Kurzem hatte er keinen blassen Schimmer vom Keltern. Aber er habe jede Menge Erfahrung im Weintrinken. Der Name seiner neuen Marke passt in sein Portfolio: Sein Musiklabel heißt 7Wallace, die Adresse einer ehemaligen Wohnung, seine Produktionsfirma nennt sich Green Door Pictures. »Da gibt es also ein kleines Thema«, sagte Elba, »über Eingänge und die Suche nach Schlüsseln, um diese Türen zu öffnen. Das ist der Sinn des Lebens für mich.« KS

Im Nebenberuf First Lady

● Dass demnächst im Weißen Haus wieder Hunde herumtollen werden, ist eine der vielen kleinen, fürs Image aber entscheidenden Veränderungen. Nun ist auch noch bekannt geworden, dass die Ehefrau des neu gewählten US-Präsidenten Joe Biden als First Lady berufstätig bleiben will. Das wäre eine Premiere – und eine kleine Sensation, ein Fest der Emanzipation auf jeden Fall. Denn vor **Jill Biden,** 69, suchten und fanden die Frauen der US-Präsidenten ihre Rolle ausschließlich im direkten Zusammenhang mit dem Weißen Haus. Jill Biden ist seit Jahrzehnten Englischdozentin am Northern Virginia Community College, sie hat einen Doktortitel und offenbar eine genaue Vorstellung, wie sie sich ihr Leben als First Lady einrichten will. »Ich arbeite gern«, sagte sie der »Vogue«. »Wie viele Ihrer Leserinnen bin ich eine berufstätige Frau. Unterrichten ist meine Leidenschaft.« Sie hatte ihren Job auch weiter ausgeübt, während ihr Mann von 2009 bis 2017 Vizepräsident unter Barack Obama war. Manche halten ihre Entscheidung für verrückt, aber Biden lässt sich nicht verunsichern: »Ich kann das schaffen und auch alles andere tun, was First Ladys zu tun wünschen.« Traditionell waren das humanitäres Engagement, Gesundheitsaufklärung oder einfach eine gute Figur abgeben. Die »first professor FLOTUS«, wie CNN sie nannte, will sich für kostenlose Colleges, für bessere Unterstützung von Familien aus dem Militärbereich und für die Intensivierung von Krebsforschung und -aufklärung einsetzen. KS

Quelle: Instagram

Getty Images Exclusive / PARIS MATCH Archive / Getty Images

Befreit in die Zukunft

● Die britische Künstlerin **Tracey Emin,** 57, glaubt, dass ein Fluch von ihr abgefallen ist. Die Frau, die einst ein ungemachtes Bett als Kunstwerk präsentierte und damit 1999 für den Turner-Preis nominiert wurde, hatte sich im Juli einer Blasenkrebsoperation unterziehen müssen. Noch Ende Oktober zitierte die Londoner »Times« sie mit den Worten: »Weihnachten zu überstehen wäre gut.« Jetzt blickt Emin voller Zuversicht in die Zukunft: Sie habe Glück gehabt, sagte sie dem »Guardian« – mehr Glück jedenfalls als die an Covid-19 Verstorbenen: »Sogar als ich dachte, keine sechs Monate mehr zu leben, war ich besser dran. Ich wäre nicht allein gestorben, und ich hätte Zeit gehabt, meine letzten Tage zu planen.« In ihrem Leben habe sie viel Schreckliches durchgemacht: zwei Vergewaltigungen, eine Fehlgeburt, eine stümperhafte Abtreibung, auch einen Selbstmordversuch habe sie unternommen. Jetzt aber fühle sie sich geradezu befreit. Auch wenn ihre Ausstellung »The Loneliness of the Soul« in der Royal Academy aufgrund der Corona-Einschränkungen nicht wie geplant am 15. November eröffnen könne, sei sie guten Mutes: »Jetzt habe ich Zeit, vielleicht 30 Jahre. Ich will sie nutzen, um meine beste Kunst zu machen.« KS

Fit für den Wahlkampf

● Der amtierende US-Präsident Donald Trump war golfen, als er erfuhr, dass die Medien seinen Kontrahenten Joe Biden zum Gewinner der US-Wahl ausgerufen haben: Bidens Vizepräsidentin wird Kamala Harris sein, und die wiederum war joggen, als sie die gleiche Nachricht erreichte. In manchen deutschen Homeoffices, in denen das Arbeiten schier endlos und zur einzigen Bewegung des Tages das Tippen auf der Tastatur geworden ist, war das Erstaunen über die Freizeitmöglichkeiten des politischen Spitzenpersonals in Amerika groß. Zugleich stellte sich Bedauern darüber ein, dass das deutsche Wahlsystem uns nie wird ähnliche Momente bescheren können, denn Wahlergebnisse stehen hierzulande in der Regel schnell fest – und wer nichts Besseres zu tun hat, als in dieser kurzen Zeit ins Turnhöschen zu steigen, disqualifiziert sich für höhere Ämter. Der einzige deutsche Politiker allerdings, der als Kanzlerkandidat schon feststeht, ist sowohl Workoholic als auch eifriger Sportler. SPD-Mann **Olaf Scholz,** 62, wird an seinem Wohnsitz Potsdam regelmäßig beim Joggen gesehen und lässt sich, wie kürzlich bekannt wurde, für den Wahlkampf von einer Agentur beraten, die bisher vor allem Sportler betreut hat. SBY

Bernd von Jutrczenka / dpa

»Trump war kein historischer Unfall, sondern Ausdruck einer sich über die gesamte freie Welt ausbreitenden Verachtung intellektueller Anführer gegenüber der ungebildeten Arbeiterschaft.«

Günter Mey, Berlin

Nur eine hauchdünne Mehrheit

Nr. 46/2020 Der Hausbesetzer – Trumps schmutziger Kampf ums Oval Office / Make America great again

Nichts anderes als das, was Trump nun von sich gibt, hat man erwartet. Er ist ein Lügner und Betrüger und kommt dafür hoffentlich bald ins Gefängnis.
Lothar Wirth, Berlin

Vor lauter Trump-Schelte hat die Redaktion übersehen, dass das Titelbild falsch ist: Trump lädt eine Schrotpatrone, der Einschuss bei Biden wurde aber durch eine Kugel verursacht.
Peter Gmür, Zürich

Michael Perez / AP

Gewählte Vizepräsidentin Harris

Donald Trump, ein Betriebsunfall der Geschichte? Wohl kaum, er hat fast 50 Prozent der Stimmen geholt. Und nicht alles hat er zu Unrecht kritisiert. Zum Beispiel die deutschen Handelsüberschüsse, die nicht nur bilateral als Problem angesehen werden, oder jüngst Nord Stream 2. Sodann der Vorwurf der Trittbrettfahrerei, die beharrliche Weigerung, das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben einzulösen. Die meisten Punkte hat er aber mit seiner Chinapolitik gesammelt. Er hat die Illusion kassiert, dass dieses kommunistische, nach Weltherrschaft gierende Regime durch wirtschaftliche Freiheit die westlichen Werte adaptieren würde. Das Gegenteil ist eingetreten. China hat den freien Welthandel genutzt, seine Märkte abgeschottet und gleichzeitig jahrzehntelang Technologieklau betrieben. Dagegen hat Trump ein klares Stoppschild gesetzt, wofür ihm die deutsche Industrie dankbar sein sollte. Von Merkel und manchen Industriegrößen sind indes nur peinliche Kotaus überliefert.
Christoph Schönberger, Aachen

In Anbetracht des offenkundigen Wahlausgangs in den USA herrschen bei mir: Erleichterung, weil eine drohende zweite Amtszeit Trumps vermieden werden konnte. Bestürzung, weil immerhin 71 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner bereit waren, diesem verlogenen, ruchlosen und egomanischen Geschäftsmann eine zweite Amtszeit als Präsident der USA zuzubilligen. Respekt vor der gewaltigen Aufgabe, der Joe Biden und Kamala Harris gegenüberstehen. Ein Anflug von Fatalismus, weil eine hinreichende Heilung vom »Trumpismus« und von dessen Ursachen weitreichende Veränderungen bedingt, die bei einem Großteil der US-Bürgerinnen und -Bürger leider als freiheitswidrig, »sozialistisch« oder gar »kommunistisch« diskreditiert sind. Bei uns nennen wir solche Veränderungen sozialstaatliche Errungenschaften.
Erwin Bixler, Rodalben (Rhld.-Pf.)

Jetzt darf man gespannt sein, was Trump noch alles einfällt angesichts der Wahlniederlage, um den Übergang zur neuen Regierung unter Biden so schwer wie möglich zu gestalten. Ein Mann, der immer noch an seinem Amt klebt und alles als Lug und Trug hinstellt. Ein schlechter Verlierer, dem es in erster Linie um sich selbst geht und nicht um das Wohl der USA und des Rests der Welt. Nicht wenigen Menschen, und nicht nur in den USA, dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein, dass dieser Mann endlich von der politischen Bildfläche verschwindet.
Detlef von Seggern, Pforzheim

Das Unvorstellbare ist eingetreten – erkennbar die ganzen letzten vier Jahre, aber jetzt bei der Wahl dramatisch auf den Punkt gebracht: Trump trampelt alles nieder, was den Kern einer Demokratie ausmacht – Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Verfassungstreue. Warum ihm weiter mit Respekt begegnen, ihm, der Respektlosigkeit zum Prinzip seiner Präsidentschaft erhoben hat? Der SPIEGEL bläst zur Räumung des Hauses. Biden wird dem hohen Amt wieder würdig gerecht, indem er die Vereinigten Staaten zur Einigkeit aufruft und an Amerikas Stärken anknüpft. Versöhnen statt spalten – das bekannte Motto von Johannes Rau wird nun auch zum Leitmotiv für die USA!
Dr. Hartmut Velbinger, Stuttgart

Danke für Ihren ansprechenden Titel. Inzwischen ist er zu aktualisieren. In meinem 100. Lebensjahr ist es für mich ein Wunder, Kamala Harris' historischer Rede zu lauschen und ihr strahlendes Gesicht sehen zu dürfen: Diese Vizepräsidentin ist das Geschenk Gottes für eine leidgeplagte Welt und so viele verwundete Frauen.
Luise Kathrin Thomalla, Groß Sarau (Schl.-Holst.)

Joe Biden und Kamala Harris können jetzt aufräumen und versöhnen. Die beiden werden sich wunderbar ergänzen.
Josef Fehle, Dasing (Bayern)

Jetzt sollten die Vereinigten Staaten, aber auch wir in den westlichen Demokratien, jeweils unsere völlig veralteten Wahlrechtssysteme auf die heutige Zeit trimmen. Gerade die USA erlauben sich je nach Bundesstaat verschiedene Zugänge zum Wahlrecht und zum Zuschnitt der einzelnen Wahlkreise, was von vornherein zu einem undemokratischen System führt.
Kurt Stehmeyer, Konstanz

Sie hätten den Mut haben müssen, Joe Biden auf das Cover zu nehmen – mit positiver Botschaft. Ich hoffe, wir müssen Trump nun nicht mehr auf Ihren Titeln ertragen!
Romano Sposito, Ludwigsburg

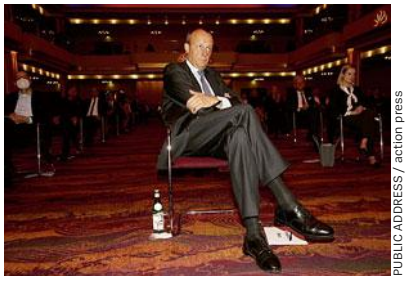
DER SPIEGEL Liebe Leserinnen, liebe Leser, als am Sonnabend der Sieg von Joe Biden gemeldet wurde, haben wir in der digitalen Ausgabe des SPIEGEL die Titelgeschichte und das Titelbild ausgetauscht. Herzliche Grüße, Ihre
SPIEGEL-Chefredaktion

Die Fußstapfen sind zu groß

Nr. 45/2020 Leitartikel: Friedrich Merz und der Schwenk von der gesitteten zur rauen Demokratie / Der Schlagabtausch zwischen Merz und Laschet – eine Rekonstruktion

Abgesehen davon, dass von den drei Kandidaten für den CDU-Parteivorsitz wohl keiner auch nur annähernd das Format eines zukünftigen Kanzlers hat, fällt Friedrich Merz auch ansonsten durch den Rost: Es stellt sich doch die Frage, was er außer

seinen narzisstischen Neigungen, die stark an jemanden auf der anderen Seite des Atlantiks erinnern, eigentlich an politischen Leistungen vorzuweisen hat. Zwei erfolglose Jahre als Fraktionsvorsitzender, die in seine ewige Abneigung gegen Frau Merkel mündeten, ansonsten aber nichts. Die Fußstapfen, in die er gerne treten möchte, dürften ein paar Nummern zu groß sein.
Michael Thomas, Neuss (NRW)


PUBLIC ADDRESS / action press

Kandidat Merz

Merz ist selbst ein Intrigant, siehe 2002. Daher verdächtigt er auch so vehement andere der Intrige. Dabei gebärdet er sich, als hätte er ein persönliches Anrecht auf CDU-Vorsitz und Kanzlerschaft. Das zeigt sein mangelhaftes Demokratieverständnis und disqualifiziert ihn für beide Ämter.
Andrea Schäfer, Düsseldorf

Ein Kanzlerkandidat, der noch vor einem Jahr über die Kanzlerin sagte: »Wir werden grottenschlecht regiert«, der beim Verkauf der WestLB zwei Millionen Euro kassierte, ohne etwas zu leisten, der im Aufsichtsrat der Deutschen Börse nichts gegen die millionenschweren Insidergeschäfte des Vorstands unternahm, der im Bundestag gegen die Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe gestimmt hat, ein Kandidat, der mehrfach abfällig über Schwule sprach und aktuell von Verschwörungen redet, weil der Parteitag wegen Covid-19 verschoben wird – dieser Mann darf nicht Kanzler werden. Das Einzige, was von ihm übrig bleiben wird, ist die Bierdeckel-Steuer-Formel, die niemals umgesetzt werden wird.
Alexander Daniels, Hamburg

Während es spekulativ bleibt, ob das »CDU-Establishment« Merz verhindern will, wird eines klar: Der SPIEGEL will es. Und ich bin beileibe kein Merz-Fan, sondern SPD-Mitglied.
Dr. Philip Schönffeldt, Dossenheim (Bad.-Württ.)

Merz hat sich mit seinen Verschwörungsvorwürfen ins eigene Knie geschossen, Laschet ist unter anderem wegen seiner eigenen Verstöße gegen die Maskenpflicht negativ aufgefallen. Es besteht keine Begeisterung für die Bewerber. Ich schlage vor, dass zwei bis drei weitere Kandidaten aufgestellt werden. Vorstellen könnte ich mir zum Beispiel den Unionsfraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus, der am 29. Oktober im Bundestag ohne Manuskript eine beeindruckende, kraftvolle, inhaltlich starke Rede gehalten hat, die den meisten Applaus bekam.
Dietrich Jesse, Mainaschaff (Bayern)

Hier soll jemand verhindert werden, der überragende Umfragewerte vorweisen kann. Für mich ist Friedrich Merz der Einzige, der dieses Land aus der Krise führen kann. Kein Weiter-so-Laschet, der schon in Nordrhein-Westfalen überfordert ist. Mit einer Politik, die sich wie Mehltau über das Land gelegt hat und die zu einer massiven Spaltung in der Gesellschaft geführt hat, darf es nicht weitergehen. Aber auch kein Möchtegern-Söder, der zwar stets betont, dass er in Bayern bleibt, aber darauf hofft, im Frühjahr wie Kai aus der Kiste zu springen und zu verkünden: »Die anderen können es nicht.«
Knut Kriegsmann, Ulm

Gegen die drei Jungs wird sich doch wohl noch eine tatkräftige Frau in der CDU finden lassen. Klüger wäre es allemal.
Werner Dinkelbach, Sinzig (Rhld.-Pf.)

Die schönste Zeit des Lebens

Nr. 45/2020 Wie die Pandemie die Universitäten und das Leben von Studenten verändert

Danke für diesen Artikel. Ich habe im Oktober mein lang ersehntes Medizinstudium begonnen. Es war für mich eine außerordentlich schmerzhafte Erfahrung zu erleben, wie zuerst alle sozialen Veranstaltungen zum Semesterbeginn und dann zunehmend auch praktische Lehrveranstaltungen abgesagt oder in den digitalen Raum übertragen wurden. In der ständigen Corona-Diskussion über Schulen und Kitas finden die Herausforderungen, vor denen die Studierenden stehen, oftmals keine Erwähnung. Und dabei bestehen diese, wie Sie ganz richtig geschrieben haben, keineswegs nur aus dem Wegfall von Kneipentouren und Partys. Die anhaltende soziale Isolation, die Navigation eines anspruchsvollen Studiums an einer Universität, die mit der Onlinelehre ebenso überfordert ist wie viele Studierende, gekoppelt mit der ständigen Unsicherheit, ob und in welcher Form die Ausbildung weiter stattfinden kann, sind Belastungen, die es verdient haben, auch im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Gehör zu finden.
Henriette Meyer, Oldenburg (Niedersachsen)

Vielen Dank für die pfiffige Überschrift »Forschung und Leere« und den mitfühlenden Inhalt. Die Erst- und Zweitsemester dieser »Generation Corona« sind wirklich zu bedauern. Es sollte die schönste und sorgloseste Zeit des Lebens sein, nach Schule und Abitur und vor Prüfungsangst, Jobsorgen und Familie: erstmals von zu Hause weg, eine neue Studentenstadt, täglich eine Vielzahl von Begegnungen, Partys, Ausgehen – endlich selbstständig, ein

Gordon Welters / DER SPIEGEL

Student bei Klausur-Probelauf

Traum von Freiheit. Als Abiturient von 1975 konnte ich das genießen. Hoffentlich gelingt den heutigen Erstsemestern wenigstens ein Stück Studentenleben, gerade auch außerhalb der Hochschulen – lernen und studieren kann man nachholen, diese wunderbare Studentenzeit nicht. Man braucht diese Zeit auch, um Freundschaften fürs Leben zu schließen, neue Horizonte zu erfahren sowie die eigenen Chancen und Fähigkeiten auszutesten. Der große Lesesaal einer Uni-Bibliothek dürfte auch in Zeiten von Parship immer noch die erfolgreichste Partnerbörse sein.
Prof. Christoph Schickhardt, Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter der Reinhold-Würth-Hochschule, Ludwigsburg

Ein Studium lebt durch persönliche Begegnungen. Erst diese machen Studieren zu einer lebensprägenden Phase. Ich selbst habe durch mein Studium an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz die Frau meines Lebens gefunden – offline.
Julian Schmeißer, Mainz

Korrekturen

zu SPIEGEL 44a/SPIEGEL SPEZIAL 2020 »Klimakrise – Aufbruch nach Utopia«
Seite 19: Die letzten Schollen
Das Volumen des arktischen Meereises hätte in der Grafik in Tausend km³ angegeben werden müssen, nicht in Millionen km³.
Seite 64: Rettung aus der Wüste
Mit Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse werden in Deutschland nicht 2000, sondern rund 200 Terawattstunden an Strom pro Jahr erzeugt.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe **(leserbriefe@spiegel.de)** gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter **www.spiegel.de** zu archivieren.

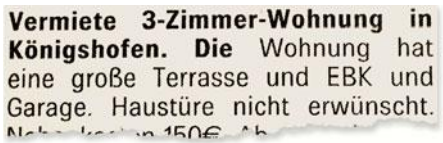
Aus der »Grassauer Gemeindezeitung«: »Auch wenn es sich keiner wünscht, die Montessori-Schule Grassau ist auch bei weiter steigenden Infektionszahlen und damit verbundenen weiteren Einschränkungen des Schulbetriebes gut vorbereitet – der durchgängig kontinuierliche Unterricht ist gesichert.«

Werbung im Anzeigenblatt »Einkaufshelfer – Nachrichten für den Altlandkreis Wasserburg«

Aus dem »Reutlinger General-Anzeiger«: »Im Gegensatz zu den neuen Talent-2-Zügen lassen sich bei den Bahnen der Baureihe 425 nicht einzelne Türen öffnen. Darum würden sie bei einem Halt auch dort öffnen, wo gar keine Tür ist.«

Von T-online.de

Auf der Website des ostfriesischen »General-Anzeiger« über geplante Jagden: »Besonders acht geben die Jäger auf Spaziergänger und anderes Wild.«



Wohnungsangebot in den »Fränkischen Nachrichten«

Aus der »Wetzlarer neuen Zeitung«: »Außerdem kündigte die Mannschaft an, als Folge des Streiks Geld für einen karikativen Zweck zu spenden.«

Aus dem »Göttinger Tageblatt«: »Jäger warnen: ›Ein 60-Kilo-Wildschwein verwandelt sich bei einem Zusammenstoß mit Tempo 60 in ein Nashorn.‹«

Hinweis an einer Baustelle in Vaihingen an der Enz (Bad.-Württ.)

SPIEGEL
Akademie
In Kooperation mit der SRH Fernhochschule

Fit für die digitale Arbeitswelt

mit dem neuen E-Learning-Kurs
Agiles Coaching

Mit Hochschul-zertifikat

Eine Auswahl der Inhalte:

+ Agile Methoden und Rahmenmodelle
+ Rollen im Scrum-Team
+ Zusammenarbeit und Teamentwicklung in agilen Projekten
+ Coaching Grundlagen, Methoden und Beispiele

Alle Kurse und Infos unter
akademie.spiegel.de

Zitate

Das österreichische Nachrichtenmagazin »profil« über den SPIEGEL*-Beitrag »Razzien bei deutschen Islamisten« über die Hintergründe des Attentats in Wien (*SPIEGEL.de *am 6. November):*

Auch das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) und Terrorismusbekämpfung hatte mit K. F., genauer, dessen Umfeld, zu tun. Am vergangenen Freitag musste Wiens Polizeipräsident Gerhard Pürstl eingestehen, dass der spätere Attentäter sich entsprechend einem SPIEGEL-Bericht im Sommer in Österreich mit mehreren Personen in Deutschland getroffen hatte, die das LVT auf Ersuchen des deutschen Verfassungsschutzes überwachte. Wiens LVT-Chef Erich Zwettler wurde noch am Freitag abgesetzt.

Der »Tagesspiegel« über die französische Islamismus-Debatte und die SPIEGEL*-Kolumne von Sascha Lobo »Stille. Und Verniedlichungsrassismus« (*SPIEGEL.de *am 21. Oktober):*

Bildungsminister Jean-Michel Blanquer wettert gegen einen Teil der politischen Linken als intellektuelle Mittäter … Kritisiert wird eine vermeintliche Geisteshaltung, die rechtsradikale Gewalttaten verurteilt, zu islamistischen jedoch betreten schweigt, SPIEGEL-Kolumnist Sascha Lobo nannte das »Verniedlichungsrassismus«.

Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« zum SPIEGEL*-Artikel »Sex im Präsidentenbüro« über die Münchner Musikhochschule (Nr. 20/2018):*

Mitte November beginnt vor der dritten Strafkammer des Landgerichts München I ein neuer Prozess, diesmal gegen den langjährigen, mittlerweile suspendierten Kompositionsprofessor Hans-Jürgen von Bose, auch er eine Berühmtheit. Es geht um den Vorwurf der mehrfachen Vergewaltigung. Im Mai 2018 wies Hans-Jürgen von Bose … alle Vorwürfe als »absurd« zurück, drei Monate später ließ das Landgericht die Klage … zu. Die Vorgänge an der Münchner Musikhochschule sind auch deshalb ein Rätsel, weil man kaum versteht, warum die Politik so lange nicht eingriff. Seit spätestens 1995 wusste das zuständige Kultusministerium von Hans-Jürgen von Bose, wie der SPIEGEL vor zwei Jahren öffentlich machte. In dem Jahr hatte ein 16-jähriger Jungstudent berichtet, Bose habe ihn bedrängt, sich als homosexuell zu outen. Ohne Eltern und ohne juristischen Beistand wurde der Jungstudent erst in der Hochschule, später im Ministerium befragt, recherchierte der SPIEGEL 2018. Der Jungstudent ließ die Anzeige fallen, der politische Skandal blieb aus.

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutschein sichern.

Belieferung endet automatisch

DER SPIEGEL für ½ Jahr
Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.
26 Ausgaben für nur € 5,30 pro Ausgabe.

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr
Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!
12 Ausgaben für nur € 4,30 pro Ausgabe.

SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr
Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.
6 Ausgaben für nur € 8,– pro Ausgabe.

Einfach jetzt anfordern:

abo.spiegel.de/geschenk

oder telefonisch unter 040 3007-2700

Ihr Geschenk:
ein Amazon.de Gutschein in Höhe von € 20,–.

007 and James Bond materials © 1962–2020 Danjaq and MGM. 007 and related James Bond Trademarks, TM Danjaq. All rights reserved.

007 EDITION

SEAMASTER DIVER 300M
MASTER CHRONOMETER

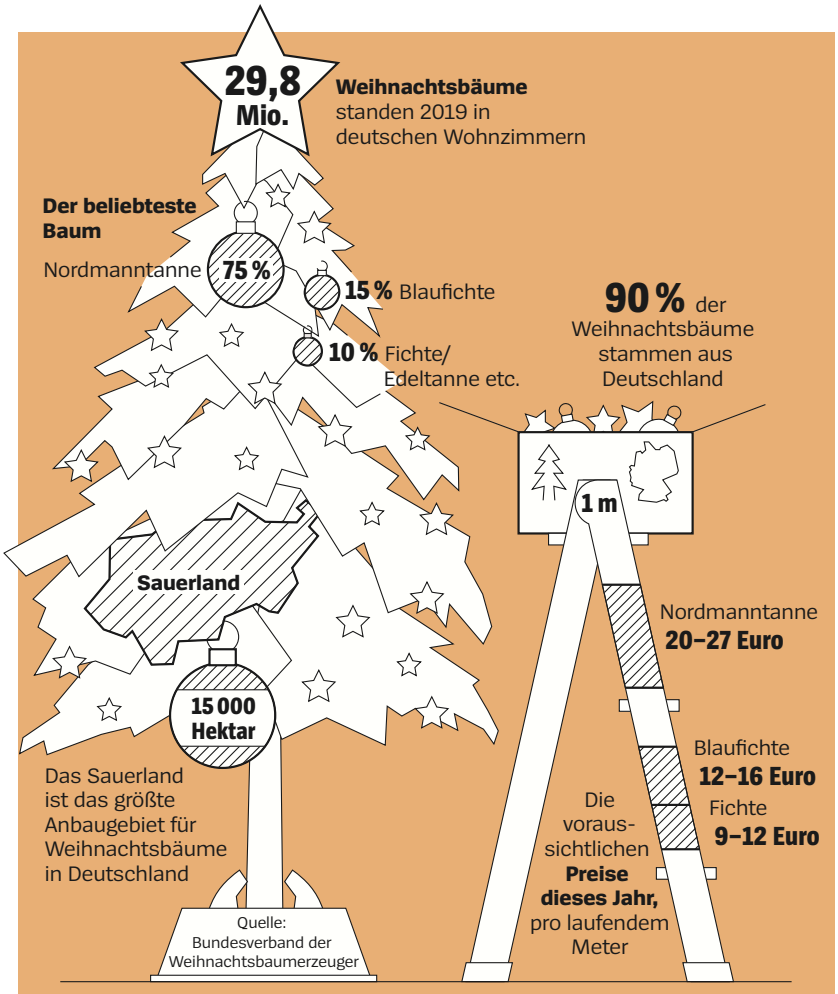
JAMES BOND'S CHOICE

Sie genießt das Vertrauen des beliebtesten Spions der Welt: Die neueste 007 Uhr ist aus leichtgewichtigem Titan gefertigt und bietet Bewegungsfreiheit und Robustheit. Es ist kein Geheimnis, dass die Master Chronometer Zertifizierung ein Höchstmaß an Präzision und magnetischer Widerstandskraft gewährleistet, während die 5-Jahres-Garantie viel Zeit für die eine oder andere eigene Mission bietet.

Shop at omegawatches.de

Ω OMEGA

Portemonnaie



Teures Grün Corona trifft auch die Weihnachtsbaumverkäufer: Sie müssen Hygienekonzepte erstellen, mehr Platz und eventuell mehr Personal einplanen. Das schlägt auf die Preise. Kostete eine Nordmanntanne 2019 etwa 18 bis 23 Euro pro laufendem Meter, belaufen sich aktuelle Prognosen auf bis zu 27 Euro.

Was darf die Liebe kosten?

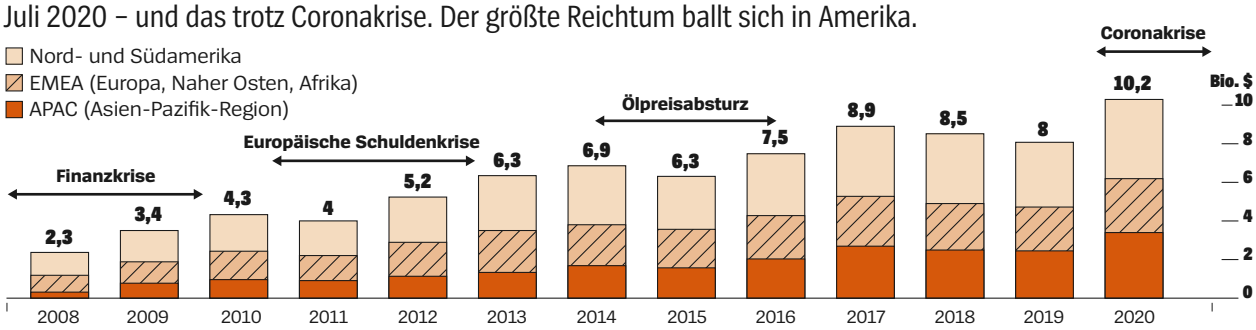
■ Alle elf Minuten verliebt sich ein Single über Parship, so lautet die Werbung des großen deutschen Datingportals. Wenn die Liebe allerdings tatsächlich so schnell zuschlägt – oder wenn ein zahlender Kunde aus anderen Gründen die gesetzliche Widerrufsfrist von 14 Tagen nutzt –, dann wurde es bislang unter Umständen teuer: Parship verlangte einen sogenannten Wertersatz für bereits erhaltene Leistungen, der sich auf bis zu 75 Prozent des Abonnementpreises belief – also mitunter auf mehrere Hundert Euro. Diese Praxis ist laut Europäischem Gerichtshof unzulässig. Er entschied, Parship dürfe die Kosten nur zeitanteilig berechnen, selbst wenn ein Kunde schon in der 14-Tages-Frist Leistungen bezogen habe und den Vertrag dann doch rückgängig mache. Wer also eine Jahresmitgliedschaft nach einem Tag nicht mehr haben will, muss nur ein Dreihundertfünfundsechzigstel des Gesamtpreises bezahlen. Nur wenn ein Vertrag ausdrücklich einen getrennten Preis für Leistungen zu Laufzeitbeginn vorsieht, darf mehr berechnet werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg rät Kunden, die in den vergangenen drei Jahren Wertersatz gezahlt haben, nachzurechnen und eventuell zu hohe Gebühren zurückzuverlangen. Unter vzhh.de/parship gibt es ein Musterschreiben. Parship erklärt, jeden Fall einzeln zu prüfen. Man habe die Wertersatzberechnung umgestellt – und wolle nun ermitteln, wie »eine künftige Vertragsausgestaltung« aussehen könne. ASE

2189

Dollar-Milliardäre gab es weltweit Ende Juli 2020, das haben Experten der Großbank UBS und des Beratungsunternehmens PwC berechnet. Ende 2009 gehörten nur 969 Menschen zu diesem Klub der Superreichen. Untersucht wurden den Angaben zufolge die für Milliardäre wichtigsten Märkte, in denen sich etwa 98 Prozent ihres Reichtums konzentriert.

Die Reichsten der Reichen werden immer reicher

Auf rund 10,2 Billionen Dollar wuchs das Vermögen aller Milliardäre weltweit bis Ende Juli 2020 – und das trotz Coronakrise. Der größte Reichtum ballt sich in Amerika.



Quelle: PwC, UBS (Billionaires Insights 2020)

Warnung vor einer Immobilienblase

■ Die Wohnungsmärkte in München und Frankfurt am Main zeigen im Vergleich zu anderen Großstädten der Welt die deutlichsten Zeichen einer Überhitzung, jedenfalls nach Einschätzung von Experten der UBS. Die Situation ist demnach weitaus dramatischer als in Metropolen wie New York, London oder Paris. In ihrem »Global Real Estate Bubble Index 2020« bewertet die Bank für 25 Großstädte unter anderem, inwiefern das Preisniveau bei Immobilien von Fundamentaldaten wie Einkommen, Wirtschaftswachstum oder Mieten abweicht. Außerdem sieht sie sich die Entwicklung der Kreditvergabe in diesem Bereich an. Liegt der so berechnete Wert höher als 1,5 Punkte, besteht laut UBS ein Blasenrisiko. München hat dieses Jahr 2,35 Punkte von den Experten bekommen. Damit steht die bayerische Landeshauptstadt an der Spitze des UBS-Indexes, gefolgt von Frankfurt mit 2,26 Punkten und Toronto mit 1,96 Punkten. Berlin und andere deutsche Städte sind bei dem Ranking nicht dabei. München habe seine Spitzenposition im Ranking verteidigt und Frankfurt binnen eines Jahres Amsterdam, Hongkong und Toronto hinter sich gelassen, erklärt die UBS. »Das ist schon ein Ausrufezeichen«, sagt Studienautor Matthias Holzhey. Frankfurt sei mit dem Wirtschaftsboom und einer Verdoppelung der Wohnungspreise in einem Jahrzehnt »Opfer seines eigenen Erfolgs«. Insgesamt seien die Wohnungsmärkte trotz der Pandemie im ersten Halbjahr 2020 stabil geblieben, so die Experten weiter. Im Schnitt hat sich die Preissteigerung in den betrachteten Städten in den vergangenen vier Quartalen sogar beschleunigt. Das liegt laut UBS zum einen an den Staatshilfen, die die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise vielerorts mildern. Außerdem reagieren Wohnungspreise typischerweise mit Verzögerung auf wirtschaftliche Entwicklungen. ASE

Ansicht von München

Eigentum verpflichtet – jetzt erst recht

■ Wohnungseigentümer haben es künftig leichter, Baumaßnahmen wie etwa Modernisierungen in einer Eigentümergemeinschaft durchzusetzen. Bislang brauchte man für viele bauliche Veränderungen einen einstimmigen Beschluss oder zumindest eine Dreiviertelmehrheit. Einige wenige Nachbarn konnten also vieles verhindern. Ab Dezember jedoch reicht grundsätzlich die einfache Mehrheit, so sieht es die Reform des Wohnungseigentumsgesetzes vor, die dann in Kraft treten soll. Trotzdem haben unter Umständen alle Wohnungseigentümer die Kosten zu tragen – und nicht nur die Befürworter des Beschlusses. Das kann beispielsweise mit zwei Dritteln der Stimmen und mehr als der Hälfte der Eigentumsanteile beschlossen werden, wenn der Preis nicht »unverhältnismäßig« ist. Auch wenn sich die Kosten etwa einer Modernisierung in einer gewissen Zeit amortisieren, müssen alle zahlen, selbst die notorischen Bremser. Nach Inkrafttreten der Reform kann jeder Eigentümer zudem grundsätzlich auf eigene Kosten eine Lademöglichkeit für ein Elektrofahrzeug einbauen lassen, seine Wohnung barrierefrei umbauen, und er kann auch Baumaßnahmen zum Schutz vor Einbrechern durchsetzen, beziehungsweise um sich Zugang zu schnellem Internet zu verschaffen. Nicht zuletzt ermöglicht die Reform künftig die Onlineteilnahme an Eigentümerversammlungen. ASE

Foto: action press; Infografiken: Andrew Timmins für SPIEGEL GELD

Warum auch Sie für Wirecard zahlen müssen

Schick erklärt
Der Volkswirt Gerhard Schick, 48, saß bis 2018 für die Grünen im Bundestag. Heute ist er Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende, die für eine nachhaltige Finanzwirtschaft kämpft. Welche Fallstricke es für Privatanleger gibt, erklärt er in seiner Kolumne.

■ Regelmäßig werden mehrere Zehntausend Menschen in Deutschland Opfer von Anlagebetrug: 54 000 Investoren etwa haben ihr Geld dem pleitegegangenen Containeranbieter P&R anvertraut, 40 000 dem Fondshaus Wölbern, 11 000 dem Immobilienunternehmen S&K, 250 000 der Kapitalanlagegesellschaft Göttinger Gruppe.

Und nun Wirecard. Oft wird den Betroffenen Gier vorgeworfen oder gesagt, sie seien auf absurde Versprechungen hereingefallen.

Aber wenn hoch qualifizierte Wirtschaftsprüfer den Betrug nicht entdecken, sondern Jahr für Jahr ihr Siegel unter die Bilanzen setzen, wenn staatliche Aufseher nicht die kriminellen Machenschaften der Protagonisten erkennen – wie will man dann normalen Bürgern vorwerfen, sie hätten es sehen müssen?

Deutschland ist in vielerlei Hinsicht ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Das kostet jeden einzelnen Bürger Geld – und zwar in noch sehr viel größerem Ausmaß, als es vielen wahrscheinlich bewusst ist. Denn auch Skandale wie der um den Zahlungsdienstleister Wirecard oder der um die milliardenschweren sogenannten Cum-Ex-Geschäfte, die sich scheinbar weit weg vom Otto Normalbürger in den Chefetagen großer Konzerne abspielen, betreffen jeden Einzelnen von uns.

Bei Wirecard etwa gehören weit mehr Menschen zum Kreis der Geschädigten als nur diejenigen, die Wirecard-Wertpapiere gekauft hatten oder bei dem Unternehmen beschäftigt waren.

Viele passive Fonds (ETFs) beispielsweise, die den Dax abbilden, waren aufgrund ihrer Beschaffenheit automatisch bei Wirecard investiert. Denn Wirecard war im Dax. Doch auch viele aktiv gemanagte Fonds oder Pensionsfonds engagierten sich bei dem Konzern. Investmentprofis der großen deutschen Fondsgesellschaft DWS etwa hatten zeitweise massiv auf Wirecard gesetzt.

Jede Person, die ihnen Geld anvertraute, war insofern vom dramatischen Wertverlust der Wirecard-Aktie betroffen. Ihr Wert fiel von über 195 Euro Anfang September 2018 auf mittlerweile unter einen Euro.

Euro kostete eine Wirecard-Aktie Anfang September 2018 – Anfang November 2020 waren es rund 60 Cent.

Auch etliche Zertifikate hatten Wirecard als Basiswert, mit entsprechenden Schäden für die Inhaber. Mehrere Banken haben jeweils hohe Millionensummen an Wirecard verliehen. Ein Großteil davon wird unwiederbringlich verloren sein. Jeder, der direkt oder indirekt Wertpapiere dieser Institute besitzt oder ihr Kunde ist, spürt damit die Kreise, die der Wirecard-Skandal zieht. Das gilt auch für alle Steuerzahler: Wirecard hat sowohl von einer Tochter der staatlichen Förderbank KfW als auch von der teilstaatlichen Commerzbank Millionenkredite erhalten, die nun größtenteils verloren sein dürften.

Dass Deutschland im Kampf gegen Finanzkriminalität so schlecht aufgestellt ist, ist deshalb keineswegs etwas, das wir unbeteiligt anschauen sollten. Skandale wie der bei Wirecard sind nicht einfach nur ein guter Krimi, auch wenn mancher Drehbuchautor vor Neid blass werden könnte. Nein, es ist ein massives Ärgernis, dass interne Unternehmensorgane und externe Aufseher, wie beispielsweise die Finanzaufsichtsbehörden oder die Wirtschaftsprüfer, immer wieder versagen; dass Bundeskanzlerin Merkel in China noch für Wirecard warb, als längst schwerwiegende und unwiderlegte Vorwürfe gegen das Unternehmen im Raum standen.

Ein weiteres Beispiel für die Machtlosigkeit des Staates gegenüber Finanzkriminellen sind die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte, mit denen Banken und Unternehmer über Aktiendeals mindestens zehn Milliarden Euro an Steuern erbeuteten und damit den Bürgern aus der Tasche gezogen haben. Oder die vielen Geldwäscheskandale der vergangenen Jahre. Sie kosten uns alle bares Geld.

Und der finanzielle Schaden ist nicht alles. Auch das Vertrauen in den Rechtsstaat geht verloren, wenn sich der Staat bei Finanzkriminalität derart oft vorführen lässt; das Ansehen Deutschlands als Wirtschaftsstandort in der Welt kriegt mit jeder neuen peinlichen Geschichte erhebliche Kratzer.

Ich meine: Wir können uns als Gesellschaft diese Häufung von Finanzkriminalität nicht mehr leisten. Es muss Schluss sein mit der Nonchalance bei diesem Thema.

Foto: Finanzwende; Illustration: Tim Möller-Kaya für SPIEGEL GELD

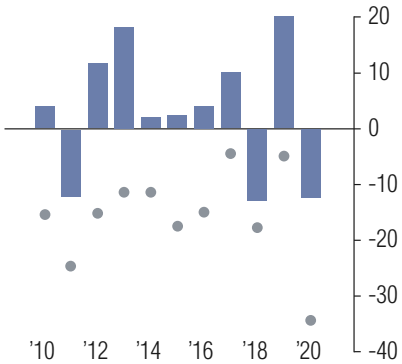
5 Gründe für den

Börseneinstieg in Krisenzeiten

Schluss mit dem Sparen bei Minizinsen!
Langfristig orientierten Anlegern bieten die Kapitalmärkte weit bessere Chancen. Auch jetzt!

1 SCHWANKUNGEN SIND NORMAL

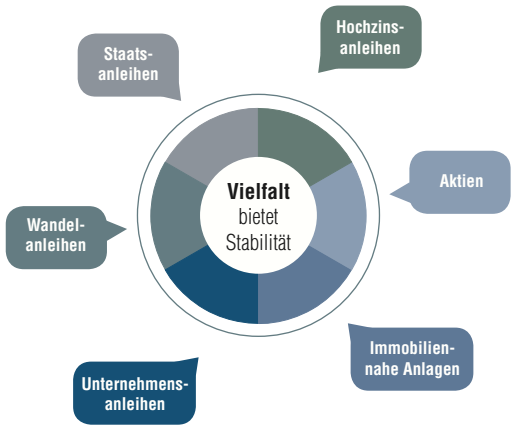
Klar, an der Börse geht's im Verlauf eines Jahres auch mal runter. Im Schnitt verlor Europas Aktienmarkt[1] seit 1989 pro Jahr zwischenzeitlich 15,2 %. Trotzdem endeten 76 % dieser Jahre im Plus.



Ertrag im Kalenderjahr
Verlust im Jahresverlauf

4 STREU! DEIN! RISIKO!

Mischfonds legen in eine große Anzahl von Aktien und Anleihen an. Die breite Streuung innerhalb der Fonds gleicht Schwankungen aus und minimiert das Risiko. Leidet die eine Anlage gerade unter Verlusten, kann die andere das ausgleichen.



Mischfonds eignen sich besonders als Basis eines Portfolios und für Anlageeinsteiger

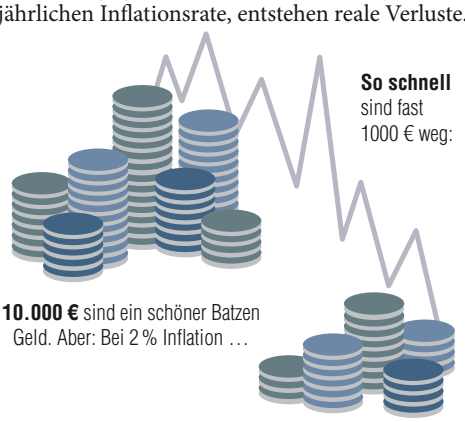
720 JAHRE

2 SO VIEL ZEIT HAT KEINER

Niedrig verzinste Sparprodukte bringen nichts – es sei denn, unsere Lebenserwartung steigt extrem. Wer aus 1000 € 2000 € machen möchte, braucht dafür bei heute üblichen Zinsen von 0,1 % 720 Jahre.

3 HAUPTGEGNER: INFLATION

Vollkommen zu Recht wird Inflation auch „Geldentwertung" genannt. Denn liegen Erträge unter der jährlichen Inflationsrate, entstehen reale Verluste.



5 KRISE ALS CHANCE

Mitten in der Finanzkrise 2008 legte das Fondsmanagement von J.P. Morgan Asset Management den JPMorgan Investment Funds – Global Income Fund auf. Der ausschüttende Mischfonds investiert in über 3000 Aktien und Anleihen mit attraktiven Dividenden und Zinsen. Seine annualisierte Ausschüttungsrendite lag seitdem nie unter 4 %.
Mehr Infos: www.jpmorganassetmanagement.de

Verluste sind möglich. Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist kein verlässlicher Indikator für aktuelle oder zukünftige Erträge. Ausschüttungen sind nicht garantiert. Bei diesem Dokument handelt es sich um Werbematerial. Die hierin enthaltenen Informationen stellen weder eine Beratung noch eine Anlageempfehlung dar. Bei sämtlichen Transaktionen sollten Sie sich auf die jeweils aktuelle Fassung des Verkaufsprospekts, der Wesentlichen Anlegerinformationen (Key Investor Information Document – KIID) sowie lokaler Angebotsunterlagen stützen. Diese Unterlagen sind kostenlos erhältlich beim Herausgeber und bei der deutschen Informationsstelle, JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch, Taunustor 1, D-60310 Frankfurt, sowie bei Ihrem Finanzvermittler. 0903c02a828922cc

J.P.Morgan
Asset Management

[1] MSCI Europe Index, 1980 bis 31.03.2020. Quelle: MSCI, Refinitiv Datastream, J.P. Morgan Asset Management. MSCI Europe, Erträge sind Kurserträge in Lokalwährung. Der Verlust im Jahresverlauf bezieht sich auf den größten Marktverlust vom Hoch zum Tief in einem kurzen Zeitraum während des Kalenderjahres. Die angegebenen Erträge beziehen sich auf die Kalenderjahre von 1980 bis 2019.

Schatz, wir müssen reden!

Lebensplanung Viele Paare vermeiden es, offen über Geld zu sprechen, die Folgen sind oft katastrophal. So können Sie es besser machen – und dabei verliebt bleiben.

■ Wenn Paare über Heirat nachdenken, über Kinder und ein gemeinsames Heim, dann dürften viele die Hoffnung hegen, später ähnlich innig auf das gemeinsame Leben zurückzublicken wie Edeltraud und Salman Schneider, 57 und 64.

Die Schneiders haben sich in einer Gärtnerei kennengelernt, 1983 war das – Edeltraud machte eine Ausbildung dort, Salman wollte eigentlich nur Geld verdienen, um dann in der Türkei zu studieren.

Sie heirateten schnell, in erster Linie, weil Salman Schneider als Kurde sonst nicht dauerhaft hätte in Deutschland bleiben können. Spätestens seit diesem Tag sei klar gewesen, dass man zusammenhalten würde, sagen beide – und dass es künftig kein Dein und Mein mehr gebe.

In den darauffolgenden Jahrzehnten lief es wie in vielen Haushalten auf dem schwäbischen Land. Salman Schneider arbeitete als Elektriker, Edeltraud Schneider kümmerte sich um die beiden Kinder und verdiente etwas dazu. Die Finanzen verwaltet bis heute sie, »und ich vertraue ihr da vollkommen«, sagt er.

Explizit besprochen haben die beiden dieses Arrangement nie, es hat sich einfach ergeben. Auch die Frage, was im Falle einer Trennung passieren könnte, kam nie auf.

Er werde niemals mit seiner Frau über Finanzielles streiten, beteuert Salman Schneider. »Notfalls«, sagt er, »würde ich alles ihr lassen.«

Die meisten Menschen halten es bis heute so, wenn sie verliebt sind. 58 Prozent der Bürger unterscheiden nicht, wem was gehört in einer Beziehung – und 62 Prozent gehen davon aus, dass sich der Partner nach einer Trennung sicher gerecht verhalten würde. So lautet das Ergebnis einer Umfrage der Datingplattform ElitePartner.

Jeder Zweite findet demnach, Geld sollte in der Liebe keine Rolle spielen. Und viele Paare diskutieren offener über ihre sexuellen Wünsche als über ihre Finanzen.

Geld ist, wenn man so will, eines der letzten Tabus in der Liebe. Das kann allerdings gefährlich sein.

Wenn nämlich die Vorstellungen, wie mit Geld umzugehen ist, weit auseinandergehen, kann das schnell zur Belastung für eine Beziehung werden. Und wenn nicht geklärt wird, wie einer im Notfall finanziell ohne den anderen klarkommen könnte oder was im Falle einer Trennung geschieht, kann das im Ernstfall die Existenz bedrohen.

Auffällig ist, dass bei vielen Paaren Geld erst ein Thema wird, wenn die Beziehung ohnehin kriselt. So war es auch in der Ehe von Olga O., 44. O. ist als Modellmacherin bei einer Modemarke angestellt – sie macht aus den Entwürfen der Designer tragbare Kleidung. Ihr Noch-Ehemann sei Immobiliengutachter, sagt sie.

Beide beschlossen, als sie zusammenzogen, ihr Geld einfach zusammenzuwerfen, ein gemeinsames Konto zu eröffnen. So berichtet es jedenfalls O. selbst, ein Gespräch mit ihrem Ex-Partner ist nicht möglich.

Ihrer Erzählung zufolge gingen die beiden zunächst stillschweigend davon aus, dass ihre Vorstellungen vom Umgang mit Geld schon irgendwie deckungsgleich wären. Als es nicht mehr rundlief, hätten jedoch die Auseinandersetzungen auch ums Geld angefangen, sagt O.

Ihr Mann habe ihr vorgeworfen, zu viel für sich auszugeben. Sie findet das noch heute vollkommen unberechtigt. Irgendwann habe er die Zahlungen auf das gemeinsame Konto nur noch sporadisch getätigt, sagt sie. Ein Großteil der Alltagsausgaben sei so bei ihr hängen geblieben.

2018 ging die Beziehung nach 15 Jahren auseinander. Bis heute ist das Scheidungsverfahren nicht abgeschlossen, weil es noch immer Uneinigkeiten in den finanziellen Fragen gibt.

Geschichten wie diese hört der Paartherapeut Hans-Georg Lauer oft. »Beim Thema ›Geld‹ herrscht Sprachlosigkeit, es kommt zu Missverständnissen, unterschwelligen Vorwürfen, Ärger – und irgendwann zur ernsthaften Krise«, sagt er.

Problematisch wird es etwa dann, wenn materielle Zuwendung als Gradmesser für die Zuneigung des anderen gewertet wird, sagt Lauer. Eine fatale Vermengung. »Wenn einer dem anderen dann einen Kinogutschein zum Geburtstag schenkt, das Gegenüber aber mindestens einen schicken Restaurantbesuch erwartet hat, reagieren viele Menschen verletzt.« Obwohl der Grund oft nicht die Beziehung, sondern schlicht die Historie des Partners sei.

Denn der Umgang mit Geld ist sehr unterschiedlich, und er hat viel mit dem eigenen Sicherheitsbedürfnis zu tun. »Dieses Sicherheitsbedürfnis ist ein ganz wesentlicher Zug«, wie Lauer sagt, »und wird schon in der Kindheit geprägt.« Wer in einer Familie aufgewachsen ist, in der die Angst um die Existenz allgegenwärtig war, wird später anders mit Geld umgehen als jemand, in dessen Umfeld Geld nie eine

Illustrationen: Lennart Gäbel für SPIEGEL GELD

Tipp

► **Versicherungscheck** Wenn Sie mit Ihrem Partner zusammenziehen, sollten Sie ihre Versicherungsverträge durchsehen. Bei Haftpflicht-, Hausrat- und Rechtschutzversicherung macht es oft Sinn, dass ein Partner beim anderen in den Vertrag einsteigt. Der jüngere Vertrag kann in der Regel gekündigt werden, der ältere bleibt bestehen. Achtung beim Thema Haftpflicht: Wenn Sie gemeinsam einen Vertrag haben, zahlt die Versicherung normalerweise nicht mehr, wenn der eine etwas beschädigt, das dem anderen gehört. In jedem Fall aber ist eine Haftpflichtversicherung ein Muss: Sie zahlt zum Beispiel, wenn man bei einem Unfall jemanden verletzt und Kosten für Behandlung oder Schmerzensgeld entstehen, die existenzbedrohend hoch sein können.

Rolle gespielt hat. Weil einfach genug da war. »Und die Krux ist, dass sich das auch nicht mehr grundlegend ändern wird«, sagt Lauer.

Schwierig wird es dann, wenn zwei vollkommen unterschiedliche Geldtypen aufeinandertreffen. Wenn sie sich beispielsweise gern etwas gönnt, auch mal einen Caffè Latte für fünf Euro kauft, er aber trotz üppigen Gehalts lieber Brötchen für den Ausflug schmiert, anstatt irgendwo einzukehren.

Sie erscheint ihm dann womöglich verschwenderisch, während sie ihn unerträglich geizig findet.

Umso wichtiger sei es, von Anfang an in einer Beziehung offen über Geld zu sprechen, findet Lauer. Was bedeutet Geld für mich? Wie stelle ich mir meine finanzielle Zukunft vor? Wie viel Luxus brauche ich und wie viele Ersparnisse, um mich sicher zu fühlen? Und: Welche Kompromisse kann ich eingehen? »Gerade in der ersten Phase der Verliebtheit kann man solche Themen gut besprechen, weil man offen ist für den anderen und es noch keine Verletzungen gibt.«

Dein Geld, mein Geld, unser Geld? Die Haushaltskasse

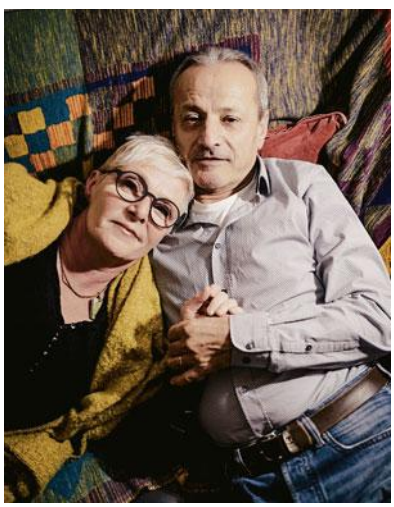
Spätestens wenn man zusammenzieht, ist es Zeit, Geld zum Thema zu machen. Wer zahlt wie viel Miete? Wer die Einkäufe? Wer die Möbel? Und: Welche gemeinsamen Verträge müssen abgeschlossen werden?

Grundsätzlich gilt, dass Zusammenziehen natürlich in vielen Bereichen Geld spart. Es fängt schon beim Rundfunkbeitrag an, der nur pro Haushalt und nicht pro Person erhoben wird.

Auch bei vielen Versicherungen kann der Partner kostenlos mitversichert werden, dafür muss man oft nicht einmal verheiratet sein (siehe Kasten oben).

Aber welche Kostenaufteilung gerecht erscheint, muss jedes Paar abhängig vom eigenen Einkommen selbst entscheiden. Auch die Frage, ob ein gemeinsames Konto eröffnet wird, ist Typsache. Allerdings sollten auf ein gemeinsames Konto keine größeren Summen fließen, wie etwa eine Erbschaft oder auch hohe monatliche Gehaltszahlungen: Das nämlich könnte der Fiskus als Schenkung eines Partners an den anderen werten – und entsprechend Steuern verlangen.

Viele Experten empfehlen deshalb ein Drei-Konten-Modell, bei dem eines für die gemeinsamen Ausgaben vorgesehen ist und von beiden Partnern monatlich mit einer bestimmten Summe bestückt wird. Das ist steuerlich unproblematisch. Darüber hinaus hat jeder Partner dann noch ein eigenes Konto. Wer will, kann dem anderen den Zugriff über eine Vollmacht ermöglichen. Diese kann auf Wunsch auch erst im Todesfall greifen oder wenn man fürsorgebedürftig werden sollte.



Ehepaar Edeltraud und Salman Schneider
»Notfalls würde ich ihr alles lassen«

Auch wer gemeinsame Kinder plant, sollte sich dringend frühzeitig unterhalten: darüber nämlich, wer wie lange im Job pausiert – und ob er oder sie dafür einen finanziellen Ausgleich bekommt. Denn auch wenn viele werdenden Eltern planen, ihre Kinder gleichberechtigt aufzuziehen, fallen zumindest die meisten heterosexuellen Paare nach der Geburt in traditionelle Rollenmuster zurück: Er ist der Hauptverdiener, sie kümmert sich mehr um die Familie. 2019 waren zwar fast 75 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern erwerbstätig – rund zwei Drittel von ihnen allerdings in Teilzeit. Noch dazu arbeiten Frauen in Deutschland oft höchstens 25 Stunden pro Woche.

Gründe dafür gibt es sicher viele, eines der Hauptprobleme allerdings dürfte sein, dass es in Deutschland steuerlich durchaus Sinn macht, wenn ein Partner sehr viel weniger verdient als der andere. Schuld ist eine typisch deutsche Rechenformel, die Kritiker reichlich anachronistisch finden und die fatale Anreize setzt: das Ehegattensplitting. Dabei werden die Einkommen der beiden Partner zusammengerechnet, halbiert, und erst dann wird der jeweilige Steuersatz festgelegt.

Weil in Deutschland ein progressiver Steuersatz gilt, höhere Einkommen prozentual also auch stärker besteuert werden, mindert das den Steuersatz des Besserverdienenden. Nennenswert allerdings nur, wenn er wirklich sehr viel mehr verdient als sein Partner. Das kann im besten Fall viele Tausend Euro Steuerersparnis im Jahr bringen.

Da die meisten Paare, die das Ehegattensplitting nutzen, dafür die Steuerklassen III und V wählen (siehe Kasten rechts), landet dieses Plus beim ohnehin finanziell stärkeren Partner.

Das birgt erhebliche Risiken für den finanziell Schwächeren in einer Beziehung – und das sind oft Frauen.

Vor allem viele verheiratete Frauen begnügen sich auch wegen des Ehegattensplittings gleich mit einem 450-Euro-Job, bei dem für den Arbeitnehmer keine Steuern und Sozialabgaben anfallen. So können sie mit ihrem Ehe-

partner den maximalen Splittingvorteil steuerlich geltend machen. Hinzu kommt, dass Minijobber sich bei ihrem Ehepartner auch noch kostenlos in der Krankenkasse mitversichern können, wenn dieser gesetzlich versichert ist.

Aber: Sie stecken damit rein rechnerisch in einer Zwickmühle. Denn wenn verheiratete Minijobber ihre wöchentliche Arbeitszeit erhöhen wollen, müssen sie die Stundenzahl schon gehörig aufstocken, um den Effekt finanziell auch zu spüren. Viele, die ein solches Szenario einmal durchgerechnet haben, ziehen die Schlussfolgerung: Das lohnt sich nicht.

Das trifft natürlich nur zu, wenn man die Finanzen gemeinsam betrachtet. Denn vor allem für Frauen sind die Folgen fatal. Eine vom Bundesfamilienministerium veröffentlichte Studie von 2016 zeigte: 63 Prozent der verheirateten Frauen zwischen 30 und 50 Jahren verdienten weniger als 1000 Euro netto im Monat. Viele waren offenbar abhängig von ihren Männern.

Über das gesamte Erwerbsleben hinweg, so haben es Wissenschaftlerinnen der Bertelsmann-Stiftung jüngst vorgerechnet, verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt nur etwas mehr als die Hälfte der Erwerbseinkommen von Männern.

Dabei hätten vor allem Mütter das Nachsehen, so die Forscherinnen – das Erwerbseinkommen kinderloser Frauen nähere sich dem von Männern inzwischen an.

Ehepaar Daniel und Anja Faißt
»Vielleicht weil Scheidung für uns keine Rolle spielt«

Um die Altersvorsorge von Frauen und insbesondere von Müttern ist es dementsprechend oft schlecht bestellt. Immer wieder zeigen Untersuchungen, wie sich die unterschiedlichen Einkommen auf den Ruhestand auswirken: Eine Studie der Universität Mannheim und der niederländischen Tilburg University, die 2019 die Rentenansprüche von Frauen und Männern verschiedener Altersklassen betrachtete, kam beispielsweise zu dem Schluss, dass die durchschnittlich zu erwartende Rentenlücke der Frauen bei 26 Prozent lag.

Kritiker würden deshalb am liebsten als erste Maßnahme das Ehegattensplittings abschaffen oder stark reformieren. Es treibe Frauen in die Abhängigkeit und sei unfair gegenüber unverheirateten Familien mit Kindern, auch gegenüber Alleinerziehenden, die bislang lediglich einen Entlastungsbetrag von 1908 Euro beim ersten Kind auf ihr Einkommen geltend machen konnten – 2020 und 2021 sind es wegen der Coronakrise jeweils 4008 Euro.

Tatsache ist allerdings auch, dass viele Frauen sich bewusst dafür entscheiden, weniger zu arbeiten, wenn sie Kinder bekommen. Weil es dabei ja nicht nur ums Geld geht.

So etwa Anja Faißt, 31. Sie war für ihre Tochter, 1, zunächst für zehn Monate in Elternzeit, jetzt arbeitet sie in Teilzeit. Dabei hat sie vor der Geburt der Kleinen als Schulsozialarbeiterin sogar mehr verdient als ihr Mann Daniel, 31, der Jugendreferent bei der Evangelischen Kirche ist.

Rein rechnerisch würde es also Sinn machen, die Rollen zu tauschen: dass Anja Faißt Vollzeit arbeitet und ihr Mann mehr Arbeit zu Hause übernimmt. Doch das möchte Anja Faißt nicht, sie will als Mutter präsent sein. Aber auch Daniel Faißt will für sein Kind da sein.

Nach Überlegungen, ob künftig Daniel der Hauptverdiener werden sollte, ist deshalb nun auch er nach seiner Elternzeit nur mit 75 Prozent in den Job zurückgekehrt. Jetzt haben also beide finanzielle Einbußen – auch wenn sie, ähnlich wie die Schneiders, so nicht denken. Denn auch die Faißts trennen nicht danach, was wem gehört. Es gibt ein gemeinsames Konto, von dem sich beide bedienen können; wenn etwas teurer ist als 50 Euro, wird es mit dem Partner besprochen. Das ist die einzige

Tipp

► **Ehegattensplitting** Die meisten Paare nutzen für das Ehegattensplitting die Steuerklassen III und V. Dabei kommen dann beispielsweise beide Grundfreibeträge beim monatlichen Lohnsteuerabzug dem Inhaber der Steuerklasse III zugute, der normalerweise der besserverdienende ist. Der Vorteil: Der Inhaber der Steuerklasse III spart kräftig Steuern. Der Nachteil: Das monatliche Netto des Inhabers der Steuerklasse V ist mickrig. Meist sind das die Ehefrauen. Das hat nicht nur psychologische Auswirkungen auf viele, die das Gefühl bekommen, für einen Hungerlohn zu arbeiten. Die Steuerklasse V hat auch ganz praktische Konsequenzen. Das monatliche Nettogehalt nämlich ist ausschlaggebend für verschiedene Lohnersatzleistungen: Dazu gehören Arbeitslosengeld, Elterngeld, Kurzarbeitergeld und Krankengeld. Für das Elterngeld oder das Arbeitslosengeld ist beispielsweise das Gehalt der letzten zwölf Monate Bezugsgröße.

Wer also weiß, dass er auf eine solche Leistung demnächst angewiesen sein könnte, sollte erwägen, mit seinem Ehegatten rechtzeitig die Steuerklassen zu tauschen. Dann zahlt der Partner zwar mehr Steuern, das wird im Rahmen der Einkommensteuererklärung aber wieder ausgeglichen.

Eine andere Möglichkeit ist, ganz auf die ungleiche Steuerklassenaufteilung zu verzichten, dann bleiben beide Partner in der Steuerklasse IV. Splitten können sie trotzdem. Entweder am Ende des Jahres über die Steuererklärung – dann kommt der Splittingvorteil als einmalige Nachzahlung auf dem Konto an. Oder ein Paar nutzt das noch wenig bekannte Faktorverfahren, bei dem die wahrscheinliche steuerliche Ersparnis monatlich auf die beiden Ehepartner aufgeteilt wird – ungefähr anteilig zu dem Beitrag, den sie zum Gesamteinkommen leisten.

Das Faktorverfahren hat den Vorteil, dass der Lohnsteuerabzug oft recht genau der Steuerschuld entspricht, es muss also recht wenig nachgezahlt werden am Ende des Jahres. Allerdings muss es beim Finanzamt alle zwei Jahre neu beantragt werden.

Fotos: Roman Pawlowski

finanzielle Absprache, die es zwischen ihnen gibt.

»Vielleicht weil Scheidung für uns keine Rolle spielt«, sagt Daniel Faißt. »Wir kommen beide aus christlichen Elternhäusern, das prägt uns sehr.«

Wenn aber sowieso alles in der Familie bleibt, warum sollte man das Geld dann nicht auch ganz bewusst gerecht auf beide Partner verteilen? Auf jeden Fall sollte man über einen finanziellen Ausgleich reden, wenn ein Elternteil beruflich stärker zurücksteckt für die Familie; das jedenfalls regen Finanzberater, Paartherapeuten und Juristen an. Wer beispielsweise monatlich eine feste Summe in einen ETF-Sparplan einzahlt, kann gewisse Lücken bei der gesetzlichen Rente so ausgleichen.

Auch psychologisch sei es durchaus von Bedeutung, wer wie viel eigenes Geld habe in einer Beziehung, sagt die Ökonomieprofessorin Miriam Beblo. Sie bat vor einigen Jahren in einem Experiment Paare, Geld auszugeben, das sie in Form von Einkaufsgutscheinen bekommen hatten. »Dabei machte es einen Unterschied, wem wir die Bons in die Hand gedrückt haben«, sagt Beblo. Derjenige hätte dann auch mehr Einfluss auf die Entscheidung genommen, was damit gemacht wird.

Scheinbar gilt die alte Lebensweisheit meist doch: Wer zahlt, schafft an.

Stein auf Stein: Die gemeinsame Immobilie

Heirat, Kinder, Eigenheim, so lautet der Dreiklang fürs Lebensglück für viele Paare. Vor allem jetzt, da die Bauzinsen sagenhaft niedrig sind und die Mieten immer unbezahlbarer werden, setzen viele auf die eigenen vier Wände.

Paare sollten sich beim gemeinsamen Immobilienkauf aber bewusst sein, dass kaum eine Entscheidung so weitreichende finanzielle Konsequenzen hat. Denn die Liebe lässt sich schwerlich in Beton gießen. Und wenn eine Beziehung auseinanderbricht, kann das Eigenheim zur Nervenprobe und im schlimmsten Fall zur existenziellen Bedrohung werden. Denn es lässt sich meist schwer aufteilen – deshalb stellt sich die Frage, ob sich einer der Partner die Wohnung oder das Haus auch allein leisten und den anderen entsprechend auszahlen könnte. Oft ist das nicht der Fall, und die Ex-Partner müssen die Immobilie unter Umständen verkaufen, egal, welche Marktbedingungen gerade vorliegen.

Sind beide Eigentümer, müssen sie sich auch noch über die Konditionen einig werden. Denn keiner kann die Immobilie ohne Zustimmung des anderen veräußern. Wenn sich die ehemaligen Partner darüber zerstreiten, kommt es im schlimmsten Fall zu einer sogenannten Teilungsversteigerung (siehe Kasten unten).

Schon beim Kauf müssen Paare deshalb eine wichtige Entscheidung treffen: Sollen beide im Grundbuch als Eigentümer eingetragen werden oder nur einer?

Bei nicht verheirateten Paaren ist die Antwort klar: Wer nicht im Grundbuch steht, geht im Trennungsfall leer aus. Bei Ehepaaren hingegen scheint es auf den ersten Blick auch Argumente für eine andere Lösung zu geben.

Ist nur einer Eigentümer, vermeidet das Paar zumindest, nach einer Scheidung unter Umständen lange Auseinandersetzungen über eine etwaige Veräußerung zu führen. Und dennoch haben beide gewisse Rechte an der Immobilie: Weil in einer Ehe oft der sogenannte Güterstand der Zugewinngemeinschaft gilt, teilen die Partner das in der Ehe angehäufte Vermögen nach Abzug der Schulden auf. Das gilt im Prinzip auch für die in der Ehe erworbene Immobilie, wenn nicht beide im Grundbuch stehen.

Es besteht in der Regel auch nicht die Gefahr, dass ein Partner den anderen bei einer Trennung einfach aus der Wohnung werfen kann – zumindest nicht, wenn das Heim die sogenannte Ehewohnung war, also Mittelpunkt des gemeinsamen Lebens.

Bei Konflikten kann sich ein Ehepartner das gemeinsame Heim ganz oder teilweise vom Familiengericht zuweisen lassen, es sind allerdings triftige Gründe für einen solchen Antrag nötig. Wer Eigentümer ist, spielt bis zur Rechtskraft der Scheidung dabei keine Rolle. Das Wohnrecht wird demjenigen zugewiesen, der stärker auf die Unterkunft angewiesen ist – meistens demjenigen, der minderjährige Kinder betreut.

Nach Rechtskraft der Scheidung allerdings wird in der Regel demjenigen das Wohnrecht zugewiesen, dem die Ehewohnung gehört. Viele Juristen raten deshalb vor allem bei einer selbst genutzten Immobilie, dass auch Ehepartner immer beide als gleichberechtigte Miteigentümer im Grundbuch stehen sollten. So vermeidet man bei der Scheidung auch den Streit um die Höhe des Zugewinnausgleichs, der im Falle einer Wohnung oder eines Hauses oft schwer zu beziffern ist.

Wenn einer der Partner mehr Kapital oder Arbeitsleistung einbringt, kann das im Grundbuch aber auch durch unterschiedliche Bruchteile am Miteigentum ausgedrückt werden – dann einigt man sich beispielsweise auf 60 zu 40 Prozent.

Für unverheiratete Paare ist beim Immobilienkauf eine Rechtsberatung ein Muss, weil wichtige Fragen geklärt werden müssen. Wer hat welches Wohnrecht bei einer Trennung? Und wie sieht es für den Fall aus, dass ein Partner stirbt?

Tipp

► **Teilungsversteigerung** Wenn sich die Besitzer einer Immobilie nicht einig werden, was mit dieser geschehen soll, bleibt unter Umständen nur eine spezielle Form der Zwangsversteigerung: die Teilungsversteigerung. Sie birgt erhebliche Risiken, denn der Erlös liegt unter Umständen deutlich unter dem Verkehrswert. Die Ex-Partner können also richtig Geld verlieren. Eine Teilungsversteigerung kann allerdings beispielsweise Sinn machen, wenn ein Ex-Partner die Immobilie für sich möchte, mit dem anderen aber keine Einigung über den Preis erzielt. Wenn er mit einem Anteil von mindestens zehn Prozent im Grundbuch steht, kann er eine Teilungsversteigerung erzwingen – auf die Gefahr hin, dabei dann überboten zu werden von jemandem anders. Der andere Ex-Partner kann zudem mit guter Begründung eine Einstellung des Verfahrens für meist sechs Monate erwirken. Ein solcher Antrag kann zweimal gestellt werden – zum Wohle eines Kindes auch öfter, dann mit einer maximalen Verzögerung von fünf Jahren.

»Die Eheschließung ist eine wirtschaftliche Entscheidung. Die Partner unterwerfen sich damit dem Gesetz, da sollte man schon dessen Bedingungen kennen.«

Grundsätzlich gilt dabei, dass kein Vertrag die finanziellen und rechtlichen Vorteile einer Ehe ausgleichen kann.

Zwar können sich nicht verheiratete Paare für den Todesfall im Testament berücksichtigen und dem anderen ein lebenslanges Nießbrauchrecht an der gemeinsamen Immobilie vertraglich zusichern. Wer mit seinem Partner nicht verheiratet ist, muss aber beispielsweise sehr viel höhere Erbschaftsteuern zahlen, wenn dieser stirbt. Für Ehepartner nämlich gilt ein Freibetrag von 500 000 Euro, beim ledigen Partner sind es nur 20 000 Euro.

Außerdem hat dieser nach dem Tod des anderen – anders als ein Ehegatte – kein Anrecht auf einen Zugewinnausgleich. Wenn er oder sie also im Grundbuch als Miteigentümer stehen mit einem Anteil von 50 Prozent, dann können die Verwandten des verstorbenen Partners auf die anderen 50 Prozent ihren Pflichtteil geltend machen. Dieser muss unter Umständen in bar ausbezahlt werden. Pflichtteilberechtigt sind Kinder oder deren Abkömmlinge; wenn es keine gibt, die Eltern.

Bis dass der Tod uns scheidet? Die Vorteile der Ehe

Jurist Norbert Maes rät Paaren deshalb grundsätzlich zur Ehe, wenn sie Kinder bekommen oder eine Immobilie zusammen kaufen. »Eine Scheidung kostet zwar ein paar Tausend Euro, aber das wird durch die Vorteile aufgewogen.«

Maes weiß, wovon er spricht. Er ist Scheidungsanwalt, und unter seinen Mandanten sind so einige, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren Familien gründeten und Heiraten spießig fanden. »Vor allem die Frauen sind in solchen Konstellationen die großen Verlierer«, sagt Maes. »Beruflich haben sie nämlich für die Kinder oft trotzdem zurückgesteckt und dem Partner das Geldverdienen überlassen. Wenn diese Frauen verlassen werden oder sich trennen, sind sie oft schockiert, wie wenig ihnen bleibt.«

Denn auch wenn sich ein Partner über Jahre hinweg um die gemeinsamen Kinder kümmert, hat er oder sie ohne Ehe im Trennungsfall nur selten ein Anrecht auf einen finanziellen Ausgleich. »Da bleibt dann nur die Möglichkeit, an den Anstand des Ex-Partners zu appellieren«, sagt Maes.

Immerhin: Seit 2008 gilt zumindest, dass auch ein nicht verheirateter Elternteil, ähnlich wie ein früher verheirateter, dem anderen in der Regel einen Betreuungsunterhalt zahlen muss, wenn der sich um gemeinsame Kinder

kümmert, mindestens in deren ersten drei Lebensjahren. Wer heiratet und in der Ehe für die Familie persönlich zurücksteckt, ist finanziell aber trotzdem sehr viel besser abgesichert.

Auch wenn viele Menschen über die Details der Ehe erschreckend schlecht informiert sind, wie Ingeborg Rakete-Dombek, Fachanwältin für Familienrecht, immer wieder feststellen muss. »Die Eheschließung ist in erster Linie eine wirtschaftliche Entscheidung. Die Ehepartner unterwerfen sich damit dem Gesetz, da sollte man schon mal dessen Bedingungen kennen«, sagt sie. Denn diese führen nach der Trennung nicht immer zu gerechten Ergebnissen.

Der Teufel liegt wie so oft im Detail. Da die Ehe eine Zugewinngemeinschaft ist, wenn nichts anderes vereinbart wurde, sollten beide Partner am besten vor der Heirat Inventur machen, wer was eingebracht hat. Auch Schenkungen und Erbschaften sollten später dokumentiert werden, weil sie nicht zum Zugewinn gehören. Die Wertsteigerung, die eine Schenkung im Laufe der Ehe genommen hat, muss dagegen wiederum aufgeteilt werden.

Wenn einer der Partner ein eigenes Unternehmen in die Ehe mitbringt, sollte außerdem auf jeden Fall ein Ehevertrag gemacht werden, sagt Jurist Maes. »Am besten, man nimmt das Unternehmen aus der Zugewinngemeinschaft heraus und legt für den Trennungsfall einen anderen Ausgleich fest.«

Andernfalls muss die etwaige Wertsteigerung des Betriebs nach einer Trennung womöglich per Gutachter ermittelt werden, das könne 10 000 Euro oder mehr kosten, so Maes. »Gerade bei kleinen Betrieben gerät der Unternehmensinhaber auch schnell in existenzielle Nöte, wenn er seinen Ex-Partner auszahlen muss. Denn nur weil der Betrieb auf dem Papier viel wert ist, heißt das nicht, dass großartig liquide Mittel vorhanden sind.«

Sowieso hilft es, von Anfang an in einem Ehevertrag die Frage des Unterhalts für den Fall einer Scheidung zu regeln – denn das Thema ist nicht unbedingt einfacher geworden, seit 2008 das Unterhaltsrecht grundlegend reformiert wurde.

Bis dahin konnte ein geschiedener Ehegatte vom Besserverdienenden oft lebenslang Unterhalt erwarten und damit seinen bisherigen Lebensstandard weiterführen. Auch Eltern, die sich nach der Scheidung um gemeinsame Kinder zu kümmern hatten, profitierten: So musste etwa eine Mutter mit Kindern unter 8 Jahren im Haushalt nach einer Scheidung gar nicht arbeiten gehen, waren die Kinder zwischen 8 und 15 Jahre alt, dann war ihr ein Halbtagsjob zuzumuten. Erst nach dem 18. Geburtstag ihres Nachwuchses konnte man von ihr eine Vollzeittätigkeit erwarten.

Mit der Reform 2008 wurde allerdings die Idee der Eigenverantwortlichkeit im Unterhaltsrecht stärker betont. »Einmal Zahnarztgattin, immer Zahnarztgattin – das gilt nicht mehr«, erklärte die zuständige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) damals.

Geschiedene Leute: Die Kosten einer Trennung

Grundsätzlich gilt noch immer: In der Trennungsphase – also bis die Scheidung rechtskräftig wird – hat ein Ehegatte Anspruch auf sogenannten Trennungsunterhalt, wenn er weniger verdient als der andere (siehe Kasten oben). Nach der Scheidung gilt, dass ein Ehegatte Anspruch auf Betreuungsunterhalt hat, wenn er oder sie Kinder unter drei Jahren zu betreuen hat. So lange ist der Elternteil nicht verpflichtet, einer regelmäßigen Tätigkeit nachzugehen.

Danach ist ihr oder ihm aber theoretisch ein Vollzeitjob zuzumuten, urteilte der Bundesgerichtshof 2011. Voraussetzung ist, dass ausreichende Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind und dass das Kind keine außergewöhnlichen Bedürfnisse hat (Az.: XII ZR 94/09). »Das heißt aber nicht, dass es danach keinen nachehelichen Unterhalt mehr gibt«, sagt Familienrechtanwältin Ingeborg Rakete-Dombek. »Diesem Irrtum sitzen viele meiner Mandanten erst einmal auf, wenn sie zu mir kommen.«

Tatsächlich können ehemalige Partner zum Beispiel »ehebedingte Nachteile« geltend machen – wenn sie etwa für die Familie auf eine Karriere verzichtet haben und das auch nachweisen können. Das kann im Einzelfall schwierig sein, wenn nicht gerade ein altes schriftliches Jobangebot vorliegt, auf das der oder die Betroffene für die Kinder verzichtet hat.

Außerdem kann ein Unterhaltsanspruch vorliegen, wenn einer der Ehepartner lange nicht gearbeitet hat und nun zu alt ist, um noch einen Job zu finden; oder wenn eine Krankheit vorliegt; sogar ein sogenannter Aufstockungsunterhalt ist immer noch möglich, wenn der schlechter verdienende Partner nach der Ehe seinen Lebensstandard erheblich einschränken müsste, weil sein eigener Job zu wenig Geld einbringt.

Der Unterschied zu früher liegt vor allem darin, dass ehemalige Ehepartner einen solchen Anspruch sehr gut begründen und darlegen müssen. Wie schwer das in der Regel ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Anwalt Maes, der viele Frauen vertritt, sagt: »Vor allem Frauen, die lange für die Familie beruflich zurückgesteckt haben, sind Leidtragende dieser Unterhaltsreform. Es ist oft kaum möglich nachzuweisen, dass eine Frau ehebe-

Tipp

► **Unterhalt** Nach der Trennung hat der schlechter verdienende Partner bis zur Rechtskraft der Scheidung Anspruch auf sogenannten Trennungsunterhalt, wenn der Partner nach Abzug eines Selbstbehalts von 1280 Euro noch leistungsfähig ist. Der Trennungsunterhalt beträgt meist drei Siebtel oder in Süddeutschland auch 45 Prozent des bereinigten Nettoeinkommens des Partners – beziehungsweise der Einkommensdifferenz, wenn beide Partner arbeiten. Achtung: Für das bereinigte Nettoeinkommen sind neben Steuern und Sozialabgaben verschiedene weitere Posten abzugsfähig wie etwa regelmäßige Zahlungen zur Altersvorsorge. Es entspricht also nicht dem Nettoeinkommen auf dem Lohnzettel. Die Drei-Siebtel-Rechenformel wird in der Regel auch für den sogenannten Betreuungsunterhalt angewandt. Dieser steht einem betreuenden Elternteil beispielsweise nach Trennung oder Scheidung zu, etwa wenn ein Kind unter drei Jahre alt ist. Dafür müssen die Eltern nicht einmal verheiratet gewesen sein.

dingte Nachteile hatte – wie will man schließlich beweisen, wie ein Leben ohne Familie verlaufen wäre?«

Anwältin Rakete-Dombek dagegen trifft auch immer wieder auf männliche Mandanten, die sich in falscher Sicherheit wiegen. »Ich habe viele Männer bei mir sitzen, die denken, sie müssen ihrer Frau nach der Scheidung überhaupt nichts zahlen. Die sind dann bass erstaunt, wenn der Richter anders entscheidet. Und das kommt oft vor.«

Es lohnt sich deshalb für jedes Paar, egal ob Mann/Frau, Mann/Mann oder Frau/Frau, sich vor der Ehe rechtlich beraten zu lassen und im besten Fall auch gleich einen Ehevertrag zu schließen.

Manche Experten argumentieren zwar, dass sich am Anfang einer Ehe gar nicht absehen lasse, wie sich die Finanzen und die Arbeitsverteilung entwickeln. Im schlimmsten Fall wirke sich der Ehevertrag dann nachteilig für einen Partner aus, wenn der darin etwa auf den Zugewinnausgleich verzichtet. Solche Regelungen sollte man sich gut überlegen. Andererseits bietet ein Ehevertrag die Gelegenheit, vor oder auch während der Ehe Inventur zu machen und wichtige Themen wie Altersvorsorge und Vermögensaufbau grundlegend zu besprechen und zu regeln.

So verhindert man für den Fall einer Trennung böse Überraschungen, wie sie etwa Olga O. erlebt hat.

O. nämlich war während ihrer Ehe fest angestellt, ihr Partner selbstständig, wie sie erzählt. Obwohl sie vor allem anfangs sehr viel weniger verdient habe als er, müsse sie bei der Scheidung die Hälfte ihrer Rentenpunkte an ihn übertragen, die sie in der Ehe bei der gesetzlichen Rentenkasse angesammelt hat. Zwar hat auch sie von Gesetzes wegen Anspruch auf die Hälfte seiner Altersvorsorge in der Ehezeit, allerdings bringt das nach O.s Worten kaum einen Ausgleich. Ihr Noch-Ehemann habe nicht viel für die Altersvorsorge investiert in diesen Jahren.

Natürlich stünde ihr trotzdem noch ein Ausgleich zu für das, was er angespart hat in den gemeinsamen Ehejahren, fügt sie hinzu. Ihr Anwalt hat da ihrer Darstellung zufolge eine ziemlich erkleckliche Summe errechnet. Ob sie dieses Geld aber erstreiten kann, ist fraglich. Zum einen muss sie nachweisen, dass die Berechnungen ihres Anwalts wirklich stimmen. Zum anderen leidet O. unter der finanziellen und mentalen Belastung der langwierigen Auseinandersetzung.

»Heute, im Nachhinein, wünschte ich, wir hätten diese Fragen allesamt geklärt, als wir zusammengekommen sind«, sagt sie. »Das hätte mir viel Geld und Nerven erspart.«

Frank Brunner, Anne Seith

Mehr zum Thema

- Helma Sick, Renate Schmidt: »Ein Mann ist keine Altersvorsorge«. Aktualisierte Auflage, Penguin; 224 Seiten; 10 Euro.
- Johann C. Köber: »Alles, was Sie über Heirat und Finanzen wissen müssen«. FinanzBuch Verlag; 176 Seiten; 14,99 Euro.
- »Aus und Vorbei. Hilfe bei Scheidung und Trennung«. Aktualisierte Edition 2018, Stiftung Warentest; 192 Seiten; 19,90 Euro.

Gewappnet für den Rausch

Onlinehandel Am Black Friday warten Amazon und andere Internetanbieter mit scheinbar sagenhaften Rabatten auf. Doch was sind die Versprechen wirklich wert? SPIEGEL GELD zeigt, wie und wo Sie echte Schnäppchen machen können.

Black-Friday-Käufer in den USA 2019
Im Kampf um die besten Angebote wurden schon Menschen niedergetrampelt

■ Der Jagdinstinkt wirkt in uns bis heute nach, auch beim Shopping. So jedenfalls beschreibt es der Psychologe Hans-Georg Häusel. »Wenn der Mensch zu früheren Zeiten durch den Wald marschierte und unerwartet ein Reh sah oder einen Hasen, dann schlug er blitzschnell zu, ohne nachzudenken. Das war evolutionär günstig. Dieser Grundmechanismus ist in unserem Hirn teilweise immer noch aktiv.«

Wie einst der Hase wirken Häusel zufolge heute Rabattschilder auf uns: »Das Gehirn verarbeitet sie wie eine unerwartete Belohnung«, sagt er. »Das Glückshormon Dopamin strömt durch unseren Körper, und der Schalter im Hirn, über den Affekte kontrolliert werden – der Gyrus cinguli –, wird ausgeschaltet. So fällt schnell die Entscheidung zum Kauf, ohne dass wir darüber vernünftig nachdenken.« Ob wir das erstandene Gut wirklich brauchen und ob das Angebot tatsächlich ein Schnäppchen ist, merken wir oft erst später.

Der November ist ein guter Monat, um sich diese allzu menschliche Schwäche zu vergegenwärtigen. Denn am 27. November ist Black Friday. Vor allem Onlinehändler werden schon im Vorfeld des großen Shoppingevents wieder Massen an Sonderangeboten bewerben, Elektronik, Möbel oder Kleidung, alles scheinbar zum Supersonderpreis.

Ursprünglich kommt die Konsumschlacht aus den USA, wo jedes Jahr am vierten Donnerstag im November Thanksgiving gefeiert wird. Der anschließende Freitag ist für viele ein freier Brückentag – und damit die perfekte Gelegenheit, um mit den Weihnachtseinkäufen zu starten. Läden und Kaufhäuser bieten dazu unzählige Aktionen und Sonderangebote an. Der Andrang in vielen Shops ist so enorm, dass beim Kampf um die besten Schnäppchen schon Menschen niedergetrampelt oder erschossen wurden.

Der eher düstere Name Black Friday hat aber wohl einen anderen Ursprung, auch wenn dazu verschiedene Geschichten kursieren. Eine lautet, dass Polizisten in Philadelphia den Begriff in den Fünfziger- oder Sechzigerjahren geprägt haben, um das Verkehrschaos und die Menschenmassen in der Stadt zu beschreiben, die ihnen so viel Arbeit und Überstunden bescherten.

In den letzten Jahren hat sich der Black Friday – und die Tage um das großen Shoppingfest – in der ganzen Welt verbreitet und ist auch hierzulande zum wichtigsten Einkaufsevent des Jahres geworden, zumindest im Onlinehandel. Mehr als drei Milliarden Euro gaben die Deutschen 2019 für Black-Friday-Aktionswaren aus, so der Handelsverband Deutschland (HDE), fast doppelt so viel wie 2016.

Angeführt von Amazon dehnen die Onlinehändler die Aktionszeit immer weiter aus. Auf den Black Friday folgte drei Tage später der Cyber Monday. Vergangenes Jahr feierte Amazon schließlich eine Black-Friday-Woche, an die sich nahtlos das Cyber-Monday-Wochenende anschloss. Insgesamt elf Tage, an denen dem Kaufrausch gehuldigt werden konnte. Dieses Jahr gibt es einige »Frühe Black-Friday-Angebote« schon seit Ende Oktober auf der Plattform. Aber wie gut sind die vermeintlichen Schnäppchen wirklich?

Die Vergleichsplattform Idealo hat in einer Stichprobe die Preisentwicklung von mehr als 2200 Produkten in den 50 beliebtesten Produktkategorien im vergangenen Jahr ausgewertet. Darunter Smartphones, Fernseher, Lautsprecher, Spielekonsolen. Das Ergebnis: Die tatsächliche Preisersparnis liegt am Black Friday oft weit unter dem, was auf den Preisschildchen steht.

Zwar seien bei 77 Prozent der Produkte die Preise am Black Friday tatsächlich günstiger gewesen als im Vormonat, heißt es bei Idealo. Allerdings habe die durchschnittliche Ersparnis bei nur 8 Prozent gelegen. Nur 14 Prozent der untersuchten Produkte seien um

20 Prozent oder mehr reduziert gewesen. Am meisten sparen konnten Verbraucher demnach bei Spielen für die Playstation 4, Laufschuhen und Gamepads.

Einige Produkte, etwa Smartphones, waren im Schnitt an anderen Tagen im November günstiger.

Die Erklärung ist schlicht: Zwar dürfen die Anbieter nicht einfach behaupten, sie hätten ein Produkt reduziert, und dafür irgendeinen Vergleichswert erfinden. Aber es gibt zahlreiche Möglichkeiten zu tricksen, wie Annabel Oelmann von der Verbraucherzentrale Bremen erklärt. Werde etwa ein Preis mit den Kürzeln »UvP« als Vergleich herangezogen, handle es sich lediglich um den unverbindlichen Verkaufspreis, den der Produkthersteller für den Handel empfiehlt. »Er sagt nichts darüber aus, ob das Produkt nicht längst schon überall günstiger verkauft wird.«

Immer wieder stehen Anbieter auch im Verdacht, Produkte zum Beispiel vor dem Black Friday zu einem relativ hohen Preis ins Sortiment genommen zu haben, damit diese dann auch entsprechende Rabattschilder tragen können. Die Idealo-Studie hat dafür allerdings keine Belege gefunden.

So oder so: Am Black Friday und an den Tagen drum herum gebe es definitiv »Rabatte, die einmalig sind«, sagt auch Factor-a-Geschäftsführer Nils Zündorf, der mit seiner Firma Amazon-Händler berät. Viele Anbieter nutzen die Verkaufstage wie früher den Sommer- oder Winterschlussverkauf, um ihre Lager leer zu räumen und beispielsweise Vorjahres- oder Auslaufmodelle abzustoßen. Wer nicht auf das neueste Design Wert legt, kann unter Umständen viel Geld sparen. »Zuweilen werden auch Sonderposten verkauft, die besonders günstig sind und deren Verkauf sich für den Anbieter eigentlich nur bei einem extrem hohen Absatz lohnt«, erklärt Stephan Tromp, stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim HDE.

Doch wo findet man die echten Schnäppchen?

»Das oberste Gebot ist simpel, aber oft schwer zu befolgen«, sagt Verbraucherschützerin Oelmann: »Es lautet: Lassen Sie sich nicht verführen! Das größte Schnäppchen ist noch zu teuer, wenn man das Produkt gar nicht braucht.«

Die Anbieter allerdings tun alles, um den Jäger in uns anzustacheln. »Oft wird etwa darauf hingewiesen, es seien nur noch drei oder vier Stück auf Lager«, sagt Oelmann, »da steigt beim Verbraucher gleich der Stresslevel. Dabei sollte man solche Hinweise einfach ignorieren.« Das allerdings fällt vielen Menschen schwer.

Die beste Strategie, sich selbst zu überlisten, mag so gar nicht nach entspanntem Shoppingerlebnis klingen, kann aber viel Geld sparen. Der Weg zum echten Schnäppchen nämlich beginnt mit guter Vorbereitung. Im Idealfall hat ein Konsument sich schon vor dem Black Friday genau überlegt, wonach er an diesem Tag suchen will – und vor allem in den Wochen zuvor schon einmal die Preise verglichen. So kann er direkt erkennen, was die Rabattversprechen am großen Shoppingtag tatsächlich wert sind. »Kaufen Sie nicht einfach blind drauflos«, rät auch Kai Hudetz vom IFH Köln, einem Marktforschungs- und Beratungsunternehmen für den Handelsbereich.

Mindestens sollte, wer spontan zuschlagen will, bei einer Vergleichsplattform wie Idealo oder Billiger.de einmal gegenchecken, wie gut der Preis wirklich ist. »Bei Consumer Electronics etwa oder Zubehör kann man relativ einfach einen Marktpreis recherchieren«, sagt HDE-Experte Tromp. Bei Produkten wie Möbeln hingegen sei es schwer, »weil auch der Möbelladen in der Stadt beim Kauf oft noch einen Rabatt einräumt, der Listenpreis also gar nicht unbedingt etwas aussagt«.

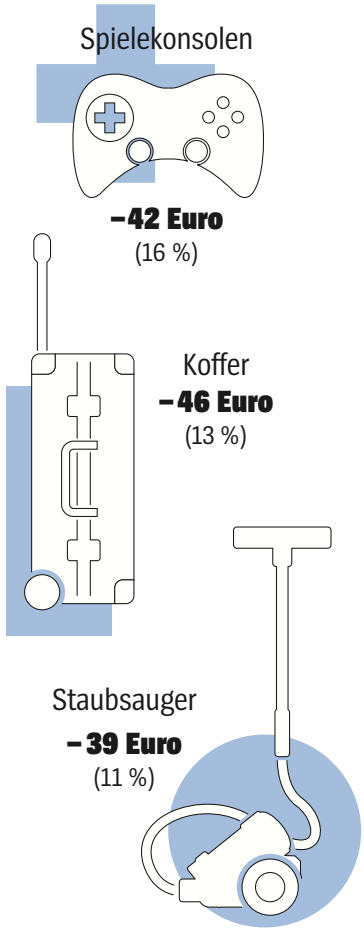
Verbraucherschützerin Oelmann rät außerdem zur Vorsicht bei kleinen, unbekannten Onlineanbietern, die scheinbar unglaubliche Preisnachlässe offerieren. »Im Internet gibt es Fake-Shops, die Kriminelle oft aus dem Ausland heraus relativ mühelos aufbauen können und die nach ein paar Tagen verschwunden sind. Der Kunde bekommt dann entweder gar keine Ware geliefert oder gefälschte beziehungsweise minderwertige Produkte.« Die Hintermänner seien oft nicht auszumachen, und das Geld der Kunden bleibe in der Regel verloren.

Solche Fake-Shops sehen auf den ersten Blick oft täuschend echt aus: Hochwertige Fotos, schickes Design, »häufig werden einfach Seiten von anderen Anbietern kopiert«, sagt Oelmann. Trotzdem gebe es Alarmzeichen, die Verbraucher stutzig machen sollten: ein fehlendes Impressum oder fehlende allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), Lieferung nur gegen Vorkasse, ausschließlich positive Kundenbewertungen, extrem günstige Preise, eine Internetadresse, die einem bekannten Shop ähnelt. Oder es fehlt in der Adresszeile das Kürzel »https://« mit Vorhängeschloss, das eine sichere Datenübertragung anzeigt.

»Oft reicht es schon, den Namen des vermeintlichen Anbieters zu googeln, um mutmaßliche Betrüger zu erkennen und Erfahrungsberichte von Betroffenen zu finden«, sagt Oelmann. So könne man mit minimalem Aufwand verhindern, dass der Black Friday zu einem schwarzen Tag für einen selbst wird.

Anne Seith

So viel können Sie am Black Friday wirklich sparen …



*Erfahrungswerte von 2019. Differenz zwischen dem Medianpreis am Black Friday und im Oktober.
Quelle: idealo

Rendite auf die Moral

Investieren Wer sein Geld nachhaltig anlegen will, muss auf Aktien nicht verzichten. Das Angebot an ökologisch und sozial ausgerichteten ETFs und Fonds ist groß. Doch nicht alle sind so grün, wie sie behaupten – und auch nicht so erfolgreich. SPIEGEL GELD hilft beim Einstieg.

Serie: Alles auf Grün
Die besten nachhaltigen Geldanlagen, Teil 2

■ Eigentlich gelten die Deutschen als Aktienmuffel, doch ausgerechnet der Corona-Crash hat viele umdenken lassen: Nachdem die Weltbörsen mehr als zehn Jahre lang quasi ununterbrochen gestiegen waren, gingen die Kurse nach dem Ausbruch der Pandemie kurzzeitig steil nach unten – und viele Anleger nutzten die Gelegenheit offenbar, um endlich einen Einstieg in den Aktienmarkt zu finden. Die Zahl der abgeschlossenen Sparpläne, die in sogenannte Exchange Traded Funds (ETFs) investieren, stieg jedenfalls von Ende Dezember bis Ende September um fast 40 Prozent.

ETFs – also börsengehandelte Fonds, die einen Aktienindex abbilden – werden von vielen Experten als ideales Instrument gesehen, um möglichst breit und risikoarm am Aktienmarkt zu investieren. Je mehr Firmen ein Index berücksichtigt, desto besser. Der Dax mit seinen 30 Werten gilt gemeinhin noch als viel zu klein dafür, stattdessen werden Laien oft ETFs auf dem weniger bekannten MSCI World Index empfohlen. Der umfasst rund 1600 Unternehmen aus 23 Ländern.

Das Problem allerdings ist: Unter diesen Firmen sind auch Waffenproduzenten, Klimasünder, Firmen, die die Umwelt zerstören oder denen Verstöße gegen die Menschenrechte oder internationale Arbeitsstandards vorgeworfen werden.

Immer mehr Anleger lehnen solche Investments ab, wie Umfragen zeigen. Sie legen Wert auf verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln, daher wollen sie auch ihre Altersvorsorge nicht auf Kosten der Natur oder anderer Menschen aufbauen. Aber gibt es Alternativen? Kann man auch mit gutem Gewissen in Aktien investieren? Und welche Abstriche muss man dann bei Themen wie Sicherheit, Risikostreuung oder Rendite machen?

ETFs: Die Lösung für das grüne Gewissen?

Inzwischen gibt es auch nachhaltige ETFs: Auf der Website JustETF.com werden von den dort Anfang November insgesamt gelisteten 1527 ETFs immerhin 168 als nachhaltig klassifiziert. Wie grün aber sind diese Fonds wirklich?

Vom MSCI World gibt es beispielsweise eine nachhaltige Variante – den MSCI World SRI. SRI steht dabei für »socially responsible investment«, also für gesellschaftlich verantwortungsbewusste Investitionen.

Umstrittene Branchen wie Waffen, Atomkraft, Gentechnik und Tabak werden bei der Erstellung von vornherein ausgeschlossen. Aus den verbleibenden Branchen werden jeweils die Firmen mit dem besten Nachhaltigkeitsergebnissen aufgenommen. Man spricht vom »Best in Class«-Ansatz – denn ausgewählt werden sozusagen die Klassenbesten. Übrig bleiben danach immerhin noch rund 400 Unternehmen aus 23 Ländern.

16,36

Prozent Rendite sind mit einem Ökofonds möglich.

Finanzielle Nachteile hatten Anleger in den vergangenen Jahren durch diese Auswahl nicht – im Gegenteil: Über weite Strecken hat sich die nachhaltige Variante des MSCI World sogar etwas besser entwickelt als das Original. Die Gründe? Umweltrisiken und soziale Risiken sind auch wirtschaftliche Risiken, so lautet eine gängige Erklärung. Weil Unternehmen etwa für die Schäden, die sie verursachen, unter Umständen finanziell einstehen müssen.

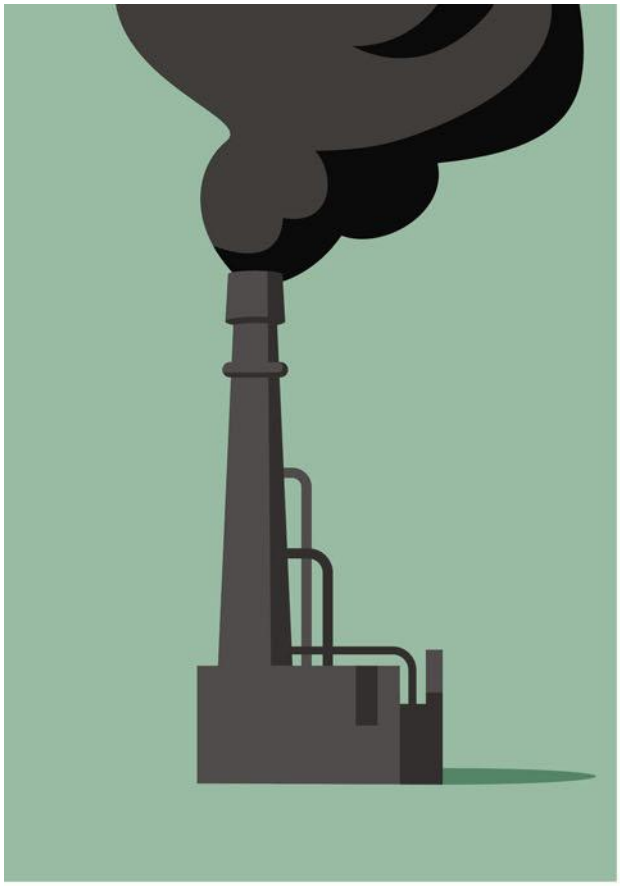
Auch in der aktuellen Krise hat der MSCI World SRI besser performt als die nicht nachhaltige Variante des Index. Das könnte daran liegen, dass er viele Aktien aus der Gesundheitsbranche umfasst, die während der Pandemie an den Börsen stark gefragt waren. Energiekonzerne, die immer weniger Gewinne machen, sind in dem grünen Index hingegen weniger stark vertreten.

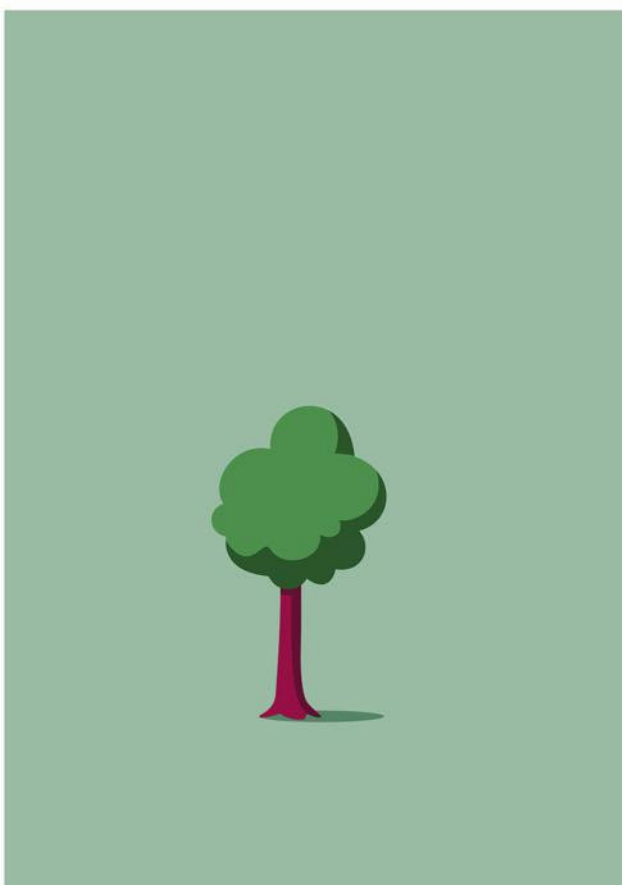
Ganz ausgeschlossen werden sie aber nicht – und genau darin liegt vielen Kritikern zufolge die Schwierigkeit. So befindet sich etwa der JET-Tankstellen-Betreiber Phillips 66 im SRI-Index, weil er unter den Energiekonzernen eben als einer der nachhaltigsten gilt.

Auch der japanische Chemiekonzern Toray Industries ist dabei, genauso der Autohersteller Honda oder der Getränke- und Lebensmittelhersteller PepsiCo, der einem beim Thema Umweltschutz nicht unbedingt als Erstes einfällt. Sie alle gelten aber offenbar unter ihresgleichen als Vorzeigeunternehmen – oder als die am wenigsten schlimmen, je nach Sichtweise.

»Solche Firmen haben in einem nachhaltigen Fonds nichts zu suchen«, findet Thomas Küchenmeister, Chef der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Facing Finance in Berlin.

Noch lascher als beim Index MSCI World SRI sind aus seiner Sicht oft die Kriterien, die das Unternehmen S&P Dow Jones Indices – Mutter des weltbekannten Dow Jones Index – bei seinen Nachhaltigkeitsindizes anlegt. Einer etwa trägt den sperrigen Namen Dow





Illustrationen: Lennart Gäbel für SPIEGEL GELD; Infografiken: Andrew Timmins für SPIEGEL GELD

Jones Sustainability World Enlarged ex Alcohol, Tobacco, Gambling, Armaments & Firearms, and Adult Entertainment. Er gilt als Alternative zum MSCI World SRI und umfasst rund 500 Werte weltweit, wobei – wie der Name schon sagt – bestimmte Branchen tabu sind. Andere wichtige aber nicht.

In einem ETF der Firma iShares, das sich auf diesen Index bezieht, finden sich etwa Investments in Öl-, Gas- und Bergbaukonzerne, denen unter anderem massive Umweltverschmutzung vorgeworfen wird.

So lässt es sich auch auf der Website www.faire-fonds.info von Facing Finance nachlesen. Die Organisation listet dort in einer Datenbank für etliche Produkte auf, inwieweit sie an Unternehmen beteiligt sind, die Facing Finance für nicht nachhaltig hält. So kann ein Anleger in vielen Fällen eine Ahnung bekommen, wohin sein Geld fließt, wenn er sich für einen Fonds entscheidet.

Unter dem Reiter »Methodik« steht, wie die Urteile der Seite zustande kommen – und in einem Disclaimer zur Methodik ist auch zu lesen, wo die Grenzen der Datenbank liegen.

Ob man die strengen Kriterien der NGO dann sinnvoll findet oder übertrieben, muss jeder Investor für sich entscheiden.

Als Alternative für die Website eignet sich die im Oktober gestartete Onlineplattform MeinFairMögen.de des Thinktanks 2° Investing Initiative Deutschland, die vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Hier können Anleger vor allem schauen, wie gut ein Fonds mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens übereinstimmt.

Der Vorteil bei nachhaltigen ETFs ist, dass sie nicht nur günstig sind – sie sind selbst für Börsenanfänger relativ leicht zu handhaben. Wer sich ein bisschen einliest, kann sein Vermögen auch unabhängig von einem Finanzberater anlegen. Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur der Website Finanztip und SPIEGEL-Kolumnist, hält die eher hellgrünen ETFs deshalb für »das Mittel der Wahl« für umweltbewusste Anleger. Man kann schließlich auch argumentieren, dass der »Best in Class«-Ansatz Firmen Anreize setzt, ihr Geschäftsmodell nachhaltiger zu gestalten; dass er die Konkurrenz um eine bessere Umweltbilanz und ein sozialeres Profil schürt.

Wem die Kriterien grüner ETFs jedoch zu lasch sind, der muss auf Aktienanlagen nicht unbedingt verzichten. Denn kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein neuer nachhaltiger Fonds auf den Markt kommt – und auch wenn der Inhalt nicht immer hält, was die Verpackung verspricht, ist es mittlerweile trotzdem möglich, ein wirklich grünes und dennoch renditestarkes Depot aufzubauen. Die Frage ist nur, wie.

Nachhaltige Fonds: Gefahr in der Nische

Wer einen konkreten Fonds im Auge hat, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls auf der Seite www.faire-fonds.info in einem ersten Schritt feststellen, wie nachhaltig das Produkt wirklich ist. Unter der Adresse test.de/fonds gibt es zudem einen Produktfinder der Stiftung Warentest mit Informationen zu Rendite, Risiko und Kosten inklusive Gesamtbewertung und in einigen Fällen auch mit Nachhaltigkeitsnote für etliche Fonds – allerdings muss man die Datenbank für fünf Euro freischalten.

Im Sommer widmete die zur Stiftung Warentest gehörende Zeitschrift »Finanztest« dem Thema nachhaltige ETFs einen eigenen Schwerpunkt. Auch die Zeitschrift kam zu dem Schluss, dass es prozentual unter den nachhaltigen Fonds mehr gibt, die wirtschaftlich gut abschneiden, als das bei herkömmlichen Produkten der Fall ist. Die Vermutung, dass ein nachhaltiges Investment auf Kosten der Rendite gehe, sei ein »hartnäckiges Vorurteil«.

Trotzdem: Ein Fonds, der alles vereint – eine Toprendite, eine erstklassige Nachhaltigkeitsbewertung und ein geringes Risiko –, ist weiterhin schwer zu finden.

Ein Aktienfonds der ethisch orientierten GLS Bank etwa, bei »Finanztest« einer der Testsieger in Sachen Nachhaltigkeit, erwirtschaftete in den vergangenen fünf Jahren nach Abzug der Kosten laut Ratingagentur Morningstar nur eine Rendite von 6,66 Prozent im Jahr – und damit viel weniger als andere Produkte.

Der Fonds Global Challenges von der Fondstochter der Privatbank M. M. Warburg, dem Stiftung Warentest ebenfalls fünf von fünf Punkten beim Thema Nachhaltigkeit verleiht, performte mit fast zehn Prozent Jahresrendite sehr viel besser (siehe Tabelle). Allerdings bewertet die Stiftung Warentest den Fonds als ausgesprochen riskant.

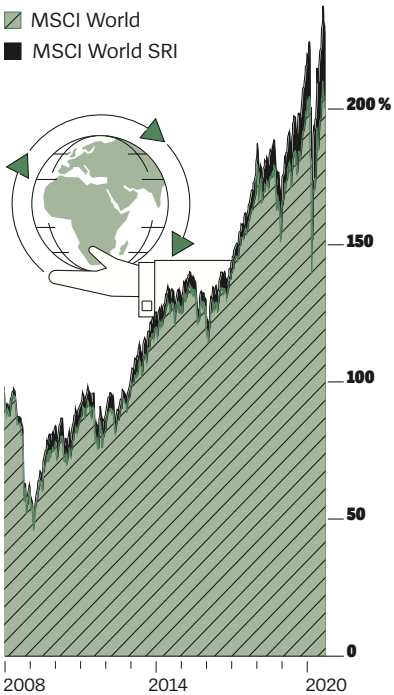
Dabei bildet auch dieser Fonds – ähnlich wie ein ETF – einen Index nach, dieser Index enthält aber nur 50 Werte. Die Streuung ist also gering, auch wenn die Motive noch so edel sind: In den Index werden nämlich nur Unternehmen aufgenommen, die mit ihren Produkten und Technologien einen aktiven Beitrag für mehr Nachhaltigkeit leisten.

Anders als ein ETF wird der Fonds außerdem nicht sekündlich an der Börse gehandelt. Einmal täglich wird stattdessen auf Basis der Aktienschlusskurse der Wert festgestellt, zu diesem Preis können Anleger Anteile dann kaufen und verkaufen.

Als guten Kompromiss zwischen nachhaltigen und wirtschaftlichen Aspekten schlägt »Finanztest« in seinem Sommertest den GreenEffects NAI-Werte vor. Der Fonds legt sein Geld nur in Papiere eines Natur-Aktien-Index, an, der aus 30 Firmen besteht,

Ethik lohnt sich

Die nachhaltige Version des Index MSCI World entwickelt sich besser als das Original



Prozentuale Entwicklung des MSCI World im Vergleich zum MSCI World SRI. Die Werte vom 1.1.2008 sind die Ausgangsbasis, also 100 %. Quelle: Refinitiv

Ökofonds im Vergleich

Fondsart	Anbieter	Name	ISIN	laufende Kosten in %	Rendite pro Jahr in % (5 Jahre)*
ETF	UBS	ETF MSCI World SRI USD A dis**	LU0629459743	0,22	9,08
	iShares	MSCI World SRI ETF EUR Acc***	IE00BYX2JD69	0,20	10,65 (seit 2017)
	iShares	Dow Jones Glb Sust Scrn ETF***	IE00B57X3V84	0,60	7,03
Indexfonds	Warburg Invest.	WI Global Challenges Idx-Fds P**	DE000A1T7561	1,40	9,81
aktiv gemanagt	GreenEffects	NAI-Werte Fonds***	IE0005895655	1,29	10,69
	Universal-Invest.-Ges.	GLS Bank Aktienfonds A**	DE000A1W2CK8	1,54	6,66
	ÖkoWorld Klima C	Klima C**	LU0301152442	2,55	16,36

* nach Kosten; ** ausschüttend; *** thesaurierend. Quelle: Morningstar, Datum: 5./6. November 2020

die als ökologische Vorreiter gelten. So sind etwa ein Papierrecyclingunternehmen, der Windkraftanlagenhersteller Vestas Wind Systems und der Fahrradkomponentenproduzent Shimano in dem Index vertreten. Die Rendite in den vergangenen Jahren lag im Schnitt bei fast elf Prozent pro Jahr. Und trotz der geringen Streuung ist die Risikobewertung der Stiftung Warentest in ihrer Fondsdatenbank im Internet passabel.

Allerdings ist auch dieser Fonds – ähnlich wie der Global Challenges der Warburg Bank – mit 1,29 Prozent Kosten nicht gerade günstig; zumal wenn man bedenkt, dass herkömmliche ETFs zwischen 0,2 und 0,6 Prozent Gebühren pro Jahr kosten.

Noch sehr viel teurer sind freilich die Produkte der Investmentgesellschaft Ökoworld aus Hilden. Ihr Gründer und Vorstandsvorsitzender Alfred Platow, ein ehemaliger Hausbesetzer, gilt als einer der Pioniere der nachhaltigen Geldanlage. Auf die Frage, warum seine Produkte so viel kosten, erklärte er einmal: »Fleisch im Bioladen ist auch teurer als das von Aldi.«

Seine Ansprüche an Ethik sind hoch: Für das wichtigste Produkt des Hauses, einen Fonds namens Ökovision Classic, hat Ökoworld beispielsweise einen unabhängigen Anlageausschuss aufgebaut. Der besteht aus Wissenschaftlern und Vertretern von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die potenzielle Investmentkandidaten rein nach ökologischen und sozialen Kriterien bewerten. Ohne ihr Go geht gar nichts. So sollen beispielsweise sozial- und umweltverträgliche Technologien gezielt gefördert werden. Damit brachte es der Fonds über die letzten fünf Jahre auf etwas mehr als 8 Prozent Rendite pro Jahr. Die laufenden Kosten allerdings belaufen sich laut Morningstar auf stattliche 2,31 Prozent.

Ein anderer Fonds des Hauses, der Ökoworld Klima, ist zwar mit 2,55 Prozent noch teurer, allerdings betrug die Performance in den vergangenen fünf Jahren unglaubliche 16,36 Prozent pro Jahr.

Wie der Name schon sagt, soll der Fonds in den Klimaschutz investieren. Aber Achtung: Das Geld der Anleger fließt dabei durchaus auch in Firmen wie das Videokommunikationsunternehmen Zoom oder einen Sportartikelhersteller, der in einer Bewertung von Facing Finance nicht gut wegkommt. »Nachhaltigkeitspuristen würden bei diesem Fonds vielleicht die Nase rümpfen«, sagt Ali Masarwah, als Chefredakteur zuständig für die deutschen Websites der Fondsrating-Agentur Morningstar.

Außerdem gilt: Hohe Chancen bedeuten in der Regel immer hohe Risiken. Deshalb sollten Anleger nie ihr gesamtes Geld in ein einziges Produkt stecken, auch nicht in einen noch so verlockenden Fonds.

Achtung: Auch Scharlatane tummeln sich

Noch weniger empfiehlt es sich, ausschließlich auf eine Anlage zu setzen, die sich einem einzelnen Thema widmet – etwa der Windkraft oder der Solarenergie, selbst wenn die Projekte noch so tugendhaft erscheinen. Denn damit sind in den vergangenen Jahren schon viele Sparer krachend gescheitert. »Vor einigen Jahren gab es eine große Konsolidierungswelle bei Solarunternehmen. Investoren, die auf diese Aktien gesetzt hatten, hat es böse erwischt«, erklärt Morningstar-Experte Masarwah als Beispiel. Außerdem gibt es auch bei grünen Anlagen Scharlatane, die den Trend ausnutzen, um das schnelle Geld zu machen.

Wer damit überfordert ist, selbst ein ausgeglichenes Depot zusammenzustellen, muss aber nicht aufgeben. Es gilt dann das alte Gelbe-Seiten-Motto: einfach mal jemanden fragen, der sich damit auskennt. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Finanzberatern, die sich auf nachhaltige Anlagen spezialisiert haben. Viele arbeiten gegen Honorar und nicht, wie sonst oft üblich in der Finanzbranche, gegen Provision. Heißt: Die Gefahr, dass einem ein Berater ein Produkt aufschwatzt, weil es ihm hohe Provisionen bringt, ist geringer.

Vorsicht bleibt geboten: Auch bei Honorarberatern gibt es gute und schlechte. Wer also wirklich verschiedene Aktienfonds kaufen will, kommt nicht darum herum, sich mit der Materie auch selbst zu befassen. Und sich im Zweifel – etwa bei einem Berater einer Verbraucherzentrale – auch noch eine zweite Meinung einzuholen.

Henning Jauernig, Alexandra Jegers, Anne Seith

Infografik: Andrew Timmins für SPIEGEL GELD

»Ich war schon als Kind etwas spießig«

Immobilieninvestorin Ulmen-Fernandes
»Manch einer denkt bei kleinen Frauen eher: Der kann ich sonst was erzählen«

SPIEGEL GELD fragt Prominente, was ihnen Geld bedeutet. Diesmal erzählt Moderatorin Collien Ulmen-Fernandes, 39, warum sie bereits mit zwölf einen Bausparvertrag abschloss und sich bis heute oft nicht traut, sich Dinge zu leisten.

SPIEGEL: Frau Ulmen-Fernandes, Ihr Ehemann Christian Ulmen hat uns erzählt, er habe reich geheiratet.
Ulmen-Fernandes: Das stimmt.
SPIEGEL: Er behauptet auch, Sie könnten besser mit Geld umgehen als er.
Ulmen-Fernandes: Stimmt ebenfalls. Allerdings ärgere ich mich oft über mich selbst, weil ich mich nicht traue, mir Dinge zu leisten, die ich gern haben möchte. Ich beneide meinen Mann um die Leichtigkeit, mit der er sein Geld rausschleudert. Wenn wir im Hotel übernachten, muss er immer die größte Suite haben, selbst wenn wir uns gar nicht in so vielen Räumen aufhalten können. Ich hingegen tendiere dazu, das kleinste Zimmer zu nehmen.
SPIEGEL: Ist das noch Sparsamkeit oder schon Geiz angesichts Ihres wahrscheinlich recht guten Einkommens?
Ulmen-Fernandes: Ich halte mich nicht für geizig. Gegenüber anderen bin ich großzügig. Ich knausere nur, wenn es um mich geht. Schieben Sie es auf meine schwäbische Herkunft. Oder auf meine indische.
SPIEGEL: Als Kind waren Sie häufig in Indien, wo Ihr Vater herstammt. Zwei Drittel der Bevölkerung leben dort in Armut. Hat Sie das geprägt?
Ulmen-Fernandes: In dem Alter war mir das nicht bewusst. Meine Großeltern hatten eine Villa mit Hausangestellten, während viele Kinder, mit denen ich spielte, in Häusern aus Wellblech oder Palmblättern wohnten. Manche Familien lebten zu fünft in einem Zimmer. Ich hatte nie den Gedanken: Was sind die arm! Sondern eher: Was haben die es gemütlich! Erst als ich mit Mitte zwanzig noch einmal dort war, habe ich wahrgenommen, wie viele Menschen auf der Straße leben. Oder in Häusern, die bereits zur Hälfte abgerissen sind. Man kann hineinschauen wie in Puppenhäuser. Dort wohnen sie, bis sie verjagt werden.
SPIEGEL: Hatten Sie ein schlechtes Gewissen?
Ulmen-Fernandes: Es hat mich lange beschäftigt.
SPIEGEL: Sie haben früh Ihr eigenes Geld verdient.
Ulmen-Fernandes: Über eine Klassenkameradin bin ich in einer Modelagentur für Kinder gelandet. Mein erster Job war ein Fotoshooting für den Otto-Versand, da stand ich mit bunten Spangen im Haar in Delmenhorst und musste einen Kassettenrekorder in die Kamera halten. Ich war zwölf und bekam ein paar Hundert Euro.
SPIEGEL: Was haben Sie mit dem Geld gemacht?

Mein Geld, mein Leben
Folge 3: Collien Ulmen-Fernandes

► 1981 in Hamburg geboren, zog Collien Ulmen-Fernandes im Alter von 15 Jahren zu Hause aus. Sie modelte, lernte Tanz und Ballett. Von 2001 an moderierte sie beim Musiksender Viva. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Christian Ulmen ist sie in der ProSieben-Serie »Jerks« zu sehen. Zuletzt erschien ihr Kinderbuch »Lotti & Otto – eine Geschichte über ›echte Kerle‹, alte Vorurteile und neue Freunde«.

Ulmen-Fernandes: Ich habe es in einem Bausparvertrag angelegt.
SPIEGEL: Mit zwölf?
Ulmen-Fernandes: Mein schwäbischer Opa hat mir gesagt, das sei das Sicherste. Mir war früh klar, dass ich mir mal Immobilien kaufen werde. Ich war schon als Kind etwas spießig, ich hatte auch keine pubertäre Quatschmachphase, sondern habe mir als Teenager bereits über meine Rente Gedanken gemacht. Mit 19 habe ich die Moderation von »Bravo TV« übernommen und mir eine Dreizimmerwohnung in Hamburg-Eimsbüttel gekauft.
SPIEGEL: Beim Fernsehen verdient man schon richtig gut, oder?
Ulmen-Fernandes: Es ist eher das Drumherum. Moderationen von Veranstaltungen, Werbeverträge. Ich habe Reklame für Schokoriegel gemacht, die sollte nur ein Jahr lang laufen, wurde aber immer wieder verlängert. Die Spots wurden auch ins Ausland verkauft, bis nach Russland, und ich konnte jedes Mal nachverhandeln.
SPIEGEL: Klingt, als hätten Sie damals schon ausgesorgt gehabt.
Ulmen-Fernandes: Ja, ich hätte danach nicht mehr arbeiten müssen. Auch weil ich mir inzwischen weitere Immobilien gekauft hatte, deren Wert gestiegen war. Dafür habe ich ein Händchen.
SPIEGEL: Sind Sie auch mal über den Tisch gezogen worden?
Ulmen-Fernandes: Am Anfang wäre mir das beinahe passiert. Zum Glück war mein Vater dabei, der mich vor zwei Fehlkäufen bewahrt hat. Ich glaube schon, dass manch einer bei kleinen Frauen eher denkt: Der kann ich sonst was erzählen. Das erlebe ich übrigens bis heute.
SPIEGEL: Wie oft lehnen Sie Jobs ab?
Ulmen-Fernandes: Vorige Woche lag ein gutes Angebot für Werbung auf dem Tisch. Man könnte von dem Honorar ein Haus kaufen. Ich habe trotzdem abgelehnt, weil ich mich nicht mit dem Produkt identifizieren kann.
SPIEGEL: Worum handelte es sich? Zigaretten? Oder etwas Schlüpfriges?
Ulmen-Fernandes: Nein, es war einfach nichts, wofür ich brenne, und das ist mir wichtig. Einmal hat mich ein Sender angefragt für ein halb journalistisches Format. Ich freute mich darauf, Moderationen zu schreiben, doch der Produzent sagte: Das brauchst du nicht, das macht jemand anders für dich, wir suchen nur eine Moderatorin, die in der Dekoration gut aussieht. An dem Punkt endeten die Verhandlungen.
SPIEGEL: Wofür geben Sie Geld aus? Autos, Reisen, Kunst?
Ulmen-Fernandes: Kunst. Erst gestern habe ich meiner achtjährigen Tochter ein Bild abgekauft für 4,66 Euro. Die brauchte sie, um sich Figuren für ein Computerspiel zu kaufen.

Interview: Alexander Kühn

Foto: Tristar Media/Getty Images

Kleiner TÜV des Autokaufs

Mobilität Öffentliche Verkehrsmittel sind umweltfreundlicher, Radfahren ist gesünder – doch viele Menschen hätten zurzeit gern einen Pkw, weil sie Corona fürchten. Aber wie viel Motorisierung ist nötig und sinnvoll? SPIEGEL GELD erklärt Vor- und Nachteile von Carsharing, Leasing, Autoabonnements und Kauf.

■ Dutzende Menschen auf engem Raum, schlechte Luft, anonymes Gedränge: In Bus und Bahn droht verstärkt das Risiko, sich mit Corona anzustecken. Viele Menschen fühlen sich zurzeit in einem Auto deutlich wohler.

Allerdings hat nicht jeder eins.

Was kann man tun, wenn das Kapital fehlt für den Kauf eines Neuwagens oder man eigentlich nur vorübergehend einen fahrbaren Untersatz will?

Es gibt inzwischen etliche Möglichkeiten, zu einem Pkw zu kommen: Leasing, Carsharing, sogenannte Autoabos. Wer sich am Ende doch für einen Kauf entscheidet, muss wählen zwischen Diesel, Benziner, Hybrid- und Elektroauto; zwischen Neuwagen, Jahreswagen oder Gebrauchtmodell. Reicht das Geld nicht, ist ein Kredit nötig. Um zu beurteilen, wann sich welches Mietmodell lohnt und ob vielleicht der Gang zum Autohändler doch die bessere Wahl ist, muss der Kfz-Laie viele Kriterien berücksichtigen.

Carsharing: Teilen für Stadtmenschen

Da steht es nun, das eigene Auto – abfahrbereit vor der Haustür, Sitz und Spiegel perfekt eingestellt, der Lieblings-Snack liegt im Handschuhfach. Und dann: Steht es da. Einmal pro Woche darf es zum Großeinkauf, gelegentlich geht's raus aufs Land oder in den Urlaub. Die meiste Zeit aber parkt es.

Wer nicht jeden Tag mit dem Auto fährt, für den kann Carsharing eine interessante Idee sein. Man wird Mitglied bei einem oder mehreren der 226 deutschen Carsharinganbieter. Bei Bedarf greift man auf deren zumindest in großen Städten gut bestückten Fahrzeugpool zurück, um Fahrzeuge stunden- oder tageweise zu nutzen. Die Abrechnung erfolgt oft minutengenau.

Diese Art der Fahrzeugnutzung ist im besten Sinne effizient. Ein Carsharingauto kann, optimal eingesetzt, bis zu 20 private Pkw ersetzen. Ob es sich für den Einzelnen rechnet, hängt aller-

226 Carsharinganbieter gibt es bereits in Deutschland. Diese Art der Fahrzeugnutzung ist im besten Sinne effizient: für den Kunden, aber auch für die Umwelt. Ein Carsharingauto kann bis zu 20 private Pkw ersetzen.

dings stark von den gefahrenen Kilometern ab.

Laut Bundesverband Carsharing kommt das Teilen günstiger als ein Neuwagen, wenn man im Jahr weniger als 10 000 Kilometer fährt, also höchstens rund 800 Kilometer pro Monat. Diese Marke sei aber nur ein grober Richtwert, warnt Marion Jungbluth, die beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Berlin für Mobilitätsthemen zuständig ist. »Die Vergleichbarkeit ist aufgrund der stark differierenden Vollkostenrechnungen für Pkw und der unterschiedlichen Tarifmodelle der Carsharingunternehmen so komplex, dass man schon sehr genau rechnen muss.«

Das Preisgefüge ist in der Tat unübersichtlich. Es setzt sich in der Regel zusammen aus einer einmaligen Anmeldegebühr, einer Grundgebühr, die pro Miete fällig wird, und einer Kilometer- und/oder Minutenpauschale. Zusätzlich gelten diverse Tagespauschalen, Prepaid- oder Paketangebote und oft auch unterschiedliche Preise je nach Tageszeit.

Dabei gilt: Stationsgebundene Angebote sind deutlich günstiger als die flexibleren Free-Floating-Modelle (siehe Tabelle). Bei Ersteren wird das Fahrzeug an einer festen Station abgeholt und zu einer fest vereinbarten Zeit dort auch wieder abgestellt. Bei Letzteren schnappt man sich ein Auto, das in der Nähe steht, und stellt es später irgendwo im Stadtgebiet wieder ab.

Carsharing sei insgesamt nur etwas »für Leute in städtischen Regionen, die bereit sind, mehrere Apps herunterzuladen und sich in die verschiedenen Angebote vor Ort reinzufuchsen«, fasst vzbv-Expertin Jungbluth zusammen. »Und denen regelmäßiges Planen, Reservieren und Preisvergleichen nicht zu anstrengend ist.«

Was kostet Carsharing?

	Stationsbasiert	Free-Floating
Wocheneinkauf 2 Std., 10 km	8,50 €	23,98 €
Tagesausflug 8 Std., 120 km	55,20 €	82,79 €
Wochenendfahrt 34 Std., 400 km	112 €	184,99 €

Berechnet wurde jeweils der Preis der günstigsten Fahrt mit einem Wagen der Kompaktklasse im Standard- oder Basic-Tarif eines ausgewählten Anbieters ohne Sonderrabatte, inklusive Paket- und Tagespreise. Erhebungsort: Köln. Quelle: Bundesverband Carsharing

Leasing: Ein eigenes Auto – auf Zeit

Beim Leasing bleibt der Anbieter Eigentümer des Fahrzeugs, er überlässt dem Kunden das Auto lediglich zur Nutzung und bekommt dafür eine monatliche Rate. Vorteil gegenüber dem Kauf: Der Autofahrer muss nicht den vollen Wert des Autos finanzieren, sondern nur den Wertverlust während der Nutzungszeit. Denn in der Kalkulation der Leasingrate berücksichtigt der Anbieter, dass das Auto am Ende der Laufzeit noch einen sogenannten Restwert hat. Allerdings muss der Kunde Nebenkosten wie Wartung und Versicherung selbst zahlen, oft auch einen Satz Winterreifen besorgen.

Leasingverträge laufen in der Regel zwischen 12 und 48 Monaten. Neben der obligatorischen monatlichen Rate leistet der Kunde je nach Vertrag eine Anzahlung. Wer ein paar Tausend Euro auf dem Sparbuch hat und zu Beginn zahlt, kann damit die monatliche Rate senken.

Leasingverträge sind vor allem bei Firmenwagen üblich, weil die steuerliche Behandlung attraktiv ist: Unter bestimmten Bedingungen sind die monatlichen Raten als Betriebsausgabe voll absetzbar. Wer also selbstständig ist, kann überlegen, ein Auto über seine Firma zu leasen. »Damit das Finanzamt nicht doch ein Haar in der Suppe findet, sollte man seinen Steuerberater einen Blick auf den Vertrag werfen lassen«, rät Peter Hellwich, Leasingexperte und Inhaber der Fuhrparkberatung PHS. Für Nichtselbstständige kann es interessant sein, mit dem Chef über ein Firmenwagen-Leasing zu reden, falls ein Dienstwagen generell infrage kommt.

Einige Autohersteller bieten Leasing aber auch für Privatkunden an. Das kann vor allem dann deutlich günstiger sein als ein Autokauf, wenn Hersteller oder Händler bei Rabattaktionen mit günstigen Konditionen für bestimmte Modelle um die Ecke kommen.

Grundsätzlich gibt es beim Leasing zwei Spielarten. Die erste ist der sogenannte Restwertvertrag: Dabei kann der Kunde am Ende der Laufzeit in der Regel entscheiden, ob er den Wagen zu einem vorher festgelegten Preis übernimmt oder ob er ihn zurückgibt. Voraussetzung ist, dass der Vertrag ein Vorkaufsrecht am Ende der Laufzeit explizit vorsieht. Das kann sich lohnen, wenn man erwägt, ein Auto langfristig zu fahren, es aber erst ausprobieren will. Wenn das schicke Cabrio dann doch wegsoll, weil beispielsweise Nachwuchs im Anmarsch ist, muss man sich am Ende der Laufzeit außerdem nicht um den Verkauf kümmern – das übernimmt die Leasingfirma.

Allerdings trägt sie meist nicht allein das Risiko, dass der beim Vertragsabschluss geschätzte Restwert auch tatsächlich dem Verkaufserlös entspricht. Wird das Auto für weniger Geld verkauft als geplant, muss der Kunde dann gegebenenfalls nachschießen.

Zu wie viel Prozent er konkret an der Differenz beteiligt ist, steht im Kleingedruckten. »Wenn das Auto schwer verkäuflich ist, muss der Kunde mit deftigen Nachzahlungen rechnen«, warnt Experte Hellwich. Gleiches gilt, wenn die Leasingfirma bewusst mit einem optimistisch hohen Restwert kalkuliert, um die monatlichen Raten niedrig zu halten. Erlöst der Verkauf mehr, wird der Kunde umgekehrt entsprechend beteiligt.

Die zweite Leasingvariante ist der sogenannte Kilometervertrag. Er ist vergleichsweise einfacher gestrickt: Leasingdauer und Kilometerleistung sind im Vertrag festgelegt, danach wird das Auto zurückgegeben. Ob das Leasingunternehmen den kalkulierten Restwert dann auch tatsächlich am Gebrauchtwagenmarkt erlöst, kann dem Kunden egal sein.

Fallstricke lauern jedoch auch hier: Wer mehr gefahren ist als vereinbart, muss nachzahlen. Gleiches gilt, wenn das Auto nicht in einem altersgerechten Zustand ist und zum Beispiel Kratzer im Lack oder deutliche Gebrauchsspuren im Innenraum hat. Im Zweifel kann eine professionelle Aufbereitung vor der Rückgabe erheblich billiger sein.

Wartung und Reparatur sind in den Leasingraten in der Regel nicht enthal-

Foto-Illustration: Chris Buck / August Image

ten, ebenso wenig weitere Kosten wie Steuern und Versicherung. Aber auch hier gilt: keine Regel ohne Ausnahme. Sogenannte Full-Service-Verträge enthalten solche Serviceleistungen, sind aber im Privatkundenbereich eher die Ausnahme. »Einige Hersteller bieten zudem immer mal wieder Sonderaktionen an, bei denen zum Beispiel die Wartungen im ersten Jahr inkludiert sind«, sagt Hellwich. Wichtig ist in jedem Fall, dass der Leasingkunde die vorgeschriebenen Wartungsintervalle einhält. Sonst droht auch hier Ärger bei der Rückgabe des Autos.

Autoabo: Maximal bequem – aber teuer

Seit einiger Zeit bieten Plattformen wie Like2Drive, Autovermittler wie Sixt oder Autohersteller wie Volvo sogenannte Autoabos an. Dabei handelt es sich im Grunde um nichts anderes als eine Langzeitmiete. Nutzer zahlen dabei einen monatlichen Festpreis. Kostenfallen? Gibt es zunächst einmal nicht. Enthalten ist alles außer Sprit.

In der Regel sind also auch Versicherung, Steuern, Zulassungskosten, Reifen sowie Wartung und Reparatur mit drin. Der Wertverlust des Wagens wird ebenfalls miteinberechnet. Nach Ende des Abonnements geht das Fahrzeug zurück zum Anbieter, der es dann in der Regel weiterverkauft.

Dieses Maximum an Bequemlichkeit kostet allerdings. Wer bei Sixt einen VW Polo abonniert, zahlt pro Monat rund 350 Euro und darf 500 Kilometer fahren. Für jeden Mehrkilometer kommen 35 Cent obendrauf. Wer viel unterwegs ist, kann 5000 Freikilometer buchen und muss dafür pro Monat dann rund 530 Euro berappen. Hinzu kommen 199 Euro Startgebühr. Dafür ist das Autoabo bei Sixt monatlich kündbar.

Bei Like2Drive kostet ein Ford Focus mit Automatikgetriebe 340 Euro pro Monat – wenn sich der Nutzer für ein Jahr bindet und jährlich nicht mehr als 15 000 Kilometer fährt.

Wer ein spezielles Auto abonnieren will, muss aber genau hinschauen: Nicht jeder Anbieter führt alle Marken. Like2Drive bietet Neuwagen verschiedener Hersteller an, unter anderem Seat, Fiat und Jeep. Sixt führt vor allem BMW, Opel und VW.

Nicht zuletzt gilt wie beim Miet- oder Leasingwagen auch beim Autoabo: Haben die Kinder ein Loch in den Sitz gepult oder ist Kaffee über das Polster gelaufen, muss der Nutzer das auf eigene Kosten instand setzen lassen. Ein unabhängiger TÜV-Gutachter prüft solche Gebrauchsspuren nach der Rückgabe anhand eines Schadenskatalogs und entscheidet, was ersetzt werden muss und was nicht.

Für wen sich ein Autokauf lohnt

Viele Autohalter unterschätzen die Kosten eines eigenen Wagens: Mit Wertverlust, Steuer und Versicherung kommt man pro Monat schnell auf mehrere Hundert Euro. Das lohnt sich eigentlich nur, wenn man regelmäßig auch weite Strecken zurücklegt, nicht nur kurze Wege innerhalb der Stadt.

Wer sich trotzdem entschließt, aber keine Ahnung hat von Autos, kann sich Hilfe von gut informierten Freunden holen – oder von Experten. Es gibt inzwischen in vielen Städten sogenannte Kaufbegleiter, die – wenn sie denn seriös arbeiten – eine große Hilfe sein können, vor allem beim Gebrauchtwagenkauf.

Jens Uwe Wendel, 71, steht mit seiner Firma »Ihr Kaufbegleiter« seit mehr als zehn Jahren Autokäufern als unabhängiger Berater zur Seite. Wendels Interesse, einen möglichst günstigen Preis zu verhandeln, ist groß: Sein Honorar besteht aus einem Anteil am Rabatt, den er für seine Kunden herausschlägt. Außerdem sorgt er dafür, dass diese auch im Hinblick auf die Qualität nicht übers Ohr gehauen werden. Das Hauptrisiko beim Gebrauchtwagenkauf seien zwielichtige Händler, sagt er. »In der Branche wird leider nach wie vor viel gelogen, betrogen und manipuliert.« Das Zurückstellen des Tachos ist nur einer von vielen unsauberen Tricks beim Gebrauchtwagenverkauf. Seine Kunden vermittelt Wendel deshalb nur an Vertragshändler und Gebrauchtwagenniederlassungen von Autoherstellern.

Neuwagen sind zwar teuer, dafür ist ihr Kauf in der Regel unkompliziert, und man muss bei Farbe und Ausstattung keine Kompromisse eingehen. Außerdem haben sie in der Regel mehrere Jahre Garantie. Käufer sollten aber darauf achten, dass es sich nicht um Reimporte handelt, die ursprünglich nicht für den deutschen Markt gedacht waren. Sie sind oft relativ günstig, entsprechen aber in ihrer Ausstattung nicht unbedingt dem deutschen Standard. »Autos, die zum Beispiel für Spanien produziert wurden, haben oft kein ESP«, sagt Wendel. Dieser Schleuderschutz kann im Ernstfall aber Leben retten.

Ein Kompromiss zwischen Neu und Gebraucht sind Jahreswagen: Autos also, deren Zulassung weniger als zwölf Monate zurückliegt. Ein Vorteil: Sie haben meist noch Garantie. Außerdem verliert ein Neuwagen einer Faustregel zufolge im ersten Jahr 25 Prozent seines Wertes. Bei Jahreswagen gilt es allerdings, genau hinzuschauen. Firmenwagen oder Vorführmodelle von Herstellern seien in der Regel eine gute Wahl, sagt Kaufberater Wendel. »Das sind meist hochwertige und gut erhaltene Autos zu sehr günstigen Preisen.« Mietwagen seien dagegen oft binnen kurzer Zeit sehr viel gefahren worden, zuweilen auch in unwegsamem Terrain.

Nicht zu unterschätzen sind die Kosten für Steuer und Versicherung. Die jährliche Kfz-Steuer etwa bemisst sich nach Bauart, Größe und Schadstoffausstoß des Motors. Je mehr Hubraum und je höher der CO_2-Ausstoß, desto teurer.

Die besten Autokredite

Anbieter	Zinssatz in % p. a.	mtl. Rate	Zinsen insges.
ING	2,39	576,04	737,44
Deutsche Skatbank	2,43*	576,38*	749,68*
SWK Süd-West-Kreditbank	2,69*	578,61*	829,96*
ADAC	2,99	581,18	922,48
BBBank	2,99*	581,18*	922,48*
Schlechtester Anbieter	*8,99**	*632,64**	*2775,04**

Kreditsumme 20 000 Euro, Laufzeit 36 Monate. * Zinssatz bonitätsabhängig, hier: Zweidrittelzins. Datum: 9. November 2020. Quelle: Biallo.de

Diesel sind pro Kubikzentimeter höher besteuert als Benziner. Gleichzeitig sind sie etwas sparsamer, und der Treibstoff ist billiger. Heißt: Wer viel fährt, nimmt einen Diesel, sonst ist der Benziner erste Wahl. Auf der Internetseite des Bundesfinanzministeriums gibt es einen Rechner, mit dem man die voraussichtlichen Steuern für ein Fahrzeug kalkulieren kann.

Die Höhe der Versicherung hängt nicht nur vom Automodell ab, sondern auch davon, seit wie vielen Jahren der Halter schon unfallfrei fährt. Interessenten sollten schon vor dem Kauf eines Autos die Versicherung kalkulieren lassen und mehrere Angebote einholen.

… oder doch lieber ein Elektroauto?

Wann lohnt sich ein Elektroauto finanziell? Kurt Sigl, Präsident des Bundesverbands E-Mobilität (BEM), hat auf diese Frage eine klare Antwort: »Immer.« Sigl ist qua Position parteiisch – doch Tests geben ihm weitgehend recht. So hat der ADAC in einer groß angelegten Untersuchung die Kauf- und Haltungskosten verschiedener Automodelle der größten Hersteller verglichen. Das Ergebnis: Mit Ausnahme von Toyota und Volvo schneiden reine Elektroautos und Plug-in-Hybride fast immer besser ab als Verbrenner.

Für Sigl ist das keine Überraschung. »E-Autos sind besonders wartungsarm«, erklärt er. Zum einen haben sie kein reparaturanfälliges Getriebe, zum anderen beanspruchen E-Auto-Fahrer ihre Bremsen vergleichsweise wenig. Elektroautos rekuperieren, das heißt: Sie gewinnen beim Bremsvorgang Energie zurück. Zu den laufenden Kosten für Haltung und Wartung kommen die Kosten fürs Laden. »Der aktuelle Ladepreis beträgt etwa 40 Cent pro Kilowattstunde. Mein Tesla verbraucht privat 17 Kilowattstunden auf 100 Kilometern, das kostet also etwas mehr als sechs Euro«, rechnet Sigl vor. Bei einigen Discountern und Möbelhäusern können E-Auto-Besitzer für die Dauer des Einkaufs sogar gratis laden.

Bis vor Kurzem dürften hohe Kaufpreise viele Interessenten davon abgehalten haben, sich ein E-Auto zuzulegen. Mit steigendem Wettbewerbsdruck sind die Preise allerdings gesunken.

Zwar werden in der Regel für die günstigsten Modelle immer noch über 20 000 Euro fällig, es gibt aber einen staatlichen Umweltbonus für Käufer, der im Zuge der Coronakrise deutlich angehoben wurde: Der Staat fördert den Kauf eines reinen Stromers mit bis zu 6000 Euro, für Plug-in-Hybride gibt es bis zu 4500 Euro. Zusätzlich geben Hersteller bis zu 3000 Euro Nachlass. Wer klug kauft, kann also im Bestfall 9000 Euro sparen.

40 Cent pro Kilowattstunde beträgt der Ladepreis für Elektroautos – hier der Microlino, der 2021 auf den Markt kommen soll.

Der höhere Umweltbonus gilt vorerst bis Ende 2021. Wer danach kauft, bekommt einen Herstelleranteil von bis zu 2000 Euro plus die reguläre Förderung von bis zu 4000 Euro. Und zwar so lange, bis der dafür aufgelegte Fördertopf von 2,09 Milliarden Euro ausbezahlt ist. Spätestens 2025 ist es laut aktuellem Beschluss aus mit der Förderung.

»Die Förderung ist so stark gestiegen, dass einige gebrauchte Elektroautos jetzt fast genauso teuer sind wie ein Neuwagen«, sagt BEM-Chef Sigl. Hinzu kommt: Bis 2025 zugelassene Stromer sind bis zum Jahr 2030 von der Kfz-Steuer befreit.

Und so klappt die Finanzierung

Wer es sich leisten kann, sollte ein Auto bar bezahlen – das ist mit Abstand am günstigsten. Viele Händler bieten ihren Kunden Auto und Finanzierung jedoch als Kombipaket an. Das lohne sich nur selten, sagt Horst Biallo, Gründer des Kreditvergleichsportals Biallo.de. Händlerkredite seien meist wenig flexibel und ließen sich in der Regel nicht mit Rabatten kombinieren.

Wer sich Geld für den Kauf leihen muss, findet bei vielen Banken spezielle Autokredite. »Diese sind oft günstiger als herkömmliche Ratenkredite«, erklärt Biallo. Bankkunden können schon für 2 bis 2,5 Prozent effektiven Jahreszins vernünftige Angebote bekommen. Die Höhe der Zinsen hängt allerdings stark davon ab, wie lange der Kredit laufen soll.

Um sich während der Kreditlaufzeit größtmögliche Flexibilität zu bewahren, sollten Bankkunden ein Angebot wählen, das ein Sonderkündigungsrecht ohne Vorfälligkeitsentschädigung vorsieht, sprich: Die Bank verlangt keinen Ausgleich für die entgangenen Zinsen bei frühzeitiger Beendigung des Vertrags. So können Kunden etwa zwischenzeitlich in einen günstigeren Kredit wechseln. Auch die Möglichkeit, gebührenfrei Sondertilgungen vorzunehmen, sei praktisch, sagt Biallo – etwa wenn eine Erbschaft oder ein Jahresbonus anstehen.

Banken bieten Autokredite gern in Kombination mit einer Restschuldversicherung an. Diese springt je nach Vertrag zum Beispiel ein, wenn der Kreditnehmer krank wird oder seinen Job verliert. Restschuldversicherungen sind allerdings teuer und unflexibel, Verbraucherschützer raten davon ab. »Die Policen sind bei Banken allein deshalb sehr beliebt, weil sie daran deutlich mehr verdienen als am Zins«, sagt Biallo.

Anna Friedrich, Jennifer Garic, Julia Groth, André Schmidt-Carré, Sarah Sommer

Foto: Microlino AG

Teures Sparen

Einlagen Viele Banken verlangen mittlerweile Negativzinsen von ihren Kunden, wenn diese zu viel Geld auf ihrem Konto bunkern. Warum wollen die Geldinstitute unser Geld nicht mehr? Was heißt das für die deutschen Sparer?

■ Sparen wirft keine Zinsen mehr ab, es kostet jetzt vielerorts sogar Geld. Bereits mehr als 200 Banken und Sparkassen berechnen Privatkunden mit hohen Guthaben auf Giro- oder Tagesgeldkonten sogenannte Verwahrentgelte von meist 0,4 oder 0,5 Prozent. Bei Firmenkunden kassieren sogar mehr als 300 Institute ab einem gewissen Plus solche Negativzinsen. Das zeigt eine Umfrage der Vergleichsplattform Biallo unter 1300 Geldinstituten.

Zwar gelten der Website zufolge in der Regel bestimmte Freibeträge, allerdings werden die immer weiter abgesenkt. Mancherorts liegt die Grenze nur noch bei 5000 oder 10 000 Euro, einzelne Institute langen schon ab dem ersten Euro zu, zumindest beim Tagesgeld. Wieso ist das so?

Mehr als 1,6 Billionen Euro horten die Deutschen auf Giro- und Tagesgeldkonten. Es ist Geld, mit dem die Banken nach Abzug eines Sicherheitspuffers arbeiten können und müssen – etwa indem sie Kredite vergeben. Wenn das nicht gelingt, müssen die Geldinstitute diese Guthaben als sogenannte Überschussreserve bei der Europäischen Zentralbank (EZB) verbuchen. Die EZB aber berechnet dafür ab einer bestimmten Höhe einen negativen Einlagenzins von minus 0,5 Prozent. Denn sie will, dass das Geld der Banken in die Wirtschaft fließt und nicht auf EZB-Konten.

Einfach gesagt, berechnen Banken also Strafzinsen, weil sie selbst bei der EZB welche zahlen. Aber warum horten Banken überhaupt so hohe Überschussreserven bei der Notenbank?

Daran ist die EZB gewissermaßen selbst schuld. Sie pumpt seit Jahren Unmengen an Geld in die Finanzmärkte in der Hoffnung, dass es in der Realwirtschaft ankommt. Um die Stabilität des Euro zu gewährleisten, wofür die EZB verantwortlich ist, gilt nämlich aus verschiedenen Gründen eine Inflation von knapp zwei Prozent als gesund.

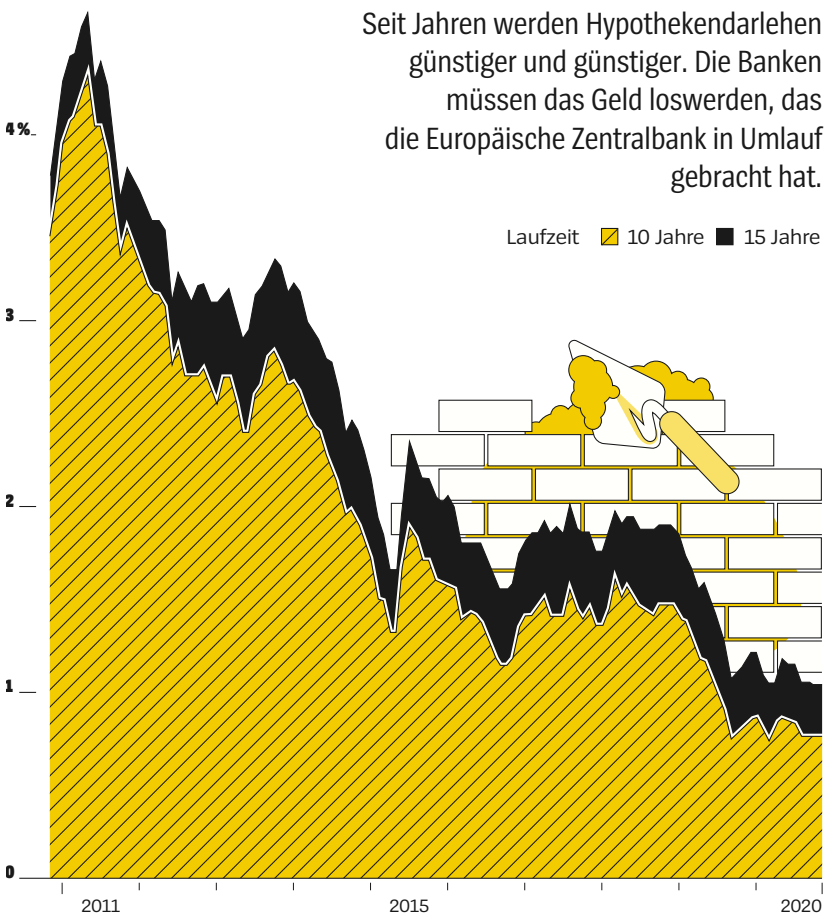
Tatsächlich liegt die Teuerungsrate aber seit Jahren meist weit darunter. Deshalb hat die EZB schon während der europäischen Schuldenkrise alles darangesetzt, Geld in die Wirtschaft zu bringen und diese damit anzukurbeln, was normalerweise auch die Inflation steigen lässt. Kritiker warfen der Notenbank vor, außerdem europäische Krisenstaaten und -institute stützen zu wollen.

Weil die EZB Unternehmen nicht selbst Geld geben darf, hat sie nämlich beispielsweise Banken mehrfach supergünstige Kredite zur Verfügung gestellt – zum Nulltarif oder unter bestimmten Bedingungen sogar zu einem Negativzins. Außerdem hat sie Banken, Versicherern oder Fonds Staats- und Unternehmensanleihen in Billionenhöhe abgekauft und über diesen Weg de facto neues Geld geschaffen. Um die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzufedern, wurden dann dieses Jahr weitere gigantische Anleihekaufprogramme beschlossen.

Das Problem ist, dass die EZB beispielsweise die Banken in ihrer Rolle damit heillos überfordert. Denen gelang es schon in der Vergangenheit nicht, genügend Kredite zu vergeben und damit das Geld weiterzugeben, das durch die Anleihekäufe der Notenbank auf den Bankkonten gelandet war. Es fehlte schlicht die Nachfrage. So wuchsen die Überschussreserven immer weiter.

Ein Ende ist nicht in Sicht, denn auch wenn der Kreditbedarf der Wirtschaft durch die Pandemie steigt, wird das die Geldmassen nicht absorbieren können. Noch dazu parken die Deutschen jetzt,

Gibt's Baukredite bald umsonst?
Seit Jahren werden Hypothekendarlehen günstiger und günstiger. Die Banken müssen das Geld loswerden, das die Europäische Zentralbank in Umlauf gebracht hat.



Infografiken: Andrew Timmins für SPIEGEL GELD

in der Coronakrise, immer höhere Summen auf ihren Giro- und Tagesgeldkonten. Der Genossenschaftsverband beklagte jüngst einen »drastisch beschleunigten Einlagenzustrom« bei Volks- und Raiffeisenbanken. Der Anstieg hatte schon bis Ende September den des gesamten Vorjahrs übertroffen. Auch im Rest des Finanzsektors wachsen die täglich abrufbaren Kundenguthaben immer weiter.

Verbraucherschützer allerdings sehen es kritisch, wenn Banken Negativzinsen einführen. »Wenn bei einem Girokonto ohnehin schon Kontoführungsgebühren fällig werden, bedeutet ein Verwahrentgelt, dass für die gleiche Leistung doppelt kassiert wird. Das ist aus unserer Sicht nicht zulässig«, sagt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg.

Im Falle eines ansonsten kostenfreien Girokontos oder eines Tagesgeldkontos sei die Lage komplizierter, »aber auch hier ist es unter Umständen nicht in Ordnung, wenn ein Geldinstitut einseitig handelt. Da muss man sich den Einzelfall ansehen«.

218

deutsche Banken berechnen Privatkunden Negativzinsen für hohe Guthaben.

Sparer, deren Banken Negativzinsen verlangen, können es sich aber einfach machen. »Es gibt noch immer genug Banken, die kostenlose Girokonten anbieten und zu denen man wechseln kann«, sagt Nauhauser.

Während Sparer leiden, profitieren Kreditnehmer von der Situation: Die Darlehenszinsen sind extrem gesunken – einen Immobilienkredit mit einer Laufzeit von zehn Jahren gab es Anfang November dem Kreditvermittler Interhyp zufolge im Schnitt für 0,75 Prozent. Wer überdurchschnittlich viel Eigenkapital mitbringt oder eine niedrigere Laufzeit akzeptiert, kann noch günstigere Konditionen bekommen.

Immer wieder wird darüber spekuliert, ob eines Tages sogar Ratenkredite oder Hypothekendarlehen auf breiter Front zu Negativzinsen angeboten werden, Kreditnehmer also für Darlehen sogar noch bezahlt werden. Rein rechnerisch kann das für eine Bank irgendwann ein sinnvolles Geschäft sein: wenn etwa die Strafzinsen, die sie für ihre EZB-Reserven zahlen muss, noch höher sind oder sie diese Kredite zu noch niedrigeren Negativzinsen refinanzieren kann.

Viele Experten halten eine solche Entwicklung allerdings für unwahrscheinlich. Noch.

Anne Seith

Nachhaltige Privat-Investments mit höchster Gesundheitsrendite

Investieren Sie in Ihre zukunftsfähige, eigene und gesundheitszertifizierte Immobilie! Wir realisieren Bio-Design-Gebäude: Ob Einfamilienhaus, Bungalow, Hauserweiterung, Dach-Aufstockung, Mehrfamilienhaus – nachhaltig, höchst energieeffizient und wohngesund.

Besitzen Sie ein Grundstück oder Altbestand für neue Zukunftsinvestitionen? Gerne prüfen und klären wir die Möglichkeiten.

Wählen Sie uns: Telefon +49 (0) 83 36 - 9000, info@baufritz-sp.de, www.baufritz-sp.de

BAUFRITZ®
WIR BAUEN GESUNDHEIT

Treu wie Gold

Bräuche In Indien horten Familien traditionsgemäß so viele Barren, Schmuckstücke oder Goldnuggets wie möglich. In der Coronakrise leistet ihnen das Edelmetall jetzt gute Dienste.

■ Ein Freitagabend in Bangalore vor der Coronakrise: In der Filiale einer großen Juwelierkette drängeln sich die Kunden. Familien beugen sich über Vitrinen mit Reifen und Ringen. Eine junge Frau lässt unter den prüfenden Blicken von Tante und Mutter eine diamantbesetzte Goldkette durch die Hände gleiten. Der Verkäufer serviert Chai, dann zeigt er im Taschenrechner, was das Geschmeide kosten würde: fast 4000 Euro. Das ist eine enorme Summe, aber kein Einzelfall, wenn Bräute für ihre Hochzeit einkaufen.

Laut Schätzungen lagerten allein in indischen Privathaushalten vergangenes Jahr insgesamt rund 25 000 Tonnen Gold: Schmuck, Nuggets und Barren im Gesamtwert von weit mehr als einer Billion Dollar – ein Vielfaches der offiziellen Goldreserven der USA oder Deutschlands. Jetzt, in der Coronakrise, sind sie für viele Familien die Rettung.

Gold wurde in Indien vor der Pandemie zu etlichen Anlässen erworben. Bauern kauften es nach einer guten Ernte. Gläubige spendeten es ihren Göttern. Tirumala Tirupati, einer der reichsten Tempel der Welt, soll allein über fast 10 000 Tonnen Gold verfügen. In den Städten boten Juweliere nicht nur Schmuck, sondern auch Goldsparpläne an. Apps erlaubten es, mit E-Gold zu handeln, das sich auf Wunsch in echtes Gold umwandeln lässt. Aber vor allem kauften Inder das Edelmetall ein, wenn es um das Allerwichtigste im Leben ging: die Hochzeit.

Das galt vor allem für den südindischen Bundesstaat Kerala. 320 Gramm Gold trug laut dem World Gold Council eine Braut der oberen Mittelschicht dort im Schnitt an ihrem Hochzeitstag am Körper. Frauen der Oberschicht brachten es leicht auf die doppelte Menge.

Der Tochter Gold mit in die Ehe zu geben, war früher als Mitgift gedacht: der Preis, den eine Familie zahlen musste, um ihre Tochter gut zu verheiraten. Heute ist diese Praxis offiziell verboten. Aber Gold ist weiterhin Statussymbol, Investment, Altersvorsorge und Versicherung in einem.

Jetzt beispielsweise verkaufen viele Familien ihren Goldschmuck, weil sie aufgrund der Pandemiefolgen Geld brauchen. Oder sie verpfänden das Edelmetall für ein sogenanntes Golddarlehen, das in der Regel niedriger verzinst ist als ein normaler Kredit. So bedeutet der Goldbesitz für viele Betroffene aktuell Glück im Unglück, auch weil die Preise für das Edelmetall in diesem Jahr insgesamt noch einmal kräftig gestiegen sind.

Für den indischen Staat ist das Vertrauen seiner Bürger in Gold allerdings ein Problem. Denn das meiste Gold, das verarbeitet und gekauft wird, muss importiert werden. Zwischen einem Viertel und einem Fünftel der weltweiten Goldexporte gingen vor der Coronakrise nach Indien. Diese Importe drückten auf die Leistungsbilanz: Indien führte mehr ein, als es ausführte.

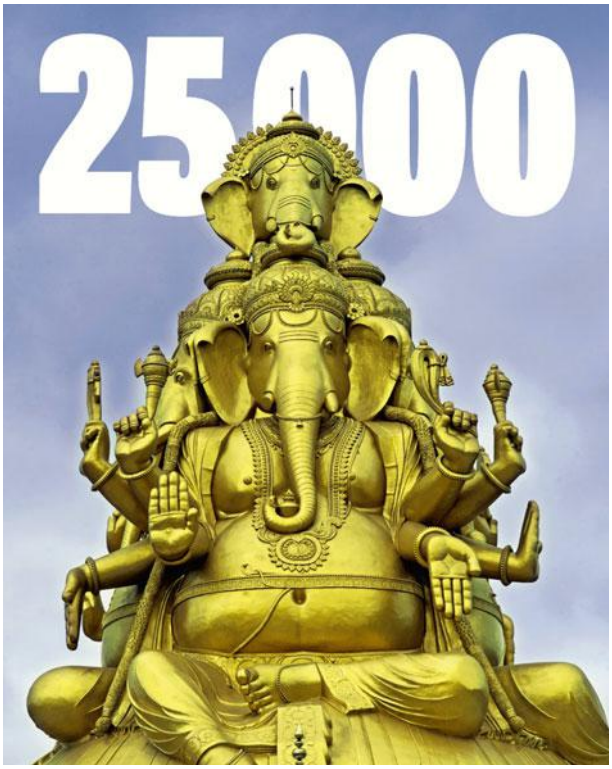
Gold, das zu Hause im Schrank lagert oder im Bankschließfach, ist außerdem totes Kapital. Würden Inder ihre glänzenden Ersparnisse investieren, könnte das Jobs und Wachstum schaffen. Mehrere Regierungen haben deshalb schon versucht, ihre Bürger vom Gold wegzulocken. Die Einfuhrsteuer auf das Edelmetall etwa wurde schrittweise auf 12,5 Prozent erhöht. Dadurch aber nahm der Schmuggel zu.

Doch es gab vor Corona auch Zeichen des Wandels. Die Goldnachfrage war seit 2010 um fast ein Drittel gesunken. Der Anteil der Inder mit einem Bankkonto hatte sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Immer mehr Menschen legten ihr Geld auch in Fonds an.

Gold war außerdem schon lange nicht mehr das einzige Statussymbol. Viele, vor allem junge Inder setzten auf ein Auto, eine Reise ins Ausland – oder ein Smartphone. Mit Ausbreitung der Pandemie brach die Nachfrage nach Gold weiter ein.

Das Investment in eine einzige Anlage, deren Preis noch dazu schwankt, birgt immer hohe Risiken – doch Goldbesitzer erleben gerade, dass ihre Investition sich gelohnt hat. Für viele Inder ist die Rechnung vorerst aufgegangen.

Laura Höflinger



Tonnen Gold lagerten 2019 Schätzungen zufolge in indischen Haushalten.

Foto: Getty Images

Zeit, Geld neu zu bewerten.
Fidelity INTERNATIONAL
Zeit, Geld neu zu bewerten
Geld braucht jetzt Expertise, Erfahrung und Verlässlichkeit
Die Krise zeigt uns
Schwankende Börsen gefährden auch langfristig unsere finanzielle Vorsorge
Die Leute irren sich, wenn sie meinen
Dass niedrige Kurse interessante Chancen bieten
Dass sich in Asien bereits neue Perspektiven entwickeln
Stattdessen zeigt sich
Die Anleger sind wieder die Dummen
Es wäre wirklich zynisch, zu erklären
In volatilen Märkten beginnen Erfolgsgeschichten.
Aber lassen Sie uns die Perspektive wechseln.
Und Geld neu bewerten.
Die FIL Investment Services GmbH veröffentlicht ausschließlich produktbezogene Informationen, erteilt keine Anlageempfehlung/Anlageberatung und nimmt keine Kundenklassifizierung vor. Fidelity, Fidelity International, das Fidelity International Logo und das „F-Symbol" sind Markenzeichen von FIL Limited. Herausgeber: FIL Investment Services GmbH, Kastanienhöhe 1, 61476 Kronberg im Taunus.
Stand Oktober 2020, MK11491.
Fidelity INTERNATIONAL
Zeit, Geld neu zu bewerten.
In volatilen Märkten beginnen Erfolgsgeschichten
Es wäre wirklich zynisch, zu erklären
Die Anleger sind wieder die Dummen
Stattdessen zeigt sich
Dass sich in Asien bereits neue Perspektiven entwickeln
Dass niedrige Kurse interessante Chancen bieten
Die Leute irren sich, wenn sie meinen
Schwankende Börsen gefährden auch langfristig unsere finanzielle Vorsorge
Die Krise zeigt uns
Geld braucht jetzt Expertise, Erfahrung und Verlässlichkeit
Zeit, Geld neu zu bewerten.